

Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte
1982 · Teil IV

Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte

Unter beratender Mitarbeit von

H. Aptheker (USA), J. Bouvier (Frankreich), E. Hobsbawm (Großbritannien), L. Jeleček (ČSSR), J. Kuczynski (DDR), W. Kula (VR Polen), G. Mori (Italien), H. Mottek (DDR), E. Niederhauser (UVR), Z. P. Pach (UVR), J. Purš (ČSSR), Ju. A. Tichonow (UdSSR), S. I. Tjulpanow (UdSSR), J. Tomaszewski (VR Polen)

Redaktionskollegium

Hermann Lehmann (Chefredakteur), Ingrid Kresse (Stellv. Chefredakteur), Rudolf Berthold, Siegfried Epperlein, Renate Günther (Redakteur), Wolfgang Jonas, Parviz Khalatbari, Heinz Kreißig, Fedor Kretschmar (Redakteur), Hans Müller, Hans-Heinrich Müller, Helga Nussbaum, Jan Peters, Hans Radandt, Waldtraut Schmidt, Alfred Schröter, Reinhard Schumacher (Redakteur), Ingrid Thümmler (Redaktionssekretär)

Arbeitsgruppe Literaturkritik

Ingrid Kresse (Leiter), Siegfried Epperlein, Horst Handke, Hans-Heinrich Müller, Peter Musiolek, Jörg Roesler

1982 · TEIL IV

Jahrbuch für Wirtschafts- geschichte



AKADEMIE-VERLAG · BERLIN · 1982

Redaktionsschluß: 15. 3. 1982

Anschrift der Redaktion:

DDR-1080 Berlin, Zimmerstraße 94

Erschienen im Akademie-Verlag, DDR-1086 Berlin, Leipziger Straße 3 - 4

© Akademie-Verlag Berlin 1982

Lizenznummer: 202 • 100/90/82

Offsetdruck: VEB Kongreß- und Werbedruck, 9273 Oberlungwitz

Bestellnummer: 754 078 4 (2103/82/4) • LSV 0305

Printed in GDR

DDR 18, - M

ABHANDLUNGEN, STUDIEN, MISZELLEN

Jörg Roesler 144 220 560	Aufsicht und Kontrolle in den volkseigenen Industriebetrieben der DDR 1945 bis Anfang der sechziger Jahre	9
Traute Scholz 933 528 268:148	Soziale Herkunft und soziales Milieu. Herkunft- und Patenschaftsbeziehungen der im Jahre 1872 in der Porzellanmanufaktur Meißen beschäftigten Arbeiter	33
Vagn Wählin B 141 930 960	Zur Entwicklung der dänischen Gesellschaftsstruktur auf dem Wege vom Feudalismus zum Monopolkapitalismus. Unter besonderer Berücksichtigung der Beziehungen zwischen den Klassen und des Verhältnisses zwischen Stadt und Land	67
Jan Peters D 394 354 994	Sonntagsverbrecher in Schwedisch-Pommern. Zur bäuerlichen Belastbarkeit durch die Arbeitsrente	89
Wieland Held BE 491 124	Soziale Herkunft und Situation der Mansfelder Bergleute in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts	115
Velizar Velkov X 160 O 111	Zur sozialökonomischen und politischen Entwicklung Nordbulgariens in der römischen Kaiserzeit	129
LITERATURKRITIK		
Manfred Braun/ Werner Thümmel	Zur Krise der bürgerlichen Theorie und Praxis der internationalen Währungsbeziehungen (Uwe Andersen, Das internationale Währungssystem zwischen nationaler Souveränität und supranationaler Integration; Franz F. Aschinger, Das neue Währungssystem; Heinz A. Wuffli, Währungsordnung im Umbruch)	135
Horst Handke	Eine bürgerliche Wirtschaftsgeschichte über Europa im 20. Jahrhundert (Europäische Wirtschaftsgeschichte, Bd. 5)	149
Heike Etzold	Wissenschaft und Gesellschaft. Grundzüge und Probleme einer TU-Geschichte (Wissenschaft und Gesellschaft)	155
Helmut Bleiber	Industrielle Revolution und neue Klassenmanifestationen 1848 in Österreich (Wolfgang Häusler, Von der Massenarmut zur Arbeiterbewegung)	161

Jürgen Kuczynski	Ein großes Lob der Fleißarbeit und dem gesunden Menschenverstand (Peter Albrecht, Die Förderung des Landesausbaues im Herzogtum Braunschweig-Wolfenbüttel im Spiegel der Verwaltungsakten des 18. Jahrhunderts)	165
Barbara Zuchold	Interpretationsprobleme bei der Analyse römischer Agrarliteratur (Wilhelm Kaltstadler, Arbeitsorganisation und Führungssystem bei den römischen Agrarschriftstellern)	169
Armin Jähne	Sklaven, "ein notwendiges, aber beschwerliches Eigentum". Ökonomisches Denken im griechischen Altertum (Francesca Schinzinger, Ansätze ökonomischen Denkens von der Antike bis zur Reformationszeit; Hans Klees, Herren und Sklaven; Heinz Heinen, Untersuchungen zur hellenistischen Geschichte des 3. Jahrhunderts v. Chr.)	175
Bernd Funck	Neue sowjetische Forschungsergebnisse zur Entwicklung der Stadtstaaten im vorderasiatischen und ägäischen Raum (Antičnyj polis; G. A. Košelenko, Grečeskij polis na éllinističeskom vostokey)	185
Annotationen		197
Berlin (Lotte Zumpe)		
Benjamin Ward, Die Idealwelten der Ökonomen (Hermann Lehmann)		
Edgar Stoll, Produktion als Arbeitsprozeß (Hermann Lehmann)		
Bevölkerungstheorie und Bevölkerungspolitik (Jörg Roesler)		
Roderick Floud, Einführung in quantitative Methoden für Historiker (Thomas Kuczynski)		
Horst Claus Recktenwald, Wörterbuch der Wirtschaft (Hermann Lehmann)		
Anthony Giddens, Die Klassenstruktur fortgeschrittener Gesellschaften (Hermann Lehmann)		
Claus-Dieter Krohn, Wirtschaftstheorien als politische Interessen (Hermann Lehmann)		
Benjamin M. Anderson, Economics and the Public Welfare (Horst Handke)		
Das Meldewesen der Stadt Chemnitz im Kapitalismus (Heinzpeter Thümmler)		
Wieland Sachse, Bibliographie zur preußischen Gewerbestatistik 1750 - 1850 (Thomas Kuczynski)		
Emile Durkheim, Über die Teilung der sozialen Arbeit (Hermann Lehmann)		
Vil'gel'm Evgenevič Majer, Derevnja i gorod Germanii v XIV - XVI vv. (Wieland Held)		

BETRIEBSGESCHICHTE

Bibliographie selbständiger Schriften zur Betriebsgeschichte in der Deutschen Demokratischen Republik (17. Fortsetzung) (Renate Günther)

TAGUNGEN UND KONFERENZEN

- Joachim Lehmann Arbeiterwanderungen, Ausländerbeschäftigung und Ausländerpolitik in kapitalistischen Ländern Europas im 20. Jahrhundert (21. bis 22. April 1981 in Rostock) 239
- Christian Mileta Abhängigkeitsformen in den nichtpolitischen Gebieten Griechenlands und den außeritalischen Provinzen des römischen Reiches (30. September bis 1. Oktober 1981 in Jena) 243

BIBLIOGRAPHIE

- Bibliographie wirtschaftsgeschichtlicher Literatur der DDR, 21. Lieferung 251
- Autorenverzeichnis 264
- Содержание, Contents, Contenu, Sumario 265

ABHANDLUNGEN, STUDIEN, MISZELLEN

Aufsicht und Kontrolle in den volkseigenen Industriebetrieben der DDR
1945 bis Anfang der sechziger Jahre⁺

von Jörg Roesler

Die betriebliche Produktion vollzieht sich in einem arbeitsteiligen Prozeß. Das macht ihre Leitung nach spezifischen Methoden erforderlich. Die Überwachung (Aufsicht und Kontrolle) des Produktionsprozesses ist ein wesentlicher Aspekt der betrieblichen Leitungstätigkeit. Von der materiell-technischen Seite gesehen trägt die Überwachung der Produktion in verschiedenen Gesellschaftsordnungen gleiche Züge. Die sozialökonomische Zielstellung des Produktionsprozesses erfährt jedoch beim Übergang von einer Gesellschaftsordnung zur anderen grundsätzliche Wandlungen. Diese betreffen auch die Art und Weise und nicht zuletzt die Träger des betrieblichen Kontrollsystems, was am Beispiel der DDR-Industriebetriebe auf der Grundlage von Arbeiten der DDR-Wirtschaftshistoriker, eigenen Forschungen und betriebsgeschichtlichen Publikationen nachgewiesen werden soll.¹

1. Entwicklungslinien der Kontrolle des betrieblichen Produktionsprozesses

Der Osten Deutschlands besaß - neben den tschechischen Gebieten - von allen Ländern, die nach dem zweiten Weltkrieg mit dem Aufbau des Sozialismus begannen, die am weitesten zurückreichenden Traditionen kapitalistischer Betriebsleitung. Während der Herrschaft des Faschismus setzte sich - nachdem sich die Arbeiterklasse in der Weimarer Republik zumindest formale Mitspracherechte erkämpft hatte - der "Herr-im-Hause-Standpunkt" des Unternehmers erneut durch. Im Mai 1945 hatte in den Augen der Arbeiter mit dem Faschismus auch das in den Betrieben installierte Führer-Gefolgschafts-Prinzip abgewirtschaftet. Noch be-

+ Vorliegende Studie wurde vom Autor als Beitrag zum Bericht der Sektion C 16 des VIII. Internationalen Kongresses der Wirtschaftshistoriker 1982 in Budapest zum Thema "Supervisory Practice or Control in Socialist and Capitalist Enterprises" eingereicht.

1 Aus der folgenden Darstellung wurden der Arbeitsschutz und seine Kontrolle ausgeklammert. Ihre Behandlung unter der Thematik dieses Beitrages hätte u.a. ein detailliertes Eingehen auf den Kampf um die Durchsetzung der Arbeitsschutzmaßnahmen unter dem Kapitalismus und die dabei erzielten Ergebnisse vorausgesetzt und insofern den Rahmen der Darstellung gesprengt. Von grundlegender Bedeutung für die Reorganisation des Arbeitsschutzes im Osten Deutschlands nach dem zweiten Weltkrieg war der im Oktober 1947 von der SMAD auf der Grundlage eines vom FDGB vorgelegten und mit den Arbeitern der Betriebe beratenen Entwurfes verabschiedete Befehl Nr. 234 (Zentralverordnungsblatt /ZVOBl./ 1948, Nr. 1, S. 1 ff.), dem im November des gleichen Jahres eine Verordnung speziell zum Jugendarbeitsschutz (ZVOBl. 1948, Nr. 1, S. 10) folgte.

vor es zu irgendeinen vorläufigen bzw. endgültigen Regelungen der Eigentumsfrage kam², fanden wesentliche Veränderungen in der Betriebsorganisation statt. Als die Arbeiter in den ersten Wochen bzw. Monaten nach der totalen Niederlage Hitlerdeutschlands begannen, die Produktion wieder in Gang zu setzen³, taten sie das, ohne die Anweisungen der - meist geflohenen oder sich zurückhaltenden - bisherigen Betriebsleitungen abzuwarten.⁴ So entstanden ganz zwangsläufig aus der Bewältigung der Tagesaufgaben Anfänge neuer Leitungsstrukturen neben den fortexistierenden Resten der alten. Ohne die bisherige betriebliche Organisation in ihren Einzelheiten in Frage zu stellen, wurden Keime eines neuen Leitungssystems sichtbar. Die nunmehrige Dominanz der Arbeiter über die Kapitalisten und ihre Stellvertreter⁵ wurde organisatorisch zunächst dadurch zum Ausdruck gebracht, daß die bisherige Betriebsleitung unter Arbeiterkontrolle gestellt wurde.⁶ Als Instrument dieser Kontrolle fungierte zunächst der - auf Traditionen der Weimarer Republik beruhende und nach dem 8. Mai 1945 in der Mehrzahl der Betriebe spontan wieder entstandene - Betriebsrat, der sich in zunehmendem Maße auf die Betriebsgewerkschaftsleitungen der Einheitsgewerkschaft (FDGB) stützen konnte.⁷ Immer wieder wurde von der SED betont, daß die Übernahme der Institution des Betriebsrates nicht die Wiederherstellung der völlig unzureichenden Mitbestimmung der zwanziger Jahre bedeuten dürfe. Die Betriebsräte sollten nicht mehr nur mitwirken, sondern einen "entscheidenden mitbestimmenden Einfluß in der Führung des Betriebes haben"⁸. Es müsse "dafür gesorgt werden, daß nicht der Betriebsrat an irgendeiner Entscheidung teilnehmen kann, sondern daß es ohne ihn eine Entscheidung im Betrieb in einer bestimmten Frage überhaupt nicht gibt."⁹ Bereits im November 1945 konnte der Wirtschaftsminister Sachsens, der industriell entwickeltesten Region im Osten Deutschlands, feststellen: "Im Bergbau können die Betriebsführungen, Direktorien, Aufsichtsräte nichts mehr machen ohne die Betriebsvertretungen und Verbandsleitungen (der Gewerkschaften - J. R.)."¹⁰

Im Herbst 1945 begann die Umgestaltung der Eigentumsverhältnisse im Osten Deutschlands. Auf der Grundlage des Befehls Nr. 124 der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) vom Oktober 1945, durch den die Beschlagnahme des Vermögens der Nazi- und Kriegsverbrecher angeordnet wurde¹¹, faßte die Landesverwaltung Sachsen im gleichen Monat den Beschluß, die Betriebe des Flick-Konzerns zu enteignen und in Landeseigentum zu über-

2 Einen Überblick gibt die Geschichte der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Abriß, Berlin 1978, S. 83, 100 ff.

3 Anschaulich wird dies geschildert bei Müller, Hans/Reißig, Karl, Wirtschaftswunder DDR. Ein Beitrag zur Geschichte der ökonomischen Politik der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Berlin 1968, S. 21 ff.

4 Vgl. Selbmann, Fritz, Ausgewählte Reden und Aufsätze, Berlin 1974, S. 16, 30.

5 Die Entwicklung in den Betrieben ist stets als Bestandteil des Umwälzungsprozesses in der Machtfrage im ganzen Land zu sehen (Geschichte der SED, a. a. O., S. 97).

6 Ebenda, S. 99.

7 Ebenda, S. 162.

8 Selbmann, Fritz, a. a. O., S. 21.

9 Ebenda.

10 Ebenda, S. 17.

11 Befehl Nr. 124 des Obersten Chefs der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland über die Beschlagnahme und die Übernahme einiger Eigentums-kategorien, in: 30 Jahre volkseigene Betriebe. Dokumente und Materialien zum 30. Jahrestag des Volksentscheids in Sachsen, Berlin 1976, S. 54 ff.

führen.¹² Von grundlegender Bedeutung war der Volksentscheid zum "Gesetz der Landesverwaltung Sachsen über die Übergabe von Betrieben der Kriegs- und Naziverbrecher in das Eigentum des Volkes"¹³ vom Juni 1946, in dem sich die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung Sachsens (77,6 Prozent) für die Enteignung aussprach.¹⁴ Im gleichen Monat erließ der Chef der SMAD den Befehl Nr. 167, der eine Anzahl von gemäß dem Potsdamer Abkommen zu demonstrierenden Rüstungsbetrieben zu staatlichem sowjetischem Eigentum erklärte. Bis Januar 1947 wurden etwa zweihundert derartige Betriebe in Sowjetischen Aktiengesellschaften (SAG) zusammengefaßt.¹⁵ Für die Festigung des volkseigenen Sektors erwiesen sich die Beendigung der Demontagen im Jahre 1947 ebenso wie die Schaffung einer zentralen Leitung für die volkseigene Industrie im Sommer 1948 von großer Bedeutung. Im Jahre 1950 erzeugten die volkseigenen Betriebe 52 Prozent der Industrieproduktion der DDR. Weitere 23 Prozent entfielen auf die SAG-Betriebe.¹⁶

Die Aufsicht über den kapitalistischen Betriebsleiter bzw. den bis zur endgültigen Klärung der Eigentumsfrage eingesetzten Treuhänder ging auf diese Weise für die wichtigsten Betriebe während der Jahre 1945 bis 1950 im Zuge der Schaffung und Konsolidierung des volkseigenen Sektors in die Zusammenarbeit mit dem vom Staat eingesetzten Betriebsdirektor - oftmals ein Arbeiter aus dem Betriebsrat oder ein Mitglied der Betriebsgewerkschaftsleitung¹⁷ - über.

Etwa 17 500 kleine und mittlere Betriebe, die 1950 annähernd zwei Fünftel der Industrieproduktion erzeugten, verblieben in der Hand ihrer privatkapitalistischen Eigentümer.¹⁸ Für sie galten weiterhin die Grundsätze der Arbeiterkontrolle. Seit Anfang 1949 waren diese Betriebe durch ein Vertragssystem mit der Volkswirtschaftsplanung verbunden.¹⁹ Die Einhaltung der auf der Grundlage der Produktionsangebote der Privatindustrie mit den zuständigen staatlichen Organen ausgehandelten Produktionsaufgaben wurde nunmehr ebenfalls Gegenstand der Kontrolle durch die Betriebsgewerkschaftsleitungen in den Privatunternehmen.²⁰

12 Beschluß des Präsidiums der Landesverwaltung Sachsens über die Enteignung des Kriegsverbrechers Flick, in: ebenda, S. 50 f.

13 Gesetze, Befehle, Verordnungen, Bekanntmachungen, veröffentlicht durch die Landesverwaltung Sachsen, Sonderausgabe, S. 3, abgedruckt in: ebenda, S. 85 f.

14 Ebenda, S. 138.

15 Vgl. Mühlfriedel, Wolfgang, SAG-Betriebe - Schulen des Sozialismus, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1980, T. 4, S. 164.

16 Krause, Werner, Die Entstehung des Volkseigentums in der Industrie der DDR, Berlin 1958, Tabelle nach S. 108.

17 Im Jahre 1947 waren in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 21 % der Betriebsleiter Arbeiter, 30,7 % Angestellte, 17,8 % Ingenieure, 23,6 % Kaufleute und nur 6,2 % ehemalige Direktoren. (Vgl. Rilling, Rainer, Politik in der DDR, in: Beiträge zur Sozialismusanalyse III, Köln 1981, S. 173.)

18 Vgl. Roesler, Jörg, Die Rolle der Leitung und Planung bei der Zurückdrängung des privatkapitalistischen Sektors in der Industrie der Sowjetunion und einiger europäischer Volksdemokratien (zwanziger und vierziger Jahre), in: Jahrbuch für Geschichte der sozialistischen Länder Europas, Bd. 22/1, Berlin 1978, S. 95.

19 Anordnung über die Regelung der Vertragsbeziehungen zwischen privaten Betrieben und volkseigenen sowie genossenschaftlichen Betrieben und anderen Organisationen vom 18. 5. 1949, in: ZVOBl. 1949, S. 385.

20 Zur Funktionsweise des Vertragssystems vgl. Roesler, Jörg, Die Rolle der Planung und Leitung bei der Umgestaltung der privaten Industrie und des Handwerks in der Übergangsperiode, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1972, T. 2, S. 217.

Parallel zur Arbeiterkontrolle entstand nach dem Kriege die Volkskontrolle. Auch sie knüpfte an Vorläufer aus der Zeit der Weimarer Republik an.²¹ Während es damals der herrschenden Klasse jedoch gelang, die 1923 zur Abwehr von Schiebern und Spekulanten gebildeten Volkskontrollausschüsse rasch zu unterdrücken, wurde die Volkskontrolle nach 1945 zu einem einsatzfähigen Instrument der Bekämpfung aller Formen des schwarzen Marktes.²² Die Betriebsgruppen der Volkskontrolle sollten verhindern, daß die Betriebsleitungen einen Teil der Produktion über dunkle Kanäle auf dem schwarzen Markt absetzten, eine Verlockung, der - wie nicht allein der größte Schieberring dieser Art in Glauchau-Meerane²³ bewies - besonders privatkapitalistische Betriebsleiter selten widerstanden. Mit dem allmählichen Abklingen der Schiebertätigkeit und dem Übergang zur einheitlichen Planung der gesamten Volkswirtschaft im Jahre 1948 mußte die bestehende Kontrollorganisation weiterentwickelt werden. Ein staatliches System der Wirtschaftskontrolle bildete sich heraus. Als wichtigste Maßnahme in dieser Richtung wurde im Mai 1948 beim zentralen Leitungs- und Planungsorgan für die Wirtschaft der sowjetischen Besatzungszone, der 1947 geschaffenen und im Frühjahr 1948 mit weitgehenden Vollmachten ausgestatteten Deutschen Wirtschaftskommission (DWK), eine ständige Zentrale Kontrollkommission (ZKK) als oberstes Organ staatlicher Kontrolle eingerichtet.²⁴ Die Volkskontrollausschüsse gliederte die DWK im September 1948 in das nunmehr aufgebaute System staatlicher Kontrolle ein.²⁵

Mit diesem Schritt war auch eine gewisse Umprofilierung beabsichtigt. An die Stelle der "mehr kriminalistischen" Tätigkeit²⁶ der Volkskontrollausschüsse sollte die "Feststellung aller Wirtschaftsschädigungen, wie mangelnde Arbeitsmoral, Planungsfehler, Nachlässigkeiten und Sabotage in Produktion und Verwaltung",²⁷ treten. Bei der Durchführung dieser Aufgabe tauchten etliche Probleme auf. Die Vertreter der Volkskontrolle stießen - zum Teil auch bei den Arbeitern der Betriebe - auf Unverständnis anderer Art, als es die in den ersten Nachkriegsjahren im Kampf gegen den Schwarzmarkt praktizierten "Rucksackkontrollen und Küchenspindvisitationen"²⁸ ausgelöst hatten.

Die Ursachen des Unverständnisses erklären sich aus der Entwicklung des innerbetrieblichen Kontrollsystems nach dem 8. Mai 1945: In den ersten Nach-

21 Vgl. Wachsamkeit und Plandisziplin festigen die antifaschistisch-demokratische Ordnung, sichern den Zweijahrplan! Bericht über die erste Zonenkonferenz der Zentralen Kontrollkommission, der Landeskontrollkommissionen und der Volkskontrollausschüsse am 27. und 28. April 1949 in Leipzig, Berlin 1949, S. 10 = Schriftenreihe der Deutschen Wirtschaftskommission, H. 3; Staatliche Kontrolle und Volkskontrolle helfen den Fünfjahrplan erfüllen. Bericht über die vierte Arbeitstagung der Zentralen Kommission für Staatliche Kontrolle, ihrer Organe und der Volkskontrollausschüsse am 9. Februar 1951 in Berlin, Berlin 1951, S. 30 = Schriftenreihe der Deutschen Demokratischen Republik, H. 4.

22 Wachsamkeit und Plandisziplin ..., a. a. O., S. 11 f.

23 Vgl. Vom Werden unseres Staates, Eine Chronik, Bd. 1: 1945 - 1949, Berlin 1966, S. 271; vgl. auch Benjamin, Hilde, Erinnerungen an die Konzernprozesse im Jahre 1950, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Nr. 6/1969, S. 967 ff.

24 ZVOBl. 1948, S. 146.

25 Ebenda, S. 429.

26 Wachsamkeit und Plandisziplin ..., a. a. O., S. 12.

27 Keller, Dietmar, Lebendige Demokratie. Der Übergang von der antifaschistischen zur sozialistischen Demokratie in der volkseigenen Industrie der DDR 1948 bis 1952, Berlin 1971, S. 284.

28 Wachsamkeit und Plandisziplin ..., a. a. O., S. 12.

kriegswochen war "auch die Mehrheit der Arbeiter einfach in Lethargie versunken"²⁹. Nachdem unter der Führung der KPD-Mitglieder die "Aktivisten der ersten Stunde" die Produktion wieder in Gang gebracht hatten, blieb die Arbeitsmoral bei vielen Beschäftigten zunächst noch niedrig. Das äußerte sich in einem "schlechten Verhältnis zur Arbeit, in Gleichgültigkeit, Fahrlässigkeit und Demoralisation"³⁰. In weitaus geringerem Maße sank die Arbeitsmoral und -disziplin in den im Frühjahr 1946 aus ursprünglich zu demontierenden Rüstungsbetrieben entstandenen Sowjetischen Aktiengesellschaften. Charakteristisch für die SAG-Betriebe war eine "straffere Organisationsform".³¹ Die sowjetische Leitung zeichnete sich durch große Sorge um das persönliche Wohl der Belegschaft aus. Sie bestand aber auch gleichzeitig "auf dem Prinzip der unbedingten Autorität".³² Der (Betriebs-) Plan war für die Leitung der SAG-Betriebe von Anfang an "oberstes Gesetz".³³ Ein wichtiger Bestandteil sowjetischer Leitungstätigkeit war die Erziehung der deutschen Leiter zu Disziplin und Verantwortungsbewußtsein. Die Leistungsbereitschaft wurde durch materielle und ideelle Stimuli gefördert "und - wenn nötig - durch die Entlassung notorischer Arbeitsbummelanten ergänzt".³⁴ Diese Haltung war nicht darauf zurückzuführen, daß die Sowjetunion ein anderes "Modell" der sozialistischen Betriebsorganisation besaß, sondern darauf, daß sie über einen mehr als zwanzigjährigen Vorsprung beim sozialistischen Aufbau verfügte und in den zwanziger Jahren aufgetretene "antiautoritäre" Tendenzen³⁵ längst überwunden hatte.

Aus drei Ursachenkomplexen war nach dem zweiten Weltkrieg im Osten Deutschlands die niedrige Arbeitsmoral entstanden: Erstens erschwerten die Zerstörungen der Produktionsstätten und die teilweise Lähmung des Verkehrsnetzes in den ersten Nachkriegsjahren die Wiederherstellung der Arbeitsdisziplin. Die durch das Ausbleiben von Energie- und Materiallieferungen, das Fehlen bzw. die zu geringe Kapazität der noch vorhandenen Maschinen und Aggregate verursachten - besonders in den Wintermonaten sich häufenden - Unterbrechungen des Produktionsablaufs boten zweifellos einen geeigneten Nährboden für Verletzungen der Arbeitsdisziplin durch den einzelnen Werktätigen und für ein allgemeines Absinken der Arbeitsmoral.³⁶ Zweitens waren wesentliche Voraussetzungen der kapitalistischen Arbeitsdisziplin - der Druck des Kapitals und die Konkurrenz der Arbeiter untereinander - entfallen. Drittens existierte zunächst kein bedeutender materieller Anreiz zu höherer Leistungsbereitschaft. Der große Mangel an allen Waren hatte die direkte Beziehung zwischen der Höhe der Arbeitsleistung und dem Umfang der materiellen Versorgung stark reduziert. "Allzu groß war noch 1947 die Versuchung, ein oder mehrere Tage der Arbeit fernzubleiben, aufs Land zu fahren, um sich mit Lebensmitteln zu versorgen, dem Schrebergarten oder dem Stückchen Feld den Vorzug zu geben ... Der Lohn für die tägliche Arbeit hielt keinem Vergleich stand mit dem mühelosen Verdienst beim Schwarzmarkthandel, beim Eintausch von Brot und Heringen gegen oft auf unsauberen Wegen erworbene Erzeugnisse, die nach dem Maß-

29 Selbmann, Fritz, a. a. O., S. 7.

30 Wachsamkeit und Plandisziplin ..., a. a. O., S. 57.

31 Zentrales Staatsarchiv (im folgenden: ZStA), G- 3 II, Nr. 0418.

32 Ebenda.

33 Ebenda.

34 Mehls, Hartmut, Der Beitrag der sowjetischen Leitungskader im SAG-Betrieb Siemens-Plania-Werke bei der Ingangsetzung der Produktion, in: Die Entwicklung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen der DDR und der UdSSR, Berlin 1977, S. 147.

35 Vgl. dazu insbesondere Lenin, W. I., Über linke Kinderei und Kleinbürgerlichkeit, in: Lenin, W. I., Werke, Bd. 27, Berlin 1960, S. 325 f.

36 Vgl. Barthel, Horst, Die wirtschaftlichen Ausgangsbedingungen der DDR. Zur Wirtschaftsentwicklung auf dem Gebiet der DDR 1945 - 1949/50, Berlin 1979, S. 120 f.

stab einer 'Zigarettenwahrung' gehandelt wurden. Die Ursache des Bummelantentums war oft der Schwarze Markt, und der Schwarze Markt lebte von Bummelanten. Das war der Teufelskreis."³⁷

Regelmäßige und punktliche Arbeit, volle Ausnutzung des Arbeitstages - unter dem Kapitalismus eine Selbstverständlichkeit - mußten mit neuen Mitteln und Methoden auf der Grundlage einer freiwilligen Arbeitsdisziplin erst wieder zur Selbstverständlichkeit werden.

Diese Aufgabe in Angriff genommen zu haben war das Verdienst der zunächst kleinen Gruppe der Aktivisten und der ersten Wettbewerbe. In ständiger Auseinandersetzung mit den Unpunktlichen gelang es vor allem kraft des Beispiels, das Arbeitsbewutsein zu heben und den Ausfall von Arbeitsstunden zu verringern. Anfang 1951 konnte festgestellt werden, "daß der Produktionsausfall durch Bummelantentum ... stark zurückgegangen ist".³⁸ Punktlichkeit war jedoch nur eine Seite der neuen sozialistischen Arbeitsdisziplin.

Wenn das Prinzip "Jedem nach seiner Leistung" verwirklicht werden sollte, dann mußte diese Leistung nicht nur quantitativ (Arbeitszeit), sondern auch qualitativ (Arbeitsverausgabung während der Arbeitszeit) ermittelt werden. Mit Hilfe der Nachkriegs-Arbeitsnormen war das jedoch nicht möglich. Die bis zum Mai 1945 gültigen Arbeitsnormen hatten in den darauffolgenden Monaten - in Anpassung an die ungünstige Ausrüstungs- und Ernährungssituation - beträchtlich gesenkt werden müssen; im Bergbau geschah dies - von Betrieb zu Betrieb unterschiedlich - um 30 bis 40 Prozent.³⁹ Die in den folgenden Jahren auf beiden Gebieten eingetretenen Verbesserungen fanden in den Normen keine Berücksichtigung mehr. Um zu echten Arbeitsnormen zu gelangen, waren zwei Schritte notwendig: der Nachweis der Unexaktheit der veralteten Normen durch die Arbeiter selbst und die Schaffung eines materiellen Anreizes für höhere Leistungsbereitschaft. Ersteres geschah durch die legendäre Leistung Adolf Henneckes vom 13. Oktober 1948.⁴⁰ Sie initiierte die Bewegung der Hennecke-Aktivisten. Der zweite Schritt wurde durch eine Reihe von Leistungsanreizen bewirkt, von denen die mit dem Befehl Nr. 234 vom 9. Oktober 1947 verknüpften Maßnahmen (Ausgabe zusätzlicher warmer Mahlzeiten nach Leistungskategorien, Erhöhung der Löhne, Anwendung des Stucklohnes in den wichtigsten Industriezweigen) die größte Wirkung erzielten.⁴¹ Der Befehl stellte zweifellos eine Zasur in der Durchsetzung des Leistungsprinzips dar. Als Leistungsanreiz erlangten kurzfristig auch der sogenannte progressive Leistungslohn⁴² und Sachprämien für die Besten im Wettbewerb⁴³ Bedeutung.

Wichtig für die Wirksamkeit der sich langfristige als dominierend erweisenden Stimulierung in Form von Leistungslohnzuschlagen und Geldprämien war, daß ein zusätzlicher Warenfonds zur Verfügung gestellt wurde, der die bei der Verwirklichung des Leistungsprinzips entstandene vermehrte Kaufkraft abdecken konnte. Im November 1948 eröffneten zu diesem Zwecke die ersten fünfzig Verkaufsstellen der staatlichen Handelsorganisation (HO) ihre Tore. Sie führ-

37 Falk, Waltraud, unter Mitarbeit von Horst Barthel, Kleine Geschichte einer großen Bewegung. Zur Geschichte der Aktivisten- und Wettbewerbsbewegung in der Industrie der DDR, Berlin 1966, S. 45 f.

38 ZStA, G-3 II, Nr. 0135.

39 Selbmann, Fritz, a. a. O., S. 135.

40 Vgl. Barthel, Horst, Adolf Hennecke. Beispiel und Vorbild, Berlin 1979, S. 19 ff.

41 Vom Werden unseres Staates, a. a. O., S. 209 f.

42 Vgl. dazu Selbmann, Fritz, a. a. O., S. 33; Falk, Waltraud, a. a. O., S. 67 f.

43 Vgl. dazu Falk, Waltraud, a. a. O., S. 67 f.

ten Lebensmittel und andere Konsumgüter im freien Verkauf. Im Jahre 1949 realisierte die HO bereits 19 Prozent des Einzelhandelsumsatzes.⁴⁴

Die Einführung "fortschrittlicher" Arbeitsmethoden erwies sich als ein komplizierter und langwieriger Prozeß. Fest verwurzelt in der Arbeiterklasse war die Ablehnung der mit dem Refa-System verbundenen überspitzten Form des Studiums des Arbeitsablaufes, der "Seelenschlosserei".⁴⁵ Die unter dem Kapitalismus gemachten Erfahrungen übertrugen viele Arbeiter zunächst auch auf die "technische Arbeitsnormung" (TAN), obwohl Stoppuhr und Zeitmesser mit Schreibeinrichtung nur in Gegenwart von Gewerkschaftsvertretern eingesetzt werden durften.⁴⁶

Die Aufforderung an die Hennecke-Aktivistinnen, neue Arbeitsnormen zu schaffen - so Walter Ulbricht auf der ersten Hennecke-Aktivistinnen-Konferenz im Februar 1949⁴⁷ -, erzeugte zunächst bei vielen Arbeitern eine gewisse Skepsis gegenüber dem Hennecke-System, weil sie eine Verringerung des Lohnes befürchteten. Hennecke und diejenigen, die ihm nacheiferten, wurden anfangs von einer kleinen Minderheit "mit den gemeinsten Methoden bekämpft: mit Sabotage, Verleumdung und sogar Mordhetze"⁴⁸. Gegen die Einführung des Leistungslohnes wurden Losungen der Arbeiterklasse aus der Zeit des Kapitalismus, wie "Akkord ist Mord", aufgewärmt. Als wesentliches Hindernis für die Realisierung der materiellen Leistungsanreize erwiesen sich "sehr ernste Stimmungen der Gleichmacherei"⁴⁹ unter den Betriebsbelegschaften. Es kam 1948 zum Beispiel vor, daß man für Bestleistungen ausgeworfene Prämiensummen auf alle Belegschaftsmitglieder aufteilte bzw. die gemäß dem Befehl Nr. 234 gestaffelt auszugebenden Essenrationen in ein einheitliches Werkessen umwandelte.⁵⁰ Jedoch gelang es im Verlaufe des Zweijahrplanes (1949 bis 1950), bei der Arbeitsnormung gewisse Fortschritte zu erzielen, vor allem durch die weitere Entfaltung der Wettbewerbe, die Anfang der fünfziger Jahre in der Industrie der DDR zu einer Massenerscheinung geworden waren.⁵¹

Die Orientierung auf eine hohe Normerfüllung während des Zweijahrplanes bedeutete noch nicht automatisch die Wiederherstellung der Vorkriegs-Erzeugnisqualität. Diese war nach 1945, begünstigt durch Mangel an Rohstoffen⁵², hauptsächlich im Ergebnis einer schlechten Arbeitsmoral⁵³ abgesunken. Es entstand die Gefahr, daß durch das Bestreben, veraltete Mengenleistungsnormen zu brechen, der Kampf um qualitätsgerechte Produktion ins Hintertreffen geriet.⁵⁴ Die Mitte 1949 eingeleitete Bewegung der Qualitätsbrigaden stellte die von den

44 Dorner, Axel, Binnenhandel, in: Handbuch Wirtschaftsgeschichte, Berlin 1981, S. 912.

45 Vgl. Selbmann, Fritz, Arbeitsproduktivität und Arbeitsnormen, in: Einheit, Nr. 10/1949, S. 896.

46 Das Wirtschaftsjahr 1949. Taschenbuch, Berlin 1948, S. 123.

47 Ulbricht, Walter, Lehrbuch für den demokratischen Staats- und Wirtschaftsaufbau, Berlin 1950, S. 140.

48 Falk, Waltraud, a. a. O., S. 60.

49 Selbmann, Fritz, Ausgewählte Reden, a. a. O., S. 144.

50 Ebenda.

51 Roesler, Jörg, Die Herausbildung der sozialistischen Planwirtschaft in der DDR. Aufgaben, Methoden und Ergebnisse der Wirtschaftsplanung in der zentralgeleiteten volkseigenen Industrie während der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus (im folgenden: Planwirtschaft), Berlin 1978, S. 85 f.

52 Vgl. dazu Roesler, Jörg/Schwärzel, Renate/Siedt, Veronika, Produktionswachstum und Effektivität in Industriezweigen der DDR 1950 - 1970 (im Druck).

53 Vgl. Falk, Waltraud, a. a. O., S. 129.

54 Keller, Dietmar, a. a. O., S. 79; Falk, Waltraud, a. a. O., S. 68.

fortgeschrittensten Arbeitern selbst entwickelte Methode dar, mit der bisherigen Unterschätzung der Erzeugnisqualität Schluß zu machen.⁵⁵ Parallel zur Entfaltung der Qualitätswettbewerbe vollzog sich der Aufbau einer technischen Kontrollorganisation, der die Güte- und Fertigungskontrolleure angehörten. Diesen wurden beträchtliche Rechte eingeräumt - bis zu dem Recht, von der Leitung des Betriebes die Einstellung der Fertigung zu verlangen, wenn auf andere Weise die Einhaltung einer bestimmten Gütenorm nicht mehr zu gewährleisten war.⁵⁶ Durch die Einrichtung eines Systems der Selbstkontrolle wurden die staatliche Gesetzgebung und die Qualitätsbewegung der Aktivisten sinnvoll miteinander verknüpft.

Die Wiederherstellung der Arbeitsdisziplin und Arbeitsleistung - exakter: die Ablösung des nach dem Zusammenbruch der kapitalistischen Ordnung entstandenen Vakuums durch eine neue Arbeitsdisziplin - vollzog sich einerseits "von unten" durch die beispielhafte Selbstdisziplinierung der fortgeschrittensten Arbeiter, andererseits "von oben" durch die Schaffung neuer Arbeitsordnungen.⁵⁷ Dieser Prozeß wurde in der DDR dadurch erleichtert, daß erstens die Organisiertheit und Disziplin speziell der Facharbeiter in fast einem Jahrhundert kapitalistischer Industrientwicklung und durch jahrzehntelange Erfahrungen im Klassenkampf bereits einmal ein hohes Niveau erreicht hatte und zweitens Fabrik- und Arbeitsordnungen den Betriebsbelegschaften seit der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts vertraut waren. Es ging also auch hier bis zu einem gewissen Grade um "Wiederherstellung".

Die Regelung der Arbeitsbedingungen, basierend auf den Grundsätzen der sozialistischen Arbeitsmoral, erfolgte durch die Betriebsleitungen bzw. zentral im Gesetz über die Arbeit vom April 1950. Es handelte sich um ein Rahmengesetz, das während der gesamten fünfziger Jahre galt. Darin kam die neue Stellung des Produzenten in der Gesellschaft bereits deutlich zum Ausdruck: Das Gesetz der Arbeit garantierte jedem Werkstätigen einen seinen Fähigkeiten entsprechenden und zumutbaren Arbeitsplatz. Es legte den Grundsatz "Gleicher Lohn für gleiche Arbeit", unabhängig von Geschlecht und Alter der Arbeitenden, verbindlich fest. Ferner enthielt es Abschnitte über das Mitbestimmungsrecht, die Planung und Verteilung der Arbeitskräfte, die Entlohnung, die Heranbildung von fachlichem Nachwuchs, das Kündigungsrecht und die Verbesserung des Arbeits- und Gesundheitsschutzes. Es fixierte die neue Rolle der Gewerkschaften als gesetzliche Vertreter der Arbeiter und Angestellten und verpflichtete alle Staatsorgane, eng mit dem Freien Deutschen Gewerkschaftsbund (FDGB) zusammenzuarbeiten.⁵⁸

55 Roesler, Jörg/Schwärzel, Renate/Siedt, Veronika, a. a. O.; Keller, Dietmar, a. a. O., S. 79.

56 Vgl. ZVOBl., Nr. 85/1949, v. 21.9.1949; Verordnung über die Verbesserung der Qualität der Produktion vom 24.11.1949, in: GBl. 1949, S. 73; Verordnung über das Gütezeichen der DDR vom 21.2.1950, in: GBl. 1950, S. 157; Verordnung über das Material- und Warenprüfungswesen vom 16.2.1950, in: GBl. 1950, S. 157; Verordnung über die Gütekennzeichnung von industriellen Erzeugnissen vom 12.6.1950, in: GBl. 1950, S. 502.

57 ZVOBl., Nr. 1/1948, S. 6; vgl. auch Jahrbuch Arbeits- und Sozialfürsorge 1947/1948, Berlin o.J., S. 95 ff. - Zur Selbstdisziplinierung der Arbeiterklasse in der DDR nach dem Weltkrieg vgl. auch Rilling, Rainer, a. a. O., S. 203.

58 Vgl. Gesetz der Arbeit zur Förderung und Pflege der Arbeitskraft, zur Steigerung der Arbeitsproduktivität und zur weiteren Verbesserung der materiellen und kulturellen Lage der Arbeiter und Angestellten vom 19.4.1950, in: GBl. 1950, S. 349.

Die im Jahre 1948 in den Betrieben eingeführten Arbeitsordnungen waren bereits ein Zeichen der Herausbildung einer neuen sozialistischen Betriebsleitung, deren wichtigstes Ziel die Erhöhung der Produktion und der Produktivität im Rahmen der volkswirtschaftlichen Aufgabenstellungen sein mußte. Bei der Verwirklichung dieses Zieles hatte die Planung eine besondere Rolle zu spielen. Die Herausbildung einer wirksamen, die gesamte Volkswirtschaft umfassenden Planung wurde während des Halbjahrplanes (Juli bis Dezember 1948) wesentlich beschleunigt und im Verlaufe des Zweijahrplanes abgeschlossen.⁵⁹ Die zentrale Planung nach dem Prinzip des demokratischen Zentralismus erforderte klare Leitungsverhältnisse, eindeutige Abrechnung und Kontrolle im volkseigenen Betrieb.⁶⁰ Um dieses Ziel zu erreichen, waren vor allem zwei Aufgaben zu lösen: die Wiederherstellung der Einzelleitung und die Überwindung des Funktionalsystems als Leitungsprinzip.

Die Arbeiter, die die "Ein-Mann-Leitung" ihres "Betriebsführers" während der Herrschaft des Kapitalismus zur Genüge kennengelernt hatten, zeigten zunächst für eine Einzelleitung in den volkseigenen Betrieben wenig Verständnis. "In dem Moment, in dem die Werktätigen von der Knute der Kapitalisten befreit waren, glaubten viele, für sie gäbe es im Betrieb überhaupt keine Unterordnung mehr. Als Reaktion auf das despotische System der Leitung im kapitalistischen Betrieb entstanden in den ersten Jahren nach 1945 Tendenzen der Gleichmacherei mit der Losung: Im Betrieb seien alle gleich und die Betriebe müßten demokratisch, also kollektiv geleitet werden."⁶¹

Dieser Stimmung entsprachen Regelungen wie die Bildung eines dreiköpfigen Direktorenkollegiums in den Industriezweigvereinigungen des Landes Sachsen⁶² und eine Art parlamentarische Leitung der Betriebe im Lande Thüringen.⁶³

Im Frühjahr und Sommer 1948 wurde in Vorbereitung einer einheitlichen Volkswirtschaftsplanung in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands die zentralgeleitete volkseigene Industrie geschaffen. Ein Gesetz vom Mai 1948⁶⁴ entzog alle größeren Betriebe der Verfügungsgewalt der Länder. Diese Betriebe wurden in branchenmäßig gegliederten Vereinigungen Volkseigener Betriebe (VVB) organisiert, die der DWK unterstanden. Die Betriebe verloren ihre juristische Selbständigkeit. Der Werkdirektor leitete den Betrieb aufgrund der ihm durch die Vereinigung übertragenen Vollmachten. Eine ähnliche Gliederung und Unterstellung der Industriebetriebe galt nunmehr auch für die weiterhin von den Ländern geleiteten Unternehmen.

Auf allen Leitungsebenen, das heißt auch in den Vereinigungen und Betrieben, sollte entsprechend der neuen Organisationsstruktur das Prinzip der Einzelleitung Anwendung finden. Die in einigen Ländern der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands bis dahin existierenden Kollegialleitungen auf der Ebene der Industriezweige und Unternehmen waren damit aufgehoben. In seinem im Mai 1948 vor der DWK gehaltenen Bericht zur Reorganisation der Industrie betonte Fritz Selbmann, daß "jede Vereinigung nicht mehr von einem Direktorenkollegium geführt wird, sondern von einem Direktor, der in der Zone von der DWK,

59 Roesler, Jörg, Planwirtschaft, a. a. O., S. 2.

60 Vgl. ebenda, S. 24 ff.

61 Organisation, Leitung und Planung in der volkseigenen Industrie, Berlin 1956, S. 57.

62 Selbmann, Fritz, Ausgewählte Reden, a. a. O., S. 112.

63 Vgl. Mußler, Werner, Die volkseigenen Betriebe. Entstehung - Organisation - Aufgaben, Berlin 1948, S. 112.

64 Befehl der SMAD Nr. 76 über die Bestätigung der Grundlagen für die Vereinigungen und Betriebe, die das Eigentum des Volkes darstellen und Instruktionen über das Verfahren der juristischen Eintragung, in: ZVOBl. 1948, S. 142 ff.

im Lande von der Landesregierung ernannt wird. Der Direktor wird mit großer Verantwortung, aber auch mit großen Möglichkeiten ausgestattet. Die Auswahl dieser Direktoren wird eine äußerst ernste und verantwortungsvolle Aufgabe sein."⁶⁵

Diese Entscheidung beruhte einerseits auf den seit 1945 im Osten Deutschlands mit den Kollegialleitungen gemachten praktischen Erfahrungen, andererseits lagen ihr entsprechende sowjetische Erkenntnisse aus den Jahren 1918 bis 1920 zugrunde. Während dieser Jahre hatte in Sowjetrußland die Kollegialleitung in der Industrie überwogen.⁶⁶ In beiden Ländern brachte diese Leitungsform zunächst eine Reihe von Vorteilen. Sie verringerte das Risiko von Fehlentscheidungen durch einzelne, mit dem Leitungsprozeß noch wenig vertraute Arbeiterkader in den Betriebsleitungen, erlaubte die unmittelbare Einbeziehung einer relativ großen Zahl von Arbeitern in den betrieblichen Entscheidungsprozeß und diente somit der Heranbildung eines qualifizierten Stammes von Leitungskadern durch praktische Tätigkeit. Das war wesentlich, solange eine reguläre Ausbildung von Fachleuten für die Leitung und Planung nicht möglich war.

Sehr bald aber wurden auch die Nachteile des Kollegialsystems in der Wirtschaftsleitung sichtbar: In den Direktorenkollegien wurde mehr debattiert als gehandelt. Entscheidungen wurden verzögert. Man faßte Beschlüsse zwar gemeinsam, aber man schob sich gegenseitig die Verantwortung zu. Das erschwerte die Kontrolle über die Realisierung der Beschlüsse erheblich. Insgesamt wies der Leitungsprozeß eine gewisse Schwerfälligkeit auf. Bürokratische Tendenzen machten sich zunehmend bemerkbar.⁶⁷

Demgegenüber verlangte der im Zweijahrplan vorgesehene planmäßige Wiederaufbau im Rahmen der gesamten Volkswirtschaft "ein Höchstmaß an Bewegungsfreiheit und Verantwortung"⁶⁸ für die Hauptdirektoren der VVB bzw. die Direktoren der Betriebe, das sich nur mit dem Prinzip der Einzelleitung durchsetzen ließ.

Zur Gewährleistung einer kollektiven Beratung in der Phase der Entscheidungsvorbereitung wurde dem VVB-Direktor ein - überwiegend von der Gewerkschaft nominierter - Verwaltungsrat zur Seite gestellt.⁶⁹ Dieser hatte ebenso wie der Betriebsrat und die Betriebsgewerkschaftsleitung in den Werken in einer ganzen Reihe von Fragen ein unmittelbares Mitbestimmungsrecht.⁷⁰ In allen Lohnfragen, bei der Festsetzung von Normen, bei Einstellungen und Entlassungen und in allen sozialen Fragen mußte die Zustimmung dieser Gremien gewerkschaftlicher Mitbestimmung eingeholt werden, bevor VVB- bzw. Betriebsleiter eine Entscheidung fällen durften.⁷¹

65 Selbmann, Fritz, Ausgewählte Reden, a. a. O., S. 112.

66 Ėkonomičeskaja istorija socialističeskich stran, Moskau 1971, S. 1973; Istorija socialističeskoj Ėkonomiki SSSR, Bd. 1: Sovetskaja Ėkonomika v 1917 - 1920 gg., Moskau 1976, S. 144 f.

67 Ėkonomičeskaja istorija socialističeskich stran, a. a. O., S. 174; Selbmann, Fritz, Ausgewählte Reden, a. a. O., S. 112.

68 Mußler, Werner, a. a. O., Berlin 1948, S. 65.

69 ZVOBl., Nr. 76/1948, S. 142.

70 Zur Arbeitsweise der Verwaltungsräte vgl. Roesler, Jörg, Die gewerkschaftliche Mitbestimmung in der volkseigenen Industrie 1948 - 1950. Zur Tätigkeit des Verwaltungsrates der Vereinigung Elektromaschinenbau (VVB VEM), in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Nr. 11/1981, S. 1018 ff.

71 Mußler, Werner, a. a. O., S. 65 f.

Obwohl die Kollegialeitungen mit der einheitlichen Organisation des Volkseigentums im Frühjahr 1948 de jure aufgehoben wurden⁷², blieb auch in der Folgezeit die Einzelleitung vielfach auf dem Papier. Noch im Jahre 1950 wandte sich der damalige Planungsminister Heinrich Rau gegen die "Heilige Dreieinigkeit" von staatlichem, Partei- und Gewerkschaftsleiter, die gemeinsame Beschlüsse faßten, sich die Verantwortlichkeit für sie gegenseitig zuschoben und so eine wirksame Kontrolle ihrer Beschlüsse unmöglich machten. Ebenfalls objektiv gegen eine verantwortungsvolle Leitung und wirksame Kontrolle gerichtet waren zeitweilige Eingriffe der Partei- und Gewerkschaftsleitungen in das Entscheidungsrecht des Betriebsleiters. Derartige Vorfälle waren selbst Anfang der fünfziger Jahre noch zu verzeichnen.⁷³

War die "Ein-Mann-Leitung" in den Augen der Arbeiter nach 1945 zunächst diskreditiert, so galt dies nicht nur für den Betriebsleiter, sondern auch für den Meister, der im Auftrage des Kapitals unmittelbar die Aufsicht über die Arbeiter geführt hatte. Die Meister hatten in der Mehrzahl zu der Arbeiteraristokratie gezählt. "Daraus erklärt sich nach der Bildung des Volkseigentums die Tendenz, den Meister und seine Aufgaben zu unterschätzen. Außerdem wurde die Autorität des Meisters noch durch Anordnungen über seinen Kopf hinweg seitens der Werkleitung oft untergraben. Die Rolle des Meisters im Produktionsprozeß war daher rasch im Absinken."⁷⁴

Blieb jedoch die Institution des Meisters erhalten, so zerfiel die Kolonne als unterste Einheit der kapitalistischen betrieblichen Arbeitsorganisation in den ersten Nachkriegsjahren rasch.⁷⁵ An ihrer Stelle entstand als kleinste Produktionseinheit des sozialistischen Betriebes die Brigade. Ihre früheste Form waren Stoßbrigaden. Sie entstanden zur Lösung besonderer Aufgaben, zum Beispiel zur Beseitigung von Engpässen, und lösten sich nach Beendigung der Aktion wieder auf.⁷⁶ Die ersten dauerhaften Arbeitsbrigaden entstanden in der volkseigenen Industrie in der Zeit vom Erbst 1947 bis zum Herbst 1948.⁷⁷ Ihre Zahl begann im Jahre 1949 mit der Qualitätsbewegung zu wachsen.⁷⁸ In der ersten Hälfte der fünfziger Jahre setzte sich die Brigadeteilung in der gesamten volkseigenen Industrie durch. Wesentlichen Anteil daran hatte die Aufstellung von Betriebsplänen seit 1951 und deren beginnende Aufschlüsselung auf die Werksabteilungen.⁷⁹

Die Arbeit mit dem Betriebsplan, vor allem aber die Einführung der wirtschaftlichen Rechnungsführung in den Betrieben seit 1952⁸⁰, wertete auch die Position des Meisters in der Betriebsorganisation wieder auf. Anfang der fünfziger Jahre setzte sich allmählich im volkseigenen Betrieb die Auffassung durch: Der Meister kann seine Anleitungs- und Kontrollpflichten als unmittelbarer Organisator der Produktion nur erfüllen, wenn er über alle notwendigen Rechte verfügt. "Von der fachlichen, organisatorischen und pädagogischen Qualifikation des Meisters hängt wesentlich die Erfüllung und Übererfüllung der Volkswirt-

72 ZVOBl., Nr. 76/1948, S. 142 f.

73 Vgl. Entschließung der 6. Tagung des ZK der SED, in: Die Arbeit, Nr. 7/1951, S. 385; ZStA, G- I/II, Nr. 0105.

74 Organisation, Leitung und Planung ..., a. a. O., S. 118.

75 Falk, Waltraud, a. a. O., S. 127.

76 Ebenda, S. 46.

77 Henneberg, Horst-Otmar, Zur Entwicklung und Organisation der Arbeitsbrigaden in der volkseigenen Industrie, Berlin 1955, S. 35.

78 Anfang Juni 1950 gab es in der Industrie der DDR mehr als 16 000 Brigaden der ausgezeichneten Qualität (Falk, Waltraud, a. a. O., S. 129).

79 Roesler, Jörg, Planwirtschaft, a. a. O., S. 95 f.

80 Die Einführung erfolgte durch eine Reihe von Gesetzen ab März 1952 (vgl. GB1. 1952, S. 225, 228, 372; vgl. auch Roesler, Jörg, Planwirtschaft, a. a. O., S. 26 ff.).

schaftspläne ab. ⁸¹ Die Stellung des Meisters wurde im Juni 1952 gesetzlich neu geregelt. ⁸² Das Gesetz stellte ihn auch finanziell besser. Damit waren Bedingungen geschaffen, daß sich der "unterste, aber trotzdem sehr wichtige Einzelleiter" ⁸³ als "Meister neuen Typus" ⁸⁴ in das System der sozialistischen Betriebsorganisation und -kontrolle einordnen konnte.

Anfang der fünfziger Jahre verschaffte sich die Einzelleitung als grundlegendes sozialistisches Leitungsprinzip immer mehr gesellschaftliche Anerkennung. In ihrer faktischen Wirksamkeit wurde sie, besonders hinsichtlich der Realisierung der Kontrollfunktion, durch das Vorherrschen der Funktionalleitung und die Praktizierung des mit ihr verbundenen "Rundschreibenunwesens" beeinträchtigt. ⁸⁵ Solange die Funktionalabteilungen (zuständig für Arbeitskräfte, Material, Grundmittel usw.) selbständige Entscheidungen treffen durften, konnte der Leiter nicht die persönliche Verantwortung für die Gesamtarbeit des Betriebes tragen. Eine wirksame Kontrolle ließ sich unter diesen Umständen nur schwer erreichen. Das Funktionalsystem wurde im Verlaufe des ersten Fünfjahrplanes durch ein für die sozialistische Betriebsorganisation günstigeres Leitungssystem abgelöst, in dem Rechte, Pflichten und Verantwortung eine Einheit bilden. ⁸⁶

Die Durchsetzung der Einzelleitung und die Einschränkung des Funktionalsystems waren von außerordentlicher Bedeutung für die Installierung einer wirksamen Plan- und Finanzkontrolle im betrieblichen und volkswirtschaftlichen Maßstab, wobei das betriebliche Kontrollsystem entsprechend den Erfordernissen der sozialistischen Planwirtschaft eng mit dem volkswirtschaftlichen verknüpft werden mußte. Die Anfänge einer zentral eingebundenen betrieblichen Plankontrolle sind eng mit der Ausarbeitung und Durchführung des Zweijahrplanes verbunden. Am Anfang der Kontrolle der Plandurchführung stand die Neuordnung des bisherigen unübersichtlichen und aufwendigen Planberichterstattungssystems. ⁸⁷ Die Beseitigung des - wie sich der stellvertretende Planungsminister Bruno Leuschner 1949 ausdrückte - "Berichterstattungsunwesens" ⁸⁸ wurde durch die Reduzierung der Formulare und der zentral erfragten Kontrollziffern erreicht. Die Betriebe und Industriezweigleitungen sparten dadurch beträchtlich an Zeit. Die veränderte Form der Berichterstattung gab den Betrieben vor allem überschaubares Material für die Kontrolle der naturalen Seite ihres Produktionsprozesses in die Hand und vermittelte der zentralen Leitung wichtige Erkenntnisse für die Vorbereitung des nächsten Volkswirtschafts-Jahresplanes. Die Berichterstattungen waren jedoch, da sie den zentralen wirtschaftsleitenden Organen den Zustand der Wirtschaft mit mehrmonatiger Verspätung signalisierten, ⁸⁹ wenig geeignet, um eine unmittelbare Verbindung von Kontrolle und Abstellung aufgedeckter Mängel ⁹⁰ zu erzielen. Die operative Kontrolle mit Hilfe

81 Das Wirtschaftsjahr 1953. Taschenbuch, Berlin 1952, S. 121.

82 Verordnung über die Rechte und Pflichten der Meister in den volkseigenen und ihnen gleichgestellten Betrieben und über die Erhöhung ihrer Gehälter, in: GBl., Nr. 84/1952, S. 504 f.

83 Ebenda, S. 120.

84 Das Wirtschaftsjahr 1953, a. a. O., S. 121.

85 Arnold, Hans/Borchert, Hans/Schmidt, Johannes, Ökonomik der sozialistischen Industrie in der Deutschen Demokratischen Republik, 4. Aufl., Berlin 1958, S. 98.

86 Ebenda, S. 100 ff.

87 Es handelte sich um Verordnungen zur Regelung der Industrieberichterstattung v. 19. 1. 1949 (GBl. 1949, S. 285) bzw. Neuordnung der statistischen Berichterstattung v. 21. 9. 1949 (GBl. 1949, S. 757).

88 ZStA, E-1, Nr. 126.

89 Ebenda, G-I 3 II, Nr. 0257a.

90 Ebenda.

eines Meldesystems ließ sich weitaus schwerer installieren als die Planberichterstattung. Die in diesem Zusammenhang beabsichtigte Einrichtung eines Dispatchersystems wurde bereits seit 1949 auf allen Ebenen energisch, aber zunächst wenig erfolgreich betrieben.⁹¹ Erst im Jahre 1953 lagen genügend Erfahrungen vor, um den Dispatcherdienst in den Großbetrieben einzurichten⁹²; in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre war er auf allen Ebenen realisiert.⁹³

Später als die Kontrolle der naturalen Plankennziffern entwickelte sich die Finanzkontrolle. In den ersten Nachkriegsjahren wurde angesichts von Inflation und Warenmangel der "kaufmännischen Seite" des betrieblichen Produktionsprozesses wenig Beachtung geschenkt.⁹⁴ Die Bemühungen⁹⁵ um eine Verbesserung der betrieblichen Finanzplanung und -kontrolle blieben vor der generellen Einführung der wirtschaftlichen Rechnungsführung in den volkseigenen Betrieben im März 1952 jedoch Stückwerk.⁹⁶ Eine Ausnahme bildeten wiederum die SAG-Betriebe.⁹⁷ Nach 1952 gewann die "Kontrolle durch die Mark" an Bedeutung. Sie galt sowohl den betrieblichen Finanzen als auch der Einhaltung der synthetischen Kennziffern des Betriebsplanes⁹⁸ und wurde ausgeübt durch die funktionalen Finanzorgane der übergeordneten Leitungen (zum Beispiel die Staatliche Plankommission), durch das Ministerium für Finanzen und durch den staatlichen Bankapparat (Deutsche Notenbank, Investitionsbank)⁹⁹. Zum wichtigsten staatlichen Finanzkontrolleur des Betriebes wurde Mitte der fünfziger Jahre der Hauptbuchhalter. Er hatte insbesondere die im Finanzplan verankerten Ziele zu kontrollieren. Stellte er Planwidrigkeiten fest, so konnte er vom Werkleiter deren sofortige Beseitigung verlangen. Stieß er - administrativ und bezüglich seines Gehaltes nicht vom Betrieb abhängig - bei der Betriebsleitung auf Unverständnis, hatte der Hauptbuchhalter den Leiter der übergeordneten Dienststelle, in schwerwiegenden Fällen die Zentrale Kommission für staatliche Kontrolle zu verständigen.¹⁰⁰ Mit der Hauptbuchhalterverordnung hatte die Einführung eines Systems der sozialistischen Finanzkontrolle im Betrieb ihren Abschluß gefunden.

Die Entwicklung einer sozialistischen Leitungsorganisation, insbesondere die Durchsetzung der Einzelleitung sowie eines Netzes staatlicher Kontrollinstanzen, warf die Frage nach geeigneten Formen der Mitwirkung der Arbeiter an

91 Ebenda, G-3 II, Nr. 0299.

92 Bekanntmachung des Beschlusses über die Einführung eines Dispatcherdienstes in der volkseigenen Industrie v. 16. 4. 1953, in: GBl., Nr. 53/1953, S. 577. - Das Gesetz bestimmte: Die Dispatcherabteilung kontrolliert den Ablauf des Produktionsprozesses und stellt Abweichungen von den Plänen so rechtzeitig fest, daß vom Werkdirektor, vom Produktionsleiter oder vom Technischen Direktor rechtzeitig vorbeugende Maßnahmen zur Sicherung der Planerfüllung und des kontinuierlichen Produktionsablaufes eingeleitet werden können. Die auf Abteilungen und Brigaden aufgeschlüsselten Produktionspläne, operativen Produktionsprogramme und Fertigungszeitpläne für die einzelnen Erzeugnisse sind die Grundlagen für die Kontrolle. Der Hauptdispatcher muß in der Lage sein, den Werkdirektor täglich über den neuesten Stand zu unterrichten.

93 Arnold, Hans/Borchert, Hans/Schmidt, Johannes, a. a. O., S. 169; vgl. auch ebenda, 6. Aufl. Berlin 1961. S. 267.

94 ZStA, E- 1, Nr. 266.

95 Zahn, Lola, Was verstehen wir unter Finanzplanung?, in: Einheit, Nr. 9/1949, S. 805 ff.

96 Roesler, Jörg, Planwirtschaft, a. a. O., S. 62 f.

97 ZStA, G- 3 II, Nr. 0418; Mühlfriedel, Wolfgang, a. a. O., S. 175.

98 Roesler, Jörg, Planwirtschaft, a. a. O., S. 64.

99 Arnold, Hans/Borchert, Hans/Schmidt, Johannes, 4. Aufl., a. a. O., S. 556 ff.

100 Ebenda, S. 557.

der Betriebsleitung auf, nachdem die Methoden der Arbeiterkontrolle ihre Aufgabe erfüllt hatten. In einem mehrjährigen, durch Unverständnis bei einer Reihe von Arbeitern und Gewerkschaftsfunktionären zeitweise erschwerten Prozeß¹⁰¹ entstanden Formen und Methoden der Mitwirkung, die einerseits die Verantwortlichkeit des Einzelleiters nicht antasteten, andererseits aber eine Entfaltung der Initiativen der Werkstätigen und eine Kontrolle der Tätigkeit der Betriebsleitung bei der Ausarbeitung und Durchführung der Wirtschaftspläne gestatteten. Seinen Abschluß fand der Übergang zu dem neuen System der Zusammenarbeit und Kontrolle zwischen Werkleitung und Betriebsbelegschaft mit der Ausarbeitung der ersten Betriebskollektivverträge (BKV) in den Jahren 1951 und 1952.¹⁰² Dem waren Betriebsvereinbarungen und Aktivistenpläne als organisatorische Vorstufen¹⁰³ vorangegangen. Der BKV regelte auf der Grundlage des Betriebsplanes die Verpflichtungen der Werkleitungen und der Belegschaft, vertreten durch die Betriebsgewerkschaftsleitung, bezüglich der Steigerung der Produktion sowie der Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Belegschaftsangehörigen.¹⁰⁴ Er enthielt durch vierteljährliche Rechenschaftslegungen auch wesentliche Kontrollmöglichkeiten.¹⁰⁵ Die "Massenkontrolle" durch die Betriebsbelegschaft wurde neben der statistischen und operativen Kontrolle der wirtschaftsleitenden Organe dadurch endgültig zum integrierten Bestandteil des Kontrollsystems in der Wirtschaft.

Zur wichtigsten Institution der Massenkontrolle entwickelten sich die Produktionsberatungen. Ihre Anfänge reichen in das Jahr 1949 zurück.¹⁰⁶ Ab 1951 fanden in den Industriebetrieben monatliche Produktionsberatungen statt.¹⁰⁷ Nach 1953 gewannen sie zunehmend an Profil. Die Produktionsberatungen dienten dazu, die unmittelbaren Erfahrungen der Werkstätigen bei der Planausarbeitung und -durchführung, ihre Ratschläge und Hinweise der Betriebsleitung bekannt zu machen. Der FDGB - Organisator der Produktionsberatungen - legte Nachdruck darauf, daß "über alle Hemmnisse bei der Verbesserung der Arbeitsmethoden erst recht gesprochen werden muß, wenn sie auf Grund von Fehlern der Betriebsleitung oder von anderen Wirtschaftsorganen entstanden sind".¹⁰⁸ Tatsächlich fielen "viele kritische Bemerkungen".¹⁰⁹ Seit 1958 erhielten die Produktionsberatungen auch die Aufgabe, die Aufstellung der Pläne zu beraten und zu kontrollieren. Um ein arbeitsfähiges Kollektiv zur Leitung der Produktionsberatungen zu haben, wurden Ausschüsse der Produktionsberatungen gewählt.¹¹⁰ Ihren organisatorischen Zusammenschluß fanden die einzelnen Ausschüsse der Produktionsberatungen der Großbetriebe in der Ständigen Produktionsberatung, einem Organ der Betriebsgewerkschaftsleitung.¹¹¹

101 Roesler, Jörg, Die gewerkschaftliche Mitbestimmung ..., a. a. O., S. 1018 ff.

102 Keller, Dietmar, a. a. O., S. 204 ff.

103 Ebenda, S. 118 ff.; Kirchner, Rudolf, Der Aktivistenplan zum Kampf gegen alle Produktionsverluste, Berlin o.O. o.J., S. 4 ff.

104 Vgl. Rubbel, Rudi, Muster-Kollektivvertrag 1954, in: Tribüne, 24.12.1953.

105 Keller, Dietmar, a. a. O., S. 202 ff.

106 Vgl. Falk, Waltraud, a. a. O., S. 97.

107 Keller, Dietmar, a. a. O., S. 154.

108 So Vorsitzender Herbert Warnke auf einer Sitzung des Bundesvorstandes des FDGB, zit. in: Keller, Dietmar, a. a. O., S. 43.

109 Falk, Waltraud, a. a. O., S. 143.

110 Kunter, G., Zur Entwicklung der Produktionsberatungen in der volkseigenen Metallindustrie, in: Die Arbeit, Nr. 6/1955, S. 375.

111 Beschluß des Bundesvorstandes des FDGB über die Ständigen Produktionsberatungen in den sozialistischen Betrieben der DDR, in: Tribüne, 10.4.1959; vgl. auch: Beschluß über die Unterstützung der Ständigen Produktionsberatungen in den sozialistischen Betrieben durch die Betriebsleitungen und die Organe der staatlichen Verwaltung, in GBL I, 1959, S. 329.

Von vornherein in der Phase der Planausarbeitung tätige Organe der Betriebsgewerkschaften waren die Betriebsplanungskommissionen bzw. Betriebsplanungs- und Betriebskontrollausschüsse. Sie entstanden mit den Anfängen der Betriebsplanung 1946 und 1947. Im Jahre 1948 wurden in allen Betrieben der zentralgeleiteten volkseigenen Industrie Planungsausschüsse gebildet.¹¹² Die Betriebsplanungsausschüsse entfalteten eine beachtliche Aktivität.¹¹³ Mit der Durchsetzung eines funktionierenden zentralen Planungssystems, das durch einen beträchtlichen Grad der Konzentration von Entscheidungsbefugnissen bei den wirtschaftsleitenden Organen und das Überwiegen administrativer Leitungsmethoden gekennzeichnet war¹¹⁴, mußte sich der Schwerpunkt ihrer Tätigkeit, der ursprünglich bei der Kontrolle der Planaufstellung gelegen hatte, auf die Kontrolle der Plandurchführung verlagern.¹¹⁵ Da sich dafür geeignetere Formen der gewerkschaftlichen Kontrolle fanden, zum Beispiel die Produktionsberatungen, war es nicht verwunderlich, daß das Industrieministerium 1950 feststellen mußte, "daß in allen besuchten Betrieben die Betriebsplanungskommissionen eingeschlafen sind"¹¹⁶. Versuche, die Betriebsplanungs- und Betriebskontrollausschüsse während des ersten Fünfjahrplanes wieder zu beleben, blieben auf die Dauer ohne Ergebnis.¹¹⁷ Eine ähnlich erfolgreiche Rolle wie die Produktionsberatungen in der Plankontrolle spielten die Ökonomischen Konferenzen für die Finanzkontrolle. Die seit 1954 von den Betriebsparteiorganisationen einberufenen kritischen Beratungen der Belegschaft, mit dem Ziel, die Arbeitsproduktivität zu steigern, die Selbstkosten zu senken und die Rentabilität zu erhöhen¹¹⁸, entwickelten sich in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre zu einer Bewegung der Massenkontrolle, die zeitweilig bis zu 90 Prozent der Betriebe erfaßte.¹¹⁹

Weitere Organe der gesellschaftlichen Kontrolle in den Betrieben während der fünfziger Jahre waren die Arbeiterkontrolleure der Betriebsgewerkschaft¹²⁰, die Kontrollposten der FDJ¹²¹ und die 1959 gegründeten Kommissionen für Parteikontrolle in den Betrieben¹²². Letztere waren als Organe der Betriebsparteiorganisation tätig.¹²³ Sie hatten ihre Kontrollaktionen mit den Vertretern der Zentralen Kommission für Staatliche Kontrolle (ZKSK) und untereinander zu koordinieren¹²⁴, was nicht immer zur vollständigen Zufriedenheit gelang. Da häufig parallelaufende Kontrolleinsätze und Eingriffe verschiedener Kontrollorgane in die Leitungstätigkeit die Eigenverantwortlichkeit des Betriebsleiters erschwer-

112 Keller, Dietmar, a. a. O., S. 113 f., 255.

113 Tagesordnungen von Betriebsplanungsausschüssen sind veröffentlicht in Keller, Dietmar, a. a. O., S. 315 f.

114 Roesler, Jörg, Planwirtschaft, a. a. O., S. 16 ff.

115 Keller, Dietmar, a. a. O., S. 114 ff.

116 ZStA, G-3 II, Nr. 0135.

117 ZStA, E-1, Nr. 1132.

118 Dienstanweisungen (DA) des Ministeriums für Schwermaschinenbau Nr. 5/56.

119 ZStA, E-1, Nr. 29-4-59; Roesler, Jörg, Planwirtschaft, a. a. O., S. 266.

120 Vgl. Gesetzbuch der Arbeit der DDR v. 12. 4. 1963, in: GBl. I, S. 29.

121 Vgl. Keller, Dietmar, a. a. O., S. 101.

122 Arnold, Felix/Hannemann, Harry, Wie soll die Betriebsparteiorganisation mit dem Plan, dem Vertragssystem und der Statistik arbeiten?, Berlin 1960, S. 117 ff.

123 Zur Entwicklung der staatlichen Kontrolle bis Anfang der sechziger Jahre vgl. Verordnung über das Statut der Kommission für Staatliche Kontrolle vom 17. 5. 1962, in: GBl. II, S. 327 sowie Verordnung über die Helfer der Staatlichen Kontrolle vom 17. 5. 1962, in: GBl. II 1962, S. 331.

124 Wachsamkeit und Plandisziplin ..., a. a. O., S. 24, 51, 120; Keller, Dietmar, a. a. O., S. 101.

ten¹²⁵, wurden die staatlichen und gesellschaftlichen Kontrollorgane 1963 zur Arbeiter- und Bauern-Inspektion (ABI) vereinigt¹²⁶, die in Betrieben und übergeordneten Organen bis heute eine einheitliche und effektive Kontrolltätigkeit durchführt.

Ein Resümee der Entwicklung des Kontrollsystems in der DDR zwischen 1945 und dem Beginn der sechziger Jahre macht deutlich: Das traditionelle betriebliche Kontrollsystem wurde demontiert, soweit es spezifisch kapitalistische Züge trug und Instrument der Durchsetzung von Profitstreben war. In das neue sozialistische Kontrollsystem wurden jene Methoden und Strukturen der Kontrolle übernommen, ohne die der betriebliche Arbeitsprozeß "an sich" nicht erfolgreich vollzogen werden kann. Jedoch sind es nicht diese Methoden, die das sozialistische Kontrollsystem prägen, sondern jene, die im Sozialismus hinzukommen und die neue Qualität des Kontrollsystems ausmachen: die bewußte Gestaltung wesentlicher Elemente des Kontrollsystems durch die Arbeiter in den Betrieben selbst und die abgestimmte Zusammenarbeit zwischen staatlichem Leitungs- und Kontrollsystem einerseits und den Organen und Formen der Kontrolle der Betriebsparteiorganisation, der Gewerkschaften und weiterer im Betrieb wirksam werdender gesellschaftlicher Kräfte andererseits.

Damit ist aber nur das Resultat des Wandlungsprozesses charakterisiert, nicht der Prozeß selbst. Dieser vollzog sich durchaus nicht geradlinig: Die Kontrolle erschien, sobald die Arbeiterklasse im Betrieb und in der Gesellschaft gegenüber den Kapitalisten dominierte, nicht mehr als ein dem betrieblichen Produktionsprozeß notwendig innewohnendes Moment. Sehen wir in diesem Falle einmal von ihrer sozialen Seite ab, dann bestand das Ziel der Arbeiterkontrolle, der Haupt- bzw. einzig funktionierenden Form der Kontrolle in den Betrieben während der ersten Nachkriegsjahre, im Schutz des betrieblichen Produktionsprozesses gegen Störungen durch Machenschaften des Kapitalisten oder seiner Interessenvertreter in der Betriebsleitung. Angesichts der aus dieser Richtung drohenden Gefahren für den kontinuierlichen Ablauf des betrieblichen Produktionsprozesses schien die Kontrolle der Produzenten selbst nicht nur unwichtig, sondern sie wurde auch als unnötig, als mit der Emanzipation der Arbeiter unvereinbar betrachtet. Der rasche Verfall der kapitalistischen Arbeitsmoral und -disziplin nach der faktischen Beseitigung des traditionellen Kontrollsystems - enorm beschleunigt durch die Wirkungen von Mutlosigkeit, Hunger und Schwarzmarkt in der Nachkriegszeit - ließ bei einem relativ kleinen, dem bewußtesten Teil der Arbeiterschaft die Erkenntnis heranreifen, daß der Sozialismus nicht das Verschwinden jeglicher Kontrolle des Produktionsprozesses und der Produzenten, sondern die Errichtung eines neuen Kontrollsystems verlangt, das den Interessen der Arbeiterklasse dient. Die klare Position der SED zur (Wieder-) Errichtung einer Kontrolle über den betrieblichen Produktionsprozeß im Interesse des sozialistischen Aufbaus sowie die geübte Praxis in den SAC-Betrieben haben diesen Erkenntnisprozeß wesentlich beschleunigt.

125 Vgl. Jonuscheit, Karl-Heinz, Gesellschaftliche Kontrolle - Teil des neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung, in: Einheit, Nr. 8/1963, S. 19 ff.; Jendretzky, Hans, Die Beschlüsse mit höchster Präzision durchführen. Zur Entwicklung des Systems der staatlichen und gesellschaftlichen Kontrolle, in: Demokratischer Aufbau, Nr. 3/1962, S. 65 ff.

126 Vgl. Beschluß über die Aufnahme der Tätigkeit der Arbeiter- und Bauern-Inspektion in der DDR vom 13. 5. 1961, in: GBl. II, S. 262 Beschluß des Zentralkomitees der SED und des Ministerrates der DDR über die Bildung der Arbeiter- und Bauern-Inspektion der DDR vom 13. 5. 1963, in: ebenda, S. 262 ff.

Seit etwa 1948 wurden verschiedene Methoden der Selbstkontrolle durch die von der SED geführten fortschrittlichen Arbeiter angewendet. Diese Methoden wurden in offener und teilweise heftiger Auseinandersetzung mit rückständigen Gruppen auf die Mehrheit der Betriebsbelegschaften übertragen. Parallel zu den Aktionen der Aktivisten, aber keineswegs gleichwertig für den Durchbruch zu einem qualitativ neuen Kontrollsystem, vollzog sich seit 1948 die Installierung eines auf dem Betriebsplan und der Überwachung seiner Durchführung beruhenden Systems der staatlichen Kontrolle, dessen Abstimmung mit den Formen und Methoden der gesellschaftlichen Kontrolle in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre auf der Grundlage der Betriebskollektivverträge im wesentlichen erreicht wurde.

2. Die Kontrolle der Produktion im Spiegel der Betriebsgeschichte

Die Betriebsgeschichtsschreibung hat sich in der DDR stetig entwickelt und einen guten Stand erreicht. Es wurde eine breite Bewegung betriebsgeschichtlicher Laienforscher ins Leben gerufen. Bisher sind in der DDR etwa 1500 betriebsgeschichtliche Veröffentlichungen erschienen.¹²⁷ Betriebsgeschichte ist nach der Definition von Hans Radandt¹²⁸ auch Geschichte der Ökonomie und der Betriebsorganisation.¹²⁹ Im folgenden wird der Versuch unternommen, anhand von zehn repräsentativen Betriebsgeschichten¹³⁰ einen Eindruck davon zu vermitteln, in welchem Umfang und welcher Auswahl Probleme der Kontrolle in der betriebsgeschichtlichen Forschung der DDR Berücksichtigung finden.

Große Bedeutung wurde in jeder der untersuchten Betriebsgeschichte der Darstellung der Arbeiterkontrolle nach 1945 beigemessen. Ob die kapitalistische Betriebsleitung sich "rechtzeitig", das heißt vor dem Einmarsch der Sowjetarmee, in die Westzonen "abgesetzt" hatte, wie das mehr oder minder vollständig bei allen Konzernbetrieben der Fall war, oder ob - wie vielfach bei privatkapitalistischen Mittel- oder Kleinbetrieben - der Unternehmer zunächst blieb, Versuche, das alte Ausbeutungssystem aufrechtzuerhalten oder wenigstens Material, Maschinen und Fachleute in die Westzonen "nachkommen" zu lassen, gab es in jedem Fall. Selten geschah das so direkt wie im Werkzeugmaschinenbetrieb H. Großmann (heute zum VEB Mikromat gehörig), dessen Besitzer im Juni 1945 plötzlich wieder auftauchte, die gesamte Belegschaft, die den Betrieb in Gang

¹²⁷ Vgl. Radandt, Hans, Gedanken zur Disziplin Betriebsgeschichte anhand der Entwicklung in der DDR, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1981, T. 1, S. 173.

¹²⁸ Ebenda, S. 175.

¹²⁹ In einer anderen Arbeit spezifiziert er Ökonomie und Betriebsorganisation wie folgt: a) Quantität und Qualität der Produkte, Verhältnis zum Weltniveau; b) Arbeitsproduktivität; c) Planung, Planerfüllung, Rentabilität; ferner: allgemeine Arbeitsbedingungen (Betriebsordnung, Arbeitszeit, Arbeitslohn, Arbeitsmilieu, Arbeitsstätten usw.). (Vgl. Radandt, Hans, Betriebsgeschichte erforschen und vermitteln, Berlin 1980, S. 33 f.)

¹³⁰ Die Auswahl erfolgte in Absprache mit Hans Radandt. Es handelt sich um folgende Betriebsgeschichten: Carl Zeiss Jena - Einst und Jetzt, Berlin 1962; Polyester contra Pulver. Zur Geschichte des VEB Chemiefaserwerk "Friedrich Engels", Premnitz, Berlin 1971; Schmelzer, Janis/Stein, Eberhard, Geschichte des VEB Filmfabrik Wolfen, Berlin 1969; Buch unserer Tage. Beiträge zur Betriebsgeschichte des VEB Braunkohlenwerk "Erich Weinert", Deuben 1956 - 1968, Berlin 1970; Bergarbeiterland in Volkeshand. Geschichte des VEB Braunkohlenkombinat Lauchhammer, Bd. 2, Berlin 1970; Wir Volltuchwerker. Geschichte des VEB Volltuchwerke Crimmitschau, Ber-

gesetzt hatte, entließ und nur etwa zwanzig ausgewählte Mitarbeiter wieder einstellte.¹³¹ Doch auch die Aktion der Westberliner OSRAM-Konzernleitung, "zahlreiche, in Einzelteile zerlegte Maschinen für die Glühlampenfertigung aus dem Zweigbetrieb Zwickau über Speditionsfirmen per Lastwagen oder per Waggon, zum Teil unter der Tarnbezeichnung 'Maschinenteile zur Reparatur', nach Westberlin (zu) verladen"¹³², wies auf die Notwendigkeit einer ständigen Überwachung der Unternehmensleitungen hin. Wie die Arbeiterkontrolle funktionierte, wird in der Betriebsgeschichte des VEB Chemiefaserwerk "Friedrich Engels", Premnitz, so geschildert: "Sämtliche Post, die das Werk verließ, wurde vom Vorsitzenden der BGL vor Verlassen des Betriebes auf ihren Inhalt geprüft und gegengezeichnet. Jede Woche mußten Verhandlungen zur Sicherung der Material- und Rohstoffversorgung geführt werden, an denen der Vorsitzende oder ein Vertreter teilnahm."¹³³ Im Unterschied zu Premnitz fungierte in den Jahren von 1945 bis 1947/48 in der Mehrzahl der Betriebe der Betriebsrat als wichtigstes Organ der Arbeiterkontrolle. Es gab aber auch Betriebe, in denen die Arbeiterkontrolle zunächst nicht funktionierte, weil sich die Arbeitervertreter noch nicht ihrer Kraft bewußt waren. Das geschah sowohl in bis dahin "patriarchalisch" geführten Klein- und Mittelbetrieben, wie zum Beispiel in dem bereits genannten Unternehmen H. Großmann¹³⁴, als auch in jenen Konzernbetrieben, in denen die soziale Demagogie besonders intensiv betrieben worden war, wie zum Beispiel im Konzern Carl Zeiss Jena mit Hilfe der Stiftungslegende¹³⁵. Dort überließ der Betriebsrat noch im Jahre 1947 die wirtschaftspolitischen Fragen der Geschäftsleitung. Bis zum Jahre 1947 konnte die Unternehmensleitung auch die Verankerung des Mitbestimmungsrechtes hinauszögern.¹³⁶ Immer stand am Ende der Auseinandersetzung über die Arbeiterkontrolle der Sieg der Arbeiter. Nicht in jedem Fall wurde eine umfassende schriftliche Regelung der Mitbestimmung und Mitwirkung festgelegt, wie in der im Jahr 1947 zwischen Betriebsrat und Treuhänder abgeschlossenen ersten Betriebsvereinbarung im damaligen VEB Berliner Glühlampenwerk (BGW).¹³⁷

Der Auseinandersetzung zwischen den fortgeschrittensten Arbeitern und der Mehrzahl der eine passive oder abwartende Haltung einnehmenden Betriebsangehörigen um die Entwicklung einer sozialistischen Arbeitsmoral und -disziplin widmen die Betriebsgeschichten mit der Darstellung über die Anfänge der Aktivistinnen- und Wettbewerbsbewegung breiten Raum. In diesem Zusammenhang werden der Tiefstand der Arbeitsmoral und -disziplin in den Notjahren der Nachkriegszeit ebenso wie Maßnahmen zur Wiedereinführung der Arbeitszeit-, Arbeitsleistungs- und Qualitätskontrolle geschildert.

Wie in allen anderen Werken hatten auch in den Textilbetrieben Crimmitschau "Krieg und Nachkriegsverhältnisse ... die Arbeitsdisziplin, die Moral und auch die Rechtsauffassungen schwer erschüttert"¹³⁸. Von der demoralisierenden Wirkung des Schwarzmarktes blieb keine Betriebsbelegschaft verschont. Bummel-

lin 1971; Burghoff, Ingrid und Lothar, Bergmannstaten - Bergmannsglück. Zur Geschichte des Kaliwerkes "Thomas Müntzer" Bischofferode, Berlin 1979; Reichert, Günter, Geschichte des VEB Mikromat Dresden, Berlin o. J.; Keil, Hans/Roth, Hermann, Arbeiter machen Geschichte. Geschichte des VEB NARVA "Rosa Luxemburg", Berliner Glühlampenwerk, Berlin o. J.; Ausbruch aus Not und Enge. Zur Geschichte des VEB Carl Zeiss Jena, Betrieb Eisfeld, Berlin o. J.

131 Reichert, Günter, a. a. O., S. 74.

132 Keil, Hans/Roth, Hermann, a. a. O., S. 10.

133 Polyester contra Pulver, a. a. O., S. 113.

134 Reichert, Günter, a. a. O., S. 74.

135 Carl Zeiss Jena, a. a. O., S. 623 f.

136 Ebenda, S. 626 f.

137 Keil, Hans/Roth, Hermann, a. a. O., S. 90 f.

138 Wir Volltuchwerker, a. a. O., S. 59.

sichtigen waren an der Tagesordnung. Betrieben in rein bäuerlicher Umgebung wie dem Chemiewerk Premnitz fehlte es darüber hinaus generell an Arbeitswilligen. Dort mußten vom Betriebsrat spezielle Aktionen zur Wiederanwerbung ehemaliger Betriebsangehöriger durchgeführt werden. "In jener Zeit waren sie eher geneigt, ihr Land zu bebauen und ihr Vieh zu betreuen, als 8 Stunden im Betrieb zu arbeiten und dafür Geld mit geringer Kaufkraft zu erhalten. Wert hatte damals das, was gebraucht wurde, um leben zu können. Am meisten begehrt waren Lebensmittel. Damit konnte man auch in den Besitz anderer Gebrauchsgüter, wie Kleidung und Haushaltsgegenstände, kommen. Im Werk dagegen gab es für die Arbeit nur Geld."¹³⁹

Disziplinverstöße wurden nicht oder nur unzureichend geahndet. Die Betriebsparteioorganisation der Filmfabrik Wolfen kritisierte, "daß Vorgesetzte häufig zu wenig gegen offensichtliche Bummelei einschritten. Es gab Betriebs- und Abteilungsleiter, denen die Arbeitsdisziplin im ehemaligen Konzernbetrieb mehr am Herzen gelegen hatte als unter der antifaschistisch-demokratischen Ordnung."¹⁴⁰ In einem Teil der Betriebe sank die Arbeitsmoral weniger unter der Stammebelegschaft als unter den Neueingestellten. In der Betriebsgeschichte des Kalibetriebes Bischofferode heißt es dazu: "Die Stammebelegschaften mußten viel Zeit und Kraft aufwenden, um die neuen Kollegen anzulernen. Die Arbeitsdisziplin ließ größtenteils zu wünschen übrig. Ohne echtes Interesse für die Eigentümlichkeiten des Kalibergbaus, seine lebenswichtige Bedeutung und seinen wirtschaftlichen Rang für den Neuaufbau unserer Wirtschaft und unseres Landes dachten viele nur daran, wie sie die Vorteile des Bergarbeiterlebens - höhere Löhne und höhere Lebensmittelrationen - ausnutzen konnten, ohne die entsprechende Leistung zu bringen."¹⁴¹

Daß die Situation in von sowjetischen Leitern geführten Betrieben anders war, bestätigen die Betriebsgeschichten ehemaliger SAG-Betriebe. In diesen Betrieben wurden relativ rasch Maßnahmen ergriffen, um den Tiefpunkt der Arbeitsdisziplin zu überwinden. Ein charakteristisches Zeichen nennt die Betriebsgeschichte der Filmfabrik Wolfen: "Nach der Befreiung vom Faschismus hatte der Gewerkschaftsausschuß in Überschätzung des Bewußtseinsstandes der Masse der Belegschaft als eine der ersten Forderungen die Abschaffung der Stempelpflicht durchgesetzt. Jetzt wurde es erforderlich, sie wieder einzuführen. Nach Absprache mit Betriebsrat und Gewerkschaft verfügte Generaldirektor Mumschieff zur Wiederaufrichtung der Fabrikdisziplin die Stempelpflicht für alle Belegschaftsmitglieder mit Wirkung vom 15. März 1947 an."¹⁴²

In den volkseigenen Betrieben kam der Umschwung, das bestätigen alle Betriebsgeschichten, mit dem Befehl Nr. 234. Wie in Crimmitschau trug er überall entscheidend dazu bei, "ein vernünftiges Verhältnis zur Arbeit zu schaffen und den Tiefstand der Arbeitsproduktivität zu überwinden"¹⁴³. Die hemmende Auffassung "erst mehr essen, dann mehr arbeiten" konnte allerdings nur allmählich aus dem Bewußtsein verdrängt werden. Arbeiter mit vorbildlicher Einsatzbereitschaft und Moral, über die in allen Betriebsgeschichten berichtet wird, waren anfangs in der Minderheit. "Oft stießen die Genossinnen und Genossen", hieß es in der Premnitzer Betriebsgeschichte, "auf Spötteleien negativer Kräfte, die von freiwilliger Arbeitsdisziplin nicht viel hielten und in Schwarzmarktgeschäften eine bequemere Erwerbsquelle besaßen."¹⁴⁴

139 Polyester contra Pulver, a. a. O., S. 106.

140 Schmelzer, Janis/Stein, Eberhard, a. a. O., S. 128.

141 Burghoff, Ingrid und Lothar, a. a. O., S. 66.

142 Schmelzer, Janis/Stein, Eberhard, a. a. O., S. 128.

143 Wir Volltuchwerker, a. a. O., S. 62.

Reichert, Günter, a. a. O., S. 83.

Bergarbeiterland in Volkeshand, a. a. O., S. 36.

144 Polyester contra Pulver, a. a. O., S. 115.

Pessimistische Stimmen und ablehnende Haltungen nahmen 1948/49 noch einmal zu, als die Aktivisten nicht nur die Kontrolle der Einhaltung der Arbeitszeit, sondern auch der Arbeitsleistung selbst in die Hand nahmen. Zur Tat Adolf Hennecke mußte jeder Position beziehen. Anschaulich schildert dies die Betriebsgeschichte des Kaliwerkes Bischofferode: "Wenige Tage nach Adolf Henneckes Tat am 13. Oktober 1948 ... wurden die bisherigen Vorgaben in den Abbauen und Strecken überboten ... Die sowjetischen Genossen ehrten die ersten Aktivisten ... mit Geld und Sachprämien. Unter und über Tage aber entbrannte eine heiße Diskussion. - 'Wohin soll das führen?' fragten die einen. Sagte die Arbeiterklasse nicht: 'Akkord ist Mord?' meinten die anderen. 'Die Starken fallen jetzt den Schwachen in den Rücken', riefen sie in den Diskussionen aus. Es war nicht einfach für die kleine Schar von Genossen, dem weitverbreiteten Unverständnis, das der Klassenfeind aus den Westzonen für sich auszunutzen suchte, Klarheit entgegenzustellen."¹⁴⁵ In keinem Betrieb setzten sich die neuen Leitungsmaßstäbe ohne Kampf durch. In der Betriebsgeschichte des BGW berichtet eine Metallarbeiterin der Kolbenwäscherei: "Wir arbeiteten im Stundenlohn. 12 000 Kolben wurden am Tage gewaschen. Um 13.30 Uhr war das geschafft. Die letzte Stunde wurde getrödelt. Ich arbeitete weiter bis Schichtschluß und brachte es auf 14 000 Kolben. Da brach ein Sturm in der Abteilung los. Weil ich die Arbeitszeit richtig ausnutzte, wurde ich als 'schwarzes Schaf' angesehen."¹⁴⁶ In manchen Fällen setzten die Gegner der Hennecke-Aktivisten alles in Bewegung, um die Rekordleistung des "Normenbrechers" im nachhinein zu diskreditieren. Zur Tat des jugendlichen Drehers Manfred Nießner im Frühjahr 1949 berichtet die Betriebsgeschichte der Filmfabrik Wolfen: Manche "hielten die Leistung für künstlich vorbereitet oder gefälscht. Der Meister behauptete, an Nießners alter und zum Ausrangieren vorgesehener Drehbank könne man sowieso nicht kalkulieren. Die Kalkulation bagatellierte die nachgewiesene Leistung von über 220 Prozent durch den Hinweis, daß als seltene glückliche Begebenheit 'einwandfreies Material zur Verfügung stand, welches ermöglichte, den Drehstuhl ohne Zwischenschleifung durcharbeiten zu lassen'. Nießners enorme Leistung resultierte aber aus überlegtem und geschicktem Arbeiten. So legte er zwei Arbeitsgänge, Drehen und Bohren, zusammen, wobei er sich nicht nur die Arbeitszeit, sondern auch Zwischenzeiten ersparte."¹⁴⁷ Die Durchsetzung neuer Normen als Grundlage einer realen Leistungskontrolle behinderten allerdings nicht nur überholte Moralauffassungen, sondern auch technisch-organisatorische Schwierigkeiten. So heißt es im Zusammenhang mit der Einführung des Leistungslohnes in der Betriebsgeschichte von Carl Zeiss Jena: "Diese Entwicklung löste jedoch das Normenproblem noch nicht. Die überwiegende Zahl der Arbeitsnormen war noch nicht wissenschaftlich begründet, bestand also noch nicht aus technisch begründeten Arbeitsnormen ... Die alte Refa-Praxis war noch nicht überwunden, die Auseinandersetzung um die Festsetzung der durchschnittlich progressiven Norm noch nicht abgeschlossen."¹⁴⁸ Ähnlich berichtet die Betriebsgeschichte des BGW: "Es gab auch in der Betriebszeitung lebhaftere Auseinandersetzungen über das Für und Wider des Leistungslohnes. Als Vorstufe entstand zuerst der Prämienleistungslohn, da technisch begründete Arbeitsnormen ... nicht überall sofort zu schaffen waren. Zwar halfen Erfahrungswerte bei der Normenfestsetzung und sogenannte statistische Arbeitsnormen ... Trotzdem gab es Schwierigkeiten und Diskussionen, als das Leistungsprinzip bei der Entlohnung eingeführt werden sollte. Letztlich war dazu neben der Bereitschaft der Arbeiter auch die Qualifikation der Normenbearbeiter nötig."¹⁴⁹

145 Burghoff, Ingrid und Lothar, a. a. O., S. 76.

146 Keil, Hans/Roth, Hermann, a. a. O., S. 95.

147 Schmelzer, Janis/Stein, Eberhard, a. a. O., S. 154.

148 Carl Zeiss Jena, a. a. O., S. 678.

149 Keil, Hans/Roth, Hermann, a. a. O., S. 118.

Im Ergebnis unzureichender Normung wurden 1952 im BGW 2,5 Millionen Mark überplanmäßige Lohnzahlungen getätigt.¹⁵⁰ Zur Verringerung der Disproportionen zwischen Arbeitsproduktivität und Lohn von der Betriebsleitung verfügte "administrative Erhöhungen von Arbeitsnormen erwiesen sich als ein schwerwiegender Fehler"¹⁵¹. Eine endgültige Beseitigung der Disproportionen zwischen Arbeitsproduktivität und Lohn durch technisch begründete Arbeitsnormen war im BGW wie in den meisten anderen Betrieben erst mit dem Produktionsaufgebot vom Herbst 1961 möglich, in dem die Losungen "In der gleichen Zeit für das gleiche Geld mehr produzieren" und "Neue Technik - neue Normen" eine wesentliche Rolle spielten.¹⁵² Weniger problematisch als die Durchsetzung des Leistungslohnes und die Abschaffung überholter Arbeitsnormen scheint sich die Wiederherstellung der Erzeugnisqualität vollzogen zu haben. Vielleicht gerade deshalb finden sich nähere Ausführungen zum Entstehen der Qualitätsbrigaden, wie es sie zum Beispiel in der Betriebsgeschichte des BGW gibt¹⁵³, nicht allzu häufig. Arbeitsbrigaden werden im Zusammenhang mit Wettbewerbsinitiativen in allen Betriebsgeschichten erwähnt. Jedoch geht aus den Darstellungen selten hervor, daß bereits die Bildung der sozialistischen Arbeitsbrigade an sich ein Stück Errichtung sozialistischer Betriebsorganisation war. Daß dieser Schritt nicht ganz einfach war, läßt sich am Beispiel der Betriebsgeschichte des Zeiss-Werkes erkennen: "Daß der Durchbruch zum Neuen jedoch stets harte Auseinandersetzungen mit konservativen Anschauungen erforderte, zeigt die Aufstellung von Arbeitsbrigaden. Trotz intensiver Aufklärungsarbeit bildeten sich bis zum 30. September 1950 erst 11 Brigaden. Doch diese 11 Brigaden waren das Beispiel für die gesamte Belegschaft. Es ist bewiesen, daß durch kollektive Arbeit keine persönlichen Nachteile, sondern daß sich Vorteile für jeden einzelnen und für die Allgemeinheit ergaben. Nach ihrem Vorbild entstanden bis zum 21. Dezember 371 Brigaden mit 3 250 Mitgliedern..."¹⁵⁴

Das generell gewachsene Bewußtsein der Arbeiterklasse der DDR zeigte sich, als 1959 die Komplexbrigade Nikolai Mamai im VEB Elektrochemisches Kombinat Bitterfeld die erste "Sozialistische Brigade" bildete und damit die für die sechziger und siebziger Jahre typische Form des Zusammenschlusses fortgeschrittener Arbeitskollektive in der DDR schuf.¹⁵⁵ Die Bewegung fand relativ rasch Wiederhall in den anderen Betrieben. In der Betriebsgeschichte des VEB Braunkohlenwerkes Deuben heißt es dazu: "Als die Parteitaktivtagung der BPO (Betriebsparteiorganisation - J. R.) am 5. Februar 1959 einschätzte, daß das Kollektiv der Schichtbrigade Usbeck ... auf Grund seiner bisherigen Wettbewerbserfolge die besten Voraussetzungen dafür habe, sich dem Aufruf der Brigade 'Mamai' anzuschließen, erfolgten erste Auseinandersetzungen mit den Vorschlägen der 'Mamais'. Die Brigade Usbeck allerdings schloß sich dem Aufruf der 'Mamais' zunächst nicht an. Als erste Brigaden des Betriebes nahmen die Frauenbrigade 'Clara Zetkin' ... und die Brigade Prax ... den Kampf um den Titel 'Brigade der sozialistischen Arbeit' auf."¹⁵⁶

150 Ebenda, S. 130.

151 Ebenda.

152 Buch unserer Tage, a. a. O., S. 36; Reichert, Günter, a. a. O., S. 131; Ausbruch aus Not und Enge, a. a. O., S. 78; Bergarbeiterland in Volkeshand, a. a. O., S. 189.

153 Keil, Hans/Roth, Hermann, a. a. O., S. 117.

154 Carl Zeiss Jena, a. a. O., S. 683.

155 Vgl. dazu Bergarbeiterland in Volkeshand, a. a. O., Geschichte der SED, a. a. O., S. 386 f.

156 Buch unserer Tage, a. a. O., S. 23 f.

Die Betriebsgeschichten behandeln ferner verschiedene Formen der institutionalisierten gesellschaftlichen Kontrolle in den Betrieben. Besonderes Interesse gilt in den Darlegungen über die fünfziger Jahre den Produktionsberatungen, den ersten Aktivistenplänen und den Ökonomischen Konferenzen.¹⁵⁷ Keine Betriebsgeschichte geht über die Erarbeitung des ersten Betriebskollektivvertrages hinweg. Zeitdauer und Probleme seiner Durchsetzung differierten von Betrieb zu Betrieb beträchtlich. Während der erste BKV im VEB Carl Zeiss Jena erst beim vierten Anlauf soweit verbessert war, daß er die Zustimmung der Belegschaft fand¹⁵⁸, wurde der VEB BGW aufgrund seiner guten Erfahrungen mit dem BKV 1953 dazu ausersehen, einen Musterkollektivvertrag auszuarbeiten: "Ein Volkskammerausschuß unter Leitung des stellvertretenden FDGB-Vorsitzenden Rudi Kirchner beriet im BGW gemeinsam mit den Betriebsangehörigen über die beste Form der Mitarbeit der Werktätigen ... Mit Hilfe dieses BKV, der die Anforderungen als Muster voll erfüllte, gelang es dem BGW, den Jahresplan 1955 und den ersten Fünfjahrplan gut zu erfüllen."¹⁵⁹

Vergleichsweise wenig berücksichtigen die Betriebsgeschichten die Aktivitäten der Planungs- und Kontrollausschüsse und die Tätigkeit der Volkskontrolle. Nur die Premnitzer Betriebsgeschichte berichtet über Aktionen des betrieblichen Volkskontrollausschusses gegen Schieber und Spekulanten 1947.¹⁶⁰ Fast gänzlich fehlen Hinweise auf die Arbeit der staatlichen Plan- und Finanzkontrolle bzw. auf die Zusammenarbeit und Wirksamkeit der gesellschaftlichen Kontrolle im staatlichen Kontrollsystem des Betriebes, wie betriebswirtschaftliche Fragen überhaupt in den betriebshistorischen Darstellungen bisher unzureichend berücksichtigt wurden. Die Ablösung des (de facto existierenden) kollegialen Leitungssystems durch das der Einzelleitung und die Probleme der praktischen Realisierung der Verbindung von Einzelleitung und kollektiver Beratung werden oft nur zufällig gestreift, wie zum Beispiel in der folgenden Episode der Betriebsgeschichte der Filmfabrik Wolfen, in der es heißt: "Generaldirektor Kalischkins "Anregung folgend, wurden wöchentlich sogenannte Dreieckbesprechungen der Betriebsleitung, der Gewerkschaft und der Partei ins Leben gerufen, auf denen kameradschaftliche Beratungen und auch Auseinandersetzungen über Probleme der Planerfüllung, der Wettbewerbe, aber auch über soziale Fragen, Lohnfragen, Normen u. a. erfolgen sollten. Diese 'Troika', wie sie der Generaldirektor nannte, ... mit der Generaldirektion als 'Mittelpferd, rechts und links von Partei und Gewerkschaft flankiert', sollte bis hinunter zu den einzelnen Betrieben, ja bis zu den Werkstätten, zur Praxis einer neuen Art der Leitung werden. Das stand in schroffem Gegensatz zu den in der Zeit der IG Farben üblichen 'Kolloquien', in denen die Meister einfach nur die Befehle der 'Betriebsführer' entgegenzunehmen hatten und sie weitergaben."¹⁶¹

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß die untersuchten Betriebsgeschichten sehr genaue, differenzierte und lebendige Aussagen über jenen Teil des betrieblichen Kontrollsystems im Sozialismus enthalten, in dem die Arbeiter unmittelbar aktiv waren. Die Betriebsgeschichten bieten hier dem Leser Aussagen über den Selbsterziehungsprozeß der Arbeiterklasse, über die Auseinandersetzung um eine neue Einstellung zur Arbeit sowie über die Wirksamkeit der wichtigsten Formen der Mitwirkung und Kontrolle im Betrieb, wie sie in der wirtschaftshistorischen Literatur in einer solchen Dichte nicht vorhanden sind. Das Studium der Betriebsgeschichten und die Zusammenarbeit von Gesellschaftswissenschaftlern und Laienkollektiven, die die Betriebsgeschichte schreiben,

157 Vgl. ausführlicher dazu Bergarbeiterland in Volkeshand, a. a. O., S. 131 f.

158 Carl Zeiss Jena, a. a. O., S. 706 ff.

159 Keil, Hans/Roth, Hermann, a. a. O., S. 137.

160 Polyester contra Pulver, a. a. O., S. 118 f.

161 Schmelzer, Janis/Stein, Eberhard, a. a. O., S. 153.

Soziale Herkunft und soziales Milieu

Herkunfts- und Patenschaftsbeziehungen

der im Jahre 1872 in der Porzellanmanufaktur Meißen beschäftigten Arbeiter

von Traute Scholz

0. Einleitung
1. Ereignisse und Entwicklungen im sozialökonomischen und politischen Milieu
 - 1.1. Die allgemeine Situation in Deutschland und speziell in Meißen
 - 1.2. Meißen in den dreißiger und vierziger Jahren
 - 1.3. Meißen in den fünfziger und sechziger Jahren
2. Die soziale Herkunft der Arbeiter der Porzellanmanufaktur
 - 2.1. Zu einigen Merkmalen der sozialen Gliederung
 - 2.2. Proletarische Schichten
 - 2.3. Vor- bzw. halbproletarische Schichten
 - 2.4. Nichtproletarische Schichten
 - 2.5. Soziale Herkunft der Arbeiter der Porzellanmanufaktur im Vergleich zur sozialen Schichtung der Stadt Meißen
 - 2.6. Qualifikation und soziale Herkunft der Arbeiter der Porzellanmanufaktur
 - 2.7. Väter und Paten der Arbeiter der Porzellanmanufaktur
 - 2.7.1. Die soziale Stellung der Väter und Paten
 - 2.7.2. Die soziale Stellung der Väter und Paten, bezogen auf die Qualifikation der Arbeiter der Porzellanmanufaktur
3. Geburtsorte der Arbeiter der Porzellanmanufaktur
4. Die Stellung der Arbeiter der Porzellanmanufaktur innerhalb der sich konstituierenden deutschen Arbeiterklasse

0. Einleitung

Ausgehend von den Forschungen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung sowie angeregt durch zahlreiche konzeptionelle Gedanken von Jürgen Kuczynski und Ernst Engelberg zur Erforschung der Klassenstrukturen, wird von Historikern und Wirtschaftshistorikern seit den sechziger Jahren auf die Notwendigkeit hingewiesen, mittels der Strukturforschung bessere Erkenntnisse über die "objektiven Grundlagen des unterschiedlichen Handelns verschiedener

gesellschaftlicher Gruppen innerhalb einer Klasse" zu gewinnen.¹ Das bedeutet, die Geschichte der politischen Ereignisse und Bewegungen stärker von seiten der "spezifisch ökonomisch-sozialen Bedingungen"² zu fundieren. "In dieser Beziehung", sagte Kuczynski, "haben wir einen ganz außerordentlichen Nachholbedarf. Wir wollen nicht nur Tausende von Artikeln und Hunderte von Büchern über die Rolle der Arbeiterklasse, sondern auch Bücher über die Arbeiterklasse selbst, über ihre Struktur, über die Wirkungen der Basis auf die Bewegung und Ideologie der Arbeiterklasse."³ Inzwischen sind dazu einige bedeutende Forschungsergebnisse, insbesondere von Hartmut Zwahr⁴, vorgelegt worden, aber es steht nach wie vor die Aufgabe, die empirische Forschung zu intensivieren, um auf erweiterter Materialbasis die Diskussion fortführen zu können.⁵

In der vorliegenden Studie wird auf der Grundlage empirischen Materials, das im Betriebsarchiv des VEB Staatliche Porzellan-Manufaktur Meissen und durch Recherchen in Taufregistern aufgefunden wurde, die soziale Herkunft der Arbeiter der Porzellanmanufaktur Meißen ermittelt, und es werden die typischen und am häufigsten vorkommenden Verbindungen zwischen ihrer sozialen Herkunft und ihren Berufs- bzw. Tätigkeitsgruppen untersucht. Abgesehen davon, daß damit betriebshistorische und regionalgeschichtliche Erkenntnisse gewonnen werden, wird der Zweck dieser empirischen Untersuchung im wesentlichen unter zwei Aspekten gesehen.

Zum ersten liefert das erarbeitete Material einen Baustein für die vergleichende Analyse der sozialökonomischen Herkunft der Arbeiterklasse in verschiedenen regionalen Bereichen und historischen Etappen ihrer Formierung.

- 1 Handke, Horst/Müller, Hans-Heinrich/Thümmeler, Heinzpeter, Strukturprobleme der Arbeiterklasse. Bericht vom internationalen Kolloquium über die Struktur der Arbeiterklasse und deren Wandlungen in der Geschichte, veranstaltet von der Redaktion des Jahrbuchs für Wirtschaftsgeschichte am 22. und 23. Oktober 1963 in Berlin, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte (im folgenden: JWG) 1964, T. 4, insbesondere S. 130; Kuczynski, Jürgen, Strukturwandlungen der Arbeiterklasse. Vortrag auf dem Zweiten internationalen Kolloquium des Instituts für Wirtschaftsgeschichte der DAW am 6. November 1967 (als Ms. vervielfältigt); Engelberg, Ernst, Quellen und Methoden zur Erforschung der Herausbildung und Strukturwandlung des deutschen Industrie-Proletariats im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts, in: Die Volksmassen - Gestalter der Geschichte, Festgabe für Leo Stern, Berlin 1962.
- 2 Engelberg, Ernst, Zur Forschung über Entstehung, Struktur und Entwicklung des Proletariats, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung (im folgenden: BzG), Nr. 3/1978, S. 363.
- 3 Kuczynski, Jürgen, Überlegungen zum Studium der Arbeiterklasse, in: JWG 1976, T. 3, S. 159.
- 4 Anknüpfend an die eingangs erwähnten konzeptionellen Gedanken zur Erforschung der Struktur der Arbeiterklasse, hat Zwahr mit seinen inzwischen zahlreich erschienenen Arbeiten wesentlich dazu beigetragen, die konkret-historische Forschung voranzubringen, die methodologischen Fragen weiter auszuarbeiten und den auf diesem Gebiet erreichten Forschungsstand ausführlich einzuschätzen. Siehe dazu u. a.: Zwahr, Hartmut, Zur Strukturanalyse der sich konstituierenden deutschen Arbeiterklasse, in: BzG, Nr. 4/1976; derselbe, Zur Konstituierung des Proletariats als Klasse, Berlin 1978. - Die neueste und umfassendste Literaturübersicht gibt dazu Handke, Horst, Forschungen zur Geschichte der Sozialstruktur in der DDR 1970 bis 1980, in: JWG 1981, T. 2.
- 5 Siehe dazu besonders die kürzlich erschienene Diskussion von Jürgen Kuczynski und Horst Handke in: Kuczynski, Jürgen, Geschichte des Alltags des deutschen Volkes, Bd. 4, Berlin 1982, S. 142 - 170.

Zum zweiten wird angestrebt, die soziale Herkunft unter dem Aspekt der Klassenentwicklung zu betrachten, dabei das spezifische historische Milieu zu berücksichtigen und Anknüpfungspunkte zu weiteren Komponenten der Klassenformierung, wie der beruflichen, der technisch-technologischen Entwicklung, der sozialökonomisch und politisch-ideologisch wirkenden Faktoren, herauszuarbeiten.

Wenn unter diesen Aspekten in der Studie einige Schlußfolgerungen zur Stellung der Arbeiter der Porzellanmanufaktur Meißen innerhalb des Formierungsprozesses der Arbeiterklasse gezogen werden sollen, müssen auch die Besonderheiten der Produktivkraftentwicklung in der Manufaktur, Fragen der Entwicklung ihrer betrieblichen Produktionsverhältnisse im 19. Jahrhundert und das auf diese Arbeitergruppe wirkende sozialökonomische und politische Milieu von Meißen Beachtung finden. Hinsichtlich der Fragen, die hier nicht unmittelbar empirisch untersucht werden, wird an die vorangegangene Studie "Produktivkraftentwicklung, Arbeitskräftestruktur und betriebliche Lohnarbeitsverhältnisse in der Porzellanmanufaktur Meißen im 18. und 19. Jahrhundert"⁶ angeknüpft.

Zur Skizzierung des historischen Milieus in Meißen konnten einige Materialien im Stadtarchiv Meißen gefunden werden bzw. wurde auf vorhandene Literatur zurückgegriffen.

Bei der Erarbeitung empirischen Materials zur sozialen Herkunft früherer Generationen hat sich die Ermittlung der Standes- und Berufsangaben der Eltern und Paten als der geeignetste Forschungsweg erwiesen. In der Geschichtsforschung der DDR wird diese Methode seit der 1962 veröffentlichten Analyse der Märzgefallenen von 1848 in Berlin von Hoppe/Kuczynski⁷ betrieben, und sie führte mehrfach zu aufschlußreichen Aussagen über die Sozialstruktur. Die Angaben hinsichtlich der Väter können in den meisten Fällen als wesentlicher Indikator für das soziale Milieu gelten, in das die untersuchten Personen hineingeboren wurden. Auch die Angaben zu den Taufpaten sind in diesem Zusammenhang von großem Wert. Sie runden das Bild des sozialen Milieus ab bzw. geben im Falle von fehlenden eindeutigen Angaben zum Vater, was die Zuordnung bei der sozialen Gruppierung erschweren kann, wichtige Anhaltspunkte (zum Beispiel Vater: Hausbesitzer; Paten: Tagelöhner). Außerdem vermittelt der Vergleich der Berufs- und Standesangaben von Vätern und Paten relevante Aufschlüsse darüber, welche Standes- und Berufsgruppen sich nahestehen, welche Freundes- und Verwandtschaftsbeziehungen bestehen oder inwieweit sie sich in diesen Gemeinschaftsbeziehungen auf ihre eigne soziale Gruppe konzentrieren. Wie auch bei der vorliegenden Arbeit ist diese Fragestellung besonders dann von Bedeutung, wenn der Zustand und die Struktur der Klassen und Schichten durch große gesellschaftliche Umwälzungen, zum Beispiel von feudalen zu kapitalistischen Verhältnissen, in Bewegung geraten.

Die wichtigsten Quellen für derartige Forschungen sind Tauf- und Personenstandsregister der Kirchen, Personenakten und Personalunterlagen bei lokalen und betrieblichen Behörden.⁸ Im gegebenen Fall war es möglich, aus den Mann-

6 Scholz, Traute, Produktivkraftentwicklung, Arbeitskräftestruktur und betriebliche Lohnarbeitsverhältnisse in der Porzellanmanufaktur Meißen im 18. und 19. Jahrhundert, in: JWG 1981, T. 2.

7 Hoppe, Ruth/Kuczynski, Jürgen, Eine Berufs- bzw. auch Klassen- und Schichtenanalyse der Märzgefallenen 1848 in Berlin, in: JWG 1964, T. 4.

8 Zur Auswertung von Schutzregistern als Massenquelle für soziale Stellung und Herkunft siehe: Zwahr, Hartmut, Zur Konstituierung des Proletariats als Klasse, Strukturuntersuchung über das Leipziger Proletariat während der industriellen Revolution, in: Die großpreußisch-militaristische Reichsgründung 1871, Bd. 1, Berlin 1971, S. 501 ff.; derselbe, Zur Konstituierung ..., Berlin 1978, S. 120, 129 ff.

schaftslisten der Porzellanmanufaktur Meißen die im Jahre 1872 dort beschäftigten Arbeiter zu erfassen.⁹ Die Angaben zu Namen, zum Geburtsort und zum Geburtsdatum, soweit diese vollständig vorlagen, ermöglichten Recherchen in den Taufregistern der zuständigen Kirchen, aus denen die Berufs- und Standesangaben der Väter und Paten weitgehend ermittelt werden konnten. Für 252 Personen fanden sich Angaben in den vier Taufregister führenden Kirchen Meißen, der Frauenkirche, der St. Afrakirche, der Johanniskirche und der Trinitatiskirche, für weitere 81 Personen in Kirchen außerhalb Meißen.

Bei den Arbeitern der Porzellanmanufaktur Meißen handelt es sich in bezug auf den Formierungsprozeß der Arbeiterklasse um eine historische Variante, eine spezielle Kombination technisch-technologischer, sozialökonomischer und anderer gesellschaftlich und politisch wirkender Faktoren, die der Herausbildung des Klassenbewußtseins während des Konstituierungsprozesses der Arbeiterklasse nicht förderlich war. Sie ist nicht als eine typische Erscheinung anzusehen.

Betrachtet man jedoch die in der Porzellanmanufaktur verschiedenen zusammenwirkenden Besonderheiten, die technisch-technologischen Bedingungen des Produktionsprozesses, die außergewöhnlich hohe handwerklich-künstlerische Qualifikation der Arbeiter, die manufaktuelle Arbeitsweise und die sich daraus ergebende Spezifik des kapitalistischen Verwertungsprozesses sowie die sozialökonomische Herkunft der Arbeiter und das historische Milieu, so wird erkennbar, daß diese und jene Faktorenzusammenhänge auch in der Entwicklung anderer Abteilungen der Arbeiterklasse wirksam waren.

Die Analyse derartiger Besonderheiten ist damit nicht nur gerechtfertigt, sie ist für den spezifischen Zusammenhang von sozialökonomischer Entwicklung und politischer Bewegung in verschiedenen Abteilungen der Arbeiterklasse und für die Darstellung ihrer unterschiedlichen stadialen und regionalen Entwicklungsformen unerlässlich.¹⁰

In Einschätzungen des Forschungsstandes zu diesen Fragen wird auf Lücken dieser Art aufmerksam gemacht und mehrfach darauf hingewiesen, daß für eine möglichst annähernde Erfassung der tatsächlichen Dynamik des Lebens und Kampfes früherer Generationen auch die Bedingungen und Faktoren untersucht werden müssen, die die Herausbildung der Arbeiterklasse als revolutionäre Kraft bremsen oder zeitweilig hemmten.

9 Betriebsarchiv des VEB Staatliche Porzellan-Manufaktur Meissen, Mannschaftslisten 1864 - 1872, II A d 277; Böhmert, Victor, Urkundliche Geschichte und Statistik der Meissner Porzellanmanufaktur von 1710 bis 1880 mit besonderer Rücksicht auf die Betriebs-, Lohn- und Kassenverhältnisse = Separat-Abdruck aus Heft 1 und 2, Jg. XXVI, der Zeitschrift des Königl. Sächs. Statistischen Bureaus, o.O. o.J., S. 30. - Während Böhmert für 1872 die Beschäftigtenzahl insgesamt mit 577 bzw. 579 angibt, konnten in den o. g. Mannschaftslisten nur 438 gezählt werden. Davon hatten 16 unvollständige Angaben zur Person. Für diese und für 55 weitere Personen ließen sich die erforderlichen Angaben durch Taufregisterrecherchen nicht vervollständigen. Von den 367 Personen mit vollständigen Angaben sind 34 Angestellte. Die Auswertung hinsichtlich der sozialen Herkunft wird im folgenden nur für die verbleibenden 333 Arbeiter der Manufaktur vorgenommen.

10 Zwahr, Hartmut, Zur Herausbildung der deutschen Arbeiterklasse, ein stadial-regionaler Vergleich = Wissenschaftliche Beiträge für den Geschichtslehrer, Nr. 13, Berlin 1977, S. 18 f.

1. Ereignisse und Entwicklungen im sozial-ökonomischen und politischen Milieu

1.1. Die allgemeine Situation in Deutschland und speziell in Meißen

In der vorliegenden Untersuchung sind die im Jahre 1872 in der Porzellanmanufaktur Meißen beschäftigten Arbeiter erfaßt. Für die Zeitwahl ist die historische Situation zu Beginn der siebziger Jahre in Deutschland entscheidend. Es traf sich günstig, daß gerade für das Jahr 1872 brauchbares Quellenmaterial über die Belegschaft der Manufaktur zur Verfügung stand. Zu dieser Zeit war die Industrielle Revolution in Deutschland im wesentlichen abgeschlossen. Als wichtigstes soziales und politisches Ergebnis der ökonomischen Entwicklung dieser Jahre war "das Erstarken des Industrieproletariats" festzustellen, "und zwar sowohl in quantitativer als auch in qualitativer Hinsicht. Der Anteil der Arbeiterklasse an der Gesamtbevölkerung vergrößerte sich infolge des beschleunigten Industrialisierungsprozesses sprunghaft. Gleichzeitig vollzogen sich in der Zusammensetzung des Proletariats Umschichtungen, die die Kampfbereitschaft der Arbeiter verstärkten. ... Der moderne Industriearbeiter prägte mehr und mehr das Gesicht des Proletariats."¹¹

Die deutsche Arbeiterbewegung, die in den sechziger Jahren noch zum großen Teil im Schlepptau bürgerlicher und kleinbürgerlicher Kräfte stand, hatte sich weitgehend verselbständigt, und 1869 war die Sozialdemokratische Arbeiterpartei (SDAP) gegründet worden. Örtlich von unterschiedlicher Reife, gab es nun schon bedeutende Zentren der deutschen Arbeiterbewegung, unter denen Sachsen, insbesondere Leipzig, eine führende Stellung einnahm.¹²

Meißen hatte wie viele andere deutsche Städte in den Jahren um 1872 einen großen industriellen Aufschwung durch Neugründungen und Erweiterungen von Industriebetrieben, von Aktien- und Handelsgesellschaften genommen, mit dem ein entsprechendes Wachstum des Industrieproletariats einherging. In der Porzellanmanufaktur Meißen hatten die für die Industrielle Revolution typischen Prozesse zu dieser Zeit ihren Abschluß gefunden.

Im Unterschied zu den handwerklich-künstlerischen Abteilungen, der Malerei und der Gestaltung, in denen weiterhin manufakturmäßig gearbeitet wurde, war in den technischen Abteilungen die frühere manuelle Arbeitsweise zum größten Teil überwunden, und es setzte mit Beginn der siebziger Jahre eine sprunghafte Entwicklung weiterer Mechanisierungen ein. Die von 1815 bis zum Umzug der Manufaktur von der Albrechtsburg in die neue Werkanlage im Triebischtal in den Jahren 1863 bis 1865 auf technischem, betriebsorganisatorischem und betriebswirtschaftlichem Gebiet vollzogenen Neuerungen kamen jetzt voll zum Tragen. Das hatte eine bedeutende Steigerung der Arbeitsproduktivität zur Folge und wirkte sich bei zunehmender Anzahl der Arbeitskräfte auch auf deren Struktur sowie auf die betrieblichen Produktionsverhältnisse aus.

Bei der Untersuchung der sozialen Herkunft ist zu beachten, daß die Mannschaft von 1872 Geburtsjahrgänge von 1795 bis 1857 umfaßte, also das Lebensalter der Arbeiter von 15 bis zu 77 Jahren reichte. Diese zeitlichen Relationen sind auch zu berücksichtigen, wenn das über den unmittelbaren familiären Erfahrungsbereich hinausgehende sozialökonomische und politische Milieu, dessen Wirkung im wesentlichen mit dem Eintritt in das Jugendalter angenommen werden kann, erfaßt werden soll.

¹¹ Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 1, Berlin 1966, S. 318.

¹² Zwahr, Hartmut, Zur Konstituierung ..., Berlin 1978, S. 36 f., 309 ff.; Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, a. a. O., S. 346.

Alter als 14 Jahre waren im Jahre 1830	7,5 Prozent,
	im Jahre 1848 37,8 Prozent,
	im Jahre 1863 71,8 Prozent und
	im Jahre 1872 100,0 Prozent der

Arbeiter des Mannschaftsjahrganges 1872.

Es ist zu fragen, was war im Bewußtsein dieser Generationen durch eigenes Erleben, durch die von den Eltern und älteren Kollegen vermittelten Erfahrungen prägend? In welcher Beziehung standen sie zu den lokalen Ereignissen während der antifeudalen Volksbewegungen bis zu den dreißiger Jahren und der bürgerlich-demokratischen Revolution von 1848/49? Wie kamen sie in Meißen mit welchen gesellschaftlichen Veränderungen und mit welchen Auswirkungen der Industriellen Revolution vor allem in der Manufaktur in Berührung?

1.2. Meißen in den dreißiger und vierziger Jahren

Bis in die dreißiger Jahre war in Meißen das mittelalterliche Kleinstadtmilieu vorherrschend, wie es sich in den Bildern von Ludwig Richter, der von 1828 bis 1835 in Meißen lebte und dort Zeichenlehrer an der Porzellanmanufaktur war, idyllisierend wiederfindet. Erste Aktionen der antifeudalen Bewegung erlebte Meißen im Jahre 1830, als die Volkserhebungen von Leipzig und Dresden auf Meißen übergriffen. Die damals vielerorts gegründeten Kommunalgarden, die in Meißen unter Leitung des Malereivorstehers der Manufaktur Georg Friedrich Kersting und des Betriebsinspektors Carl Gottlob Kühn standen, gingen auch hier gegen die Aufständischen vor.

Im Sinne der liberalen Bourgeoisie wurde dieses Ereignis noch dreißig Jahre später für das Traditionsbewußtsein der Manufakturangehörigen in einer Festrede des Direktors der Manufaktur, Heinrich Gottlieb Kühn, anlässlich einer Feier zum 150. Jubiläum der Manufaktur folgendermaßen gewertet: "Als nämlich in den Tagen des Monats September, sowie an vielen anderen Orten, auch hier Privatrache die aufgelockerte Ordnung des Staatskörpers benutzen wollte, um Exzesse zu begehen, insbesondere aber ein im Landesschulhofe neugebautes Haus zu demolieren, zu dessen Ausführung sich zahlreiche Arbeiter der Umgebung graviert zu sehen glaubten, und als infolge der darüber eingegangenen Wahrnehmungen hier und dort schon Ratlosigkeit einzutreten begann, da war es das gesamte Manufakturpersonal, welchem die Stadt die Erhaltung der Ruhe hauptsächlich verdankte."¹³

Die der Kurfürstlichen bzw. Königlichen Porzellan-Manufaktur häufig durch Familientradition verbundenen Arbeiter, nach wie vor berufsständisch abgeschlossen, privilegiert und im Obrigkeitsdenken befangen, fühlten sich ihrer Stellung entsprechend weit mehr mit dem städtischen Kleinbürgertum verbunden als mit den aus Stadt und Umgebung versammelten Aufständischen der proletarisierten Schichten.

Doch die von den sozialen Kämpfen, der fortschreitenden Auflösung feudalistischer Lebensweise und der Verbreiterung der kapitalistischen Warenproduk-

¹³ Kühn, Heinrich Gottlieb, Ansprache an das gesamte Personal der Königlichen Porzellan-Manufaktur zu Meißen zum 6. Juni 1860, Betriebsarchiv des VEB Staatliche Porzellan-Manufaktur Meissen, I B b 18 a, Bl. 4 f. - Vgl. dazu auch die Haltung der Leipziger Maurer- und Zimmergesellen während der Septembererhebung 1830, dargestellt bei Zwahr, Hartmut, Zur Konstituierung ..., Berlin 1978, S. 224 ff.

tion ausgehenden Wirkungen führten in den folgenden Jahren und Jahrzehnten in Meißen, wenn zunächst auch noch langsamer und weniger massiv als in anderen Städten Sachsens, zu spürbaren Veränderungen.

So wurden in Vorbereitung und Durchführung der neuen sächsischen Städteordnung von 1832 mehr und mehr mittelalterliche Stadtinstanzen abgeschafft und bürgerliche Verwaltungsstrukturen eingeführt. Die Bevölkerung der Innenstadt und der Vorstädte wurde verfassungsrechtlich gleichgestellt. Die Stadt wuchs, Bevölkerungszahl und Häuserzahl nahmen weiter zu. Die Steuereinnahmen der Stadt stiegen. Das äußere Bild der Stadt wandelte sich. Viele mittelalterliche Stadtbefestigungen, dem Verkehr hinderliche Mauern und Tore wurden abgerissen. Straßen und Plätze wurden gepflastert, Wasserleitungen und Abwasserleitungen unter die Erde verlegt, neue Fernstraßenanschlüsse geschaffen.¹⁴

Wenn auch jahrzehntelang vergeblich, kämpfte die Stadtverwaltung um den Anschluß Meißens an eine Eisenbahnlinie. Die ersten Fabriken entstanden in Meißen ab 1834, eine Eisengießerei, eine Zuckerraffinerie, eine Papierwaren- und eine Pianofortefabrik. Damit änderte sich auch die soziale Struktur der Einwohner. Als neue Schicht, zunächst noch zahlenmäßig gering, entwickelte sich ein Industrieproletariat, und "in das bis dahin etwas zurückgebliebene Kleinbürgertum fanden fortschrittliche Gedanken Eingang."¹⁵

Während des Heranreifens der bürgerlich-demokratischen Revolution vor allem in Sachsen gründete das städtische Bürgertum von Meißen im April 1848 einen deutschen Verein. Am 23. Juni desselben Jahres wurde durch den Leipziger Oskar Skrobek, Mitglied der Kommission zur Erörterung der Erwerbs- und Arbeitsverhältnisse, ein Arbeiterverein gegründet. In diesem Verein wie auch in dem zuvor gegründeten Vaterlandsverein waren die Arbeiter der Eisengießerei am aktivsten tätig. Allein aus der Eisengießerei waren 39 Personen Mitglied des Arbeitervereins.¹⁶ Arbeiter der Porzellanmanufaktur gehörten diesem Verein vermutlich nicht an. Aus dem Protokoll einer Tagarbeiterversammlung vom 28. Juni 1848 geht lediglich hervor, daß der Holzhofarbeiter Thronicke für den Ausschuß der Tagarbeiter gewählt wurde.¹⁷ Obwohl die Schreibweise nicht völlig übereinstimmt, ist anzunehmen, daß es sich bei diesem Thronicke um einen nahen Verwandten der beiden Thronicke handelt, die im Mannschaftsjahrgang 1872 zu finden waren, und zwar: Friedrich Paul Tronick¹⁸, geboren am 19. Februar 1857, Zeichenschüler; dessen Vater Johann Friedrich Wilhelm Tronicker, geboren am 16. März 1829, Formenaufseher, eingetreten in die Manufaktur am 19. September 1845. Im Taufregister war als Vater des Formenaufsehers ein Johann Gottfried Thronick, Tagarbeiter, verzeichnet und als Pate des Zeichenschülers derselbe Name, Johann Gottfried Thronick, Aufseher auf dem Holzhof. Es ist also wahrscheinlich, daß es sich bei dem Tagarbeiter und dem Aufseher auf dem Holzhof (der Manufaktur) um ein und dieselbe Person, vermutlich also um den Großvater des Zeichenschülers handelt, der der Holzhofarbeiter Thronicke sein könnte, welcher 1849 in den Ausschuß der Tagarbeiter gewählt wurde. (Ein weiterer Thronik, Johann Christoph, engagiert bei der Königlichen Porzellanfabrik, wird als Pate von Johann Friedrich Wilhelm Thronicker angegeben.)

14 Gröger, Helmut, Tausend Jahre Meißen, Meißen 1929, S. 615, 618 f.

15 Reibig, Helmut, Meißen, Dresden 1976, S. 10 f.

16 Kleeberg, Günter, Die Haltung der Kommunalgarden von Lommatzsch und Meißen zum Dresdner Maiaufstand 1849, Staatsexamensarbeit an der Pädagogischen Hochschule Potsdam 1967, S. 22.

17 Stadtarchiv Meißen, Altes Archiv, Repos. Q Polizeisachen 1849, Nr. 220.

18 Die Schreibweise der Familiennamen ist in Taufregistern und Mannschaftslisten zuweilen unterschiedlich, auch wenn es sich nachweisbar um ein und dieselbe Person handelt.

Bei Ausbruch des Dresdner Maiaufstandes im Jahre 1849 stimmten auch die Meißner Bürger in ihrer Mehrheit für eine Republik. Die Meißner Kommunalgarde marschierte auf Befehl des Bürgermeisters Hugo Tzschucke zur Unterstützung der neugebildeten provisorischen Regierung nach Dresden. Von seiten der Manufakturangehörigen schlossen sich nur einige dem Zug der Kommunalgarde an. Bekannt sind der Manufakturist Marx und der Maler Julius Seidel.¹⁹

Otto Walcha schreibt, daß es nach "dem Sieg der Reaktion ... hohe Zuchthausstrafen für die am Aufstand Beteiligten" gab. Auch Bürgermeister Tzschucke wurde verurteilt. Kühn setzte sich für die Manufakturangehörigen ein, erwirkte auch eine Milderung der Bestrafungen und organisierte ein Hilfskomitee, das den Opfern der Reaktion wirtschaftliche Unterstützung verschaffen sollte."²⁰

Nach Günter Kleeberg, der die Ereignisse um den Zug der Meißner Kommunalgarde in Richtung Dresden im Mai 1849 auch hinsichtlich vieler Einzelschicksale erforscht hat, war es neben einigen aus dem Kleinbürgertum stammenden konsequenten Führern des Zuges nur das zahlenmäßig geringe Proletariat, das an den Dresdner Barrikadenkämpfen wirklich standhaft teilgenommen hatte. Bewußt unterschied die Reaktion bei den nach der Niederlage der Volkserhebung verhängten Strafen. Härte und Länge der Strafverbüßung wurden klassenmäßig differenziert. Am meisten betroffen waren in Meissen die Arbeiter der Eisengießerei, die verdächtigt wurden, daß von ihnen "zeither hauptsächlich die Bewegungen unter den Angehörigen der arbeitenden Klasse in Meissen ausgegangen" sind.²¹

Im Zusammenhang mit diesen revolutionären Ereignissen richteten sich die Forderungen der Arbeiter der Porzellanmanufaktur hauptsächlich auf Erhöhung der Löhne und Änderungen im Lohnsystem. Nachdem von ihnen mehrere Petitionen bei der Lokaladministration eingereicht worden waren und 97 Arbeiter der künstlerischen sowie 60 der technischen Abteilungen bei der Leitung vorgeschrien hatten, gaben Regierung und Lokaladministration ihr Einverständnis zur Bildung eines Arbeiterausschusses, der sich auch in den folgenden Jahren im wesentlichen mit Lohn- und Pensionsfragen befaßte.²² Die sowohl zwischen Arbeitern und Lokaladministration als auch zwischen Lokaladministration und Finanzministerium geführten Verhandlungen und Korrespondenzen brachten jedoch im Ergebnis kaum wirkliche Lohnverbesserungen, sondern führten vielmehr zu Reformen des Lohnsystems, das mehr dem kapitalistischen Leistungsprinzip angepaßt wurde. (Seit Beginn des 19. Jahrhunderts waren die den Lohnarbeitern zuvor gewährten feudalen Privilegien allmählich abgebaut worden. An ihre Stelle traten nach und nach Privilegien, die von den Vertretern der liberalen Bourgeoisie in der Regierung und der Lokaladministration entsprechend dem kapitalistischen Profitinteresse gehandhabt wurden.)

Das königliche Finanzministerium betrachtete den Arbeiterausschuß als ersprießliche Einrichtung "für Erhaltung und Belebung des wertvollen Vertrauens der Arbeiter zu ihrer Behörde und der dadurch mit bedingten Berufstreue der ersteren".²³ Insbesondere die Regelung, daß Stücklohn-Arbeitern der handwerklich-künstlerischen Abteilungen die Möglichkeit eingeräumt wurde, mitzubestimmen, welche ihrer Kollegen bestimmte Lohnzuschläge erhalten sollten, erwies sich als hervorragendes Instrument, die ökonomische bzw. politische Interes-

19 Lange, Ernst, Die Königl. Porzellan-Manufaktur und deren Verwandte, Meissen 1911, S. 99.

20 Walcha, Otto, Meißner Porzellan, Dresden 1973, S. 188.

21 Staatsarchiv Dresden, Min. des Innern, Nr. 11026 a, Bd. III, Lage 56, Bl. 2-3, zit. nach Kleeberg, Günter, Die Haltung der Kommunalgarden ..., a. a. O., S. 67.

22 Böhmert, Victor, a. a. O., S. 30.

23 Nach ebenda, S. 31.

senbildung der Arbeiter im Sinne der Betriebsleitung erfolgreich in zielgerichtete Bahnen zu lenken. (Diese Regelung war von 1849 bis 1872 gültig. Auf Forderung der Arbeiter erfolgte ab dann die Zahlung der Zuschlagsprämien altersabhängig.)²⁴

1.3. Meißen in den fünfziger und sechziger Jahren

Nach der Revolution von 1848/49 verlief die sozialökonomische und politische Entwicklung Meißens bis zum Ende der sechziger Jahre in relativ gemächlichem Tempo. Das Zunfthandwerk versuchte seine Rechte zu behaupten. Die Industrie entwickelte sich nur langsam weiter und kam zunächst nicht wesentlich über die

Tabelle 1

Industrie und Gewerbe in Meißen, Dezember 1864⁺

1. Betriebe	Gründungs- jahr ⁺⁺	Anzahl der Ar- beiter	Kraft- anlagen
Porzellanmanufaktur einschließlich ihrer in der Umgebung von Meißen gelegenen Tonschlammereien	1710	560	Wasser
Stockfabrik von Hentschel und Wittich	1827	100	Dampf
Eisengießerei und Maschinenfabrik Jacobi	1834	231	Wasser, Dampf
Zuckersiederei Langelütje	1834	12	-
Pianofortefabrik Thürmer	1834	.	-
Fabrik für Sicherheitszündler Bickford und Co.	1844	42	-
Fabrik für Sicherheitszündler Jacobi	1852	.	-
Tonwaren und Ofenfabrik Teichert	1857	40	Dampf
Gasaktiengesellschaft ⁺⁺	1858	.	-
Chamotteziegel- und Thonwarenfabrik Kollrepp	.	58	Dampf
Fabrik für landwirtschaftliche Maschinen, Behrisch und Schröter	.	40	Dampf
3 Zigarrenfabriken	.	65	-
Fabrik für feuerfeste Geldschränke, Kießling	.	12	-
Kunstziegelei Rudolph	.	8	-

²⁴ Ebenda, S. 32.

	Gründungs- jahr ⁺⁺	Anzahl der Ar- beiter	Kraft- anlagen
Brückenwagenfabrik Günther	.	6	-
6 Wassermühlen	.	.	(Wasser)
2 Dampfschneidemühlen	.	.	(Dampf)
Baugewerk mit 8 Stadtmeistern	.	.	-
2 Druckereien	.	.	-
1 lithographische Anstalt	.	.	-
2 Brauereien und mehrere Brenne- reien	.	.	-
2. Das übrige sogenannte Kleingewerbe, vorwiegend ehemalige Zunftgewerbe. Beschäftigte: Meister			545
Gesellen und Gewerbegehilfen			499
3. Gewerbetreibende insgesamt ⁺⁺⁺			870
4. Arbeiter und Gewerbegehilfen insgesamt ⁺⁺⁺			1808

+ Soweit Angaben vorlagen, zusammengestellt und errechnet nach: Wolf, Franz, Das Meißner Gewerbegericht, in: Mitteilungen des Vereins für die Geschichte der Stadt Meißen, Bd. 3, Meißen 1894, S. 163 f.

++ Nach Gröger, Helmuth, Tausend Jahre Meißen, Meißen 1929, S. 622, 630 ff. 652.

+++ Diese Angaben von Wolf entsprechen nicht der Summe der vorstehenden unvollständigen Aufzählung.

Anfänge der dreißiger Jahre hinaus. Das heißt, die Industrielle Revolution hatte zwar Meißen berührt, aber sie bewegte sich zunächst nur in schmalen Bahnen. Dazu vermittelt Tabelle 1 einen Überblick, aus dem auch zu schließen ist, daß das für Sachsen gültige neue Gewerbegesetz vom 1. Januar 1862 bis zum Ende des Jahrzehnts noch keine wesentlichen Auswirkungen für die industrielle Entwicklung gehabt haben kann.

Im Stadtbild Meißens traten weitere Neuerungen ein, besonders im Verkehrsnetz und im Nachrichtenwesen; auch Dampfschiffe befuhren seit dieser Zeit regelmäßig die Elbe zwischen Meißen und Dresden. Die Stadtverwaltung kämpfte weiter um den Ausbau des Eisenbahnanschlusses. Traditionelle Lebensformen und althergebrachtes Rechtsdenken konnten allmählich abgebaut werden, und Stück um Stück wurde das Gerichts- und Rechtswesen vom neuen bürgerlichen Geist durchdrungen.

Nachwirkungen der Revolution von 1848/49 gab es auf den verschiedensten Gebieten.

Vorbereitet durch die Entwicklung der vergangenen Jahrzehnte, treten neue wichtige quantitative und qualitative Veränderungen mit den siebziger Jahren ein. Das Gewerbegesetz zeitigt jetzt seine Wirkungen. (1866 erhielt Meißen ein Gewerbegericht.) Viele neue Betriebe entstehen, bestehende Werke werden vergrößert. Gleichartige Betriebe vereinigen sich. 1872 ist auch in Meißen das Jahr der Aktiengesellschaften. Die fein- und grobkeramische Industrie Meißens einschließlich der Porzellanmanufaktur beschäftigte 1868 schon 1068 Arbeiter, die

Eisen- und Maschinenindustrie 340. 1873 wird eine Jutespinnerei mit 540 Arbeitern und etwa 250 Heimarbeiterinnen eröffnet.²⁵ Die Einwohnerziffern nehmen sprunghaft zu. Das Handwerk erfährt einen bedeutenden Aufschwung.

Tabelle 2

Einwohner, Beschäftigte und gewerbliche Entwicklung in Meißen von 1832 bis 1900⁺

Jahr	Einwohner Anzahl ⁺⁺	durchschnittliche Zunahme pro Jahr	Gesellen, Gehilfen, Lehrlinge, Arbeiter		Selbständige Ge- werbe- treibende	Mit Kraft- antrieb arbeitende Betriebe ⁺⁺⁺
			abso- lut	in Pro- zent zu Einwoh- nern		
1832	7 512	46	.	.	432	-
1840	7 879	115	.	.	.	-
1849	8 914	45	1001	11,2	639	-
1855	9 185	134	728	7,9 ^o	.	-
1864	10 388	152	1808	17,4	870	-
1871	11 455	387	.	.	.	-
1875	13 002		Fabrik- arbeiter ^{oo}		.	-
1876	.	247	2296	.	.	-
1885	15 474		3401	22,0	.	25
1887	.	311	3568	.	.	35
1895	18 582	308	4944	26,6	.	53
1900	20 124					

+ Soweit Angaben vorlagen, Stadtarchiv Meißen, I i, Statistik Nr. 3, Bl. 3 f., 55 f., 71 f., 93, 94, 95, 158, 216; Statistik Nr. 50, Bl. 84 ff.; A a 558, Bl. 12, 29, 94; Gröger, Helmuth, Tausend Jahre Meißen, Meißen 1929, S. 649, 664.

++ Die Akten des Stadtarchivs Meißen enthalten kritische Hinweise des sächsischen Statistischen Bureaus, daß die statistische Erfassung der Bevölkerung z. T. noch nicht nach den vom Bureau gegebenen Kriterien einheitlich durchgeführt wurde.

+++ Betriebe, die Dampfkessel, Wind-, Wasser-, Gasmaschinen oder Heißluftmaschinen verwenden; vor 1885 keine Erfassung.

o Rückgang vermutlich durch nicht einheitliche statistische Erfassung.

oo Ab 1876 Fabrikarbeiter, aber in einigen Fällen auch noch Beschäftigte beim Handwerk.

Meißen ist zwar schon mit seinen Vororten und umliegenden Ortschaften ökonomisch und sozial aufs engste verbunden, aber die Bemühungen um Eingemeindungen, besonders auch der Orte rechtsseitig der Elbe, führen bis zum Jahre 1900 nicht zum Erfolg.

²⁵ Gröger, Helmuth, a. a. O., S. 637, 655.

Seit Mitte der sechziger Jahre sind verschiedentlich Ansätze gewerkschaftlicher und politischer Aktivitäten der Arbeiter zu verzeichnen. Von den Arbeitern der Porzellanmanufaktur ist bekannt, daß sie 1869 den Konsumverein Meißen gründeten.²⁶

Das bedeutendste Ereignis für die Porzellanmanufaktur war der Umzug in den Jahren 1863 bis 1865 von der Albrechtsburg in die neuerbaute Betriebsanlage im Triebischtal. Diesem Umzug waren Jahrzehnte ihres Wandels von einer feudalen Luxusmanufaktur zu einem gutorganisierten kapitalistischen Betrieb vorausgegangen. Allerdings blieb der Manufakturcharakter in den Hauptarbeitsgängen erhalten, der in seiner spezifischen Form, in der Nutzung handwerklich-künstlerischen Schaffens, die günstigste Variante für die kapitalistischen Verwertungsbedingungen darstellte.²⁷

Tabelle 3

Beschäftigte und Geldeinnahmen der Porzellanmanufaktur Meißen zwischen 1815 und 1875⁺

Jahr	Anzahl der Arbeiter in technischen Abteilungen auf 100 Arbeiter in Malerei und Gestaltung	Geldeinnahmen pro Beschäftigter, aufgerundet in Taler	Beschäftigte insgesamt
1815	84,2	349	403
1820	64,2	252	418
1840	42,6	416	378
1865	25,1	532	334
1870	22,1	543	396
1875	18,2	774	667

+ Auszug aus: Scholz, Traute, Produktivkraftentwicklung, Arbeitskräftestruktur und betriebliche Lohnarbeitsverhältnisse in der Porzellanmanufaktur Meißen im 18. und 19. Jahrhundert, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1981, T. 2, Tabelle 3 u. 5, S. 76 u. 79.

In allen technischen Abteilungen, das heißt in der Masse- und Farbenherstellung, beim Brennen und beim Einsatz der Antriebskräfte, wurde in der Zeit von 1815 bis 1865 im Zusammenhang mit einer qualitativ neuen Arbeitsorganisation, der Anwendung wissenschaftlicher Erkenntnisse in der Produktion und entsprechender Umstellung auf kapitalistische Betriebswirtschaft ein neuer technisch-technologischer Stand erzielt, der den Merkmalen der Industriellen Revolution entsprach. Der Abschluß dieses Prozesses war mit der neuen Betriebsanlage erreicht, die all diesen Neuerungen noch umfassender gerecht wurde. Die zunehmende Anzahl der Beschäftigten, die sich verändernde Proportion zwischen Arbeitern der technischen und handwerklich-künstlerischen Abteilungen sowie die Zunahme der Geldeinnahmen pro Beschäftigter in der Manufaktur (Tabelle 3) machen deutlich, welche Entwicklungspotenzen in den vorangegangenen Jahrzehnten vorbereitet worden waren und jetzt zur Wirkung kamen.

²⁶ Ebenda, S. 659 ff.; Domnick, Adolf, Der Aufstieg der Arbeiterklasse im 7. ostsächsischen Unterbezirk, Meißen 1930, S. 34.

²⁷ Forberger, Rudolf, Die Meißner Porzellan-Manufaktur in der sächsischen Manufakturgeschichte, in: 250 Jahre Staatliche Porzellan-Manufaktur Meissen, Meißen 1960, S. 46 f.

Die Kennziffer technische Arbeiter auf 100 Arbeiter in Malerei und Gestaltung kann in gewisser Weise für die Produktivitätsentwicklung des Betriebes stehen. Außerdem wurde auch die Arbeitsproduktivität in den Abteilungen Malerei und Gestaltung erhöht (besonders in der Zeit bis 1830), was bedeutet, daß die Produktivitätssteigerung insgesamt noch höher war, als es in Tabelle 3 zum Ausdruck kommt.

Doch durch die Beibehaltung der Handarbeit in der Malerei und der Gestaltung waren der Produktivitätssteigerung hier engere Grenzen gesetzt als in den technischen Abteilungen, die von den Neuerungen der Industriellen Revolution erfaßt wurden. Die Entwicklung der Geldeinnahmen ist, über größere Zeiträume betrachtet, ein Anhaltspunkt für die Steigerung der betrieblichen Effektivität. Da im angegebenen Zeitraum die Porzellanpreise gesunken sind, spiegelt sich dadurch die Produktivitätssteigerung nicht im ganzen Umfang wider.

Somit erleben die im Jahre 1872 in der Porzellanmanufaktur beschäftigten Arbeiter die Zeit als bedeutende Wende sowohl bezüglich der historischen Situation in Deutschland und insbesondere in Sachsen als auch hinsichtlich der Veränderungen in ihrem unmittelbaren ökonomischen, sozialen und politischen Bereich. Die kapitalistischen Produktionsverhältnisse hatten eine feste Basis erhalten und vertieften und verbreiteten sich jetzt noch mit zunehmendem Tempo in allen Lebensbereichen der Gesellschaft.

Bevor versucht wird, den sozialökonomischen und politischen Standort der Arbeiter der Porzellanmanufaktur Meißen, das heißt einer speziellen Gruppe der Arbeiterklasse, zu charakterisieren, soll die soziale Herkunft als eine wichtige Komponente ihres sozialökonomischen Umfeldes analysiert werden.

2. Die soziale Herkunft der Arbeiter der Porzellanmanufaktur

2.1. Zu einigen Merkmalen der sozialen Gliederung

Die soziale Stellung wird für eine Zeit untersucht, in der sich die Industrielle Revolution bereits auf die sozialökonomischen Verhältnisse auszuwirken beginnt. Es handelt sich um die Zeit einer Übergangsperiode, in der sowohl Klassen und Schichten der Feudalgesellschaft bzw. deren Reste als auch entstehende Klassen und Schichten der kapitalistischen Gesellschaft vorhanden sind sowie Schichten, deren Rolle sich entsprechend den vorherrschenden Produktionsverhältnissen ändert (kleine Warenproduktion, Intelligenz).

Deshalb muß bei der Gruppierung der sozialen Stellung des zu untersuchenden Personenkreises davon ausgegangen werden, wieweit die verschiedenen arbeitenden Schichten in ihrer historisch-sozialökonomischen Stellung als Vorläufer bzw. Vorstufe der kapitalistisch ausgebeuteten Arbeiterklasse erkennbar sind, inwieweit sie sich ihr angenähert haben oder bereits als Teile dieser Klasse entstanden sind.

Für die soziale Gliederung der uns zur Verfügung stehenden Berufs- und Standesangaben von Vätern und Paten der Manufakturarbeiter sind in diesem Zusammenhang folgende Fragen zu beantworten²⁸:

- Ist noch **B e s i t z**, Teilbesitz an Produktionsmitteln oder anderes Vermögen vorhanden oder existiert schon **Besitzlosigkeit**, die zur **L o h n a r b e i t** zwingt?

²⁸ Siehe dazu: Handke, Horst, Entwicklung und Struktur der Arbeiterklasse im Kapitalismus, in: JWG 1972, T. 3, S. 153 - 178.

- Besteht noch juristische oder traditionell persönliche Abhängigkeit oder ist bereits juristische und persönliche Freiheit vorhanden, die Freizügigkeit ermöglicht?
- Ist der Produzent schon einem kapitalistischen Verwertungsprozeß unterworfen (Umfang des Produktionsprozesses, Betriebsgröße), so daß es sich um kapitalistische Lohnarbeit handelt?
- Ist der Produzent einem Arbeitsprozeß unterworfen, der nicht nur schon kapitalistischer Verwertungsprozeß ist, sondern in dem der Produzent bereits den durch die Industrielle Revolution entstandenen Produktionsbedingungen, also im wesentlichen der Anwendung eines Maschinensystems in einem Großbetrieb, unterliegt, so daß es sich um Lohnarbeit in einer kapitalistischen Fabrik handelt?

2.2. Proletarische Schichten

Zu den proletarischen Schichten werden die Personen gezählt, die keine Produktionsmittel besitzen und in keinem juristischen oder persönlichen Abhängigkeitsverhältnis stehen, also doppelt freie Lohnarbeiter sind. Von den insgesamt 333 Arbeitern der Porzellanmanufaktur Meißen, für die die soziale Stellung der Väter ermittelt wurde, konnten 182 Väter diesen Schichten zugeordnet werden, was bedeutet, daß 54,7 Prozent der Manufakturarbeiter des Mannschaftsjahrganges 1872 ihrer sozialen Herkunft nach proletarischen Schichten angehörten (Tabelle 4). Allerdings handelt es sich bei diesen freien Lohnarbeitern nur zu einem geringen Teil, nämlich zu 3,6 Prozent, um wirklich moderne Fabrikarbeiter (zum Beispiel Arbeiter in der Eisengießerei), auf die bereits alle Kriterien des modernen Proletariats zutreffen: doppelt freie Lohnarbeit in der auf der Grundlage von Maschinen arbeitenden kapitalistischen Großindustrie.

Auf den weit größeren Teil der doppelt freien Lohnarbeiter treffen diese Merkmale noch nicht zu. So sind 40,5 Prozent der Väter selbst Arbeiter der Porzellanmanufaktur. Sie besitzen weder Produktionsmittel noch anderes Vermögen, stehen in keinem juristischen oder persönlichen Abhängigkeitsverhältnis, sind also doppelt freie Lohnarbeiter. Sie werden kapitalistisch ausgebeutet, haben zu dieser Zeit kaum noch die Möglichkeit, aus ihrer sozialen Stellung als Arbeiter herauszukommen und sind insofern "erbliches" Manufakturproletariat. Aber in ihrer Stellung im Arbeitsprozeß stehen sie noch auf der für die Manufaktur typischen Stufe zwischen Handwerk und kapitalistischer Industrie; denn so sagt Marx, erst "die Scheidung der geistigen Potenzen des Produktionsprozesses von der Handarbeit und die Verwandlung derselben in Mächte des Kapitals über die Arbeit vollendet sich ... in der auf Grundlage der Maschinerie aufgebauten großen Industrie."²⁹

Zu den proletarischen Schichten werden des weiteren die Tage- und Handarbeiter gezählt, die im gegebenen Fall 10,5 Prozent betragen. Auch auf sie treffen noch nicht alle Merkmale des eigentlichen Industrieproletariats im Kapitalismus zu. Gemeinsam ist ihnen das Merkmal der im doppelten Sinne freien Lohnarbeit, doch eingedenk der lokalen Entwicklung der Produktivkräfte ist in den meisten Fällen ein Lohnarbeitsverhältnis in einer kapitalistischen Fabrik nicht zu vermuten. Zu dieser Gruppe werden auch diejenigen gezählt, die als Standsbezeichnung Hausgenosse oder Einwohnerangaben, ohne daß eine Tätigkeits- oder Berufsbezeichnung folgte.

²⁹ Marx, Karl, Das Kapital, Bd. 1, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 23, Berlin 1972, S. 446.

"Bei dem zu dieser Zeit noch ausgeprägten ständischen Denken", schreibt Zwahr, "brachte die Selbstbezeichnung 'Einwohner' mit Sicherheit die Berufs-, Standes- und Besitzlosigkeit zum Ausdruck."³⁰ Es ist deshalb anzunehmen, daß diese Gruppe den sogenannten Handarbeitern oder Tagearbeitern zuzurechnen ist.

Ferner sind auch die Personen hinzuzuzählen, die sich ohne weitere Berufs- und Standesangabe nur als "Hausbesitzer" auswiesen (2,4 Prozent), deren soziale Umgebung (Paten) und Berufslosigkeit auf einen dürftigen städtischen Hausbesitz und auf die Zugehörigkeit zu einer proletarisierten Schicht schließen läßt bzw. wenn anzunehmen ist, daß sie ihren Lebensunterhalt nur durch Lohnarbeit betreiben können, indem sie einer nichtqualifizierten und möglicherweise auch wechselnden Tätigkeit nachgehen.

2.3. Vor- bzw. halbproletarische Schichten

Mit dem Begriff vor- bzw. halbproletarische Schichten soll der Übergangscharakter gekennzeichnet werden, den diese Schichten historisch auf dem Wege von einer Klasse oder Schicht der Feudalgesellschaft zur Klasse des Proletariats einnehmen. Sie tragen in unterschiedlicher Weise schon Merkmale des künftigen Proletariats, aber ihnen haften auch noch solche an, die aus der Feudalgesellschaft stammen und Zerfallserscheinungen sind.³¹

Zum Vorproletariat sollen erstens die in der kleinen Warenproduktion tätigen Handwerksgesellen und Gewerbegehilfen gerechnet werden. Mit dem Proletariat haben sie die Besitzlosigkeit gemeinsam und zunehmend auch schon die Mobilität; sie werden aber noch nicht kapitalistisch ausgebeutet, sind zu einem gewissen Teil noch an den Haushalt des Meisters gebunden und somit persönlich abhängig. Bei den Vätern der Manufakturarbeiter des Jahres 1872 nehmen die Gesellen und Gewerbegehilfen einen Anteil von 11,4 Prozent ein.

In der gleichen besitzlosen Lage sind zweitens das niedere häusliche Dienstpersonal in den Städten und drittens das Gesinde auf dem Lande, wobei die Freizügigkeit hinsichtlich der ausgeübten Tätigkeit, das heißt, die Lösung aus dem persönlichen Abhängigkeitsverhältnis gegenüber der Herrschaft, neben teilweise noch gegebenen juristischen Regelungen, weitgehend von der Möglichkeit, andere Lohnarbeit zu finden, abhängig war.

Auf Sachsen bezogen schreibt dazu Roland Zeise: "Mit der Aufhebung des Gesindezwangsdienstes im Jahre 1835 hatten sich die sogenannten Knechte und Mägde aus feudalen Zwangsarbeitern in kapitalistisch ausgebeutete freie Lohnarbeiter verwandelt. Im Gegensatz zu den Häuslern und Hausgenossen standen sie nicht zusätzlich unter dem Druck einer feudalen Ausbeutung, stattdessen lastete auf ihnen jedoch das noch härtere Joch einer Gesindeordnung, die we-

³⁰ Zwahr, Hartmut, Zur Konstituierung ..., Berlin 1978, S. 71. - Bei 55 von 137 Söhnen der "Einwohner" konnte Zwahr feststellen, daß sie sich zum Zeitpunkt der Eheschließung bzw. der Aufnahme unter die Leipziger Schutzverwandten selbst als Söhne von "Handarbeitern" bezeichneten (ebenda, S. 131).

³¹ Die Begriffe Vor- und Halbproletariat werden unterschiedlich verwendet, siehe dazu u. a.: Handke, Horst/Müller, Hans-Heinrich/Thümmel, Heinzpeter, a. a. O., S. 142 f.; Schultz, Helga, Zur Herausbildung der Arbeiterklasse am Beispiel der Hansestadt Rostock 1769 bis 1870, in: Jahrbuch für Geschichte, Bd. 13, Berlin 1975, S. 155, Anm.; dieselbe, Zur Vorgeschichte des Proletariats in der Epoche des Übergangs zum Kapitalismus, in: BzG, Nr. 1/1978, S. 42 ff.; Zwahr, Hartmut, Zur Konstituierung des Proletariats ... in: ... Reichsgründung, a. a. O., S. 518 ff., 522.

Tabelle 4

Beruflich-soziale Stellung von Vätern und Paten der Arbeiter der Porzellanmanufaktur Meißen⁺ im Vergleich zur sozialen Gliederung der Bevölkerung der Stadt Meißen 1849 (in Prozent)⁺⁺

	Väter		Paten		Erwerbstätige der Stadt Meißen	
	absolut	in %	absolut	in %	ohne Familienangehörigen	mit Familienangehörigen
1. Proletarische Schichten						
Arbeiter der Porzellanmanufaktur	135	40,5	178	18,5		
Fabrikarbeiter:						
darunter Arbeiter der Eisengießerei, Fabrikzimmermann, Tongrubenarbeiter, Schriftsetzer (aus Leipzig)					6,6	9,6
12	3,6	29	3,0			
Tage- und Handarbeiter:						
darunter auch Aufläder, Fuhrknecht, Koffertträger, Bierschröter					12,5	15,9
35	10,5	54	5,6			
2. Vor- und halbproletarische Schichten						
Gesellen und Gewerbegehilfen:						
darunter auch Mühlknappe, Barbiergehilfe, Arbeiter in der Apotheke, Drechslergehilfe, Schiffsgelhilfe, Lohnkellner; Gewerke ohne Standesangabe, wenn sie nicht auf Fabrikarbeit hindeuten, z. B. Schuhmacher, Schneider, Weißbäcker usw.						
38	11,4	98	10,2	14,7		10,9
niederes häusliches Dienstpersonal:						
darunter "in Diensten", Dienstknecht, Wirtschaftlerin, Portier, Näherin					19,3	11,0
2	0,6	51	5,3			
landwirtschaftliches Vorproletariat:						
darunter Landarbeiter, Schäfer, Winzer, Sattlerdiener, herrschaftlicher Drescher					1,2	1,2
13	3,9	14	1,5			
Häusler und Gärtner:						
darunter auch Nahrungsbesitzer, Auszugshäusler					-	-
13	3,9	61	6,3			
3. Nichtproletarische Schichten						
Handwerksmeister	33	9,9	142	14,8	15,7	24,1
selbständige Gewerbe im industriellen Bereich:						
darunter Ziegelpächter, Windmühlenbesitzer, Besitzer der Pfeifenkopffabrik, Kunstgärtner, Bierverleger					0,2	0,3
2	0,6	26	2,7			
Krämer, Gastwirte, Transportgewerbe	8	2,4	46	4,8	3,9	6,5
Bauern, landwirtschaftliche Angestellte:						
darunter Anspanner, herrschaftlicher Unterverwalter, Wirtschaftsführer, Rechnungsführer auf dem Rittergut, Haus- und Ackervoigt					3,1	2,9
8	2,4	157	16,3			
Intelligenz/Angestellte						
in Privatunternehmen und in höheren persönlichen Diensten					3,4	3,4
14	4,2	40	4,2			
kleine Angestellte						
bei Regierung, Kommunalwesen, Militär und Kirche					16,7	12,6
18	5,4	66	6,9			
mittlere und höhere Beamte						
bei Regierung, Kommunalwesen, Militär und Kirche						
Vater nicht angegeben; bei Bevölkerung: Almosenempfänger u. a.					2,7	1,4
2	0,6	-	-			
Insgesamt ⁺⁺⁺	333	100	962	100	100	100

⁺ Errechnet nach den Taufregistereinträgen für die 1872 in der Porzellanmanufaktur Meißen beschäftigten Arbeiter, geboren zwischen 1795 und 1857.

⁺⁺ Errechnet nach: Stadtarchiv Meißen, Altes Archiv Repos. I i, Statistik Nr. 3, Bl. 72, Gewerbs- und Standestabelle von der Stadt Meißen am 3. Dezember 1849.

⁺⁺⁺ Differenzen von 0,1 bzw. 0,2 Prozent durch Runden.

sentliche Überreste der feudalen Herrlichkeit aus der Zeit des Zwangsdienstes in den Kapitalismus hinüberrettete, das Gesinde einer fast uneingeschränkten Ausbeutung unterwarf und seine persönliche Freiheit im Geiste feudalen Kastenwesens erheblich einschränkte."32

Hinsichtlich der sozialen Herkunft der Manufakturarbeiter nehmen diese beiden Gruppen einen sehr geringen Teil ein. Nur zwei Väter (= 0,6 Prozent) gehören zum niederen häuslichen Dienstpersonal, und 13 Väter (= 3,9 Prozent) können zum Gesinde, das heißt zum landwirtschaftlichen Vorproletariat, gerechnet werden.

Die Häusler und Gärtner verfügen herkunftsbedingt noch über Hausbesitz und teilweise über kleinen Grundbesitz, sind aber nicht mehr in der Lage, sich von ihrem Besitz zu ernähren. Sie sind gezwungen, zusätzlich ein Handwerk zu betreiben, oder müssen ihre Arbeitskraft als Lohnarbeiter verkaufen. Deshalb sollen sie als halbproletarische Gruppe eingeordnet werden. Sie sind eine speziell für Sachsen typische Schicht, die, begünstigt durch juristische Verhältnisse - Nichtteilbarkeit des Erbhofes -, Differenzierung der Bauernschaft sowie Ausweitung der kleinen und Beginn der kapitalistischen Warenproduktion, in einem langen Prozeß während der Feudalzeit entstanden ist. Zeise führt zu der zwiespältigen sozialökonomischen Lage, in der sich die Häusler/Gärtner befanden, aus: "Die enorme Ausdehnung der Hausindustrie hatte in Sachsen das platte Land schon frühzeitig, wie Engels formulierte, in die industrielle Bewegung hineingerissen ... Da aber die ländliche Hausindustrie in der Regel Garten- oder Feldbau einschloß und auch die meisten Manufaktur- und Fabrikarbeiter noch ein Häuschen mit etwas Land besaßen, konnten bei den in Sachsen herrschenden sozialen Verhältnissen die Besitzer von Feudalprivilegien die Masse der ländlichen Arbeiter zusätzlich feudal ausplündern und damit einer doppelten Ausbeutung unterwerfen. Infolge der starken Durchdringung des platten Landes mit Industrie befanden sich in Sachsen also nicht nur Bauern und grundbesitzende Dorfhandwerker, sondern auch große Teile der proletarischen Schichten, selbst wenn sie nicht in der Landwirtschaft tätig waren, in feudaler Abhängigkeit."33

Die Gruppe der Häusler und Gärtner hat innerhalb der sozialen Herkunft der Manufakturarbeiter nur einen Anteil von 3,9 Prozent. Insgesamt nehmen die vor- und halbproletarischen Schichten einen Anteil von 19,8 Prozent ein.

2.4. Nichtproletarische Schichten

Die nichtproletarischen Schichten sollen zunächst in Handwerksmeister und in selbständige Gewerbetreibende im industriellen Bereich untergliedert werden. Der Anteil dieser beiden Gruppen beträgt hinsichtlich der sozialen Herkunft der Manufakturarbeiter 10,5 Prozent. Zu weiteren selbständigen Gewerbetreibenden gehören Krämer, Gastwirte und kleine Unternehmer im Transportgewerbe mit einem Anteil von 2,4 Prozent. Ferner zählen zu den nichtproletarischen Schichten die Bauern (darunter ein Gutsbesitzer) mit 2,4 Prozent; Intelligenz, Angestellte in höheren persönlichen Diensten und Privatbetrieben mit 4,2 Prozent; mittlere und höhere Beamte bei Regierung, im Kommunalwesen, bei Militär und Kirche und die kleinen Angestellten und Beamten im Bereich von Regierung, Kommunalwesen, Militär und Kirche mit einem Anteil von 5,4 Prozent.

32 Zeise, Roland, Die antif feudale Bewegung der Volksmassen auf dem Lande in der Revolution von 1848/49 in Sachsen, phil. Diss. Potsdam 1966, S. 73 f.

33 Ebenda, S. 18.

2.5. Soziale Herkunft der Arbeiter der Porzellanmanufaktur im Vergleich zur sozialen Schichtung der Stadt Meißen

Hinsichtlich der sozialen Herkunft fallen von den im Jahre 1872 in der Porzellanmanufaktur beschäftigten Arbeitern am meisten ins Gewicht die Arbeiter der Porzellanmanufaktur selbst mit 40,5 Prozent, die Fabrik-, Tage- und Handarbeiter mit 14,1 Prozent, die Gesellen und Gewerbegehilfen mit 11,4 Prozent und zu einem gewissen Teil auch die Handwerksmeister mit 9,9 Prozent.

Wie Tabelle 5 (Zusammenfassung von Tabelle 4) zeigt, bestand die Bevölkerung von Meißen im Jahre 1849 zu einem Viertel aus Arbeitern, einschließlich der Tage- und Handarbeiter, zu einem knappen Viertel aus vor- und halbproletarischen Schichten, ungefähr zu einem Viertel aus Handwerksmeistern und etwa zu einem Viertel aus den übrigen Schichten der kleinen Warenproduktion und des Kleinbürgertums (Intelligenz, Angestellte und Beamte) - alle Schichten einschließlich Familienangehörige.

Tabelle 5

Soziale Herkunft der Arbeiter der Porzellanmanufaktur Meißen⁺ im Vergleich zur sozialen Schichtung der Stadt Meißen 1849 (in Prozent)⁺⁺

Soziale Schichten	Soziale Stellung der Väter und Paten der Manufakturarbeiter		Erwerbstätige der Stadt Meißen ohne mit Familienangehörigen	
Manufaktur-, Fabrik-, Tage- und Handarbeiter	54,7	27,1	19,1	25,5
Vor- und halbproletarische Schichten	19,8	23,3	35,2	23,1
Handwerksmeister	9,9	14,8	15,7	24,1
Übrige nichtproletarische Schichten	15,6	34,8	27,3	25,7
Almosenempfänger u. a.	-	-	2,7	1,4
Insgesamt ⁺⁺⁺	100	100	100	100

+ Errechnet nach den Taufregistereinträgen für die 1872 in der Porzellanmanufaktur Meißen beschäftigten Arbeiter, geboren zwischen 1795 und 1857.

++ Errechnet nach: Stadtarchiv Meißen, Altes Archiv, Repos. I i, Statistik Nr. 3, Bl. 72, Gewerbs- und Standestabelle von der Stadt Meißen am 3. Dezember 1849.

+++ Differenz von 0,1 bzw. 0,2 Prozent durch Runden.

Dagegen kamen die Arbeiter der Porzellanmanufaktur, die überwiegend in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts geboren wurden, schon zu über 50 Prozent aus proletarischen Familien, zu etwa einem Fünftel aus vor- und halbproletarischen Familien und nur etwa zu einem Viertel aus der Schicht der Handwerksmeister und den übrigen nichtproletarischen Schichten.

2.6. Qualifikation und soziale Herkunft der Arbeiter der Porzellanmanufaktur

Betrachtet man die soziale Herkunft der Arbeiter der Porzellanmanufaktur differenziert nach den drei Bereichen der Manufaktur (Malerei, Gestaltung, technischer Bereich und übrige), so ergeben sich bemerkenswerte Unterschiede. In den Bereichen mit vorwiegend handwerklich-künstlerischer, also qualifizierter

Tabelle 6

Soziale Herkunft und Qualifikation der Arbeiter der Porzellanmanufaktur Meißen⁺

Soziale Stellung der Väter	Arbeiter in den Abteilungen Malerei und Gestaltung ⁺⁺		Arbeiter im technischen Bereich und übrige ⁺⁺	
	absolut	in %	absolut	in %
1 Häusliches Dienstpersonal, landwirtschaftliches Vorproletariat, Häusler und Gärtner	11	4,4	17	20,2
2 Fabrik-, Tage- und Handarbeiter	25	10,0	22	26,2
3 Arbeiter der Porzellanmanufaktur Meißen - aus dem technischen Bereich u. übrige ⁺⁺⁺	47	18,9	20	23,8
4 Arbeiter der Porzellanmanufaktur Meißen - aus Malerei u. Gestaltung (u. zwei Angestellte)	66	26,5	2	2,4
5 Gesellen und Gewerbegehilfen	25	10,0	13	15,5
6 Handwerksmeister	32	12,9	1	1,2
7 Übrige nichtproletarische Schichten	42	16,9	8	9,5
8 Vater nicht angegeben	1	0,4	1	1,2
9 Insgesamt	249	100	84	100

+ Errechnet nach den Taufregistereintragen für die 1872 in der Porzellanmanufaktur Meißen beschäftigten Arbeiter, geboren zwischen 1795 und 1857.

++ Errechnet nach den in der Mannschaftsliste ausgewiesenen Tätigkeiten, Betriebsarchiv des VEB Staatliche Porzellan-Manufaktur Meissen, Mannschaftslisten 1864-172, II A d 277.

+++ Hier wurden auch alle diejenigen erfaßt, die als Stand "engagiert bei der Porzellanmanufaktur" angaben. Es ist kaum anzunehmen, daß qualifizierte Arbeiter, wie Maler, Bossierer oder Dreher, bei dem zu dieser Zeit noch ausgeprägten berufsständischen Denken ihren Beruf nicht angegeben hätten.

Tätigkeit, ist der Anteil der Beschäftigten, deren Väter selbst in der Manufaktur gearbeitet haben, bedeutend höher (45,4 Prozent) als bei den Beschäftigten des technischen Bereichs (26,2 Prozent), wo in der Regel Ungelernte eingestellt wurden (Tabelle 6, Zeile 3 und 4). Das heißt, die qualifizierten Arbeiter stammen schon fast zur Hälfte aus Familien von Meißner Manufakturarbeitern.

Auch Handwerksmeister und übrige nichtproletarische Schichten sind mit einem Anteil von 29,8 Prozent verhältnismäßig stark vertreten, aber nur zu 10,7 Prozent bei Beschäftigten des technischen Bereichs (Tabelle 6, Zeile 6 und 7). Häusliches Dienstpersonal, landwirtschaftliches Vorproletariat, Häusler/Gärtner und Fabrik-, Tage- und Handarbeiter nehmen hinsichtlich der sozialen Herkunft der qualifizierten Arbeiter nur einen geringen Anteil ein (insgesamt 14,4 Prozent), während er bei den Beschäftigten des technischen Bereichs (46,4 Prozent) bedeutend größer ist (Tabelle 6, Zeile 1 und 2). Das heißt, die Arbeiter des technischen Bereichs gehen vorwiegend aus ungelernten proletarischen, vor- und halbproletarischen Schichten hervor. Soweit ihre Väter selbst in der Manufaktur tätig waren (23,8 und 2,4 Prozent), gehören auch sie dort in den meisten Fällen dem technischen Bereich an. (Unter den 84 Vätern von Arbeitern im technischen Bereich befanden sich nur 13 Gesellen, ein Handwerksmeister und ein Porzellanmaler, ein Arzt, ein Hofmeister, ein Nachtwächter, ein Bilderaufseher, drei Kleinbauern.)

In den handwerklich-künstlerischen Abteilungen sind Arbeiter, deren Väter zu den Schichten mit qualifizierten Berufen gehörten, viel stärker vertreten (Tabelle 6, Zeile 4, 6 und 7).

(Die Manufakturarbeiter in den Bereichen der Malerei und der Gestaltung hatten eine Ausbildungszeit bis zu sieben Jahren. Für den technischen Bereich gab es keine Ausbildung im Sinne festgelegter Lehrzeiten. Es wurden Ungelernte oder teilweise Gesellen anderer Gewerke, vorzugsweise aus Baugewerken - Maurer, Tischler -, eingestellt, die man für die auszuübende Tätigkeit anlernte. Dabei handelte es sich um Massearbeiter, Schlämmer, Gutbrenner, Verglüher, Kapselfdreher, Schleifer, Holzhofarbeiter und andere. Im Verlaufe der Zeit konnten diese Arbeiter in der Tätigkeitsstelle aufrücken, zum Beispiel vom vierten zum dritten usw. Gutbrenner, Verglüher.)

Vergleicht man gelernte und ungelernete Arbeiter der Manufaktur in bezug auf die Frage, inwieweit ihre Väter in einer ungleichen beruflich-sozialen Position waren, so zeigt sich: Es gehen relativ mehr Gelernte aus Schichten der Ungelernten hervor (sozialer Aufstieg), als daß Ungelernte aus Schichten Gelernter abstammen (sozialer Abstieg). So erweist sich der Bereich der Ungelernten in der Manufaktur für viele Familien in der Intergenerationenmobilität als eine beruflich-soziale Übergangsschicht vom Ungelernten bzw. von einer vor- oder halbproletarischen Position zum qualifizierten Arbeiter der Manufaktur.

2.7. Väter und Paten der Arbeiter der Porzellanmanufaktur

2.7.1. Die soziale Stellung der Väter und Paten

Die soziale Stellung der Paten als Indikator des sozialen Milieus, in das Menschen hineingeboren wurden, bzw. als Ausdruck für die Gemeinschaftsbeziehungen, die deren Familien pflegten, hat Zwahr ausführlich für den Konstituierungsprozeß der Arbeiterklasse am Beispiel von proletarischen Berufs- und Tätigkeitsgruppen in Leipzig (von 1825 bis 1874) im Zeitraum der Industriellen Revolution untersucht.³⁴

Dabei zählt zu den wichtigsten Nachweisen, daß sich im Verlaufe der ersten Jahrzehnte der Anteil der nichtproletarischen Patenschaften stark verringert und der Anteil der proletarischen (differenziert nach verschiedenen Berufsgruppen) "aus der eigenen Berufsgruppe sowie aus ihr verwandten Berufen

34 Zwahr, Hartmut, Zur Konstituierung ..., Berlin 1978, S. 163 ff.

Tabelle 7

Die soziale Stellung von Vätern und Paten der Arbeiter der Porzellanmanufaktur Meißen⁺

(absolut)

Soziale Stellung der Väter	Soziale Stellung der Paten				Paten insgesamt
	proletarisch	vor- und halbproletarisch	nichtproletarisch		
Proletarisch	182	200	117	205	522
Vor- und halbproletarisch	66	27	73	91	191
Nichtproletarisch	83	34	31	178	243
Vater nicht angegeben	2	-	3	3	6
Insgesamt	333	261	224	477	962

(in Prozent)

Soziale Stellung der Väter	Soziale Stellung der Paten				Paten insgesamt ⁺⁺
	proletarisch	vor- und halbproletarisch	nichtproletarisch		
Proletarisch	54,7	38,3	22,4	39,3	100
Vor- und halbproletarisch	19,8	14,1	38,2	47,6	100
Nichtproletarisch	24,9	14,0	12,8	73,3	100
Vater nicht angegeben	0,6	-	50,0	50,0	100
Insgesamt	100	27,1	23,3	49,6	100

+ Errechnet nach den Taufregistereintragungen für die 1872 in der Porzellanmanufaktur Meißen beschäftigten Arbeiter, geboren zwischen 1795 und 1857.
 ++ Differenzen von 0,1 Prozent durch Runden.

stark zunimmt.³⁵ Das heißt, die Arbeitergruppen des entstehenden Proletariats sind zunächst mit den Gruppen ihrer sozialen Herkunft noch eng verbunden, aber lösen sich dann mehr und mehr von ihnen und gehen Gemeinschaftsbeziehungen innerhalb ihres Berufsstandes ein. Als Ausdruck der sich verfestigenden Gemeinschaftsbeziehungen und des Zusammenwachsens der verschiedenen Arbeiterberufsgruppen gegen Ende des von ihm untersuchten Zeitraumes wertet Zwahr die zunehmende Patenwahl über die Grenzen der Berufsgruppen und des Qualifikationsgrades hinaus.

35 Ebenda, S. 170.

Tendenzen dieser ersten Jahrzehnte können auch am Beispiel der beruflich-sozialen Stellung von Vätern und Paten der Arbeiter der Porzellanmanufaktur Meißen nachgewiesen werden.

Aus Tabelle 5 und 7 ist ersichtlich, daß sich die Väter der Manufakturarbeiter schon zu einem weit höheren Anteil in proletarischen Positionen befinden als die von ihnen gewählten Paten oder die Meißner Stadtbevölkerung (aus proletarischen Schichten: Väter 54,7 Prozent; Paten 27,1 Prozent; Meißner Stadtbevölkerung: 25,5 Prozent). Die Paten gehören noch zu 49,6 Prozent nichtproletarischen Schichten an.

Insgesamt werden von den Vätern aus **a l l e n** Schichten am häufigsten nichtproletarische Paten gewählt (Tabelle 7).

Die proletarischen und die halb- und vorproletarischen Väterfamilien wählen also an erster Stelle noch Paten aus nichtproletarischen Familien (39,3 bzw. 47,6 Prozent), doch an zweiter Stelle solche aus Schichten ihres sozialen Bereichs. Dabei entscheiden sich proletarische Väter schon weit mehr für proletarische Paten (38,3 Prozent) als Väter aus vor- und halbproletarischen und nichtproletarischen Schichten, die 14,1 bzw. 14,0 Prozent der Paten für ihre Kinder aus proletarischen Schichten wählen.

Das deutet, wie auch Kuczynski ausführt, auf die enge familiäre Bindung des entstehenden Proletariats an Schichten der zerfallenden Struktur der Feudalgesellschaft hin. Es zeigt zugleich, daß die Paten in Schichten gesucht werden, deren Existenz noch als gesicherter gilt oder traditionsgemäß mit noch mehr Sozialprestige verbunden ist als eine proletarische oder halb- bzw. vorproletarische Stellung.

Untersucht man die Patenwahl, die für die Manufakturarbeiter getroffen wurde, nach den einzelnen beruflich-sozialen Schichten ihrer Väter (Tabelle 8), zeigen sich folgende Tendenzen:

E r s t e n s tritt neben der allgemeinen Hinwendung zu den nichtproletarischen Schichten die Patenwahl in der eigenen sozialen Gruppe hervor.

Z w e i t e n s unterscheidet sich die Patenwahl bei Vätern, die selbst Angehörige der Porzellanmanufaktur waren, deutlich von Vätern mit qualifizierten Manufakturberufen und solchen mit ungelerten Tätigkeiten. Dabei bevorzugten Väter mit qualifizierten Manufakturberufen Paten aus den Schichten der Handwerksmeister, der Gesellen und aus anderen nichtproletarischen Schichten.

D r i t t e n s wählen alle übrigen Vätergruppen einschließlich der Väter, die eine nichtqualifizierte Tätigkeit in der Manufaktur ausübten, neben der eigenen Tätigkeitsgruppe Bauern und Handwerksmeister als Paten.

V i e r t e n s treten als weitere Bindungen zwischen Väter- und Patengruppen hervor:

- Gesellen zu Handwerksmeistern, zu selbständigen Gewerbetreibenden und zu Bauern;
- landwirtschaftliches Vorproletariat und Häusler/Gärtner zu Bauern;
- Handwerksmeister zum Teil zu Bauern, aber auch zu Manufakturarbeitern.

2.7.2. Die soziale Stellung der Väter und Paten, bezogen auf die Qualifikation der Arbeiter der Porzellanmanufaktur

Über welche sozialen Schichten sich der Weg zu den sich festigenden Gemeinschaftsbeziehungen unter den Manufakturarbeitern vollzieht, wird noch deutlicher, wenn man die Unterschiede in der sozialen Stellung der Väter und Paten für qualifizierte und ungelernete Manufakturarbeiter gesondert ausweist und vergleicht.

Tabelle 8

Die beruflich-soziale Stellung von Vätern und Paten der Arbeiter der Porzellanmanufaktur Meißen⁺

Beruflich-soziale Stellung der Väter	Anzahl	Beruflich-soziale Stellung der Paten			
		Beschäftigte der Porzellanmanufaktur ⁺	Fabrik-, Tage- und Handarbeiter	Gesellen und Gewerbehilfen	niederes häusliches Dienstpersonal
Beschäftigte der Porzellanmanufaktur					
- Arbeiter in Malerei und Gestaltung	66	61	15	22	2
- Arbeiter im technischen und in übrigen Bereichen ⁺⁺	69	76	14	18	13
Fabrik-, Tage- und Handarbeiter	47	9	25	19	17
Gesellen und Gewerbehilfen	38	10	8	20	7
Niederes häusliches Dienstpersonal	2	-	2	-	4
Landwirtschaftliches Vorproletariat	13	2	5	2	3
Häusler und Gärtner	13	-	-	4	2
Handwerksmeister	33	14	2	4	1
Selbständige Gewerbetreibende und Händler	10	1	-	1	1
Bauern und landwirtschaftliche Angestellte	8	-	3	-	-
Intelligenz, Beamte und Angestellte aller Art	32	5	9	7	1
Vater nicht angegeben	2	-	-	1	-
Insgesamt	333	178	83	98	51

+ Errechnet nach den Taufregistereintragungen für die 1872 in der Porzellanmanufaktur Meißen beschäftigten Arbeiter, geboren zwischen 1795 und 1857.

++ Darunter 3 Angestellte in mittlerer bzw. höherer Position.

Beruflich-soziale Stellung der Paten						
landwirt- schaftli- ches Vorpro- letariat	Häusler und Gärt- ner	Hand- werks- meister	selbstän- dige Ge- werbetrei- bende und Händler	Bauern und landwirt- schaftli- che An- gestellte	Intelli- genz, Beamte und An- gestellte	insge- samt

3	4	34	11	13	20	185
2	6	14	13	31	16	203
1	10	5	9	32	7	134
1	10	17	14	15	9	111
-	-	-	-	-	-	6
5	5	6	-	8	3	39
-	10	2	3	14	-	35
-	6	41	7	14	9	98
1	-	4	9	4	5	26
-	8	2	-	11	-	24
1	-	16	6	15	35	95
-	2	1	-	-	2	6
14	61	142	72	157	106	962

Tabelle 9

Die soziale Stellung der Väter und Paten⁺, bezogen auf die Qualifikation⁺⁺ der Arbeiter der Porzellanmanufaktur Meißen (in Prozent)

Soziale Schichten der Väter und Paten	Väter von Arbeitern in Malerei und Gestaltung	Paten von Arbeitern in Malerei und Gestaltung	Väter von Arbeitern im technischen Bereich	Paten von Arbeitern im technischen Bereich
Beschäftigte der Porzellanmanufaktur Meißen	45,4	20,3	26,2	10,3
Fabrik-, Tage- und Handarbeiter	10,0	7,2	26,2	11,9
Vor- und halbproletarische Schichten	14,5	18,5	35,7	35,7
Handwerksmeister	12,9	16,5	1,2	7,1
Ubrige nichtproletarische Schichten	16,9	37,5	9,5	34,9
Vater nicht angegeben	0,4		1,2	
Insgesamt ⁺⁺⁺	100	100	100	100

+ Errechnet nach den Taufregistereinträgen für die 1872 in der Porzellanmanufaktur Meißen beschäftigten Arbeiter, geboren zwischen 1795 und 1857.

++ Errechnet nach der in der Mannschaftsliste ausgewiesenen Tätigkeit, Betriebsarchiv des VEB Staatliche Porzellan-Manufaktur Meissen, Mannschaftslisten 1864 - 1872, II A d 277.

+++ Differenzen von 0,1 Prozent durch Runden.

Aus der Tabelle 9 ergeben sich folgende wichtige Gesichtspunkte:

Qualifizierte Manufakturarbeiter	Väter:	knappe Hälfte Manufakturproletariat
	Paten:	ein Fünftel Manufakturproletariat, über die Hälfte aus nichtproletarischen Schichten
Ungelernte Manufakturarbeiter	Väter:	etwa ein Viertel Manufakturproletariat, etwa ein Viertel übriges Proletariat, über ein Drittel vor- und halbproletarische Schichten
	Paten:	vor- und halbproletarische und nichtproletarische Schichten

Bei Manufakturarbeitern, deren Väter schon zu den Beschäftigten der Porzellanmanufaktur zählten - es sind insgesamt 40,5 Prozent -, ist festzustellen, daß bei der Mehrheit, nämlich 56,3 Prozent, ein bis drei Paten ebenfalls in der Manufaktur gearbeitet haben. Dagegen ist bei Manufakturarbeitern, deren Väter außerhalb der Manufaktur beschäftigt waren - es sind 59,5 Prozent -, zu verzeichnen, daß nur 15,7 Prozent von ihnen ein bis drei Paten hatten, die der Manufaktur angehörten.

Untersucht man diese Verhältnisse nach der Qualifikation bzw. nach Produktionsbereichen der Manufakturarbeiter, so zeigt sich eine sehr unterschiedliche Quote derjenigen, deren Paten Beschäftigte der Porzellanmanufaktur waren.

Anteil der nach der Qualifikation unterschiedenen Arbeiter der Porzellanmanufaktur Meißen mit in der Manufaktur beschäftigten Paten (in Prozent)⁺

Produktionsbereiche ⁺⁺	a	b
Malerei	63,8	17,3
Gestaltung	54,5	16,4
Technischer Bereich	36,4	12,9
Insgesamt	56,3	15,7

a Arbeiter, deren Väter Manufakturbeschäftigte waren.

b Arbeiter, deren Väter nicht in der Manufaktur beschäftigt waren.

+ Errechnet nach den Taufregistereinträgen für die 1872 beschäftigten Arbeiter der Porzellanmanufaktur Meißen, geboren zwischen 1795 und 1857.

++ Errechnet nach der in der Mannschftsliste ausgewiesenen Tätigkeit, Betriebsarchiv des VEB Staatliche Porzellan-Manufaktur Meissen, Mannschftslisten 1864 - 1872, II A d 277.

Tabelle 10 ergibt, daß bei allen Manufakturarbeitern, deren Väter nicht in der Manufaktur gearbeitet haben, die Zahl der Paten, die in der Manufaktur tätig waren, verhältnismäßig gering ist und wenig Unterschiede in bezug auf die Qualifikation der Manufakturarbeiter aufweist, daß aber bei den "erblichen" Manufakturarbeitern die Zahl der Manufaktur-Paten bedeutend höher und hinsichtlich der Qualifikation differenziert ist.

Weitere Recherchen ergaben: Väter mit einer qualifizierten Tätigkeit in der Manufaktur bevorzugen bei der Wahl der Paten für ihre Kinder nicht schlechthin Beschäftigte der Manufaktur, sondern vorwiegend unmittelbare Berufskollegen. Das heißt, Maler suchen vorwiegend Maler und erst in zweiter Linie die ihnen im sozialen Rang nahestehenden Arbeiter aus der Abteilung Gestaltung, und diese wiederum wählen vor allem Gestaltungsarbeiter und erst danach Maler. Väter mit angelernten Tätigkeiten aus dem technischen Bereich suchen für ihre Kinder relativ viele Paten aus dem eigenen Bereich.

Diese Vergleiche zeigen - wie auch Zwahr feststellte -, daß sich die Konsolidierung proletarischer Gemeinschaftsbeziehungen naturgemäß dort zuerst herausbildet, wo schon "erbliches" Proletariat vorhanden ist.³⁶ In der Porzellanmanufaktur ist das namentlich unter den Qualifizierten der Fall. Obwohl auch sie hinsichtlich der sozialen Herkunft einen Zustrom aus anderen Schichten, insbesondere aus dem technischen Bereich der Manufaktur, erhalten, ist bei ihnen gegenüber den ungelerten eine Berufserblichkeit bzw. eine Folge - Vater und Sohn sind in der Manufaktur tätig, zum Teil betrifft dies auch mehrere Generationen - stärker vorhanden. Die Paten der "erblichen" Manufakturarbeiter stammen vorwiegend aus dem unmittelbaren Kollegenkreis der Väter, die Patenwahl innerhalb der Manufaktur geht selten über die Qualifikationsgruppe hinaus. Soweit sich also Gemeinschaftsbeziehungen unter den Arbeitern der Manufaktur entwickelt hatten, existieren sie noch vorwiegend in berufsständischen Grenzen.

³⁶ Siehe dazu: Zwahr, Hartmut, Die Entwicklung proletarischer Gemeinschaftsbeziehungen im Prozeß der sozialen Konstituierung der deutschen Arbeiterklasse, in: Jahrbuch für Geschichte, Bd. 13, Berlin 1975, S. 203 - 241, bes. S. 216 f.

Tabelle 11

Geburtsorte der Arbeiter der Porzellanmanufaktur Meißen, bezogen auf die soziale Stellung ihrer Väter

Soziale Stellung der Väter ⁺	Geburtsorte der Arbeiter ⁺⁺				
	Stadt Meißen	Vororte von Meißen	in Sachsen, vorwiegend Umgebung von Meißen	außerhalb Sachsens	insgesamt
Arbeiter der Porzellanmanufaktur	56	73	2	4	135
Fabrik-, Tage- und Handarbeiter	7	31	7	2	47
Gesellen und Gewerbegehilfen	6	16	11	5	38
Niederes häusliches Dienstpersonal	-	2	-	-	2
Landwirtschaftliches Vorproletariat	-	5	7	1	13
Häusler und Gärtner	-	4	9	-	13
Handwerksmeister	20	7	5	1	33
Selbständige Gewerbetreibende, Händler, Transportgewerbe	6	1	2	1	10
Bauern, Pächter, landwirtschaftliche Angestellte	-	3	5	-	8
Intelligenz, Angestellte in privaten Diensten und Unternehmen	4	2	7	1	14
Kleine Staats-, Kommunal-, Militär- und Kirchenbeamte	6	3	7	-	16
Mittlere und höhere Staats-, Kommunal-, Militär- und Kirchenbeamte	-	-	2	-	2
Vater nicht angegeben	-	-	2	-	2
Insgesamt	105	147	66	15	333

+ Errechnet nach den Taufregistereinträgen für die 1872 in der Porzellanmanufaktur Meißen beschäftigten Arbeiter, geboren zwischen 1795 und 1857.

++ Errechnet nach den in der Mannschaftsliste ausgewiesenen Geburtsorten, Betriebsarchiv des VEB Staatliche Porzellanmanufaktur Meissen, Mannschaftslisten 1864 - 1872, II A d 277.

Tabelle 12

Geburtsorte der Arbeiter der Porzellanmanufaktur Meißen⁺, bezogen auf die Qualifikation⁺⁺ (in Prozent)

Produktions- bereiche	Geburtsorte				
	Stadt Meißen	Vororte von Meißen	in Sachsen, überwiegend Umgebung von Meißen	außerhalb Sachsens	insge- samt ⁺⁺⁺
Malerei	40,0	41,4	13,3	5,3	100
Gestaltung	35,4	37,4	21,2	6,1	100
Technischer Bereich	11,9	57,1	29,8	1,2	100
Insgesamt	31,5	44,1	19,8	4,5	100

+ Errechnet nach den Taufregistereinträgen für die 1872 in der Porzellanmanufaktur Meißen beschäftigten Arbeiter, geboren zwischen 1795 und 1857.

++ Errechnet nach den in der Mannschaftsliste ausgewiesenen Geburtsorten, Betriebsarchiv des VEB Staatliche Porzellan-Manufaktur Meissen, Mannschaftslisten 1864 - 1872, II A d 277.

+++ Differenzen von 0,1 Prozent durch Runden.

3. Geburtsorte der Arbeiter der Porzellanmanufaktur

Ein großer Teil der Manufakturarbeiter war in Meißen geboren worden (31,5 Prozent), ein noch größerer Teil (44,1 Prozent) in den Vororten von Meißen, die später - im Jahre 1900 - eingemeindet wurden. Es überrascht nicht, daß sich die soziale Herkunft der in Meißen geborenen Manufakturarbeiter auf diejenigen konzentriert, deren Väter Manufakturarbeiter oder Handwerksmeister waren (76 von 105 = 72,4 Prozent). Bei der sozialen Herkunft der in den Vororten von Meißen Geborenen haben Manufakturarbeiter, Arbeiter und Gesellen einen Anteil von 81,7 Prozent (120 von 147) (siehe Tabelle 11). Bei den Beschäftigten, die in Sachsen bzw. vorwiegend in der Umgebung von Meißen geboren wurden, fallen am meisten Gesellen, Häusler und Gärtner sowie das landwirtschaftliche Vorproletariat ins Gewicht. Der bei den Manufakturarbeitern festgestellte deutliche Unterschied hinsichtlich der sozialen Herkunft von Qualifizierten und Ungelernten spiegelt sich auch in der örtlichen Herkunft wider (siehe Tabelle 12). Die Arbeiter des technischen Bereichs sind gegenüber den Qualifizierten in viel geringerem Anteil in der Stadt Meißen geboren und kommen viel mehr als diese aus den damaligen Vororten. Sie stammen auch weniger als die Qualifizierten aus Gebieten außerhalb Sachsens, sondern verhältnismäßig mehr aus der Umgebung von Meißen. Das ist bedingt durch ihre Herkunft aus vor- und halbproletarischen Schichten und Schichten der Ungelernten (Tabelle 6).

4. Die Stellung der Arbeiter der Porzellanmanufaktur innerhalb der sich konstituierenden deutschen Arbeiterklasse

Abschließend soll zusammenfassend betrachtet werden, welche Stellung bzw. welchen Reifegrad die Arbeiterschaft der Porzellanmanufaktur Meißen inner-

halb des Formierungsprozesses der Arbeiterklasse in den siebziger Jahren und den folgenden Jahrzehnten des vorigen Jahrhunderts aufgrund ihrer spezifischen historischen Bedingungen erreicht hatte.

Durch die sprunghaft ansteigende und umfassende industrielle Entwicklung auch in Form von größeren Betrieben bestanden in Meißen seit Beginn der siebziger Jahre recht günstige Bedingungen für die Organisierung der Arbeiter.³⁷ So gab es verschiedene Ansätze der Organisierung von Arbeitern in Fachvereinen und Gewerkschaftsverbindungen. Etwa ab 1885 arbeitete die Sozialdemokratie in Meißen in selbständigen, von ihr gegründeten Organisationen. Sowohl die ältere einschlägige Literatur als auch die neueren Arbeiten, in denen die politische Bewegung der Arbeiterklasse in Meißen im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts untersucht wird, und ebenso eigene Nachforschungen in Archiven ergaben bis jetzt aber kaum Hinweise für eine Beteiligung von Arbeitern der Porzellanmanufaktur an der organisierten Arbeiterbewegung im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts. Uta Siebert wies nach, daß zum Beispiel im Verein der Töpfer nur die Arbeiter der grobkeramischen Werke organisiert waren. Auch die Akten des im Jahre 1881 zur Gründung angemeldeten Vereins der Glas- und Porzellanarbeiter enthalten keine Hinweise auf Aktivitäten von Manufakturarbeitern.³⁸

Allerdings fanden sich im Verzeichnis der eingeschriebenen Mitglieder des Arbeiterschutzesvereins, der vom 31. Januar 1885 bis zum 18. September 1886 bestand, sieben Arbeiter, die einen Porzellanarbeiterberuf hatten. Es ist anzunehmen, daß von den 95 dort namentlich und mit Beruf aufgeführten Mitgliedern diese sieben der Manufaktur angehörten. Davon konnten drei bzw. vier als Arbeiter aus dem Mannschaftsjahrgang 1872 ermittelt werden.³⁹

Im Verzeichnis des Arbeiterschutzesvereins ausgewiesen als:

Richter, A.,
Porzellanarbeiter

Richter, Heinrich,
Blaumaler

Gröschel, Arthur
Porzellanmaler

Kirstein, Julius,
Porzellandreher

Im Mannschaftsbuch der Porzellanmanufaktur von 1872 ausgewiesen als:

Richter, August Friedrich,
geb. 17. 7. 1843

Richter, Heinrich,
geb. 8. 2. 1816
Formenaufseher und Behenkler

Gröschel, Arthur,
geb. 27. 5. 1853

Kirstein, Johann,
geb. 24. 1. 1836

Aus der Literatur bereits bekannt sind die Aktivitäten der Arbeiter der Porzellanmanufaktur zur Gründung eines Konsumvereins in Meißen. Adolf Domnick berichtet: "Besonders in Sachsen hatte der Schulze-Delitzsch-Gedanke der Gründung von Konsumgenossenschaften Wurzel gefaßt. Bereits 1869 fanden sich in Meißen 155 Leute aus dem Personal der Porzellanmanufaktur zusammen zur Gründung eines Konsumvereins." Noch im Gründungsjahr gab der Verein die Beschrän-

37 Sieberth, Uta, Der Kampf der Sozialdemokratischen Partei während der Zeit des Sozialistengesetzes 1878 - 1890 in Meißen, Diplomarbeit 1964 am Franz-Mehring-Institut der Karl-Marx-Universität Leipzig, S. 7 (Ms.).

38 Siehe dazu: ebenda, S. 7 ff., 16 ff.; Domnick, Adolf, a. a. O., S. 26 ff.

39 Stadtarchiv Meißen, Q 519, Fol. 13, 16, 79. - Bei dem Arbeiter Kirstein ist die Identität nicht sicher, doch sollte nicht ausgeschlossen werden, daß es sich, wie auch in anderen Fällen, um eine unrichtige Übertragung des Vornamens handelt.

kung auf die Angestellten und Arbeiter der Porzellanmanufaktur auf und wurde für die gesamte Bevölkerung Meißen zugänglich. "Ende 1891 erhielten die Parteigenossen bei der Neuwahl des Aufsichtsrates statt bisher zwei deren vier Vertreter ... Vorher stellte die Aufsichtsräte fast nur die Porzellanmanufaktur ... Immer bewußter lenkten die sozialistisch geschulten Arbeiter den Verein."⁴⁰

Auch aus einem Bericht eines Zeitgenossen, den Domnick zitiert, geht hervor, daß die Arbeiter der Porzellanmanufaktur mehr am Rande der Arbeiterbewegung standen. Dort heißt es: "Die ältesten Mithelfer sind nach den Aussagen meines Vaters die Töpfer in Meißen gewesen. Wiederholt hat mein Vater geäußert: Brauche ich Geld für die Partei, so wandte ich mich an die Thürmerschen Tischler und an die Manufaktur. Die Arbeit aber für die Partei leisteten die Töpfer."⁴¹

Die bisher aufgefundenen Hinweise über eine Beteiligung der Arbeiter der Porzellanmanufaktur Meißen an der Arbeiterbewegung sprachen nur für einen relativ geringen Anteil. Dafür sind im wesentlichen folgende Gründe zu sehen:

E r s t e n s . Der größte Teil der Arbeiter der Porzellanmanufaktur Meißen (zirka 82 Prozent im Jahre 1870) bestand im Gegensatz zu den damaligen modernen Fabrikarbeitern noch aus echten Manufakturarbeitern, deren Verrichtung handwerksmäßig geblieben war. Damit war eine geringere Scheidung der geistigen Potenzen des Produktionsprozesses von der Handarbeit gegeben und das individuelle Verhältnis zur Arbeit noch stärker ausgeprägt.⁴²

Z w e i t e n s . In der Zeit des Übergangs vieler Porzellanmanufakturen zu Fabriken erlangte die Porzellanmanufaktur Meißen im Konkurrenzkampf mit weiterbestehenden Porzellanmanufakturen, in denen ebenfalls noch Handarbeit insbesondere beim Malen geleistet wurde, aufgrund ihrer vermarktungsfähigen Tradition eine Art Monopolstellung. Diese Stellung hatte sich historisch im Zusammenhang mit einer hohen handwerklich-künstlerischen Qualifikation herausgebildet und einen relativ hohen Wert der Arbeitskraft zur Folge gehabt, wodurch die qualifizierten Porzellanmanufakturarbeiter eine soziale Besserstellung in Form von Privilegien erlangten. Die ökonomische Privilegierung der Maler und Gestalter war meistens mit einer quasi-Garantie auf Lebensstellung und einer Art Beamtenstatus verbunden.

D r i t t e n s . Darauf aufbauend spielten in der Manufaktur auch Formen der moralischen und politischen Privilegierung eine große Rolle. Die zur Tradition gewordene hohe, mit Talent und künstlerischer Ausbildung verbundene Qualifikation bei weitgehender persönlicher Identifizierung mit der Arbeit hatte über Generationen einen ausgeprägten Berufsstolz bzw. Manufakturstolz erzeugt. Das war die Grundlage für eine bestimmte Konformität mit der "Königlich privilegierten Porzellanmanufaktur" und deren Besitzer, dem Staat. Daran knüpften Lokaladministration und königliche Behörden an, wenn sie "Treue und Vertrauen zu Gott, König und Vaterland" beschworen. Verglichen mit den allgemeinen Zuständen in Fabriken, fanden nicht wenige außergewöhnliche Veranstaltungen für das Manufakturpersonal statt, die als moralische Privilegierung gelten können oder staatspolitischer Bestechung, wie sie Kuczynski⁴³ erwähnt, sehr nahekommen. So wurden die Manufakturjubiläen mit der gesamten

40 Domnick, Adolf, a. a. O., S. 34.

41 Ebenda, S. 26.

42 Dazu ausführlich: Scholz, Traute, Produktivkraftentwicklung, Arbeitskräftestruktur und betriebliche Lohnarbeitsverhältnisse ..., a. a. O., Abschnitt 7.

43 Kuczynski, Jürgen, Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Bd. 36: Die Theorie der Lage der Arbeiter, Berlin 1968, S. 38.

Begleichbaft bei großausgestatteten Festen begangen. Über die Jubelfeier am 6. Juni 1860, die sich aber gegen die 200-Jahr-Feier im Jahre 1910 noch sehr bescheiden ausnimmt, wird berichtet: "Am Vorabend wird der Verwaltung auf dem Schloßhofe der Albrechtsburg ein Fackelzug gebracht. Böllerschüsse von den Meißner Bergen leiten das Fest ein. Versammlung des Personals 10 Uhr vormittags auf dem Schloßhofe. Direktor Kühn hält die Festrede. Seine Exzellenz Finanzminister von Friesen (mit demselben waren erschienen die Geheimen Finanzräte von Broizem und Freiesleben) hält eine Ansprache, begrüßt im Auftrage Seiner Majestät des Königs Johann die Versammlung und überreicht im Allerhöchsten Auftrage dem Direktor Kühn das Ernennungsdekret zum Geheimen Bergrat, dem Inspektor Köttig das Ritterkreuz des Albrechtsordens und dem Vorsteher Leuteritz das Ehrenkreuz desselben Ordens. Mittags 12 Uhr Versammlung auf der Bürgerschießwiese. Huldigung vor den Büsten des Königs August des Starken, des Königs Johann und Böttgers neben einer Kolossalstatue der Saxonica. Festmahl unter Teilnahme des Finanzministers mit seinen Räten und des gesamten Manufakturpersonals (900 Personen, darunter 568 Ehefrauen, Witwen und Pensionäre) in geschmückten Zelten. Konzert und Ball bei großer Abendbeleuchtung beschließen die Feier, zu der eine Unterstützung vom Königl. Finanzministerium von 360 Taler bewilligt worden war."⁴⁴

Am 6. Juli 1867 fand mit dem größeren Teil der Belegschaft, mit 370 Personen, eine Dampferfahrt zur Festung Königstein statt. Auch an dem am 19. Januar 1889 stattfindenden "Huldigungszug zur 800jährigen Jubelfeier des Hauses Wettin in Dresden" nahmen Manufakturarbeiter teil. Viele dieser Ereignisse wurden von Ernst Lange, der in dieser Zeit selbst der Manufaktur angehörte, beschrieben. Wenn sie auch vermutlich nicht ohne tendenziöse Verklärung der Obrigkeitstreue dargestellt sind, so ist doch mindestens Absicht und Zweck erkennbar. Bei Lange heißt es: "Ein von vier Schimmeln gezogener Prunkwagen, auf dem die Muse der Keramik mit dem Bilde Böttgers unter einem riesigen Blumenkorb, von drei Grazien gehütet, thronte, vorn die bekannte bewegliche Pagodenfigur, Gefäße und Attribute der Künste, begleitet von ca. 60 Personen in Rokokotracht, bildeten die huldigende Gruppe, die am folgenden Tage, vereinigt mit den übrigen Meißner Huldigungsgruppen, für unsern Ort die strahlende Erscheinung wiederholte. Als 'Familienfest' darf wohl auch das 40jährige Staatsdienerjubiläum des Direktors Finanzrat Raithel am 1. Oktober 1891 mit Geleitzung des Jubilars in imposantem Fackelzuge des gesamten Personals zum Festkommers in der 'Sonne' Erwähnung finden."⁴⁵

V i e r t e n s . Hinsichtlich der sozialen Herkunft der Manufakturarbeiter überwogen zwar proletarische, vor- und halbproletarische Schichten, aber der Anteil moderner Fabrikarbeit war sehr gering. Doch innerhalb der genannten proletarischen Schichten stammte ein relativ hoher Anteil aus der Manufaktur selbst. Hierbei blieb aber die vom Handwerk althergebrachte intergenerative Berufserblichkeit und die zu den Privilegien gehörende Anstellung naher Verwandter in der Manufaktur noch das ausschlaggebende Moment.

Diese "erblichen" Manufakturarbeiter müssen deutlich von den "erblichen" Fabrikarbeitern unterschieden werden, denen Engels so große Bedeutung für die Herausbildung des Bewußtseins der eignen Klasse beimaß. Bei den Manufakturarbeitern ist eine hohe Quote von 40,5 Prozent der Erblichkeit (in der Selbst-

⁴⁴ Gesell, Paul, Die Feier des 200jährigen Jubiläums der Königl. Porzellanmanufaktur, in: Berling, Karl, Königlich Sächsische Porzellanmanufaktur von 1710 bis 1910. Festschrift zur 200 jährigen Jubelfeier der ältesten europäischen Porzellanmanufaktur, Meißen 1910, Dresden 1911, S. 164.

⁴⁵ Lange, Ernst, a. a. O., S. 118 f.; Über Privilegierung und ideologische Manipulierung von Fabrikarbeitern und Stadtbevölkerung vgl.: Schomerus, Heilwig, Die Arbeiter der Maschinenfabrik Esslingen, Stuttgart 1977, S. 57 - 66, 204 - 220.

darstellung auch als Manufakturverwandtschaft bezeichnet), verbunden mit dem 25,2 Prozent betragenden Anteil aus dem Kleinbürgertum, zu verzeichnen, was zur Festigung der diesen sozialökonomischen Wurzeln entsprechenden Bewußtseinsformen, insbesondere des berufsständischen Denkens und Verhaltens, beitrug. Auch bei dem restlichen, aus vor- und halbproletarischen Schichten stammenden Anteil der Manufakturarbeiter war das soziale Streben auf den "Manufakturisten" und teilweise auf den aus der Manufaktur hervorgehenden "Künstler" gerichtet, bedingt durch die soziale Herkunft und begünstigt durch neue soziale Aufstiegschancen (häufig vom Ungelernten zum Handwerker-Künstler) sowie durch den in der Manufaktur dominierenden traditionellen Stolz auf die Manufaktur-"Verwandtschaft".

F ü n f t e n s . Die Manufakturarbeiter waren von anderen Teilen der Arbeiterklasse sozial und regional relativ stark abgeschlossen. Fast alle künstlerischen Arbeiter kamen als Lehrlinge in die Manufaktur, viele von ihnen als Kinder bzw. Patenkinder von Manufakturarbeitern. So brachten die Neuhinzukommenden keine Erfahrungen aus anderen Arbeiterschichten mit. Auch von den Arbeitern des technischen Bereichs konnten solche Erfahrungen kaum wirksam werden, da sie quantitativ unbedeutend (zirka 18 Prozent) waren und im gegebenen Betriebsklima vermutlich keine Einflußmöglichkeiten auf die höherqualifizierten Arbeiter hatten, sondern eher umgekehrt deren soziale Leitbilder übernahmen.

Die Untersuchung der sozialen und beruflichen Herkunft der Arbeiter der Porzellanmanufaktur Meißen, der Besonderheiten von Arbeits- und Verwertungsbedingungen in diesem Unternehmen, die damit im Zusammenhang stehende spezielle und traditionsgebundene Privilegierung dieser Arbeiterabteilung und ihre relative Isolierung von anderen Teilen der Arbeiterklasse und der Arbeiterbewegung zeigt eine Häufung und ein Zusammenwirken von objektiven historischen Faktoren, die der Entwicklung revolutionärer Überzeugungen und der Herausbildung eines Klassenbewußtseins entgegenstanden. Vielmehr mußten diese Umstände eine Art Arbeiteraristokratie entstehen lassen und opportunistische Haltungen bewirken. Das schließt nicht aus, daß subjektiv bei einigen Arbeitern aufgrund bestimmter persönlicher Bedingungen und Erfahrungen das Bewußtsein, zur Arbeiterklasse zu gehören, heranreife und entsprechende Aktivitäten auslöste, wie zum Beispiel bei den dem Arbeiterschutzbund angehörenden Arbeitern der Porzellanmanufaktur.⁴⁶ (Auch sollten weitere Ergebnisse in dieser Richtung trotz Durchsicht der einschlägigen Akten nicht ausgeschlossen werden.)

Doch die insgesamt bekannten Umstände zeugen davon, daß die Arbeiter der Porzellanmanufaktur in ihren gesellschaftlichen und gruppenspezifischen Aktivitäten zum größeren Teil in kleinbürgerlichen bzw. reformistischen Haltungen befangen blieben, auch in einer Zeit, in der sich größere Teile der Arbeiterklasse schon landesweit in eigenen überörtlichen Verbänden und in der Sozialdemokratie organisiert hatten.

Die organisatorischen Tätigkeiten der Manufakturarbeiter waren in erster Linie auf das mit Privilegien verbundene spezielle Lohn- und Versicherungssystem der Manufaktur gerichtet, sie galten legalen und staatlicherseits tolerierten örtlichen Vereinigungen, wie zum Beispiel der Gründung des Meißner Sparkassenvereins, der Gründung des Konsumvereins, der Beteiligung an kulturellen Vereinen und auch den Schützengarden, denen im Jahre 1890 über 30 Personen aus der Manufaktur angehörten.⁴⁷

46 Kuczynski, Jürgen, Die Geschichte der Lage ..., a. a. O., S. 38.

47 Gau, Paul, Chronik und Rangliste der privilegierten Meißner Schützengesellschaften und des Bürgerschützen-Bataillons, Meißen o.J.

Gemessen an der allgemeinen Entwicklung der Arbeiterbewegung im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts befand sich die Arbeiterschaft der Manufaktur noch in wenig ausgereiften Entwicklungsformen. Dabei darf nicht übersehen werden: Ihr produktives Schaffen, der mit Berufsstolz verbundene Leistungswille und die schöpferische Verarbeitung des Überlieferten sind Attribute der Manufaktur, die viele ihrer Generationen weitertrugen. In mehreren Schriften über die Porzellanmanufaktur Meißen wurde die Bedeutung dieser Tradition für das gegenwärtige und künftige Schaffen des VEB Staatliche Porzellan-Manufaktur Meissen hervorgehoben. Die Würdigung dieses Erbes kann durch die Aufarbeitung einiger wichtiger Fragen des sozialökonomischen und politischen Erlebnisbereichs der Manufakturarbeiter des 19. Jahrhunderts nicht gemindert werden. Sie sollte aber auch kein Hinderungsgrund sein, die in der Geschichte der Porzellanmanufaktur bisher wenig untersuchten Seiten im Interesse eines realistischen Gesamtbildes aufzuspüren. Das gilt auch für das Verhältnis der in der Erforschung von Arbeiterklasse und Arbeiterbewegung ausgewählten Untersuchungsgruppen, in die Arbeiterabteilungen mit einer Häufung von sozialökonomischen und politischen Faktoren, wie sie sich in der vorliegenden Untersuchung fanden, bisher nur wenig in die Analyse einbezogen wurden.

Zur Entwicklung der dänischen Gesellschaftsstruktur
auf dem Wege vom Feudalismus zum Monopolkapitalismus

Unter besonderer Berücksichtigung der Beziehungen zwischen den
Klassen und des Verhältnisses zwischen Stadt und Land

von Vagn Wählin

1. Das Problem
2. Historische Voraussetzungen der besonderen Stellung von Bauern und absolutistischer Bürokratie
3. Entwicklungsgrundzüge der städtischen Wirtschaft
4. Städtisches Großbürgertum im 19. Jahrhundert
5. Städtisches Kleinbürgertum
6. Das Proletariat
7. Wirtschaftswachstum und kapitalistische Entwicklung
8. Die Agrarreformen: ihre Vorgeschichte und Folgen für die ländliche Sozialstruktur
9. Landwirtschaftskrise (1819 bis 1830) und Agrarkapitalismus (nach 1830)
10. Klassenmanifestationen und -organisationen: ihre Entstehung und Entwicklung
11. Religion und Klasse: Grundtvigianismus und Innere Mission im Agrarsektor
12. Politik und Klassenverhältnisse im Agrarsektor
13. Ökonomische Organisationen
14. Kulturelle Organisationen: Kirche und Schule
15. Kooperative Betriebe
16. Zusammenfassung: Klassenverhältnisse - Beziehungen zwischen Stadt und Land

1. Das Problem

Dänemarks Entwicklung vom Feudalismus zum Monopolkapitalismus scheint als Ansatzpunkt für weiterführende Überlegungen zur vergleichenden wirtschaftshistorischen Forschung besonders geeignet. Die Wirtschaft dieses Küsten- und Inselstaates beruhte in der Übergangsperiode vom Feudalismus zum Kapitalismus vor allem auf bäuerlichen Familienbetrieben. Weder Groß- und Schwerindustrie noch junkerlicher Großgrundbesitz wurden zum entscheidenden ökonomischen Rückgrat und zur entscheidenden ökonomischen Triebkraft des Lan-

des. Dementsprechend hebt sich Dänemarks Weg zum Kapitalismus sowohl vom englischen als auch vom preußischen Beispiel ab.¹

2. Historische Voraussetzungen der besonderen Stellung von Bauern und absolutistischer Bürokratie

Die spätmittelalterliche Agrarkrise mündete in den verschiedenen europäischen Regionen allmählich in neue Klassenbeziehungen zwischen Grundeigentümern (hohem und niederem Adel, Kirche und Krone) und unmittelbaren Produzenten (Bauern und Landarmut). Im eigentlichen Dänemark² setzte dieser langwierige Umwandlungsprozeß im 15. Jahrhundert ein. Er führte zu neuen landwirtschaftlichen Betriebsformen und neuen Klassenverhältnissen zwischen dem hohen Adel sowie den Repräsentanten kirchlicher und staatlicher Macht mit ausgedehnten Ländereien einerseits und der sozialökonomisch ziemlich einheitlichen Klasse von Pachtbauern mit relativ großen landwirtschaftlichen Betrieben (15 bis 100 Hektar) als zentraler Gruppe der unmittelbaren Produzenten andererseits. Zwar existierte auch ein Landproletariat, und es wuchs mit der Zeit sogar prozentual. Dennoch hatte es von Mitte des 15. bis Mitte des 18. Jahrhunderts keinen ent-

- 1 Die Geschichte der Landwirtschaft in heutigen Industrieländern ist natürlich ein wesentliches Thema der Geschichtswissenschaft. Dabei konzentriert sich die Forschung bisher vor allem auf Teilaspekte der landwirtschaftlichen Entwicklung während des Durchbruchs des Kapitalismus; zusammenfassende Studien über das selbständige Potential und die Dynamik des landwirtschaftlichen Sektors im Verhältnis zum Industriesektor sind dagegen vergleichsweise selten. Das selbständige Potential des Agrarsektors wurde u. a. durch neuere "sozialanthropologische" Studien in den Blickpunkt des Interesses gerückt, z. B. Peasants and Peasant Societies, hg. v. Teodor Shanin, London 1971. - Auf die ältere sowjetische Forschung geht Chayanov (Čajanov), Aleksandr Vasil'evič, The Theory of Peasant Economy, Homewood 1966, zurück. Zur US-Forschung vgl. besonders Goodwyn, Lawrence, The populist Movement. A short history of the agrarian revolt in America, New York 1978; Hofstadter, Richard, The Age of Reform, New York 1955. - Zur DDR-Forschung vgl. besonders Heitz, Gerhard, Varianten des preußischen Weges, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1969, T. 3, S. 99 - 109; Berthold, Rudolf, Bemerkungen zu den Wechselbeziehungen zwischen der Industriellen Revolution und der kapitalistischen Intensivierung der Feldwirtschaft in Deutschland im 19. Jahrhundert, in: ebenda 1972, T. 1, S. 261 - 267; Harnisch, Hartmut, Statistische Untersuchungen zum Verlauf der kapitalistischen Agrarreformen in den preußischen Ostseeprovinzen (1811 bis 1865), in: ebenda 1974, T. 4, S. 149 - 182; derselbe, Die Bedeutung der kapitalistischen Agrarreformen für die Herausbildung des inneren Marktes und die Industrielle Revolution in den östlichen Provinzen Preußens in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, in: ebenda 1977, T. 4, S. 63 - 82. - Zur dänischen Forschung vgl. besonders Wählin, Vagn, By og Land (Stadt und Land), in: Det grundtvigske Bondemiljø (Das Grundtvigsche Bauernmilieu), hg. v. J. Holmgaard, Aalborg 1980, S. 1 - 72; derselbe, The Growth of Bourgeois and Popular Movements in Denmark ca. 1830 - 1870, in: Scandinavian Journal of History, Nr. 3/1980, S. 151 - 183, mit Hinweisen auf weitere dänische Spezialliteratur. Statistische Übersichten sind enthalten in Hansen, Svend Aage, Økonomisk Vaekst i Danmark (Ökonomisches Wachstum in Dänemark), Bd. 1: 1720 - 1914, Kopenhagen 1972; ebenda, Bd. 2: 1914 - 1970, Kopenhagen 1974. - Für ihre Hilfe bei der deutschen Übersetzung danke ich besonders Frau Anna Hagens.
- 2 Die Schonenschen Provinzen (bis 1660), Norwegen (bis 1814) und Schleswig-Holstein (bis 1864) waren mit Dänemark in einem gemeinsamen dänisch-norwegisch-holsteinischen Staat verbunden.

scheidenden Anteil an Produktion und Bevölkerungszahl. Von etwa 1500 bis etwa 1900 unterlag die prozentuale Verteilung des bearbeiteten Bodens keinen wesentlichen Veränderungen. Es entfielen ungefähr

- 10 bis 15 Prozent auf Güter (von Adel, Kirche und Krone),
- 75 Prozent auf mittelgroße bäuerliche Betriebe (Pachtland oder Eigentumsland),
- 10 bis 15 Prozent auf Kleinbetriebe (von Häuslern usw.).

Bäuerliche und Kleinbetriebe waren überwiegend in die dörfliche Gemeinwirtschaft integriert.

Die Arbeitskräfte auf den großen Rittergütern rekrutierten sich teils aus der Schicht der Landarbeiter und Häusler in direkter Verbindung mit dem Gutsbesitz, teils aus frondienstpflchtigen Pachtbauern. Die Einnahmen der Großgrundbesitzer resultierten teils aus der Getreideproduktion und Viehzucht der gutsherrlichen Eigenwirtschaft, teils aus den Abgaben der Pachtbauern. Die Leistungen der Pachtbauern bestanden in Naturalzins, Geldzins und Arbeitsrente (Frondienst). Das Verhältnis zwischen den drei Rentenformen veränderte sich im Laufe der Zeit. In der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts stieg die Fronarbeit an. Die Ländereien der Großgrundbesitzer waren im allgemeinen steuerfrei, so daß die Hauptlast an Steuern, die in steigendem Maße der starken absolutistischen Staatsmacht zu entrichten waren, auf die Fronbauern entfiel. Mit der Zeit wuchs in Dänemark die Stärke der Zentralmacht auch relativ und resultierte in einem mächtigen zentralisierten Absolutismus, der staatsrechtlich von 1660 bis 1848 währte.

Die Stärke der dänischen absolutistischen Staatsmacht hing von ihrer ökonomischen Macht ab, und diese war wiederum daran geknüpft, daß die Besteuerungsgrundlage der Bauernbetriebe erhalten blieb. Darum lag das langfristige Interesse der Staatsbürokratie darin, die prozentuale Verteilung zwischen der besteuerten Pachtbauernerde und der steuerfreien Erde der gutsherrlichen Eigenwirtschaft aufrechtzuerhalten. Trotz aller konjunkturellen und politischen Schwankungen wurde dieses Ziel erreicht.

Obgleich sich die Gutsherren in den Lokalverwaltungen fast aller Gebiete etablierten, wurden die Bauern, anders als zum Beispiel in den östlichen Landschaften Holsteins oder in ostelbischen Gebieten, durch eine solche Entwicklung nicht in die Leibeigenschaft gezwungen. Durch eine Schätzung des gesamten Bodenetrags auf der Berechnungseinheit Tonnen Hartkorn (td. htk) wurde das Besteuerungssystem³ gegenüber Bauernhöfen stabilisiert und mit der großen Matrikel von 1688 rechtskräftig. Selbstverständlich war Dänemark ein Feudalstaat mit Klassenjustiz, aber es lag im Interesse der Bürokratie des dänischen Absolutismus, auch eine gewisse politische und juristische Balance zwischen den Klassen aufrechtzuerhalten. Darum wurden in Dänemark rechtliche Voraussetzungen geschaffen, die es auch den Bauern gestatteten, ihre Ansprüche gegenüber dem Adel vor Gericht geltend zu machen. Die versierte und effektiv arbeitende Staatsbürokratie rekrutierte sich nicht nur aus dem dänischen Adel, sondern auch aus Fachleuten ausländischer Herkunft und mit der Zeit in steigendem Maße aus dem Bürgertum der großen Städte, beson-

3 Die wichtigsten Einnahmequellen der Staatsmacht waren neben der Besteuerung der Bauern a) der Sundzoll, der für die Durchquerung des Öresunds erhoben wurde, b) der Landbesitz der Krone, der sich zwischen 1536 und ungefähr 1750 auf 1/6 bis 1/4 des dänischen Bodens erstreckte, c) Verbrauchssteuern, Zölle und Pachtgebühren für Konzessionen. - Der Schutz der Bauernwirtschaften fand z. B. in Danske Lov (Dänisches Gesetz), 1683, § 5, 10, 13, seinen Niederschlag. - Eine Tonne Hartkorn (td. htk.) kann nicht in Areal-einheiten umgerechnet werden, da es sich bei ihr ursprünglich um ein Bonitätsmaß handelte, das auf lokaler Schätzung der Leistungskraft des Bodens beruhte

ders Kopenhagens. Adel und Titel allein genügten seit etwa 1750 nicht mehr. Die Staatsbeamten bildeten nicht nur einen Stand und eine Korporation, sondern entwickelten trotz familiärer und ökonomischer Interessengemeinschaft mit Adel und Bürgertum, besonders in der zentralen Verwaltung in Kopenhagen, eine Reihe selbständiger ständischer Charakteristika im letzten Jahrhundert des Absolutismus, die sich im gemeinsamen ökonomischen und machtpolitischen Interesse an der Aufrechterhaltung und Stärkung der Staatsmacht manifestierten. In Abwandlung des Ausspruchs von Frankreichs König Ludwig dem XIV. "Der Staat bin ich" konnte die dänische Staatsbürokratie mit entschieden größerem Recht im 18. Jahrhundert sagen: "Der Staat sind wir."

3. Entwicklungsgrundzüge der städtischen Wirtschaft

In der dänisch-norwegisch-holsteinischen Staatenunion (1460 bis 1814) waren die Städte wie Bergen in Norwegen, Altona in Holstein und Kopenhagen so stark und fest mit dem Handel verbunden, daß sich im 18. Jahrhundert ein besonderes, international orientiertes Handelsbürgertum entwickeln konnte, das vor allem in Kopenhagen mit den Staatsbeamten der zentralen Verwaltung und mit höheren Offizieren des Heeres und der Flotte verflochten war.

Während der zahlreichen europäischen Kriege im 18. Jahrhundert nutzte das Kopenhagener Bürgertum eifrig die konstante Neutralität des Landes. Verbunden mit der außenpolitisch und ökonomisch günstigen Lage Dänemarks, führte dies im letzten Drittel des 18. Jahrhunderts zu einem Kapitalzufluß und zu einer unternehmerischen Initiative des Kopenhagener Großbürgertums, so daß diese Zeit später den wohlthönenden Namen "Die florisante Periode" erhielt. 1807 wurde Dänemark widerstrebend in die Napoleonischen Kriege von französischer Seite hineingezogen. England eroberte die dänische Kriegsflotte und den größten Teil der Handelsmarine, das internationale Handelskapital zog sich aus Kopenhagen zurück, und 1814 verlor Dänemark Norwegen an Schweden. Die "goldene Zeit" wurde rasch von einer steilen ökonomischen Talfahrt abgelöst, die durch eine gewaltige Inflation, den Staatsbankrott von 1813 und eine darauf folgende Aufwertungs- und Deflationspolitik während der zwanziger und dreißiger Jahre des 19. Jahrhunderts noch verstärkt wurde.

Der durch die Napoleonischen Kriege notwendig gewordene politische und kulturelle Kontrollapparat gegenüber den im 18. Jahrhundert entstandenen bürgerlichen Freiheiten und später die allgemein unterdrückende Tendenz der Heiligen Allianz trugen dazu bei, daß sowohl die zeitgenössischen Beobachter als auch die späteren liberalen Geschichtswissenschaftler die zwanziger und dreißiger Jahre in einem negativen Licht sahen.

Ökonomisch mußte Kopenhagen und das ganze Land einen harten Anpassungsprozeß an die verschärften Produktions- und Handelsbedingungen durchlaufen. Durch das Einströmen unter anderem von englischem Kapital entwickelte sich Hamburg nach den Napoleonischen Kriegen relativ rasch. Es übernahm ab Mitte des 19. Jahrhunderts zu einem großen Teil Kopenhagens frühere Rolle als Mittler im internationalen Handel und als Vermittler internationalen Kapitals. Bis zur Mitte des Jahrhunderts, genauer bis 1864, war Dänemark rein äußerlich in zwei ökonomische Zonen aufgeteilt. Die eine setzte sich aus Schleswig-Holstein und Jütland, bis zum Limfjord hinauf, zusammen. Ihr Außenhandel und ihr Finanzwesen einschließlich der Bankverbindungen waren auf Hamburg ausgerichtet, die andere Zone, bestehend aus Seeland, den übrigen dänischen Inseln und der Vendsyssel (Spitze Jütlands), war entsprechend auf Kopenhagen orientiert. Erst langsam gewann Kopenhagen seine frühere Stellung als Landeszentrum für Großhandels- und Finanzgeschäfte zurück.

Die machtpolitischen und schließlich ökonomischen Folgen des preußisch-österreichischen Krieges gegen Dänemark mit dem Verlust der reichen schleswigschen

und holsteinischen Provinzen 1864 änderten diese dänische ökonomische Struktur grundlegend, so daß die früher das Wirtschaftspotential schwächende ökonomische Teilung in eine Nord-Süd- und eine Ost-West-Tendenz nach 1864 durch eine klare Ost-West-Tendenz in der gesamten Ökonomie abgelöst wurde. Damit erfolgte gleichzeitig eine nationalpolitische Sammlung, die offenbar durch die Bedrohung der nationalen Existenz infolge der preußischen Expansion und der Formierung des Deutschen Reiches verstärkt wurde. Aber gerade dieses gleichzeitige Entfallen sowohl der zweigleisigen Außenwirtschaftspolitik als auch der inneren nationalen Spannungsverhältnisse zwischen dem dänisch- und dem deutschsprachigen Bevölkerungsteil ließ in immer weiteren Kreisen die Erkenntnis anderer ökonomischer und sozialer Spannungsverhältnisse zwischen Land und Stadt und zwischen den Klassen erwachen. Diese hatten natürlich seit altersher in der dänischen Gesellschaft existiert; ihre Sprengkraft für gesellschaftliche Umwandlungen war jedoch sowohl historisch als auch real im gesellschaftlichen Bewußtsein des Volkes eine Zeitlang verdrängt worden.

4. Städtisches Großbürgertum im 19. Jahrhundert

Obwohl ein Teil des dänischen international orientierten Großhandelsbürgertums die Krise nach den Napoleonischen Kriegen überdauerte, gingen diese großen Kauf- und Finanzleute sozial jedoch geschwächt daraus hervor. Mit dem Zusammenbruch des alten Großbürgertums änderten sich die Klassenverhältnisse im städtischen Bereich, besonders in Kopenhagen. Unter bescheidenen Bedingungen entwickelte sich vor allem in Kopenhagen, und seit 1840 in steigendem Maße auch in den Provinzstädten, ein neues Bürgertum, das sich klar von dem alten Handelsbürgertum abhob. In den zwanziger und dreißiger Jahren des 19. Jahrhunderts bildete sich im städtischen Bereich eine Reihe mittelgroßer, recht effektiver Betriebe heraus. Diese waren nicht auf den Export oder auf eine spezielle Massenproduktion orientiert, sondern füllten "Lücken" auf dem dänischen Binnenmarkt mit Waren aus, bei denen sich Englands, Belgiens oder später Deutschlands Massenindustrie aufgrund der sehr speziellen bzw. geringen städtischen oder agrarischen dänischen Nachfrage nicht engagieren wollte - oder konnte. Aufgrund der sich rasch verändernden Nachfrage und der allgemeinen ökonomischen Konjunkturschwankungen einschließlich der raschen technologischen Entwicklung waren diese kleinen oder mittelgroßen dänischen Betriebe zur Flexibilität, Effektivität und Aufgeschlossenheit gegenüber Neuerungen gezwungen. Es kann in Dänemark historisch-statistisch kein wesentliches Absinken - im Gegenteil ein Ansteigen - der Anzahl der Beschäftigten in diesen kleinen oder mittelgroßen Betrieben (7 bis 100 Beschäftigte) während des 19. Jahrhunderts bis weit hinein in die sechziger Jahre des 20. Jahrhunderts nachgewiesen werden. Die ständigen und zahlreichen Stilllegungen und Konkurse kleiner Betriebe trugen einestails zur Effektivierung und Anpassung und anderenteils zu einem starken Wachstum des urbanen Sektors im gesamten 19. und bislang auch im 20. Jahrhundert bei.⁴

4 Auch nach der zweiten Industrialisierungs- und Monopolisierungswelle der 60er und 70er Jahre des 20. Jh. blieb dieses kleinindustrielle Produktionssystem lebensfähig und bedeutungsvoll und ist bis heute resistenter als die Großindustrie. Vgl. dazu Hartoff-Nielsen, Peter, Den regionale erhvervsstruktur og beskaeftigelsesudvikling (Die regionale Erwerbsstruktur und Beschäftigungsentwicklung), København 1980. - Zur klassischen bürgerlichen Auffassung von der landwirtschaftlichen und industriellen Entwicklung Dänemarks vgl. Nielsen, Axel, Dänische Wirtschaftsgeschichte, in: Handbuch der Wirtschaftsgeschichte, hg. v. Georg Brodnitz, Jena 1933.

Eine Verschmelzung der Schichten der Staatsbeamten, Akademiker und Intellektuellen mit dieser neuen Fabrikanten- und Kaufmannsschicht führte insbesondere in Kopenhagen klassenmäßig zu einem neuen B ü r g e r t u m , das sich wirtschaftlich, politisch und kulturell um 1840 organisierte, um seine Klasseninteressen wahrzunehmen. Im Vergleich mit dem damaligen englischen industriellen Großbürgertum war diese Kopenhagener Bourgeoisie nur "mittlere Mittelklasse", aber gemessen an ihrem kulturellen und sozialen Abstand zum Kleinbürgertum und zu den Lohnarbeitern ist es im dänischen historischen Kontext üblich, diese Gruppe zum Großbürgertum zu rechnen.

Die Wirtschaft Kopenhagens - und zunehmend die der anderen größeren dänischen Städte - stand im 19. Jahrhundert in direkter Relation zum Weltmarkt und zu den internationalen Industriezentren; gleichzeitig wies Dänemarks städtische Wirtschaft gerade durch dieses dialektische Verhältnis eine produktions- wie klassenmäßige Struktur auf, die sich von der anderer westlicher Länder unterschied; im Zusammenhang damit konnte sich eine eigenständige Gesellschaftsstruktur entwickeln, die sich zum Beispiel von der englischen abhob.

Diese von äußeren Umständen abgeleiteten Möglichkeiten und Bedingungen beeinflussten wiederum die innere Lage, teils die Rolle des Staates, teils die selbständigen Beziehungen des Agrarsektors zur ausländischen Marktwirtschaft, die speziellen Produktions- und Eigentumsverhältnisse sowie das eigenständige Klassenwesen der Landwirtschaft, was später genauer behandelt wird.

5. S t ä d t i s c h e s K l e i n b ü r g e r t u m

Das in selbständigen Kleinbetrieben ökonomisch engagierte städtische K l e i n b ü r g e r t u m kann man in Dänemark im 19. Jahrhundert in drei Hauptgruppen einteilen:

- a) in handwerkliche Produzenten oder Unternehmer in der Bau- und Anlagenbranche, selbständige Zulieferanten für größere Industrieunternehmen,
- b) in kleine Geschäftsleute, Händler usw.,
- c) in Eigentümer von Landfahrzeugen oder kleinen Schiffen innerhalb des Transport- und Binnenhandelssystems.

Zum Kleinbürgertum müßte man in dieser Periode ferner die in Kopenhagen lebenden zahlreichen Gruppen der Mittelschichten, bestehend aus niederen staatlichen und kommunalen Beamten sowie Unteroffizieren in Heer und Flotte, rechnen.

Die Unternehmer hatten im allgemeinen nur wenige lohnabhängige Beschäftigte, so daß der eigene physische Arbeitseinsatz des Eigentümers und seiner Familie von entscheidender Bedeutung für die Existenz seines Betriebes war. Was die selbständigen Gewerbetreibenden unter den Kleinbürgern betrifft, so hing deren relativ starke Abhängigkeit vom Großbürgertum mit der raschen und empfindlichen Reaktion der städtischen Wirtschaft auf die konjunkturorientierten Marktverhältnisse zusammen. Einige Kleinbürger konnten ihre Lage durch den Besitz eines eigenen Hauses festigen, aber die ökonomische und damit auch politische wie kulturelle Abhängigkeit der kleinbürgerlichen Schicht vom Kapital und ihre Kurzsichtigkeit in Fragen der Geldanlage waren groß. So war das Kleinbürgertum der Städte trotz seiner zahlenmäßigen Stärke und seines Wirtschaftspotentials insgesamt der schwache Teil des Bürgertums. Auch im Vergleich mit dem bäuerlichen Kleinbürgertum auf dem Lande erwies sich das städtische Kleinbürgertum als schwächer, unter anderem deshalb, weil Bauern bei guter Wirtschaftsführung m e h r e r e Jahre der Mißernten oder des konjunkturellen Niedergangs überstehen konnten, bevor sie in Konkurs gingen.

6. Das Proletariat

Das kapitalistische Proletariat war in der Mitte des 19. Jahrhunderts im Transportwesen vertreten. Zu ihm gehörten hier Seeleute in der Handelsflotte, Kut-scher, Boten und Hafendarbeiter. Es umfaßte ferner die Akkordarbeiter in der Bau- und Anlagenbranche, Kontoristen und andere Hilfskräfte innerhalb des Handels. Schließlich zählten die lohnabhängigen Produktionsarbeiter in den kleinen und mittelgroßen Betrieben dazu.

Außerhalb dieser Klasseneinteilung standen teils die sozial entwurzelten, auf Almosen angewiesenen, am Rande der Gesellschaft lebenden Gruppen (alleinstehende Mütter, Kranke, Alte, Waisen, Arbeitslose, völlig Mittellose usw.) teils die große Gruppe der Dienstmädchen bei wohlhabenden Bürgern.

In Kopenhagen existierten 1848 zirka 11 000 Lohnarbeiter, die Dienstboten nicht einberechnet, bei einer Gesamtbevölkerung von zirka 140 000 Einwohnern, und 1870 gab es zirka 40 000 Lohnarbeiter bei einer Gesamtbevölkerung von 180 000.

7. Wirtschaftswachstum und kapitalistische Entwicklung

Die Folgen der Krise der zwanziger Jahre hat Dänemark ziemlich schnell überwunden. Nach zumindest in ihrer tendenziellen Aussage, wenn auch vielleicht nicht in ihren absoluten Größenangaben zweifelsfreien Berechnungen⁵ nahm sein jährliches Bruttosozialprodukt seit 1830 kontinuierlich zu. Es wuchs von zirka 500 Millionen Dänenkronen (auf Silberbasis, in Preisen von 1929) im Jahre 1830 auf rund 2 400 Millionen Dänenkronen im Jahre 1900. Die Bevölkerungszahl stieg im gleichen Zeitraum von reichlich einer Million auf etwa 2,4 Millionen, so daß sich das Bruttosozialprodukt pro Kopf der Bevölkerung etwa verdoppelte. Um die Jahrhundertmitte überrundete der urbane den agraren Sektor. Gegen 1830 war der agrare Sektor mit etwa 300 Millionen Dänenkronen am Bruttosozialprodukt beteiligt, während sich der Anteil des urbanen Sektors auf rund 200 Millionen belief. Am Ende des Jahrhunderts hatte sich die entsprechende Relation völlig verändert: Der Hauptteil des Bruttosozialprodukts, nämlich rund 1 800 Millionen Dänenkronen, ging aus dem urbanen Sektor hervor, während der agrare 600 Millionen Dänenkronen dazu beisteuerte. Ähnlich, wenn auch mit geringeren Verschiebungen, entwickelten sich die beiderseitigen Anteile an der Zahl der Berufstätigen. Hier dominierte der urbane Sektor seit zirka 1880. Diese Entwicklungen spiegeln sich auch in der durchschnittlichen jährlichen Wachstumsrate wider. Sie dürfte seit 1830 im urbanen Sektor etwa zwei Prozent betragen haben, während sie im agraren Sektor aller Wahrscheinlichkeit nach zwischen einem halben und einem Prozent lag. Bemerkenswert ist dabei, daß agrarer und urbaner Sektor zwar wechselseitig aufeinander einwirkten, aber jeder dieser beiden Sektoren über eigene, spezifische Entwicklungsmöglichkeiten verfügte, die ihm gestatteten, seine Selbständigkeit zu wahren. Mit Ausnahme der schwerindustriellen Entwicklung, wofür in dem rohstoffarmen Land die Voraussetzungen fehlen, hat Dänemark, gesamtgesellschaftlich gesehen⁶, wahrscheinlich schon von der Mitte des 19. Jahrhunderts an, auf alle Fälle aber seit 1870

⁵ Vgl. dazu Wählin, Vagn, *By og land, a. a. O.*, S.15, 20 f., u. die Graphiken; Dillard, Dudley, *Västeuropas och Förenta Staternas ekonomiske historia* (Wirtschaftsgeschichte Westeuropas und der USA), Lund 1970, S. 230 f.

⁶ Das heißt bei einer Betrachtungsweise, die sich nicht auf Produktionsziffern beschränkt, sondern auch solche und ähnliche Kriterien einbezieht wie effektive Armenfürsorge, relativ breite Streuung des Eigentums an Grund und Boden, Lebensdauer, Kindersterblichkeit, Urbanisierungsgrad, Bildungssystem, Entwicklung und Effektivität des Transportnetzes.

Jahr für Jahr und Gebiet für Gebiet Englands entwickelt eingeholt und teilweise sogar überrundet. Dies hing zum Teil auch damit zusammen, daß Dänemarks Kapitalinvestitionen hauptsächlich in die eigene Wirtschaft mündeten, während ein weit größerer Prozentsatz des britischen Nationaleinkommens in das überseeische britische Imperium investiert wurde. So wuchs Dänemark seit den dreißiger Jahren des 19. Jahrhunderts zu einem vollwertigen, leistungsstarken und zukunftssträchtigen Teil eines kapitalistischen europäischen Wirtschaftssystems heran, ohne ihm völlig ausgeliefert zu sein, durch Handels- und Kapitalbeziehungen darin integriert, aber in seiner Kooperationsentscheidung doch relativ souverän.

8. Die Agrarreformen: ihre Vorgeschichte und Folgen für die ländliche Sozialstruktur

Wie im übrigen Westeuropa erfolgte auch in Dänemark im Verlauf des 18. Jahrhunderts eine anhaltende und wachsende Bevölkerungszunahme. Beinahe gleichzeitig mit der sich daraus ergebenden inneren Nachfrage nach Nahrungsmitteln führten sowohl die zahlreichen und langen europäischen Kriege im 18. Jahrhundert als auch der allgemeine europäische Bevölkerungszuwachs und eine Abwanderung vom Land in die Städte dazu, daß die äußere Nachfrage nach Landwirtschaftsprodukten anstieg. Die kombinierte Wirkung der steigenden inneren und äußeren Nachfrage von 1740 an verstärkte sich durch Dänemarks lange Neutralitätsperiode von zirka 1720 bis zu den Napoleonischen Kriegen und durch den Ausbau seiner Handelsflotte.

Vermutlich gab es in Dänemark ab Mitte des 18. Jahrhunderts ohne Aufgabe des bis dahin dominierenden Agrarsystems - mit dorfgemeinschaftlicher Wirtschaft und Frondienst auf den Rittergütern - die Möglichkeit, die Produktion und die Ausbeutung ständig etwas zu steigern, so daß eine wachsende Bevölkerung ernährt werden konnte und gleichzeitig ein gewisser, wenn auch begrenzter Überschuß für Steuern an den Staat und für Abgaben an den Gutsherrn verblieb.

Zirka 10 bis 15 Prozent der Anbaufläche entfielen auf gutsherrliche Eigenwirtschaften. Sie wurden von Knechten und Mägden, arbeitspflichtigen Häuslern, vor allem aber frondienstpflichtigen Bauern, die selbst Zugtiere und Arbeitsgeräte stellen konnten, bearbeitet.

Die Qualität der vorherrschenden Fronarbeit war gering, teils aufgrund mangelnder Stimulanz, effektiv im Frondienst zu arbeiten, teils aufgrund der geringen Qualität der für den Frondienst mitgebrachten Zugtiere und Arbeitsgeräte. Wenn der Gutsbesitzer versuchte, mehr Arbeit aus den Bauern herauszupressen, sank deren Fähigkeit, ihre anderen Leistungen, ihre Naturalien- und Geldrenten, aufzubringen. Es scheint also, daß dieses feudale Agrarsystem keine Produktionssteigerung in einem Umfang zuließ, der den durch Kriege und Bevölkerungszuwachs hervorgerufenen guten Absatzmöglichkeiten entsprochen hätte. Außerdem war der Staat, wie früher angeführt, nicht daran interessiert, seine Steuerbasis durch Abgabe des Bodens an die steuerfreien Gutsherrschaften geschwächt zu sehen.

Beeinflußt unter anderem von europäischen landwirtschaftlichen Zeitschriften und der im Jahr 1769 gebildeten "Königlichen Dänischen Landwirtschaftsgesellschaft", erkannten fortschrittlichere Gutsbesitzer, daß die Errungenschaften der neuen europäischen Entwicklung in der Agrartechnologie zunächst in den landwirtschaftlichen Großbetrieben am effektivsten eingesetzt werden konnten. Gleichzeitig sah man jedoch, daß dies einerseits Veränderungen der Situation der zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte und andererseits Kapitalinvestitionen für die Anwendung neuer Technologien erforderte.

Kapital in barem Geld konnte man teils durch Anleihen, teils durch den Verkauf

bisheriger Pachthöfe an freie Bauern als bauerlicher Eigenbesitz herbeischaftern, wobei die alte Feudalrente durch Pfandobligationen in eine unpersönliche reine Geldabgabe (Geldrente) verwandelt wurde.

Man versuchte, das relativ niedrige Produktionsniveau in der Dorfgemeinschaft durch Flurbereinigung des Bauernlandes zu heben. Jeder Angehörige der Dorfgemeinschaft konnte den Bodenanteil, den er bekam, entweder weiterhin im Pachtverhältnis bearbeiten oder als Eigenbetrieb käuflich erwerben. Parallel dazu änderte sich auch die Wirtschaftspolitik des Staates, deren Schwergewicht von den Handelskompanien und Manufakturen des Handelskapitals auf eine zielgerichtete Neuorientierung des Agrarsektors verlagert wurde, in der Hoffnung dadurch das erwünschte ökonomische Wachstum zu erreichen. Diese Politik hing wissenschaftlich und ideologisch mit den ökonomischen Ideen der Physiokraten und mit dem aufgeklärten Absolutismus zusammen.

Obwohl England neben Holland in der fortgeschrittenen praktischen Landwirtschaft führend war, schreckten die sozialen Spannungen und die zunehmende Verarmung der niederen Klassen auf dem Lande in England die dänischen Machthaber davon ab, dem englischen Modell zu folgen. Die in der zentralen Administration vorherrschenden Vertreter einer Koalition von Großgrundbesitz und Bürgertum stimmten deshalb dafür, in Fortführung der Tendenzen in der herrschenden Gesetzgebung und entsprechend der historischen Tradition die mittelgroße bäuerliche Pachtwirtschaft zu schützen und zu bewahren. Gleichzeitig schuf man bewußt eine neue untergeordnete Schicht, ein Agrarproletariat von Lohnarbeitern, vor allem landarmen und landlosen Häuslern, um Arbeitskräfte für die umorganisierten und technisch modernisierten sowie erweiterten Gutswirtschaften zu gewinnen. Das alte, mehr patriarchalisch geprägte Verhältnis zwischen Gutsbesitzer und Gesinde wurde durch den Zeiterfordernissen besser entsprechende ökonomische Beziehungen zwischen Lohnarbeitern und Agrarkapitalisten abgelöst.

Die Produktion der Gutswirtschaften wurde unter anderem mit Hilfe des Verkaufserlöses von Pachtland modernisiert, und die Gutsbesitzer produzierten an der Schwelle des 19. Jahrhunderts überwiegend marktorientiert und nach kapitalistischen Prinzipien.

Das alte Verbot der Erbteilung von Bauernland wurde im Interesse der Steuereinnahmen des Staates von den großen Agrarreformen nicht angetastet und hat bis heute Gültigkeit.

Die Anzahl der Bauernwirtschaften stieg nur wenig, von zirka 55 000 im Jahre 1805 auf rund 75 000 im Jahre 1890, und ein Teil ihrer Bodenzunahme resultierte aus der Erschließung von Ödland, Heideböden und anderweitiger Landgewinnung. Die Zahl der Gutshöfe stieg nur von knapp 800 auf etwas über 800 an, während die Summe der großen bäuerlichen Betriebe (13 bis 200 Tonnen Hartkorn) von 1 000 auf 1 200 anwuchs. Es gab also während des 19. Jahrhunderts knapp 2 000 größere landwirtschaftliche Betriebe mit einem schwach wachsenden Gesamtareal, wobei sich der Anteil dieser Wirtschaftseinheiten an der landwirtschaftlichen Nutzfläche bei etwa 15 Prozent stabilisierte. Die Anzahl der Wirtschaften von Häuslern und die der Häuser stieg gewaltig an - Häuslerwirtschaften von zirka 50 000 im Jahre 1805 auf rund 195 000 im Jahre 1895. In den Landbezirken gab es 1895 außerdem noch etwa 100 000 Häuser, zu denen kein Landbesitz gehörte.

Die Arbeitskraft der eigenen Familie war in den Bauernbetrieben von zentraler Bedeutung. Die Landwirtschaftsstatistiken der Jahrhundertwende weisen für den Agrarbereich nur zirka 60 000 lohnabhängige männliche Ganztagsarbeiter aus.

Die Agrarbetriebe von zirka 1/2 bis zirka 4 Tonnen Hartkorn (zirka 2 bis 25 Hektar) umfaßten nur etwa ein Viertel des gesamten Bauernbodens und produzierten überwiegend für den Eigenbedarf und weniger für den Markt. Die Bauernwirtschaften von 4 bis 12 Tonnen Hartkorn konnten dagegen einen markt-

orientierten Überschuß produzieren. Sie bildeten nicht nur den überwiegenden Teil des Bauernbesitzes, sondern auch des gesamten produktiven Agrarareals. Die mittleren und größeren bäuerlichen Betriebe waren also bereits vor 1800 potentiell der mächtigste Faktor der Agrarwirtschaft und damit auch der Gesamtwirtschaft. Die Frage war, ob und wann die Möglichkeiten, die dieses Potential bot, voll realisiert werden konnten. Bereits vor 1810 waren etwa 57 Prozent des Bauernbodens bäuerlicher Eigenbesitz, und vor 1870 besaßen die Bauern über 90 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche, die nicht zur gutsherrlichen Eigenwirtschaft gehörte, als Eigentum. Trotz aller politischen Strittigkeiten verlief dieser Prozeß ziemlich reibungslos. Die revolutionierende Wirkung dieser Entwicklung entstand durch die Verknüpfung verschiedener Faktoren.

Die Ablösung des alten gemeinschaftlichen Bewirtschaftungssystems in den Dörfern hatte schon vor der Reformperiode von 1767 bis 1814 eingesetzt. Es folgte danach, mit lokalen Variationen, ein oft rascher Wandel der Besitzverhältnisse. Das charakteristische dänische Landschaftsbild mit über die Felder verstreuten Bauernhöfen entstand zu jener Zeit. Gewisse Betriebsverbesserungen wurden auf den Höfen eingeführt, neue Feldfrüchte kamen hinzu, und unter anderem aufgrund der Düngung erhöhte sich die Nutztierhaltung.

9. Landwirtschaftskrise (1819 bis 1830) und Agrarkapitalismus (nach 1830)

Solange die Bauern ihren Abzahlungsverpflichtungen nachkommen konnten und es ihnen im Zuge einer guten Konjunkturlage auf dem eigenen Hof nicht schlecht ging, trugen die günstigen Absatzmöglichkeiten zu Produktivitätssteigerungen bei. Es lastete kein eisenharter Druck auf den selbständigen Bauern, kapitalistisch zu denken und zu handeln. Dies änderte sich entschieden mit der Getreideabsatzkrise und der Deflationspolitik zwischen 1819 und 1830. Die Preise auf dem Weltmarkt fielen drastisch, und der Produktionswert im Agrarsektor, berechnet auf Silberbasis, sank auf 63 Prozent des Niveaus von 1816, während der Exportwert von Getreide auf 45 Prozent zurückging; auch die Bodenpreise fielen rapide ab. Mit der Deflationspolitik von 1818/19 bis 1840, als die Silberdeckung für die Dänenkrone endlich wieder gegeben war, wurden die Marktpreise für Agrarprodukte immer niedriger. Zinsen und Tilgungsraten der Pfandbriefe mußten von den selbständigen Bauern jedoch in festen Preisen bezahlt werden. Die Schuldenlast lag deshalb in den Jahren um 1820 oft drückend auf den selbständigen Bauernhöfen, die einen ständig größeren Überschuß an Markterzeugnissen produzieren mußten, um die notwendigen flüssigen Mittel für die termingebundenen Zahlungen zu beschaffen. Die selbständigen Bauern mußten mehr Arbeitsleistungen nicht nur aus ihrem Gesinde und ihren auf Lohnbasis angeworbenen Arbeitskräften, sondern auch aus ihren Frauen und Kindern herauspressen, Betriebsverbesserungen und eine steigende Arbeitsteilung einführen, um die Produktion zu erhöhen. Obwohl die Zinsen und Tilgungsraten, in Naturalien berechnet, das Existenzminimum der Familien alles in allem nicht antasteten, entschieden sie dennoch, da sie in Geld zu entrichten waren, darüber, ob der Bauer seinen Hof behalten konnte oder infolge einer Zwangsauktion ins Proletariat herabsank. Obleich weitaus die meisten selbständigen Bauern die Krise überstanden, mußten sie doch unter den rauen Bedingungen einer neuen ökonomischen Wirklichkeit herbe Erfahrungen sammeln. Sie wurden von bitterer Not gezwungen, kapitalistisch zu denken und zu handeln, um ihr Dasein meistern zu können.

Unter anderem als Folge der Einschränkung des Geldumlaufs war es unvermeidlich, einen bestimmten Teil des Lohnes für angeworbene Arbeitskraft in Naturalien zu entrichten, wodurch das Lohnarbeitsverhältnis bis zu einem gewissen Grade den äußeren Anschein einer überholten Naturalwirtschaft erhielt. Dies ist wahrscheinlich die Ursache dafür, daß ein Teil der Chronisten und späteren

Forscher die damalige Lage im dänischen Agrarbereich stärker feudal wertete, als sie in Wirklichkeit war.

Ein anderes wichtiges Element ist die Entwicklung der örtlichen Arbeitsteilung und des lokalen Marktes, die man im Zusammenhang mit dem starken Anstieg der Zahl der bäuerlichen ländlichen Handwerker in der Agrargesellschaft von 66 800 im Jahre 1787, über 75 000 (1801) auf 126 800 (1834) sehen muß.

Der Kapitalismus fand bei den Gutsbesitzern im letzten Jahrzehnt des 18. Jahrhunderts und in der Bauernwirtschaft mit der Landwirtschaftskrise Eingang. Um 1830 hatte er sich im Agrarbereich durchgesetzt.

Getreide war um 1870 das wichtigste Produkt im Landwirtschaftsexport, aber in Einklang mit der Reallohnsteigerung bei den Industriearbeitern erlangten mehrere veredelte Agrarprodukte, wie Milchwirtschaftserzeugnisse und Speck, während des 19. Jahrhunderts ständig größere Bedeutung. Als Folge teils der Marktverhältnisse, teils der sich durchsetzenden Freihandelspolitik Dänemarks und Großbritanniens verlief seit der Mitte des 19. Jahrhunderts die dänische Konjunktur parallel zur englischen. Bis in die siebziger Jahre des 19. Jahrhunderts waren die Gutsbesitzer, sowohl bezüglich der landwirtschaftlichen Technik als auch in hohem Grade in bezug auf die Beherrschung der lokalen politischen Szene, im Agrarsektor führend, obwohl sich die Bauern bereits von den vierziger Jahren an ökonomisch, kulturell und politisch mit ständig steigendem Durchsetzungsvermögen national und lokal formierten.

Mit der Entwicklung in der Transporttechnologie, der Erschließung mächtiger überseeischer Getreideproduktionsgebiete usw. geriet die westeuropäische Landwirtschaft seit den achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts in eine gewaltige Krise. In vielen Ländern führte dies in steigendem Maße zu staatlichen Maßnahmen wie Einfuhrzöllen und anderen Importrestriktionen zum Schutze der eigenen Agrarproduktion. Obwohl England als Großimporteur und Dänemark als Großexporteur von landwirtschaftlichen Produkten an einem realen Freihandelssystem festhielten, verwischte sich somit das liberale Weltmarktssystem für Agrarprodukte. Die Krise machte sich in den achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts auch in der dänischen Agrarproduktion stark bemerkbar. Die Absatzmöglichkeiten auf dem offenen Markt bedingten eine zunehmende Hinwendung von pflanzlichen zu veredelten tierischen Produkten, die zur Überwindung der Krise beitrug.

Nach diesem Umwälzungsprozeß der letzten Jahrzehnte des 19. Jahrhunderts waren nicht länger die Gutsbesitzer, sondern nunmehr die Bauern durch Großproduktion in verschiedenen Formen kooperativer Betriebe sowohl ökonomisch als auch technologisch führend. Während im Zeitraum von 1830 bis 1870 aufgrund der vorhandenen schwerindustriellen Möglichkeiten vielerorts ein expansives industrielles Großbürgertum heranwuchs, erfolgte in Dänemark erst in den neunziger Jahren im städtischen Bereich ein entscheidender industrieller Durchbruch auf der Grundlage einheimischer, vor allem aber importierter Rohstoffe, und erst dann entstand eine dänische Industriebourgeoisie im eigentlichen Sinn des Wortes.

Das städtische Bürgertum und das Kapital hatten also in Dänemark im 19. Jahrhundert eine landesspezifische Zusammensetzung und ein landesspezifisches Potential. Damit war eine Situation entstanden, die dem dänischen Agrarsektor und den Bauern Zeit gab, sich produktions- und klassenmäßig an vorherrschende kapitalistische ökonomische Bedingungen anzupassen und adäquate Institutionen auch aus eigenen Voraussetzungen heraus zu entwickeln. Gerade im Hinblick auf die Formierung von Klassen, Klassenbewußtsein, Lernprozessen und entsprechenden gesellschaftlichen Aktivitäten ist der Zeitfaktor von zentraler Bedeutung.

Die in den vorhergehenden Abschnitten geschilderte Übergangsphase von feudalen zu kapitalistischen Verhältnissen im Agrarsektor erreichte ihren eigentümlichen dänischen Verlauf durch eine ständige Wechselwirkung zwischen wirtschaft-

lichen, sozialen und ideologischen Faktoren, deren Relationen in den folgenden Abschnitten genauer behandelt werden.

10. Klassenmanifestationen und -organisationen: ihre Entstehung und Entwicklung

In dem vorangegangenen Abschnitt wurde geschildert und zu erklären versucht, wie äußere und innere Bedingungen sowie historische Voraussetzungen den Rahmen für das ökonomische, soziale und ideologische Leben der Dänen im 19. Jahrhundert absteckten. Als Individuen und gesellschaftlich handelnde Personen können die Menschen ihre eigenen Lebensbedingungen verändern, aber die Beherrschung sozialer Vorgänge setzt einen kontinuierlichen Lernprozeß voraus und erfordert damit Zeit.

Im bäuerlichen Bereich waren die menschlichen Abhängigkeitsverhältnisse, Kontakte und zwischenmenschlichen Beziehungen am unmittelbarsten, und Bauerngemeinschaften, Familienverbindungen usw. prägten das Dorf zu einem sinnvollen ökonomischen, sozialen und kulturellen Lebensraum. Dabei konnte sich für die Menschen in der Agrargesellschaft die Gemeinde als zwischenmenschliche Kontaktebene besonders auf ideologischem und kulturellem, aber auch auf ökonomischem Gebiet formieren. Der Gutsbesitz, der sich häufig aus verschiedenen Gemeinden und Dörfern zusammensetzte, bildete für die Bauern bis zur ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts die äußere Erfahrungswelt und die Kontaktstelle für die Beziehungen zu den übergeordneten gesellschaftlichen Instanzen, und zwar ökonomisch (Zinsabgaben und Steuern), politisch (Militärausschreibungen, bestimmte Rechtsangelegenheiten) und kulturell (Kirchenpatronat, Schule). Die Ständeversammlung als Ausdruck des spätfudalen Systems, tagte zum letzten Mal in Dänemark 1660. Das Ständesystem fand seinen politischen Ausdruck im Pyramidenaufbau, im pyramidal-vertikalen Prinzip. Während der Adel innerhalb des Staates sozial und geographisch horizontale Loyalitätsbeziehungen durch Eheschließungen und Gutsbesitz in verschiedenen Landesteilen neben den vertikalen hatte, existierten für den einzelnen Bauern neben seinen vertikalen Bindungen an Gutsbesitzer und König als Lebensbereich und Aktionsradius in der Regel nur Dorfgemeinschaft und Kirchengemeinde. Hier, auf der lokalen Ebene, sah er seine primären ökonomischen Interessen, lag sein primäres ideologisches Verantwortungsgefühl.

Mit der vollen Durchsetzung des Kapitalismus und der bürgerlichen Gesellschaft änderte sich die gesellschaftliche Grundlage für die Beziehungen der Menschen untereinander. Einer der zentralen Züge der bürgerlichen Gesellschaft während des Kapitalismus ist das Entstehen neuer und starker zum einen kreuz-und-querverlaufender sowie zum anderen antagonistischer Beziehungen. Sowohl die bisherigen lokalen Bindungen und das vertikale Loyalitätsverhältnis als auch die auf Personen bezogenen direkten Widerspruchs- und Abhängigkeitsverhältnisse, zum Beispiel zwischen Feudaladel und Pachtbauern, Zunftmeistern und Gesellen, wurden durch den Klassenantagonismus zwischen Unternehmern und Lohnarbeitern gesprengt, das heißt zum einen durch ein unpersönliches Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit und zum anderen durch neue Klassenloyalitäten ersetzt.

Obwohl der einzelne Bauer, Arbeiter oder Angestellte sehr wohl die unmittelbaren Folgen der ökonomischen Veränderungen zu Beginn des 19. Jahrhunderts wahrnehmen konnte, vermochte er doch erst nach einem langwierigen und oft leidvollen sozialen und geistigen Umstellungsprozeß die weiteren gesellschaftlichen Konsequenzen der ökonomischen Strukturveränderungen zu erfassen, die der Agrarreform und dem Zusammenbruch des Großhandels als eines ökonomischen Machtfaktors folgten. Und erst nach einer langen Periode war es möglich, aus den Erfahrungen der vielen einzelnen Personen kollektive Erfahrungen und entsprechende ökonomisch, kulturell und politisch effektive O r g a n i s a -

tionenformen abzuleiten. Veränderungen in den ökonomischen Lebensbedingungen erfolgten in Dänemark von oben und von außen, zu Lasten der arbeitenden Schichten der Bauern und Landarbeiter im Agrarbereich und der entsprechenden Schichten im städtischen Bereich.

Wie sich die Organisationen als spontane Klassenmanifestationen und als Elemente des Drucks auf andere Klassen in der historischen Praxis verhielten, muß jedoch in jedem einzelnen Fall konkret untersucht werden. Eine solche Untersuchung wird durch die gegebenen gesellschaftsbedingten Restriktionen erschwert, denen diese Organisationen ausgesetzt waren. Bevor mit der bürgerlichen Verfassung von 1848 die Organisationsfreiheit eingeführt wurde, forderten die staatlichen Erlasse als erstes, daß die Organisationen nicht politisch seien, und zweitens, daß sich deren Vorstand ohne Rücksicht darauf, ob er die Mehrheit der Mitglieder klassenmäßig repräsentierte, aus sozial renommierten und "loyalen" Bürgern zusammensetzen sollte. Nach 1849 fielen diese juristischen Bedingungen für die Bildung von Assoziationen weg, aber die sozialen und standesmäßigen Barrieren bestanden bis in das letzte Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts hinein. Dabei setzte eine erfolgreiche praktische Organisationsarbeit unbedingt voraus, daß in jedem Fall der Vorsitzende, am besten aber auch noch andere Mitglieder des Vorstandes einer Organisation wenn nicht gerade Vertreter einer oberen Klasse, so doch gut ausgebildete Leute aus den Mittelschichten, zum Beispiel Lehrer, Studenten oder Offiziere, waren. Fast alle chronologischen Untersuchungen über die bürgerlichen Organisationen und die der arbeitenden Schichten des 19. Jahrhunderts zeigen die dominierende Rolle der herrschenden Klassen, die im übrigen auch für andere gesellschaftliche Positionen in den bürgerlichen Institutionen zutraf. Solche quantitativen Analysen müssen mit der Zeit durch qualitative Studien über die faktische Denk- und Handlungsweise der führenden Kräfte ergänzt werden, bevor wir wirkliche Schlußfolgerungen über die Organisationen als Ausdruck der schöpferischen oder spontanen Klassenmanifestation ziehen können.⁷

Was sowohl im Bewußtsein des einzelnen als auch der Klasse tatsächlich vorging, das heißt, was die Menschen faktisch dachten, erlebten, fühlten und wodurch sie sich zu gesellschaftlichen Aktivitäten veranlaßt sahen, entzieht sich im großen und ganzen den direkten Nachforschungen. Das, was als Lernprozeß kollektiv in Organisationen erfolgte und nicht zuletzt in der Presse seinen Niederschlag fand, läßt sich aber empirisch erforschen, in einen größeren theoretischen Zusammenhang stellen, mit Erfahrungen untermauern und damit als Ganzes interpretieren. Darum sind die Organisationen theoretisch wie empirisch für die forschungsmäßige Verknüpfung der Produktionssphäre mit der ideologischen Sphäre so wichtig.

In einer Gesellschaft mit einem ökonomisch und numerisch starken Kleinbürgertum wie in Dänemark, in der das städtische Kleinbürgertum des 19. Jahrhunderts in das großbürgerlich geprägte Gesellschaftssystem integriert wurde, kann in bezug auf den Agrarsektor empirisch beobachtet werden, daß die Volksbewegungen als Ausdrucksformen von Gruppenideologien große historische Bedeutung in der Praxis des wechselseitigen Beeinflussungsprozesses erhielten.

Im Zuge der raschen ökonomischen Entwicklung nahmen in Dänemark die zwischenmenschlichen Kontaktebenen in allen Bereichen der Gesellschaft stark zu.

⁷ Der 1848 amtierende Kriegsminister, Oberst Tscherning, zeichnete sich durch langjähriges linksliberales Wirken aus. Er solidarisierte sich selbstlos und eindeutig mit den Belangen der Bauern und stellte sich damit gegen die Interessen der eigenen Klasse. Ein ähnliches Beispiel für selbstlosen Einsatz verkörperte der Leutnant und Postbeamte Louis Pio. Er gehörte in den 70er Jahren des 19. Jh. zu den maßgeblichen Arbeiterführern und vertrat mit Nachdruck die Belange der Arbeiterklasse in den größeren Städten.

Dies bedingte eine steigende Anzahl gesellschaftlicher Kontroll- und Regulierungsmechanismen für die neuen zwischenmenschlichen Beziehungen, eine Aufgabe, die in der bürgerlichen Gesellschaft oft durch Gründung adäquater Organisationen gelöst wurde. Derartige Organisationen sollten im Gesellschaftssystem zu einer **Schaltstelle** zwischen Individuum und Klasse, zwischen ideologischem Bewußtsein und ökonomischer Basis, zwischen lokalen und zentralen Gegebenheiten, zwischen sozialem Stillstand und zielgerichteter gesellschaftlicher Aktivität werden.

11. Religion und Klasse: Grundtvigianismus und Innere Mission im Agrarsektor

Im 19. Jahrhundert wurde über pietistische Priester und Laienemissäre das religiöse Leben innerhalb der niederen agrarischen Klassen neu formiert und artikuliert. Als parallele religiöse Erscheinung zum aufgeklärten Absolutismus herrschte um 1800 die rationalistische Richtung der Staatskirche vor. Gegen diese vernunftgeprägte Religiosität, die das persönliche und gefühlsmäßige Engagement in Glaubenssachen nicht achtete, rebellierte eine Reihe von Laienbrüdern und Laienpriestern zu Beginn der zwanziger Jahre und verstärkt in den dreißiger Jahren des 19. Jahrhunderts. Auch wenn man davon ausgehen muß, daß sich eine derartige Kausalität nicht im Bewußtsein der aus religiöser Verantwortung handelnden Personen reflektierte, läßt sich deren Haltung als logische Reaktion auf grundlegende Veränderungen in den Lebensbedingungen der Menschen werten.

Die feudale Welt war beengt, schuf aber moralisch und handlungsmäßig einen **Zusammenhang**. Die Lehre der Kirche und die allgemeine Gesellschaftsauffassung kollidierten nicht mit den realen Lebensbedingungen. Das galt selbst für Unterdrückung und Ausbeutung, deren soziale Konsequenzen kalkulierbar blieben. Die ideologische und soziale Reaktionsweise des Systems entsprach der Plazierung des einzelnen Menschen. Dementsprechend richteten sich die Bauernerhebungen der spätf feudalen Periode nur selten gegen die Produktionsverhältnisse schlechthin, sondern in der Regel lediglich gegen Verschärfungen in der Ausbeutung, die im Vergleich zu den gewohnten Bedingungen als ungerechtfertigt angesehen wurden.

Die Agrarreformen veränderten diese Zusammenhänge zwischen gewohnter Lebensweise mit ihren Traditionen und Bewußtseinserscheinungen und der Logik des ökonomischen Lebens völlig. Neue agrare Bearbeitungsmethoden und selbständige Entscheidungen mußten in den durch Separation und Gemeinheitsteilung freigewordenen Einzelhöfen erst erlernt werden. Dies mußte zu Auseinandersetzungen mit der Unwissenheit und den unbemerkt übernommenen traditionellen Produktionsmethoden führen.

Von einem System mit starker **kollektiver** Orientierung, Erfahrung und Aktivität in der Dorfgemeinschaft gelangte der Bauer in ein System mit steigendem individuellem und ichbezogenem Denken, entsprechenden Kalkulationen und weitsichtigen Produktionsmethoden. Die Umstellung darauf erforderte Zeit und war für den einzelnen ein schmerzlicher Prozeß, auch in der Ideologie. Aber wenn man die **persönliche** Verantwortung des unmittelbaren Produzenten als ökonomisches Prinzip akzeptierte, so mußte dies früher oder später für eine steigende Anzahl von Personen zu Auseinandersetzungen mit religiösen Vorstellungen und Moralbegriffen, die von der Staatskirche als ideologischem Sprachrohr des absolutistischen Systems geprägt wurden und nunmehr absurd erscheinen mußten, führen. Bei den Landarbeitern und Häuslern entstand ein gleichermaßen starkes Gefühl des Widerspruchs zwischen dem ökonomisch-praktischen Leben und der Ausstrahlungskraft der Religion, teils in Verbindung damit, daß sich der Lohnarbeiterstatus immer mehr unter ihnen ausbreitete und die patriarchalische Ordnung damit für sie nicht mehr galt, teils

in Verbindung damit, daß sie sich klassenmäßig immer weiter von den Bauern entfernten. Im Laufe dieses Prozesses vollzogen sich auch Umwälzungen in den Lebensverhältnissen der Frauen, der Kinder und Jugendlichen, was zu Überlegungen hinsichtlich der Familienstruktur führen mußte.

In die Laienbewegung der religiösen Erneuerung traten Junge und Alte, Männer und Frauen, Bauern, Häusler, Landarbeiter und Lehrer gleichrangig ein, was, gemessen an den überlieferten Strukturen, einer sozialen Umwälzung gleichkam. Da Kirche und Dorfgemeinde dies mißbilligten, setzte das Bekenntnis zur religiösen Erneuerungsbewegung für den einzelnen persönlichen Mut voraus. Staatsmacht und Kirche reagierten auf diese zur selbständigen Kraft heranreifende Erweckungsbewegung mit deren systematischer Unterdrückung, ohne daß das jedoch zu dem von den Machthabern gewünschten Resultat führte. Trotz Verkündigung der Religionsfreiheit im Jahre 1849 war, bis weit in das 19. Jahrhundert hinein, der örtliche soziale Gegendruck auf religiöse Abweichungen vom "Normalen", besonders den Austritt aus der Staatskirche, groß.

Die Anhänger der religiösen Erneuerungsbewegung bildeten selbst in den Gebieten ihres stärksten Zuspruchs bis weit in die Mitte des 19. Jahrhunderts eine klare Minderheit innerhalb der Landbevölkerung. Der äußere soziale Druck auf die Mitglieder der Erneuerungsbewegung verstärkte deren inneren Zusammenhalt und das Gemeinschaftsgefühl gegenüber Klassenschranken. Als dieser äußere Druck nachließ, traten jedoch die früheren inneren sozialen Trennlinien in der Erneuerungsbewegung immer stärker hervor. Sie spaltete sich in zwei Hauptrichtungen: **G r u n d t v i g i a n e r** und **I n n e r e M i s s i o n**. Trotz aller örtlichen Varianten war bis in die Mitte der achtziger Jahre des 19. Jahrhunderts als Grundtendenz zu verzeichnen, daß die Bauern die Hauptgruppe der Grundtvigianer bildeten, während die ärmeren Schichten sich mehr zur Inneren Mission hingezogen fühlten; danach verwischten sich die sozialen Unterschiede zwischen den beiden Bewegungen, die den gesellschaftlichen Einfluß der Bauern bis weit in das 20. Jahrhundert stützten und ausdehnten.

Auf der Basis des bäuerlichen politischen und ökonomischen Potentials und von der weltzugewandten Haltung ihres volkstümlichen religiösen Oberhauptes N.F.S. Grundtvig direkt dazu inspiriert, griffen die Grundtvigianer aktiv in das gesellschaftliche und politische Leben ein. Sie wurden zu einer gutorganisierten religiösen und ökonomischen Macht in der Gesellschaft, die im Laufe eines Menschenalters beinahe alle ökonomischen, politischen und kulturellen Gebiete erfaßte. Mit ihren organisatorischen Erfahrungen setzten sie, zugleich getragen von der für sie bis in die achtziger Jahre des 19. Jahrhunderts günstigen Konjunkturlage, ihre ideologische Unabhängigkeit von den oberen Klassen der Hauptstadt und der ländlichen Gebiete durch. Somit prägten die bäuerlichen Grundtvigianer ab Mitte der fünfziger Jahre des 19. Jahrhunderts der gesellschaftlichen Entwicklung ihren deutlichen Stempel auf.

Über die Innere Mission kann man dagegen sagen, daß sie von ihrer Reorganisation im Jahre 1861 an bis in die achtziger Jahre des 19. Jahrhunderts hinein in hohem Maße "der Welt den Rücken kehrte", das heißt die sozialpsychologischen Kräfte ihrer Mitglieder ausschließlich auf die religiöse Sphäre, den Glauben als "das einzig Notwendige", lenkte und damit die sozialökonomischen Konflikte aus deren Bewußtsein verdrängte. Diese ideologische Orientierung lag zum einen auf der Traditionslinie früherer religiöser Erneuerungsbewegungen und entsprach zum anderen der im Vergleich zu den bäuerlichen Grundtvigianern geringen ökonomischen und politischen Durchsetzungskraft der meisten Mitglieder der Inneren Mission. In beiden Bewegungen erlangte die Priesterschaft eine starke Position, vor allem in der Inneren Mission, deren Aufbau hierarchischer war, wo alle Macht beim Vorstand lag, den eine Gruppe von Leitungsmitgliedern wählte. Bei ihrer Ausgangsbasis konnte die Innere Mission in einer entsprechend der gesellschaftlichen Entwicklung ständig komplizierter werdenden Welt, in der viele Menschen das Bedürfnis nach sowohl moralisch als auch ökonomisch einfachen und leicht verständlichen Richtlinien hatten, leichter

politische Positionen einnehmen. So gewann in den sich entwickelnden Kopenhagener Arbeiterquartieren die Innere Mission seit den siebziger Jahren des 19. Jahrhunderts beträchtlichen Einfluß auf die Massen, während Grundtvigs Lehre⁸, deren gesamte soziale Logik eigentlich nur zu dem landwirtschaftlichen Kleinbürgertum paßte, nie Erfolg bei den unteren Schichten der Städte hatte.

In der ökonomischen und ideologischen Umbruchphase für neue große Bevölkerungsgruppen als Folge der agraren Absatzkrise der achtziger Jahre wiesen die Positionen der Inneren Mission sozial breiten Kreisen den Weg zu einer abgeklärten Lebenshaltung. Durch die starke Repräsentanz der Bauern während der zweiten Zuwanderung zur Inneren Mission in den achtziger Jahren fand eine Veränderung in der Bewegung statt, die kulturell, ökonomisch und politisch zu deren breiterem gesellschaftlichem Engagement führte.

Aber während Religiöses und Volkstümlich-Nationales in den sozialökonomischen, kulturellen und politischen Verselbständigungsprozeß des landwirtschaftlichen Kleinbürgertums einfließen, gab es natürlich auch breite Kreise in der Agrargesellschaft, die von diesen ideologischen Manifestationen nicht berührt wurden. An vielen Stellen fand man ebenso eine nüchterne materialistische Haltung wie eine unkritische Unterordnung unter die kulturellen Expansionsbestrebungen der herrschenden Klassen. Oft folgten derartige Kreise auch zögernd den aktiven Grundtvigianern, wenn diese ökonomisch und politisch das erste Risiko mit neuen ökonomischen oder kulturellen Initiativen übernahmen und lokal den sozialen Vorteil dieser konkreten Initiativen bewiesen. Bauernkonservatismus und Altklugheit der Mittelmäßigkeit hätten unter anderen räumlichen und zeitlichen Bedingungen direkt ins Fahrwasser der herrschenden Klassen sowie der gesamten Reaktion treiben können.

In Dänemark hatte der progressive Flügel des landwirtschaftlichen Kleinbürgertums jedoch genügend ökonomische Macht und zugleich die notwendige Zeit, sein Klassenbewußtsein zu entwickeln und von dieser Ausgangsposition her einen systematischen Kampf für bestimmte Änderungen in der Gesamtheit der Gesellschaft erfolgreich zu führen. Ein ökonomisch und politisch einschneidender Gegenangriff in Form einer gemeinsamen Aktion von Finanzkapital und Großindustrie konnte nicht stattfinden, weil es eine Großindustrie mit den dafür erforderlichen Dimensionen nicht gab. Ob gesellschaftliche Möglichkeiten historisch realisiert werden, hängt nicht nur vom eigenen Potential ab, sondern oft auch von der Stärke des unausbleiblichen Gegenangriffs. Die politische Koalition zwischen Gutsbesitzern und städtischem Bürgertum, die von 1870 bis 1901 herrschte, konnte in einer historischen Phasenverschiebung zwar verzögern, nicht aber verhindern, daß der politische Überbau der Gesellschaft im Laufe der Zeit mit den ökonomischen Realitäten in Übereinstimmung gebracht wurde. Als bäuerliche Kräfte im Landesmaßstab 1901 in die Regierung einzogen, war bereits ein neuer sozialer Machtfaktor - die organisierte Arbeiterklasse der Städte - dabei, auf dem politischen Kampffeld vorzudringen. Wieder sehen wir hier also eine Phasenverschiebung zwischen Veränderungen der Basis und des Überbaus.

8 Grundtvigs Gedankenwelt vereinigt die Begriffe Religion, Geschichte, Nation, Volk, Landwirtschaft, örtliches Milieu, Kultur, politisches Engagement zu einem unlösbaren Ganzen. Sie verbindet alle diese Begriffe mit den Bauern, die von ihr als natürliches Zentrum von Wirtschaft, Gesellschaft und Staat angesehen werden. Dieser religiöse, kulturelle, politische und sozialökonomische Totalitätsanspruch entsprach haargenau dem Bedürfnis der Bauern nach einer neuen Definitionsweise ihrer existentiellen Position. Die beste nicht dänischgeschriebene Einführung in die Grundtvigsche Gedankenwelt bietet Simon, Erica, Réveil National et Culture Populaire en Scandinavie, Kopenhagen 1960; vgl. auch dieselbe, De L'Union Culturelle du Nord, Kopenhagen 1960, Vorwort.

12. Politik und Klassenverhältnisse im Agrar- sektor

Um die bürgerlichen politischen Strömungen zu kanalisieren und die Effektivität der zentralen und lokalen Administration zu erhöhen, wurden 1834 beratende Ständeversammlungen berufen und 1837 bis 1841 gewählte lokale Verwaltungen in Landkommunen, Kreisen, Städten und in der Hauptstadt Kopenhagen eingeführt. Nach damaligen europäischen Maßstäben wurde das Wahlrecht für diese politischen Organe demokratisiert, aber es räumte den reicheren Grundbesitzern eine nach wie vor privilegierte Stellung und eine gesicherte höhere Repräsentation in den politischen Organen ein. Um sich gegenüber den politischen Vorteilen der gehobenen Klassen behaupten und die neuen Möglichkeiten zu einer politischen Einflußnahme nutzen zu können, mußten sich die Bauern und die Angehörigen der mittleren und unteren bürgerlichen Schichten effektiv organisieren.

Der erste Versuch der Bauern, sich politisch zu organisieren, erfolgte 1835/36. Er wurde jedoch umgehend von den Behörden unterbunden. 1842 gründeten der Schuhmacher und spätere Bauernführer I.A. Hansen und der Volksschullehrer Rasmus Sørensen die politische Zeitung "Almuevennen" (Der Volksfreund), die unter verschiedenen Titeln bis in die siebziger Jahre des 19. Jahrhunderts hinein eines der wichtigsten politischen Kampfmittel der Bauernklasse bleiben sollte. Kurze Zeit später wurde eine Reihe von Bauernvereinigungen geschaffen, die politische Zwecke verfolgten, sich jedoch aufgrund des Verbotes für politische Vereinigungen als landwirtschaftliche Gesellschaften ausgaben. Zwei der aktiveren dieser Vereinigungen wurden 1846 aus politischen Gründen verboten.

Im neuen Großbürgertum Kopenhagens reifte zu Beginn der vierziger Jahre des 19. Jahrhunderts die Erkenntnis, daß es zum einen das starke absolutistische Regime politisch nicht stürzen konnte und daß zum anderen die bodenbesitzenden Bauern trotz mangelnder äußerer gesellschaftlicher Anerkennung de facto eine Zwischenposition in der Gesellschaft einnahmen und daher nicht zum revolutionären Proletariat tendierten. Gleichzeitig erkannten die Repräsentanten der bäuerlichen Interessen, daß die absolutistische Bürokratie der vorigen Generation mit ihren Agrarreformen nur so weit gegangen war, wie es die Balance zwischen den Klassen zuließ. Äußerer Druck auf die Gutsbesitzer verband den progressiven Flügel der Gutsherren mit dem reaktionären, und dieser geintem Gutsbesitzerphalanx konnte und wollte sich das absolutistische Regime nicht entgegenstellen. Eine durch Gesetzeskraft erzwungene Überführung des restlichen Pachtbodens in bäuerliches Eigentum war eine der Hauptforderungen der anwachsenden Bauernbewegung - aber soweit konnte und wollte die Staatsmacht nicht gehen. 1845/46, das heißt zum gleichen Zeitpunkt, als die Staatsmacht gegenüber der beginnenden selbständigen Bauernbewegung hart zugriff, bildete sich eine Koalition aus progressiven liberalen Vertretern des städtischen Bürgertums und Bauernführern, die die "Gesellschaft der Bauernfreunde" (Bondevennernes Selskab, 1846 bis zirka 1856) zur politischen Organisation von Bauern und Häuslern ins Leben rief. Zur Zeit der bürgerlichen Umwälzung im Frühjahr 1848 dominierten in der Leitung der "Gesellschaft der Bauernfreunde" Vertreter des liberalen städtischen Bürgertums. Das Programm dieser Gesellschaft enthielt als zentrale Forderung der Liberalen eine bürgerliche Verfassung und als zentrale Forderungen der Bauern und Häusler bessere Volksschulen, die Abschaffung der noch verbliebenen Relikte von Fronarbeit, wirtschaftliche Verbesserungen für die Häusler sowie den Kauf des restlichen Pachtbodens durch die Bauern; denn 1846 waren zirka 30 Prozent des Bodens noch Pachtland.

Der Zulauf zur "Gesellschaft der Bauernfreunde" übertraf alle Erwartungen; 1847 hatte sie zirka 5 000 Mitglieder, von denen etwa zwei Drittel Bauern und ein Drittel Häusler waren. Ihr Bevölkerungsanteil war auf Seeland und Lolland-Falster groß und in Jütland gering. In manchen Gegenden waren zwischen 20

und 40 Prozent der Bauern Mitglieder. Bei den Wahlen 1847, 1848 und 1849 erwies sich die politische Schlagkraft dieser Gesellschaft in den ländlichen Bezirken als so groß, daß kein Kandidat, der nicht von ihr empfohlen worden war, gewählt werden konnte und daß die Bauern trotz der zentralen gesellschaftlichen Barrieren in großer Zahl selbst in die parlamentarischen Organe gewählt wurden. Nachdem das Bürgertum 1848/49 die Macht übernommen hatte, schied die liberalen, städtisch-bürgerlichen Elemente aus dieser Gesellschaft aus. Sie wurden in stärkerem Maße Klasseninstrument, eine Art moderne politische Partei für Bauern und bessergestellte Häusler. Im Laufe der fünfziger und sechziger Jahre des 19. Jahrhunderts organisierten sich die Bauern auch in den restlichen Teilen des Landes nach dem Muster der "Gesellschaft der Bauernfreunde". Unter der Oberherrschaft dieser Gesellschaft wurde mit der Zeit ein System von örtlichen politischen Vereinigungen ausgebaut. Von 1870 an wurden die früher in breiten Kreisen gelesenen Bauernzeitungen, wie "Almuevennen", durch eine steigende Anzahl lokaler politischer Zeitungen abgelöst. Im Reichstag organisierte sich - trotz großer Zersplitterung der bäuerlichen Kräfte - um 1870 eine liberale Bauernpartei, die "Venstre"; aber erst 1929 wurde die "Venstre" eine eigentliche Landesorganisation - die lokale politische Basisdemokratie hatte bis dahin ohne direkte Lenkung von oben effektiv fungiert.

Das liberale Bürgertum Kopenhagens stützte sich in seiner politischen Organisation von 1840 bis 1864 auf seine besonders effektive und aktive Presse und benötigte eigentlich keine politische Partei, um die Wahlen in den Städten zu beherrschen. Aber mit der Verantwortung für die Niederlage im Krieg von 1864 änderte sich dies, und die frühere liberale Leitung mußte ein politisches und kulturelles Organisationssystem gegen die vorwärtsdrängende Bauernbewegung und deren kulturpolitische Bastionen in den selbständigen Gemeinden, wie Volkshochschulen, "Freischulen" und Versammlungsgebäude aufbauen. Die konservativen Kräfte organisierten sich erst in den achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts in einer modernen Massenpartei, in der "Højre", die sich auf dem Lande auf die Gutsbesitzer stützte, ihre eigentlichen Machtzentren jedoch in den Städten, in der herrschenden Schicht des Großbürgertums und dessen ideologischem Gefolge, den breiten Massen des Kleinbürgertums, hatte. Von 1870 an organisierte sich die wachsende städtische Arbeiterklasse politisch in der bald bedeutungsvollen Sozialdemokratie.

13. Ökonomische Organisationen

Auf Seeland und den anderen Inseln wurde eine Reihe ökonomischer Gesellschaften gegründet. Unter anderem trugen Artikel der Bauernzeitung "Almuevennen" zu diesen Gründungen bei. Diese ökonomischen Gesellschaften beruhten auf genossenschaftlicher Basis und waren in direkter Opposition zu den von den Gutsherren beherrschten landwirtschaftlichen Gesellschaften entstanden. Sie sahen ihre Aufgabe darin, den Bauern zu helfen, zum Beispiel bei der Versicherung des Hausrats, der Ernte, des Viehs, bei der Kapitalanlage und bei der Kreditaufnahme bei Sparkassen. Diese genossenschaftlichen ökonomischen Organisationen bahnten den Weg zur Entfaltung eines weitreichenden eigenen Organisationswesens, das sich in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre des 19. Jahrhunderts auf alle ökonomischen Aktivitäten des ländlichen Kleinbürgertums erstreckte. Von den in den vierziger Jahren entstandenen ökonomischen Organisationen verschwand mit der Zeit natürlich wieder ein Teil; manche überdauerten jedoch ein Jahrhundert. Davon zeugen die Jubiläumsschriften, die 10 landwirtschaftliche Gesellschaften, 6 Versicherungsgesellschaften und 7 Sparkassen anlässlich ihres hundertjährigen Bestehens herausgaben. Sie dokumentieren zugleich das Wachstum und die immer größere lokale Bedeutung dieser in die vierziger Jahre des 19. Jahrhunderts zurückreichenden Institutionen.⁹

⁹ Dansk historisk Bibliografi (Dänische historische Bibliographie) 1943 - 1947, hg. v. Henry Bruun, København 1956, S. 80 f., 110 f., 128.

Die Direktorenposten der Versicherungsgesellschaften bildeten oft den ökonomischen Rückhalt für namhafte Bauernführer. Die Macht der Sparkassen wurde nach und nach bewußt und systematisch im Zuge der ökonomischen Verselbständigung des Agrarsektors vom städtischen Kapital ausgenutzt, auch wenn hier die Direktorposten in vielen Fällen von ökonomisch versierten Juristen besetzt wurden. Schon ab 1851 existierten die sogenannten Real-Kreditvereine zur Überführung von geliehenem Kapital in festes Eigentum mit genossenschaftlicher Garantie; sie wurden aber erst seit 1870 ernsthaft von Bauern genutzt und von diesen übernommen, auch wenn der Platz des Vorsitzenden oft nach wie vor von einem renommierten Grafen oder Landrat eingenommen wurde. Die ökonomische Politik der Real-Kreditvereine glied sich nunmehr den Kreditbedürfnissen der Bauern an.

14. Kulturelle Organisationen: Kirche und Schule

Auf kulturellem Gebiet spielten die Volkshochschulen eine große Rolle. Ihre Anfänge reichen in das Jahr 1844 zurück, und die ersten Volkshochschulen wurden von Angehörigen einer gehobenen liberalen Schicht der Intelligenz gegründet. Seit den fünfziger Jahren entstanden Volkshochschulen, die sich an der Lehre Grundtvigs orientierten und den bäuerlichen Bedürfnissen angepaßt waren. In die fünfziger Jahre reichen auch die ersten privaten "Freischulen" für Kinder auf dem Lande zurück. In ihnen wurde die mündliche Darstellungsform bevorzugt. Das schulische Leben orientierte sich teils an den Wünschen der Eltern, teils an den Realitäten im Sozialbereich und in der Produktion.

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wurde eine steigende Anzahl Grundtvigianischer Priester und Schullehrer ausgebildet, denen in einem langen systematischen Kampf, den die bäuerlichen Kräfte auf lokaler Ebene führten, der Weg zu kirchlichen und schulischen Ämtern gebahnt wurde. Später erfolgte eine entsprechende Initiative hinsichtlich der Priester und Lehrer der Inneren Mission.

Wo die politisch und religiös bewußten bäuerlichen Kreise die Macht innerhalb der offiziellen Kulturinstitutionen wie Schule und Kirche erobern konnten, wäre es natürlich töricht gewesen, eine private Schule oder private Kirche zu finanzieren. Die kulturpolitische Leistung der Bauern, sei es im Sinne Grundtvigs oder dem der Inneren Mission, ging faktisch über die vielen auf das Land verteilten "Freischulen", Volkshochschulen, "Freikirchen", "Freigemeinden"¹⁰, Missionshäuser und Versammlungsgebäude weit hinaus. Grundtvigsche Versammlungshäuser und Missionshäuser gab es um die Jahrhundertwende nicht nur in größeren Städten. Jede Landkommune hatte mindestens ein solches Gemeinschaftshaus, und viele Gemeinden hatten sogar mehrere dieser Einrichtungen.

15. Kooperative Betriebe

Auch auf dem Gebiet der unmittelbaren Wirtschaftsführung setzte sich zwischen 1870 und 1914 in der zweiten Phase der Bauernbewegung ein eigenständiges Organisationswesen durch. Um die Jahrhundertwende hatte beinahe jede Landgemeinde ihren Konsumverein und ihre kooperativ betriebene Meierei. In den etwa 1 600 dänischen Landgemeinden gab es um 1900 rund 900 und um 1914 rund 1 200 Genossenschaftsmolkereien, um 1900 zirka 800 und um 1914 zirka 1 500

¹⁰ "Frei" bedeutet frei von staatlicher Einmischung. "Freikirchen" konnten also von den Gemeindemitgliedern, "Freischulen" von den Eltern der Schülerinnen und Schüler usw. als "eigene" Einrichtungen angesehen werden.

Konsumvereine. In Gemeinden, wo Grundtvigianer und Innere Mission sich schroff gegenüberstanden, wurden jedoch aus ideologischen Gründen entgegen jeglicher ökonomischen Vernunft zwei genossenschaftliche Meiereien errichtet, für jede Glaubensrichtung eine.

Mit der Formierung der Bauern als politischer Kraft weitete sich das kooperative System aus: Schweineschlächtereien und Vereinigungen für den Eierexport kamen hinzu. Konsumvereine schlossen sich zusammen und errichteten kooperative Fabriken zur Produktion fast aller Verbrauchsgüter, die sie nicht direkt durch einen koordinierten Einkauf aus dem Ausland importieren konnten. Alle Gegenden des Landes sowie Anhänger aller ideologischen Richtungen unter den Bauern und allmählich auch unter den bessergestellten Häuslern (mit 2 bis 10 Hektar Land) waren in dieses historisch ziemlich einzigartige System der ökonomischen, sozialen, politischen und kulturellen Selbstorganisation und wirksamen Klassenformierung einbezogen. Gleichzeitig damit schärfte sich durch Versammlungen, Zeitungen und durch praktische soziale Aktivität das Bewußtsein der Bauern, das im klaren Gegensatz zu den Städten, besonders zu dem in einigen Sektoren (zum Beispiel der Zementfabrikation) heranwachsenden städtischen Monopolkapitalismus, stand.

16. Zusammenfassung: Klassenverhältnisse - Beziehungen zwischen Stadt und Land

Die dänische Wirtschaft war seit dem Zeitabschnitt 1857 bis 1862 und weiter bis zum ersten Weltkrieg konsequent weltoffen und freihandelsorientiert, was sich mit den Exportwünschen der Bauern und deren gleichzeitigem Bedarf an einer steigenden Menge preiswerter und effektiver Produktionsmittel (landwirtschaftlicher Maschinen usw.) sowie billiger Konsumwaren deckte. Die relativ kleinen Industriebetriebe der Städte suchten natürlich Schutz vor der ausländischen Konkurrenz. Aber das städtische Industriekapital konnte gerade wegen seiner Zersplitterung und des vor der Jahrhundertwende niedrigen Monopolisierungsgrades seine entgegengesetzten Forderungen gegenüber den ökonomisch und politisch gut organisierten Bauern nicht durchsetzen. Die Bauern waren gegenüber dem städtischen Kapital deshalb so stark, weil der weitaus überwiegende Teil der notwendigen Importausgaben des rohstoffarmen Landes aus den Exporteinnahmen der Bauernwirtschaften gedeckt wurde. Ohne den Landwirtschaftsexport der Bauern wäre kein Geld vorhanden gewesen, den Import von Rohstoffen und Halbfabrikaten für die Industrie zu finanzieren. Die städtischen Gewerbe waren daher ständig einer ebenso stimulierenden wie erbarmungslosen Konkurrenz ausgesetzt.

Die starke Verbreitung kleiner und mittelgroßer Industriebetriebe in den Städten, die das Kapital zersplitterte, machte es, verglichen mit dem Ausland, der Arbeiterklasse verhältnismäßig leicht, von 1870 bis 1900, in den Kampffahren ihrer organisatorischen Formationen, eine effektive und schlagkräftige Gewerkschaftsbewegung aufzubauen. Diese Gewerkschaftsbewegung erreichte nach dem damaligen europäischen Maßstab schnell einen sehr hohen und stabilen Organisationsgrad. In Wechselwirkung mit den wirksamen Organisationen der Arbeiterklasse organisierten sich nach 1870 auch die Unternehmer ständig effektiver. Obgleich das agrare Kleinbürgertum und die Arbeiter in den Städten nicht die gleichen Klasseninteressen hatten, gab es in dieser Periode eine recht effektive taktische politische Zusammenarbeit, die sich gegen die das Land von 1870 bis 1901 beherrschende Koalition aus landwirtschaftlichem Großkapital und städtischer Oberschicht richtete. Der Wahlsieg der "Venstre" 1901 bedeutete auch das Ende der bäuerlichen Allianz mit den Arbeitern. Grundlegende soziale Gegensätze sowohl zwischen Land und Stadt als auch innerhalb des Agrarsektors brachen wieder auf. Der bodenbesitzende Teil der Landarbeiter, vor allem der Häusler, spaltete sich von den Bauern und dem Agrarproletariat ab und wies bald kleinbürgerliche Züge auf. Er schuf sich seine eigenen politischen,

kulturellen sowie ökonomischen Organisationen und Institutionen, vor allem seine eigene Partei, die "Radikale Venstre". Die Sozialdemokratie war der politische Motor der organisierten Arbeiterbewegung; sie geriet rasch in immer deutlicheren politischen Gegensatz zur Partei der Bauern, der "Venstre".

Die Verlierer in dieser vielschichtigen Klassenbewegung waren auf dem Lande, sowohl politisch als auch kulturell und ökonomisch, das landlose Landproletariat und in den Städten politisch und kulturell das Kleinbürgertum.

Im städtischen Sektor waren während des 20. Jahrhunderts, relativ betrachtet, sowohl das Bevölkerungswachstum als auch die Produktionssteigerung am größten. Dennoch nahmen die Bauern nach wie vor eine außerordentlich starke Stellung in der gesamten Gesellschaft ein. 1960 überholte der Industrieexport erstmalig den Landwirtschaftsexport, und 1980 übertraf der Industrieexport den Landwirtschaftsexport um ein Vielfaches. Mit der zweiten großen Welle der Monopolisierung und Zentralisierung im städtischen Bereich, die Dänemarks ökonomische Entwicklung von den sechziger Jahren des 20. Jahrhunderts an maßgeblich bestimmte, mußte sich schließlich die Landwirtschaft den Bedingungen des nationalen Kapitals unterordnen.

In Dänemark erlangte das landwirtschaftliche Kleinbürgertum, das sich seit etwa 1800 herausgebildet hatte, Einfluß auf die gesamte Gesellschaft. Im Laufe der Zeit wurde es zum realen Machtfaktor. Die langanhaltende Aufspaltung in eine städtische und eine ländliche ökonomische Sphäre schuf ganz spezifische wirtschaftliche und gesellschaftliche Verhältnisse. Davon wurden alle, besonders jedoch zwei Gebiete des gesellschaftlichen Lebens berührt. Einmal findet man in Dänemark wie in anderen nord- und westeuropäischen Ländern in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens ein außerordentlich weitgespanntes Netz einflußreicher demokratischer Basisorganisationen. Zum anderen bildeten sich in Dänemark ungefähr zwischen 1870 und 1950 zwei vollentwickelte Kulturkreise heraus: Das Kultursystem des landwirtschaftlichen Kleinbürgertums mit seinen Volkshochschulen, "Freischulen", seinem Gemeindeleben und seinen Versammlungshäusern unterschied sich deutlich von dem der begüterten städtischen Schichten, das vom Kopenhagener akademischen Milieu, den wichtigsten Gymnasien und Universitäten, der Kopenhagener bürgerlichen Presse sowie dem "gebildeten" städtischen Kunst- und Kulturleben geprägt wurde.

Trotz wiederholter ernsthafter Versuche in dieser Richtung gelang es der starken und gut organisierten Arbeiterbewegung nicht, ein gegenüber diesen zwei selbstbewußten und aussagekräftigen Kulturkreisen gleichrangiges Kultursystem aufzubauen, um das Bewußtsein in der Arbeiterklasse zu verändern.

Dänemark war wirtschaftlich, politisch und kulturell eine kleinbürgerliche Gesellschaft. Daher mußten die Führer der Arbeiterklasse von den siebziger Jahren des 19. Jahrhunderts an bis zur Gegenwart den gesellschaftlichen Bedingungen Rechnung tragen und immer wieder Kompromisse mit den verschiedenen organisierten Flügeln des Kleinbürgertums eingehen, um zu erreichen, daß die Arbeiterbewegung Einfluß auf die gesellschaftliche Entwicklung gewann, und zu verhindern, daß das Kleinbürgertum in die Arme des Großbürgertums getrieben wurde. Durch diese Kompromißlinie wurde jedoch das ohnehin schon große Gewicht des Agrarsektors und des landwirtschaftlichen Kleinbürgertums als gesamtgesellschaftlicher Kraft weiter erhöht. Zugleich sahen sich kleinbürgerliche Tendenzen innerhalb der Organisationen der Arbeiterbewegung während der gesamten Zeit ihrer Existenz dadurch bestärkt.

Mit drei Vierteln des bearbeiteten Bodens als bäuerlichem Besitz in einem vom Agrarbereich abhängigen Wirtschaftssystem wurden die Groß- und Mittelbauern während des Übergangsprozesses vom Feudalismus zum Kapitalismus so selbständig und einflußreich, daß die Aussage gerechtfertigt erscheint, Dänemark sei über den Agrarsektor, vor allem über die bäuerlichen Betriebe, zum Kapitalismus gelangt. Hier endete die ökonomische, politische, kulturelle und

klassenmäßige Entwicklung des 19. Jahrhunderts erst etwa Mitte des 20. Jahrhunderts - gleichzeitig damit, daß das kleine und zähe dänische "Land og Volk" sich einen Lebensstandard erarbeitete, der zu den höchsten der Welt zählt.

Sonntagsverbrecher in Schwedisch-Pommern

Zur bäuerlichen Belastbarkeit durch die Arbeitsrente

von Jan Peters

Im November 1684 standen mehrere Bewohner rügischer Dörfer vor Gericht. Der Landvogt hatte diese "Sonntages-Verbrecher zu verschiedenen mahlen nach Bergen vors Königl. Landgericht auf gewisse Tage citiret"¹, weil sie durch den (mit Polizeifunktionen ausgestatteten) Landreiter sonntags vor der Predigt angetroffen worden waren, als sie "selb ander gemeiet und gebunden", also gemeinsam landwirtschaftliche Arbeiten verrichtet hatten. Solches Tun galt als verbrecherische Entheiligung des Sonntags.

Damit tritt uns ein Problem entgegen, das die Flüchtigkeit nicht verdient, mit der es (wenn überhaupt) in der Literatur behandelt wird. Haltung und Handlung der Obrigkeit in bezug auf den heiligzuhaltenden Tag des Herrn betrafen unmittelbar das Problem der feudalen Arbeitsrente und berührten zudem ganz konkret das schwer durchschaubare Bezugssystem zwischen Ökonomie und Religion im Feudalismus. In den Jahrhunderten tendenzieller Refeudalisierung im Spätfeudalismus spielte die "Sonntagsentheiligung" in verschiedenen Formen (und natürlich in regional sehr verschiedenem Umfang) vermutlich eine weit größere Rolle, als die meist spärlichen Aktenangaben zu diesem Punkt vermuten lassen. Die Profanierung des Sonntags durch Arbeit verdient die Aufmerksamkeit zumindest des Wirtschaftshistorikers, ist doch damit die Frage nach der Funktion immerhin eines "Siebentels" des spätfeudalen Reproduktionsprozesses (in den arbeitsintensiven Jahreszeiten) gestellt.

Eine Historik des Sonntags ist hier nicht am Platze, jedoch muß vorausgeschickt werden, daß er in den ersten Jahrhunderten u. Z. als Tag regelmäßigen christlichen Gottesdienstes, also religiös motiviert, aus dem jüdischen Sabbat entstand. Im ursprünglich-biblischem Sinne war der Sonntag als ein Tag der Arbeitsruhe für Mensch und Tier, also humanitär u n d religiös motiviert, verstanden worden. Aus dem abgewandelten Sabbat und in Abgrenzung von ihm (Verlegung auf den ersten vom siebenten Tag der jüdischen Woche) entwickelte sich in den älteren christlichen Gemeinden der Sonntag allmählich zu einem schlechthin geheiligten Tag, der durch Arbeit entweiht werden würde. Darum sollte sonntags Arbeitsruhe überhaupt, nicht etwa nur zur Sicherung des Kirchgangs, herrschen. So trat der ursprüngliche Sinn des Sabbats (die jüdische Bezeichnung hielt sich in der christlichen Kirche oft bis in die neueste Zeit) als der Erfüllung des Lebenszieles dienender Tag der Besinnung und Ruhe nicht selten zurück, entstellt durch eine Vielzahl von kasuistischen Ge- und Verboten.² Regional unterschiedlich, im Mittelalter von zunehmender Strenge geprägt, summierten sich die Regeln über die an diesem Tag tabuierten Tätigkeiten. Natur-

1 Staatsarchiv Greifswald (im folgenden: StAG), Rep. 30, Nr. 4135, Schreiben des Landvogts, 29. 10. 1684.

2 Aus der Literatur zu diesem Thema sei hier nur genannt: Braun, Paul E., Die geschichtliche Entwicklung der Sonntagsruhe, in: Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Bd. 16, 1922, S. 325 - 369.

lich bemühtigste sich auch der Volksglaube der Sonntagsregeln, die sich so leicht ins Unheimliche abwandeln ließen. So zählte das Schicksal der Versteinierung bald zu den möglichen Folgen der Sonntagsarbeit, und selbst die Nichteinhaltung der Mittagspause an Werktagen konnte die Bekanntschaft mit allerlei unliebsamen Gespenstern nach sich ziehen.³

Nachdem die Reformation durch ihren Rückgriff auf den tieferen Sinn christlichen Daseins die kirchliche Strenge im Hinblick auf den Sonntag etwas gemildert hatte, verhärtete sich im Spätféudalismus wieder der Standpunkt der protestantischen Kirche. Alttestamentarische Hinweise auf die Sabbathheiligung⁴ aktualisierend, fahndeten Landesherr und Landeskirche um so eifriger nach Sonntagsverbrechern, je ökonomisch rückständiger, politisch feudalisierter und religiös orthodoxer ihr Land zu nennen war - zumindest scheint das Beispiel Schwedisch-Pommern diese Auffassung zu bestätigen. Sonntagsarbeit kam gewiß nicht erst im 17. Jahrhundert vor und ist auch früher geahndet worden. Jedoch dürften ihr Umfang bis dahin gering und ihre Ursache von anderer Art als im Spätféudalismus gewesen sein. Als der pommersche Fürst als "summus episcopus" im 16. Jahrhundert erstmalig seinen warnenden landesherrlichen Finger erhob und in der Kirchenordnung von 1534 nicht nur die Sabbathheiligung schlechthin gebot, sondern auch dem Adel anbefahl, "daß die Bauersleute am heiligen Tage mit Herren-Diensten sollen verschonet werden"⁵, so rügte er ein vermutlich seltenes und darum besonders aufseherregendes Vergehen, eine Massenerscheinung gewiß nicht. Dennoch fällt auf, daß die sächsische Kirchenordnung von 1528 (die ebenso wie die pommersche und andere von Johannes Bugenhagen redigiert war) nichts von der Arbeit als strafwürdiger Entheiligungsform des Sonntags enthält.⁶ Der entsprechende Passus der pommerschen Kirchenordnung scheint also nicht eine mehr oder weniger unreflektierte Übernahme von gegebenen Vorlagen (die sächsische Kirchengesetzgebung unmittelbar nach der Reformation wirkte prägend auf entsprechende Gesetze mehrerer ostelbischer Territorien), sondern die Widerspiegelung realer, regionaler Umbruchverhältnisse zu sein. Wenn die Rechtsqualität des bäuerlichen Besitzes in Pommern im 16. Jahrhundert schon erheblich verschlechtert und die Frondienstanforderung stark erhöht worden waren,⁷ so handelte es sich allerdings erst um den Anfang einer verhängnisvollen Entwicklung. Deshalb hatte die "Fürstliche Land- und Bauer-Ordnung" von 1569 Ermahnungen zur Arbeitsruhe noch nicht übernommen. Erst die "Erweiterte und erklärte Baur- und Schäfer-Ordnung" von 1616 (sie galt zunächst nur für Hinterpommern) übertrug die Sonntagsprofanierung durch Arbeit auf die mehr weltliche Ebene eines Bauerngesetzes. Sie hielt die Bauern an, die Predigten nicht zu versäumen. Vor allem sollten sie nicht statt dessen "ärgerliches leichtfertiges Wesen mit Fressen, Saufen, Spielwerk, Tanzen, Schreyen und dergleichen Ruchlosigkeit treiben", und sie verbot der "Herrschaft und Obrigkeit", die Bauern "bey Sonn- und Festtagen mit Anführung der Victualien, Jagten, Fischereyen und andern Frohn-

3 Handwörterbuch des deutschen Aberglaubens, hg. v. Hanns Bächtold-Stäubli, Bd. 1, Berlin/Leipzig 1927, Sp. 568 ff.

4 Unter anderem 2. Mose 20,11: 31, 12-17 u. passim; 5. Mose 5,15; Nehemia 13, 15-22; Jesaja 56,2,6.

5 Kirchen-Ordnung für Pommern von 1534 (1690 erneuert), Stralsund/Greifswald 1731, S. 23.

6 Die evangelischen Kirchenordnungen des XVI. Jahrhunderts (im folgenden: Kirchenordnungen), hg. v. Emil Sehling, Bd. 1, Abt. 1: Sachsen und Thüringen nebst angrenzenden Gebieten, Leipzig 1902.

7 Mager, Friedrich, Geschichte des Bauerntums und der Bodenkultur im Lande Mecklenburg, Berlin 1955, S. 103 ff.

stenen" zu belästigen.⁸ Hier ist zwar die sonntägliche Fronarbeit auf dem Hofacker noch nicht expressis verbis genannt, aber doch schon im Blickfeld, da der Weg der Bildung von bauerndiensthungrigen feudalherrlichen Eigenwirtschaften um diese Zeit in Pommern schon beschritten war. Von nun an, vor allem aber in der zweiten Hälfte des 17. und am Anfang des 18. Jahrhunderts richteten Landesherr und Landeskirche in Pommern ihre besondere Aufmerksamkeit auf dieses Problem.⁹

Schon wenige Jahre nachdem Pommern im Westfälischen Frieden unter die schwedische Krone geraten war, trugen die Landstände den Mitgliedern einer Kirchenvisitationskommission auf, "Pflug-Arbeit, Holz-Fuhren, Jagden, Fische-reyen und sonst" am geheiligten Sonntag abzustellen.¹⁰ Dies war eine im Hinblick auf physische Arbeit erfolgte Präzisierung der seit 1568 für Pommern gültigen Kirchen-Agenda.¹¹ Als Sonntagsverhalten hatte sie empfohlen: Lobgesänge singen, Katechismus lernen, zum Sakrament gehen, Kranke besuchen usw., aber "Cörperliche Arbeit" untersagt.¹² Der schwedische König bestätigte 1655 die genannte Instruktion, und sein pommerscher Generalgouverneur erließ 1662 die erste spezielle Verordnung in Pommern "wegen Heiligung der Sonn-, Fest- und Buß-Tage".¹³ Überraschenderweise fehlt in ihr die auf 1535 zurückgehende und in der Bauernordnung von 1616 ausgesprochene Warnung an die Feudalität vor erzwungenen Sonntagsfrondiensten. Den Grund dafür bildete vermutlich die inzwischen erfolgte Etablierung vieler schwedischer Verwalter der neu erworbenen Provinz als Grundherren in Pommern,¹⁴ was die Aufnahme dieses lästigen Passus durchaus verhindert haben kann. Im übrigen schreckte das Gesetz von 1662 mit göttlicher Strafe, gab genaue Verhaltensregeln und half mit Zwangsmitteln zur Beförderung des Kirchenbesuchs nach. Es schloß natürlich auch die drei "hohen" (Weihnachten, Ostern, Pfingsten) und die "kleinen" (Michaelis, Johannis, Marien) Festtage in die zu heiligenden Tage mit ein.

Dieses erste Sonntagsgesetz in Pommern mag das Bild des als gegeben vorausgesetzten sündhaften Verhaltens der Landeseinwohner mit zu starken Farben

- 8 Dähnert, Johann Carl, Sammlung gemeiner und besonderer Pommerscher und Rügischer Landes-Urkunden, Gesetze, Privilegien, Verträge, Constitutionen und Ordnungen (im folgenden: Dähnert), Bd. 3, Stralsund 1769, S. 824 f.; vgl. ebenda, S. 813 ff.
- 9 Wie die Gesetzgebung für andere Territorien in dieser Hinsicht verfuhr, muß hier vorerst unerörtert bleiben; vermutlich würde eine entsprechende Vergleichsforschung zu präzisierenden Erkenntnissen über Tempo und Ausmaß der Refeudalisierungstendenzen führen.
- 10 Dähnert, Bd. 2, Stralsund 1767, S. 628.
- 11 "Kirchenagenda" (später: Kirchenagende) wurde nicht selten synonym für Kirchenordnung gebraucht, worunter man alle in verschiedenen Verfügungen festgeschriebenen Normen kirchlichen Verhaltens verstand. Jedoch war die Agenda meist stärker auf die genaue Regelung von Gottesdienst, Kirchenverfassung, -unterricht und -disziplin, Ehe, Kranken- und Armenwesen usw. ausgerichtet.
- 12 Kirchen-Agenda für Pommern von 1568 (1731 erneuert), Stralsund/Greifswald 1731, S. 428; vgl. auch Kirchen-Ordnung für Pommern von 1534, a. a. O., S. 22. - Wir folgen hier dem vorstehend genannten, in einem Band als Handbuch für die "Kirchenbedienten" gebundenen Original. Kritisch und kommentiert aufbereitet, sind die niederdeutsch abgefaßten pommerschen Kirchenordnungen des 16. Jahrhunderts enthalten in: Kirchenordnungen, a. a. O., Bd. 4, Leipzig 1911, S. 303 ff.
- 13 Dähnert, Bd. 2, a. a. O., S. 559 - 561.
- 14 Peters, Jan, Schwedische Ostseeherrschaft und Grundbesitzveränderungen in Vorpommern, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Nr. 1/1961, S. 75 - 110.

malen. Die verbreitete Mißachtung des dritten Gebots geht dennoch klar daraus hervor. Und selbst wenn hier in zunehmend orthodoxer Engherzigkeit wirklich Harmloses als sündhaft klassifiziert wird, so drängt sich doch die Vorstellung auf, daß die Religiosität des 17. Jahrhunderts sich gegenüber der "echten" des Mittelalters erheblich gewandelt hat, bei den Herrschenden nicht weniger als beim "gemeinen Mann". Von den Grundherren wußte schon die Kirchenagenda zu berichten, sie würden oft während des Vespertagesdienstes "zu Felde laufen, und den gantzen Tag wol nicht ein Buch in ihre Hand nehmen"¹⁵. Nun, so heißt es im Sonntagsgesetz, werde an Sonn- und Feiertagen gearbeitet, "gleichwie an den Werkel-Tagen fortgefahren, als auch mit Kaufen und Verkaufen, unnöthigem Spazierenfahren und gehen, und welches noch mehr zu beklagen, mit üppigem Fressen und Saufen, die heilige Zeit zugebracht . . . , worüber dann die Kirchen und Gotteshäuser ledig stehen". Gottes Strafen würden unausbleiblich folgen, wie mit "einem Mißwachs nach dem andern augenscheinlich belegt werden". Wenn dem nicht abgeholfen werde, so stehe zu befürchten, daß Gott "mit weiterer Verwüstung Städte und Dörfer, noch heftiger, als bereits geschehen, ahnden und strafen" werde. Darum wird befohlen, die Sonntage "in einem bußfertigen und andächtigen Herzen, mit Anhörung der Predigt, Beten, Singen und andern christlichen Uebungen hinführo zu begehen; dagegen aller Arbeit, Gewerb und Handthierung, sie habe Namen wie sie wolle, an selbigen Tagen sich gänzlich zu enthalten, auch das Reisen zu Wasser und Lande einzustellen: gestalt dann zu dem Ende die Thöre, Brücken, Zug- und Schlagbäume vor Endigung der Nachmittags-Predigt, an denen Orten, wo dieselbe gehalten wird, ausser wahrer Noth, als zu Verrichtung christlicher und ehehafter (rechtmäßiger) Nothwendigkeiten, nicht geöffnet, wie imgleichen keine Wein- und Bierkeller, bis nach geendigter Vormittags-Predigt aufgethan, vielweniger Bier, Wein und Brantwein, es sey dann kranker Leute halber, daraus verkaufet, so bald aber zur Nachmittags-Predigt geläutet wird, wiederum verschlossen, und vor Endigung derselben nicht geöffnet werden sollen."

Dies war und blieb für lange Zeit die Grundlage für die Jagd auf Sonntagsverbrecher in Schwedisch-Pommern. (Grundsätzlich, aber nicht im Detail ähnelte sie entsprechenden zeitgleichen Gesetzen in anderen deutschen Territorien. Unnütze Gespräche, Spaziergehen, Zechen und Feilbieten waren die stets wiederkehrenden Hauptsünden während der Predigt).¹⁶ Da Erfolge allem Anschein nach ausblieben, nahm die neue Bauernordnung von 1670 weitere Ge- und Verbote auf, um "Fluch und Vermaledeyung" über die Provinz vorzubringen¹⁷ - eine Folge, die die Regierung durchaus befürchtet, die sie angesichts wiederholter Heimsuchungen durch Krieg und Pest auch als erwiesen angesehen haben mag und die sie nun wieder veranlaßte, auch herrschaftlichen Fronzwang an diesem Tage ausdrücklich zu verbieten. Für "Hand-, Roß- und andere Vieh-Arbeit" wie auch für "Schwelgen, Quaß und Fraß" am Sonntage drohte die zwei Jahre später erschienene Polizeiordnung Freiheitsverlust an. Dabei sollten, wie sie in einem Zusatz zur revidierten Fassung von 1681 präzise festlegte, die Repressivorgane der Städte mithelfen, da oft "auf dem Lande keine Gefängnisse noch Voigde, dannenhero keine zulängliche Mittel vorhanden, die Unterthanen und freyen Leute auf den Dörfern zur Sabbats-Feyer anzuhalten"¹⁸. Diese neue Polizeiordnung wurde am 21. April 1681 publiziert. Im selben Monat hatte der schwedische König Karl XI., der inzwischen im Ergebnis der innerschwedischen Entwicklung ein absolutistisches Regime hatte errichten können, einer "Hauptkommission" zur Überprüfung der pommerschen Verhältnisse die Instruktion gegeben, das Sonntagsgesetz von 1662 zu erneuern und "alle Jahre von der Kanzel" verlesen zu lassen.¹⁹ Verhandlungen mit den Landständen folgten, die im

15 Kirchen-Agenda für Pommern von 1568, a. a. O., S. 67.

16 Vgl. Kirchenordnungen, a. a. O., Bd. 1 - 5, Leipzig 1902 - 1913.

17 Dähnert, Bd. 3, a. a. O., S. 869.

18 Ebenda, S. 358 f.

19 Dähnert, Bd. 1, Stralsund 1765, S. 403, Hauptkommissionsrezeß, 12. 4. 1681

September auf dem Landtag zu Anklam ihre Zustimmung gaben,²⁰ worauf am 16. August 1681 das neue und erweiterte Sonntagsgesetz verabschiedet²¹ und der Polizeiordnung vom selben Jahr "angehängt" wurde.²²

Ausgangspunkt des neuen Sonntagsgesetzes bildet wiederum die zweifellos reale Angst der Behörden vor göttlicher Strafe in Gestalt von Krieg und Krankheit (1659 und 1674 bis 1679 hatten neue Kriege die Provinz heimgesucht). Strengste Arbeitsruhe sei geboten: "Daß alle Werke, so zum Ackerbau gehören, allerdings an denen Gott gewidmeten Tagen verboten seyn und bleiben, auch dahero niemand auf dem Lande bey harter willkürlicher Beahndung sich unterstehen soll, an Sonn- und Festtagen vor und zwischen den Predigten einige Feld-Arbeit, es bestehe dieselbe in Pflügen, Säen oder Mäen, vorzunehmen oder in den Scheunen, wie bey den Bauern eine Zeithero vielfältig geschehen, zu dröschten, imgleichen vor oder zwischen den Predigten nach Holtz zu fahren, Flachs zu braken und zu schwingen, oder Korn aufzuladen, um solches des andern Tages zur Stadt zu fahren: Da aber die Herrschaften ihren Unterthanen dergleichen oder andere Arbeit ohne Noth anmuthen(d) wären, sollen dieselbe ebenfals dafür ernstlich angesehen werden."

Wir vermerken, daß diese Sonntagsgesetzgebung in keinem Falle (wie ursprünglich einmal) sozial motiviert war. Nicht spazierengehen oder verreisen, nicht spielen oder lustig sein, nicht "saufen" oder "fressen", auch nicht arbeiten - es ist der Geist orthodoxer Buchstabentreue, der dem Gesetzgeber die Feder führt und der in jener Zeit erbitterter Attacken der Greifswalder Theologen gegen jede pietistische Regung²³ die pommerische Kirche beherrschte. Daß die Erholung des Menschen gleichwohl ein Effekt dieser Orthodoxie ist und vor allem auch dort sein muß, wo Ausbeutung bis zur Erschöpfung stattfindet, ist als Motiv dem Gesetzgeber vollkommen gleichgültig. Im Vergleich dazu klingt das urchristliche Motiv der Arbeitsruhe für Mensch und Tier in den sächsischen Kirchenordnungen des 16. Jahrhunderts zumindest an: Die Edelleute sollten sonntags nicht nur "viehe und zug oxsen ... ruhen lassen, viel mer sol man den armen bauersleuten, die man sonst wol in der woche brauchen kan, am feiertage eine stunde oder zwe vergönnen, in welchen sie gottes wort hören, und trost in ihrem gewissen aus den predigten schöpfen mügen."²⁴

Die wichtigste Form der Kommunikation zwischen Obrigkeit und Untertanen in dieser Zeit - das muß hier eingeschoben werden - war das Verlesen der Gesetze, Verordnungen und Bekanntmachungen von der Kanzel. Die Behörden kannten sehr wohl die begrenzte Aufnahmefähigkeit der von schwerer Arbeit ermüdeten Zuhörer. Schlafende Kirchenbesucher waren jedem Prediger sicher ein vertrauter Anblick. Weltliche und geistliche Obrigkeit drängten deshalb auf kurze Predigten, da "unzeitige lange Predigten bey vielen Zuhörern nur Verdruß erwecken".²⁵ Höchstens eine Stunde sollte die Hauptpredigt dauern, denn "viele unnütze Wort und heßliche Tautologien nichts erbauen".²⁶ Deshalb reduzierte die Regierung oft den an die Predigt sich anschließenden Vortrag amtlicher Ver-

20 Ebenda, S. 718.

21 Da es 1723 nur neu gedruckt wurde, steht das Gesetz von 1681 in: Neueste Grundgesetze der Staats-Verfassung in dem Königlich-Schwedischen Pommern und Rügen. Vom Jahre 1720 bis Ausgang 1756, Greifswald 1757, S. 126 - 130.

22 StAG, Rep. 40, VI, Nr. 2, Ausarbeitung zum Kapitel 3 der Polizeiordnung durch Johann Frantz von Boltenstern (um 1745).

23 Vgl. Lother, Helmut, Pietistische Streitigkeiten in Greifswald, Gütersloh 1925.

24 Generalartikel von 1557 bzw. Kirchenordnung von 1580, in: Kirchenordnungen, Bd. 1, a. a. O., S. 332, 441.

25 Dähnert, Bd. 2, a. a. O., S. 698.

26 StAG, Rep. 38 c, Nr. 5, Rundschreiben des Generalsuperintendenten, 9. 4. 1705.

Umtarungen, indem sie bestimmte Auszüge oder einen Extrakt vorgab. Dies war eine Informationspraxis, die der Herrschaft im Dorf gewisse Möglichkeiten der Manipulation an die Hand gab - eine Versuchung, die im Hinblick auf das erste Kapitel der Bauernordnung sicher groß war. Denn hier stand der fatale Satz, daß die Herrschaften das nicht tun durften, was sie allem Anschein nach in zunehmendem Maße taten, nämlich die Untertanen auch an Feiertagen zu Diensten zu zwingen. Man wird sich die Kommunikations- und Informationspraxis im Dorf so vorstellen dürfen, daß ein diskreter Wink des herrschaftlichen Kirchenpatrons (dem das Vorschlagsrecht für den Prediger seines Ortes zustand) genügt haben dürfte, um durch seinen Pastor nur die "wichtigen" Teile der Bauernordnung zum Vortrag bringen zu lassen. Die Informationswege waren im übrigen kaum besser als die Straßenverbindungen jener Zeit und außerdem von diesen abhängig.

Bislang bewegen wir uns auf der Ebene feudalherrlicher Gesetzgebung des 17. Jahrhunderts, die die Interessen der Herrschenden oft untaktisch-direkter, darum aber wirklichkeitsnäher ausdrückt, als es später die Bourgeoisie tat. Auf der untersten Ebene der Begegnung zwischen Gemeinde und Gesetz, von der Kanzel der Dorfkirche aus, erfuhr der Kirchenbesucher - so dürfen wir annehmen -, daß Sonntagsarbeit strafwürdig und Sonntagsverbrecher vor allem der Bauer sei. Daß der "Junker" durch direkt oder indirekt erzwungene Sonntagsarbeit ebenfalls gegen das Gesetz verstieß, war eine Auskunft, die der Herr seinen Bauern nicht eben aufdrängen wollte. Inwieweit ihm das gelang, bleibt natürlich ungewiß. Mit Sicherheit aber wollten die Bauern seine Schuld an der Sonntagsarbeit herausstellen.

Wie sich das in der Wirklichkeit ausnahm, schilderte ein pommerscher Pastor im Jahre 1678. Der Vogt des Barons von Putbus, Baltzer Dersekow, erschien am 30. Juni zur Sonntagspredigt in Falkenhagen: "Nach verrichtetem Gottesdienste tritt er ettliche Leute auß Hankenhagen (Hanshagen) auff dem Kirchhofe an, und befiehet ihnen, Sie sollen eben an demselben Sonntag und folgenden zu Hofe kommen und dienste thuen, dawieder wegern sich die Hankenhäger, und sagen Ihm solcheß pure ab: Sie wollens nicht thuen. Er aber fährt herauß, und saget auff dem Kirchhofe zu Ihnen, würden sie nicht gen Hofe zu dienste kommen, so solle Sie der Blitz Hagel und Donner zuschlagen, und damit gehen sie voneinander."²⁷ Hier ist die Tatsache interessant, daß solche Dienste unbekümmert um alle Verbote von den Grundbesitzern tatsächlich gefordert, teils auch, daß sie von den Bauern so entschieden abgelehnt werden - möglicherweise sogar unter Hinweis auf das Gebot der Sonntagsheiligung. Wohin aber gingen die Hanshäger Bauern nach dieser Absage? Kann ausgeschlossen werden, daß sie mit Pferd und Wagen auf ihr eigenes Feld fuhren?

Leider sind schriftliche Predigten - einfache, die kirchliche Lehre zum konkreten Alltagsleben im Dorf in Beziehung setzende Predigten - für Pommern nicht oder fast nicht erhalten. Sie wären eine ausgezeichnete Quelle über das, was die Dorfbewohner wirklich bewegte, was ihnen unerklärbar schien, worüber sie sich erbosten, was sie bedrückte oder erfreute. Sie hätten gewiß auch Aufklärung über die Sonntagsarbeit gegeben. Aber Papier war teuer, die pommerschen Pastoren mußten mit jedem Schilling rechnen, und das Gedächtnis war vermutlich allgemein leistungsfähiger, weil weit mehr gefordert als heute. Was die Predigten mit Sicherheit enthielten - moralisierende Aufrufe zur Sonntagsheiligung, geknüpft an Beispiele für unglückliche Ereignisse, die als göttliche Strafen für Verstöße ausgelegt wurden -, findet sich glücklicherweise in einem "Buch der Denkwürdigkeiten", Memorabilienbuch, das einige Prediger in Pommern seit dem Sommer 1683 untereinander zirkulieren ließen, um allerlei "merck-

²⁷ StAG, Rep. 40, VI, 55, 9 L 1, *Libra amicorum quorundam communis in quo memorabilia observata et annotata* (im folgenden: *Memorabilienbuch*), S. 57.

würdige Sachen dahin ein zu tragen", die in den Jahren zuvor passiert waren.²⁸ Kaum ein Pastor, der darin nicht Beispiele gerade für die schrecklichen Folgen des Sonntagsfrevels aufgeführt hätte, Beispiele, die er mit Sicherheit auch in seinen Predigten vortrug.

Oft sind es Einzelschicksale, wie das des "gottlosen Kerls" Hans Völsch, "welcher, wen andere Leute an Sonn- und feiertagen zur Kirche giengen, allstets auf sein schiessen ausgieng". Weil er dergestalt den Sonntag mit Jagd entweihte und einst "hinter dem pusch auf einen haasen lauerte, ward Er von dem H. Walckmöllern daselbst erschossen, in meynung, es wäre ein wild, und ist auf verordnung des Königl. Consistoriy ohne ceremonien beerdiget".²⁹ Besondere erzieherische Erfolge versprachen sich die Pastoren vermutlich von Beispielen reumütiger Sünder, wie etwa das folgende aus dem Kirchspiel Brandshagen: "Zum Benexerhagen war ein Mann, Henning Gültzow genant, der sonst ein christliches Leben führte, aber doch am Sontage ... gemeiniglich arbeitete. Als derselbe, Anno 1675, am letzten pfingsfeiertage nacher Bockhagen gehen und daselbst holtz spalten wolte, sagte Er zu seinem Sohne, Er solte mitgehen. Der Sohn antwortete, Vater lasset uns doch biß morgen warten, es ist heute noch pfingsten. Aber der vater wolte nicht davon abstehen, wie fleißig Er auch gebeten ward, der Sohn muste mit fortgehn. So bald der vater den ersten hieb that, traff Er dem Sohn, so hinter Ihm stund, das bein, und machte Ihn zum krüppel. Von der stunde an hatte der vater keine fröliche stunde, gieng stets in tiefen gedancken, vermahnthe andere Leute, sie solten vom Ihm ein exempel nehmen, und ja nicht den Sabbath entheyligen; so oft Er in den beichtstuehl kam, bereuete Er solche entheyligung mit vielen thränen und tiefen seuffzern, und starb endlich sanft und seelig."³⁰

Auch Beispiele für kollektive Schuld und Sühne mochten ihre Wirkung auf die Kirchengemeinde nicht verfehlen. Bei Neuenkirchen, so berichtete ein Pfarrer, hätten die Fischer Knechte angestellt und ihnen als Lohn den "Fang der 7den Nacht" gegeben. "Dazu aber gaben Sie ihnen die Sonnabends Nacht, was Sie denn fiengen, war ihr (deren Knechte), das nahmen Sie mit nach Neuenkirchen, verkaufften das vor und nach der Predigt. Ich stellete ihnen etliche mahl die Unbilligkeit für, wie die Knechte sich gegen den Sonntag nicht recht bereiten könnten, der Sonntag würde entheiligt". Da sie aber von ihrem Tun nicht abließen, ereilte sie die göttliche Strafe in Gestalt eines großen "Schreck-Fisches", der ihnen ins Netz ging, so daß sie aus Angst diese Gewohnheit aufgaben.³¹

Aus der Sonntagsgesetzgebung in Pommern (mit ihrer offenkundigen Tendenz zur Verschärfung im Verlaufe der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts) und aus den Denkwürdigkeiten pommerscher Pastoren (mit ihrer auffallenden Häufigkeit von Beispielen des Sonntagsfrevels) erkennen wir nicht nur die starke Verbreitung und die Zunahme des Phänomens der Sonntagsarbeit, sondern auch die Resistenz der Sonntagsverbrecher gegen jenen beträchtlichen politischen und moralischen Druck der Obrigkeit, der von der Kanzel aus auf sie ausgeübt wurde. So stellt sich zwingend die Frage nach der Motivation. Um diesem Problem näherzukommen, haben wir nun die Umstände der Sonntagsarbeit etwas konkreter zu untersuchen. Wir können dabei den außergewöhnlich günstigen Umstand nutzen, daß eine zeitgleiche Quelle recht genaue Auskunft über die Lebensbedingungen bei einigen von Landvogt zu Bergen Angeklagten gibt. Die nachfolgenden Einzelfälle sind deshalb relativ gut auswertbar, jedoch nicht a priori von Allgemeingültigkeit für Vorpommern.

28 Ebenda, Rep. 38 c, Nr. 5, Rundschreiben des Generalsuperintendenten, 9. 4. 1705.

29 Memorabilienbuch, a. a. O., S. 21.

30 Ebenda, S. 22.

31 Ebenda, S. 88.

Das Landgericht zu Bergen auf Rügen hatte, wie wir schon wissen, am 7. Juli 1684 den Landreiter Johan Meyer beauftragt, mehrere "Verbrecher, welche an dem Heiligen Sontage aufm Felde gearbeitet, welche er betroffen," vor Gericht zu zitieren.³² Meyer hatte seine liebe Not, die Sünder vor den Richter zu bringen. Sie erschienen einfach nicht, und die Termine mußten immer wieder verschoben werden. Dieser ignorante Widerstand, erklärbar aus der Alltäglichkeit sonntäglichen Arbeitens, ist sicher auch ein Grund dafür, daß so wenig Gerichtsakten über Sonntagsfrevel überliefert sind. Obwohl - oder besser: weil - "alle Obrigkeit jedes Orts", "alle hohe und niedere Königl. Officierer und Beamten, die vom Adel auf dem Lande, Bürgermeister und Rath in Städten ... hierauf ein wachendes Auge" haben sollten, scheint es kaum zu entsprechenden gerichtlichen Verfahren gekommen zu sein, denn - und das ist der zweite, sicher noch maßgeblichere Grund - die zuständigen Adelsgerichte waren mit Sicherheit an solchen Verhandlungen gänzlich uninteressiert. Patrimonialgerichtsakten des Adels aus Schwedisch-Pommern sind leider nicht (oder fast nicht) erhalten geblieben. Unsere Annahme ist also auf diesem Wege nicht zu bekräftigen. Die einzigen bisher bekannt gewordenen Gerichtsakten über Sonntagsprofanierung durch Arbeit stammen von einem nicht-adligen Gericht, eben dem rügischen Landgericht,³³ das als landesherrliches Gericht aus akutem Anlaß dort einsprang, wo an sich die adligen Patrimonialgerichte hätten agieren müssen. Und über den Verhandlungen selbst dieses Landgerichts schwebte der Geist schwungloser Pflichterfüllung.

Nach mehrfachen vergeblichen Ansätzen (der Landreiter notierte: "5 mal zitiert") entschloß sich der Landvogt zu Bergen im Herbst 1684 zu einer etwas schärferen Gangart. Da "die Sontages Verbrecher ... fast allemahl außgeblieben"³⁴, drohte er ihnen nun harte Strafen an, falls sie einer Vorladung zum 11. November nicht Folge leisten würden. Diesmal hatte er mehr Erfolg.

Zunächst wird an diesem Tage der Untertan aus Klein-Bantzelvitz³⁵ Heinrich Bischoff vorgefordert, der für seine offenbar noch nicht mündige Tochter erklärt, "er müße gestehen, daß seine Tochter einst vor die predigt pflachs aufgezogen"; sie sei von ihrer Schwester, die zu Kartzitz diene und beim Vaterhaus etwas Leinsamen gesät habe, aus Zeitgründen gebeten worden, diesen Flachs aufzuziehen, "welches sie des Sontages gar frühe noch vor den Sonnenaufgang getahn, nachgehendts noch nach der Kirche gegangen und Ihres Gottes dienst abgewarttet"³⁶ (am Gottesdienst teilgenommen). Sie habe "nur ethliche hände voll mit sich genommen", da der Flachs noch nicht reif gewesen sei.³⁷ - Sie bzw. ihr Vater wurde für diese Hilfeleistung innerhalb der Familie zur Zahlung von 2 Gulden Strafe verurteilt.

32 Ebenda, Rep. 30, Nr. 4135.

33 Das Landgericht (Landvogteigericht) zu Bergen war das Appellationsgericht für die Masse der rügischen Einwohner (Patrimonial-, Amts-, und Stadtgerichtssachen) und zugleich landesherrliches Gericht in erster Instanz für einen Teil des rügischen Adels. In unserem Falle hat es offenbar aus akutem Anlaß als landesherrliches Gericht in erster Instanz gegen Bauern verhandelt, die von den an sich zuständigen Patrimonialgerichten nicht zur Verantwortung gezogen wurden.

34 StAG, Rep. 30, Nr. 4135, Schreiben, 29. 10. 1684.

35 In Klein-Bantzelvitz waren "früher" 3, zur Zeit der Landesvermessung nur noch 2 Bauern und ein Kossate ansässig (vgl. ebenda, Rep. 6 A, Bd. 15, S. 850 ff.). Mitte des 19. Jh. ist der Ort Kartzitz (Cartzitz) einverleibt worden (vgl. Haas, Alfred, Die eingegangenen Ortschaften der Insel Rügen, in: Monatsblätter der Gesellschaft für pommersche Geschichte und Altertumskunde, 46. Jg. 1932, S. 38). Die Besitzverhältnisse sind schwer durchschaubar. Nach der Reduktion (z. Zt. der Landesvermessung) werden v. Krassow und v. Usedom als Pächter genannt.

36 StAG, Rep. 30, Nr. 4135, Protokoll, 11. 11. 1684.

37 Ebenda, Protokoll, 22. 9. 1684.

Die soziale und wirtschaftliche Lage des Heinrich Bischoff ließ sich aus den Angaben der schwedischen Landesmatrikel ermitteln, die von schwedischen Landmessern als eine in jeder Hinsicht bedeutungsvolle Leistung in den neunziger Jahren des 17. Jahrhunderts erarbeitet wurde und in Gestalt zahlreicher Karten, Ausrechnungsbücher und Ortsbeschreibungen im Staatsarchiv Greifswald aufbewahrt wird. Danach war Bischoff 1695, also 11 Jahre nach seinem Verhör in Bergen, ein "uralter und kranker" Bauer.³⁸ Da er also 1695 zwei erwachsene Töchter hatte, war er sicher schon zur Zeit der Gerichtsverhandlung Bauer. In der Saat- und Erntezeit mußte er täglich schweren Hofdienst leisten. Seine bedrückende Lage beleuchtet der fehlgeschlagene Versuch eines persönlich freien Mannes aus der Nachbarschaft, den Bauernhof des Bischoff (und mit ihm die Bauerstochter als Ehefrau) zu übernehmen. Dieser hätte sogar die Untertänigkeit auf sich genommen, "wenn er nur Dienstgeld hätte geben dürfen, um vom Hofdienst frei zu sein, da er dies aber vom Amtsrichter nicht erreichen konnte, hat er aus Angst vor dem schweren Dienst, der ihm dann auferlegt werden könnte, darauf verzichtet". - Die Tochter, die zusammen mit ihrem Vater wegen Sonntagsarbeit bestraft worden war und offenbar als Magd auf dem Hof (mit geringen Heiratsaussichten) blieb, mußte also ein Jahrzehnt später nicht nur allgemein schweren Dienst, sondern auch ziemlich genau das tun, wofür sie die Obrigkeit 1684 bestraft hatte. Denn, wie es im Ausrechnungsbuch über die Bauern aus Kartzitz hieß: "Wenn die kleinen Feiertage einfallen, müssen sie, wenn es ihnen befohlen wird, sobald sie aus der Kirche kommen, wie an Werktagen mit Leuten und Vieh dienen."

In welchem Verhältnis stand nun die Rentenleistung für die Herrschaft zu den Reproduktionsbedingungen der Bauernwirtschaft des Heinrich Bischoff? Oder anders ausgedrückt: Welche ökonomischen Zwänge trieben ihn bzw. seine Tochter zur Sonntagsarbeit? Um das feststellen zu können, untersuchen wir an diesem Einzelfall die beiden entscheidenden Faktoren, die über den Belastungsgrad durch die Feudalrente (hier vor allem durch die Arbeitsrente) Aussagen ermöglichen: Das quantitative Verhältnis zwischen Bauernland und dienstpflichtigem Hofland und das Verhältnis zwischen Frondienstforderung und verfügbarem Arbeitskraftpotential.

Heinrich Bischoff besaß 1 Hufe und 4 Morgen Ackerland, also 22,27 Hektar (Wiesen- und Weidenutzung bleiben hier unberücksichtigt). Sein Gehöft lag etwas abseits von den drei übrigen Höfen in Klein-Bantzelvitz, zwischen der sumpfigen Weide und dem Ackerland, dessen beste Teile dem adligen Hof gehörten, während die feuchten Schläge und Gewanne Bauernland waren. Dennoch konnten die beiden Bauern und der eine Kossat im Ort in guten Erntejahren mit dem "6. Korn" rechnen, freilich nur "sofern sie Zeit haben wegen des schweren Hofdienstes", wie die Landmesser vermerkten. Die beiden Bauern säten jährlich jeweils Gerste (24 Scheffel), Erbsen (2 bis 3 Scheffel), Roggen (20 bis 22 Scheffel) und Hafer (12 bis 18 Scheffel) aus, wobei sie pro Morgen Aussaat etwa 2 Scheffel Roggen, 3 Scheffel Gerste oder 4 Scheffel Hafer einbrachten. Der Boden war also, obwohl feucht, so doch verhältnismäßig gut, wenngleich nicht so fruchtbar wie auf Rügen üblich. Er lag (wie in Rügen allgemein) in vier oder fünf Schlägen, wurde also intensiver als in Teilen des pommerschen Festlandes genutzt.

Als die schwedischen Landvermesser 1695 auf seinem Hof erschienen, diente Bischoff nach dem nördlich angrenzenden, am Großen Jasmunder Bodden gelegenen Hof Kartzitz (Groß-Kartzitz mit Gramnitz), einem alten Lehngut der v. Usedom, das Joachim Philipp v. Usedom innehatte.³⁹ Die untertriebenen Anga-

38 Ebenda, Rep. 6 A, Bd. 15, S. 850 - 857 (Zitate aus den Ausrechnungsbüchern sind Übersetzungen aus dem schwedischen Original).

39 Gesterding, Carl, Über Greifswaldische Stipendien für Studierende, als zweite Fortsetzung des Beitrages zur Geschichte der Stadt Greifswald, Greifswald 1829, S. 159 ff.

den des Usedom über die Leistungsfähigkeit seines Ackerwerks rekonstruieren mit seinen übertriebenen Aussagen über die Größe seines "Ritterackers" (7 Hufen, 9 Morgen = 143,4 Hektar), der ja als steuerfrei galt.⁴⁰ Dazu habe er noch 1 Hufe "Bauernacker" (19,65 Hektar). Die Landmesser ermittelten 207 Morgen, 30 Ruten herrschaftliches Ackerland (135,78 Hektar). Davon wäre der "Bauernacker", auf dem in Kartzitz 4 Kossaten ansässig waren, abzuziehen, um die Größe der Eigenwirtschaft zu ermitteln. Sie betrug also etwa 115 Hektar und wurde im Teilbetriebsverfahren teils von zwei Knechten und vier Mägden, die auf den Kossatenhöfen gehalten wurden, teils durch die Handdienste dieser Kossaten (jeder einen Tag in der Woche), vor allem aber durch Bauerndienste bestellt. Der eine dieser Bauern war also Heinrich Bischoff aus Klein-Bantzelvitz, die beiden anderen waren Heinrich Fyt und Heinrich Usedom aus Lüsse mitz, wie Klein-Bantzelvitz dem Gut unmittelbar benachbart.⁴¹ Das quantitative Verhältnis zwischen dem Bauernland und dem Dienstland des Bischoff läßt sich aus diesen Angaben ziemlich genau errechnen: Drei Vollbauern und vier Kossaten bearbeiteten rund 115 Hektar Hofland. Da die Kossatendienste gegenüber den Spann- und Handdiensten der Bauern kaum ins Gewicht fallen, kann man etwa 35 Hektar Dienstland pro Vollbauer ansetzen, das heißt Heinrich Bischoff hatte etwa das Anderthalbfache seines "eigenen" Landes (22,27 Hektar) an Hofland zu bestellen.

Diese Situation des Heinrich Bischoff war "normal" für Rügen und für Schwedisch-Pommern überhaupt. Aus den Angaben von Renate Schilling⁴² läßt sich errechnen, daß sich das gesamte Bauernland in Vorpommern und Rügen um 1700 (52 715,6 Hektar) zum Ackerland der Eigenwirtschaften (76 870,8 Hektar) etwa ebenso verhielt (1 zu 1,46), wobei das Verhältnis auf Rügen vermutlich etwas ungünstiger für die Bauern war. In einer besseren Situation befanden sich demgegenüber die Greifswalder Stadtbauern, die von Rolf Rodigast untersucht wurden. Aus seinen Angaben läßt sich errechnen, daß alle 27 der Stadt Greifswald untertänigen und hofdienstpflchtigen Bauernwirtschaften mit einer durchschnittlichen Aussaat von 63,2 Scheffel (identisch mit dem von Schilling ermittelten Vollbauerdurchschnitt im ritterschaftlichen Bereich) um 1700 eine Aussaatfläche von 1 707,5 Scheffel der herrschaftlichen Eigenbetriebe zu bestellen hatten.⁴³ Auf jeden entfiel also exakt die Größe des Ackerlandes seiner eigenen Wirtschaft (63,24 Scheffel).

Diese Durchschnittszahlen für alle Bauernwirtschaften in Vorpommern bzw. für die auf den Greifswalder Ländereien entsprechen natürlich nicht zufällig im großen und ganzen der Situation des Heinrich Bischoff. Die Größe der Vollbauernstelle im Verhältnis zur feudalherrlichen Eigenwirtschaft war als die günstigste Variante der Betriebsökonomie und des Feudalrentenbezuges kalkuliert. Wenn wir jedoch die konkrete, lokale Situation vor Augen haben, so war das Optimum dieses Verhältnisses keineswegs immer erreicht, vor allem wenn man bedenkt, daß sich die vorpommersche Gutswirtschaft noch in einem Stadium der Ausprägung ihrer besonders extremen Variante befand.

40 StAG, Rep. 6 A, Bd. 34, S. 288, Fragebogen-Antworten. - Für das Folgende vgl. ebenda, S. 287; ebenda, Bd. 62, S. 165 - 168; ebenda, Bd. 38, S. 130; ebenda, Bd. 56, S. 27. - In der sogenannten Lagerströmschen Hufenmatrikel von 1708 werden rund 6 steuerfreie und eine steuerbare Hufe für Groß-Kartzitz mit Gramnitz angegeben (vgl. Dähnert, a. a. O., Supplementbd. 2, Stralsund 1786, S. 706).

41 StAG, Rep. 6 A, Bd. 15, S. 685 ff.

42 Schilling, Renate, Schwedisch-Pommern um 1700. Studien zur Agrarstruktur eines Territoriums extremer Gutsherrschaft, Diss. A, Rostock 1981, Tab. 6, 7.

43 Rodigast, Rolf, Die Greifswalder Stadtbauern im Spätfeudalismus. Untersuchungen zur Entwicklung der wirtschaftlichen und sozialen Lage der bäuerlichen Produzenten im Bereich der Greifswalder Gutsherrschaft 1648 - 1806, Diss. A, Greifswald 1974, S. 21, 36, 55.

Wenn wir uns nun den Faktor Frondienanforderung in Verbindung mit dem Arbeitskräftepotential zuwenden (ebenfalls im mikroökonomischen Fall des Heinrich Bischoff), so stellen wir im Vergleich mit anderen Kategorien von Bauern (unter verschiedenen feudalen Eigentumsformen und in verschiedenen Gebieten der Provinz) nicht unerhebliche Unterschiede fest. Auf städtischen Besitzungen mußten nach Angaben von Schilling 39,4 Prozent aller Bauern Arbeitsrente leisten gegenüber fast 70 Prozent im ritterschaftlichen Bereich und 76,2 Prozent auf den Grundbesitzungen reicher Städtebürger.⁴⁴ Die Zahl der Hofdiensttage betrug in eben dieser Zeit (wenn in traditioneller Weise mit 52 Wochen pro Jahr gerechnet wird) 166 für die Greifswalder Stadtbauern und im Durchschnitt rund 250 für die Bauern in Schwedisch-Pommern insgesamt (215 für die Kossaten).⁴⁵ Leider lassen sich aus den sonst sehr vielfältigen Angaben bei Schilling keine Durchschnittszahlen für Hofdiensttage nach Kategorien der Bauern (Halbbauern, Vollbauern, größere Bauern) ermitteln, jedoch genügen uns hier vorerst die Durchschnittswerte für alle Bauern als Vergleichsebene für die Situation des Vollbauern Heinrich Bischoff.

An dieser Stelle eine Bemerkung zu der gebräuchlichen, also summarischen Einschätzung der Belastungssituation einer Bauernwirtschaft. Eine Bewertung als "schwer", "erträglich" usw. aus der nicht näher spezifizierten Zahl der Diensttage pro Woche oder Jahr ist natürlich möglich, kann aber nicht als besonders exakt gelten. Bei der Untersuchung konkreter Einzelfälle stößt man sofort auf die Notwendigkeit, die Dienstbelastung aufzuschlüsseln nach dem Verhältnis zwischen Hand- und Spanndiensttagen, nach der wirklichen Länge der Ernte- und Saatzeiten, nach der Zahl der verlangten Dienstleute, nach der Praxis des "Nachdienens" und der extraordinären Dienste, nach der Handhabung der Fuhrdienstpflicht, nach dem Dienstzwang an Feiertagen und anderen Kriterien. Wir versuchen im folgenden, diese Bedingungen bei der Bestimmung der Frondienstbelastung des Heinrich Bischoff zu berücksichtigen.

Bischoff hatte in den beiden Saatzeiten und bei der Ernte wöchentlich 6 Tage, außerhalb dieser Zeiten 5 Tage zu dienen. Aber wie lang waren die Saat- und Erntezeiten bemessen? Hier fällt für Pommern ein vermutlich nicht selten anzutreffender Zustand der Unbestimmtheit und damit auch der Willkür auf. Angaben aus dem 17. und 18. Jahrhundert über die praktizierte Dauer der beiden Saatzeiten und der Ernte sind spärlich und unterschiedlich. Praktisch wird man die Bauerndienste deshalb oft als ungemessen bezeichnen müssen. Im Dienstreglement von 1702 fehlen solche Angaben völlig,⁴⁶ und in seiner "Schwedisch-pommerschen Staatskunde" teilt Thomas Heinrich Gadebusch nur mit: "In der Heu- und Getreideernte sind die Dienste etwas stärker".⁴⁷ Nach dem Dienstreglement für die Greifswalder Stadtbauern (um 1700) erstreckten sich die beiden Saatzeiten und die Ernte auf je 4 Wochen.⁴⁸ Ein Jahrhundert später gibt das pommerische Dienstreglement von 1803 dafür insgesamt 18 Wochen an (Frühjahrs- und Herbstsaatzeiten 5 bis 6 Wochen, Ernte 6 Wochen), was der Lage der rügischen Bauern um 1700 entsprochen haben dürfte.⁴⁹

44 Schilling, Renate, a. a. O., Tab. 15.

45 Rodigast, Rolf, a. a. O., S. 77. - Errechnet nach Angaben bei Schilling, Renate, a. a. O., Tab. 18.

46 Dähnert, Bd. 1, a. a. O., S. 990.

47 Gadebusch, Thomas Heinrich, Schwedisch-pommersche Staatskunde, T. 1, Greifswald 1786, S. 289.

48 Rodigast, Rolf, a. a. O., S. 66.

49 Sammlung der für Neu-Vorpommern und Rügen in den Jahren 1802 bis Schluß 1817 ergangenen Gesetze, Königlichen Schreiben, Regierungs-Patente, Rescripte und sonstigen Bekanntmachungen und Verordnungen, hg. v. Friedrich Hermann Sonnenschmidt, Bd. 1, Stralsund 1844, S. 524. - Es ist jedoch durchaus möglich, daß in der Praxis für die Sommerperiode (April bis Oktober) mit ihrer stärkeren Belastung ca. 30 Wochen und für die weniger belastende übrige Zeit ca. 20 Wochen berechnet wurden.

Um wie viele Tage reduzierten sich die jährlichen Diensttage durch kirchliche Feiertage? Uns scheint, man muß dafür etwa 2 Wochen abziehen, also mit rund 50 Dienstwochen pro Jahr rechnen. Entscheidend sind dabei die drei hohen kirchlichen Festtage, die um 1700 noch in Schwedisch-Pommern (und in anderen evangelischen Fürstentümern) mit je 3 arbeits- und dienstfreien Tagen gefeiert wurden, so daß dadurch also mindestens 6 Arbeitstage wegfielen. 8 weitere Festtage (Neujahr, Epiphania, Himmelfahrt, Purificationis, Annunciationis und Visitationis Mariae, Johannis und Michaelis) waren laut pommerscher Kirchenagenda ebenfalls durch Arbeitsruhe und Kirchenbesuch zu heiligen, ebenso sollten 16 Aposteltage durch Früh- und Vormittagspredigten (danach erst, "wenn in der Kirchen aus ist, gehet ein jeder zu seiner Arbeit") gefeiert werden.⁵⁰ Hinzu kam eine nicht unbedeutende Zahl von Predigten, die in unmittelbarer Nähe angesiedelt waren und zur Vorbereitung auf verschiedene kirchliche Festtage dienten, sowie überhaupt Predigten an den Werktagen (auf den Dörfern vor allem freitags), schließlich auch eine Reihe von Buß- und Bettagen. Zusammenhängende arbeitsfreie Zeit brachten dabei nur die hohen Festtage (vor allem die "stille Woche" um Ostern), während die anderen kirchlichen Festtage und Feste in der Regel nur eine Verkürzung des jeweiligen Arbeitstages bedeuteten (vorausgesetzt, diese Feste fielen nicht ohnehin auf einen Sonntag). Das alles hatte eine nicht unwesentliche Reduzierung der bäuerlichen Arbeitszeit zur Folge, ob nun auf dem eigenen oder auf dem Acker des Hofes. Grundsätzlich wird man sagen können: In Gebieten, wo der Bauer durch Hofdienste stark belastet war, wurde seine Situation desto mehr entlastet je stärker die kirchlichen Feiern die Gesamtarbeitszeit reduzierten. Wo der Hofdienst so stark überwog wie in Schwedisch-Pommern, mußte die kirchlich erzwungene Arbeitsruhe (absolut) den Hofdienst mehr verkürzen als die Arbeit auf dem Bauernland. Zugleich aber muß für eben diese Gebiete der gutsherrschaftlich erzwungene Verstoß gegen die Festtagsregelungen in Rechnung gestellt werden. Selbst die Kirchenordnung und -agenda für Pommern sprechen offen aus, daß außer am Sonntag vormittag und zu den hohen Feiertagen "doch wenig Leute" zur Kirche kommen, "sonderlich auf den Dörffern"⁵¹.

Zieht man alle diese Faktoren (und natürlich auch die arbeitsärmere Winterzeit) in Betracht, so wird man mit einer jährlichen Reduktion der bäuerlichen Arbeitszeit um ein Zeitvolumen rechnen können, das mindestens 2 vollen Arbeitswochen entsprach. Das war gleichsam der verkrüppelte, zersplitterte, unbeständige, aber lebensnotwendige und obrigkeitlich doch gewährte "Bauernurlaub" des Spätfudalismus - übrigens ist das eine wichtige Frage der Reproduktionsbedingungen, die nach konkreten regionalen Untersuchungen verlangt.

Wir gehen also von 50 Arbeitswochen im Jahr aus und erhalten somit eine jährliche Belastung des Vollbauern Bischoff mit 267 Hofdiensttagen (17 Wochen zu 6 Tagen, 33 Wochen zu 5 Tagen). Wie hoch ist nun diese Last unter den konkreten gegebenen Voraussetzungen zu veranschlagen?

Um darauf eine Antwort zu finden, fragen wir zunächst nach dem Arbeitspotential, das heißt nach der Zahl der verfügbaren Arbeitskräfte und des Zugviehs auf dem Hof des Bischoff. Nach Angaben der Matrikel hielt Bischoff 1695 einen Knecht, eine Magd und einen Jungen.⁵² Die Magd war mit Sicherheit seine eigene unverheiratete Tochter. Für Knecht und Jungen mußte er Gesindelohn aufbringen, denn Bauernsöhne auf seinem Hof werden nicht genannt. Einen Knecht zu halten, fiel ihm schon schwer, geschweige denn einen zweiten Knecht, wozu er eigentlich verpflichtet gewesen wäre, denn "ihr Vermögen ist so", notierten die Landmesser, "daß sie selbst kaum das Essen haben". Somit standen auf dem Hof des Bischoff kaum 3 vollwertige Arbeitskräfte für Landwirtschafts-

50 Kirchen-Agenda für Pommern von 1568, a. a. O., S. 445 ff., Zitat S. 447.

51 Ebenda, S. 67.

52 StAG, Rep. 6 A, Bd. 15, S. 854. - Für das Folgende vgl. ebenda, S. 850 ff.

arbeiten zur Verfügung: Der Knecht für den schweren Hofdienst, die Magd (wie es üblich war) für die 4 Kühe, Kälber und sonstiges Nutzvieh auf dem Bauernhof, für das Binden und ähnliche Hofdienstarbeiten, der Junge und der kränkliche Bauer selbst als Pflugtreiber, für das Hüten und andere leichtere Arbeiten. Eine Bauersfrau ist aus den Quellen nicht zu ermitteln, obwohl es sie sehr wahrscheinlich gegeben hat. Daher lassen wir sie hier unberücksichtigt, auch weil ihr Anteil an der Feldarbeit vermutlich gering war. Der Hof des Bischoff war damit ähnlich arbeitskräftemäßig unterbesetzt wie viele andere vorpommersche Bauernhöfe in dieser Zeit.⁵³

Um die Leistungsanforderung an dieses Potential rechnerisch überschaubar zu machen, muß für Gespann- bzw. Handdiensttage ein gemeinsamer Nenner gefunden werden. Es handelt sich dabei ja um Leistungsanforderungen ganz unterschiedlicher Größe, die entweder neben- oder nacheinander verlangt wurden. Um der Verlegenheit enthoben zu sein, mit einer summarischen "Zahl der Diensttage" rechnen zu müssen (die unpräzise sein muß, weil in ihr Ungleichartiges vermischt ist), gehen wir von der kleinstmöglichen Leistungseinheit (LE) aus, die für den Hofdienst in Frage kam. Das war der Handdiensttag (HDT) einer Person. Im Dienstreglement von 1702 werden 2 HDT mit einer Arbeitskraft (AK) einem Gespanndiensttag (GDT) gleichgesetzt.⁵⁴ Zum Arbeitspotential zählen wir auch den Zugviehbesatz. Bischoff brauchte, wie ausdrücklich vermerkt wird, 8 bis 10 Pferde, also ein Doppelgespann. Er hatte aber nur die Hälfte davon (5 Pferde).

Versuchen wir nun möglichst genau die Anzahl der Leistungseinheiten zu bestimmen, die vom Vollbauernhof des Heinrich Bischoff gefordert wurden. Dazu müssen wir die ermittelten 267 jährlichen Hofdiensttage nach GDT und HDT, nach Saat-, Ernte- und übrigen Jahreszeiten aufgliedern.

Die Anforderungen während der 6 vollen Wochentage, die Bischoff während der Saat und Ernte zu dienen hatte, werden in der Quelle wie folgt unterschieden (Dienst pro Woche):

Erstes Pflügen (Brachfurche): 4 GDT mit 2 AK, 2 HDT (6 Wochen)

Zweites Pflügen (Saatfurche): 5 GDT mit 2 AK, 1 HDT (6 Wochen)

Ernte: 6 GDT mit 3 AK (6 Wochen)

Übrige Zeit (Dienst pro Woche): 4 bis 5 GDT mit 2 bis 3 AK, 1 bis 2 HDT
(33 Wochen).

Unter der Voraussetzung, daß von der genannten Zahl der Arbeitskräfte jeweils eine Person (in der Regel der Knecht mit dem Jungen als Pflugtreiber) zum Gespann gehörte (und daß dieses Gespann einem Leistungswert von 2 HDT entspricht), und bei Wahl der geringsten Belastungsvariante für den Bauern, erhalten wir eine Arbeitsrente des Bischoff-Hofes in den 18 (17) Spitzenwochen

53 Vgl. Schilling, Renate, a. a. O., Tab. 7. - Die Gründe für dieses Mißverhältnis zwischen einer Betriebsgröße, die an sich mehr familienfremde Arbeitskräfte hätte tragen können, und der realen Gesindezahl, sollen hier nicht weiter untersucht werden.

54 Dähnert, Bd. 1, a. a. O., S. 990. - Im Dienstreglement von 1803 werden 2 HDT mit 2 AK einem GDT gleichgesetzt (vgl. Sammlung der für Neu-Vorpommern und Rügen ..., Bd. 1, a. a. O., S. 524).

von 306 Leistungseinheiten.⁵⁵ Gehen wir nun davon aus, daß auf diesem Hof 3 Personen und ein Gespann (4 Zugpferde und ein zusätzliches Pferd, das hier nicht berechnet wird) das gesamte Leistungspotential an Arbeitskräften und Zugvieh bildeten, so konnte dieser Hof in derselben Zeit (17 Wochen) maximal 408 LE erbringen.⁵⁶ Bei äußerster Anspannung aller Kräfte war die Leistungsfähigkeit des Bauernhofes also gerade dann zu 75 Prozent absorbiert, als das Bauernland diese Kräfte am dringendsten benötigte. Zwar kann man auch feststellen, daß Bischoff mit einem Viertel seiner Kräfte "nur" zwei Fünftel des ihm übertragenen Gesamtlandes (nämlich sein "eigenes") bestellen mußte, aber es muß ja bedacht werden, daß diese auf den ersten Blick vielleicht als realisierbar erscheinende Kalkulation eine entscheidende Bedingung voraussetzt, die hier nicht gegeben war (und auch nicht gegeben sein konnte): die Möglichkeit der gleichzeitigen Arbeit auf dem Bauern- bzw. Dienstland mit demselben Potential. Und diese Möglichkeit war zugleich eine Notwendigkeit, bedingt durch die regionale Gleichzeitigkeit im Wechsel zwischen den Phasen des Landwirtschaftsjahres.

Diese Möglichkeit war bekanntlich erst dann gegeben, wenn der Bauer ein Doppelgespann hielt (8 oder weniger Pferde und/oder Ochsen)⁵⁷ und etwa vier Arbeitskräfte aufbieten konnte. Selbst wenn wir (rein rechnerisch) feststellen können, daß zwei Fünftel von der errechneten Arbeitsrente während der Spitzenzeiten (also 122,4 LE), das heißt während der 102 Tage, um die es hier geht, von einer Bauernwirtschaft, die täglich 4 LE aufbringen konnte, scheinbar ohne größere Mühe und "nebenbei" zu schaffen waren (in 30,6 Tagen), und selbst wenn wir einen gewissen Spielraum für die Verlagerung der Arbeiten auf dem Bauernland an die äußersten möglichen Anfangs- und Endzeiten für Saat und Ernte in Rechnung stellen, so bleibt doch der Zwang, auf Herren- und Bauernland in den durch die Natur diktierten entscheidenden Arbeitswochen gleichzeitig mit zwei Gespannen und den erforderlichen Arbeitskräften tätig zu sein. Zudem war das Bauernland des Bischoff (was ja keine Seltenheit war) von schlechterer Qualität als das Land der gutsherrlichen Eigenwirtschaft. Eine Vollbauernstelle in Schwedisch-Pommern war um diese Zeit im Hinblick auf ihre einfache Reproduktion in der Tat so kalkuliert, daß sie unter allen anderen gegebenen Voraussetzungen unbedingt ein zweites Gespann benötigte. Wenn Heinrich Bischoff und die anderen Bauern, so heißt es ausdrücklich in einer Notiz des Landmessers, "den Acker richtig bestellen und zugleich den Hofdienst richtig ableisten wollen, so können sie sich nicht mit weniger als 8 - 10 Pferden behelfen".⁵⁸

Auch die Zahl der Arbeitskräfte war kalkuliert und betrug etwa 4, die der Bauer selbst zu stellen und zu bezahlen hatte. Bischoff sollte, wie es im entsprechenden Ausrechnungsbuch heißt, 2 Knechte, eine Magd und einen Jungen hal-

55 Wir ziehen eine arbeitsfreie Durchschnittswoche in den Spitzenzeiten (18 LE) von den für diese Zeit ermittelten 324 LE $/6(8 + 4 + 2) + 6(10 + 5 + 1) + 6(12 + 12)/$ ab und rechnen für die übrige Zeit 16 Wochen mit 5 GDT mit 3 AK und 2 HDT $/16(10 + 10 + 2) = 352/$ sowie 17 Wochen mit 4 GDT mit 2 AK und 1 HDT $/17(8 + 4 + 1) = 221/$. Bei der Umrechnung ist zu beachten, daß z. B. 4 GDT mit 2 AK einem Wert von 4 GDT mit einer AK plus 4 Arbeitstagen für eine Person zu Fuß, also $8 + 4$ LE, entsprechen. - Von den Jungen als Pflugtreiber sehen wir hier ab. Vgl. Bentzien, Ulrich, Der Pflug auf der Insel Rügen, in: Greifswald-Stralsunder Jahrbuch, Bd. 3, 1963, S. 215.

56 17 Wochen zu $6(2 + 2)$ LE.

57 Es muß, was Bentzien deutlich gemacht hat, jeweils auch der Bestand an Ochsen berücksichtigt werden. Sie bildeten in jener Zeit "ein Reservoir für den bäuerlichen Eigenbedarf an tierischer Zugkraft", jedoch nur in geringem Umfang auf Rügen. Bentzien, Ulrich, Bauernarbeit im Feudalismus, Berlin 1980, S. 184.

58 StAG, Rep. 6 A, Bd. 15, S. 853.

ten, was ihm, wie wir wissen, nicht möglich war. Das galt für viele Bauern auf Rügen. Schilling ermittelte einen Durchschnitt von 2,4 familienfremden Arbeitskräften pro Vollbauernstelle in Schwedisch-Pommern um 1700.⁵⁹ Mit dieser Zahl kann zwar nur bedingt gearbeitet werden, da sie die familieneigenen Arbeitskräfte nicht erfaßt und einen lokale Besonderheiten nivellierenden Durchschnittswert darstellt. Jedoch läßt sie die Annahme zu, daß es durchaus Gebiete mit spürbarer Unterbesetzung (Rügen) gegeben haben kann.

Unzureichender Zugviehbesatz dürfte ebenfalls keine Seltenheit gewesen sein. Im Matrikelwerk tauchen wiederholt solche Hinweise auf. Der durchschnittliche Pferdebesatz einer Vollbauernstelle in Schwedisch-Pommern lag nach Schilling bei 7,3,⁶⁰ was die Annahme regionaler Unterbesetzung bestätigt. Die Ursache dafür dürfte teils in den extrem hohen Dienstanforderungen (Notwendigkeit eines hohen Selbstversorgungsgrades und damit Einschränkung des Futtermittelanbaus), teils in den verbreitet schlechten Weidebedingungen zu suchen sein. In unserem konkreten Falle wird in der Quelle auf diesen Umstand hingewiesen und betont, daß die Heuernte unsicher war und daß die beiden Bauern in Kleinbantzeltwitz "ihre Pferde auf der Brache anpflocken müssen". Die Ernährung der Pferde entsprach nicht den Leistungsanforderungen, und der Gutshof beanspruchte in den entscheidenden Wochen und Monaten die gesamte Zugviehkapazität. Wegen des Gespanndienstes, so heißt es in unserer Quelle, mußten die Bauern in guten Erntejahren nicht selten sehen, wie ihre eigene Ernte auf dem Felde teilweise verkam. - Unzureichende Zugvieh- und Arbeitskräftekapazität muß geradezu als Ferment der Sonntagsarbeit während der landwirtschaftlichen Arbeitsspitzen gewirkt haben.

Die gravierende Unterbesetzung an Arbeitskräften lag in der besonders auf Rügen spürbaren Schwierigkeit begründet, Dienstgesinde zu bekommen, "da gar keine fremde Leute sich hie herein begeben"⁶¹. Die Bauern erklärten den Landmessern, daß sich dieses Problem aus den schweren Diensten ergab, die die Knechte und Mägde von derart belasteten Bauernhöfen fernhielten. Dieser Zustand erlegte dem Bauernhof zusätzlich noch die Last erhöhter Gesindelöhne auf, verkürzte dadurch die Gewinnspanne des Bauern, schränkte seine Beziehung zum Markt weiter ein und band ihn noch stärker an den Gutshof.

Für unsere aus dem Phänomen der Sonntagsarbeit abgeleitete Fragestellung nach der konkreten Belastbarkeit einer bestimmten, nicht außergewöhnlich strukturierten Bauernwirtschaft durch die Arbeitsrente in Schwedisch-Pommern haben wir also die beiden entscheidenden Faktoren - das quantitative Verhältnis zwischen Bauern- und dienstpflichtigem Hofland und das Verhältnis zwischen Frondienstleistung und verfügbarem Arbeitskraftpotential - untersucht. Natürlich war die Belastbarkeit (der Bauernhöfe allgemein) auch von anderen Faktoren abhängig, die hier außer Betracht bleiben mußten, so zum Beispiel von den schwer rekonstruierbaren bäuerlichen Marktbeziehungen, von der Rechtsqualität des bäuerlichen Besitzes, vom staatlichen Steuerdruck und von den Geld- und Produktenrenten, die an die weltliche und geistliche Herrschaft im Ort abzuführen waren.

Schließlich kamen in jedem konkreten Einzelfall noch andere als die "normalen" Zwänge gegenüber Mensch und Tier vor, im Falle von Bauern wie Heinrich Birschhoff: Arbeit auch an Feiertagen, doppelt belastendes "Nachdienen" und Ge-

59 Schilling, Renate, a. a. O., S. 52 f., Tab. 7.

60 Ebenda, Tab. 7.

61 Usedom, Friedrich Achat v., Oeconomisch-Juridische Anmerkungen über des Herrn C. Herm. Schweders Tractat von Anschlagung der Güther in Pommern, Greifswald 1739, S. 6.

waltwendung gegenüber Mensch und Tier, so daß "niemand im ganzen Land von allen Amtsbauern so strapaziert wird wie diese"⁶².

Rentabilitätsberechnungen und Angaben über Einnahmen und Ausgaben der Bauernwirtschaften sind auf der Grundlage des Matrikelwerks leider nicht möglich (und damit auch für unseren konkreten Fall nicht praktikierbar). Für vergleichbare Gebiete (Harnisch für die Prignitz und Rodigast für das Greifswalder Umfeld) haben solche Berechnungen immer wieder bestätigt, daß der jährliche Reinertrag eines Bauernhofes kaum über dem Jahreslohn eines Knechtes lag.⁶³

Der Fall des Heinrich Bischoff und seiner Tochter kann als ein Beispiel dafür verstanden werden, wie eine noch nicht erreichte Stabilität der extrem ausgeprägten Gutsherrschaft dadurch zum Ausdruck kam, daß kurzfristige Tagesinteressen der Grundherren die einfache Reproduktion ihrer Bauernwirtschaften gefährdeten. Die in einem stabilen feudalen System sonst übliche, recht genaue Kalkulation der vorausschaubaren, entstehenden und abschöpfbaren Werte war hier wahrscheinlich noch nicht gegeben. Solange das zunehmend extrem ausgeprägte Gutsherrschaftssystem dazu tendierte, auf systemstabilisierende Mittel zu verzichten, mußte es sich als instabil und störanfällig, konkret: als "sonntagsprofanierend" erweisen. Durch den ökonomischen Zwang zur Sonntagsarbeit lastete auf den Schultern der Bauern nicht nur die moralische Verdammnis des Gesetzgebers, sondern auch die ökonomisch notwendigen Anstrengungen zur Stabilisierung des Reproduktionsprozesses eines Gutsherrschaftssystems auf dem Weg zu extremer "Vollendung".

Zusammenfassend dürfen wir an dieser Stelle für unser kleines Untersuchungsgebiet (einige Dörfer am Jasmunder Bodden auf Rügen) festhalten: Sonntagsarbeitsgefährdet war in erster Linie jener Vollbauernhof, dessen Leistungsfähigkeit in den landwirtschaftlichen Spitzenzeiten zu 75 Prozent (oder mehr) absorbiert war, der das Anderthalbfache (oder mehr) des Bauernlandes an Hofland zu bestellen hatte, kein Doppelgespann (oder mehr) aufbieten konnte und 3 Arbeitskräfte (oder weniger) zur Verfügung hatte.

An dieser Stelle wollen wir zu der sonderbaren Verhandlung vor dem Landgericht zu Bergen zurückkehren, um diese unsere Aussage, die sich im Detail doch nur auf einen Einzelfall stützt, zu erhärten.

Der nach Heinrich Bischoff dem Landvogt vorgeführte Heinrich Vieth zu Lüssesmitz leugnete jegliche Schuld, denn "seine Leute hettten des Sonnabends die Erbsen abgemeiet, der Knecht aber hette die Sense, weil er nicht nach hause, sondern nach Geuen gegangen zu seiner Frauen, die Sense im Felde liegen laßen, des Sontages Morge frühe sey Er hingegangen, die pferde zu weiden und damahls die Sense mit nach hause genommen, worüber der Landreuter dazu gekommen". - Vieth war Bauer und hatte, was alle Bauern versuchten, den Sonnabend für sein eigenes Ackerland genutzt. Ob sein Knecht auch an diesem Sonntagmorgen in seinem Auftrage gearbeitet hatte und der lauernde Landreiter - unbeliebt wie wohl kaum ein anderer und vom Gesetz ausdrücklich vor Rache-

62 StAG, Rep. 6 A, Bd. 32, S. 665 f. - „Klein-Bantzelvitz war inzwischen "reduziert", d. h. in königlichen Besitz zurückgeführt worden und befand sich nun in adliger Pachthand, was in der Regel noch intensiverer bäuerlicher Belastung gleichkam.

63 Kürzlich Harnisch, Hartmut, Bauern - Feudaladel - Städtebürgertum. Untersuchungen über die Zusammenhänge zwischen Feudalrente, bäuerlicher und gutsherrlicher Warenproduktion und den Ware-Geld-Beziehungen in der Magdeburger Börde und dem nordöstlichen Harzvorland von der frühbürgerlichen Revolution bis zum Dreißigjährigen Krieg, Weimar 1980, S. 171; Rodigast, Rolf, a. a. O., S. 111.

akten in Schutz genommen⁶⁴ - nur zu spät hinzugekommen war, wird ungeklärt bleiben. Da es an Beweisen fehlte, ging Vieth straffrei aus. Er nahm außerdem gleich die Gelegenheit wahr, um auf das eigentliche Problem hinzuweisen: "Beklagte hiebey sich höchlich beschweret, das ihnen kein einziger tagk von ihren Herrschaften der Hr von Ysedumschen (Usedom) zu Cartzitz⁶⁵ in der Woche zu ihrer eigenen Arbeit frey gelassen, würden behten, das der H. Landv. (Landvogt) solches vermitteln möchte".⁶⁶ Vergleicht man die aus der Landesmatrikel ablesbaren Lebensumstände des Vollbauern Vieht mit denen der anderen Angeklagten, so scheint er in der Tat weniger "sonntagsfrevelfgefährdet" gewesen zu sein⁶⁷: Er hielt einen Knecht, eine Magd und einen Jungen, hatte 7 oder 8 Pferde, relativ gute Weide und konnte das 5. oder 6. Korn einfahren. Seine Dienste aber waren mit 6 Tagen (4 GDT, 6 HDT mit 2 AK) in der Woche ebenso extrem hoch wie bei den anderen Angeklagten aus Lüsse mitz. Die Landmesser verglichen diese Dienste mit dem Zustand von "früher", der durchaus noch im Denken der Bauern erhalten war (3 Wochentage mit Gespann, 1 bis 2 Tage zu Fuß), und vermerkten noch kritisch: "... wenn Feiertage kommen, sind sie auch dann nicht immer frei vom Hofdienst, wie letzstens am Pfingsttag, als sie gleich nach der Predigt zu Hofe pflügen mußten"⁶⁸.

Mit der Ausübung des Dienstzwanges selbst an hohen kirchlichen Feiertagen verstieß die Feudalität nicht nur gegen den Geist, sondern auch gegen den Buchstaben der Sonntagsgesetzgebung. Kein Wunder, daß die Dorfkirchen an Fest- und Feiertagen, die auf einen Wochentag fielen, ziemlich leer blieben. Wer selbst sonntags oder an hohen Festtagen zu Hofe dienen mußte, konnte es sich nicht leisten, Wochenpredigten zu besuchen. Der schlichte Zwang zu überleben hielt die Bauern zum Beispiel vom Vespergottesdienst ab, der nach der Mittagsstunde am Sonnabend stattfand, am letzten verbliebenen Wochentag also, auf den die Arbeit auf dem Bauernland in Pommern in den Jahrzehnten nach dem Dreißigjährigen Krieg abgedrängt worden war. Pastor und Küster sollten am Sonnabend deshalb auch allein "mit den Engeln im Himmel Gott lobsingeln", hieß es in der Kirchenagenda, um "etliche (zu) erwecken, einen, zween, oder mehr, die zur Kirche kommen".⁶⁹

Am 10. September hatte Eggert Goue, ein weiterer Bauer aus Lüsse mitz⁷⁰, vor Gericht erklärt: "Wie Er nicht leuchnen könnte, das Er selb ander am Sontage vor der Predigt im Felde gewesen und gemeiet, indem es Ihm die hohe noth getahn, das er ein wenig Erbsen, die in der Feettung gestanden, abgemeiet, da er in der Woche mit Hoffdienst die Woche durch beleget worden, als das Er, da er von seinen Nachbahren gesehen, das dieselbe mit der gleichen Arbeit an den Sontagen sich finden laßen, durch selbe sich Durst machen laßen undt auch da zumahlen, wie erwehnet, am Sontage vor der Predigt mit etwas Erbsen zumeien finden laßen, Er hette aber zeitig vor die erste Predigt damit aufgehöret, und den Gottesdienst mit besuchung beider predigten, wie ihm desfalls der H. pastor Zeugnuß geben kan, abgewartet, will hoffen, weil es Ihm die hohe noth getahn, da kein korn mehr im Felde, und die wenigen Erbsen in der feettung gestanden, das er vor dieses mahl von der Straffe endlediget werde, will sich hinführo vor dergleichen hüten und vorsehen, solte Er auch gleich an seiner Ernte verkürt-

64 Dähnert, Bd. 3, a. a. O., S. 359.

65 In der Lagerströmschen Matrikel (1708) wird die Herrschaft Gagern als Besitzer von Kartzitz ausgewiesen (Dähnert, Supplementbd. 2, a. a. O., S. 706). Zuvor hatte es zur Herrschaft Usedom gehört und danach, zur Zeit der Landesvermessung, waren die v. Krassow Pächter von Kartzitz.

66 StAG, Rep. 30, Nr. 4135, Protokoll, 22. 9. 1684.

67 Ebenda, Rep. 6 A, Bd. 15, S. 685 ff.

68 Ebenda, S. 688.

69 Kirchen-Agenda für Pommern von 1568, a. a. O., S. 67.

70 StAG, Rep. 6 A, Bd. 15, S. 688 als Eggert Jog bezeichnet.

zet und korn großen schaden leiden".⁷¹ Es gibt keinen Grund, den Entlastungshinweis des Goue auf die Häufigkeit der Sonntagsarbeit anzuzweifeln. Unmittelbarer Anlaß für ihn war die Erbsenernte gewesen, die ja bei geeigneten Witterungsverhältnissen sofort erfolgen mußte, um Schaden zu verhindern. Daß Goue als einziger schon der Vorladung im September Folge geleistet hatte und, vermutlich weil er entdeckt worden war, vorbeugend gleich auch noch die Nachmittagspredigt am besagten Sonntag besucht hatte, befreite ihn nicht von der empfindlichen 2-Gulden-Strafe, da "die geschehene entschuldigung Ihn von der verwirkelten straff gantzlichen nicht enbinden kan"⁷².

Wenn nun noch Krankheit hinzutrat, mußte die Katastrophe stets in bedrohliche Nähe für eine Bauernwirtschaft rücken, die darum rang, nicht unter den existenziellen Grenzstrich der einfachen Reproduktion abzusinken. Die Verhandlungen gegen solche Sonntagsverbrecher trugen groteske Züge. So gab der Bauer Hans Gottschalk aus Lüsse mitz⁷³ zu, seinen Sohn und einen anderen Knecht gebeten zu haben, sonntags früh zu mähen. "Er bezeuget aber mit Gott, daß Ers auß wahrer noth, weil er die gantze Ernte Zeit krank gelegen, sein Korn aber im Felde stehen und verderben sehen müßen, getahn, bittet dieses nicht als ein Böswill und Übertretheen des Sabbaths, sondern daß Er sein Stücklein Broths so ihm ohn das knap genug haben möge, geschehen, anzusehen."⁷⁴ Ähnlich war die Situation des Bauern Clauß Blößing aus Patzig, der sich verantworten mußte, weil er "vor die predigt selb ander gebunden". Auch Blößing erklärte, daß "es Ihm die noth getahn" und daß er einen halben Morgen Saatergerste gebunden habe, "und diese eintzig halbe Morgen nuhr allein übrig im felde gelegen, auch vom hoffdienst, da Er 6 tage in der Wochen dinen müßen, nicht so viel Zeit in der Zeit dazu haben kommen, nachdem mahle, Er nuhr wenig Sath gehbt, und die fraw in einen Krankheit der Verlehmung gerathen, bittet Ihm dieses mahl den fehler Zu guth zuhalten, wolle sich hinführo beßer vorsehen, ob gleich Ihn sein Korn aufm felde verderben und stehen bleiben soll."⁷⁵

Aus den Angaben der Matrikel läßt sich errechnen, daß auch der Vollbauer Blößing etwa das Anderthalbfache seines Bauernlandes an Dienstland zu bestellen hatte (gemessen an der Aussaatmenge). Er war offenbar aus ähnlichen Gründen wie Heinrich Bischoff in Schwierigkeiten geraten: 6 Dienstage pro Woche, Arbeitskraftverlust durch die Erkrankung der Frau, weniger als die vorgeschriebenen 8 Pferde. (Zumindest heißt es ausdrücklich, daß nicht alle Bauern diese Zahl halten können, der Hof aber keine hält, "da die Bauern den Acker bearbeiten müssen"⁷⁶.)

Sonntagsruhe - wer von diesen geschundenen Bauern hätte sie nach 6 harten Arbeitstagen nicht genießen wollen? Aber "das Korn im Felde stehen und verderben sehen", das hieß, die Kinder und die kranke Frau hungern lassen, und das wog schwerer selbst als die angedrohte Gottesstrafe und natürlich auch schwerer als das Bedürfnis nach Erholung.

Die staatliche Auflage, den Sonntagsfrevler auch in solchen Fällen zu ahnden, zeugt von bigotter Heuchelei, orthodoxer Engstirnigkeit und sozialer Blindheit. Unter den gegebenen Bedingungen aber war der Übergang von der 6- zur 7-Tage-Woche offenbar das einzig mögliche ökonomische Regulativ. Dieser Über-

71 Ebenda, Rep. 30, Nr. 4135, Verhörsprotokoll, 10. 9. 1684.

72 Ebenda, Entscheid, 16. 3. 1688.

73 Stammt vermutlich aus Lüsse mitz, im Ausrechnungsbuch von 1695 dort aber nicht aufgeführt.

74 StAG, Rep. 30, Nr. 4135, Protokoll, 22. 9. 1684: der Sohn habe "sein eigen Korn" (offenbar als Teil des vom Vater ausgesetzten Gesindelohnes) gemäht.

75 Ebenda, Rep. 30, Nr. 4135.

76 Ebenda, Rep. 6 A, Bd. 15, S. 695; ebenda, S. 690 ff., auch die weiteren Angaben über Blößing.

gang kann allem Anschein nach als die Regulierung eines krisenhaften Zustandes verstanden werden. Es war ein Notventil, das allerdings nicht dauernd geöffnet bleiben konnte.

Soweit die Situation der vor den Landvogt zu Bergen zitierten Bauern. Lage und Motivation ähneln der von Heinrich Bischoff. Gesinde und Einlieger-Tageelöhner - die Landarmut - standen hier nicht vor Gericht. Wenn Knechte und Tagelöhner auf dem Bauernland arbeiteten, geschah es im Auftrage ihres "Hauswirts", woraus sich oft eine Konfliktsituation ergeben konnte. Es sind nicht wenige Sagen zum Thema Sonntagsarbeit überliefert, die eine klar antibäuerliche Tendenz zugunsten des Gesindes aufweisen.⁷⁷

Und die Handwerker im Dorf? Ihr Arbeitsablauf war kaum witterungsabhängig und so planbar, daß sie Sonntagsarbeit vermeiden konnten. Obwohl sie nicht Spanndienste leisteten und folglich auch nicht spanndienstfähig waren - das gilt natürlich auch für die Kossaten -, gerieten sie dennoch leicht ins Visier der Landreiter auf Sonntagsverbrecherjagd. Denn sie brauchten gelegentlich Fuhrn für den Transport ihrer Produkte, für Baumaterial und vor allem für Brennholz. Und wann außer sonntags konnten die spanndienstfähigen Bauern für sie fahren?

So stand mit den Bauern im November 1684 auch ein Handwerker, Johan Timm, vor Gericht. Er war Leinweber, Einlieger und offenbar Untertan der Kirche zu Patzig. Mit ihm war auch sein nicht erscheinener Bruder, Christof Timm, angeklagt, Schneider, ebenfalls Einlieger und derselben Herrschaft Untertan.⁷⁸ Johan Timm bekannte, er wie auch sein Bruder hätten an einem Sonntag "holtzen laßen". Je zwei Wagen standen zu ihrer Verfügung, "und hätte ihm Hans Cammerath zu Patzig ein fuder und das andre Christian Scheffer zu Lubsus wohnende unter Braun Zum Gagern⁷⁹ gehörig Ihm gefuhret". - Cammerath und Scheffer, wie auch Johan Jahr und Jochim Kock,⁸⁰ die für Christof Timm den Transport übernommen hatten, waren allem Anschein nach hofdienstpflichtige Bauern, oder sie hatten als Knechte im Auftrage von Bauern gehandelt,⁸¹ denn der Beklagte berief sich ausdrücklich darauf, daß die Fuhrleute nur sonntags Zeit hatten: "weil Er und sein Bruder selbste keine anspannung haben und mit seinem Bruder nuhr geringe handwercksleute sein, haben sie müßen die Zeit wahrnehmen, die Ihnen gesetzt, denn die leute, die ihnen gefuhret, in der Woche wegen hoffdienst nicht daher Zeit gehabt".⁸² Die Brüder Timm mußten ihre Profanierung des Sonntags mit je 2 Gulden, die Fuhrleute mit je 3 Gulden bezahlen.

77 Weisser, Herbert, Die unterbäuerliche Schicht in der deutschen Volkssage, phil. Diss. Göttingen 1954, S. 86 ff. - Allerdings waren solche Konflikte eher in grundherrschaftlichen Gebieten mit starken Bauernwirtschaften, als dort zu erwarten, wo die stark ausgebauten Gutsherrschaft den Bauern zu einer Art von Gutsknecht mit Bauernhof zu verwandeln im Begriff war.

78 Angaben nach der Landesvermessung (StAG, Rep. 6 A, Bd. 15, S. 691 ff.).

79 Nach der Lagerströmschen Matrikel gehörte Lubitz (wie auch Groß-Kartzitz mit Gramnitz) zu Gagern (Dähnert, Supplementbd. 2, a. a. O., S. 707).

80 Der Vollbauer Joachim Kock aus dem nahegelegenen Tesevitz, der zur Saat und Ernte vollen Wochendienst hatte, beschwerte sich wegen dieser Last den Landmessern gegenüber (StAG, Rep. 6 A, Bd. 15, S. 568).

81 Cammerath und Jahr zu Partitz und Scheffer zu Lubsus sind nicht eindeutig als Bauern nachweisbar. Joachim Kock diente 1687 als Knecht beim Bruder Gottschalk zu Tesevitz (Thesenvitz, Tetzeltitz) und war 1695 selbst Bauer in diesem Ort (StAG, Rep. 6 A, Bd. 15, S. 565; ebenda, Rep. 30, Nr. 4135).

82 Ebenda, Rep. 30, Nr. 4135.

Weitere Sonntagsverbrecher waren für diesen 11. November 1684 vom Landreiter vorgefordert worden: "das ganze Dorf Preschevitz", 11 Leute aus dem Dorf Goldberg und 9 weitere Sünder. Da die Namen der Angeklagten fehlen bzw. dort, wo sie genannt sind (Goldberg), der Ort zur Zeit der Landesvermessung wüst geworden war und nur noch aus einem Fährhaus bestand,⁸³ sind weitere Angaben über die soziale Situation der Sonntagsfrevler nicht möglich.

Das Ergebnis ist jedoch auch so eindeutig: Es handelt sich fast ausschließlich um Bauern oder um im bäuerlichen Auftrag handelndes Gesinde oder um Handwerker, die bäuerliche Gespannleistungen in Anspruch nehmen mußten. Die Vollbauernwirtschaft vor allem hatte die Last der Gespanndienste zu tragen.⁸⁴ Die kleine Schicht relativ wohlhabender größerer Bauern wie auch Halbbauern und Kossaten waren durch die Arbeitsrente vergleichsweise weniger belastet. Der eigentliche Sonntagsfrevler stammte aus dem Kreis der Vollbauern.

Wir haben uns den noch in nächtliche Dunkelheit gehüllten frühen Sonntag in "unserem" Teil von Rügen westlich des Großen Jasmunder Boddens so vorzustellen, daß in den Saat- und Erntewochen mehrere Bauern und ihr Gesinde unausgeschlafen und unfroh über die am Vortag nicht geschaffte Arbeit auf dem eigenen Felde, möglichst leise und unauffällig ihrem Acker zustrebten. Gelegentlich hatten sie auch Pferd und Wagen dabei, um Getreide oder Heu einzufahren, seltener wohl ein ganzes Pfluggespann, weil das zu sehr auffiel. Aber auch das ist keinesfalls auszuschließen, denn bei fehlendem Doppelgespann blieb nur die Möglichkeit, entweder vor 6 Uhr bzw. nach 18 Uhr (Dienstbeginn bzw. -ende im Sommer laut Dienstreglement für die Domänen)⁸⁵ die Pflugfurche auf dem eigenen Land zu ziehen. Wohl war diesen Sonntagsarbeitern sicher nicht zumute, denn es hieß doch, Gott wolle den Sonntag durch Arbeit nicht entheiligt wissen. Man mußte zudem damit rechnen, daß der ungeliebte Landreiter irgendwo im Gebüsch Ausschau hielt. Schließlich war Eile geboten, denn die Fröhpredigt begann gewöhnlich um 8 Uhr an diesem Tag, und sie galt es, gewaschen oder zumindest umgezogen, nicht zu versäumen. Der Hirte auf der Kanzel zählte seine Schafe. - Nein, nicht Boshaftigkeit, Verachtung göttlicher Gebote oder gar schnöde Gewinnsucht (soziales Prestigestreben als Motivation ist nicht völlig auszuschließen) - bittere Not und Notwendigkeit waren es, die die Sonntagsarbeit erzwingen.

Und doch bleiben hier Fragen zur Motivation offen, von denen die wichtigste zweifellos jene ist, warum denn die materiellen Nöte das bäuerliche Handeln stärker bestimmten als die Sorge um das Seelenheil. Dies ist ein Problem für sich. Wir begnügen uns hier mit der (unbewiesenen) Behauptung, daß eine vielfältige Lockerung kirchlicher Bindungen eingetreten, die Auffassung des Bauern vom Gottgefälligen weniger theologisch als praktisch geprägt und die Wiederherstellung eines reinen Gewissens auf dem Wege der Beichte leicht erreichbar war.

Wir haben die Sonntagsarbeit als einen Indikator für ein störanfälliges, weil im Übergangsstadium begriffenes gutsherrschaftliches System verstanden. Läßt sich unter diesem Aspekt nicht auch der Zeitpunkt der erreichten Stabilisierung, das heißt der vollen Ausprägung der extremen Form der Gutsherrschaft,

83 Lenz, Karl, Die Wüstungen der Insel Rügen, Remagen (Rhein) 1958, S. 93. - Goldberg (Golberg) gehörte 1767 als Fährstelle zum Adelsgut Ventzevitz, das ein Lehngut der v. Usedom war (Dähnert, Supplementbd. 1, Stralsund 1782, S. 1285). Auch zur Zeit der Landesvermessung wohnte dort nur ein Fährmann. Zwei Kossaten waren einige Zeit zuvor gelegt worden (StAG, Rep. 6 A, Bd. 17, S. 604). - Preschvitz ist mit dieser Bezeichnung in der Landesmatrikel nicht nachweisbar und bei Lenz nicht aufgeführt.

84 Schilling, Renate, a. a. O., S. 66, Tab. 7.

85 Dähnert, Bd. 1, a. a. O., S. 990.

durch den Zeitpunkt näher eingrenzen, zu dem die Sonntagsarbeit aufhörte? Wir fragen deshalb nun danach, wie sich die Sonntagsarbeit in Schwedisch-Pommern im 18. Jahrhundert entwickelte.

Um das Jahr 1700 - in deutlicher Parallelität zu den Bemühungen des absolutistischen Landesherrn in Schweden, der adligen Belastung der Bauernschaft Grenzen zu setzen - tat die pommersche Landeskirche einen, wenn auch zaghaften, Schritt in die "richtige" Richtung. Zu einigen Problemen, die Vertreter der Landeskirche 1695 dem König vortrugen, gehörte auch das folgende: "Sabbats-feyer will man gerne treiben, aber viel bauren beschwerten sich, daß sie vor hoffdienste keinen tag frey haben können zu Ihrem Ackerbau. Darumb müßen sie den Sontag Arbeiten".⁸⁶ König Karl XI. antwortete im November desselben Jahres, er habe "mit sonderbarem Mißfallen" vernehmen müssen, daß nicht nur die Bauern dergestalt zur Sonntagsarbeit gezwungen werden, sondern auch "denen Knechten und Mägden, auch des Sonntags Vieh, ihre Aecker zu begaten, von ihrer Herrschaft geliehen wird". König Karl versprach, der pommerschen Regierung eine "ernstliche Verordnung" anzubefehlen, "damit solches Unwesen sowol auf dem Land als in den Städten remediret (abgestellt), und keine dergleichen Land-Arbeit am Sonntage vorgenommen und verrichtet werden möge."⁸⁷ Diesmal schien landesherrliche Handlungsbereitschaft wirklich vorzuliegen. Aber den pommerschen Grundbesitzern als den eigentlichen Sonntagsverbrechern kam die sinnlose Kriegspolitik der schwedischen Krone zu Hilfe und mit ihr schließlich auch die Katastrophe im Nordischen Krieg, der Tod des Königs Karl XII., das Ende des Absolutismus und der Beginn der sogenannten "Freiheitszeit" für den schwedischen Adel. Ab 1720 konnte sich auch der pommersche Adel wieder behaglich in der ihm so vertrauten finsternen politischen Rückständigkeit einrichten und das unliebsame absolutistische Zwischenspiel bis zum Ende der Schwedenzeit (1815) vergessen.

Nach dem Nordischen Krieg und unter dem Eindruck der als Gottesstrafe empfundenen Verwüstungen, die die Truppen verschiedener Herrscher in der Provinz angerichtet hatten, ließ die Regierung das Sonntagsgesetz von 1689 in allen wesentlichen Stücken 1723 erneut publizieren.⁸⁸ In der Praxis der "Sonntagspolitik" begann nun allerdings ein Anti-Lustbarkeits- und Anti-Spaziergangskampf zu dominieren, der zum Teil groteske Züge annahm. In den zwanziger Jahren feierten orthodoxe Silbenstecher und ungeliebte Krug-Kontrolleure Triumpfe. Nach dem Edikt von 1723 jagten sie genüßlich nach Sonntagsverbrechern vor allem im städtischen Bereich, der hier nur gestreift werden soll. In der "Hauptstadt" der Provinz nach 1720, Stralsund, hatte der Rat schon vor 1700 Stadtdiener ausgeschiedt, um Krüge und Schenken während der Predigten in Augenschein zu nehmen. Sie hatten "unter der Predigten selbstnen, wie auch vor, in, und nach denselben, die Wein- und Brandtweinßhäufer voll von allerhand leutten und verächtern des Sabbattages gefunden".⁸⁹

Dies blieb in der Stadt die wesentliche Stoßrichtung gegen verschiedene Formen des Vergnügens am Sonntag. Sie galt vor allem Handwerksgesellen, Soldaten und Jugendlichen, ergänzt um Teile der städtischen Oberschicht, da auch die "Anstellung grosser Gastereyen" des sonntags verboten war. Das Verdikt gegen Krugbesuch und gegen "Kunstpfeiffer und Bierfiedler" bei Tanz und Fröhlichkeit galt schon immer als neuralgische Angelegenheit, die leicht entflammbare Empörung auslösen konnte. Auch jetzt protestierten in Stadt und Land nicht nur viele Krüger, sondern auch manche Handwerker, die brotlos zu werden fürchteten, weil ihre Gesellen, die sich freier als andere bewegen

⁸⁶ StAG, Rep. 38 c, Nr. 11, Puncta so Königl. Majtt. Coram Anno 1695 vorzutragen.

⁸⁷ Dähnert, Bd. 2, a. a. O., S. 682 f.

⁸⁸ Neueste Grundgesetze ..., a. a. O., S. 126 - 130.

⁸⁹ Stadarchiv Stralsund, M 5270, Publicandum, 5. 5. 1678.

konnten, eine so freudlose Provinz zu verlassen drohten. So stimmte die Regierung nach dem Nordischen Krieg zwar dem vorgeschlagenen Einsatz von Soldaten gegen Sonntagsverbrecher dieser Art zu, empfahl aber "Vorsicht".⁹⁰

Trotzreaktionen waren nicht ungewöhnlich, so zum Beispiel als sich Pastor Fischer zu Nehringen 1723 unter Berufung auf das soeben erschienene Sonntagsgesetz über einige "Zimmerleute, Tischlergesellen und Mühlenburschen" beschwerte, die zu Pfingsten in seinem Dorf, in seiner Nähe "eine hütte von Meyen" gebaut und darin "schändliche sauff- und huren-lieder" gesungen hätten. Und "das Fiddeln haben 2 ZimmerGesellen ... gethan, welche denselben Tag, O Greuel! zum H. Abendmal gewesen."⁹¹ Statt Einsicht zu zeigen, hätten die Handwerksleute auch hier gedroht wegzulaufen, "wenn Ihnen ihre Freyheit zu sündigen genommen werden" würde. Der Gipfel aber sei, daß sie nun sogar noch "Kegel für meinem hause zu spielen" angefangen hätten. Der Knecht Gottes werde so am Studieren gehindert. "Hilf Gott! so raset hier der teuffel", schloß der Pastor seinen Bericht.

In gewissem Umfang sahen sich die städtischen Obrigkeiten gezwungen, die offenbar weit verbreitete Sonntagsarbeit von Handwerkern zu ahnden, zunächst das Brauen und Mülzen und das dazu erforderliche Wasserfahren, dann auch in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts das Mahlen, Waschen und Bleichen wie auch den Sonntagsverkauf von Fisch und Gemüse. Die Landstände wollten dieses Thema nicht breit erörtert sehen und hielten sich zurück. Wo ihre unmittelbaren Interessen, wie das Brauereiwesen, betroffen waren, klügelten die städtischen Vertreter spitzfindig Winkelzüge aus: Beim Mülzen sollte die Feuerung und Umschau felung aus technischen Gründen den ganzen Sonntag stattfinden dürfen, "die Begißung und auffwindung aber nicht anders, als nach geendigter Predigt vorgenommen werden". Das Verbot der "umbgänge der Frauen nach der Predigt" dürfe nicht gar zu streng gehandhabt werden, da dabei schließlich auch "eine ehrbare und honette Conversation" statthaben könne.⁹²

Das sonntägliche Reiseverbot behinderte auch Angehörige der herrschenden Klasse, deren kommunikative Bedürfnisse größer waren als die der Bauern. In einigen Fällen mußten sich deshalb adlige "Reiseverbrecher" verantworten. Die zugemessenen Strafen, etwa für Heinrich Wilhelm v. Lepel, der wegen einer "unnötigen" Sonntagsreise 1735 während der Predigt Fährleute angeblich aus der Kirche hatte holen lassen, waren allerdings bescheiden: Es blieb bei den Gerichtskosten.⁹³ Einige Jahre darauf sahen sich die Landstände veranlaßt, über die "zu weit extendirten fiscalischen Actionen" in diesem Punkt Beschwerde zu führen. Selbst der Regierungsrat v. Wolfradt und Kapitän v. Glöden waren nämlich wegen sonntäglicher Rückkehr von einer "wichtigen Conference" in Demmin belangt worden.⁹⁴

Die zuständigen Stellen, besonders in den Städten, überschritten als Gesetzeshüter fortwährend die Grenze peinlicher Buchstabentreue. Ein Stadtrichter zu Stralsund klagte 1724 darüber, daß viele Stralsunder Bürger des Sonntags im Sommer "ihre Lust- und Spatzierfahrt" unternehmen und "auf denen negst be-

90 StAG, Rep. 10, Nr. 233, Schreiben des Amtmanns von Franzburg an die Regierung, 31. 1. 1724. - Für Lassan vgl. ebenda, Rep. 38 b, Lassan, Nr. 86 - 93.

91 Ebenda, Schreiben, 22. 5. 1723.

92 Ebenda, Rep. 40, IV, Nr. 2, Stellungnahme der Landstände, 26. 4. 1723, zum Sonntagsgesetz, 1. 2. 1723 (Abschrift).

93 Ebenda, Rep. 10, Nr. 234.

94 Ebenda, Rep. 10, Nr. 233, Stellungnahme des Hofgerichts zu dem Fall v. 13. 11. 1740.

legenen Dörfern und höfen den gantzen tag über unnütz zubringen"⁹⁵. Erholungs- und Reisebedürfnisse erwiesen sich überhaupt als eine knifflige Angelegenheit. So fragte der für die Gesetzesbefolgung zuständige Advocatus Fisci Engelbrecht 1741 bei der Regierung an, ob nur die an- und abgehenden "Posten" vom sonntäglichen Reiseverbot befreit wären oder ob die "Passagirer gleichfals davon eximiret seyn"⁹⁶. Und ein Stralsunder Bürger stellte den Rat seiner Stadt vor ein wohl unlösbares Problem, als er einer Anklage wegen unnötigen sonntäglichen Spazierfahrens mit dem Einwand begegnete, er sei ja nicht mit seinem Wagen sonntags aus der Stadt hinausgefahren, sondern habe "die Carigol des Sonnabends vorher aus dem Thor gesandt und des Sontags Morgens zu Füßen hinausgegangen und so meine Reise erst prosequiret (fortgesetzt)" - eine wiederholt angewandte List.⁹⁷

Gesetzesüberwachung dieser Art war ein hoffnungsloses Unterfangen. Gegen Ende des Jahrhunderts neigte die Regierung dazu, diese so schwer nachweisbaren Verstöße gegen die Sonntagsheiligung mit Stillschweigen zu übergehen. Im Jahre 1794 genehmigte sie nach einigem Zögern das Volksfest des sogenannten Tonnenschlagens am Sonntag in Lüdershagen, obwohl ein sauertöpfisch argumentierender Pastor heftigen Widerstand leistete.⁹⁸

Was aber die ökonomisch wirklich relevante Seite dieses Problems betrifft - die an Feiertagen von den Bauern erpreßten Hofdienste -, so verordnete die Regierung (wie auch in anderen Territorien) 1772/73 die Aufhebung des 3. Feiertages zu Ostern, Pfingsten und Weihnachten bzw. die Verlegung einiger anderer Feiertage auf den folgenden Sonntag.⁹⁹ Dies muß als Anerkennung einer bereits geübten Praxis und auf jeden Fall als Entgegenkommen den Gutsherrschaften gegenüber verstanden werden, zumal die Regierung ausdrücklich erklärte, daß die Bauern "an solchen Tagen allerdings den Herrschaften ihre Dienste zu leisten" hätten.¹⁰⁰

Wie es an Sonn- und Feiertagen mit der Arbeit gehalten wurde, blieb auch im 18. Jahrhundert ein wichtiges Indiz für die ökonomische, soziale und ideologische Wirklichkeit in der Provinz Schwedisch-Pommern. Die Feiertagsarbeit wurde zum Teil durch Abschaffung der Festtage "legalisiert", und was die Sonntagsarbeit selbst betraf, so war eine wichtige Veränderung eingetreten. Königliche Verlautbarungen über die Heiligung des Sonntags hören seit den dreißiger Jahren des 18. Jahrhunderts fast vollständig auf. Wenn sie vorkommen, dann bleiben sie unverbindlich-allgemein.¹⁰¹

Daß der Gesetzgeber im 18. Jahrhundert die Sonntagsgesetzgebung zunächst ins Grotteske trieb, sich dabei vornehmlich auf die städtischen Verhältnisse beschränkte und seit den dreißiger Jahren die Sonntagsarbeit kaum mehr erwähnte, läßt mehrere Deutungen zu. Die Annahme liegt an sich nahe, daß mit dem Sieg der extrem ausgeprägten Gutsherrschaft im 18. Jahrhundert die Gutsherren eine entsprechende Gesetzgebung nun völlig hintertreiben konnten. Eine andere Er-

95 Stadtarchiv Stralsund, M 5270, Schreiben, 26. 5. 1724.

96 StAG, Rep. 10, Nr. 233, Schreiben, 27. 7. 1741.

97 Stadtarchiv Stralsund, M 5270, Schreiben des J. J. Spalckhaver, 4. 9. 1733; vgl. auch StAG, Rep. 38 b, Lassin, Nr. 91.

98 StAG, Rep. 10, Nr. 237. - Zur Lockerung des Reiseverbots vgl. auch ebenda, Rep. 10, Nr. 233, Schreiben der Regierung an den Magistrat von Grimmen, 17. 11. 1780.

99 Dähnert, Supplementbd. 2, a. a. O.; S. 47 f.

100 StAG, Rep. 10, Nr. 236, Schreiben an die Universität zu Greifswald, 20. 1. 1774.

101 Vgl. Schreiben des Königs an die pommersche Regierung, 30. 7. 1804 (Sammlung der für Neu-Vorpommern und Rügen ..., Bd. 2, a. a. O., S. 532 f.).

klärung ist jedoch wahrscheinlich: Das Bauernlegen und die in seinem Ergebnis erfolgte Konsolidierung der feudalherrlichen Eigenwirtschaften hatten das Gutsherrschaftssystem insofern stabilisiert, als die verbleibenden Bauerndienste in eine optimale Relation zu den Frondienstanforderungen gebracht werden konnten. Die notwendigen Reproduktionsbedingungen einer voll auf die feudalherrliche Gutswirtschaft ausgerichteten Bauernwirtschaft waren dadurch geschaffen worden. Die Instabilität der Übergangsphase, so wie sie durch Sonntagsarbeit zum Ausdruck kam, war überwunden. Die bäuerliche Sonntagsarbeit wird in der Tat a u f g e h ö r t haben.

Unsere Untersuchung über Sonntagsverbrecher in Schwedisch-Pommern hat uns vor die Notwendigkeit gestellt, die Grenzen der Belastbarkeit der Vollbauernwirtschaft genauer zu bestimmen. Dazu mußten wir die Höhe der Arbeitsrente an einigen Beispielen ganz konkret zu der Kapazität der Bauernwirtschaft in Bezug setzen, und zwar speziell zu dem gegebenen Arbeitszeitfonds und zum gegebenen Potential an Arbeitskräften und Zugtieren. Die Herstellung dieser Relation ist in der marxistischen Historiographie selbstverständlich nichts Neues. Bei der Behandlung der Genesis der kapitalistischen Grundrente bezeichnete Marx die Arbeitsrente als die "einfachste Form" dieser Grundrente, weil "der unmittelbare Produzent einen Teil der Woche mit faktisch oder juristisch ihm gehörigen Arbeitswerkzeugen (Pflug, Vieh etc.) den ihm faktisch gehörigen Boden bestellt und die andern Tage der Woche auf dem Gute des Grundherrn arbeitet". Hier ist also "die Sache noch ganz klar": Die Gewinnung des für die Reproduktion der Bauernwirtschaft notwendigen Überschusses "hängt bei sonst gleichbleibenden Umständen ab von dem Verhältnis, worin seine Arbeitszeit sich teilt in Arbeitszeit für ihn selbst und Fronarbeitszeit für den Grundherrn"¹⁰². In diesem Beitrag ging es um die "sonst gleichbleibenden Umstände" oder anders ausgedrückt: um die Folgen, die dann eintreten, wenn sich diese Umstände verändern. Wir haben gefragt, welche konkreten Bedingungen es waren, deren Verknüpfung die Überschreitung der Leistungsgrenze eines an sich genau kalkulierten Bauernbetriebes in einem Gutsherrschaftssystem bewirkten und damit die einfache Reproduktion gefährdeten. Wir sind (für ein regional begrenztes Gebiet und im Ergebnis einer mikroökonomischen Fallstudie) zum Ergebnis gekommen, daß der kritische Punkt dann erreicht war, wenn eine mit anderen Rentenformen durchschnittlich belastete Vollbauernwirtschaft, die mindestens das Anderthalbfache des eigenen Landes an Hofacker zu bestellen hatte (Normalfall in Pommern) und in Spitzenzeiten zu mindestens 75 Prozent ihrer Leistungsfähigkeit durch den Hofdienst beansprucht wurde (Normalfall in Pommern) nicht mehr als 3 Arbeitskräfte und kein volles Doppelgespann aufbieten konnte.

Der zeitliche Zusammenfall dieser Bedingungen war um 1700 in Schwedisch-Pommern nicht ungewöhnlich. Dadurch entstand offenbar ein instabiler Zustand, der durch die Sonntagsarbeit angezeigt wurde. Die bäuerliche Sonntagsarbeit auf dem eigenen Feld erwies sich auch als ein extremes Mittel der Regulierung des gutswirtschaftlichen Reproduktionsprozesses, eine Eigenschaft, die sie an sich auch dann beibehalten konnte, wenn sich das Verhältnis der hier genannten Bedingungen zueinander, die Kombination unterschiedlicher Belastungsfaktoren, veränderte (zum Beispiel mehr Dienstland bei mehr Arbeitskräften oder geringere Hofdienste bei geringerem Zugviehbesatz).

Die unterschiedliche Belastung der Bauernbetriebe durch die Arbeitsrente und die strukturellen Unterschiede dieser Lasten in den einzelnen Territorien konnten hier nicht miteinander verglichen werden. Ein solcher Vergleich, angestellt am Indikator "Sonntagsarbeit", könnte möglicherweise die Erkenntnisse über die

102 Marx, Karl, Das Kapital, Bd. 3, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 25, Berlin 1977, S. 798.

Etappen der Gutsherrschaftsentwicklung (oder allgemeiner: des feudalen Rentendrucks) erhärten oder präzisieren.¹⁰³

Von besonderem Interesse für solche Fragen werden die Arbeiten aller Autoren sein, die sich (wie Gerhard Heitz¹⁰⁴ und I. Sildmäe¹⁰⁵) mit der Struktur der Feudalrente befassen. Mehr oder weniger direkt findet sich die Frage nach der Belastbarkeit des Bauernbetriebes durch die Feudalrente in fast allen agrarhistorischen, zum Teil auch in volkskundlichen Arbeiten in der DDR. Die Frage nach den Faktoren, die die Belastung und Belastbarkeit der Bauernwirtschaft durch die Arbeitsrente bestimmen, ist von übergreifenden Gesichtspunkten her vor allem in solchen agrarhistorischen Arbeiten in der DDR behandelt worden, die Erträge, Einkommen und Marktquoten der Bauernwirtschaften berechneten oder den Faktor Klassenkampf für die Höhe der Arbeitsrente bestimmten. Die einschlägigen Arbeiten von Ulrich Bentzien, Rudolf Berthold, Hartmut Harnisch, Gerhard Heitz, Wolfgang Jacobeit, Jürgen Kuczynski, Hans-Heinrich Müller, Rolf Rodigast, Günter Vogler und anderen Autoren haben den hier vorgenommenen mikroökonomischen Versuch angeregt. Immer wieder wird bei dieser Lektüre das Spannungsverhältnis zwischen dem Besonderen und Allgemeinen, zwischen dem Konkreten und Abstrakten in der Geschichte auch insofern deutlich, als sich zwei, jedem Historiker bekannte, Probleme aufdrängen: die unzureichende Verallgemeinerungswürdigkeit der besonderen und die unzureichende konkrete Anwendbarkeit der allgemeinen Aussage. Uns ist bewußt, daß die Schwierigkeit, das Allgemeine im Einzelnen einzufangen, einer Arbeit besonders anhaften muß, die wie die vorliegende von einem winzigen Gebiet ausgeht. Sie will darum nur einen Ansatz bieten für einen neuen, ergänzenden Aspekt bei der Untersuchung der Arbeitsrente im Spätfeudalismus.

- 103 Bei einem Vergleich der Landesgesetze und Kirchenordnungen z. B. mit Mecklenburg fällt die zeitliche Übereinstimmung der verschärften Sonntagsgesetze in der 2. Hälfte des 17. Jh. auf, während die Sonntagsgesetzgebung in Brandenburg und Sachsen offenbar anders verlief (Gesetzessammlung für die Mecklenburg-Schwerinschen Lande, Bd. 2, Wismar/Ludwigslust 1865, S. 413 f., 415, 420 f., 422 ff. - Vgl. im übrigen Kirchenordnungen, Bd. 1 - 5, a. a. O.
- 104 Heitz, Gerhard, Zur Struktur der Feudalrente, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Wilhelm-Pieck-Universität Rostock. Gesellschafts- und sprachwissenschaftliche Reihe, Nr. 3/1973; S. 279 - 283; derselbe, Zum Charakter der "zweiten Leibeigenschaft", in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Nr. 1/1972, S. 37 f.
- 105 Mit Hilfe der Faktorenanalyse entwickelte Sildmäe für Estland ein Modell zur Ermittlung der Wirksamkeit verschiedener, auf die Feudalrente einwirkender Faktoren (Sildmäe, I., Struktur der Feudalrente in Estland, in: Entwicklungsprobleme des Feudalismus im Ostseegebiet, Tartu 1970). Vgl. auch die einschlägigen Arbeiten von Hartmut Harnisch, Rudolf Berthold u. a. in der DDR. Für die BRD sind in diesem Zusammenhang vor allem die Untersuchungen von Friedrich Wilhelm Henning zur Bestimmung von Einkommen und Lage der Bauern zu nennen.

Soziale Herkunft und Situation der Mansfelder Bergleute in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts

von Wieland Held

Die Forschung der letzten Jahre ermittelte für die mitteleuropäischen Bergbaureviere zu Anfang des 16. Jahrhunderts recht stattliche Zahlen von im Lohnverhältnis stehenden Bergleuten. So wurden für das Gebiet des Annaberger Silberbergbaus mehr als 3 000, für das des Joachimsthalers nahezu 4 000, für die Region des Mansfelder Kupferschieferbergbaus zwischen 2 000 und 3 000 oder für den Schwazer Falkenstein in Tirol sogar beinahe 10 000 Bergarbeiter errechnet.¹ Kaiser Karl V. betonte in einem Edikt vom 13. Mai 1525, daß der Bergbau "die groszt gab und nuzbarkait ist, so der almechtig teutschen landen mitgetailt hat", und "daß sich auch in teutschen landen etlich hundert tausend menschen, alt und jung, auch weib und kinder und sunst vil" von ihm und von der Hüttenarbeit ernährten.

Nachdem der Bergbau schon viele Jahrhunderte in Mitteleuropa betrieben wurde, begann erst seit etwa 1470, als eine rasch steigende Nachfrage nach Edelmetallen sowie anderen Metallprodukten sehr hohe Gewinne versprach, Kaufleute in größerer Zahl bereit waren, ihr Kapital in diesem Wirtschaftszweig anzulegen, und neue technische Lösungen die Produktion effektiver und ökonomischer gestalteten, eine Blüteperiode des Berg- und Hüttenwesens.

Obwohl der Erzbergbau in den letzten Jahrzehnten des 15. Jahrhunderts in den deutschen Territorien zum bedeutendsten Wirtschaftszweig nach der Landwirtschaft aufgestiegen war, der zudem einen außergewöhnlich raschen wirtschaftlichen Aufschwung der gesamten Gesellschaft stimulierte und inzwischen für viele tausend Menschen lohn- und brotgebend wurde, sind unsere Kenntnisse über die soziale Lage, über die Herkunft und das Verhältnis der vom Prozeß der ursprünglichen Akkumulation des Kapitals erfaßten Berg- und Hüttenarbeiter zu anderen Klassen und Schichten doch relativ oberflächlich und damit recht allgemein geblieben. Dies ist verwunderlich; denn größeres Detailwissen auf diesem Gebiet brächte so manchen Aufschluß über die Vorgänge bei der Herausbil-

1 Vgl. Laube, Adolf, Studien über den erzgebirgischen Silberbergbau von 1470 bis 1546. Seine Geschichte, seine Produktionsverhältnisse, seine Bedeutung für die gesellschaftlichen Veränderungen und Klassenkämpfe in Sachsen am Beginn der Übergangsepoche vom Feudalismus zum Kapitalismus, in: Forschungen zur mittelalterlichen Geschichte, hg. v. Gerhard Heitz, Eckhard Müller-Mertens, Bernhard Töpfer u. Ernst Werner, Bd. 22, Berlin 1974, S. 115; Mittenzwei, Ingrid, Der Joachimsthaler Aufstand 1525, seine Ursachen und Folgen, Berlin 1968, S. 94; Paterna, Erich, Da stunden die Bergleute auff. Die Klassenkämpfe der mansfeldischen Bergarbeiter im 16. und 17. Jahrhundert und ihre ökonomischen und sozialen Ursachen, Bd. 1, Berlin 1960, S. 74; Egg, Erich, Aufstieg, Glanz und Ende des Gewerkengeschlechts der Tanzl, in: Schlern-Schriften, Bd. 77, Innsbruck 1951, S. 31 ff.

2 Abgedruckt bei Strieder, Jakob, Studien zur Geschichte kapitalistischer Organisationsformen, München/Leipzig 1914, S. 375 ff.

dung freier Lohnarbeiter, welche bei einem bestimmten Reifegrad der Produktivkräfte und der Marktsituation gemeinsam mit geschaffenen großen Geldfonds und Produktionsmitteln im Produktionsprozeß aufeinandertrafen, das heißt ein Kapitalverhältnis begründeten. Profundere Einsichten in den geschichtlichen "Scheidungsprozeß von Produzent und Produktionsmittel"³, das heißt in den Vorgang der Herauslösung von unmittelbaren Produzenten aus den feudalen Produktionsverhältnissen, könnten ein nicht zu unterschätzender Beitrag zum Verständnis der im Rahmen der ursprünglichen Akkumulation des Kapitals ablaufenden Prozesse und damit zum tiefergehenden Begreifen der gesamten Übergangsepoche vom Feudalismus zum Kapitalismus sein. Dabei ist zunächst nicht so sehr von Belang, ob die die feudalen Produktionsverhältnisse verlassenden unmittelbaren Produzenten auf dem L a n d e - angesichts der sich verstärkenden sozialen Differenzierung⁴ bzw. auch des seit dem ausgehenden 15. Jahrhundert raschen Bevölkerungswachstums⁵ - oder in der S t a d t - vermittelt über die quantitativ stark zunehmenden plebejischen Schichten⁶, die zum Teil Ausgestoßene aus der kleinen Warenproduktion waren -, das Hauptreservoir der Arbeitskräfte für die frühkapitalistische Produktion gebildet haben. Karl Marx erblickt nicht von ungefähr in der "Expropriation des ländlichen Produzenten, des Bauern, von Grund und Boden" die "Grundlage des ganzen Prozesses".⁷

3 Marx, Karl, Das Kapital, Bd. 1, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 23, Berlin 1962, S. 742.

4 Vgl. u. a. Lösche, Dietrich, Zur Lage der Bauern im Gebiet der freien Reichsstadt Mühlhausen i. Th. im 15. und 16. Jahrhundert, rer. oec. Diss. Berlin 1961; Sabean, David Warren, Landbesitz und Gesellschaft am Vorabend des Bauernkrieges. Eine Studie über die sozialen Verhältnisse im südlichen Oberschwaben in den Jahren vor 1525, Stuttgart 1972; Schwarze, Elisabeth, Soziale Struktur und Besitzverhältnisse der ländlichen Bevölkerung Ostthüringens im 16. Jahrhundert, Weimar 1975; Held, Wieland, Ländliche Lohnarbeit im 15. und 16. Jahrhundert unter besonderer Beachtung Thüringens. Theoretische Überlegungen und Literaturbericht, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1978, T. 1, S. 171 - 189.

5 Vgl. u. a. Koerner, Fritz, Die Bevölkerungsverteilung in Thüringen am Ausgang des 16. Jahrhunderts, Leipzig 1958; Boelcke, Willi Alfred, Wandlungen der dörflichen Sozialstruktur während Mittelalter und Neuzeit, in: Wege und Forschungen der Agrargeschichte. Festschrift G. Franz, hg. v. H. Haushofer, W. Boelcke, Frankfurt (Main) 1967, S. 82 - 103; Grees, Hermann, Das Seldnertum im östlichen Schwaben und sein Einfluß auf die Entwicklung der ländlichen Siedlungen, in: Studien zur südwestdeutschen Landeskunde. Festschrift F. Huttenlocher, hg. v. K.-H. Schröder, Bad Godesberg 1963, S. 104 - 150; Sigg, Otto, Bevölkerungs-, agrar- und sozialgeschichtliche Probleme des 16. Jahrhunderts am Beispiel der Zürcher Landschaft, in: Schweizerische Zeitschrift für Geschichte, Nr. 1/1974, S. 1 - 25.

6 Vgl. u. a. Schildhauer, Johannes, Das Anwachsen der plebejischen Schicht der Stadtbevölkerung im Ostseegebiet und deren Rolle in der frühbürgerlichen Revolution in Deutschland, in: Die frühbürgerliche Revolution in Deutschland, Berlin 1961, S. 73 - 80; Bräuer, Helmut, Die Stadtbevölkerung von Chemnitz zwischen 1450 und 1600. Untersuchungen zu ihrer Struktur, Karl-Marx-Stadt 1978; Held, Wieland, Die Bürgerschaft Arnstadts in Thüringen in der Mitte des 16. Jahrhunderts. Ihre Vermögens- und Sozialstruktur sowie ihre Beziehungen zur Landesherrschaft und zur ländlichen Bevölkerung der Umgebung, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1982, T. 1, S. 113 - 136.

7 Marx, Karl, a. a. O., S. 744.

Über die soziale Herkunft der vom Prozeß der ursprünglichen Akkumulation des Kapitals erfaßten Bergarbeiter, die in den mitteldeutschen Revieren in den letzten Jahrzehnten des 15. und in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts tätig waren, kann die Forschung bislang wenig Präzises sagen. Sie kommt diesbezüglich über recht allgemeine Feststellungen nicht hinaus. Hermann Löscher verweist unter anderem darauf, daß Bauern des erzgebirgischen Oberdorfes Fürstenau im Nebenberuf Bergleute gewesen sind.⁸ Hinsichtlich des Mansfelder Kupferschieferbergbaus betont Erich Paterna ganz allgemein, daß die Bergarbeiter aus ehemaligen selbständigen Gewerken sowie aus Bauern, die ihren einstigen Besitz eingebüßt hatten, und aus Handwerkern hervorgegangen sind, wobei er besonders auf die permanenten Beschäftigungsmöglichkeiten im Bergbau und die bergmännischen Privilegien hinweist.⁹ Adolf Laube konstatiert für den erzgebirgischen Silberbergbau jener Zeit, daß sich "die Herkunft der Arbeiter ... kaum erfassen" lasse; sie seien "aus der näheren und ferneren Umgebung sowohl aus Städten wie vom Lande"¹⁰ gekommen. Und er betont weiter, daß unter den Bergarbeitern "auch ein gewisser, in seinen Ausmaßen nicht genau bestimmbarer Anteil des bäuerlichen Elements"¹¹ zu finden gewesen sei. An anderer Stelle hebt Laube die bäuerliche Herkunft eines Teiles der Bergarbeiter hervor, eines Teiles, der sowohl der dorfnachbarlich-bäuerlichen Bevölkerung, auch der ländlichen Armut, als auch einer Schicht entstammte, die man als im Dorf lebende und gelegentlich auch hier arbeitende Bergleute bezeichnen könnte.¹²

Auf den Zusammenhang zwischen dem Bergbau und der Sozialstruktur der nahegelegenen Dörfer verweisen Elisabeth Schwarze und Wieland Held. Sie sehen darin ein Indiz, daß sich die Bergarbeiter zumindest zum Teil aus Arbeitskräften rekrutieren, die sich im Prozeß der Herauslösung aus den feudalen Produktionsverhältnissen befanden. Schwarze konstatiert die Dominanz von Gärtnern, Hintersiedlern und Häuslern in den Dörfern Altenmark, Altensaalfeld und Lehesten, welche sich in unmittelbarer Nachbarschaft des Mitte des 16. Jahrhunderts vorhandenen Saalfelder Bergreviers befanden,¹³ während sonst in dieser Gegend der Hufenbauer den Dörfern durchaus noch das Gepräge gab. In ähnlicher Weise kann Held einen im Vergleich zu den typischen Bauerndörfern des Eisener Raumes hohen Anteil von Häuslern gegenüber Bauern in jenen ländlichen Gemeinden feststellen, die in unmittelbarer Nachbarschaft von in den zwanziger und dreißiger Jahren des 16. Jahrhunderts hier betriebenen Kupferschieferrevieren lagen. So standen zum Beispiel in Stedtfeld, wo ein Schieferbergwerk existierte, 41,5 Prozent dorfnachbarliche Bauern 58,5 Prozent Häuslern gegenüber.¹⁴ Dabei wird der Nachweis sowohl des geringeren Durchschnittsvermö-

8 Vgl. Löscher, Hermann, Die bäuerliche Nachbesiedlung des Erzgebirges um 1500, in: Blätter für deutsche Landesgeschichte, 91. Jg. 1954, S. 156.

9 Vgl. Paterna, Erich, a. a. O., S. 62, 65.

10 Laube, Adolf, a. a. O., S. 213.

11 Ebenda, S. 276.

12 Vgl. Laube, Adolf, Zum Problem des Bündnisses von Bergarbeitern und Bauern im deutschen Bauernkrieg, in: Der Bauer im Klassenkampf, hg. v. Gerhard Heitz, Adolf Laube, Max Steinmetz, Günter Vogler, Berlin 1975, S. 89 f.

13 Vgl. Schwarze, Elisabeth, Auswirkungen des Saalfelder Bergbaus auf soziale Struktur und wirtschaftliche Lage der Bevölkerung in Stadt und Amt Saalfeld Mitte des 16. Jahrhunderts, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Karl-Marx-Universität Leipzig. Gesellschafts- und sprachwissensch. Reihe, Nr. 3/1965, S. 456.

14 Vgl. Held, Wieland, Die Einflüsse des Kupferschieferbergbaues im Eisener Raum auf die dörfliche Sozialstruktur in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Gesellschafts- und sprachwissenschaftl. Reihe, Nr. 3/1979, S. 445 f.

gens in den vom Bergbau beeinflussten Dörfern gegenüber Hufenbauerndörfern dieser Gegend als auch einer relativ hohen Fluktuation innerhalb der in der Umgebung der Kupferschächte siedelnden Häuslerbevölkerung geführt.¹⁵

Es soll nun der Versuch gemacht werden, am Beispiel der Mansfelder Berg- und Hüttenreviere in den dreißiger Jahren des 16. Jahrhunderts die soziale Herkunft der in diesem Wirtschaftszweig beschäftigten Lohnarbeiter näher zu bestimmen, um nicht nur gewisse Details des Prozesses der Herausbildung des doppelt freien Arbeiters zu beleuchten, sondern auch einzelne Folgerungen hinsichtlich dessen Verhältnisses vor allem zu den sozialen Gruppen und Schichten der Dörfer im Mansfeldischen abzuleiten. Diese Vorgänge vollzogen sich in einer Periode, in der die feudalen Produktionsverhältnisse noch dominierten, in der aber bereits - gewissermaßen als Bestandteil und im Soge der ursprünglichen Akkumulation - unmittelbare Produzenten "plötzlich und gewaltsam von ihren Subsistenzmitteln losgerissen und als vogelfreie Proletarier auf den Arbeitsmarkt geschleudert werden".¹⁶

Auf die Existenz der im Mansfelder Bergbau- und Hüttenbetrieb des 15. und 16. Jahrhunderts beschäftigten Berg- und Hüttenknechte wurde schon früh hingewiesen, wenn auch deren soziale Herkunft bislang wenig interessierte. Und dies alles ist zu registrieren, gerade weil und obwohl der Vater Martin Luthers, Hans Luther, selbst bäuerlicher Abkunft, wenn auch nicht aus einem der Dörfer der Grafschaft Mansfeld stammend, sondern aus dem thüringischen Möhra, hier 1483 als einfacher Schieferhauer begann¹⁷, also als ein unmittelbarer Produzent, der von seinen Produktionsmitteln getrennt und aus dem feudalen Produktionsverhältnis herausgelöst war.

Obzwar schon K. Krumhaar auf die Bedeutung des Bergbaus und der Arbeitsleistung der Bergarbeiter für den wirtschaftlichen Aufschwung der Grafschaft Mansfeld Ende des 15. und am Anfang des 16. Jahrhunderts hinwies,¹⁸ rückten erst auf der Basis publizierter Urkunden sowie Berg- und Hüttenordnungen die Mansfelder Bergleute etwas mehr ins Blickfeld der Forschung,¹⁹ wobei den Hüttenunternehmern bedeutend mehr Aufmerksamkeit gewidmet wurde als den Berg- und Hüttenknechten. Aus den veröffentlichten Quellen geht unter anderem die steigende Nachfrage nach Bergleuten im Verein mit der zunehmenden Ausdehnung der Schächte und Hütten in den letzten Jahrzehnten des 15. Jahrhunderts hervor. Die gräflichen Verordnungen waren so abgefaßt, daß der

15 Vgl. ebenda. - Kürzlich stellte auch Ludwig für das Salzburger Bergbaugesbiet fest, daß sich hier Bergleute aus einer ständig wachsenden Zahl von Seldnern (Häuslern) oder sog. Herbergern in zunehmendem Maße rekrutierten (Ludwig, Karl-Heinz, Neue Quellen zur Bevölkerungsentwicklung in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts. Die Salzburger Mannschaftsauszüge von 1531 und 1541, in: Mitteilungen der Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Bd. 117, 1977, S. 206 - 215).

16 Marx, Karl, a. a. O., S. 744.

17 Vgl. bes. Möllenberg, Walter, Hans Luther, Dr. Martin Luthers Vater, ein mansfeldischer Bergmann und Hüttenmeister, in: Zeitschrift des Harz-Vereins für Geschichte und Altertumskunde, Nr. 2/1906, S. 169 - 193; Tauscher, Eckhard, Martin Luther, ein "Bergmann Gottes", in: Der Anschnitt. Zeitschrift für Kunst und Kultur im Bergbau, Nr. 4/1970, S. 9 - 13; ebenda, Nr. 5/1970, S. 21 - 25; ebenda, Nr. 1/1971, S. 26 - 33.

18 Vgl. Krumhaar, K., Die Grafschaft Mansfeld im Reformationszeitalter. Mit besonderer Rücksicht auf die Reformationsgeschichte aus den Quellen dargestellt, Eisleben 1855.

19 Vgl. Möllenberg, Walter, a. a. O.; derselbe, Das Mansfelder Bergrecht und seine Geschichte, in: Forschungen zur Geschichte des Harzgebietes, Bd. 3, Wernigerode 1914; Mück, Walter, Der Mansfelder Kupferschieferbergbau in seiner rechtsgeschichtlichen Entwicklung, Bd. 2, Leipzig 1910.

Zuzug von grafschaftsfremden Bergarbeitern sehr erleichtert wurde, den Hüttenunternehmern aber das gegenseitige Abspannen von Berg- und Hüttenknechten und das Überbieten von Lohnzahlungen verboten war.²⁰ Andererseits ist in der gräflichen Bergordnung vom Jahre 1521 von der "Behausung, Hoeff, Ger-ten ader andern"²¹ der Bergleute die Rede, was auf ihren vorwiegend vorhandenen Häuslerstatus hindeuten kann. Schließlich ist in gleicher Verordnung die zumindest seit 1477 im Mansfeldischen übliche Möglichkeit festgeschrieben, wo-nach ein Bergmann bis zu einem halben Berglehen überstellt bekommen konnte.²²

Nachdem von Hermann Etzrodt der schnell steigende Zuzug von Berg- und Hüttenarbeitern, die nach 1508 in der Neustadt Eisleben eine neue Heimat fanden, erörtert worden war,²³ kommt insonderheit Erich Paterna das Verdienst zu, sich bislang am eingehendsten mit der sozialen Stellung der Mansfelder Bergarbeiter jener Zeit beschäftigt zu haben. Er verweist darauf, daß die Mansfelder Hüttenknechte seit Anfang des 16. Jahrhunderts zahlenmäßig rapide zunahmen und von dieser Zeit an nicht mehr ihre Arbeitskraft einem Eigenlehner verkauf-ten. In diesem Zusammenhang betont er die für die Berg- und Hüttenunternehmer inzwischen produktionsnotwendige Einrichtung des Berg- und Hüttenarbei-ters. Zudem konstatiert Paterna unter anderem, daß die Bergleute weder hörig noch leibeigen, aber aller Produktionsmittel ledig waren, so daß sie ihre Arbeits-kraft auf dem Markte feilbieten mußten.²⁴ Paterna kommt zu dem Schluß, daß die Masse der um 1500 im mansfeldischen Kupferschieferbergbau beschäftigten Arbeiter gleichermaßen proletarische wie auch halbfeudale Elemente waren. Ei-nige hätten noch über etwas Land, das Feudalherren gehörte, verfügt.²⁵

Die Berg- und Hüttenarbeiter in der Grafschaft Mansfeld wurden in den ersten Jahrzehnten des 16. Jahrhunderts durch die Hüttenmeister, die auf den gepach-teten Berg- und Hüttenteilen die gesamte Rohkupferproduktion vom Abbau des Kupferschiefers, über das Schmelzen in den Hütten bis zur Ablieferung des Rohkupfers in die Waage zu Eisleben zu organisieren hatten,²⁶ angeworben und angestellt. Eine Reihe von historisch überkommenen Privilegien, deren Gewäh-rung sicher auch im Zusammenhang mit den sehr hohen Gefahren der bergmän-nischen Tätigkeit gesehen werden kann, zog viele Arbeitskräfte an. Solche Rechte, wie das der Freizügigkeit und der persönlichen Freiheit, der Bildung eigener kooperativer Verbände, der Versammlungsfreiheit auf den Bergen sowie eine Art Beschwerderecht²⁷, wurden damals wohl keiner anderen arbeitenden Klasse bzw. Schicht zugestanden. Die Entlohnung der Bergleute war - gemes-sen an der schweren und gefährvollen Arbeit sowie an den Lebensumständen - niedrig. Als Höchstgrenze für den Wochenlohn eines mansfeldischen Schiefer-

20 Vgl. Möllenberg, Walter, Das Mansfelder Bergrecht ..., a. a. O., S. 11, 71 f.; vgl. Mück, Walter, a. a. O., Urkunde Nr. 143 (1503), Urkunde Nr. 148 (7.1.1521).

21 Mück, Walter, a. a. O., Urkunde Nr. 148, § 29.

22 Vgl. ebenda, § 18. - Berg- und Hüttenordnung von 1477 vgl. Möllenberg, Walter, Das Mansfelder Bergrecht ..., a. a. O., S. 60, 84.

23 Vgl. Etzrodt, Hermann, Die Bürgerschaft der Neustadt Eisleben im Jahre 1534, in: Mansfelder Sippenkunde. Beilage zum Eisleber Tageblatt, 25.10. 1940, S. 57 - 62.

24 Vgl. Paterna, Erich, a. a. O., S. 69 - 74.

25 Vgl. ebenda, S. 106.

26 Vgl. u. a. Mück, Walter, a. a. O.; Möllenberg, Walter, Hans Luther ..., a. a. O.; Westermann, Eckehard, Hans Luther und die Hüttenmeister der Grafschaft Mansfeld im 16. Jahrhundert. Eine Forschungsaufgabe, in: Scripta mercaturae, München 1975, S. 53 - 94.

27 Vgl. Paterna, Erich, a. a. O., S. 65 f.

hauers lassen sich 14 Groschen²⁸ für den Zeitraum um 1500 ermitteln, wobei sich die Lohnhöhe in der Mitte des 16. Jahrhunderts immer noch auf gleichem Niveau bewegte.²⁹ Damit der Beitrag des Bergmannes zum Gewinn des Hüttenunternehmers möglichst ungeschmälert hoch gehalten werden konnte, legte eine gräfliche Verordnung von 1530/31 unter anderem fest: "Darzu must auch auff dem Bergk keyn feyertagk dan allein der Suntag gehalten werdenn."³⁰

Um etwas mehr Licht in das Dunkel um die Herkunft der Bergleute zu bringen, kann ein Anschlag der Amtssteuer Mansfeld, "wie teuer ein jeder bei Eides Pflicht gewirdet u. was davon zu Schatzung fällt" von Martini 1531 und Fastnacht 1532 herangezogen werden, dem eine Lohnzeitbergsteuerliste von Judica bzw. Exaudi 1532 beigegeben ist.³¹ Erst die Zusammenschau beider Quellen versetzt uns in die Lage, absolut und prozentual Werte zu ermitteln, die über die soziale Rolle der Bergleute in einem begrenzten Gebiet der Grafschaft Mansfeld Aufschluß geben können. Während der Amtssteueranschlag über die steuerzahlenden Bewohner verschiedener Ortschaften - wobei die zu Mansfeld selbst sicher unvollständig sind -, über den Haus-, Hof-, Land-, Groß- und Kleinviehbesitz, die dafür geschätzte Vermögenswertsumme sowie über die Steuerhöhe Auskunft gibt, erfahren wir aus der Bergsteuerliste die Namen der Bergleute, zum großen Teil ihren Wohnort, ihre genaue berufliche Tätigkeit sowie die jeweilige Lohnhöhe und die dafür an das Grafenhaus abzuführende Lohnsteuer.

Durch die Synopse beider Quellen, also des Anschlages der Amtssteuer und konkret der Steuerliste zu Judica³², sind wir imstande, die ungefähre Anzahl der bis Judica 1532 in den Kupferschächten in und um Mansfeld eingesetzten Bergarbeiter festzustellen, wobei die Wohnorte dieser Lohnarbeiter in der Regel in einem Umkreis von etwa 5 bis 8 Kilometer Luftlinie um Mansfeld lagen. Es ist unbedingt davon auszugehen, daß die Heimatorte der Bergleute nicht allzu weit von den Arbeitsstellen entfernt gewesen sind. Dem Chronisten C. Spangenberg, der noch im 16. Jahrhundert in dieser Gegend lebte, dürfte eine der Wahrheit nahekommende Sicht zuzutrauen sein. Er schreibt zu dieser Frage: "Darauf die Hüttenknechte, so in den nächst gelegenen Schmelzhütten gearbeitet, Häuslin und Hüttlin dahin gebauet, damit sie abends oder morgens wenn sie Schicht oder Feyerabend gemachet, nicht zu weit zu ihrer Ruge, und wenn sie wieder an ihre Arbeit angehen sollen, nicht gar ferne darzu zu gehen hätten."³³

Somit ist anzunehmen, daß die namentlich erfaßten Bergleute der Lohnzeitliste, die in Dörfern bzw. Siedlungsstellen innerhalb des erwähnten Umkreises wohnten (Annarode, Blumerode, Vaterode, Benndorf, Leimbach, Gräfenstuhl, Volkstedt, Todendorf, Eichsberg und Im Raben) und deren Existenz in den entsprechenden Dorfregistern des Amtssteueranschlages nachgewiesen werden kann, zum größten Teil wohl auch innerhalb dieser nahe Mansfeld gelegenen Region arbeiteten. Bei all dem ist es aber nicht möglich, von der Bergarbeiterzahl dieses relativ eng begrenzten Terrains auf das Gesamtvolumen der damals in den Kupferschächten der Grafschaft lebenden und arbeitenden Bergknechte zu schließen. Ebenso wenig lassen diese Quellen, die leider eine Ausnahmeerscheinung sind, schlüssige Vergleiche hinsichtlich der Lebenslage und des Lebensstandards von Lohnarbeitern einerseits und landbesitzenden Bauern andererseits in den Mansfelder Dörfern zu.

²⁸ Vgl. Staatsarchiv Magdeburg, Rep. 4, Ch 1, Bl. 106, 109; vgl. auch Paterna, Erich, a. a. O., S. 152.

²⁹ Vgl. ebenda, S. 269.

³⁰ Staatsarchiv Magdeburg, Rep. F 4, Ea 2, Bl. 007.

³¹ Vgl. ebenda, Außenstelle Wernigerode, Rep. A 32a, Nr. 960, Bl. 1 - 91.

³² Vgl. ebenda, Bl. 1 - 68, 70 - 82.

³³ Spangenberg, Cyriacus M., Mansfeldische Chronica, T. 4, hg. v. Rudolf Leers, in: Mansfelder Blätter, 31./32. Jg. 1918, XIV. Titel, 2, Fol. 441 a, S. 339.

in der relativ eng begrenzten Region um Mansfeld lassen sich für die Zeit um Judica 1532 insgesamt etwa 240 Bergleute namentlich erfassen, wobei diese Zahl nur einen Näherungswert darstellen kann, weil an einer Stelle der Lohnzeitliste die Anzahl der Berggesellen nicht genau festgelegt ist.³⁴ Die Berg- und auch Hüttenbetriebe der Grafschaft Mansfeld waren in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts so weit ausgebaut und erweitert worden, daß eine relativ starke Arbeitsteilung unter den Bergarbeitern notwendig war. Darauf verweist auch Paterna: Er nennt Häuer, Treckejungen, Lader, Häspeler, Kläuber und Hüttenknechte.³⁵ Ein ähnliches Bild ergibt sich aus der Lohnzeitliste Judica 1532. Sie kennzeichnet 47,32 Prozent der Bergleute als Schiffer und Schieferhauer, je 13,16 Prozent als Diener bzw. Jungen, 10,28 Prozent als Häspeler und 5,76 Prozent als Sinkler, wobei letztere bei der Entwässerung der in zunehmendem Maße in größere Tiefen vorgebrachten Schächte gefragt waren und sehr oft nicht aus der Grafschaft stammten. Spangenberg meint, sie seien in vielen Fäulen Schlesier gewesen.³⁶ Bei 10,28 Prozent der namentlich aufgeführten Bergleute fehlen jegliche Tätigkeitskennzeichnungen. Nahezu die Hälfte aller Berglohnarbeiter mußte die körperlich schwere Arbeit des Schieferhauers in den engen Schächten auf den Bergteilen der Hüttenmeister ausführen. Im übrigen erbrachte die Arbeit der etwa 240 Bergleute zum Lohnzeittermin Judica 1532 allein 59 Gulden und 3 Groschen an Lohnsteuern für die Mansfelder Grafen.³⁷

Die bereits in einer gräflichen Verordnung von 1503 nachzuweisende Institution des Dinghauers³⁸, eines kleinen Unternehmers, der mit Bergleuten in bestimmten, zwischen ihm und den Hüttenmeistern vertraglich vereinbarten Kupferschächten zeitweilig arbeitete und die Knechte von dem dafür empfangenen Entgelt entlohnte, läßt sich - wenn auch jeweils nur einmal - in beiden Lohnzeitlisten von 1532 belegen. In der Lohnzeitliste von Judica 1532 ist von einem Nickel Kesenap aus Leimbach die Rede, der mit seinen Gesellen in verschiedenen Schächten gearbeitet hatte. Er bekam insgesamt 13 Schock Groschen Lohn, von dem er seine Gesellen zu bezahlen hatte, und mußte eine Lohnsteuer von 9 Groschen, 3 Pfennigen und 1 Heller abführen.³⁹ Die Lohnzeitliste von Exaudi 1532 offenbart den Dinghauer Lorentz Kebelt, von dem es heißt, daß er "8 knecht alle zcu helbra wonende welche ehr mit name nicht weys hat". Kebelt verdiente mit diesen insgesamt 97 Schock Groschen und führte dafür 3 Schock und 10 Groschen Lohnsteuer ab.⁴⁰ Leider ist es nicht möglich, über die Wirtschaftslage von Kesenap und Kebelt Näheres zu erfahren, weil in dem einen Fall Kesenap nicht unter den Leimbachern katalogisiert ist und zum anderen ein Register Helbras aus dieser Zeit völlig fehlt.

Vergleicht man die in der Lohnzeitliste von Judica 1532 namentlich aufgeführten Bergarbeiter mit den in den entsprechenden Dorfregistern des Amtssteueranschlages Mansfeld des gleichen Jahres erfaßten Steuerzahlern, um Aussagen

34 Vgl. Staatsarchiv Magdeburg, Außenstelle Wernigerode, Rep. A 32 a, Nr. 960, Bl. 77.

35 Vgl. Paterna, Erich, a. a. O., S. 87 - 89.

36 Vgl. Spangenberg, Cyriacus M., Mansfeldische Chronica, T. 4, hg. v. Rudolf Leers, in: Mansfelder Blätter, 30. Jg. 1916, V. Titel, Fol. 74, S. 74.

37 Vgl. Staatsarchiv Magdeburg, Außenstelle Wernigerode, Rep. A 32 a, Nr. 960, Bl. 82.

38 Vgl. Mück, Walter, a. a. O., Urkunde Nr. 143. - Im Paragraph 1 heißt es, daß der Dinghauer "ufm Berge arbeiten unde eygen Schechte unde darinne Arbeit ynnen haben wil". Gemäß Paragraph 2 durfte der Dinghauer nur Bergarbeiter mit gutem Zeugnis beschäftigen. Im Paragraph 3 wurde ihm aufgetragen, während der Arbeit seiner Bergleute ständig im Schacht präsent zu sein.

39 Vgl. Staatsarchiv Magdeburg, Außenstelle Wernigerode, Rep. A 32 a, Nr. 960, Bl. 77.

40 Vgl. ebenda, Bl. 85.

über die soziale Herkunft der Bergleute treffen zu können, so muß man zunächst auf die Einbeziehung von mehr als 50 Bergarbeitern verzichten, da diese in Ortschaften zu Hause waren, für die entsprechende Register in dem Amtsanschlag Mansfeld fehlen. Dazu gesellen sich noch weitere 10 Bergleute, deren Wohnorte in der Liste nicht angegeben sind. Denkbar wäre sicher auch, daß es sich bei letzteren um Einwohner Mansfelds oder gar Eislebens gehandelt haben könnte. Alles in allem ergibt sich die Möglichkeit, insgesamt 166 namentlich erfaßte Bergleute für das relativ eng begrenzte Gebiet des genannten Umkreises mit dem Steueranschlag des gleichen Jahres zu vergleichen. Diese 166 Bergarbeiter waren in 10 Orten bzw. Siedlungsstellen, nämlich in Annarode, Benndorf, Leimbach, Vaterode, Blumerode, Gräfenstuhl, Volkstedt, Todendorf, Eichsberg und Im Raben, zu Hause. Aus 3 Dörfern, das sind Gorenzen, Mollendorf und Piskeborn, stammten keine im Bergbau beschäftigten Lohnarbeiter.

Tabelle 1

Zahl der Bergleute im Umkreis von Mansfeld 1531/32

Dorf	Bergleute insgesamt	Davon Tierbesitz	Davon Häusler	Davon Hausgenossen	Hausgenossen, im Amtsanschlag nicht aufgeführt	Hausgenossen insgesamt	Bauern oder Bauernsöhne
Annarode	5	3	5	0	3	3	0
Benndorf	13	8	4	4	10	14	5
Leimbach	26	18	24	2	32	34	0
Vaterode	16	11	11	1	24	25	4
Blumerode	6	5	3	1	3	4	2
Gräfenstuhl	5	5	4	0	6	6	1
Im Raben	4	0	2	2	0	2	0
Volkstedt	1	1	1	0	3	3	0
Todendorf	5	5	1	0	1	1	4
Eychsberg	2	2	1	0	1	1	1
Insgesamt	83	58	56	10	83	93	17

Quelle: Amtssteueranschlag 1531/32; Lohnsteuerliste Judica 1532.

Die Gegenüberstellung beider genannter Quellen (vgl. Tabelle 1) ergibt, daß die Hälfte der Bergarbeiter, nämlich 83, namentlich in den 10 Dorffregistern wiederzufinden ist. Von diesen 83 sind mit großer Sicherheit 56 als Häusler zu identifizieren, und weitere 10 werden eindeutig als Hausgenossen bezeichnet. So findet sich beispielsweise bei Tomas Johan und Johannes Eckart aus Leimbach⁴¹ oder bei Andres Teuffel und Ciliax Tomas aus Benndorf⁴² der Vermerk "Hausgenoß", wobei deren Vermögenswerte mit 3, 70, 10 bzw. 7 Gulden verzeichnet sind. Die restlichen 17 Bergleute dürften Bauern bzw. Söhne von Bauern gewesen sein. Die andere Hälfte der 166 Bergleute läßt sich in den entsprechenden Dorffregistern des Amtsanschlages namentlich nicht wiederfinden. Es bleibt hier nur der Schluß, daß es sich bei diesen 83 Bergleuten um in 9 der 10 Dörfer zur

41 Vgl. ebenda, Bl. 40.

42 Vgl. ebenda, Bl. 60.

Miete wohnende Hausgenossen gehandelt hat, die in den Ortschaften keinerlei Vermögenswerte zu versteuern hatten. Demzufolge können sie in dem Amtssteueranschlag gar nicht auftauchen. Der soziale Status dieser Bergarbeiter dürfte etwa mit dem des Vaters Martin Luthers, Hans Luther, in dessen ersten Jahren in der Grafschaft Mansfeld, also nach 1483, verglichen werden können.⁴³

Ein nicht unwesentlicher Teil der Mansfelder Bergleute ist seiner sozialen Lage nach zu den Häuslern zu rechnen. Es handelte sich dabei um solche Bergarbeiter wie Anton Schreckenberger, der in Leimbach ein Haus hatte und eine Kuh, 2 Schweine und 5 Hühner versteuerte und dessen Besitz mit 50 Gulden Vermögenswert verzeichnet war⁴⁴, wie den Schieferhauer Volckmar Hartz, der in Leimbach ein Haus hatte, dessen Vermögenswert mit 15 Gulden angegeben wurde⁴⁵, oder den Schieferhauer Caspar Hoffman, der in Leimbach über ein Haus, einen Garten und 10 Hühner mit einem Gesamtvermögenswert von 36 Gulden verfügte.⁴⁶ Der Amtsanschlag weist aus, daß die meisten dieser Bergleute mit Häuslerstatus über etwas Kleintierbesitz, wie Hühner, Gänse, Enten, hin und wieder auch einmal eine Kuh oder zwei Schweine, disponierten. So versteuerten unter anderem von den 24 im Dorf Leimbach wohnenden Bergleuten, die den Häuslern zuzuordnen sind, 18 etwas Kleinvieh⁴⁷ und von den 11 damals in Vaterode ansässigen Häusler-Bergleuten 7 einige Hühner, Gänse und dergleichen mehr.⁴⁸

Der Chronist des 16. Jahrhunderts kann das im übrigen bestätigen, wenn er konstatiert, daß diese Gruppe von Bergarbeitern nahe der Schächte und Hütten kleine Häuschen hatte, in denen sie Hühner bzw. auch etwas Vieh aufzog.⁴⁹ Es dürfte indessen kaum zu ermitteln sein, ob diese Häusler in der Regel aus dem Prozeß der sozialen Differenzierung in den Dörfern selbst hervorgingen, also deren Vorfahren schon über mehrere Generationen Einwohner von Annarode, Leimbach oder Benndorf gewesen sind, oder ob ein gewisser Teil dieser mit einem geringen Anwesen ausgestatteten Siedler in den Dörfern oder Städten des Mansfelder Gebietes gewissermaßen heimisch gemacht wurde. Letzteres scheint deshalb nicht ausgeschlossen, weil schon seit der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts von den Grafen die Zuwanderung von Bergleuten sehr gefördert wurde,⁵⁰ zu Anfang des 16. Jahrhunderts mit gräflicher Unterstützung unter anderem zwei neue Stadtteile Eislebens entstanden, in denen vorwiegend Bergarbeiter angesiedelt wurden,⁵¹ und Spangenberg zudem darüber berichtet, daß von außerhalb der Grafschaft kommende zukünftige Bergleute mit Erlaubnis der

43 Vgl. die in Anm. 17 aufgeführte Literatur; vgl. darüber hinaus Luther, D. Martin, Werke, Kritische Gesamtausgabe, Tischreden, Bd. 3, Weimar 1914, Nr. 2888 a: "Parens meus, in adolescentia sua ist er ein armer hewr gewesen"; ebenda, Bd. 5, Weimar 1919, Nr. 6250: "Darnach ist mein vater gegen Mansfeld getzogen und doselbes ein bergkheuer worden".

44 Vgl. Staatsarchiv Magdeburg, Außenstelle Wernigerode, Rep. A 32 a, Nr. 960, Bl. 41.

45 Vgl. ebenda, Bl. 37.

46 Vgl. ebenda, Bl. 40.

47 Vgl. Tabelle 1; vgl. Staatsarchiv Magdeburg, Außenstelle Wernigerode, Rep. A 32 a, Nr. 960, Bl. 32 - 45.

48 Vgl. ebenda, Bl. 20 - 26.

49 Vgl. Spangenberg, Cyriacus M., a. a. O., V. Titel, Fol. 74 - 74 a, S. 74 f.

50 Vgl. Mück, Walter, a. a. O., Urkunde Nr. 135: Schöffnenbuch des Berggerichts Eisleben von etwa 1450.

51 Vgl. Etzrodt, Hermann, a. a. O., S. 57 - 62; Spangenberg, Cyriacus M., a. a. O., XI. Titel, Fol. 255, S. 250, stellt dazu u. a. fest: "hat Graf Albrecht um das 1511. Jahr, als die Bergwerke sich wohl angelassen, den Bergleuten erlaubt, auch noch forder vor dem Neuendorf zu bauen, darzu er ihnen die Hofstätten ausgeteilet. Und ist in kurzer Zeit eine große und lange Vorstadt des Orts erbauet worden."

gräflichen Herrschaft ein ganzes Dorf im Hirschwinkel erbaut hätten.⁵² Es wird wohl davon auszugehen sein, daß diese im Bergbau beschäftigten Häusler sowohl aus dem Prozeß der sozialen Differenzierung, also im Zuge der Vorgänge um die Entbäuerlichung in den Dörfern, als auch auf der Basis von Neuansiedlungen Grafschaftsfremder hervorgegangen sind.

Im Zusammenhang mit den Prozessen um die soziale Differenzierung in den Dörfern sind zweifellos auch jene Bergleute aus bäuerlichen Kreisen zu sehen, die wohl nur zeitweilig oder über den Weg der "Delegierung" eines Bauernsohnes zu den Bergarbeitern stießen. Typisch für solche Fälle ist zum Beispiel Jacoff Wigant aus Vaterode, der vermögensrechtlich mit seinen 110 Gulden an der unteren Grenze der 11 Bauern dieses Dorfes einzugruppiert ist, die zwischen 100 und 300 Gulden zu versteuern hatten (wobei zu bemerken ist, daß es auch allerdings nur noch einen Bauern im Dorf gab, der mehr als 300 Gulden Vermögenswert anzuzeigen hatte). Wigant verfügte über Haus, Hof, 16 Morgen Acker, 4 Morgen Weide, 3 Morgen Wiese, 2 Kühe, 1 Kalb, 1 Schwein, 18 Hühner und 6 Gänse.⁵³ Beim Dorfgenossen Wigants, Bastian Pletener, hingegen, der als Diener im Berglohnzeitregister Judica 1532 erscheint, kann es sich wohl nur um einen gleichnamigen Sohn des vermögendsten Bauern Vaterodes gehandelt haben, der ein Vermögen von 500 Gulden zu versteuern hatte. Zu dessen Besitz gehörten Haus, Hof, 33 Morgen Acker, 7 Morgen Wiese, 9 Kühe, 8 Kälber, 7 Schweine, 30 Schafe, 6 Ziegen, 40 Hühner und 15 Gänse. Außerdem beschäftigte dieser Bauer auch eine Magd.⁵⁴ Er durfte daher kaum auf eine zusätzliche Erwerbstätigkeit angewiesen gewesen sein. Daß Bauernsöhne im Bergbau unterkamen, kann jedoch nur in ganz wenigen Fällen aus der Bergbauliste abgelesen werden: Zum Beispiel ist in derjenigen mit dem Stichtag Exaudi 1532 von "Volckmar Pawels Sohn" oder von "Peter Steydelts Sohn" aus Leimbach⁵⁵ die Rede. In Leimbach versteuerte im gleichen Jahre laut Amtssteueranschlag Mansfeld ein Peter Seydelt einen Vermögenswert von 125 Gulden.⁵⁶

Der größte Teil der 83 Bergleute (vgl. Tabelle 1), die sowohl in der Lohnzeitliste Judica 1532 als auch im entsprechenden Dorfregister des Amtsanschlages Mansfeld 1532 namentlich erscheinen, nämlich insgesamt 55, stammten aus den relativ großen Dörfern Leimbach (26), Vaterode (16) und Benndorf (13). Über das unterhalb des Schlosses Mansfeld zwischen dem Tal und Großörner gelegene Leimbach ist vom zeitgenössischen Chronisten zu erfahren, daß es lange Zeit ein großes Dorf gewesen sei, das ständig an Umfang zugenommen habe, und daß dort vor allem viele Bergleute angesiedelt worden seien.⁵⁷ Das soziale Antlitz Leimbachs wurde in der Tat Anfang der dreißiger Jahre des 16. Jahrhunderts von Häuslern geprägt, denn von 101 Steuerzahlern waren 81 (= 80,2 Prozent) nur im Besitze eines Hauses oder Häuschens, von denen wiederum 51 (= 63 Prozent) über geringen Tierbesitz verfügten. Die drei großen Dörfer Leimbach, Vaterode und Benndorf weisen in der Sozialstruktur große Ähnlichkeit auf. Der allergrößte Teil der Steuerzahler konnte nur ein Vermögen unter 100 Gulden anzeigen. In Leimbach waren das 75 von 101 Steuerzahlern, also 74,25 Prozent, in Vaterode 38 von 50 Steuernden, also 76 Prozent, und in Benndorf 20 von 35 Steuerzahlern, damit 57,14 Prozent.⁵⁸

52 Vgl. Spangenberg, Cyriacus M., a. a. O., V. Titel, Fol. 74 - 74 a, S. 74 f.

53 Vgl. Staatsarchiv Magdeburg, Außenstelle Wernigerode, Rep. A 32 a, Nr. 960, Bl. 80, 20 - 26.

54 Vgl. ebenda, Bl. 78.

55 Vgl. ebenda, Bl. 84.

56 Vgl. ebenda, Bl. 33.

57 Vgl. Spangenberg, Cyriacus M., a. a. O., VI. Titel, X., Fol. 155 a, S. 159.

58 Quelle für die Zahlenangaben: Staatsarchiv Magdeburg, Außenstelle Wernigerode, Rep. A 32 a, Nr. 960, Bl. 32 - 45, 20 - 26, 56 - 61.

Setzt man die aufgrund der Lohnzeitliste Judica 1532 namentlich ermittelten Bergleute, die Häusler oder Bauernkreisen entstammten, zu den entsprechenden Dorflisten des Amtsanschlages Mansfeld in Beziehung, so fällt auf, daß die meisten Bergarbeiter Häusler mit niedrigen zu versteuernden Vermögenswerten waren. In Leimbach erscheinen 19 der 24 Bergleute mit einem Steuerwert unter 100 Gulden, in Vaterode waren es 12 von 15 und in Benndorf 8 von 9. Interessant scheint auch die Feststellung zu sein, daß die übergroße Mehrheit der Mansfelder Bergarbeiter, die nicht den Hausgenossen zuzuordnen sind, in die Vermögensgruppe unmittelbar über der Armutsgrenze⁵⁹ eingruppiert werden muß. Das waren in Leimbach 14 von 24 (es handelte sich um die Vermögensgruppe zwischen 11 und 50 Gulden), in Vaterode 12 von 15 (die entsprechende Vermögensgruppe faßte Vermögen zwischen der errechneten Armutsgrenze von 6,4 Gulden und 50 Gulden), und in Benndorf waren es nur 2 von 9 (entsprechende Vermögensgruppe: 15,6 bis 50 Gulden), wobei hier 4 weitere Bergleute in die unterste Gruppe, also diejenige bis 15,5 Gulden, eingeordnet werden müssen.

Ein Vergleich zwischen der Lohnzeitliste Judica 1532 und dem Amtsanschlag 1532 weist ferner eine größere Zahl von Bergleuten im Hausgenossenstatus auf (laut Tabelle 1, in den drei großen Dörfern 73, und zwar in Leimbach 34, in Vaterode 25 und in Benndorf 14). Außer diesen Hausgenossen und den schon zuvor zahlenmäßig erfaßten Häuslern, die Bergleute geworden sind, gab es jedoch noch viele Steuerzahler in diesen drei Dörfern, die ebenfalls über kein Land verfügten, allenfalls ein Haus und etwas Kleintierbesitz zur Steuer angaben. Dies zeigt, wie groß die Reserve an Arbeitskräften für die Kupferschächte und -hütten im Mansfeldischen in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts gewesen ist. So befanden sich in Leimbach noch 55, in Vaterode noch 20 und in Benndorf noch 10 Steuerzahler in einer sozialen Lage, die sie als Bergleute prädestiniert, ohne daß sie, verglichen mit der Lohnzeitliste, als solche ausgewiesen sind.⁶⁰ Damit gelangt man zu dem gleichen Ergebnis wie Adolf Laube, der für den erzgebirgischen Silbererzbergbau jener Zeit feststellt, daß "ein genügend großes Arbeiterreservoir vorhanden war, das offenbar nur zeitweilig erschöpft wurde"⁶¹.

Natürlich konnten die zahlreichen Steuerzahler, deren Landbesitz für eine bäuerliche Existenz im Grunde nicht mehr ausreichte und die damit keinen auch nur relativ gesicherten Platz im Zuständigkeitsbereich der feudalen Produktionsverhältnisse mehr hatten, als Tagelöhner in den für den Bergbau erforderlichen Zulieferproduktionsbereichen, etwa dem Holz- und Kohlenfuhrwesen, als Transportarbeitskräfte, sicher auch zu einem Teil als Knechte in den bäuerlichen Höfen des Ortes, zeitweilig ein Arbeitsverhältnis finden. Andere Gewerbe, wie etwa das des Fuhrmanns, wurden durch das Berg- und Hüttenwesen zu einer Notwendigkeit. In der Dorfliste des Amtsanschlages über das in unmittelbarer Nachbarschaft des Bergbaus befindliche Dorf Leimbach sind 3 Fuhrleute verzeichnet, die vermutlich Bauern waren, denn sie gaben neben ihrem Haus- und Hofbesitz Land, Wiesen und Gehölze oder Vieh zur Versteuerung an. So verschoßten Bastian Allenkirch neben Haus und Hof 127 Morgen Acker, 12 Morgen Wiese, 2 Holzflecken, einen Garten, 2 Kühe, ein Schaf und 60 Hühner und Larius Ludwig neben 2 Häusern und Höfen 15 Morgen Acker, 2 Morgen Wiese, 2 Morgen

59 Als Armutsgrenze wird von Wunder und Bräuer ein Zehntel des Mittelwertes angesetzt, den die vermögenden Einwohner eines Ortes zu versteuern hatten. Diese Berechnungsgrundlage hat zumindest den Vorteil, daß sie subjektive Wertungen und Einschätzungen weitgehend ausschließt (vgl. Wunder, Gerd, Die Stuttgarter Steuerliste von 1545. Veröffentlichung des Archivs der Stadt Stuttgart, Bd. 26, Stuttgart 1974, S. XXVII; Bräuer, Helmut, a. a. O., S. 32).

60 Vgl. Staatsarchiv Magdeburg, Außenstelle Wernigerode, Rep. A 32 a, Nr. 960, Bl. 32 - 45, 20 - 26, 56 - 61.

61 Laube, Adolf, Studien ..., a. a. O., S. 213; vgl. auch Heitz, Gerhard, Ländliche Leinenproduktion in Sachsen 1470 - 1555, Berlin 1961, S. 44 f.

Gehölz, 3 Kühe, 11 Schweine und 15 Hühner, wobei Allenkirch 2 Knechte und eine Magd und Ludwig 2 Knechte entlohnte.⁶² Bastian Allenkirch betrieb das Fuhrgeschäft mit einem Wagen und 4 Pferden, Ludwig ebenfalls mit einem Wagen und 4 Pferden, während Heintz Wird ein Holzgeschirr mit 9 Pferden zur Versteuerung angab.⁶³

Auffällig ist, daß es im Umkreis von etwa 5 bis 8 Kilometern um Mansfeld 3 Dörfer gab, für die sich keine Bergleute ermitteln lassen. Die Ortschaften Gorenzen, Piskeborn und Mollendorf waren offenbar relativ gutsituierte Bauerndörfer; lediglich in Piskeborn gab es 4 Landlose. Das Bild dieser Dörfer wurde eindeutig von Hufenbesitzern geprägt, deren Vermögenswerte sich in der Regel zwischen 50 und 300 Gulden bewegten.⁶⁴ Damit ist gesagt, daß es selbst in diesen Orten keine besonders reichen Bauern gegeben hat. Den bäuerlichen Produzenten dieser Dörfer fiel offenbar in erster Linie die Aufgabe zu, zur Sicherung der Ernährung der Berg- und Hüttenlohnarbeiter im Mansfeldischen beizutragen.⁶⁵

Nimmt man die 166 im Lohnzeitregister Judica 1532 namentlich katalogisierten Bergarbeiter, deren soziale Eingruppierung sich anhand des Amtsanschlages relativ sicher vornehmen läßt, als das Fixum, so wird deutlich, daß diese in 10 Dörfern beheimateten Bergknechte in mehr als der Hälfte aller Fälle, nämlich zu 56,02 Prozent, der Schicht der Hausgenossen, etwa zu einem Drittel, genau zu 33,73 Prozent, den Häuslern und immerhin zu einem Zehntel, präzise zu 10,24 Prozent, bäuerlichen Verhältnissen entstammten (vgl. Tabelle 2). Wenn auch der davon erfaßte geographische Raum, verglichen mit dem gesamten damaligen Mansfelder Bergbauggebiet, recht klein ist und eine voreilige Verallgemeinerung wohl nicht ratsam erscheinen läßt, so muß man dennoch festhalten, daß sich hier aufgrund der Quellensituation die bisher einzige Möglichkeit bietet, zumindest für ein begrenztes Gebiet die Frage nach der sozialen Herkunft der Mansfelder Bergleute in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts einigermaßen verlässlich zu beantworten.

Tabelle 2

Soziale Herkunft der Bergleute im Umkreis von Mansfeld 1531/32

Hausgenossen	93 Bergleute	=	56 %
Häusler	56 "	=	34 %
Bauern bzw. Bauernsöhne	17 "	=	10 %
Insgesamt	166 Bergleute		100 %

Quelle: Amtssteuersanlag 1531/32; Lohnsteuerliste Judica 1532.

Die Herkunft der Bergleute im Mansfeldischen war in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts recht heterogen, und demzufolge dürfte auch ihre Lebenslage als uneinheitlich und unterschiedlich zu charakterisieren sein. Ebenso verschiedenartig war ihre Stellung zu den feudalen Produktionsverhältnissen. Dies ergab sich aus der sich verstärkenden sozialen Differenzierung auf dem Lande und

62 Vgl. Staatsarchiv Magdeburg, Außenstelle Wernigerode, Rep. A 32 a, Nr. 960, Bl. 42 f.

63 Vgl. ebenda.

64 Vgl. ebenda, Bl. 13 - 15, 16 - 19, 11 - 15.

65 Für das Erzgebirge widmet sich diesen Fragen vor allem Löscher, Hermann, a. a. O., S. 154.

dem damit verbundenen Entbäuerlichungsprozeß. Je gründlicher sich ihre Trennung von den feudalen Produktionsverhältnissen vollzogen hatte, desto vollständiger, endgültiger und unumkehrbarer war die Einbeziehung dieser unmittelbaren Produzenten in den Prozeß der ursprünglichen Akkumulation. Während mehr als die Hälfte der Bergarbeiter der unmittelbaren feudalen Abhängigkeit entrückt war, weder zu den Produktionsmitteln gerechnet werden konnte, noch dergleichen besaß, "davon vielmehr frei, los und ledig"⁶⁶ war und demzufolge dem unabdingbaren Zwang unterlag, ihre Arbeitskraft auf Gedeih und Verderb auf dem Markte verkaufen zu müssen, konnte ein Drittel der Bergarbeiter dieser Zeit versuchen, einen bestimmten, wenn auch geringen Teil der Ernährung seiner Familien im Rahmen der noch fest in den feudalen Produktionsverhältnissen verhafteten Häuslerwirtschaft abzusichern. Ein Zehntel der im Berg tätigen unmittelbaren Produzenten dieser Zeit kam direkt aus den feudalen Produktionsverhältnissen⁶⁷ und unterlag demzufolge auch nicht dem Zwang, unbedingt einer Tätigkeit außerhalb der Landwirtschaft nachzugehen, es sei denn, es handelte sich um nicht erberechtigte Bauernsöhne.

Sicher erklären auch die unterschiedliche soziale Herkunft der Mansfelder Bergleute⁶⁸, ihr diverser Grad der Bindung an die feudalen Produktionsverhältnisse sowie ihr divergierendes Vermögen, zur Ernährungsgrundlage ihrer Familien mit Hilfe zumindest kleiner Reste von landwirtschaftlichen Betrieben beizutragen, daß es während der revolutionären Ereignisse von 1524/25 weder zu einer allgemeinen Erhebung der Mansfelder Bergleute noch zu einem stabilen Bündnis mit den Bauern kam. Eine nicht unwesentliche Rolle dürfte zudem dabei gespielt haben, daß die Bergleute in den Schächten und Gruben aus verschiedenen Ortschaften dieser mit dörflichen Siedlungen reich ausgestatteten Gegend stammten. Die Mehrheit der Mansfelder Bergknechte lebte in Verhältnissen, die nicht mit denen der Bauern vergleichbar waren. Ein Verständnis für die Sorgen und Probleme der Bauern war von ihnen daher kaum zu erwarten.

66 Marx, Karl, a. a. O., S. 742.

67 Laube, Adolf, Studien ..., a. a. O., S. 276, kann bezüglich des Erzgebirges den Anteil des bäuerlichen Elementes unter den Bergarbeitern nicht näher bestimmen.

68 Vgl. vor allem derselbe, Zum Problem ..., a. a. O., S. 104 - 110. - Ein Zusammengehen von Bergleuten und Bauern 1525 in Mitteldeutschland konnte bislang nur für Marienberg nachgewiesen werden (vgl. Carlowitz, Horst, Die Bauernerhebung 1525 im Amt Wolkenstein, in: Sächsische Heimatblätter, Nr. 6/1969, S. 255 ff.).

Zur sozialökonomischen und politischen Entwicklung Nordbulgariens in der römischen Kaiserzeit

von Velizar Velkov

In der zweiten Hälfte des 1. Jahrhunderts v. u. Z. begann für die römische Republik die letzte Phase ihrer Entwicklung. Wichtige politische und militärische Entscheidungen fielen in Auseinandersetzungen auf der Balkanhalbinsel.

Im Jahre 48 v. u. Z. siegte Caesar, der das außenpolitische Ziel verfolgte, die Grenze nach Nordosten bis an die Donau zu verlegen,¹ obwohl die dortige Lage durch mösische Stammesbündnisse und die Entstehung des Getenreiches unter Burebista schwierig war, bei Pharsalus über Pompeius.² Sein Tod im Jahre 44 v. u. Z. verhinderte aber die Ausführung; etwa zur gleichen Zeit starb auch Burebista, dessen Reich danach zerfiel.³ Im Jahre 42 v. u. Z. siegten Antonius und Octavianus bei Philippi über Cassius und Brutus.⁴ Mit Unterstützung Roms festigte sich das Thrakerreich unter Raskuporis, dem Gründer der letzten thrakischen Dynastie, wodurch zugleich allmählich seine Selbständigkeit ausgehöhlt wurde.⁵

Im Jahre 31 v. u. Z. siegte Octavianus bei Actium über Antonius. Jetzt stand Augustus nichts mehr im Wege, die Idee von Caesar zu verwirklichen. Die Sicherheit des Staates, seine wirtschaftlichen und besonders seine strategischen Interessen erforderten eine schnelle Entscheidung. Die Lage des thrakischen Reiches war unklar: Es war das einzige in den europäischen Gebieten östlich des Rheins und südlich der Donau, das sich immer noch einer - eingeschränkten - Selbständigkeit erfreute. In Nordbulgarien und der rumänischen Dobrudscha gab es weiterhin einige Stammesvereinigungen unter lokalen Herrschern. Außerdem war die Donau leicht überwindbar für Eindringlinge aus dem Norden.

Der mösisch-thrakische Raum hatte seit langem die Aufmerksamkeit römischer Kaufleute auf sich gelenkt. Zahlreiche Hortfunde römischer Münzen aus dem 2. und 1. Jahrhundert v. u. Z. in Nordwest- und Nordbulgarien zeigen die Wege des wirtschaftlichen Eindringens, das auch in anderen europäischen und asiatischen Gebieten der militärischen Eroberung vorausging.

1 Suetonius, Iulius 44.

2 Kromayer, Johannes/Veith, Georg, Antike Schlachtfelder, Bd. 2, Berlin 1903, S. 401 ff.; Dieter, Horst/Günther, Rigobert, Römische Geschichte bis 476, Berlin 1979, S. 182.

3 Vgl. Strabo 7,3,5; 7,3,11; s. auch Danov, Christo, Die Thraker auf dem Ostbalkan von der hellenistischen Zeit bis zur Gründung Konstantinopels, in: Aufstieg und Niedergang der Römischen Welt, Principat, Bd. 7,1, Berlin(West)/New York 1979, S. 118 - 120.

4 Vgl. Appianus, Bella civilia 14, 368 - 572.

5 Über die letzte Periode des thrakischen Reiches vgl. mit Quellen und Literatur zuletzt Danov, Christo, a. a. O., S. 131 ff.

Den Anlaß hierzu gaben im Jahre 30 v. u. Z. die Bastarner, als sie zusammen mit den Dakern die Donau überquerten und mösische und andere Stammesgebiete verwüsteten. Im Jahre 29/28 v. u. Z. wurde dieser Einfall zurückgeschlagen, die einheimischen Stammesstrukturen aufgelöst und mit der römischen Okkupation Nordbulgariens begonnen.⁶ Diese erste Etappe der römischen Eroberung endete um das Jahr 10 v. u. Z., in dem auch die letzte Phase in der Entwicklung des thrakischen Reiches begann. Das genaue Datum der Gründung der Provinz Mösien wurde bisher nicht festgestellt.⁷ Um das Jahr 10 v. u. Z. wurden im künftigen Mösien Heerestellen stationiert und eine selbständige Militärverwaltung organisiert. Im Jahre 12 wurde Gaius Popeius Sabinus zum kaiserlichen Statthalter in Mösien ernannt. Drei Jahre später verwaltete er auch die Provinzen Makedonien und Achaia.⁸ Als Provinz wurde Mösien wahrscheinlich in den ersten Regierungsjahren des Tiberius gegründet und bildete zusammen mit Makedonien und Achaia eine administrative - gegen Thrakien gerichtete - Einheit. Mösien wurden dann die Kolonien an der Schwarzmeerküste und ein Teil der an der Donau gelegenen Gebiete,⁹ die bis zu dieser Zeit zum Thrakischen Reich gehörten, eingegliedert. Nachdem das thrakische Reich im Jahre 45 römische Provinz wurde, verselbständigte sich Mösien zu einer kaiserlichen Provinz unter konsularischer Verwaltung. Sie umfaßte das heutige Serbien, Nordbulgarien und Teile der Dobrudscha ohne die Balkanvorgebirge, die in der Provinz Thrakien blieben. Mit der Stabilisierung der römischen Macht dehnte sich Mösien im 1. Jahrhundert allmählich auf die ganze Dobrudscha aus. Strategische Erwägungen führten im Jahre 86 zur Teilung in Ober- und Untermösien am Fluß Cibrica. Im Laufe der folgenden Jahrzehnte näherte sich die Grenze immer mehr dem Balkan, und erst zu Beginn des 3. Jahrhunderts verlief sie auf dem Gebirgskamm.¹⁰

In seinem größten Teil umfaßte Untermösien (Moesia inferior) das Gebiet Nordbulgariens. Das war eine neue Provinz ohne ältere lokale urbanistische Traditionen. Im 1. Jahrhundert wurden hier bedeutende Truppeneinheiten einquartiert, und ungefähr bis zum 3. Jahrhundert standen hier zwei bis vier legiones und zahlreiche alae und cohortes.¹¹ Wie in den anderen römischen Grenzprovinzen kam mit dem Heer auch eine bedeutende Gruppe romanisierter Bevölkerung. Die Siedlungen hatten den Rang von coloniae, municipia, vici. Die beiden großen Städte Marcianopolis und Nicopolis ad Istrum gehörten im 2. Jahrhundert noch zu Thrakien; erst gegen Ende jenes Jahrhunderts gingen sie an Untermösien über. Sie waren wie die griechischen Städte der östlichen Provinzen und die Kolonien an der Schwarzmeerküste organisiert, deren Status die Provinzialverwaltung bewahrte. In diesen Städten konnte das Lateinische das Griechische nicht verdrängen, besonders wenn man in Betracht zieht, daß ein großer Teil dieser städtischen Bevölkerung aus Kleinasien bestand und später

6 Die Hauptquelle ist Dio Cassius 51,23,2 - 51,27,2.

7 Über die Probleme der Gründung der Provinz Mösien vgl. Premerstein, Anton v., Die Anfänge der Provinz Moesia, in: Jahrbuch des Österreichischen Archäologischen Instituts, Beiblatt, Bd. 1, 1898, S. 145 - 196; Stein, Arthur, Die Legaten von Mösien, Budapest 1940, S. 10 - 12; Syme, Ronald, Lentulus and the origin of Moesia, in: Journal of Roman Studies, Bd. 24, 1934, S. 113 ff.

8 Stein, Arthur, a. a. O., S. 18.

9 Zum Militär am Limes s. auch Ovidius, Epistulae ex Ponto 4,7.

10 Fluß, Max, Moesia, in: Pauly's Realencyclopädie der classischen Altertumswissenschaft, Neue Bearbeitung, hg. v. G. Wissowa u. a., Bd. 14, 1930, Sp. 1505 - 1511.

11 Filov, Bogdan, Die Legionen der Provinz Moesia von Augustus bis auf Diocletian, Leipzig 1906; Beneš, Jan, Auxilia Romana in Moesia atque in Dacia, Prag 1978.

sich hier auch einheimische Bevölkerung niederließ.¹² Die Provinz hatte nur eine Kolonie: *colonia Ulpia Oescus*, und einige Munizipien: *Novae*, *Durostorum*, *Tropaeum Traiani*, *Troesmis* und wahrscheinlich *Montana*. Bei den übrigen Siedlungen handelte es sich um vici.¹³

Seit ihrer Gründung bis zur Mitte des 3. Jahrhunderts, das heißt bis zum Beginn der großen Einfälle von Völkern aus dem Norden, die zu allseitigen wirtschaftlichen und politischen Veränderungen in den Gebieten an der unteren Donau geführt haben, hatte sich die Provinz Untermösien verhältnismäßig ruhig entwickelt. Damit wurden günstige Voraussetzungen für das Eindringen der antiken Produktionsverhältnisse geschaffen: Aufblühen des Großgrundbesitzes auf der Grundlage von Sklavenarbeit, der handwerklichen Produktion und - unmittelbar damit verbunden - einer Reihe von städtischen Zentren. Die Zahl dieser Städte ist aber verhältnismäßig gering, und das Vorhandensein von nur einer Kolonie und einigen Munizipien zeugt von einer zwar schon begonnenen, aber noch nicht völlig entwickelten Romanisierung dieser Gebiete. In gewissem Grade ist das auch darauf zurückzuführen, daß Untermösien erst spät in das römische Wirtschafts- und Staatssystem integriert wurde und nur verhältnismäßig kurze Zeit unter diesen Bedingungen existierte und sich entwickelte - kaum zwei Jahrhunderte lang.

Während dieser Zeit wurde Untermösien nicht von den verschiedenen ethnischen Gruppierungen aus dem Norden ernstlich gefährdet. Die im 1. Jahrhundert entstandenen Festungen entwickelten sich später auch als zivile Siedlungen, wie *Sexaginta Prista*, *Transmarisca*, *Appiaria*.¹⁴

Nach der erfolgreichen Beendigung der dakischen Kriege unter Trajan und der Verwandlung des Dakerreiches in eine römische Provinz hat sich die politische Lage auf dem Balkan verändert.¹⁵ Das bulgarische Donauufer war kein Grenzgebiet mehr, weil die Grenze gegen die "barbarische" Welt weit nach Norden verschoben wurde. In Untermösien wurden die Militärabteilungen umgestellt, eine Reihe von Siedlungen, die sich erfolgreich während der Zeit der Flavier entwickelt hatten, erhielten jetzt den Status von Städten. Zu Beginn des 2. Jahrhunderts wurden auch neue Städte gegründet. All dies förderte die Durchsetzung der antiken Produktionsweise.

Das 2. Jahrhundert war eine Zeit der friedlichen Entwicklung für Untermösien, die in einem Aufblühen antiken städtischen Lebens in seiner ganzen materiellen und geistigen Kultur zum Ausdruck kam. Ihren Höhepunkt erreichte sie unter den Severern am Ende des 2. und am Anfang des 3. Jahrhunderts. Im dritten

12 Über die ethnische Zusammensetzung der Bevölkerung in Nordbulgarien zu dieser Zeit vgl. Gerov, Boris, *L'aspect ethnique et linguistique dans la région entre le Danube et les Balkans à l'époque Romaine (I^{er} - III^e s.)*, in: derselbe, *Beiträge zur Geschichte der römischen Provinzen Mösien und Thracien*. Gesammelte Aufsätze, Amsterdam 1980, S. 21 ff. - Sehr ausführlich und mit der ganzen epigraphischen Dokumentation über die Romanisierungsprozesse in Nordbulgarien während der römischen Zeit derselbe, *Romanizmaĵ meĵdu Dunava; Balkana* (Die Romanisierung zwischen Donau und Balkan), in: *Godišnik na Sofijskija universitet, istoriko-filologičeski fakultet*, Bd. 45, 1948/1949, S. 1 - 90; Bd. 47, 1950/1952, S. 17 - 120; Bd. 48, 1952/1953, S. 307 - 407.

13 Vulpe, Radu, *Colonies et municipes de la Mésie Inférieure*, in: derselbe, *Studia thracologica*, Bukarest 1976, S. 289 ff.

14 Velkov, Velizar, *Eine neue Inschrift über Laberius Maximus und ihre Bedeutung für die ältere Geschichte der Provinz Moesia Inferior*, in: *Epigraphica*, Bd. 27, 1966, S. 90 - 109.

15 Vulpe, Radu, *Dion Cassius et la campagne de Trajan en Mésie Inférieure*, in: derselbe, *Studia thracologica*, a. a. O., S. 234 ff.

Viertel des 2. Jahrhunderts begannen neue Einfälle von "Barbaren", von denen besonders der Zug der Kostoboken im Jahre 170 unter anderem zur örtlichen und zeitweiligen Einstellung von Münzprägung und Rekrutierung führte.¹⁶

Wie anderswo bedeutete die Durchsetzung der römischen Macht eine grundlegende Änderung der Grundeigentumsverhältnisse. In Untermösien fanden die Römer Stämme vor, bei denen das Bodengemeineigentum vorherrschte, die noch im Stadium der Gentilordnung lebten. Ein Teil dieser Bevölkerung kam um, ein anderer wurde in die Sklaverei verkauft. Gewaltsam wurden in der ersten Hälfte des 1. Jahrhunderts andere Stämme angesiedelt. Es begann die Stationierung von Militär am Donaulimes, was zur Separierung von Territorien für diese Einrichtungen führte. Dann setzte der auch aus anderen Provinzen bekannte Prozeß der Gründung von Städten am Limes ein. Fruchtbare Landstücke wurden zu kaiserlichen Domänen; die Sklavenarbeit drang ein. In Untermösien bestanden gute Möglichkeiten für Landwirtschaft und Handwerk, und im 1. Jahrhundert begann die Kolonisierung sowohl durch Veteranen der hier stehenden Truppenkörper als auch durch Einwanderer aus Italien, anderen Provinzen und selbstverständlich dem Landesinneren. Sie ließen sich hier nieder, angezogen von den Entwicklungsmöglichkeiten, die die an das Reich neuangeschlossenen Gebiete ihnen boten.¹⁷

Durch die Bildung des staatlichen großen und des privaten mittleren und großen Grundbesitzes drangen in die Landwirtschaft Untermösiens im 1. Jahrhundert und zu Beginn des 2. Jahrhunderts schon ganz entschieden die römischen Verhältnisse der Sklavereigesellschaft ein. Im Unterschied zur Provinz Thrakien, wo dieser Prozeß durch die Erhaltung der thrakischen Dorfgemeinde, durch die geringe Zahl von Truppen und Militärkolonisten eingeschränkt war, erreichte er in Untermösien eine größere Verbreitung. Im 1. Jahrhundert erschienen auch die ersten Nachrichten über Sklaven von Militärpersonen, von Ansiedlern, Freigelassenen. Sie sind jedoch von außen gekommen und stehen noch in keiner direkten Verbindung mit der Produktion. Erst gegen Ende des 1. Jahrhunderts wurden die Sklaven in der Landwirtschaft der Veteranen und der anderen Ansiedler zur Hauptarbeitskraft.¹⁸

Nach dem Beginn des 2. Jahrhunderts erreichten die Produktivkräfte ein bedeutend höheres Niveau. Die günstige wirtschaftliche Entwicklung führte zur Entfaltung eines bis jetzt in dieser Region unbekanntes städtischen Lebens.¹⁹ Dieser Prozeß wurde auch dadurch gefördert, daß um die Standorte der Heeresabteilungen schnell Siedlungen entstanden, wovon sich einige in Städte verwandelten. In einer Reihe von Fällen hat es hier ältere thrakische Siedlungen gegeben, und zwar in wirtschaftlich und strategisch günstigen Gegenden, wie an Mündungen von in die Donau mündenden Flüssen, wo das Siedlungsleben ganz natürlich sehr früh entstanden war. Hierzu zählen Ratiaria, Oescus, Novae, Durostorum, die im 2. Jahrhundert auch die Rechte von *coloniae* und *municipia* erhielten. Kleinere Siedlungen am Donauufer waren *Bononia*, *Almus*, *Augusta*, *Utus*, *Dimum*, *Iatrus*, *Sexaginta Prista*, *Appiaria*. Im Innern der Provinz ent-

16 Gerov, Boris, Die Krisis in den Ostbalkanländern während der Alleinregierung des Marcus Aurelius, in: derselbe, Beiträge ..., a. a. O., S. 259 ff.

17 Zu den Grundeigentumsverhältnissen in Mösien vgl. Gerov, Boris, Zemevlandieneto v rimska Trakija i Mizija (I - III v.) (Der Besitz an Grund und Boden im römischen Thrakien und Mösien /1. - 3. Jh./), in: Godišnik na Sofijskija universitet, fakultet po klasičeski i novi filologij, Bd. 72,2, S. 20 ff.

18 Velkov, Velizar, Die Sklaverei in Nordbulgarien in der römischen Kaiserzeit, in: Acta Antiqua Philippopolitana, Studia historica et philologica, Sofia 1963, S. 33 - 44.

19 Über das städtische Leben in Mösien vgl. mit Literatur derselbe, Die Stadt und das Dorf in Südosteuropa, in: Actes 2^e Congrès international des Études sud-est européennes, Bd. 2, Athen 1972, S. 145 ff.

standen zwei städtische Zentren an strategischen Punkten um Militärlager: Montana (heute Mihajlovgrad) und Abrittus (heute Razgrad);²⁰ das waren eigentlich die beiden Zentren, die die Täler des westlichsten und östlichsten in die Donau mündenden größeren Flusses Untermösians auf dem Gebiet Bulgariens bewachten. Eine gewisse Bedeutung als Reisesation hatte die alte thrakische Siedlung Melta (heute Lovec). Eine viel größere Bedeutung erlangten jedoch die beiden Städte, die am Anfang des 2. Jahrhunderts vor allem von östlichen Kolonisten, Einwanderern aus Kleinasien, gegründet wurden, die hier günstigere Lebensverhältnisse suchten und fanden: Marcianopolis (heute Devnja)²¹ und Nicopolis ad Istrum (heute Nikjup bei Veliko Târnovo). Ursprünglich gehörten sie zur Provinz Thrakien, mit der sie durch die Verwaltung, die Sprache der Bevölkerung und das Fehlen von Militärkolonisten verbunden waren. Diese Städte wurden die Hauptzentren des griechischen Kultureinflusses im Gebiet zwischen Balkan und Donau, sie verbreiteten antike Kultur ebenso wie antike Produktionserfahrungen. In diesem Sinn ist das Territorium von Nicopolis ad Istrum von besonderem Interesse für die gesamte wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung Nordbulgariens.

Die Entwicklung der antiken Produktionsverhältnisse in Untermösien erreicht ihren Höhepunkt unter den Severern am Ende des zweiten und in der ersten Hälfte des 3. Jahrhunderts. Aus dieser Zeit gibt es viele Angaben über Sklaven in der Produktion, über den Grundbesitz der oberen und mittleren Municipalschichten, auf dem in großem Maße Sklaven arbeiteten. Dieses Land gehörte römischen Bürgern, Nachkommen von Veteranen und anderen romanisierten Ansiedlern. In diesen Städten entwickelten sich auch verschiedene Zweige der Handwerksproduktion, die vor allem für die Befriedigung lokaler Bedürfnisse, in manchen Fällen auch für den Handel mit anderen Provinzen bestimmt waren, wovon die große Keramikproduktion auf dem Territorium von Nicopolis ad Istrum zeugt.²²

Am Anfang des 3. Jahrhunderts erreicht die wirtschaftliche und soziale Entwicklung, die materielle und geistige Kultur ihren Höhepunkt. Im Unterschied zu Gallien, Pannonien und den kleinasiatischen Provinzen betrat dieses Gebiet verhältnismäßig spät den Weg des antiken sozialökonomischen Systems. Die Zahl der großen städtischen Zentren war klein, beschränkt war auch die Zahl der Kolonien und Munizipien. Zahlreich waren die Dörfer und die kleineren Siedlungen in dieser sehr fruchtbaren Gegend, wo die Landwirtschaft immer der Hauptlebensunterhalt der Bevölkerung gewesen war. Die wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung zur Zeit der Severer, die sich in einer umfangreichen Urbanisation, im Aufblühen der Handwerke, im Aufhäufen von großen Reichtümern²³ sowie in der geistigen Kultur (Skulptur²⁴, Theater, musikalische und sportliche Wettkämpfe, Poesie und Literatur) äußerte, wurde durch die in den vierzi-

20 Ivanov, Teofil, Abrittus, T. 1, Sofia 1980.

21 Gerov, Boris, Marcianopolis im Lichte der historischen Angaben und der archäologischen, epigraphischen und numismatischen Materialien und Forschungen, in: derselbe, Beiträge ..., a. a. O., S. 289 ff.

22 Sultov, Bogdan, Proizvodstvo na reliefna keramika v Dolna Mizija (Produktion von Reliefkeramik in Untermösien), in: Izvestija na Istoriceskija muzej v Veliko Târnovo, Bd. 5, 1972, S. 21 - 29.

23 Vgl. z. B. Moušmov, Nikola, Le trésor numismatique de Reka Devnia (Marcianopolis), Sofia 1934, wo ein Hortfund von ungefähr 100 000 römischen Münzen gemacht worden ist.

24 Sehr beliebt waren die Repliken der Statuen des Praxiteles in den Städten Mösians; vgl. z. B. Velkov, Ivan, Edna nova replika ot statujata na počivaštija satir (Eine neue Replik des ausruhenden Satyrs des Praxiteles), in: Izvestija na Bâlgarskija arheologičeski institut, Bd. 4, 1926/1927, S. 61 ff.; Filov, Bogdan, Eine Erosstatue aus Nicopolis ad Istrum, in: Jahrbuch des Deutschen Archäologischen Instituts, Bd. 24, 1909, S. 60 ff.

ziger Jahren des 3. Jahrhunderts einsetzenden Einfälle unterbrochen. Die nordbulgarische Landschaft fing zuerst den großen Stoß auf, und sie trug beträchtlichen Schaden davon. Das gilt besonders für die kleinen Siedlungen und villae wie auch die Produktionszentren außerhalb der Städte. Auf diesem Territorium kam es zu schweren Kämpfen, unter denen die Schlacht bei Abrittus einen besonderen Platz einnahm. Diese Ereignisse waren ein harter Schlag für die weitere Entwicklung der antiken Produktionsverhältnisse in Untermösien, für die antike Kultur. Infolge verschiedener administrativer Veränderungen zur Stabilisierung des römischen Reiches wurde Untermösien (ohne die Dobrudscha, die nun die selbständige Provinz Kleinskythien bildete) eine Grenzprovinz mit wichtigen strategischen Aufgaben bei der Bewachung des Hinterlandes der neuen Hauptstadt Konstantinopel. Seine Wirtschaftsstruktur wurde reorganisiert, und es wurden umfangreiche Mittel für die Befestigung des Donaulimes, für den Unterhalt von bedeutenden militärischen Einheiten und für die Organisation ihres Lebens konzentriert.²⁵ Von großem Einfluß waren auch die ethnischen Veränderungen, die dort, wo verschiedene "barbarische" Stämme als Föderaten angesiedelt waren, besonders tiefgreifend waren. So in ihren wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Beziehungen verändert, erfüllte die Provinz Moesia inferior noch 350 Jahre lang erfolgreich ihre militärisch-strategischen Aufgaben im System des oströmischen Reiches (oder des frühen Byzanz) und wurde im 7. Jahrhundert zum Zentrum des neugegründeten bulgarischen Staates.

²⁵ Vgl. Velkov, Velizar, *Cities in Thrace and Dacia in Late Antiquity*, Amsterdam 1977, S. 99 ff.

LITERATURKRITIK

Zur Krise der bürgerlichen Theorie und Praxis
der internationalen Währungsbeziehungen

Uwe Andersen, Das internationale Währungssystem zwischen nationaler
Souveränität und supranationaler Integration. Entwicklungstendenzen
seit Bretton Woods im Spannungsfeld der Interessen (im folgenden: I)

Duncker & Humblot, Berlin(-West) 1977, 464 Seiten

Franz F. Aschinger, Das neue Währungssystem. Von Bretton Woods bis
zur Dollarkrise 1977 (im folgenden: II)

Fritz Knapp Verlag, Frankfurt (Main) 1978, 182 Seiten

Heinz A. Wuffli, Währungsordnung im Umbruch. Stabilität und Wachstum
als wirtschafts- und währungspolitische Schicksalsfragen (im folgenden: III)

Artemis Verlag, Zürich/München 1979, 317 Seiten

von Manfred Braun/Werner Thümmler

Währungsfragen gehören zu den zentralen Problemen internationaler Wirtschafts-
beziehungen im Kapitalismus. Sie gehören auch zu den umstrittensten Proble-
men auf dem Gebiet der bürgerlichen Wirtschaftstheorie.

Auf dem X. Parteitag der SED wurde dazu folgende Feststellung getroffen:

"Handels- und Zahlungsdefizite weiten sich aus, und die Staatsverschuldung
nimmt zu. Die Rivalität imperialistischer Mächte und Zentren verschärft sich,
verbunden mit ständigen Positionskämpfen um Außen-
märkte, Energie- und Rohstoffquellen, um Währungsrelatio-
nen, Kapitalexport und moderne Technologien."¹ (Hervorhebungen - d. Verf.)

Die hier vorzustellenden Arbeiten namhafter bürgerlicher Wirtschaftswissen-
schaftler, die ein Konglomerat von Theorien und Doktrinen darstellen² und "in
die allgemeine Forcierung reaktionärer Tendenzen in den imperialistischen Län-
dern"³ eingebunden sind, stellen sich das Ziel, mit unterschiedlichen Schwer-
punktsetzungen die Entwicklung des internationalen kapitalistischen Währungs-
systems von Bretton Woods bis Jamaika aufzuzeigen (I, S. 13; II, S. 9; III, S.
5 - 8)⁴.

1 Bericht des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands
an den X. Parteitag der SED, Berichterstatter: Gen. Erich Honecker, Dietz
Verlag 1981, S. 14.

2 Vgl. Heretik, Stefan, Theoretische Grundlagen der gegenwärtigen bürgerli-
chen Ökonomie, Berlin 1977, S. 11.

3 Schwank, Karl-Heinz, 30 Jahre BRD mit dem Etikett der "sozialen Marktwirt-
schaft", in: IPW-Berichte, Nr. 10/1979, S. 34.

4 Alle nicht näher bezeichneten Seitenangaben im laufenden Text beziehen sich
auf die hier besprochenen Bücher.

Die Monographien liefern bei klassenmäßig begrenztem Horizont ihrer Vertreter theoretisch begründete Empfehlungen für die imperialistische Währungspolitik einschließlich "notwendiger" durchzuführender Regulierungsmaßnahmen. Uwe Andersen, Franz F. Aschinger und Heinz A. Wuffli versuchen, Illusionen über die Möglichkeiten des kapitalistischen Währungssystems zu erzeugen, die nach ihrer Meinung darin bestehen, daß nur durch die konsequente Durchsetzung marktwirtschaftlicher Prinzipien die Ursachen für die Verschärfung der kapitalistischen Währungs widersprüche verschwinden. Die bürgerliche Ökonomie neigt mitunter dazu, die Zerrüttung des Währungssystems als Gefahr für die bloße Existenz des Weltkapitalismus zu betrachten. Sie sieht die Hauptquelle der Schwierigkeiten nicht in den Widersprüchen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, sondern in der organisatorischen Unvollkommenheit des internationalen Währungsmechanismus.

Aus bürgerlicher Sicht geben die vorliegenden Monographien eine umfassende, hinsichtlich der Beschreibung der Währungsmechanismen zum Teil sogar interessante historische Gesamtdarstellung des Bretton-Woods-Systems.

Das Währungsabkommen von Bretton Woods wurde bekanntlich im Jahre 1944 getroffen. Es beruhte auf folgenden Grundpfeilern: den Gold-Devisen bzw. dem Gold-Dollar-Standard, dem System fester Währungskurse, der zwischenstaatlichen Regulierung des Kreditmechanismus. Diese Grundprinzipien kapitalistischer Währungsbeziehungen waren vor allem in den sechziger und siebziger Jahren und werden sicherlich auch in den achtziger Jahren Gegenstand heftiger Kontroversen in den monetären und handelspolitischen Machtauseinandersetzungen der kapitalistischen Welt sein. Im folgenden soll auf zwei eng miteinander verflochtene inhaltliche Probleme näher eingegangen werden, die in den drei Büchern unterschiedlich gewichtig behandelt werden: erstens auf einige Grundfragen des Währungskurses im Kapitalismus und zweitens auf den Wandel der monetären Rolle des Goldes im internationalen kapitalistischen Währungssystem nach dem zweiten Weltkrieg. Beide Probleme sind unseres Erachtens sowohl für den Theoriedarsteller als auch für den Politikökonomen und den Wirtschaftshistoriker von besonderem Interesse.

Z u e i n i g e n G r u n d f r a g e n d e s W ä h r u n g s k u r s e s i m K a p i t a l i s m u s

Die große Bedeutung des Währungskurses für den Kapitalverwertungsprozeß im internationalen Maßstab brachte es mit sich, daß seit jeher dem Kursmechanismus das Interesse der imperialistischen Staaten und ihrer Ökonomen galt. Auch auf der im Jahre 1944 in Bretton Woods durchgeführten Währungskonferenz nahmen die Kursfragen einen breiten Raum ein. Erstmals in der Geschichte der kapitalistischen Währungsbeziehungen wurden international verbindliche Regeln für die Handhabung des Währungsmechanismus vereinbart. Die Kursprinzipien, die in den Statuten des Internationalen Währungsfonds (IWF) ihren Niederschlag fanden (insbesondere im Artikel IV), berücksichtigten auch die negativen Erfahrungen der kapitalistischen Länder nach dem Zusammenbruch des Goldstandards auf dem Gebiet der Währungskurse. Ein Währungswirrwarr in Gestalt eines regelrechten Abwertungswettlaufs in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen hatte wesentlich zu Stagnation und Rückgang des Welthandels beigetragen.⁵ Alle drei Autoren wählen als Ausgangspunkt für ihre historische Darstellung der Entwicklung des Währungskurssystems das Währungsregime von Bretton Woods (I, S. 43 f., 138 - 146; II, S. 12; III, S. 11 f.). Sie zeigen, daß das Währungskurssystem das "Kernstück des Bretton Woods System" (II, S. 11) war und "auf dem Grundsatz fester, aber nach gewissen Prinzipien anpassungsfähiger Wechselkurse" (II, S. 11) basierte.

⁵ Vgl. Braun, Manfred/Dietrich, Helmut/Thümmel, Werner, Zum Währungskurs im Kapitalismus und zur Kritik der monetaristischen Theorie floatender Währungskurse, in: Wirtschaftswissenschaft, Nr. 8/1981, S. 966 f.

Der renommierte Schweizer Finanz- und Wirtschaftsfachmann Wuffli schreibt: "Es (das Bretton-Woods-System - d. Verf.) sah ein multilateral abgestütztes System fester Wechselkurse vor, bei dem jeder Vertragsstaat gehalten war, seine Währung innerhalb einer engen Schwankungsbreite von $\pm 1\%$ stabil zu halten. Die einzelnen Paritäten wurden in Gold zum Preise von 35 Dollar pro Unze ausgedrückt. Zur Kursstabilisierung waren die Notenbanken verpflichtet, aus ihren Währungsreserven die zum Einpendeln der Leistungsbilanz nötige Menge Gold oder goldgebundener harter Devisen wie Dollar oder Pfund Sterling über den Markt abzugeben oder sie zu erwerben und ihrem Deckungsbestand beizufügen. Praktisch bedeutet dies, daß die Zahlungsbilanzen weder über die Wechselkurse noch über direkte Handelsbeschränkungen, sondern über die nationalen Preisentwicklungen, also über deflationische oder inflationische Prozesse zum Ausgleich gebracht werden mußten." (III, S. 11 f.)

Die Gründe, die die kapitalistischen Länder veranlaßt haben, sich nach dem zweiten Weltkrieg auf einen Mechanismus fester Kurse zu einigen, sind vielfältig.

In den getroffenen Regelungen sahen die Begründer des Bretton-Woods-Währungssystems die Gewähr für eine harmonische Entwicklung des kapitalistischen Welthandels, sollte doch insbesondere verhindert werden, daß die Auf- und Abwertung von Währungen als Mittel im Konkurrenzkampf eingesetzt wird. Andersen nennt in diesem Zusammenhang folgende Gründe:

- die Ablehnung der Währungsabwertung als Mittel, sich den konkurrierenden Ländern gegenüber einen Vorteil zu verschaffen;
- die Einsicht, daß die durch Manipulation der Wechselkurse angestrebten unlauteren Vorteile auch durch andere, ebenfalls den Welthandel negativ beeinflussende staatliche Instrumente der Währungs- und Handelspolitik erreichbar sind;
- die Ablehnung des Goldstandards, wenn darunter die eindeutige Unterordnung der Binnenwirtschaftspolitik unter das Ziel, den Außenwert der Währung aufrechtzuerhalten gefaßt wird (I, S. 33 f.).

Zwar wird vom Autor aufgedeckt, daß so gestaltete, feste Währungskurse verhindern sollten, daß durch einen unkontrollierten und unbegrenzten Währungskrieg in Form ständiger Kursveränderungen bzw. Kursschwankungen (im Prinzip durch Währungsabwertungen) ein zügelloser Konkurrenzkampf auf dem Gebiet der Außenhandelsbeziehungen hätte geführt werden können. Daß es sich hierbei aber um ein systemerhaltendes Gesamtinteresse handelt, wird von Andersen natürlich verschwiegen.

Das erste Jahrzehnt nach Bretton Woods verlief - sieht man einmal von der 1948/49 erfolgten beachtlichen Abwertung vieler westeuropäischer Währungen ab - relativ reibungslos. In dieser Zeit der sogenannten Dollarlücke konnte sich die Funktion des US-Dollars als Leitwährung vor allem auf die Konzentration des größten Teils der kapitalistischen Weltgoldreserven in den USA (1948: 71 Prozent) und den überwiegenden Bedarf nach amerikanischen Waren sowie den Zwang zur Aufnahme von Dollarkrediten in den übrigen IWF-Mitgliedsstaaten stützen.

Jedoch "wandelte sich die wirtschaftspolitische Szenerie und wurde weniger vom Problem der Dollarlücke als zunehmend vom Gewicht der Dollarflut beherrscht" (III, S. 20), wie Wuffli zu Recht feststellt. Wichtig erscheint uns, daß folgender Hintergrund in allen drei Publikationen kaum oder nur verschleiert dargestellt wird: Durch die gesetzmäßige Veränderung des Kräfteverhältnisses zugunsten des Sozialismus, die zunehmende Labilität und ungleichmäßige Entwicklung in den materiellen Prozessen des gesamten kapitalistischen Weltwirtschaftssystems, insbesondere der Schwächung der USA, zeigten sich mit Beginn der sechziger Jahre auch größere Risse im Währungsgefüge mit entsprechenden Auswirkungen auf das Kurssystem. Konnte dem noch durch mehr oder weniger er-

zwungene Paritätsänderungen Rechnung getragen werden,⁶ so hielt das Kurs-system seit Beginn der siebziger Jahre den Belastungen nicht mehr stand. Die Vertiefung der ungleichmäßigen Entwicklung des Kapitalismus hatte zu einer bedeutend beschleunigten Währungsverunsicherung geführt. Besonders die beträchtlichen Kräfteverschiebungen zwischen den imperialistischen Ländern und die Herausbildung dreier rivalisierender Hauptmächte blieb nicht ohne Ein-fluß auf die Kursentwicklung. In all diesen Prozessen wog der Verfall der US-Währung besonders schwer, stellte sich doch die Krise des imperialistischen Währungssystems in hohem Maße zugleich als Dollarkrise dar.

Die amerikanische Währung hatte als Folge des veränderten ökonomischen und politischen Kräfteverhältnisses zwischen den imperialistischen Ländern, insbe-sondere durch die Kosten der Globalstrategie und der forcierten Aufrüstung bedingten inflationären Geldentwertung und anderer Faktoren ihre frühere Posi-tion als Leitwährung weitgehend eingebüßt. Bürgerliche Ökonomen müssen dieses völlige Scheitern kapitalistischer Währungspolitiker eingestehen. Aschin-ger, der in diesem Zusammenhang den ehemaligen US-amerikanischen Schatz- sekretär W. E. Simon anführt, schreibt: "Grundlegendes Ziel der internationa- len Zusammenarbeit ist ... nicht mehr die Wechselkursstabilität, sondern die wirtschaftliche, d. h. die Preisstabilität." (II, S. 112)

Alle daraufhin unternommenen Versuche, zu festen Kursen zurückzukehren, mißlangen. Auch eine zweimalige Dollarabwertung (um 7,9 Prozent 1971 und um 10 Prozent 1973) vermochte den Kursmechanismus von Bretton Woods nicht zu retten. Seit 1973 war an die Stelle des Systems fester Währungsparitäten eine allgemeine Freigabe der Kurse bzw. ein System floatender Kurse getreten. Da- mit wurde der gesamte kapitalistische Währungsmechanismus verändert, mit dem Ziel, von der Währungsseite her die Probleme der äußerst widersprüchlichen Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen (Handels-, Währungs- und Kapitalbe- ziehungen) zwischen den imperialistischen Staaten zu lösen.

Mit der zweiten Statutenrevision des IWF im Jahre 1976 wurde das Floating, das ja zunächst dem Artikel IV des IWF-Abkommens zuwiderlief, nachträglich lega- lisiert (II, S. 112 - 118). Da unter den Bedingungen dieses Kursbildungsprin- zips die Kurse in Abhängigkeit von der Devisenangebots- und Devisennachfra- gesituation täglich neu bestimmt werden, konnte auch das Gold nicht mehr län- ger als feste Grundlage der Paritäten fungieren. Die Statutenrevision schloß daher auch eine Abschaffung des offiziellen Goldpreises sowie ein Verbot der Benutzung des Goldes für die Bewertung der Währungen ein. Mit dem Floating lehnte sich die Bildung der Währungskurse stärker als bisher an die realen öko- nomischen Prozesse an. Die Krise des imperialistischen Währungssystems fand aber auch jetzt kein Ende.

Die akuten Erschütterungen im kapitalistischen Währungssystem riefen ein Um- denken bei den bürgerlichen Währungstheoretikern und -praktikern hervor. So bedeutete der Übergang zu floatenden Währungskursen nicht nur den Verzicht auf eines der Grundprinzipien des Bretton-Woods-Systems, sondern auch eine Verstärkung des Einflusses neoklassischer Konzeptionen der Marktregulierung auf die bürgerliche Währungstheorie. Recht ausführlich geht Wuffli in seinem dritten Abschnitt "Flexibler Wechselkurs: Kein Ersatz für Stabilitätspolitik" auf diesen historischen Wandlungsprozeß bürgerlicher Währungstheorien ein (III, S. 115 - 165).

Wufflis eigene Position gegenüber floatenden Währungskursen kommt in folgen- den Worten zum Ausdruck: "Besser als eine künstliche Verfälschung der flexi- blen Wechselkurse wäre eine gleichgerichtete Stabilitätspolitik. Eigentlich stellt das keine andere Forderung dar als jene nach Einhaltung von wirtschaftspoli- tischen Spielregeln, wie sie zur Fortsetzung des Systems von Bretton Woods

6 DM-Aufwertung um 5 % 1961 und 9,3 % 1969, Abwertung des Pfund Sterling 1967 um 14,3 %, Abwertung des französischen Franc um 11,1 % 1969.

notwendig gewesen wären." (III, S. 134 In diesen Worten kommt besonders prägnant die vulgäre Herangehensweise Wufflis zum Ausdruck, der die heutige labile Währungssituation im Imperialismus vor allem aus den Fehlern einer staatsmonopolistischen Wirtschaftspolitik nach monetaristischem Zuschnitt ableitet.

Die marxistisch-leninistische Analyse der Realität beweist, daß ein solches Herangehen falsch ist. Die wissenschaftlichen Untersuchungen der kapitalistischen Produktionsweise ergeben, daß letztlich objektive Faktoren, daß ökonomische Gesetze der Entwicklung des Kapitalismus zugrunde liegen. Natürlich gibt es zwischen ihnen und allem menschlichen Handeln keine starre Trennung. Sie realisieren sich über das menschliche Handeln und durch politische Entscheidungen; durch Macht und Gewalt wird auch die konkrete Art und Weise der Durchsetzung der Gesetze beeinflusst, können ihre Wirkungsbedingungen bzw. ihre Wirkungsweisen modifiziert werden. Letztlich erweisen sich jedoch die objektiven Gesetze der kapitalistischen Gesellschaftsordnung als die bestimmenden Faktoren. Diese Schranken der kapitalistischen Produktionsverhältnisse vermögen auch der imperialistische Staat und private Monopole mit ihrem wirtschaftspolitischen Handeln nicht zu überspringen.

Andersen spricht bei seiner Einschätzung des neuen Währungskurssystems vom "Notexperiment flexibler Wechselkurse" (I, S. 385) und verweist auf folgendes: "Als eines der interessantesten Experimente dürfte der ungeplante, krisenbedingte Übergang fast aller wichtigen Welthandelsländer zu flexiblen Wechselkursen anzusehen sein. Er kann als eine ... erzwungene Fundamentalreform interpretiert werden, da freie Wechselkurse eine der grundsätzlichen Alternativen zum Bretton-Woods-System darstellen. Es handelt sich allerdings um die Variation des dirigierten Floatings mit allen bereits bei der theoretischen Analyse betonten Gefahren." (ebenda)

Auch Aschinger behandelt recht ausführlich und sehr pragmatisch die neuen Wechselkursregeln (II, S. 111 - 118, 133 - 152). Seine Einschätzungen kommen den Tatsachen noch am nächsten, wenn er schreibt: "Eine generelle Formel, wie aufgrund bestimmter Kriterien die richtige Wechselkurspolitik bestimmt werden kann, gibt es somit nicht. Es wundert denn auch nicht, daß die Auffassungen über die praktische Handhabung der Überwachung stark auseinandergehen. Die im April 1977 aufgestellten Richtlinien der Wechselkurspolitik und die Ausführungsbestimmungen über die Überwachung der Wechselkurspolitik des IWF beschränken sich auf die Enumerierung von Fällen, in welchen das Überwachungsverfahren eingeleitet werden soll, ferner auf einige generelle Kriterien der Beurteilung der Wechselkurspolitik (insbesondere Zahlungsbilanz, Reserveposition, externe Verschuldung, gesamtwirtschaftliche Lage und Wirtschaftspolitik) und auf Verfahrensregeln zur Überwachung. Zur praktischen Beurteilung der Wechselkurspolitik im konkreten Fall vermögen diese Bestimmungen kaum viel beizutragen." (II, S. 152) Hinsichtlich der Grundposition der drei Autoren zum Währungskursregime kann zusammenfassend festgestellt werden: So wie alle anderen Vertreter der politisch-ökonomischen Apogetik des staatsmonopolistischen Kapitalismus leugnen auch sie die grundlegenden objektiven Gesetze der kapitalistischen Produktionsweise. Sie stellen vielmehr solche Erscheinungen wie die ständigen Währungskursschwankungen wesentlich als Resultat falscher Wirtschaftspolitik dar.

Zum Wandlungsprozeß bürgerlicher Währungstheorien muß man zunächst folgendes sehen: Vor einem halben Jahrhundert führte die Weltwirtschaftskrise 1929/32 zum Bankrott der alten, bis dahin dominierenden Dogmen der bürgerlichen politischen Ökonomie. Auf geldtheoretischem Gebiet waren es die auf die klassischen bürgerlichen Postulate der freien Konkurrenz und der Nichteinmischung durch den Staat in das Wirtschaftsleben beruhenden ökonomischen Theorien, so zum Beispiel die von Cassel begründete Theorie der Kaufkraftparität und die Ricardosche These vom automatischen Ausgleich der Zahlungsbilanz. Das wichtigste Ergebnis der damaligen Auseinandersetzung in der imperialistischen Wirtschaftstheorie war die Herausbildung der sogenannten neuen Wirtschaftslehre,

der "new economics", mit ihrem Hauptrepräsentanten J.M. Keynes. Er plädierte für staatliche Einmischung auch im Bereich der internationalen Verrechnungen.⁷

Wuffli schreibt, daß Keynes "aus seinen Erfahrungen mit frei schwankenden Wechselkursen während der zwanziger Jahre heraus feste Paritäten befürwortete" (III, S. 118).

In den sechziger und vor allem in den siebziger Jahren wurde dann aber immer offensichtlicher, daß der zum größten Teil auf keynesianische Prinzipien beruhende Währungsmechanismus nicht mehr den Bedürfnissen der kapitalistisch erweiterten Reproduktion entsprach. Die tiefe und chronische Zerrüttung der internationalen kapitalistischen Währungsgefüge wurde immer augenfälliger. Auch Wuffli kommt nicht umhin, darauf einzugehen: Die permanente Inflation, der Verfall wichtiger kapitalistischer Währungen, öfter eintretende massenhafte Ab- und Aufwertungen, anhaltende Zahlungs- und Handelsbilanzungleichgewichte in den kapitalistischen Weltwirtschaftsbeziehungen, die forcierte Demonetisierung des Goldes sind Ausdruck dieses Krisenprozesses (III, S. 148 ff.).

Unter diesen Bedingungen konnte natürlich die auf geld- und währungstheoretischem Gebiet dominierende keynesianische ökonomische Theorie ihre wirtschaftspolitische Funktion im Rahmen des Systems staatsmonopolistischer Wirtschaftsbeeinflussung nicht mehr in gewohnter, ohnehin schon beschränkter Weise erfüllen.

In dieser Situation drängte die andere, die neoklassische Hauptfraktion der gegenwärtigen bürgerlichen Wirtschaftstheorie vor, die, wie sie von bürgerlicher Seite vielfach bezeichnet wird, "monetarische Konterrevolution".

Dem in bürgerlichem Klassendenken verhafteten Wuffli bleibt verschlossen, daß die sich in den siebziger Jahren verstärkende bürgerliche Kritik an den keynesianischen Lenkungsinstrumentarien ihre Wurzeln in den sich vollzogenen Veränderungen im Kapitalismus in den sechziger Jahren hat.

Die Monetaristen, deren wichtigste Repräsentanten M. Friedman, Hahn, Machlup, Lutz, Sieber, Niehans und Brunner sind (III, S. 118), räumen dem Geld die entscheidende Rolle in der ökonomischen Entwicklung ein. Sie behaupten, daß die Bewegung des Nationaleinkommens, Veränderungen bei Beschäftigung und Preisen, der Zustand der Zahlungs- und Handelsbilanz im wesentlichen durch Geld- und Kreditfaktoren bestimmt werden. Dabei sprechen sie sich gegen staatliche Einmischung in die Geld- und Währungssphäre aus und plädieren für die spontan regulierenden Marktkräfte. Für Friedman trägt der Staat die Hauptschuld an der ökonomischen Instabilität, die für ihn eigentlich eine Geldinstabilität ist. In einem "Der neue Monetarismus" betitelten Sammelband stellt Friedman fest: "Die Versuche der geldpolitischen Behörden, es besser zu machen, haben mehr Schaden angerichtet als verhütet. Ihre Maßnahmen sind eine wichtige Quelle von Instabilität gewesen."⁸

Wuffli verweist in diesem Zusammenhang auf die beiden Hauptkomponenten der monetaristischen Theorie: "Gestützt auf ihre Überzeugung von der Überlegenheit der Marktwirtschaft beschränken sich die Monetaristen im wesentlichen darauf, dem Staat zu empfehlen, seine Stabilitätspolitik auf zwei Pfeilern aufzubauen: National auf der mittelfristig verstetigten Geldmengensteuerung durch die Zentralbank und international auf flexiblen Wechselkursen." (III, S. 128)

⁷ Vgl. Schwank, Karl-Heinz, Imperialistische Wirtschaftstheorie zwischen Keynesianismus und Monetarismus, in: IPW-Berichte, Nr. 1/1979, S. 18 - 20.

⁸ Friedman, Milton, Die Gegenrevolution in der Goldtheorie, in: Kalmbach, Peter, Der neue Monetarismus, München 1973, S. 68.

Richtig ist, daß die Monetaristen bei ihren Untersuchungen der Währungsprobleme den Hauptstoß ihrer Kritik gegen das System fester Paritäten richten. Früher verworfene Ideen der bürgerlichen politischen Ökonomen wie die der floatenden Währungskurse wurden reaktiviert.

Bürgerliche, auf monetaristischen Positionen stehende Ökonomen glauben, mit ihnen in bedeutend stärkerem Maße als mit einem System fester Paritäten die Zahlungs- und Handelsbilanzungleichgewichte wiederherstellen zu können. Nur behaupten die Monetaristen bei ihrer Analyse und Darstellung des Einflusses floatender Währungskurse auf die Zahlungs- und Handelsbilanz, auf die Inflation sowie auf die Kapitalbewegungen, daß mit der Einführung so gestalteter Währungskurse der Kapitalismus gesunden und die ihm angeblich eigene Harmonie und Fähigkeit zur Selbstregulierung wiederhergestellt werden könne. Ob aber Keynes oder Friedman, Neokeynesianismus oder Neoklassik, als politisch-ökonomische Apologeten des staatsmonopolistischen Kapitalismus geht es beiden um dessen Erhaltung. Auch der Streit auf währungspolitischem Gebiet wird nur darüber geführt, welches die effektivsten Wege, die wirksamsten Maßnahmen seien, um dieses Ziel zu erreichen.⁹

Wie sieht nun die Konzeption floatender Währungskurse aus, was sind die Hauptthesen der Monetaristen?

Auch darauf versucht Wuffli zu antworten. Er zeigt, daß der Mechanismus des Zahlungsbilanzausgleichs mit Hilfe floatender Währungskurse, der von den Monetaristen vorgeschlagen wird, im Prinzip der gleiche ist wie bei den sprunghaften Paritätsveränderungen, bei den Auf- und Abwertungen. Ein Absinken des Währungskurses, das durch ein wachsendes Angebot dieser Währung infolge eines Zahlungsbilanzdefizits entsteht, muß zum Preisanstieg von Importwaren und Preisfall von Exportwaren führen. Als Folge dessen würde die Zahlungsbilanz ausgeglichen werden. Dabei wird den spontanen Marktkräften die entscheidende Rolle eingeräumt. - Dies ist das grundsätzliche Verständnis der Monetaristen davon, so Wuffli, wie floatende Währungskurse zu funktionieren haben (III, S. 225 - 241). Trotz dieses sehr grundsätzlichen Einverständnisses gibt es unter bürgerlichen Währungstheoretikern die unterschiedlichsten Ansichten darüber, wie das floatende Währungskursregime im einzelnen auszusehen hat. Aschinger geht an einigen Stellen seiner Publikationen hinsichtlich der währungstechnischen Seite sehr detailliert auf diese Frage ein: Einige Währungstheoretiker und -praktiker schlagen floatende Währungskurse ohne jegliche staatliche Einmischung, nur von Angebot und Nachfrage bestimmt, vor (II, S. 31 - 35). Andere Wirtschaftswissenschaftler sprechen sich für ein manipuliertes, 'schmutziges' Floating aus (II, S. 25, 37, 91 ff.). Eine dritte Gruppe bürgerlicher Währungsexperten schlägt eine Kompromißvariante vor: die Steigerung der Flexibilität der Wechselkurse bei Beibehaltung fester Paritäten; das bedeutet, die Grenzen zuverlässiger Kursschwankungen im Bereich der Parität oder durch häufige bzw. geringfügige Paritätsänderungen zu erreichen (II, S. 74).

Von marxistisch-leninistischer Seite aus lassen sich eine Reihe von kritischen Einwänden gegen diese Konzeption erheben, die wir thesenhaft nebeneinanderstellen möchten:

- Die von Friedman und anderen erhobene Forderung nach Verzicht auf staatliche Einmischung in eine Wechselkursgestaltung ist unreal. Damit werden die objektiven Entwicklungstendenzen der Wirtschaft kapitalistischer Länder, vor allem aber die Vertiefung der Prozesse der Wirtschafts- und Währungsregulierung, entstellt.
- Die Hoffnungen der Monetaristen auf die stabilisierende Spekulation gründen sich auf ein schwaches Fundament und finden in den bisher gesammelten Erfahrungen keine Bestätigung. Eher ist anzunehmen, daß die Spekulation un-

⁹ Vgl. Braun, Manfred/Dietrich, Helmut/Thümmel, Werner, a. a. O., S. 980.

ter den Bedingungen floatender Währungskurse destabilisierenden Charakter tragen müsse.

- Ungeachtet der Tatsache, daß die Ursachen für die Inflation in den kapitalistischen Ländern sehr vielfältig sind und außerhalb des Rahmens floatender Währungskurse liegen, schufen diese einen günstigen Nährboden für inflationäre Prozesse.

Zum Wandel der monetären Rolle des Goldes im internationalen kapitalistischen Währungssystem nach dem zweiten Weltkrieg

Eine der bemerkenswertesten Entwicklungen im Zusammenhang mit der krisenbedingten Veränderung des imperialistischen Währungssystems stellt der Wandel der monetären Funktionen des Goldes dar. Dementsprechend nimmt dieses Problem in den zu analysierenden drei Publikationen einen bedeutenden Stellenwert ein. Wie schon bei den Fragen des Währungskurses gehen die Autoren dabei von den Vereinbarungen der Währungskonferenz von Bretton Woods aus.

Für das Währungsabkommen von Bretton Woods war charakteristisch, daß im Rahmen der Fixierung des Gesamtwährungsmechanismus der Währungsbeziehungen auch der Platz des Goldes genau bestimmt wurde. Für sein Fungieren wurden folgende Festlegungen getroffen:

Erstens erhielt das Gold einen festen Preis (offizieller Goldpreis). Er belief sich auf 35 US-Dollar für eine Feinunze und entsprach dem im amerikanischen Gold Reserve Act vom 31. Januar 1934 (II, S. 13).

Zweitens war es als "gemeinsame Bezugsgröße der Paritäten" (II, S. 122) immanenter Bestandteil des auf feste Währungsrelationen abzielenden Wechselkurssystems. Jedes Mitgliedsland des IWF war damals verpflichtet, den Wert seiner Währung entweder direkt in einer bestimmten Goldmenge (Goldgehalt) oder aber in US-Dollar und damit über dessen Goldparität indirekt in Gold auszudrücken.

Drittens diente es als grundlegendes Reserveelement. Und zwar nicht nur deshalb, weil das Gold zum Zeitwert der Schaffung des Bretton-Woods-Währungssystems sowie in dem darauffolgenden Vierteljahrhundert einen quantitativ bedeutenden Anteil an den Währungsreserven des kapitalistischen Währungssystems darstellt.¹⁰ Seine herausragende Stellung im Reservesystem verdankt es in erster Linie der von den USA eingeräumten Goldkonvertibilität des US-Dollars, also dem Recht ausländischer Zentralbanken, ihre Dollarguthaben jederzeit in Gold einlösen zu können. Die somit gegebene Möglichkeit, alle als Reserve fungierenden Währungen in Dollar und diese in Gold konvertieren zu können, verlieh - wie Aschinger es ausdrückt - dem Gold den Charakter eines Basisreserveelements. Das entsprach "dem dem Bretton Woods System zugehörigen Reservestandard ... dem Gold Exchange- oder dem Gold Devisenstandard, wie er in der Essenz schon in der Vorkriegszeit bis zu der Weltwirtschaftskrise bestanden hatte" (II, S. 13). Andersen macht in diesem Zusammenhang deutlich, daß - neben anderen Faktoren - das Goldeinlösungsversprechen dazu beigetragen hat, den Dollar "als mindestens so gut wie Gold" zu betrachten. Dabei verweist er mit Recht auf die Tatsache, "daß es sich bei dem Versprechen der Goldeinlösung nur um eine jederzeit aufhebbare Selbstverpflichtung der ameri-

¹⁰ So betrug der Goldanteil an den Währungsreserven aller Länder des nichtsozialistischen Wirtschaftsgebietes mit 33,065 Mrd. US-Dollar im Jahre 1948 68,9 %. Obwohl die Goldbestände in den folgenden Jahren relativ und 1968 sogar nur absolut abnahmen, belief sich ihr Anteil 1969 noch immer auf 52,2 % aller Währungsreserven (siehe Valjuty stran mira, Moskau 1970, S. 362 f.).

kanischen Währungsbehörden handelte. Diese Verpflichtung war nicht gesetzlich fixiert und schon gar nicht durch einen internationalen Vertrag abgesichert" (I, S. 235).¹¹

Die Praxis der internationalen kapitalistischen Währungsbeziehungen zeigte sehr bald, daß das mit dem Bretton-Woods-System verfolgte Anliegen eines ausgeglichenen Wachstums des Welthandels und stabiler Währungsverhältnisse illusorisch war. Ernste Krisenerscheinungen im Währungssystem, die sich hinsichtlich ihrer Intensität und Dimension zunehmend ausweiteten, stellten den Bretton-Woods-Mechanismus vor große Belastungsproben.

Der sich beschleunigende Zerfall des internationalen kapitalistischen Währungssystems war als folgerichtiges Ergebnis des Wirkens der objektiven ökonomischen Gesetze des Kapitalismus auch nicht durch die 1944 in den Mechanismus eingeführten Goldelemente aufzuhalten. Im Gegenteil, die Währungskrise erfaßte zunehmend auch die Goldgrundlagen des Bretton-Woods-Systems, die damit die in sie gesetzte Erwartung, eine stabilisierende Rolle zu spielen, nicht zu erfüllen vermochte. Wenn sich die Entgoldung des Bretton-Woods-Systems einerseits als Ausdruck der immer funktionsuntüchtiger werdenden Währungsbeziehungen in ihrer Gesamtheit darstellt, so ist andererseits der Demonetisierungsprozeß untrennbar mit dem Schicksal der Hauptwährung des imperialistischen Systems, dem US-Dollar, verknüpft.

Der Dollar - zum Zeitpunkt der Inkraftsetzung des Bretton-Woods-Abkommens aufgrund der ökonomischen, politischen und militärischen Hegemonie der USA unumstritten dominierend im imperialistischen Währungssystem - büßte im Verlauf der Nachkriegsentwicklung seinen Glanz erheblich ein. Wie bereits oben deutlich gemacht, waren dafür in erster Linie bedeutende Verschiebungen im Kräfteverhältnis zwischen den imperialistischen Hauptmächten verantwortlich. Das Wiedererstarken der westeuropäischen Konkurrenten und Japans führte zu einer relativen Schwächung der USA-Positionen in der kapitalistischen Weltwirtschaft. Dieser Umstand sowie die immensen Ausgaben zur Durchsetzung der imperialistischen Globalstrategie¹² und der hohe Umfang des amerikanischen Kapitalexports ließen in der Zeit seit 1950 (mit Ausnahme des Jahres 1957) die Zahlungsbilanz der Vereinigten Staaten passiv abschließen und waren der Grund dafür, daß der einst existierende große Dollarbedarf ("Dollarlücke") in eine übermäßige Dollarflut umschlug. Da gleichzeitig der Dollar eine zunehmende inflationäre Aushöhlung erfuhr, war eine Flucht aus dem Dollar unausbleiblich. Sie äußerte sich insbesondere in einer raschen Zunahme der privaten Dollarnachfrage, mit dem Ergebnis, daß der Goldpreis auf den freien Märkten so weit anstieg, daß er deutlich vom offiziellen Preis abweicht. Diese Preisentwicklung war aber - angesichts seines Währungssystems, das feste Paritäten vorschrieb und dessen Stärke auf der festen Verbindung der Hauptwährung zum Gold beruhen sollte - gleichbedeutend mit einer Erschütterung der Grundlagen des *Gold-Dollar-Mechanismus*. Da die Währungsordnung von Bretton Woods im Unterschied zum klassischen Goldstandard keinen automatischen Ausgleichsmechanismus zur Wiederherstellung des Goldpreises an die offizielle Parität einschloß, waren die Vereinigten Staaten gezwungen, durch regulierende Eingriffe am Gold-

- 11 Grundlage der Goldeinlösbarkeit der Dollar war die amerikanische Währungsgesetzgebung, konkret der Gold Reserve Act aus dem Jahre 1934, der das amerikanische Schatzamt vorbehaltlich der Zustimmung des Präsidenten ermächtigte, "Gold zu einem Preis und zu Bedingungen frei zu kaufen und zu verkaufen, die im besten Interesse der Allgemeinheit liegen". Vgl. Aliber, R. Z., *The Management of the Dollar*, in: *International Finance*, Princeton Studies, Nr. 13/1964, S. 4, zitiert in: Aschinger, Franz E., *Das Währungssystem des Westens*, 2. Aufl. Frankfurt (Main) 1973, S. 108.
- 12 Hier sind insbesondere die gewaltigen Ausgaben für den Krieg in Vietnam, den Unterhalt der ausländischen Militärstützpunkte und die sog. Militärhilfe für reaktionäre Regimes zu nennen.

markt den alten Zustand wiederherzustellen. Diese Interventionen fügten dem Goldbestand der USA, der seit 1958 ohnehin von beträchtlichen Abflüssen betroffen war, weitere Verluste zu. Im Interesse der Vermeidung einer weiteren Schmälerung ihrer monetären Goldreserven bei (zunächst noch) gleichzeitiger Aufrechterhaltung der Goldparität des US-Dollars, ergriffen die USA eine Vielzahl von Maßnahmen, die eine erhebliche Modifizierung der Goldbeschlüsse von Bretton Woods mit sich brachten.

Sie bestanden insbesondere darin, daß

- es den USA, die zunächst allein die Goldpreisregulierung betrieben, mit der Gründung des Goldpools im Jahre 1961 gelungen war, andere Notenbanken an dieser diffizilen Aufgabe zu beteiligen (II, S. 16).¹³ Er funktionierte dadurch, daß sich die Poolmitglieder verpflichteten, einerseits Gold aus eigenen Beständen gegen Dollar abzugeben, wenn es zur Stabilisierung des Londoner Marktpreises erforderlich war; andererseits Gold bei entsprechender Preisentwicklung gegen Hergabe von Dollar vom Markt zu nehmen;¹⁴
- die aktiven Goldpoolländer 1968 vereinbarten, "den Goldmarkt in einen offiziellen Sektor mit einem fixierten Preis von 35 Dollar pro Unze und einen privaten Bereich mit freier Preisbildung zu spalten. Die Notenbanken verzichteten fortan auf den Kauf und Verkauf von Gold und schritten damit weiter voran auf dem Weg zur Lockerung der Währungen von der Goldverankerung" (III, S. 60). Die Spaltung des Goldpreises, die Wuffli mit dem "Ansägen der Ankerkette" (III, S. 50) vergleicht, erwies sich als notwendig, weil es dem Goldpool nur bis etwa Mitte 1967 gelungen war, den Goldpreis auf dem 35-Dollar-Niveau zu halten;
- die USA "am 15. August 1971 ... schockartig die eigentlich schon seit Jahren nur noch auf dem Papier stehende Goldkonvertibilität des Dollars gänzlich auf(hoben)" (III, S. 56). Damit schafften sie nach Einschätzung von Wuffli die Grundlage des Systems von Bretton Woods ab;
- nach zweimaliger Aufhebung des offiziellen Goldpreises - oder anders ausgedrückt: zweimaliger Dollarabwertung (auf 38 Dollar am 18. Dezember 1971 und auf 42,22 Dollar am 18. Oktober 1973) - im Zusammenhang mit dem allgemeinen Übergang zu floatenden Währungskursen der amtliche Goldpreis am 13. 11. 1973 faktisch abgeschafft wurde. Dies geschah dadurch, daß die seinerzeitigen Goldpool-Länder (mit Ausnahme Frankreichs) in einer gemeinsamen Erklärung den 1968 gefaßten Beschluß zur Spaltung des Goldpreises aufhoben.

Wie die beschriebene Entwicklung zeigt, hatte das Gold die meisten seiner ihm im IWF-Abkommen zugewiesenen Funktionen verloren. Das wurde noch dadurch unterstrichen, daß im Jahre 1969 mit den Sonderziehungsrechten eine Art supranationalen Geldes in das IWF-System eingefügt wurde, das die traditionellen Reservemedien, insbesondere auch das Gold ergänzen sollte. Obwohl die Sonderziehungsrechte (SZR) nur einen recht bescheidenen Anteil an den Gesamtwährungsreserven ausmachten (und noch ausmachen), verstärkten sie die Tendenz der Ablösung des ursprünglichen Gold-Dollar-Reservesystems durch einen sogenannten multiplen Reservemechanismus (II, S. 56 - 63, III, S. 44 - 46).

Die Tragweite der Ereignisse ist den Autoren Anlaß, eine Interpretation der Ursachen für den Demonetisierungsprozeß des Goldes zu geben. Dabei sind sie sich weitgehend darin einig, daß als Hauptgründe für den Zerfall des Bretton-

13 An der Gründung des Goldpools waren neben den USA Großbritannien, die BRD, Frankreich, Italien, die Schweiz, die Niederlande und Belgien beteiligt.

14 Die Teilnahme der einzelnen Notenbanken an den Verkaufs- und Kaufoperationen des Pools wurde über Länderquoten geregelt. Sie betragen für die USA 50 %, die BRD 11,12 %, Großbritannien, Frankreich und Italien je 9,26 %, die Schweiz, Belgien und die Niederlande je 3,7 %.

Woods-System in allgemeinen und seines goldenen Fundaments im besonderen Konstruktionsmängel im Währungsmechanismus selbst anzusehen seien.

Aschinger zum Beispiel sieht eine grundlegende Schwäche des Abkommens von Bretton Woods in einem "doppelten Konstruktionsfehler des Reservesystems" (II, S. 19): Erstens, weil "der Reservezuwachs teilweise auf die Zunahme des monetären Goldbestandes abstellte, die von der Neuproduktion abzüglich des privaten Goldbedarfs abhing", diese Quelle aber seit Mitte der sechziger Jahre versiegt sei. Zweitens, weil "die internationale Liquidität in erster Linie durch die Zunahme der Reservewährungsguthaben bestimmt wurde, was praktisch darauf hinauslief, daß der Reservezuwachs ein Zahlungsbilanzdefizit der Vereinigten Staaten erforderte ... und dies wiederum war die Ursache dafür, daß das Vertrauen in den Dollar progressiv abnahm und daß schließlich der Tag kommen mußte, an dem die Konvertibilität des Dollars nicht mehr aufrechtzuerhalten war". Eine ähnliche Einschätzung trifft Andersen, für den sich "als systemimmanenter Widerspruch und Systemgefährdung ... eine überwiegende Liquiditätsausweitung mit Hilfe der Devisenkomponente" erweisen mußte (I, S. 234). Auch Wuffli kommt bei seinen Überlegungen zu dem Ergebnis, "daß das Währungssystem mit seinen Anfängen vor allem zufolge des Leitwährungsmechanismus Keime des späteren Zerfalls in sich trug" (III, S. 18). Seiner Auffassung nach billigte die Ordnung von Bretton Woods den Leitwährungen (Dollar und anfänglich auch britisches Pfund) ein legitimes Recht für nationalen Währungs-egoismus zu, während sie doch eigentlich ihrem Status als internationaler Währung gemäß verpflichtet gewesen wären, die internationale Liquiditätsversorgung in einem ökonomisch begründeten Rahmen zu halten. Dann folgert er richtig: "Währungsfragen lassen sich nach Machtfragen nicht trennen", und die Leitwährungsmächte "konnten so weit über ihre Verhältnisse leben, als ihre Währungen von den anderen als Reservemittel betrachtet und nicht in Gold umgetauscht wurden" (III, S. 18).

So sehr es zutreffen mag, daß Mängel im Währungsmechanismus dazu beigetragen haben, den Verfallsprozeß der Ordnung von Bretton Woods voranzutreiben, so decken diese Einschätzungen nicht die eigentlichen Ursachen des Währungsdebakels auf. Die Hauptursachen liegen vielmehr im Wesen der kapitalistischen Produktionsweise selbst begründet. Krise und Zusammenbruch der Ordnung von Bretton Woods sind letztlich die monetäre Widerspiegelung jener objektiven Prozesse und Widersprüche, mit denen der Kapitalismus beim Übergang von der zweiten zur dritten Etappe seiner allgemeinen Krise konfrontiert ist: Verschiebungen des politischen und ökonomischen Kräfteverhältnisses zwischen den kapitalistischen Ländern, die veränderte Stellung der Entwicklungsländer in der kapitalistischen Weltwirtschaft und nicht zuletzt das zugenommene Gewicht und der gesetzmäßig gewachsene Einfluß der sozialistischen Staatengemeinschaft.

Zu diesen Ursachen vorzudringen, verhindern die Erkenntnisstrahlen und der Klassenauftrag der heutigen bürgerlichen Ökonomie. Die Folgen einer sich im Prinzip nur an Oberflächenerscheinungen orientierenden Analyse werden offenkundig, betrachtet man sich Wufflis "Gründe" für die Verdrängung des Goldes aus dem Währungssystem. Nicht objektive Anpassungszwänge verursachten nach seiner Meinung die Demonetisierung, sondern "die tiefverwurzelte Abneigung der Amerikaner gegen das Gold, die manchmal geradezu fanatisch annahmet ... Hintergründig widerstrebt es dem amerikanischen Nationalismus, sich der atavistischen Magie des Goldes zu verschreiben und in ihm einen inneren Wert zu erblicken, der über den patriotisch abgesegneten Dollarwert hinausgeht" (III, S. 46 f.). Angesichts dieser gravierenden praktischen Veränderungen, die unter dem Druck der permanenten Währungs-krise eingetreten waren und neben dem Goldproblem auch andere wesentliche Bestandteile des Bretton-Woods-Mechanismus betrafen, sah sich der IWF gezwungen, durch eine Korrektur seiner Statuten diesen Prozessen Rechnung zu tragen. Die Bestätigung der Demonetisierung des Goldes erfolgte im März 1976, als der Gouverneursrat einem vom sogenannten Interimsausschuß im Januar des gleichen Jahres in Jamaika erarbeiteten Vorschlag über die zweite Änderung des

IWF-Abkommens zustimmte.¹⁵ Diese Neuregelung des Abkommens besierte auf einer seit Jahren innerhalb des IWF und seiner verschiedenen Gremien geführten Reformdiskussion.

Zusammenfassend lassen sich die das Gold betreffenden Regelungen, die in der Statutenänderung Eingang fanden, wie folgt darstellen¹⁶:

Erstens wurde die "Funktion des Goldes als gemeinsamer Denominator des Paritätensystems und als Werteinheit der Sonderziehungsrechte ... aufgehoben ... Die revidierten Statuten (schreiben) keinen offiziellen Preis mehr vor, zu dem die Mitglieder unter sich offizielle Goldtransaktionen durchführen sollen. Im Gegenteil, die Festsetzung eines fixen Preises am Goldmarkt wurde verboten" (II, S. 123). Die Abschaffung der Goldgelte und der Goldparitätskurse bedeutete zugleich auch das juristische Ende des offiziellen Goldpreises, der de facto bereits seit 1973 nicht mehr existierte. An Stelle des Goldes waren jetzt die SZR als allgemeine Bezugsgröße der Währungsparitäten ("numeraire") vorgesehen.¹⁷

Zweitens kam es - im Zusammenhang mit dem gleichzeitig vorgesehenen Ausbau der Rolle der SZR als Bewertungsinstrument und Reservemedium - zur Bestimmung, alle bisherigen Goldzahlungen zwischen dem IWF und seinen Mitgliedern durch Zahlungen in SZR zu ersetzen. Das schloß insbesondere den Verzicht auf die obligatorische Einzahlung von 25 Prozent der Länderquote in Gold durch die IWF-Mitglieder an den Fonds zugunsten eines entsprechenden Betrages in SZR, aber auch in Währungsfonds bestimmten konvertierbaren Devisen oder in Landeswährung ein (II, S. 120 - 123).

Drittens enthalten die revidierten Statuten "Bestimmungen, die sicherstellen sollen, daß die ... beschlossene Veräußerung eines Drittels der Goldbestände des IWF (50 Mio. Feinunzen) fristgerecht durchgeführt wird. Das schon 1975 vereinbarte Prozedere, wonach ein Sechstel des Goldes via Auktionen über den Markt verkauft und der Gewinn über einen Treuhandfonds den armen Entwicklungsländern zugeleitet werden soll, während ein weiteres Sechstel gemäß den IWF-Quoten den Mitgliedsstaaten zum alten Goldpreis von 35 \$ die Unze restituiert werden soll, wurde in den neuen Statuten verankert. Darüber hinaus wurde der IWF befugt, auch seine restlichen Goldbestände ... zu verkaufen" (II, S. 123 f.).

Die Goldbeschlüsse von Jamaika erfahren in den vorliegenden Publikationen eine unterschiedliche Bewertung.

Wuffli zum Beispiel, der sich als Anhänger einer auf dem Golde beruhenden Währungsordnung ausweist, kann sein Mißtrauen in die Demonetisierungsbeschlüsse nicht verhehlen. Als typischer Vertreter der bürgerlichen Vulgärökonomie, dem es an Einsicht in den objektiven Charakter ökonomischer Prozesse mangelt, zieht er zur Begründung seiner Position "Argumente" aus dem Reich der Psychologie heran. Seine subjektivistische Betrachtungsweise gipfelt in folgender Feststel-

15 Offiziell erfolgte die Inkraftsetzung am 1.4.1978, nachdem drei Fünftel der IWF-Mitglieder die Statutenänderung in ihren Parlamenten ratifiziert hatten.

16 Sie betreffen die Art. V Abs. 11 und 12, Art. VIII Abs. 7, Anhang B Abs. 2, 3 und Art. V Anhang C Abs. 1 und Anhang K Abs. 1 und 2 der IWF-Abkommen (II, S. 120 ff.).

17 Auch die SZR selbst, für die ursprünglich eine Goldparität von 0,888671 g/SZR festgelegt worden war, erhielten einen neuen Bewertungsmodus. Seit dem 1.7.1974 erfolgte die Bewertung der SZR auf der Grundlage der Kursentwicklung der 16 wichtigsten kapitalistischen Währungen und seit dem 1.1.1981 nur noch auf der Grundlage eines aus US-Dollar, DM, französischem Franc, britischem Pfund und japanischem Yen bestehenden Währungskurses.

lung: "Obwohl sicher kein Sachkundiger die Rückkehr zum Goldautomatismus von 1914 empfehlen wird, und obwohl die Erfahrungen mit dem Gold-Devisen-Standard von Bretton Woods manche Nachteile aufzeigten, darf man doch über den papierernen Konstruktionen nationaler Währungsexperten die Realität des menschlichen Gefühlslebens nicht übersehen. Diese brachen in Krisenzeiten immer wieder durch und drängen die Vernunft beiseite. Die Wissenschaft kann daher noch so kluge und kühle Thesen entwickeln, die Währungsordnung hängt dennoch davon ab, ob sie für die Mehrheit der Menschen mit ihrem völlig unterschiedlichen Entwicklungsstand glaubwürdig ist und ihren Gefühlsskalen von Wert und Dauerhaftigkeit entspricht" (III, S. 48).

Andersen verweist bei seiner Einschätzung auf den Kompromißcharakter der Goldbeschlüsse von Jamaika - bekanntlich waren die USA die Protagonisten einer möglichst weitgehenden Demonetisierung des Goldes, während die westeuropäischen Länder, namentlich Frankreich, dem lange Widerstand entgegensetzten (I, S. 406). Seiner Auffassung nach bleibt "die Zukunft des Goldes im internationalen Währungssystem ... trotz einer grundsätzlichen Einigung über eine weiter reduzierte Rolle im wichtigen Detail weiterhin unklar" (I, S. 409 f.). Andererseits äußert er sich skeptisch gegenüber dem der Statutenänderung vorausgehenden Reformvorschlag zur Wiedereinführung eines sogenannten halbautomatischen Goldstandards, da erhebliche Zweifel an seiner Wirksamkeit angebracht seien. Aber auch Andersen macht subjektive Momente für solche Konzeptionen verantwortlich, wenn er schreibt: "Fundamentales Mißtrauen in die Fähigkeit offizieller Stellen, ökonomisch rationale Entscheidungen zu treffen (Hervorhebung - d. Verf.), führt die Anhänger des Goldstandards zur Bindung der Liquiditätsmenge an ein nicht beliebig vermehrbares Warengeld" (I, S. 248).

Aschingers Einschätzung, obwohl stark pragmatisch gefärbt, dürfte dennoch der Realität am nächsten kommen. Er geht davon aus, daß das Gold nicht mehr seine Funktionen als Wertmaßstab und als normales internationales Schuldenausgleichsmittel ausübt und demzufolge "seine frühere zentrale Stellung im Währungssystem ... endgültig verloren" hat (II, S. 159). Andererseits ist es trotz der Demonetisierungsbeschlüsse nach wie vor eine Realität im kapitalistischen Währungsgeschehen "und wird weiterhin eine wichtige Rolle als Reservemittel spielen" (ebenda).

Als Fazit ist festzustellen, daß die drei Autoren - welche Position sie zur Goldfrage im einzelnen auch vertreten - den Wandel in der Stellung des gelben Metalls im Währungssystem nicht als Resultat objektiver Entwicklungsprozesse zu erkennen in der Lage sind. Ganz einer subjektiven Betrachtung der ökonomischen Prozesse verhaftet, versuchen sie statt dessen die Eliminierung des Goldes aus dem Währungsgeschehen allein den Entscheidungen der Währungsbehörden des einen oder des anderen Landes bzw. des IWF anzulasten. Tatsächlich aber handelt es sich bei dieser Abkommensänderung um die juristische Anpassung und Festschreibung von ökonomischen Prozessen, die sich als Ergebnis der Gesetzmäßigkeiten des kapitalistischen Systems in den zurückliegenden Jahren bereits objektiv vollzogen haben.¹⁸ Diese Einschätzung aus marxistischer Sicht zum gesamten Reformergebnis von Jamaika trifft vollinhaltlich auf die Veränderungen hinsichtlich des Goldes zu.

18 Kolloch, Klaus, Zweite Abkommensänderung des Internationalen Währungsfonds. Anpassung an veränderte ökonomische Realitäten, in: IPW-Berichte, Nr. 8/1978, S. 66.

Eine bürgerliche Wirtschaftsgeschichte über Europa
im 20. Jahrhundert

Bemerkungen zum fünften Band der deutschen Ausgabe der
Fontana Economic History of Europe

Europäische Wirtschaftsgeschichte, hg. v. Carlo M. Cipolla,
deutschsprachige Ausgabe hg. v. Knut Borchardt

Bd. 5: Die europäischen Volkswirtschaften im 20. Jahrhundert

Gustav Fischer Verlag, Stuttgart/New York 1980,
X und 505 Seiten, 14 Abbildungen, 120 Tabellen,
Preis: 128,- DM

von Horst Handke

Mit dem vorliegenden fünften Band der "Europäischen Wirtschaftsgeschichte" liegt der letzte eines Werkes vor, das über das wirtschaftshistorische Interesse hinaus Aufmerksamkeit beansprucht. Unter den bereits erschienenen und zum Teil wiederholt aufgelegten älteren Gesamtwerken in deutscher Sprache (Joseph Kulischer, Hans Haußherr, Aloys Brusatti und Wilhelm Treue) ist diese mehrbändige Darstellung die weitaus umfassendste. Der letzte Band nimmt insofern eine hervorragende Stellung ein, als er ausschließlich den Zeitraum vom Beginn des ersten Weltkrieges bis zum Jahre 1970 behandelt und damit bis an die Schwelle der Gegenwart führt.

In der englischsprachigen Ausgabe kommt die Konzentrierung auf das zwanzigste Jahrhundert noch stärker zur Geltung, denn diesem Zeitabschnitt sind dort zwei Bände gewidmet. Der Herausgeber der deutschsprachigen Ausgabe, Knut Borchardt, glaubte auf den Band mit der systematischen Querschnittsdarstellung verzichten zu können, weil andernfalls - so seine Begründung - das zwanzigste Jahrhundert ein zu großes Gewicht bekomme und außerdem häufige Überschneidungen und Wiederholungen in Kauf genommen werden müßten. Man mag diese Entscheidung bedauern; doch sicher hat auch die vorgelegte Länderdarstellung für sich allein eine Berechtigung und entspricht einem dringenden Bedürfnis nach wirtschaftshistorischen Überblicken, nach schneller Information aus erster Hand.

Der Band umfaßt neun Darstellungen von Ländern bzw. Ländergruppen Europas (Benelux-Länder, Deutschland - unter dieser Überschrift hat der Autor auch die Entwicklung der BRD und der DDR nach 1945 einbezogen -, Frankreich, Großbritannien, Italien, Rußland und Ost-Mitteuropa - hier ignoriert der entsprechende Autor die korrekte Länderbezeichnung UdSSR, und auch sein geographischer Begriff "Ostmitteleuropa" ist anfechtbar -, Schweiz, Skandinavien und Spanien). Für einige Länder bzw. Ländergruppen (Benelux-Länder, Skandinavien) wird zum erstenmal ein solcher Gesamtüberblick über die neueste Zeit gegeben, für andere zum erstenmal in deutscher Sprache. In einem abschließenden Kapitel versucht John Pinder die Stellung Europas in der Weltwirtschaft zwischen 1920 und 1970 zu umreißen, wobei eine weitgehende Konzentration auf das kapitalistische Europa und hier wiederum auf die führenden Staaten Großbritannien, Frankreich und Deutschland bzw. BRD deutlich wird.

Die Autoren, zumeist Vertreter der Wirtschaftsgeschichte ihrer Länder - bei dem Abschnitt "Rußland und Ost-Mitteleuropa" wich man auf einen britischen Vertreter der "Vergleichenden Kommunismusforschung", Alfred Zauberman, aus -, haben viele Informationen zusammengetragen. Einen zusätzlichen Wert stellen die zahlreich beigegebenen Tabellen und das umfangreiche statistische Anhangkapitel von B. R. Mitchell dar.

Die entscheidende Frage ist allerdings, wie die Materialfülle bewältigt und analysiert wurde. Man könnte vermuten, daß eine solche Überblicksdarstellung von jeweils neuesten Stand der Literatur geschrieben wird. Im vorliegenden Fall ist dies der Stand der bürgerlichen Literatur. Sehr deutlich zeichnet sich das Dilemma ab, mit dem bürgerliche wirtschaftshistorische Darstellungen seit eh und je zu kämpfen haben: Je mehr sie sich von der Detailforschung lösen und zu einem Gesamtüberblick vorstoßen - was ein Gesamtverständnis der Geschichte einschließt -, desto mehr macht sich ihre mangelnde erkenntnistheoretische Basis bemerkbar, ihr Unvermögen, die Geschichte als objektiven, gesetzmäßigen Prozeß zu betrachten.

Damit aber geht die Darstellung im Grunde an den Schlüsselproblemen der Zeit vorbei. So machen die Autoren die Entwicklung der Monopole und deren objektive historische Rolle nicht zum Gegenstand ihrer Betrachtung. Der Begriff "Monopol" erscheint zwar bei einigen (Karl Hardach, Claude Fohlen, Youngson und John Pinder), wird aber völlig außerhalb der Epochencharakteristik benutzt. Auf einen tieferen ökonomischen Zusammenhang weist lediglich ein Autor, Pinder, hin, der die Monopole (und Oligopole) für die Spirale von Lohn- und Preissteigerungen in den sechziger Jahren verantwortlich macht (S. 408)¹.

Auch ein anderer zentraler Begriff, der Begriff der Klasse, taucht so gut wie gar nicht auf. Allein Fohlen verwendet die Begriffe "Arbeiterklasse", "Klassenkampf" und "Klassenbewußtsein" je einmal.

In völlig verzerrter Form erscheinen die Befreiungskämpfe der unterdrückten und abhängigen Völker und der Zusammenbruch des Kolonialsystems, Prozesse, die in dieser Epoche von großer ökonomischer Bedeutung nicht nur für die imperialistischen Mutterländer, sondern für die internationalen Beziehungen überhaupt waren. Die Autoren, die auf die Befreiungskämpfe zu sprechen kommen, tun dies beiläufig, und zwar von der Warte der imperialistischen Mutterländer aus. Youngson zum Beispiel nennt die britischen Kolonien - er spricht vom britischen Weltreich - nur einmal im Zusammenhang mit der Politik des Protektionismus seit Anfang der dreißiger Jahre. Er meint, daß diese Politik zur Vorzugsbehandlung der "Mitglieder des britischen Weltreiches" geführt habe. Der Effekt für den britischen Außenhandel sei jedoch "enttäuschend" gewesen, weil der Ausfuhrhandel zwar kurzfristig ein wenig davon profitiert habe, aber der Haupteffekt nicht Vermehrung des Handels, sondern nur dessen Verlagerung gewesen sei (S. 149). Immerhin räumt er noch ein, daß die Einführung der "Kolonialquoten" die britischen Exporteure auf Kosten der "Verbraucher" in den Kolonien begünstigt habe.

Der Autor des Beitrages über Frankreich, Fohlen, findet - wie es auf den ersten Blick scheint - kritische Worte über die Kolonialkriege in Indochina (1950 bis 1954) und Algerien (1956 bis 1962). Diese hätten unproduktive Ausgaben ohne "technologischen Ertrag" zur Folge gehabt und außerdem zu Arbeitskräftemangel und Inflation geführt (S. 122). Gleichzeitig hätten sie "konjunkturbremsend" gewirkt. Im Kern jedoch sind auch Fohlens Aussagen einseitig. Abgesehen von einer fehlenden Analyse der Positionen Frankreichs in den Kolonien und der Kräfte, die diese Positionen um jeden Preis zu erhalten trachteten, vermittelt die pauschale Darstellung der Kriegsfolgen kein Bild darüber,

1 Alle nicht näher bezeichneten Seitenangaben im laufenden Text beziehen sich auf das hier besprochene Buch.

wer von den negativen Auswirkungen in erster Linie betroffen wurde, und schon gar nicht läßt sie Schlüsse auf die Kräfte zu, die keiner "Konjunkturbremse" unterworfen waren und die sogar erhöhten Profit aus diesen Kriegen zogen.

Einseitigkeiten und Vereinfachungen, die zu falschen Eindrücken führen, sind ein generelles Merkmal bürgerlicher Überblicksdarstellungen. Nicht selten entsprechen derartige einseitige Betrachtungsweisen einem bestimmten geschichtsmethodologischen Prinzip und unterliegen bestimmten Absichten. Sie tragen, je nach dem Grad, in dem vorherrschende bürgerliche Ideen aufgenommen und zu Überzeugungen verinnerlicht worden sind, und je nach dem politischen und geistigen Druck, den die imperialistische Gesellschaft in Zeiten ideologischer Konfrontation ausübt, bestimmten politischen Vorstellungen oder Trends Rechnung. Im Falle von Hardach, dem Autor des Beitrags über Deutschland bzw. die BRD und die DDR, nehmen diese Betrachtungsweisen ausgesprochen reaktionär-konservative Züge an und ordnen sich in jenen konservativen Trend ein, der in den letzten Jahren in der BRD erneut an Boden gewinnt.

Auf dem Umweg über die Betrachtung der Wirtschaft nimmt Hardach eine Neubewertung des faschistischen Systems vor. Seinen offensichtlichen Rehabilitierungsversuch betreibt er in der Weise, daß er bestimmte ökonomische "Erfolge" des NS-Regimes aus dem Zusammenhang reißt und aneinanderreihet. Neben die schon sattsam bekannte und zum Mythos erhobene Geschichte von der Beseitigung der Arbeitslosigkeit stellt Hardach die Legende von der allgemeinen Verbesserung der Lebens- und Wohnbedingungen und von der Gewinnung der Arbeiter für das Regime. Dazu führt er aus, daß das "erhöhte Sozialprestige der körperlichen Arbeit, eine gewisse Neugestaltung des Arbeitgeber-Arbeitnehmer-Verhältnisses, verbesserte Arbeits- und Wohnbedingungen und eine Vielzahl bisher unbekannter und preiswerter Erholungsmöglichkeiten für Arbeiter" greifbar genug gewesen seien, "daß sich Abneigung zumindest in Respekt" verkehrt hätte (S. 60). Diese Darstellung, die auf die Ahnungslosigkeit des Lesers spekuliert, suggeriert ein Bild des Systems, wie es von der faschistischen Propaganda teilweise selbst geprägt und offenbar aus solchen Quellen wie der faschistischen Presse kritiklos übernommen worden ist. In diesem Bild haben all jene Zusammenhänge keinen Platz, wie sie von der seriöseren bürgerlichen Historiographie bereits anerkannt sind: zum Beispiel der Zusammenhang der Arbeitsbeschaffungsprogramme mit der Rüstung², der Zusammenhang der "Neugestaltung des Arbeitgeber-Arbeitnehmer-Verhältnisses" mit der "Endlich-wieder-Herr-im-Hause"-Politik des deutschen Monopolkapitals³ und der Zusammenhang der faschistischen Freizeit- und Tourismus-Organisation "Kraft durch Freude" mit dem unverhüllten Zweck, die Arbeitsleistung zu erhöhen⁴ - ohne Erfolg übrigens⁵ - und das Bespitzelungssystem auszudehnen⁶.

Schließlich kommt Hardach auf das faschistische Aufrüstungsprogramm zu sprechen. Aber auch hier ist er voller einseitiger Bewunderung; denn dieses Programm wurde - wie er ausführt - ohne Geldentwertung und nennenswerte Beeinträchtigung des Lebensstandards der Massen durchgeführt (S. 61), und möglich war dies alles, weil es den Nazis gelungen sei, "ohne einem vorgefaßten Plan zu folgen, Jahre hindurch nach und nach das, was von der Marktwirtschaft

2 Zu den dabei auftretenden Streitigkeiten, wann die Rüstung zu dominieren begonnen habe, siehe Zumpe, Lotte, Wirtschaft und Staat in Deutschland 1933 - 1945, Berlin 1980, S. 78. - Nach diesen Angaben setzt Kroll das Frühjahr 1934 an, Ries Mai 1934, Grotkopp 1934/35 und Stucken das Frühjahr 1935.

3 Mason, Timothy W., Sozialpolitik im Dritten Reich. Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft, Opladen 1977, S. 118.

4 Ebenda, S. 183 f.

5 Ebenda, S. 259 f.

6 Ebenda, S. 184 Anm. 17.

noch existierte, in eine gründlich gelenkte Wirtschaft" zu überführen (S. 61). Der deutsche Wirtschaftsapparat habe im Vergleich mit anderen Wirtschaftssystemen der Zeit "recht gut" gearbeitet, weil der organisatorische Aufbau der Wirtschaft "Planung ohne einen starren Plan" ermöglicht habe und der Preismechanismus als wirtschaftliches Steuerungsmittel eingesetzt worden sei (S. 62). Das faschistische Wirtschaftssystem war Hardach zufolge weder "eine zentralisierte Totalplanung um ihrer selbst willen" noch Marktwirtschaft. Die Nazis wählten angeblich "ohne dogmatische Bedenken je nach Bedarf das aus, was ihren Zwecken förderlich erschien" (S. 62).

Indem Hardach mit Hilfe solcher Verzerrungen beim Leser den Eindruck hervorrufen will, wie ausgezeichnet die staatsmonopolistische Rüstungswirtschaft des deutschen Faschismus - von ihm als Mittelweg zwischen Planwirtschaft und Marktwirtschaft charakterisiert - funktioniert hätte, wendet er sich gegen alle diejenigen, die in den dreißiger Jahren behauptet haben, daß von den Nationalsozialisten eine große Kriegsmaschinerie aufgebaut würde, und die prophezeiten, die deutsche Wirtschaft werde schnell zusammenbrechen. Das seien Standardargumente - so Hardach -, um das faschistische Regime zu diskreditieren. Allgemeine wirtschaftstheoretische Überlegungen und die Art, wie die faschistische Ankurbelungspolitik gehandhabt worden sei, rechtfertigten keinesfalls die Schlußfolgerung, daß Hitler nur durch kriegerische Eroberungen und durch die Beschaffung zusätzlicher Rohstoffe, Nahrungsmittel und Arbeitskräfte sich an einem katastrophalen Zusammenbruch hätte vorbeistehlen können. Nur geistige Voreingenommenheit könne derartige Kommentatoren bestimmen, die Möglichkeiten, Produktionsfaktoren für den Wohnungsbau, das Verkehrsnetz, die Stadtsanierung und die Ausweitung des individuellen Verbrauchs einzusetzen, zu übersehen oder zu unterschätzen (S. 62 f.).

Unter der Hand verdreht Hardach die tatsächliche Geschichte der Kriegsvorbereitungen, stellt sie als Werk "geistiger Voreingenommenheit" hin und unterschiebt der faschistischen Politik der Wirtschaftsankurbelung, daß sie Produktionsfaktoren für im Grunde wünschenswerte Zwecke hätte einsetzen können oder sogar eingesetzt habe. Damit wird seine Darstellung zu einer gefährlichen Geschichtsfälschung, die es dem Leser offensichtlich nahelegen soll, in einem Wirtschaftssystem wie dem faschistischen eine Möglichkeit zu sehen, aus den kapitalistischen Krisen herauszukommen.

In diesem Geschichtsbild fehlt auch nicht die offen antikommunistische Stoßrichtung. Bei der Darstellung der Entwicklung nach 1945 scheut er sich nicht, Begriffe aus der Propaganda des "kalten Krieges" zu verwenden. So bedient er sich für die sowjetische Besatzungszone des bei Reaktionären beliebten Schlagwortes "Satellit der Sowjetunion", weil sie auf Marshall-Plan-Gelder habe verzichten müssen (S. 69). Eine Quelle gibt er für diese abstruse Behauptung nicht an. Verleumderisch erklärt er schließlich, daß die zentrale staatliche Planung in der DDR nur an die bestehenden wirtschaftlichen "Vorschriften" hätte anzuknüpfen brauchen, daß es anfänglich genügt hätte, die Wirtschaftskontrolle der Nazis zu verstärken und sie den drängenden Problemen der damaligen Zeit anzupassen (S. 70). Hier wird sich jeder in der Wirtschaftsgeschichte auch nur einigermaßen Bewanderte unwillkürlich fragen, worüber er sich mehr wundern soll, über Hardachs Kenntnislosigkeit oder über seine offensichtlich von bürgerlichen Totalitarismus-Bildern getriebene Voreingenommenheit. Hardachs Beitrag setzt den Wert des gesamten Buches herab. Es ist unverständlich, warum der Herausgeber der englischsprachigen Ausgabe, Cipolla, und der Herausgeber der deutschsprachigen Ausgabe, Borchardt, keine bessere Auswahl getroffen haben, die selbst in der westdeutschen Wirtschaftshistoriographie möglich gewesen wäre.

Die anderen Beiträge, die ebenfalls auf Fragen des Faschismus eingehen (Sergio Ricossa über den italienischen Faschismus und Josep Fontana und Jordi Nadal über den spanischen Faschismus), unterscheiden sich deutlich von dieser faschistischen Apologetik. Die genannten Autoren sehen die Wirtschaft ihrer Län-

der unter dem Faschismus mit durchaus kritischer Distanz. Sie analysieren wesentliche Mängel und Schwächen des wirtschaftlichen Systems. Bei Fontana und Nadal wird deutlich, daß eine faschistische Wirtschaft, die sich nicht wie die deutsche mit aller Kraft auf Kriege und Eroberungen ausrichtet, mit zunehmender Dauer zu bestimmten Liberalisierungsmaßnahmen gezwungen wird. Die Autoren drücken das so aus: "Wollte das Regime Franco fortbestehen, so mußte es sich bequemen, 20 Jahre eines aggressiven Nationalismus, akuten Protektionismus und willkürlichen Interventionismus abzuschreiben." (S. 368)

Die Beibehaltung des reaktionären politischen Regimes habe zu zusätzlichen Widersprüchen zwischen Basis und Überbau geführt, die seit Ende der fünfziger Jahre zum Teil nur über die sich öffnenden Kanäle zu anderen europäischen Volkswirtschaften gemildert werden konnten (durch ökonomische Zuwendungen, Abgabe überschüssiger Arbeitskräfte und Erschließung wachsender Devisenquellen mit Hilfe des Tourismus). Die Autoren bezeichnen diese finanziellen Hilfsquellen als das "Schmiermittel, das der Industrie und dem Dienstleistungssektor den Absprung ermöglichte" (S. 369).

Insgesamt läßt das Buch viele Fragen offen. Am ehesten erhält der Leser Informationen über die klassischen Objekte bürgerlicher Wirtschaftshistoriographie, also über Bevölkerungsentwicklung und Arbeitsmarkt, über Geld, Preise und Konjunkturablauf sowie über institutionelle und durch die Wirtschaftspolitik gesetzte Bedingungen der Wirtschaftsprozesse. Wenn auch entscheidende marxistische Begriffe fehlen, so lassen sich doch einige Grundprozesse des staatsmonopolistischen Kapitalismus und der allgemeinen Krise des Kapitalismus durchgehend verfolgen. Aufschlußreich ist zum Beispiel Youngson, wenn er die Frage stellt, was das Entscheidende, der Hauptinhalt der Wirtschaftsgeschichte der Nachkriegsjahrzehnte war, und dann in Anlehnung an einen anderen britischen Autor zu der Auffassung kommt, daß dies die Anmaßung der kapitalistischen Staaten gewesen sei, im Namen der "Allgemeinheit" die tiefstgreifenden wirtschaftlichen Entscheidungen zu treffen und in die Tat umzusetzen, nämlich die Aufteilung der Produktionsmittel zwischen gegenwärtigen und künftigen Verwendungen⁷ (S. 170). Pinder schließlich drückt das Gefühl der "großen Unsicherheit" aus, mit dem die Periode 1920 begann und 1970 endete (S. 379). Ob jedoch die Geschichte der wirtschaftspolitischen Lenkungsmöglichkeiten auf nationaler und internationaler Ebene für die neuen, in den siebziger Jahren auftretenden Schwierigkeiten hilfreich sein kann, wie er hofft, muß bezweifelt werden, da diese Schwierigkeiten in ihrer letzten Ursache keine Frage einer mehr oder weniger geschickt betriebenen Politik, einer Fehlsteuerung oder Fehlorientierung kapitalistischer Regierungen sind, sondern eine Frage des Systems. Doch daran gehen alle Autoren des Buches vorbei.

Es ist ausgerechnet Zauberman in seinem Beitrag "Rußland und Ostmitteleuropa", der zugeben muß, daß in der UdSSR "fortgesetztes Wirtschaftswachstum" zu verzeichnen war (S. 221) und daß die Länder des RGW sich schneller als die westlichen entwickelten (S. 235). Trotz der Versuche, auch in den sozialistischen Ländern Krisenerscheinungen ausfindig zu machen (zum Beispiel S. 237 f.) und eine Gleichartigkeit der strukturellen Probleme in Ost und West nachzuweisen (S. 234), wird in der Gesamtdarstellung sichtbar, daß von einer allgemeinen Krise, von "großer Unsicherheit" in den sozialistischen Ländern nicht die Rede sein kann. Von den Autoren kaum gewollt, drängt sich die Schlußfolgerung auf, daß die Wirtschaftspolitik jener Jahre nur in den sozialistischen Ländern eine Basis fand, um volkswirtschaftliche Grundziele wie Wachstum, Vollbeschäftigung und Preisstabilität in hohem Maße und weitgehend kontinuierlich durchzusetzen.

⁷ Robertson, D. H., *Utility and All That*; London 1957, S. 116.

Wissenschaft und Gesellschaft. Grundzüge und Probleme einer TU-Geschichte

Wissenschaft und Gesellschaft - Beiträge zur Geschichte der Technischen Universität Berlin 1879 - 1979, hg. v. Reinhard Rürup

Springer-Verlag, Berlin (West)/Heidelberg/New York 1979,
Bd. 1 610 Seiten, Bd. 2 274 Seiten

von Heike Etzold

Unter dem umfassenden und anspruchsvollen Titel "Wissenschaft und Gesellschaft" erschien 1979 anlässlich der 100-Jahrfeier der Technischen Universität Berlin eine Festschrift in zwei Bänden. Die Bezeichnung "Geschichte der TU Berlin" wurde dabei zu Recht vermieden, handelt es sich doch um ein Sammelwerk mit einer großen Anzahl unterschiedlicher Beiträge.

Neuere Festschriften zu Jubiläen technischer Hochschulen in der BRD beschränken sich im wesentlichen auf die Geschichte der entsprechenden Lehranstalt, wobei ökonomische und politische Entwicklungen im allgemeinen nur soweit einbezogen werden, als sie die Entwicklung der betreffenden technischen Hochschule verständlich machen.¹ Wird dagegen wie im vorliegenden Werk einerseits der Einfluß der Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte auf Lehre und Forschung, andererseits die Bedeutung der Forschungsergebnisse und des Einsatzes von Absolventen in der Produktion deutlich, so wird durchaus auch ein Beitrag zur Geschichte der Produktivkräfte geleistet. Die Untersuchungen zur Geschichte der TU Berlin tun dies; ihr besonderer Wert liegt überdies in dem Versuch, über die TU-Geschichte hinausgehend, Wechselbeziehungen zwischen Wissenschaft und Gesellschaft darzustellen.

Der erste Band enthält zunächst einen Überblick über die Geschichte der TU von 1879 bis 1979 auf der Grundlage der allgemeinen Entwicklung des technischen Hochschulwesens; ihm folgt eine Darstellung von speziellen Aspekten der Universitätsgeschichte, wobei die Untersuchung der Struktur des Lehrkörpers, der Studentenschaft und des Verwaltungspersonals im Mittelpunkt steht. Der dritte Teil, der die quantitative Entwicklung von Natur- und Technikwissenschaften an technischen Hochschulen, die Bedeutung von Forschungsanstalten außerhalb der Universitäten und Hochschulen sowie von technisch-wissenschaftlichen Vereinen untersucht, bezieht die die Universitätsgeschichte bestimmenden ökonomischen und politischen Faktoren in die Analyse ein. Im vierten Teil wird im wesentlichen das Wirken solcher bedeutender Wissenschaftler wie zum Beispiel F. Reuleaux, G. Hertz und K. Zuse im Zusammenhang mit der Entwicklung der Produktivkräfte dargestellt. Der fünfte Teil ist ein Versuch,

¹ Vgl. zum Beispiel Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule Aachen 1870 - 1970, 2 Bde., Stuttgart 1970; Technische Hochschule München 1808 - 1968, München 1968; Festschrift zur 125. Jahrfeier der Technischen Hochschule Hannover 1831 - 1956, Hannover 1956.

die Rolle von Wissenschaft und Technik während der faschistischen Diktatur zu untersuchen, der ebenfalls zu Recht über die Grenzen der TH Berlin hinausgeht. Der letzte Teil des ersten Bandes befaßt sich schließlich mit der Entwicklung der TU Berlin in den Jahren 1945 bis 1979.

Der zweite, weniger umfangreiche Band schließt mit einer Chronik zur Geschichte der TU und ihrer Vorläuferinstitutionen seit dem Anfang des 17. Jahrhunderts an, geht dann zur Darstellung der Entwicklung von Lehre und Forschung wichtiger Fachgebiete wie Physik, technische Chemie, Bergbau und Hüttenwesen, Fertigungstechnik, Städtebau und Ökologie über. Auch hier geht es, wie es in einer der Überschriften heißt, um "Ursprünge, Hintergründe, Aufgabenkreis", anders ausgedrückt, um die Einordnung der Wissenschaftsentwicklung in den gesellschaftlichen Zusammenhang.

Bei diesem Anliegen ergeben sich zwangsläufig Lücken, da nur einige entscheidende Wechselbeziehungen zwischen Wissenschaft und Gesellschaft dargestellt werden können. Zu Recht beschränken sich die Autoren auf solche wichtigen Probleme wie die Wirkungen von Ideologie auf Forschung und Lehre sowie die Wechselbeziehungen zwischen Wissenschaft, Industrie und Staat.

Aus dem erstgenannten Themenkomplex seien vor allem folgende Untersuchungen genannt: Ch. Gizewski, Zur Geschichte der Studentenschaft der Technischen Universität Berlin seit 1879; R. Schottländer, Antisemitische Hochschulpolitik; Zur Lage an der Technischen Hochschule Berlin 1933/34; H. Ebert, Die Technische Hochschule Berlin und der Nationalsozialismus: Politische "Einschaltung" und rassistische "Säuberungen"; B. Duden/H. Ebert, Die Anfänge des Frauenstudiums an der Technischen Hochschule Berlin.

Von besonderem Interesse dürfte für den Leser zweifellos jener Komplex sein, der sich mit den Wechselbeziehungen zwischen Wissenschaft, Industrie und Staat beschäftigt. Die Beiträge zu dieser Problematik stehen im Mittelpunkt des Werkes, wobei sie, mehr oder weniger akzentuiert, von der Entwicklung der TU in Abhängigkeit von der Entwicklung der Produktivkräfte ausgehen. Die Beiträge lassen sich dabei wie folgt einordnen: Die meisten Autoren befassen sich mit der Entwicklung einzelner Disziplinen und Institute, so unter anderen H. Ebert/K. Hausen, Georg Schlesinger und die Rationalisierungsbewegung in Deutschland; M. Wilke, Goetz Briefs und das Institut für Betriebssoziologie an der Technischen Hochschule Berlin; H. Ebert, Wirtschaftsingenieur - Zur Innovation eines Studienganges; G. Spur/H. Grage, 75 Jahre Institut für Werkzeugmaschinen und Fertigungstechnik; W. Ruske, Zur Geschichte der technischen Chemie in Berlin; K. Löhberg/J. Osterwald/A. Wilke, Bergbau, Geowissenschaften, Hüttenwesen und Werkstoffwissenschaften an der Technischen Universität Berlin.

Die Einordnung der Gesamtgeschichte der TU Berlin in die Geschichte des technischen Hochschulwesens in Deutschland nimmt P. Lundgreen durch die quantitative Untersuchung der Entwicklung von Natur- und Technikwissenschaften an deutschen Hochschulen 1870 bis 1970 vor.

Die Einordnung der TH-Geschichte in die internationale Entwicklung der technischen Hochschulen behandelt M. Späth, Die Technische Hochschule Berlin-Charlottenburg und die internationale Diskussion des technischen Hochschulwesens 1900 - 1914.

Allgemeine Entwicklungstendenzen von Naturwissenschaften und Technikwissenschaften während des Faschismus sind Gegenstand der Aufsätze von H. Mehrrens, Die Naturwissenschaften im Nationalsozialismus, und H. Eberg/H.-J. Ruppier, Technische Wissenschaft und nationalsozialistische Rüstungspolitik: Die Wehrtechnische Fakultät der Technischen Hochschule Berlin 1933 - 1945.

Die Einbeziehung der technisch-wissenschaftlichen Forschungseinrichtungen außerhalb der Universitäten und der technisch-wissenschaftlichen Vereine erfolgt durch W. Ruske, Außeruniversitäre technisch-naturwissenschaftliche Forschungs-

anstalten in Berlin bis 1945, und P. Lundgreen, Forschungsförderung durch technisch-wissenschaftliche Vereine, 1860 - 1914.

Hier entsprechen besonders die letzten vier Problemkreise einer über die TU-Geschichte hinausgehenden Betrachtung.

Der Aufbau der Bände und die Gruppierung der Beiträge dokumentieren durchaus das Bestreben, die Wechselbeziehungen zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen darzustellen.

Doch wie genügen die genannten Beiträge dem Anspruch, die speziellen Entwicklungen in gesamtgesellschaftliche Einflüsse und Wirkungen einzuordnen? Zunächst kann festgestellt werden, daß dies unterschiedlich geschieht. Das liegt einmal daran, daß neben Historikern - speziell der Gebiete Wirtschafts-, Technik- und Wissenschaftsgeschichte - zumeist Autoren aus den Natur- und Technikwissenschaften vertreten sind. Zu ersteren gehören R. Rürup, K. Hausen und P. Lundgreen, führende Vertreter der westdeutschen Technik- und Wissenschaftsgeschichtsschreibung,² die die Wissenschaftsgeschichte in Zusammenhang mit der politischen und ökonomischen Entwicklung darstellen. Eine weitere Ursache für die Unterschiedlichkeit liegt darin, daß die Verfasser, wie der Herausgeber bemerkt, auch "durch unterschiedliche wissenschaftliche Prinzipien und Traditionen" geprägt sind.

Der Herausgeber trägt diesem Umstand durch seinen Beitrag über die Grundzüge und Probleme der Geschichte der TU von 1879 bis 1979 Rechnung, der als Rahmen für die folgenden Beiträge ihre Entwicklung in Wechselbeziehung zur industriellen Entwicklung deutlich machen und der Gefahr eines solchen Sammelbandes begegnen soll, durch eine Anhäufung vielfältiger Forschungsergebnisse eine klare Gesamtaussage zu erschweren. Diese Aufgabe erfüllt auch die Chronik zur Geschichte der TU Berlin von R. Schröder-Werle (Bd. 2, S. 1 - 37)³.

In seinem Beitrag ist R. Rürup bestrebt, die Geschichte der TU nicht als "problemlose Erfolgsgeschichte" der Technik und der technischen Wissenschaften zu schreiben, sondern sie "auf Kosten und Nutzen der durch sie geförderten Entwicklungen" (Bd. 1, S. 6) hin zu untersuchen. Er beschreibt dabei folgende Entwicklungsetappen: die Entwicklung des technischen Hochschulwesens vor 1879, dem Gründungsjahr der "Königlichen technischen Hochschule zu Berlin" durch die Vereinigung von Bau- und Gewerbeakademie, als Voraussetzung und Folge der industriellen Revolution im Zusammenhang mit Gewerbe- und Industrieförderungsmaßnahmen der deutschen Staaten; die Entwicklung der TH Berlin bis zur Jahrhundertwende, charakterisiert durch die überragende Rolle des Maschinenbaus; die wachsende Bedeutung von wissenschaftlich-technischer Forschung mit Beginn des Imperialismus als Folge der Entwicklung der Produktivkräfte der Industrie und der imperialistischen deutschen Machtpolitik; die verstärkte Verbindung von Industrie und Natur- und Technikwissenschaften während der Weimarer Republik; die Unterordnung von Lehre und Forschung unter die faschi-

² 2 Moderne Technikgeschichte, hg. v. Karin Hausen u. Reinhard Rürup, Köln 1975; Technik und Gesellschaft im 19. und 20. Jahrhundert, hg. v. Reinhard Rürup, Göttingen 1978; Rürup, Reinhard, Die Geschichtswissenschaft und die moderne Technik. Bemerkungen zur Entwicklung und Problematik der technikgeschichtlichen Forschung, in: Aus Theorie und Praxis der Geschichtswissenschaft. Festschrift für Hans Herzfeld zum 80. Geburtstag, hg. v. D. Kurze, Berlin(West) 1972, S. 49 - 85; Lundgreen, Peter, Bildung und Wirtschaftswachstum im Industrialisierungsprozeß des 19. Jahrhunderts, Berlin(West) 1973; derselbe, Techniker in Preußen während der frühen Industrialisierung. Ausbildung und Berufsfeld einer entstehenden sozialen Gruppe, Berlin(West) 1975.

³ Alle nicht näher bezeichneten Seitenangaben im Text beziehen sich auf das besprochene Buch.

stische Wissenschaftspolitik, insbesondere durch den Versuch, die TH Berlin durch den Aufbau der "Wehrtechnischen Fakultät" zu einem Zentrum militärtechnischer Forschung und Ausbildung zu machen; sowie der Wiederaufbau und die Entwicklung nach 1945.

Mit Beginn des Imperialismus erweiterten sich die wissenschaftlichen Grundlagen der Produktion bekanntlich besonders rasch, so daß die Entwicklung der TH Berlin seit 1900 zwangsläufig einen Schwerpunkt der Darstellung bilden muß, wobei die Frage von Interesse ist, wie die Anpassung der Ausbildung und Forschung an die Bedürfnisse der industriellen Produktion und die damit verbundenen Aktivitäten der Großindustrie zur Einflußnahme auf die wissenschaftliche Forschung außerhalb der Konzernforschungsstätten ihre Widerspiegelung finden. Rürup setzt hier die Akzente für die entsprechenden Beiträge, indem er den wesentlichen Anteil der imperialistischen Handels- und Machtpolitik vor 1914 an der raschen Entwicklung der TH und die notwendige Einordnung in "die vorherrschenden und politischen Interessen und Entwicklungen im Kaiserreich, und d. h. auch in die nationalistischen und imperialistischen Tendenzen" (Bd. 1, S. 20), betont. Er läßt es jedoch bei diesen allgemeinen Feststellungen bewenden, ohne - ausgehend von den ökonomischen Merkmalen des Imperialismus - diese "Tendenzen" konkret auf ihr Wesen hin zu untersuchen. Auch die Hochschulreformbemühungen nach 1918 werden zwar als "Versuch, Technik und Wirtschaft enger miteinander zu verbinden" (Bd. 1, S. 22) und den Forderungen von Industrie sowie staatlichen und kommunalen Verwaltungen nachzukommen, gewertet, doch wird dies nicht als Folge der Entwicklung der Produktivkräfte, die zu Forderungen der Großindustrie nach Anpassung der Hochschulausbildung führen, konkretisiert, wie auch die Tatsache, daß nach dem ersten Weltkrieg die schnelle Umsetzung wissenschaftlicher Erkenntnisse in die Produktion immer mehr zu einem entscheidenden Faktor der Machtpolitik des deutschen Imperialismus wurde, unberücksichtigt bleibt.

Stärker kommt dieser Aspekt in M. Späths Untersuchung der internationalen Diskussion über das technische Hochschulwesen von 1900 bis 1914 zum Tragen, der die Leistungen der deutschen chemischen, metallurgischen, optisch-feinmechanischen und elektrotechnischen Industrie auf die enge Verbindung zwischen Industrie und Wissenschaft als Grundlage des Konkurrenzkampfes zurückführt. W. Ruske spricht zwar von Verflechtungen zwischen naturwissenschaftlich-technischer Entwicklung, wirtschaftlich-sozialer Situation und politischen Erfordernissen, die zu Ausbau und Förderung von Forschungseinrichtungen führen, und H. Ebert zählt H. Aumund zu den Wegbereitern "für die Durchsetzung privatindustrieller Interessen im Hochschulbereich" (Bd. 2, S. 468), aber es bleibt bei diesen wenig konkreten Feststellungen.

Die ungenügende Berücksichtigung der Interessen der Monopole - erwachsend aus der Entwicklung der Produktivkräfte - und die verschiedenen Methoden ihrer Durchsetzung ergibt sogar falsche Einschätzungen wie die, daß - undifferenziert - "die Industrie" sich keinen Einfluß auf die staatlichen Forschungsanstalten sichern konnte (Bd. 1, S. 259). Die Entwicklung der Chemisch-technischen Reichsanstalt nach dem ersten Weltkrieg zum Beispiel beweist jedoch das Gegenteil.

H. Mehrtens erkennt in seinem Beitrag über die Naturwissenschaften im Nationalsozialismus zwar an, daß sich "die komplexen Strukturen einer Wissenschaftsorganisation zwischen Staat, Wirtschaft und Industrie" (Bd. 1, S. 429) in der Weimarer Republik voll herausbilden, geht aber in seiner Untersuchung der Zeit des Faschismus nicht über diese Wertung hinaus. Mit der Entwicklung von Natur- und Technikwissenschaften während der faschistischen Diktatur befassten sich mehrere Beiträge. Untersuchungen zu dieser Problematik wurden bisher in der BRD nur wenig durchgeführt, wobei der Schwerpunkt vor allem auf der Frage nach der eigenständigen Entwicklung der Naturwissenschaften und der persönlichen Verantwortung des Forschers lag. Von diesen Analysen unterscheiden sich die Beiträge von H. Mehrtens, H. Ebert und H.-J. Rupieper in-

sofern, als sie das Verhältnis von Natur- und Technikwissenschaften zu Industrie und Staat in den Mittelpunkt stellen. Diese Fragestellung wurde bisher, insbesondere für die Naturwissenschaften, vernachlässigt, während für die Entwicklung der Technikwissenschaften durch K.-H. Ludwig Ansätze gegeben sind.⁴ Dieser Umstand veranlaßt Mehrtens dann auch zu einer kritischen Einschätzung der Literatur über die Rolle der Naturwissenschaften von 1933 bis 1945. Nach der "Bewältigungs- und Erinnerungsliteratur" der sechziger Jahre als Ausdruck eines "hilflosen Antifaschismus"⁵ folgte in den siebziger Jahren in Form von Erinnerungen und Biographien sowie Monographien weiteres Material, jedoch vorwiegend zum Verhältnis von Naturwissenschaften, Schulen und Hochschulen zur faschistischen Ideologie.⁶ Es sind jedoch nur wenige Arbeiten, die die Rolle der Monopole während des Faschismus berühren.⁷ Auch Mehrtens kommt über Ansätze nicht hinaus, er beschränkt sich im wesentlichen auf die Rolle der chemischen Industrie bzw. der IG Farbenindustrie AG und ihres Vorstandsvorsitzenden C. Krauch und betont die Notwendigkeit von Untersuchungen anderer Naturwissenschaften wie Biologie und Geowissenschaften. Seine Ausführungen haben dann auch das Ziel, "auf Zusammenhänge zwischen Wissenschaft und Industrie hinzuweisen" (Bd. 1, S. 437). Zu den offenen Fragen, deren notwendige Untersuchung er unterstreicht, gehört die Zerstörung wissenschaftlichen Potentials einerseits und das Vorantreiben der industriellen Entwicklung durch eine "gigantische Rüstungsmaschinerie" andererseits. Er erkennt zwar wie "viele Autoren" als Ausgangspunkt an, "daß der Faschismus die Lösung der ökonomisch verursachten Systemkrise war und daß ... in Autarkie- und Rüstungswirtschaft sowie schließlich in der imperialistischen Expansion eine Interessenidentität von Nationalsozialismus und Teilen der Großindustrie zum Ausdruck kam", schränkt dies aber gleich wie folgt ein: "wenn es auch zunehmend die größten Konzerne waren, die von der Herrschaft des Faschismus noch (Hervorhebung v. mir - H. E.) profitieren konnten". Es wird bewußt nicht dargestellt, daß Hitler durch Finanzkapital und Junker zur Macht kam und daß sich ein staatsmonopolistisches System entwickelte, das eine kompromißlose Durchsetzung monopolistischer Interessen ermöglichte. Es ist natürlich, daß die Vertreter der bürgerlichen Technikgeschichtsschreibung den Begriff des staatsmonopolistischen Kapitalismus als einer gesetzmäßigen Erscheinung des Imperialismus ablehnen. Er wird nur in folgendem Zitat einer von Ludwig in einer Anmerkung gegebenen Charakterisierung des 1940 geschaffenen "Amts für Wirtschaftsaufbau" unter C. Krauch verwandt: "Die These vom 'Staatsmonopolismus' oder 'Staatsmonopolkapitalismus' im Dritten Reich läßt sich in Bezug auf die genannte Institution am ehesten verifizieren" (Bd. 1, S. 436). Ansonsten wird dieser "vor allem von DDR-Historikern gebrauchte Begriff" in Zusammenhang mit der Entwicklung der Wissenschaftsorganisation als "allzu gradlinige Interpretation der Wissenschaftsorganisationen als Agenturen des Kapitals" abgelehnt, statt dessen wird eine "differenzierte theoretische Analyse" erstrebt (Bd. 1, S. 441 Anm. 39). Bei aller Anerkennung eigenständiger Entwicklungsstrukturen der Natur- und Technikwissenschaften bedingt die Entwicklung der

4 Ludwig, Karl-Heinz, Technik und Ingenieure im Dritten Reich, Düsseldorf 1979.

5 Haug, Wolfgang Fritz, Der hilflose Antifaschismus. Zur Kritik der Vorlesungsreihe über Wissenschaft und Nationalsozialismus an deutschen Universitäten, 4. Aufl. Köln 1977.

6 Flessau, Kurt-Ingo, Schule der Diktatur - Lehrpläne und Schulbücher des Nationalsozialismus, München 1977; Adam, U., Hochschule und Nationalsozialismus. Die Universität Tübingen im Dritten Reich, Tübingen 1977; Kater, Michael H., Das "Ahnenerbe" der SS 1935 - 1945. Ein Beitrag zur Kulturpolitik des Dritten Reiches, Stuttgart 1974.

7 Saage, Richard, Faschismustheorien, 2. Aufl. München 1977; Broszat, Martin, Der Staat Hitlers, 6. Aufl. München 1976.

Wissenschaft zu einer Produktivkraft die industrielle Verwertung und daraus ergeben sich zwangsläufig wiederum Bemühungen der Monopole, sich die Ergebnisse wissenschaftlicher Forschung mit Hilfe des Staates allumfassend zu sichern. Die hinter bestimmten Maßnahmen stehenden Interessen bedürfen generell einer genaueren Analyse. Der Ausgangspunkt ist mit der Anerkennung "des wohletablierten, engen Zusammenhanges zwischen Naturwissenschaft und Industrie im Nationalsozialismus" (Bd. 1, S. 439) durchaus gegeben.

Insgesamt gesehen, bleibt es bei diesen Ansätzen. Verallgemeinerungen und ungenügende Differenzierungen sind häufig. Die Anpassung der Ausbildung und Forschung an die Bedürfnisse der Praxis entsprechend der Entwicklung der Produktivkräfte wird vielfach nur proklamiert, nicht belegt. Die vielfältigen, zum Teil unterschiedlichen Interessen der Großindustrie und die Methoden ihrer Durchsetzung werden nur partiell deutlich, andere Probleme, wie die durch die Vergesellschaftung der wissenschaftlichen Forschung hervorgerufenen Veränderungen der sozialökonomischen Stellung der Wissenschaftler, werden nicht berührt. Es bleiben viele Fragen offen, die einerseits erst durch neue Forschungsergebnisse zum Verhältnis von Wissenschaft, Industrie und Staat zu klären sind und auf deren Notwendigkeit von den Autoren mehrfach hingewiesen wird, so durch die "Fragestellungen" Mehrtens' (Bd. 1, S. 430 - 432), andererseits aber auch durch ungenügende Differenzierung und oberflächliche Einschätzungen entstehen.

Das ändert jedoch nichts an der Tatsache, daß die Jubiläumsschrift ein interessanter Beitrag zur Geschichte der Produktivkräfte ist und daß sie diese auch in Abhängigkeit von der Entwicklung der Produktionsverhältnisse darstellt.

Industrielle Revolution und neue Klassenmanifestationen 1848 in Österreich

Wolfgang Häusler, Von der Massenarmut zur Arbeiterbewegung.
Demokratie und soziale Frage in der Wiener Revolution von 1848

Jugend und Volk, Wien/München 1979, 560 Seiten, Preis: 85,- DM

von Helmut Bleiber

Dieses auf eine Wiener Habilitationsschrift zurückgehende Buch ist ein bemerkenswertes Zeugnis für die Hinwendung nun auch jüngerer österreichischer Historiker zu Sachgebieten und Fragestellungen, die für die bürgerliche Geschichtsschreibung früher tabu waren. Wolfgang Häuslers Interesse an der demokratischen und an der entstehenden Arbeiterbewegung in der bürgerlich-demokratischen Revolution 1848 in Wien verdanken wir eine Untersuchung, die den Gegenstand auf der Grundlage einer umfassenden Auswertung der Literatur und gedruckter Quellen, ergänzt durch Archivalien aus Wiener Archiven, gegenüber bisherigen Darstellungen eingehender und weiterführend behandelt. Sie vermittelt ein wesentlich präziseres Bild von der Wiener demokratischen und Arbeiterbewegung im Revolutionsjahr, bietet damit zugleich auch fundiertere Vergleichsmöglichkeiten mit anderen Revolutionszentren in den Staaten des Deutschen Bundes und liefert somit einen Beitrag zur weiteren Erforschung der Revolution von 1848/49 überhaupt.

Einen ersten Schwerpunkt der Darstellung bilden "jene Prozesse, die zur Modernisierung der Gesellschaftsstruktur führten", "besonders im Hinblick auf den sozialen Wandel in der werdenden Großstadt Wien" (S. 9)¹. Der Verfasser gibt einen Überblick über die beachtliche Entwicklung der Manufakturen besonders zur Zeit Maria Theresias und Josefs II. sowie über die Anfänge der Industrialisierung Österreichs und speziell des Wiener Raumes in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Die Entwicklung des Verkehrswesens wird dabei gebührend berücksichtigt. Bemerkenswertes Material enthält dieser Abriss auch zur Lage der Arbeiter. Dieser Teil der Arbeit trägt zur Erkenntnis bei, daß in Österreich im 18. Jahrhundert und dann trotz aller politischen Reaktion auch in den Jahrzehnten zwischen dem Wiener Kongreß und der Revolution von 1848 eine beträchtliche Entwicklung in der gewerblichen Produktion vor sich ging. Diese Einsicht war zwar auch der älteren Literatur keineswegs fremd.² Häuslers Verdienst besteht jedoch vor allem in der Herausarbeitung der spezifischen Züge, die diese Entwicklung durch das Einsetzen der Industriellen Revolution erhielt. Ihre ökonomischen und sozialen Erscheinungsformen und hierbei vor allem die beginnende Herausbildung der Arbeiterklasse kollidierten in wachsendem Maße mit den alten gesellschaftlichen Strukturen und trugen wesentlich zum Heranreifen der Bedingungen für die bürgerlich-demokratische Revolution bei.

1 Alle nicht näher bezeichneten Seitenangaben im fortlaufenden Text beziehen sich auf das hier besprochene Buch.

2 Vgl. z. B. Uhlirz, Karl/Uhlirz, Mathilde, Handbuch der Geschichte Österreichs und seiner Nachbarländer Böhmen und Ungarn, Bd. 2, T. 1, Graz/Wien/Leipzig 1930, S. 538 f., 577 ff.

Häusler nimmt nicht ausdrücklich zu der Frage Stellung, ob auch in Österreich - wie etwa in Sachsen und Preußen - in den dreißiger Jahren des 19. Jahrhunderts eine neue Etappe in der Entwicklung der Industriellen Revolution begann, die vor allem durch die erstmalig erfolgende massenhafte Anlage von konstantem fixem Kapital und dem damit verbundenen ersten zyklischen Aufschwung des Kapitalismus gekennzeichnet war. Manches deutet jedoch darauf hin, daß Österreich ungeachtet der Breite und der Intensität seiner industriekapitalistischen Entwicklung gegenüber den fortgeschrittensten Regionen in einigen anderen Staaten des Deutschen Bundes doch in einen gewissen zeitlichen Verzug geraten war.

Der zweite Problemkreis, der untersucht wird, ist die Reaktion verschiedener gesellschaftlicher Kräfte auf die durch die Industrielle Revolution entstandene neue Situation. So wird das breite Spektrum von Standpunkten und Lösungsvorschlägen dargestellt, das in der Diskussion des Pauperismus bzw. der sogenannten sozialen Frage im Vormärz sichtbar wurde. Der Hauptgegenstand des Buches ist jedoch das Jahr 1848, an dem den Verfasser vor allem die Frage interessiert, wie sich die kleinbürgerlichen Demokraten "mit der selbständig ihre Rechte fordernden Arbeiterschaft" auseinandersetzten (S. 10). Das wichtigste Ergebnis dieses Teiles der Arbeit ist der Nachweis der enormen Bedeutung, die das Auftreten der Arbeiter aus den Wiener Vorstädten in allen Phasen der Revolution hatte. Der Verfasser zeigt, daß die Aktionen der Wiener Arbeiter in den Märztagen des Jahres 1848 weitgehend von den typischen Merkmalen der Maschinenstürmerei bestimmt waren, aber rasch von planmäßigen Organisationsformen der Arbeiterbewegung abgelöst wurden. "Gerade der aktive Eintritt der Arbeiterschaft in die bürgerlich-demokratische Revolution hat diesen Lernprozeß ungemein beschleunigt" (S. 153).

Nachdem bereits im April 1848 eine gewerkschaftliche Vereinigung der Buchdrucker zustande gekommen war, konnte im Juni ein Arbeiterverein gegründet werden, der mit 7 000 bis 8 000 Mitgliedern der zahlenmäßig stärkste von allen Wiener Vereinen der Revolutionszeit war. Praktische Politik und Ideologie der selbständig organisierten Wiener Arbeiter "beruhten einerseits auf den sozialpolitischen Forderungen, die zunächst von einzelnen Gewerben erhoben und dann verallgemeinert wurden, andererseits auf Einflüssen des demokratischen Gedankengutes, aber auch schon auf dem Eindringen frühsozialistischer Ideen und der Bekanntschaft mit der gleichzeitigen Entwicklung in Deutschland" (S. 323). Auch wenn die Erhebung der Erdarbeiter, die sich gegen Lohnkürzungen zur Wehr setzten, durch die Nationalgarden der Wiener Bourgeoisie am 23. August 1848 blutig niedergeschlagen wurde, war sie, wie Häusler zeigt, eine wichtige Etappe auf dem Wege zur Erkenntnis besonderer proletarischer Klasseninteressen und ein Anstoß "zu verstärkter Bemühung um einen solidarischen Zusammenschluß" (S. 307). Obwohl von der kleinbürgerlichen Demokratie in dieser Situation im Stich gelassen, bildeten die Erdarbeiter bei der heroischen Verteidigung Wiens gegen die militärische Konterrevolution in den Oktobertagen abermals die eigentliche Kerntruppe der aus unterschiedenen bürgerlichen Demokraten und Arbeitern bestehenden revolutionären Front.

Für die revolutionären kleinbürgerlichen Demokraten, die sich als Sprecher der Arbeiter verstanden und deren aktive Vertreter sie im März und Mai 1848 als legitime und verlässliche Truppe zur Durchsetzung bürgerlich-demokratischer Forderungen akzeptiert und schätzengelernet hatten, waren das Aufbrechen des Widerspruchs zwischen Kapital und Arbeit im Verlaufe der Revolution sowie das selbständige Auftreten der Arbeiter in höchstem Maße irritierende Erscheinungen. Neben der mit zunehmender Schärfe erfolgenden Abgrenzung vom Liberalismus prägte vor allem die Auseinandersetzung mit der sogenannten sozialen Frage die innere Entwicklung der kleinbürgerlichen Demokratie Wiens. Das selbständige Auftreten der Arbeiterbewegung wurde Anlaß zur verstärkten Reflexion verschiedener sozialistischer Theorien und zur Herausbildung einer sozial orientierten Richtung innerhalb der kleinbürgerlichen Demokratie.

Im Vergleich zu anderen Zentren der revolutionären Bewegung, wie etwa Sachsen oder Schlesien, fällt auf, daß die Wiener Demokraten später damit begannen, durch die Organisierung großer Massenversammlungen, die Gründung von Zweigvereinen und ähnliche Aktivitäten ihre Massenbasis zielstrebig zu erweitern. Auch regionale Kongresse demokratischer Vereine, wie sie Sachsen und Schlesien schon im April bzw. Juli 1848 aufzuweisen haben, kennt die Geschichte der österreichischen demokratischen Bewegung offenbar nicht. Unzureichende Organisation auf nationaler wie auf internationaler Ebene und fehlende Tatkraft der führenden Personen nennt Häusler als gravierende Mängel der kleinbürgerlichen Demokratie, die die Niederlage der Revolution mit verschuldeten.

Sein Buch fordert zum Vergleich mit Rolf Webers Arbeit über Sachsen³ heraus, die Häusler übrigens als Maßstäbe setzend erwähnt. Beide Untersuchungen sind der Entwicklung von kleinbürgerlicher Demokratie und Arbeiterbewegung und der Beziehungen zwischen beiden Strömungen in der bürgerlich-demokratischen Revolution in der Mitte des 19. Jahrhunderts gewidmet. Beide Arbeiten sind wichtige Beiträge zu einem vertieften Verständnis dieser Revolution. Eine ganze Reihe weiterer Gemeinsamkeiten, aber auch wesentlicher Unterschiede ließe sich nennen. Wir verzichten hier auf eine solche Aufzählung. Festzuhalten unumgänglich aber ist: Ein Vergleich mit Webers Buch macht die Grenzen der Arbeit über Wien deutlich. Sie bestehen darin, daß die Arbeiterbewegung der Revolutionszeit ihrem Charakter und vor allem auch ihrem perspektivischen Vermächtnis nach lediglich als Bestandteil der demokratischen Bewegungen aufgefaßt wird. Häusler übersieht zwar keineswegs und akzeptiert auch ausdrücklich, daß die Arbeiterbewegung über den auch von den entschiedensten kleinbürgerlichen "sozialen Demokraten" aufrechterhaltenen Führungsanspruch hinaus zur Verselbständigung drängte. Im gedanklichen Horizont dieses Buches bleibt aber auch für eine selbständige proletarische Bewegung letztlich nur die Funktion, auf einen Ausbau der bürgerlichen Gesellschaft im Sinne "sozialer Demokratie" hinzuwirken. In diesem Sinne interessiert den Verfasser an 1848 vor allem die "Verbindung von demokratischer Intelligenz und entstehender Arbeiterbewegung" (S. 9). In diesem Sinne ist die Aussage zu verstehen, wonach der "Gedanke einer demokratischen Lösung der sozialen Frage und des Nationalitätenproblems" das wichtigste Vermächtnis der Revolution von 1848 sei (S. 412).

Der Verfasser beruft sich in seiner Darstellung wiederholt auf Einschätzungen und Wertungen von Marx und Engels zu Fragen der Voraussetzungen sowie des Verlaufs der Revolution von 1848/49, was dem Niveau des Buches sehr zustatten gekommen ist. Im Gegensatz zur zustimmenden Anleihe bei Marx und Engels in durchaus wichtigen Detailfragen steht jedoch die nicht expressis verbis ausgesprochene, aber unverkennbare Ablehnung des Kernstücks ihrer Theorie, der Begründung der historischen Mission der Arbeiterklasse als der Schöpferin der kommunistischen Gesellschaftsordnung. Letztlich werden so auch Marx und Engels für den bürgerlichen Demokratismus vereinnahmt und in ein Konzept bürgerlich-demokratischen Ausbaus der bürgerlichen Ordnung zwecks Entschärfung des Widerspruchs zwischen Kapital und Arbeit eingepaßt. So gegen das Grundanliegen des Marxismus mit seinen Begründern umzugehen, ist zweifellos ein auch mit den Geboten wissenschaftlicher Seriosität in Widerspruch geratendes Verfahren. Das ist unser Vorbehalt gegen ein trotzdem ernst zu nehmendes wichtiges Buch.

3 Weber, Rolf, Die Revolution in Sachsen 1848/49, Berlin 1970.

Ein großes Lob der Fleißarbeit und dem gesunden Menschenverstand

Bemerkungen aufgrund von und zu
Peter Albrecht, Die Förderung des Landesausbaues im Herzogtum
Braunschweig-Wolfenbüttel im Spiegel der Verwaltungsakten des
18. Jahrhunderts (1671 - 1806)

Waisenhaus-Buchdruckerei und Verlag, Braunschweig 1980,
669 Seiten, Preis: broschiert 48,- DM

von Jürgen Kuczynski

Mommsen seufzte oft über die Kärnerarbeit, die er zu machen hatte, aber nie ermüdete er ihrer. Und wir danken ihm das. Um so mehr, als er in seiner wunderbaren "Römischen Geschichte" gezeigt hat, welch ganz große Begabung er für große ideenreiche Überblickswerke hatte.

Natürlich kommt niemand, der solche Werke schreibt, ohne Kärnerarbeit aus. Marx hat vielleicht zehnmal, vielleicht auch hundertmal so viele englische Broschüren und amtliche Dokumente gelesen, als er in seinen gedruckten Büchern oder in erst später erschienenen und noch erscheinenden Manuskripten erwähnt.

Manche Kärnerarbeit hat an sich einen dauernden Wert, einen viel länger dauernden als kluge, ideenreiche Werke, die Produkte anstrengender Denkarbeit sind. Wenn jemand eine Streikstatistik für Frankreich aufgrund der Presse und der Polizeiakten für die Jahre 1820 bis 1870 veröffentlichen würde - eine Kärnerarbeit, die gut und gerne 10 Jahre in Anspruch nehmen kann -, dessen Werk wird länger benutzt werden, gültig auch noch in 500 Jahren, als irgendeine noch so kluge und ideenreiche Studie oder Geschichte der französischen Arbeiterbewegung, die in diesem Jahrhundert verfaßt wurde.

Solche Kärnerarbeiten wie die genannte Statistik, die auf gründlichster, penibelster Fleißarbeit beruhen, keiner großen Intelligenz bedürfen, keines Ideenreichtums, haben Ewigkeitwert in der Geschichte der Wissenschaft - im Gegensatz zu Denkarbeiten, es sei denn, diese hätten Genies oder zumindest Halbgenies zum Autor oder zeichneten sich durch eine ungewöhnliche Verbindung von Wissenschaft und Kunst aus, wobei dann die Kunst ihren dauernden Wert sichern würde.

Neben "absoluten Fleißarbeiten" wie die genannte Streikstatistik, gibt es solche, die sich neben Eifer in der Suche von Material, neben dessen nützlicher Zusammenstellung durch gesunden Menschenverstand, angewandt auf wissenschaftliche Untersuchungen, auszeichnen.

Zum gesunden Menschenverstand in gesellschaftswissenschaftlichen Untersuchungen gehört zum Beispiel, daß man in jeder Gesellschaftsordnung unterscheiden muß - jedenfalls bisher - zwischen "Oben" und "Unten". Dabei sind unter "Oben" und "Unten" keineswegs nur Herrschende und Beherrschte zu verstehen. Damit ist auch die Problematik "oberste" Gesetze oder Organisationsbeschlüsse und ihre praktische Durchsetzung "unten im Alltag" oder in den "unteren Einheiten" der Organisation gemeint. Zum gesunden Menschenverstand des Gesellschaftswissenschaftlers gehört auch Menschenkenntnis, die

ihn etwa bei statistischen Befragungen daran hindert, Antworten zu verlangen, von denen er weiß, daß sie nicht ehrlich beantwortet werden bzw. nicht konkret beantwortet werden können, und die ihn veröffentlichten Statistiken gegenüber, die solche Antworten enthalten, skeptisch machen. Auch eine anonym zu beantwortende Frage zur Lebensweise wie etwa "Führen Sie eine Ihrer Meinung nach ordentliche Ehe?" wird nicht ehrlich beantwortet, und während die Frage nach dem Geburtstag der Kinder korrekt beantwortet werden kann, trifft das überaus häufig nicht auf den Zeugungstag zu.

Das hier zu besprechende Buch zeichnet sich sowohl durch fleißige Aktenbenutzung wie auch durch gesunden Menschenverstand aus. Zu der Hauptaktenquelle bemerkt Peter Albrecht: "Als grundlegendes Quellenmaterial dienen für diese Arbeit die verschiedenen Eingaben an den Geheimen Rat und dessen Entscheidungen. Über die Diskussion im Geheimen Rat gibt es keine Unterlagen, nur gegen Ende des 18. Jahrhunderts finden sich bei manchen Vorgängen einzelne Vota der Mitglieder. Deswegen ist es auch nicht möglich, einzelne Personen herauszustellen und deren Anteil an Entscheidungen festzuhalten. Dies gilt auch für Herzöge selbst, die recht häufig an den Sitzungen des Geheimen Rates teilnahmen und viele Schriftstücke selbst unterzeichneten." (S. 4)¹

Neben diesen Aktenbeständen benutzte Albrecht als wichtigste gedruckte Quelle die seit 1745 erschienenen "Braunschweigischen Anzeigen". Dazu bemerkt er: "Die vollständige Durchsicht förderte noch eine ganze Anzahl sonst nicht mehr nachzuweisender Entscheidungen des Geheimen Rates und der Polizeibehörden der Städte Braunschweig und Wolfenbüttel zutage. Für die spärlichen Unterlagen über die 'Manufakturen' und 'Fabriken' waren sie eine wesentliche Ergänzung, über die Aktivitäten vieler Unternehmer war nur so einige Auskunft zu erlangen. Die 'gelehrten Artikel' boten oft die einzige Möglichkeit, Motive für einzelne Entscheidungen aufzuhellen. In einigen Fällen läßt sich ein Zusammenhang zwischen einzelnen Artikeln und geplanten Veränderungen belegen. Bei der Mehrheit der Beiträge muß man aber davon ausgehen, daß sie nicht gezielt in Absprache mit Mitgliedern des Geheimen Rates veröffentlicht wurden. Aber selbst dann geben die Artikel Hinweise darauf, welche Argumente in Braunschweig zumindest bekannt waren. Da die Anzeigen einschließlich ihrer Beilagen auch das Organ der verhältnismäßig kleinen Schicht der Gebildeten des Landes waren, konnte der Geheime Rat darin geäußerte Vorstellungen nicht einfach übergehen, er mußte sie zumindest in seine Überlegungen mit einbeziehen. Dies gilt - wenn auch etwas eingeschränkter - ebenfalls für die anderen im Lande herausgegebenen und/oder gedruckten Zeitungen und Zeitschriften. Deshalb wurden auch sie für den hier behandelten Zeitraum vollständig mit einbezogen." (S. 5)

Ja, so muß man mit den Quellen arbeiten! Vollständig wurden die Zeitungen und Zeitschriften einbezogen.

Und wie wurde mit den Quellen gearbeitet? Auch dafür ein Beispiel: "Auf ältere Forschungsergebnisse konnte bei den Zielsetzungen dieser Arbeit nur sehr begrenzt zurückgegriffen werden. Burmeister und Hahn, deren Werke hier im wesentlichen infrage kämen, stützten ihre Aussagen fast ausschließlich auf die Texte der ergangenen gedruckten Verordnungen. Weder die jeweilige Vorgeschiede noch die sich bei der Durchsetzung der vorgesehenen Maßnahmen ergebenden Probleme wurden gewürdigt. In beiden Werken wird, was den Autoren wohl kaum deutlich wurde, Verordnungstext und soziale Wirklichkeit als übereinstimmend angesehen.

1 Alle nicht näher bezeichneten Seitenangaben im Text beziehen sich auf das hier besprochene Buch.

Als gänzlich unbrauchbar erwies sich die Arbeit von Matern. Folgt man diesem Autor, so müßte das Herzogtum Braunschweig im 18. Jahrhundert ein mit blühenden Manufakturen gesegnetes Land gewesen sein. Durch die Betrachtung von 'Industriezweigen' wird geschickt verdeckt, daß die nachgewiesenen 'Fabriken' oft gar nicht die Produktion aufgenommen haben oder doch nur wenige Jahre bestanden haben. Da Matern außerdem auch unzählige sachliche Fehler unterlaufen sind, wird diese Arbeit im folgenden nicht zitiert." (S. 6)

Etwas brutal wird hier mit Matern umgegangen, aber unter der so nützlichen Diktatur des gesunden Menschenverstandes, der auch gegenüber Burmeister und Hahn ganz prächtig funktioniert, ist das völlig in Ordnung.

Daß Albrecht mit solchem Forschungsvorgehen eine Fülle von interessanten und auch für den Wirtschaftshistoriker allgemein wichtigen Tatsachen und Zusammenhängen eruiert, erstaunt nicht. Froh ist man auch über die vielen Tabellen, die zusätzlich für andere Untersuchungen als die von ihm gemachten nützlich sind.

So erträgt man, wenn auch mit Anstrengung, die bürgerliche Idealisierung der Zustände, der er verfällt, wenn er, was nicht oft der Fall ist, wie Lenin es nennen würde, zu philosophieren anfängt. Etwa im ersten Kapitel unter der Überschrift "Braunschweig - Ein besonderes Land": "Das Herzogtum Braunschweig-Wolfenbüttel ist im 18. Jahrhundert nicht ein 'Klein-Preußen' gewesen, wie man auf Grund der Nachbarschaft und der sonstigen engen Beziehungen zu Preußen vermuten könnte. Auch Zustände, wie sie in benachbarten Stiften herrschten, sucht man hier vergebens. Schon gar nicht gleicht das Herzogtum jenen kleinen Ländern, in denen die Herrscher ihre Untertanen schurigelten, wann es ihnen nur einfiel, und die Verwaltungsbeamten dabei tatkräftig Hilfe leisteten. Solche Zustände müssen den hiesigen Einwohnern wie Geschichten aus 'fernen Landen' vorgekommen sein. In Weimar, Dessau und Lippe finden sich dagegen recht ähnliche Verhältnisse. Aufgeklärte, dem Volk sich verbunden fühlende Herrscher, umgeben von Ratgebern, die mit zur Geisteselite ihrer Zeit gehörten, wirkten zum Wohle ihres Landes. Sicherlich ist es auch kein Zufall, daß es sich dabei um verhältnismäßig kleine Territorien handelte. Sie waren, im Gegensatz zu den ganz großen Ländern, durch eine sehr auf den Einzelfall abgestellte Form der Verwaltung noch regierbar." (S. 9)

Wohl hat Albrecht recht, daß Braunschweig-Wolfenbüttel kein "Klein-Preußen" war. Aber so groß war der Unterschied auch wieder nicht. Nicht ohne Grund überschreibt Mehring ein Kapitel seiner "Lessing-Legende" "Die Leidensjahre in Wolfenbüttel", und bei einem Vergleich Mehrings von Friedrich II. mit seinem Neffen, dem Erbprinzen Karl Wilhelm Ferdinand von Braunschweig, kommt der erstere natürlich weit besser weg.

Solche Eskapaden sollten, auch wenn sie noch so lächerlich sind, nicht an der Nutzung des übrigen Werkes hindern. Denn im großen und ganzen wird ein Wirtschaftshistoriker dieses Buch Albrechts wirklich mit Gewinn lesen. Es ist ein materialreicher Beitrag zum Studium der Niedergangsperiode des deutschen Feudalismus, auch wenn der Autor es nicht so sehen möchte.

Interpretationsprobleme bei der Analyse römischer Agrarliteratur

Wilhelm Kaltenstadler, Arbeitsorganisation und Führungssystem bei den römischen Agrarschriftstellern (Cato, Varro, Columella)

= Quellen und Forschungen zur Agrargeschichte, Bd. 30

Gustav Fischer Verlag, Stuttgart/New York 1978,
126 Seiten, Preis: 34,- DM

von Barbara Zuchold

Wilhelm Kaltenstadler "will anhand der Lehr- und Handbücher der römischen Agrarschriftsteller Cato, Varro und Columella untersuchen und darlegen, wie ein Gutsbetrieb der späten römischen Republik und der frühen Kaiserzeit funktioniert hat oder, besser gesagt, hätte funktionieren sollen" (S. 1)¹. Dazu werden nach einer allgemeinen Einleitung mit einem Überblick über den Forschungsstand und einer Einführung in Leben und Werk der Agrarschriftsteller folgende Problemkreise untersucht: Arbeitsorganisation und Arten der eingesetzten Arbeitskräfte; optimaler Arbeitskräftebedarf und optimale Betriebsgröße; Arbeitsteilung und Gruppenbildung; Arbeitsplatzbeschreibung nach Tätigkeitsmerkmalen und Kompetenzen; Regelung der Arbeits- und Freizeit; Kontroll- und Führungssystem. Diesem letzten Abschnitt ist der meiste Raum (14 Seiten) in der umfassenden Arbeit gewidmet.

Als philologisch-historische Bestandsaufnahme der Ansichten der römischen Agrarschriftsteller ist Kaltenstadlers Arbeit ein gelungener Versuch einer Zusammenfassung der bisherigen Forschungsergebnisse zu diesem Thema. Die ältere Literatur ist umfassend berücksichtigt, die Arbeit Brockmeyers² erfährt dabei besondere Beachtung. Ein Sach-, Stellen- und Wortregister erschließt den Zugang zu den einschlägigen Stellen bei Cato, Varro und Columella.

Kaltenstadler gibt ein eindrucksvolles Bild der römischen Landwirtschaft, wie sie sich in den Werken der Agrarschriftsteller widerspiegelt. Jedoch nicht darin besteht das eigentlich Neue seiner Arbeit, sondern vielmehr in dem Aspekt, unter dem Kaltenstadler die Werke von Cato, Varro und Columella interpretiert. Er will nicht nur Arbeitsorganisation und Führungssystem beschreiben, sondern auch durch Verwendung moderner Terminologie die Werke der Agrarschriftsteller aktualisieren, "damit nicht der Eindruck entsteht, bei den Fragen der Menschenführung in der Antike handle es sich nur um rein antiquarische Fragestellungen, die uns heute nicht mehr berühren" (S. 1). Auf Kaltenstadlers Form der Aktualisierung soll im folgenden etwas näher eingegangen werden.

Grundlage für seine Überlegungen ist zunächst das kapitalistische Management: "Wenn ich mir auch bewußt bin, daß eine Aufgliederung der Führungsmethoden der Agrarschriftsteller auf moderne Führungsfunktionen und -stile die antike

1 Alle im Text nicht näher bezeichneten Seitenangaben beziehen sich auf das hier besprochene Buch.

2 Brockmeyer, Norbert, Arbeitsorganisation und ökonomisches Denken in der Gutswirtschaft des römischen Reiches, Diss. Bochum 1968.

Realität ganz bewußt von Fragestellungen der modernen Industrie her sieht, so habe ich mich doch dazu entschlossen, weil anders das vorhandene Quellenmaterial dem modernen Menschen sich kaum erschließen läßt. Mir scheint diese Modernisierung nicht zuletzt deswegen gerechtfertigt, weil Columella ausdrücklich von einer 'Führungswissenschaft' (*scientia imperandi*) spricht." (S. 2) Diese Modernisierung wird nun besonders problematisch durch ein ahistorisches und naives Betrachten antiker Verhältnisse. So heißt es zum Beispiel: "Die Arbeitsplatzbeschreibung, an sich eine Errungenschaft der modernen Industrialisierung, findet sich bei Varro und Columella in deutlicher Ausprägung vor. Selbst wenn sich diese (vielleicht) in der Wirklichkeit nicht immer so durchführen ließ, so ist es doch erstaunlich, daß vor allem Varro und Columella schon vor 2000 Jahren die Notwendigkeit einer Korrelation zwischen den Fähigkeiten bzw. Eigenschaften einer Arbeitskraft und den Erfordernissen eines bestimmten Arbeitsplatzes bzw. Berufes sahen." (S. 2)

Davon abgesehen, daß auch ohne eine Modernisierung, wie Kaltenstadler sie vornimmt, etwa durch Termini wie "optimale Gruppenbildung", "militanter Führungsstil", "sozialintegrativer Führungsstil", die Erschließung antiker Quellen durchaus möglich sein dürfte, ist zumindest zu bezweifeln, daß Columella mit der Wendung *scientia imperandi*, die bei ihm ein einziges Mal erscheint, so etwas wie "Führungswissenschaft", also "scientific management" oder ähnliches im Sinne hatte.³ Im übrigen hat bereits Marx darauf verwiesen, daß die Notwendigkeit von Aufsicht und Leitung des Arbeitsprozesses überall dort auftritt, wo der Produktionsprozeß ein gesellschaftlich kombinierter Prozeß ist, daß aber diese Leitung unter den Bedingungen von Sklaverei und Kapitalismus einen Doppelcharakter hat.⁴

Kaltenstadler untersucht nun Cato, Varro und vor allem Columella unter dem Gesichtspunkt, ob und wie weit sie den Prinzipien des modernen Managements entsprechen, und gelangt zu dem Schluß, daß "Varro und Columella ... bei den in ihren Werken niedergelegten Ideen den (nicht immer praktizierten!) Führungsgrundsätzen moderner Großunternehmen vielfach recht nahe" kommen (S. 54). Hieraus muß man folgern, daß Ausbeutung in der Sklavereigesellschaft und im Kapitalismus grundsätzlich nach denselben Methoden vor sich ging und geht. Kaltenstadler will nun aber beileibe nicht als Kritiker dem Management einen Spiegel vorhalten, um ihm zu zeigen, daß dessen Prinzipien sich von den in der Sklaverei üblichen nicht wesentlich unterscheiden, ganz im Gegenteil: Seine Absicht ist es, die Wurzeln des Managements freizulegen und damit zugleich die antiken Autoren aufzuwerten, indem er zeigt, daß Führungsgrundsätze des modernen kapitalistischen Systems schon vor 2000 Jahren zumindest in den Grundlinien und manchmal sogar besser als heutzutage praktiziert wur-

3 Columella schildert 11, 1, 5 f., daß in früheren Zeiten der Gutsherr selbst genügend in der Landwirtschaft Bescheid wußte, daß diese Kenntnisse aber mehr und mehr zurückgingen, so daß man junge Sklaven erfahrenen Landleuten in die Lehre geben sollte, damit sie alles das lernten, was einen guten Adwaller ausmache: "Nos autem memores ignorantiae nostrae vigentis sensus adulescentulos corporisque robusti peritissimis agricolis commendemus. Quorum monitionibus vel unus ex multis ... non solum rusticationis, sed imperandi consequatur scientiam." Ahrens (Columella, Über Landwirtschaft, übersetzt v. Karl Ahrens Berlin 1972, S. 306) übersetzt diese Stelle so: "Wir aber sollten daran denken, daß wir selber nichts davon verstehen, und sollten darum aufgeweckte und kräftige junge Sklaven den erfahrensten Landleuten anvertrauen, damit in ihrer Schule vielleicht einer von vielen ... nicht nur den Landbau, sondern auch das Befehlen lernt." Die englische Übersetzung von E. S. Forster und E. H. Heffner hat für "scientia" "knowledge".

4 Marx, Karl, Das Kapital, Bd. 3, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 25, Berlin 1969, S. 397 f.

den. Die Frage drängt sich auf, wie weit sich dann moderne Arbeiter von Sklaven unterscheiden,⁵ wenn man bei Arbeitern im Kapitalismus Führungsmethoden anwenden kann, die aus der antiken Sklavereigesellschaft entlehnt oder in ihr vorgezeichnet sind, Methoden aus der einzigen Gesellschaftsordnung, in der die Sklaverei ihren historischen Platz hatte. Dieses für das Management doch immerhin peinliche Problem versucht Kaltenstadler zu umgehen, indem er (wider besseres Wissen?) Sklave und Lohnarbeiter als abstrakte Größen, losgelöst von den ökonomischen Verhältnissen, in denen sie existieren, nur als Arbeitskraft betrachtet. Ferner wehrt er sich dagegen, in den Führungssystemen der Agrarschriftsteller nur besondere Formen der Ausbeutung zu sehen, und polemisiert hier vor allem gegen Štaerman⁶, die "bei ihrem starken ideologischen Einschlag die Vielfalt der Wirklichkeit" vernachlässige (S. 5). Dabei ist Kaltenstadler freilich nicht konsequent: Es ist ihm selbstverständlich, daß es zum Beispiel Cato darum geht, "durch den gezielten Einsatz und die effektive Ausbeutung der Arbeitskräfte möglichst viel Profit zu erwirtschaften" (S. 8), er zitiert zustimmend Brunt⁷, die Agrarschriftsteller "hatten nicht die Absicht, die ländliche Struktur Italiens zu beschreiben, sondern reichen Leuten die Methoden beizubringen, mit denen sie aus ihren Landgütern die höchsten Gewinne herausholen konnten" (S. 56 Anm. 1).

In der gesamten Arbeit Kaltenstadlers wird deutlich, daß ihm der Begriff "Ausbeutung", den er offenbar nur mit physischem Zwang verbindet, suspekt ist. Er versucht, die Ausbeutung zu eliminieren, was ihm allerdings erhebliche Schwierigkeiten bereitet. So kritisiert er zum Beispiel an Štaerman, daß sie die "Sklavenwirtschaft primär als Zwangs- und Kontrollsystem" auffasse (S. 5), schreibt dann aber selbst, "bei der Landsklaverei handelt es sich im Grund sicher um ein Zwangssystem, aber praktisch doch mehr um ein System gegenseitiger Kontrolle zwischen Verwalter und Sklaven" (S. 53), führt als Beleg dafür aber nur Varro 1, 13,2 und Columella 1, 6, 7 - 8 an. Auf diese Weise bemüht sich Kaltenstadler, das Streben nach höchstem Profit in der Antike von dem daran haftenden Odium der Ausbeutung zu befreien, sicher ganz im Sinne des Managements. Er will auch nicht wahrhaben, daß Ausbeutung keineswegs immer nur an physischen Zwang gebunden zu sein braucht, sondern daß es dafür auch andere Methoden gibt. Kaltenstadler nennt als Argument gegen die "Ausbeutung" die sogenannte humanitäre Richtung in der Sklavenbehandlung, die sich in Vergünstigungen für die Sklaven und in einer insgesamt menschlicheren Behandlung äußert, und polemisiert dabei gegen Maróti⁸ (S. 83 Anm. 152) und Johne⁹ (S. 45), die diese Vergünstigungen nur als besonders raffinierte Formen der Ausbeutung bzw. Anpassungsbestrebungen der herrschenden Klasse ansehen. Es ist nicht von der Hand zu weisen, daß besonders durch bestimmte philosophische Anschauungen auch die "menschliche" Natur des Sklaven, zumindest in

- 5 Für Kaltenstadler existieren offenbar keine Unterschiede, wenn er in bezug auf das Beschwerderecht der Sklaven bei Columella schreibt: "Mit dem Beschwerderecht der Sklaven (Arbeiter) wird das Prinzip der 'offenen Tür' eingeführt" (S. 54).
- 6 Kaltenstadler bezieht sich auf die Arbeiten von Štaerman, E. M., Die Blütezeit der Sklavenwirtschaft in der römischen Republik, Wiesbaden 1969; Shtajerman, E. M., Die Krise der Sklavenhalterordnung im Westen des römischen Reiches, Berlin 1964.
- 7 Brunt, Peter A., Die Beziehungen zwischen dem Heer und dem Land, in: Zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte der späten römischen Republik, hg. v. Helmut Schneider, Darmstadt 1976, S. 130.
- 8 Maróti, Egon, Zur Frage der Warenproduktion in Catos De agri cultura, in: Acta Antiqua Academiae Scientiarum Hungaricae, Bd. 11, 1963, S. 231 ff.
- 9 Johne, Klaus-Peter, Zum Problem von Sklaverei und Kolonat in der römischen Landwirtschaft, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1973, T. 3, S. 219 - 224.

der Theorie, eine gewisse Beachtung fand. Inwieweit die herrschende Klasse in Rom auch aus anderen Gründen, zum Beispiel ökonomischen Zwängen, Abnahme der Sklavenzahl, drohenden Aufständen usw., gezwungen war, die Sklaven "menschlicher" zu behandeln, braucht hier nicht erörtert zu werden. Daß durch ein humanitäres Verhalten das Grundprinzip der Sklaverei, einen Menschen als Werkzeug zu betrachten, ihn gegen seinen Willen, durch außerökonomischen Zwang, für einen anderen zu dessen Vorteil arbeiten zu lassen, nicht außer Kraft gesetzt wurde, steht außer Frage. Columella beispielsweise war sich sehr wohl bewußt, welchen Effekt eine gerechte Behandlung der Sklaven, Belohnungen usw. hatten. Denn nach der Erörterung solcher humanitären Maßnahmen formuliert er 1, 8, 19 als deren Ergebnis: "Haec et iustitia et cura patris familiae multum confert augendo patrimonio" (Solche Gerechtigkeit und Fürsorge des Gutsherrn trägt viel zur Mehrung des Vermögens bei.). Wenn Kaltenstadler schreibt, "der Eigennutz des Gutsherrn muß mit den Bedürfnissen der Sklaven nicht unbedingt im Widerspruch stehen" (S. 45), und das offenbar für einen ausreichenden Beweis dafür hält, daß es Ausbeutung in der Sklavereigesellschaft nicht oder kaum gegeben habe, so ist dem nochmals zu entgegen, daß auch durch "menschliche" Methoden Ausbeutung nicht aufgehoben wird.

Die humanitäre Sklavenbehandlung spielt auch in die Ausführungen Kaltenstadlers über den sozialintegrativen Führungsstil bei den Agrarschriftstellern hinein (Abschnitt 7.6.3.3.). Dort heißt es: "Beim sozialintegrativen Führungsstil werden die sozialen Bedürfnisse, Partnerschafts- und Integrationsbedürfnisse, Streben nach Prestige und Selbstverwirklichung am Arbeitsplatz befriedigt." (S. 49) Dazu wird als Beispiel der Versuch einer Bremer Sparkasse genannt, ein Führungshandbuch zu erarbeiten, wobei alle Mitglieder die Schaffung eines sozialintegrativen Führungsstils für vorteilhaft hielten (S. 93 Anm. 202a). Bei Columella findet Kaltenstadler den sozialintegrativen Führungsstil darin verwirklicht, daß Columella mit den Sklaven, "als ob sie erfahrener wären" (quasi cum peritioribus), neue Arbeiten berät, um herauszufinden, wofür jeder geeignet ist. Zur Verdeutlichung der Intentionen Columellas sei diese Stelle (1, 8, 15) im Kontext in der Übersetzung von Ahrens hier angeführt: "Die Landsklaven redete ich, soweit sie sich nicht ungehörig aufgeführt hatten, häufiger als Stadtsklaven ganz vertraulich an, und da ich merkte, wie durch diese Freundlichkeit des Herrn ihnen ihre unaufhörliche Arbeit leichter wurde, machte ich gelegentlich sogar einen Scherz, und noch mehr, ich erlaubte auch ihnen selbst zu scherzen. Ferner mache ich es oft so, daß ich mit ihnen, als ob sie erfahrener wären, über irgendwelche neuen Arbeiten berate und auf diese Weise erkunde, wo eines jeden Fähigkeiten liegen und wie groß sie sind. Ich sehe dabei auch, daß sie williger an eine Arbeit herangehen, von der sie annehmen, daß man sie mit ihnen besprochen und nach ihrem Rat unternommen habe." Kaltenstadler stellt denn auch fest, daß Columella "bei diesem Verhalten ... natürlich nicht primär eine Selbstverwirklichung seiner Sklaven am Arbeitsplatz" anstrebe (S. 49). Summarisch wird jedoch drei Zeilen weiter unten, mit einem Blick auf Varro, erklärt, "diese Mitberatung und Mitwirkung am Produktionsprozeß ist eine wichtige Vorstufe für die Selbstverwirklichung in der Arbeit".

Falls Kaltenstadler wirklich meint, daß hier der sozialintegrative Führungsstil in dem von ihm angeführten Sinn verwirklicht ist, so hat er entweder etwas in den Text hineingelesen oder aber den Vorstellungen Kaltenstadlers vom sozialintegrativen Führungsstil im Kapitalismus entsprechen die Methoden Columellas, dem es ja offenkundig absolut nicht darum geht, sich wirklich mit den Sklaven zu beraten, sondern nur darum, diesen Anschein zu erwecken, damit sie williger arbeiten.

Resümierend gelangt Kaltenstadler zu dem Ergebnis, trotz einiger Mängel sei "das Kontroll- und Führungssystem der römischen Agrarschriftsteller ein so gewaltiger Fortschritt gegenüber griechischen und hellenistischen Vorbildern, daß es selbst uns Heutigen noch etwas zu sagen" habe (S. 54).

Der Gedanke Kaltenstaders, die Führungsmethoden der römischen Agrarschriftsteller mit der im Kapitalismus üblichen Praxis zu vergleichen, hat zunächst nichts grundsätzlich Abwegiges. Beide Produktionsweisen beruhen auf dem Widerspruch zwischen den Produzenten und den Eigentümern der Produktionsmittel. Der Versuch freilich, Cato, Varro und Columella gleichsam zu Großvätern des Managements zu machen und festzustellen, inwieweit ihre Ausbeutungs- und Kontrollmethoden, die unter den damaligen gesellschaftlichen Verhältnissen ihre historische Berechtigung hatten, uns Heutigen noch etwas zu sagen haben, fällt auf das kapitalistische System zurück. Eine solche "Aufwertung" haben Cato, Varro und Columella nicht nötig, denen wir wesentliche Kenntnisse über die römische Landwirtschaft verdanken und die wichtige Zeugen für die gesellschaftlichen Verhältnisse ihrer Zeit sind.

Es hätte der als Materialsammlung durchaus nützlichen Arbeit besser zu Gesicht gestanden, sich auf die philologisch-historische Untersuchung zu beschränken, obgleich auch da Äußerungen wie "römische Bauernschläue war stärker als semitisch-karthagische Intelligenz" (S. 10) nicht ganz am Platze sein dürften.

Sklaven, "ein notwendiges, aber beschwerliches Eigentum"

Ökonomisches Denken im griechischen Altertum

Francesca Schinzinger, Ansätze ökonomischen Denkens von der Antike bis zur Reformationszeit = Erträge der Forschung, Bd. 68

Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt 1977, 116 Seiten,
Preis: 23,50 DM

Hans Klees, Herren und Sklaven. Die Sklaverei im ökonomischen und politischen Schrifttum der Griechen in klassischer Zeit = Forschungen zur antiken Sklaverei, Bd. 6

Franz Steiner Verlag G.m.b.H., Wiesbaden 1975, 241 Seiten,
Preis: 52,- DM

Heinz Heinen, Untersuchungen zur hellenistischen Geschichte des 3. Jahrhunderts v. Chr. = Historia, Einzelschriften, Heft 20

Franz Steiner Verlag G.m.b.H., Wiesbaden 1972, 229 Seiten,
Preis: 48,- DM

von Armin Jähne

Für die Antike ist ein sehr eingeschränktes ökonomisches Vorstellungsvermögen anzunehmen, und tatsächlich muß bei der Beantwortung der Fragen, in welchem Maße das griechisch-römische Altertum zu ökonomischen Erkenntnissen gelangte, inwieweit Einsichten in wirtschaftliche Prozesse vorlagen und ein ökonomisches Denken möglich und vorhanden war, von der negativen Feststellung ausgegangen werden, daß die griechisch-römische Sklavereigesellschaft kein System ökonomischer Lehren im Sinne einer politischen Ökonomie schuf. Diesen Schritt vermochte erst viel später das aufstrebende Bürgertum zu tun.¹

Es fehlte die wissenschaftliche Analyse der ökonomischen Verhältnisse und Beziehungen, die das Wesen der antiken Produktionsweise ausmachten. Auch war man sich nicht der Wirkung ökonomischer Gesetzmäßigkeiten bewußt. Daß der Antike die Aufdeckung ökonomischer Gesetze versagt blieb, lag an den objektiven Grenzen, die durch die Sklaverei und den überwiegend naturalwirtschaftlichen Charakter der Produktion dem Erkennen tiefgehender ökonomischer Zusammenhänge gesetzt waren.

Doch schloß die Realität der antiken Gesellschaften wirtschaftstheoretische Überlegungen nicht grundsätzlich aus. Genügend Ansatzpunkte für sie gab es: Der Sklave rückte unübersehbar in das Blickfeld einer sich von ihm weitgehend distanzierenden Öffentlichkeit freier Personen; in den führenden Poleis entwickelte sich bei fortschreitender Arbeitsteilung die kleine Warenproduktion; der Handel florierte. Das waren ökonomische und soziale Sachverhalte, die einer-

¹ Marx, Karl, Das Kapital, Bd. 1, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 23, Berlin 1962, S. 386

seits eine Reihe von praktischen Fragen aufwarfen, andererseits aber auch, denn es wurden jetzt erstmals solche ökonomischen Kategorien wie Ware, Wert und Geld faßbar, zur theoretischen Auseinandersetzung herausforderten.

Man begann, hinter den Erscheinungen ökonomischer Abläufe innere kausale Zusammenhänge und bestimmte konstante Wesensmerkmale zu vermuten. Die dabei gemachten Beobachtungen stellten zweifellos eine notwendige erste Stufe der bewußten Erkenntnis ökonomischer Prozesse und zugleich Anfänge politisch-ökonomischen Denkens dar.

Der Wert dieser frühen wirtschaftstheoretischen Überlegungen ist in der Hauptsache wohl darin zu sehen, daß neben spezifischen Problemen der antiken Produktionsweise zum ersten Male einige allgemeine Grundprobleme der politischen Ökonomie überhaupt aufgeworfen wurden. Zwar vermochten die antiken Theoretiker nicht, diese Probleme zu bewältigen, das heißt zu deren tieferen Verständnis, deren Wesen vorzustoßen, und dennoch finden sich in ihren Äußerungen über landwirtschaftliche Tätigkeit, die Führung des Hauswesens, das Handwerk, den Handel, über staatliche Einkünfte, Arbeitsorganisation, die Rolle des Geldes und des Zinses, über den Erwerb und seine Formen, über das Privateigentum, über Arbeitsteilung oder die zweckmäßige Anwendung der Sklavenarbeit wertvolle und befruchtende Gedanken, an die in späterer Zeit immer wieder angeknüpft wurde, von Gelehrten des Mittelalters ebenso wie von den klassischen bürgerlichen Politökonomen und nicht zuletzt auch von Marx, der den theoretischen Gehalt der Ausführungen von Aristoteles über die Tauschwertverhältnisse, über die Ware-Geld-Beziehungen besonders schätzte.

Der im antiken Hellas aufblühende Handel und die sich daraus für die griechische klassische Polis ergebenden Folgen, daß nämlich, wie Marx konstatierte, die Entwicklung des Handels und damit die wachsende Bedeutung des Geldes, des Tauschwertes zersetzend auf die antiken Gesellschaftsverhältnisse wirkten,² veranlaßten Aristoteles, der mit wachen Augen die Veränderungen wahrnahm, die sich unter dem Einfluß der Warenwirtschaft im Leben der Polis vollzogen, sein wissenschaftliches Interesse auf Fragen der Warenzirkulation, auch der Arbeitsteilung zu richten und sich eingehender mit der Wertproblematik, der Wertform zu beschäftigen.

Er gelangte zwar nicht zu einer konsequent wissenschaftlichen Werttheorie, doch er kam dem eigentlichen Problem nahe, dem Problem von Tausch- und Gebrauchswert. Aristoteles blieb in seinen die ökonomische Thematik betreffenden Aussagen immer insofern konkret, als er sie auf die Welt der Polis bezog, doch er sammelte sein Material nicht aus praktisch-utilitaristischen Gründen, sondern untersuchte es mit einer theoretischen Zielstellung.

Zweifellos war in der Antike Aristoteles derjenige, der in der Beobachtung, im Studium, in der gedanklichen Durchdringung zeitgenössischer ökonomischer Vorgänge am weitesten vorangekommen war.³

Francesca Schinzinger stellt gleich am Beginn ihres Buches, das einen bestimmten Forschungsstand repräsentiert, das zusammenfassen, orientieren und anregen möchte, pauschal fest: "Die Schriftsteller, insbesondere die der Antike, be-

2 Derselbe, Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie, Berlin 1953, S. 76.

3 Finley, Moses I., Aristoteles und ökonomische Analyse, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1971, T. 2, S. 87 ff.; Musiolek, Peter, Tendenzen und Wirkungen der Warenproduktion in der Polis Athen am Ende des 5. und am Anfang des 4. Jahrhunderts v. u. Z., in: Studien zur athenischen Sozialstruktur und römischen Wirtschaftspolitik in Kleinasien, S. 119 = Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, Sonderband 1977.

schränken sich entweder auf praktische Ratschläge, vor allem für die Landwirtschaft, oder aber sie sehen und beurteilen das Wirtschaftsleben unter ethischen Gesichtspunkten." (S. VII)⁴

Ein solcher Standpunkt ist trotz einer gewissen Berechtigung in dieser absoluten Formulierung irreführend, vereinfacht über Gebühr, fördert Schematismus und trägt keineswegs zu einer notwendigerweise differenzierenden Bewertung des ökonomischen Denkens im Altertum bei. Im Gegenteil, es besteht die Gefahr, den Kausalzusammenhang zwischen gesellschaftlicher Realität, antiker Produktionsweise und dem in Hellas zum 4. Jahrhundert v. u. Z. hin steigenden Interesse an Problemen der Ökonomie aufzulösen und an seine Stelle einen vordergründigen Wirtschaftspragmatismus zu setzen oder das ökonomische Interesse der Politiker und Philosophen aus dem rein sittlichen Motiv als einer abstrakten Größe herzuleiten.

Das ethische Moment in ihren ökonomischen Überlegungen gab ihnen eine bestimmte Richtung, wurzelte in der jeweils konkreten gesellschaftlichen Situation des 6., 5. oder 4. Jahrhunderts v. u. Z., hatte hier seinen Ausgangs- und Zielpunkt.

Es war nicht der griechische Mensch schlechthin, der sich ökonomischer Problematik zuwandte, sondern - in der Person des Xenophon oder des Aristoteles beispielsweise - der geistige Exponent der Sklavereigesellschaft, der sowohl im Interesse des einzelnen Sklaveneigentümers als auch im Interesse des auf dem privaten Grundeigentum, der Sklavenarbeit und der kleinen Warenproduktion basierenden Gemeinwesens, der Polis, im Interesse ihrer sozialen Wohlfahrt und der Erhaltung der "in der Polis verwirklichten Lebensformen und Lebensmöglichkeiten"⁵ ökonomische Fragen aufgriff und untersuchte.

Schinzinger stützt sich bei der Sekundärliteratur hauptsächlich auf die Ökonomen des 19. Jahrhunderts (S. VIII). Engels wird überhaupt nicht erwähnt, auf Marx ein einziges Mal im Zusammenhang mit Luther hingewiesen (S. 100). Außerdem scheint die modernere historische Literatur nur wenig berücksichtigt worden zu sein,⁶ so daß der an und für sich schon skizzenhafte Abriß - Schinzinger fehlt die Problemsicht - auf eine mehr oder weniger gründliche Darlegung der ökonomischen Gedankenwelt antiker und mittelalterlicher Schriftsteller hinausläuft.

Eine gewisse Oberflächlichkeit Schinzingers begünstigte immer wieder den Gebrauch von Archaismen und fehlerhaften Formulierungen, insbesondere bei Erläuterungen zum zeitgeschichtlichen Hintergrund in den Abschnitten zur griechischen und römischen Antike. So ist zum Beispiel von der "Feudalzeit" (S. 1) in Griechenland die Rede (von Schinzinger nicht näher definiert; offenbar das 10. bis 8. Jahrhundert v. u. Z.). Seeherrschaft und führende Rolle der Griechen im Seehandel werden als Voraussetzungen für die große griechische Kolonisation genannt (S. 2).

Eine Vormachtstellung der Griechen zur See in der Zeit vom 8. bis 6. Jahrhundert v. u. Z. ist aber zumindest sehr fragwürdig, vielmehr werden die Griechen erst im Ergebnis der großen Kolonisation zur führenden Macht im Seehandel. Es soll hier nur an Hermann Bengtson erinnert werden, der in seiner "Grie-

4 Alle Seitenangaben im laufenden Text beziehen sich auf die hier rezensierten Werke.

5 Musiolek, Peter, a. a. O., S. 117.

6 Zu Thomas Müntzer (bei Schinzinger in der alten Form Münzer) beispielsweise fehlt die gesamte neuere Literatur nach 1945. Dafür wird neben Kautsky als einziges historisches Werk die einer reaktionären Richtung folgende Arbeit von Marx, O., Thomas Münzer und Heinrich Pfeifer 1523 - 1525, Diss. Göttingen 1889, angegeben.

chischen Geschichte", einem bürgerlichen Standardwerk, schreibt: "Eine wirkliche Epoche im griechischen Fernhandel (und Seehandel war Fernhandel - A. J.) bedeutete jedoch zweifellos erst die Zeit des Peisistratos und des Polykratos; erst damals, in der Mitte des 6. Jahrhunderts, hat er in Verbindung mit der Ausbreitung der Münzgewirtschaft jene Formen angenommen, die den Wirtschaftscharakter der griechischen Welt bis tief ins 4. Jahrhundert hinein bestimmt haben."⁷

Schinzinger beginnt mit Hesiod, dem sie ganze sechs Zeilen widmet, dann folgen Salon, Herodot, Thukydides, Aristophanes und ausführlicher Xenophon, Platon und Aristoteles. Bei den Römern werden Cato d. Ältere, Varro, Columella, Sallust, der ältere und der jüngere Plinius, Vergil und einige römische Rechtsbestimmungen angeführt.

Erstaunlicherweise geht Schinzinger nicht auf die peripatetische, dem Aristoteles zugeschriebene "Ökonomie" ein (mit Ausnahme des Literaturhinweises). Mit keinem Wort wird der Schrift des Philodemos "Über die Ökonomie" gedacht. Beide Abhandlungen aber enthalten viel aufschlußreiches Gedankengut, beispielsweise über die vier Formen der im Sinne von Finanzverwaltung verstandenen "Ökonomie" bei Pseudo-Aristoteles: die königliche Ökonomie, die des Satrapen, die Polis- und die Privatökonomie. Die Schrift des Philodemos nimmt direkten Bezug auf den "Oikonomikos" des Xenophon und die peripatetische "Ökonomie", indem sie dort geäußerte Auffassungen übernimmt, darlegt oder kritisiert, und gibt daneben wirtschaftstheoretische Ansichten der epikureischen Schule wieder.

Viel gründlicher werden die ökonomischen Überlegungen Platons und Aristoteles' von Hans Klees untersucht und dargestellt (S. 141 ff.), insbesondere ihre Stellung zum Problem der Sklaverei und zum Verhältnis von Herr und Sklave. Das Problem der Sklaverei, das Schinzinger in ihrer Arbeit weitestgehend ausklammerte, ist, auf die Relation Herr-Sklave gebracht, eigentlicher Gegenstand der Monographie, die Klees im Rahmen der an der Mainzer Akademie der Wissenschaften und der Literatur geführten Forschungen zur antiken Sklaverei vorlegte.

Ihm geht es dabei um die Frage, "wie die Griechen selbst über die Sklaverei gedacht haben", seit wann, aus welchen Motiven und in welcher Weise das Verhältnis zwischen Herrn und Sklaven ein Gegenstand ihres Nachdenkens geworden ist (S. 6). Zu diesem Zweck analysiert er das gesamte ökonomische und politische Schrifttum der Griechen in klassischer Zeit und zeichnet so den Weg nach, den die griechische Gesellschaft, die Gesellschaft des Polisbürgers und des Freien, in ihren Beziehungen zur Welt des Sklaven von Herodot bis Xenophon und Aristoteles ging.

Klees' Verdienst besteht darin, sein Augenmerk sachlich auf die praktische, ökonomisch relevante Seite des Sklaveneinsatzes, des Umganges mit den Sklaven, gelenkt zu haben, nicht jedoch im Sinne eines zu fordernden, etwa normierten Optimums von Verhaltensweisen im Verkehr zwischen Herrn und Sklaven, auf den er natürlich genauestens eingeht, sondern vor allem im Sinne des letztlichen Zweckes, des ökonomischen und gesellschaftlichen Nutzens, dem bestimmte, nach Möglichkeit einzuhaltende Richtmaße im Auftreten des Herrn dem Sklaven gegenüber, in seinen Forderungen und Zugeständnissen an ihn zu dienen haben und unterzuordnen sind.

Auch bei den ethischen Motiven, denen mitunter ein primärer Einfluß auf die menschlichere Gestaltung des Herr-Sklave-Verhältnisses zugeschrieben wird, behält Klees das schließliche Ziel, das es über die Anerkennung menschlicher

7 Bengtson, Hermann, Griechische Geschichte. Von den Anfängen bis in die Kaiserzeit, München 1965, S. 77.

Züge im Charakterbild des Sklaven und ihre Manipulation zu erreichen galt, als den entscheidenden Bezugspunkt unverrückt im Auge. So sind ihm die Vorstellungen der peripatetischen "Oikonomika" über den anthropologischen Wert des Sklaven und hauptsächlich der Produktionssklaven "ganz vorwiegend von der wirtschaftlichen Funktion der Sklaven und der Notwendigkeit, die Effektivität der Arbeit durch Herrschaft zu sichern, bestimmt" (S. 135). Aber Klees erkennt auch klar: "Das Menschsein des Sklaven ist durch die Tatsache, daß er zugleich Besitz eines anderen Menschen ist, begrenzt." (S. 113) Ebenso deutlich heißt es an einer anderen Stelle, daß der antike Tatbestand des Herr-Sklave-Verhältnisses "gewiß nicht der einzige Fall in der Geschichte der 'Menschlichkeit'" ist, "wo eine nüchterne Einsicht in die Rentabilität die Empfänglichkeit für ethische Argumente vergrößert hat" (S. 129). Aristoteles sah dieses Problem zu seiner Zeit nicht weniger scharf: "Wenn nämlich der Sklave zugrundegeht, gibt es keine Möglichkeit, die Herrschaft aufrechtzuerhalten",⁸ und hinzugefügt werden muß: Es entfallen das auszubeutende Objekt, das "lebendige Besitztum", das "lebendige Werkzeug" und die Möglichkeit, über die Ausbeutung versklavter Arbeitskraft zu Gewinn und Muße zu kommen.⁹

Der Gewinn, der Reichtum, die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit und die "Freizeit", die Muße des Herrn, des Sklaveneigentümers - sie sind das schließliche Ziel, der höchste Zweck aller Ausbeutung der Sklaven und aller Empfehlungen für den richtigen Umgang mit ihnen. Sie sind der Dreh- und Angelpunkt der Gedanken, die sich vor allem Xenophon, aber auch Aristoteles und die Peripatetiker über die Haushalts- oder Wirtschaftsführung und, darin eingebettet, die Behandlung der Sklaven durch ihre Herren machten (S. 63, 94, 97).

Xenophon, und das wird von Klees deutlich gesagt, (S. 65) wandte sich mit seinen ökonomischen Schriften in erster Linie an den wohlhabenden, der Landwirtschaft verbundenen Polisbürger. Er sah in der Mehrung des Vermögens, der Erzielung von Überschüssen, in der erfolgreichen Abwendung von Mangel und Not das erstrebenswerte Resultat ökonomischer Betätigung, das heißt einer auf dieses Ziel ausgerichteten Führung des Hauses, der Wirtschaft.¹⁰ Dieser Reichtum garantierte nicht nur eine Befriedigung der persönlichen Bedürfnisse, sondern gestattete es auch, ganz im Sinne des idealen Polisbürgers für die Gemeinschaft zu wirken und materielle Mittel zu ihrem Nutzen aufzuwenden.¹¹ Die Wirtschaftsführung galt es so zu gestalten, nicht zuletzt unter Einbeziehung geeigneter und entsprechend vorbereiteter Sklaven (als Verwalter, Aufseher oder Vorarbeiter), daß zwar der Hausherr und dessen Ehefrau die oberste Kontrollfunktion ausübten, er aber - der Hausherr - genügend Zeit und Muße für das politische und geistige Leben außerhalb des eigenen Hauswesens fand, er abkömmlich war, um aktiv seinen gesellschaftlichen Verpflichtungen als Polisbürger nachkommen und seine gesellschaftliche Rolle als Polisbürger, als Angehöriger der herrschenden und ausbeutenden Klasse spielen zu können. Dieser Gesichtspunkt in Xenophons Überlegungen bleibt Klees nicht verborgen und wird von ihm auch mehrmals betont herausgearbeitet (S. 65, 76 f., 94).

Hier nun ist grundsätzlich zu bemerken, daß es unter den Bedingungen der Sklavereigesellschaft nur diesen einen Weg gab, auf dem die Ziele der xenophontischen "Oikonomik" - Gewinn und Muße für die Vermögenden und Herrschenden (und, vermittelt über die Polis, für deren Bürger) - zu erreichen waren: den Einsatz und die zunehmende Ausbeutung von Sklaven, was eine gewisse Aufmerksamkeit des Herrn für das Leben des Sklaven einschließt und geradezu unumgänglich macht. Auf eben dieses für die Polis existentiell so wichtige Sub-

8 Aristoteles, Politika, 1278 b 32.

9 Pseudo-Aristoteles, Oikonomika, 1344 a 23 f.

10 Xenophon, Oikonomikos, 1, 4; 11, 8; 20, 1.

11 Xenophon, Oikonomikos, 2, 5 ff.

strat einer dienenden, unfreien Bevölkerungsschicht richtet Xenophon den Blick, wenn er in seinen "Poroi" den Athenern vorschlägt, ihre Polis möge Sklaven in einer Menge kaufen und einsetzen, bis schließlich drei unfreie Arbeiter auf jeden athenischen Bürger kämen, um damit ihre Versorgung und die der Polis zu sichern.¹²

Der Einsatz von Sklaven konnte in "Massen" (wie auf einem römischen Latifundium) erfolgen. Es konnten aber auch größere Mengen von Sklaven Eigentum einer Person sein und von ihr vermietet werden (wie es der Athener Nikias machte).¹³ Doch beides stellte wohl eher die Ausnahme dar. Die Regel waren sicher 1 bis 5 Sklaven, kleinere oder mittlere Sklavengruppen, die im bäuerlichen und handwerklichen Kleinbetrieb (hier liegt die unterste Grenze der Sklavenzahlen; im Durchschnitt wahrscheinlich 1 bis 2, seltener 3) oder in größeren Handwerksbetrieben (wie dem von Demosthenes' Vater) und in den mittleren und größeren Landwirtschaftsbetrieben (wie dem des Ischomachos, der mittleren villa rustica) zum Einsatz kamen.¹⁴

In der Ausbeutung der Sklaven gab es ebenfalls Unterschiede, zwei eigentlich entgegengesetzte Tendenzen. Die eine bestand darin, dem Sklaven eine Arbeitsleistung abzufordern, die in kürzester Zeit zu seinem physischen Ruin, zu seiner produktiven Untauglichkeit führen mußte. Sie setzte den laufenden Nachschub und eine entsprechende Billigkeit der Sklavenware voraus, war also nur unter besonderen äußeren politischen Bedingungen möglich und bildete daher die Ausnahme.

Diese Form der Ausbeutung, widersprach eigentlich einer Grunderkenntnis der Sklavereigesellschaft, daß nämlich der Sklave ein zu nutzendes Vermögen, ein Objekt tatsächlichen oder künftigen Reichtums war oder, wie es in den peripatetischen "Oikonomika" heißt, der hauptsächliche, notwendigste und unentbehrlichste Besitz, das in der Wirtschaft brauchbarste Gut. An diese Feststellung schließt unmittelbar der Gedanke, die Forderung an, die Sklaven deshalb unbedingt zu rührigem Fleiß anzuhalten.¹⁵ Das konnte geschehen durch die Anwendung reinen außerökonomischen Zwanges, durch mehr oder minder brutale Gewalt und durch strengste Kontrolle, zog dann aber auf die Dauer sinkende Arbeitsleistung und -produktivität nach sich.

Die andere Tendenz in der Sklavenausbeutung dagegen orientierte auf die längerfristige, gewinnbringende Nutzung der unfreien Arbeitskraft, auf ihre Effektivität und Rentabilität, auf ihr anhaltendes Leistungsvermögen und die stete Erzielung eines größtmöglichen Mehrproduktes. Neben den Zwang und die Kontrolle seitens des Herrn trat die Förderung eines Eigeninteresses der Sklaven am Prozeß und am Ergebnis ihrer Tätigkeit.

Aristoteles fühlte sich sogar bemüßigt, auf eine Interessengemeinschaft zwischen Herrn und Sklaven hinzuweisen, die natürlich die grundsätzlichen Unterschiede in der Position zwischen den Leitenden und den Ausführenden, zwischen den Herrschern und den Beherrschten berücksichtigte und sich auf den gewinnbringenden Einsatz und die volle Ausnutzung der Arbeitskraft, auch die Ausbildung der produktiven und sonstigen nützlichen Fähigkeiten und Fertigkeiten der Sklaven bezog.¹⁶

12 Xenophon, Poroi, 4, 13 - 18.

13 Xenophon, Poroi, 4, 16 f.

14 Demosthenes, 27, 19; auch Lysias 12, 19; über den oikos des Ischomachos als Modellfall Xenophon, Oikonomikos, 7 ff.

15 Pseudo-Aristoteles, Oikonomika, 1344 a 23 - 25.

16 Aristoteles, Politika, 355/362.

Aristoteles dachte, wie schon vor ihm Xenophon, ganz im Geiste seiner Klasse. Eben dieser Klassencharakter der Ansichten zeitgenössischer Politiker, Publizisten und Philosophen über das Herr-Sklave-Verhältnis blieb außerhalb des Blickfeldes von Klees. Zu wenig Beachtung fand der unmittelbare Zusammenhang, der zwischen einerseits dem Wandel in den Anschauungen zur Beziehung von Herrn und Sklaven, ihrer Formulierung und Aufzeichnung, andererseits der Entwicklung der antiken Produktionsweise, der sich verändernden Bedeutung der Sklaverei als ökonomischer Grundlage der griechischen Polis und des zunehmenden Gewichtes der Warenproduktion bestand.

Das Herr-Sklave-Verhältnis wird von Klees in nicht unerheblichem Maße aus seiner sozialökonomischen Verwurzelung gelöst, mit dem Ergebnis, daß die faktologisch sehr gründlich dargestellte Erscheinung zu dominieren beginnt, während ihr soziales Wesen in den Hintergrund rückt und unklar wird. Gedanken über das Herr-Sklave-Verhältnis, über den rationalen, effektiven Einsatz der Sklaven machten sich ihre Herren. Das ist eine der Grundtatsachen, auf deren Hervorhebung Klees leider keinen großen Wert legt. Von Xenophon, Aristoteles und anderen wurden Herreninteressen debattiert und damit zugleich die Interessen all derjenigen, die auf irgendeine Weise an der Sklaverei profitierten. Nicht um den Sklaven, sein Wohlbefinden, seine gesellschaftliche Stellung, nicht um seine Arbeits- und Lebensbedingungen ging es, sondern einzig um den Nutzen, den er seinem Herrn bringen kann und muß, um die effektivsten Methoden seiner Ausbeutung. Er selbst bleibt gesellschaftsunfähig, ein Mensch zweiter Ordnung, ein Sklave eben, mit dessen Lebensumständen und menschlichen Eigenschaften sich nur deshalb beschäftigt wird, weil sie der Anknüpfungspunkt, das Mittel seiner Manipulation sind.

Es bleibt der prinzipielle objektive Gegensatz zwischen Herrn und Sklaven, zwischen dem Eigentümer der Produktionsmittel und dem unmittelbaren, dem unfreien Produzenten, der *privates* Eigentum eines anderen ist. Ihm ordnet sich das subjektiv zu gestaltende Herr-Sklave-Verhältnis im Sinne einer imaginären "Partnerschaft", einer von vornherein ungleichen "Partnerschaft" von Gegensätzen, lediglich unter.

Als Hesiod seine "Werke und Tage" verfaßte, spielte die Sklaverei in der Landwirtschaft und der handwerklichen Produktion eine noch untergeordnete Rolle. Aus diesem Grunde waren Fragen des Umganges mit Sklaven für ihn zweitrangige Probleme. Ebenso entfiel die Notwendigkeit, sich des langen und breiten über die Effektivität ihrer Arbeit auszulassen. Auch konnte die Sklavenfrage, worauf Klees aufmerksam macht, "noch keinen selbständigen Gliederungspunkt der Lehre vom Hause" bilden (S. 58).

Das änderte sich in dem Maße, je mehr die Sklaverei zum bestimmenden Faktor in der Produktion, zum typischen Ausbeutungsverhältnis der antiken Produktionsweise wurde. Mit der wachsenden Bedeutung des Sklaven, der nicht mehr hinwegzudenken war aus dem ökonomischen Leben der griechischen *Gemeinwesen*, vor allem der städtischen, der sich als gesellschaftliches Phänomen, als hauptsächlichster Produzent nicht einfach mehr übersehen ließ,¹⁷ begann die Sklavenfrage einen festen Platz im gesellschaftlichen Bewußtsein einzunehmen. Die freien Bürger, die nach den Worten von Marx, "nur in ihrer Gemeinschaft die Macht über ihre arbeitenden Sklaven" besaßen,¹⁸ waren gezwungen, diesen Unfreien als soziale Gruppe gegenüber Position zu beziehen, was zugleich bedeutete, ihre eigene zu überdenken. Daraus ergaben sich Fragen, die dazu

17 Die mehr oder weniger entscheidende Rolle, die der Sklave in eigentlich allen Produktionssphären und den Produktionseinheiten unterschiedlichster Größe spielte, belegt Klees wenngleich nur knapp, so doch überzeugend und anschaulich in der Einleitung seines Buches (S. 1 - 6).

18 Marx, Karl, Die deutsche Ideologie, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 3, Berlin 1969, S. 22 f.

führen, sich der sozialen und rechtlichen Aufspaltung der Gesellschaft bewußter zu werden, sich aber auch mit dem Wirtschaftsgeschehen nachdrücklicher zu befassen.

Zahl und Relevanz dieser Fragen nahmen zum 4. Jahrhundert v. u. Z. zu, was sich im zeitgenössischen Schrifttum eindeutig widerspiegelte, und es war - neben anderen - vornehmlich die Sklavenfrage, die sich keinesfalls zufällig in den Vordergrund gesellschaftlichen Interesses schob.

Bereits für das 5. Jahrhundert v. u. Z. stellte Peter Musiolek fest, daß "der Konkurrenzkampf in der Produktion, in der die Sklaverei weitgehend Basis geworden war, ... ein neues Verhältnis zwischen Sklaveneigentümer und Sklaven" erzwang und eine "Steigerung der Arbeitsproduktivität" nur möglich wurde, "wenn der Sklave an der Produktion interessiert werden konnte".¹⁹ Im Krisenjahrhundert der Polis spitzte sich die ökonomische und besonders die soziale Situation in Griechenland weiter zu.

Die Warenproduktion und die Ware-Geld-Beziehungen weiteten sich aus, mit Folgen, die einerseits die Einheit der Polisgemeinde untergruben, andererseits die Frage nach der Rentabilität, dem Gewinncharakter allen Wirtschaftens, auch in der Landwirtschaft, und der Effektivität, des Nutzens der Sklavenarbeit unterschieden schärfer als bisher stellen ließen. Die Polis verlangte nach Geld, war sie doch im 4. Jahrhundert v. u. Z. mehr und mehr zu einem Versorgungsinstitut geworden, das ihren Bürgern die trophē zu gewährleisten hatte. Der Geldbedarf machte Überlegungen notwendig, wie sie sich in den "Poroi" Xenophons finden. Geld und Gewinn wünschten sich auch jene Politen, die Eigentümer landwirtschaftlicher oder handwerklicher Betriebe waren, weniger um für die Polis mit materiellen Überschüssen einzutreten, sondern vielmehr um eine bestimmte Entsprechung zwischen ihrem Rechts- und Sozialstatus zu wahren, nicht zuletzt deswegen, weil die politisch benachteiligten Mitbürger wirtschaftlich eine wachsende Rolle spielten und ihr soziales Prestige gewichtiger wurde. Der Umstand, auf den Musiolek hinweist, daß "die oikonomikē vollständig in den Händen der Bürger verblieb", in der chrematistikē aber "immer mehr Metroiken und Fremde" hervortraten,²⁰ erforderte, darüber nachzudenken, wie auch im Agrarbereich, vor allem auf den marktorientierten oikoi, rentabler gewirtschaftet, Sklaven effektiver eingesetzt werden können.

Es existierte der objektive Zwang, sich mit dem Sklaven und seiner Arbeitsweise eingehender, zweckgerichteter zu beschäftigen, und zwar ganz im Sinne der Herrschaft über den Sklaven. Diese Herrschaft aufrechtzuerhalten war für die Sklavereigesellschaft oberste Pflicht und bedeutete, daß in diese Beziehungen eingegriffen wurde, daß die Gesellschaft ein Interesse an bestimmten Reglementierungen des Herr-Sklave-Verhältnisses offenbarte, auch wenn diese nur den Charakter der Empfehlung trugen und häufig bloßer Vorsatz blieben.

Unter den Bedingungen der sich entwickelnden Warenproduktion und ihren Folgen für die Polisgesellschaft galt es, im Hinblick auf die Kausalkette: Effektivität des Sklaveneinsatzes - Rentabilität der Wirtschaft - Mehrprodukt (bzw. Muße) der möglichen Entwertung der Sklavenarbeit entgegenzuwirken, das heißt die Leistungsfähigkeit und die Leistungsbereitschaft der Sklaven zu erhöhen. Der erzwungene Gehorsam der Sklaven sollte ergänzt werden durch deren Bereitschaft zu freiwilliger Unterordnung, durch ein persönlich motiviertes Interesse (soziale Vorteile) am Ergebnis der zu verrichtenden Arbeiten, durch leichtere Lenkbarkeit und gewissenhafte Dienstaussführung. Welche Schlußfolgerungen sich aus einer solchen Zielstellung für die Sklaveneigentümer ergaben, welche positiven Methoden in der Sklavenbehandlung anwendbar waren, zeigten die Überlegungen der Zeitgenossen. Von Klees wurde das detailliert und mit

¹⁹ Musiolek, Peter, a. a. O., S. 110.

²⁰ Ebenda, S. 119.

großer Sachkenntnis dargestellt. Übrigens untersuchte vor ihm schon V. J. Kuzišč'in am Beispiel der römischen Agrarschriftsteller sehr gründlich das Problem der Arbeitsproduktivität der Sklaven und die Methoden, deren sich die römischen Villeneigentümer bedienten, um die Sklaven zu einer höheren Arbeitsleistung zu bringen.²¹

Die Größe des Gewinns, der aus einem mit Sklaven arbeitenden landwirtschaftlichen oder Handwerksbetrieb (mit Marktproduktion) erzielt werden konnte, hing vom Umfang des jeweils erarbeiteten Mehrproduktes ab. Im Rahmen der antiken Produktionsweise ließ sich ein größeres Mehrprodukt im wesentlichen nur erreichen, wenn es gelang, die Arbeitsproduktivität des wichtigsten unmittelbaren Produzenten, des Sklaven, anzuheben. Die Arbeitsproduktivität konnte auch auf anderem Wege erhöht werden: durch (sehr seltene) technische Neuerungen oder bessere Arbeitsorganisation, doch das blieben sekundäre Faktoren.

Der notwendigen Steigerung der Arbeitsproduktivität stand das Produktionsverhältnis Sklaverei entgegen. Die Sklaven ertrugen nur widerwillig den ständigen Zwang, den ihnen ihre für die damalige Zeit scheinbar naturgegebene und selbstverständliche Lage aufnötigte. So lag dem Herr-Sklave-Verhältnis ein latenter innerer Kampf zugrunde, ein versteckter, tagtäglicher Widerstand der unfreien Produzenten, der sich auf ihre Arbeitsproduktivität negativ auswirkte und die Rentabilität vornehmlich mit Sklaven arbeitender Betriebe gefährdete.

Dieser Sachverhalt konnte den freien Eigentümern nicht verborgen bleiben. Sie mußten sich seiner aber erst bewußt werden - und das auch und gerade unter dem Druck der sich entfaltenden kleinen Warenproduktion -, um nach Mitteln und Wegen zu suchen, die Effektivität der Sklavenarbeit zu steigern. Der Sklave war ein überaus notwendiges und zugleich auch ein äußerst schwieriges Eigentum.²²

Das in Griechenland im 6./5. einsetzende, sich im 4. Jahrhundert v. u. Z. verstärkende, objektiv bedingte Nachdenken über das Verhältnis von Sklaveneigentümer und Sklaven war ein Ausdruck dafür, wie sich, allerdings beschränkt auf eine ökonomisch, sozial und politisch begünstigte Minderheit, erste Einsichten in ökonomische Zusammenhänge formten, das wirtschaftliche Geschehen bewußter aufgenommen und geistig verarbeitet wurde, sich allmählich Anfänge eines ökonomischen Bewußtsein der Gesellschaft herausbildeten.

Diese Tendenz zeigte sich natürlich vorrangig im zeitgenössischen ökonomischen Schrifttum, daneben aber auch, wenngleich weniger deutlich, in der Geschichtsschreibung, dort nämlich, wo für die Antike in der Darstellung historischer Abläufe und kausaler Entwicklungsketten Vorbildliches geleistet wurde. Gemeint ist Thukydides, der sowohl politischen als auch ökonomischen Faktoren eine den Geschichtsprozeß prägende Rolle beimaß und den Peloponnesischen Krieg in eine enge, ja in ursächliche Beziehung zu den ökonomisch-gesellschaftlichen Spannungen zwischen den kriegführenden Seiten, der Handelskonkurrenz zwischen Athen und Korinth, zu den sozialen Widersprüchen in der antiken Klassengesellschaft setzte.

Kriegen liegen in der Regel ökonomische Interessengegensätze, ökonomisches Expansionsstreben zugrunde. Vorfälle politischer Natur, die mitunter nur dem Anschein nach politisch sind, wie das "megarische Psephisma", bilden lediglich die Anlässe. Einen Krieg, selbst wenn er im antiken Hellas geführt wird, rea-

21 Kuzišč'in, V. I., Očerki po istorii zemledelija Italii (2 v. do n.é. - 1 v. n.é.), Moskva 1966, S. 194 - 269; derselbe, Rimskoe rabovladel'českoe pomest'e, Moskva 1973, S. 89 - 102; derselbe, Genezis rabovladel'českich latifundii v Italii, Moskva 1976, S. 226 - 242.

22 Pseudo-Aristoteles, Oikonomia, 1344 a 23 f.; Platon, Nomoi, 776 b 5 f.

listisch darzustellen, erfolgreich nach seinen Ursachen und Zielen zu forschen, wird, wenn man dabei nicht versucht, die ökonomischen Hintergründe aufzudecken, kaum möglich sein.

Heinz Heinen, der sich im zweiten Teil seiner kenntnisreich geschriebenen Monographie einigen Aspekten des Chremonideischen Krieges (267 bis 261 v. u. Z.) zuwandte, eines Krieges, der Ägypten, Sparta und Athen im Kampf gegen das unter Antigonos Gonatas wiedererstarkende Makedonien sah ("Untersuchungen zum Chremonideischen Krieg", S. 95 - 213), möchte gerne die konkreten Gründe für die Beteiligung des Ptolemäerreiches an diesem militärischen Konflikt nennen. Da er jedoch den Chremonideischen Krieg als ein vor allem politisches Ereignis behandelt, ihn nicht in eine direkte Beziehung zur ptolemäischen Wirtschafts- bzw. Handels- und Hegemonialpolitik im östlichen Mittelmeerraum setzt, muß die Frage offenbleiben, "was der 2. Ptolemäer mit diesem Krieg gewollt hat" (S. 100).

Die Haltung Ptolemaios' II. im Chremonideischen Krieg war ursächlich bestimmt durch das Grundanliegen ptolemäischer Außenpolitik im Mittelmeerraum: sich in den Randzonen und auf den Inseln festzusetzen, um die wirtschaftliche Einflußsphäre der Ptolemäer auszuweiten, den Handel zwischen Europa und Asien ihrerseits einer maximalen Kontrolle zu unterwerfen, um den Anteil an diesem Handel und die Gewinne, die er abwarf, zu steigern. Solange die Ptolemäer ihren ökonomisch, insbesondere handelspolitisch motivierten Hegemonieanspruch im östlichen Mittelmeer aufrechterhielten, waren diplomatische und militärische Aktivitäten zu seiner Durchsetzung nötig.

Eine bewußtere Berücksichtigung des Gesamtbildes der ptolemäischen Mittelmeerpolitik, die konsequente Einbettung der Problematik des Chremonideischen Krieges in diesen übergreifenden Zusammenhang, würde es sicherlich ermöglicht haben, präziser zu bestimmen, weshalb sich Ptolemaios II. während dieser militärischen Auseinandersetzung so ausgesprochen passiv verhielt und auf einen von Sparta und Athen getragenen "Stellvertreterkrieg" beschränkte.

Neue sowjetische Forschungsergebnisse zur Entwicklung der Stadtstaaten im vorderasiatischen und ägäischen Raum

Antičnyj polis. Mežvusovskij sbornik. Problemy otecestvennoj i vseobščej istorii (im folgenden: I)

Izdatel'stvo Leningradskogo universiteta, Liefer. 5,
Leningrad 1979, 140 Seiten, Preis: 70 Kopeken

G. A. Košlenko, Grečeskij polis na éllinističeskom vostoce (im folgenden: II)

Izdatel'stvo Nauka, Moskau 1979, 294 Seiten,
Preis: 2 Rubel

von Bernd Funck

Namhafte sowjetische Althistoriker wie J. V. Andreev und G. A. Košlenko setzen eine in der Sowjetunion seit langem gepflegte wissenschaftliche Tradition fort, nämlich vergleichende Untersuchungen zu gesellschaftlichen Prozessen an den dafür besonders geeigneten Nahtstellen von Altem Orient und Antike. Sowohl das 2. Jahrtausend v. u. Z. im vorderasiatischen und ägäischen Raum als auch der Hellenismus sind solche Abschnitte in der Geschichte, an denen beispielhaft vergleichende Studien vorgenommen werden können, denn Forschungen zu den Wechselbeziehungen, den Übereinstimmungen wie den Unterschieden, zwischen den beiden großen gesellschaftlichen Komplexen des Altertums - dem Alten Orient und der Antike - berühren unmittelbar deren Grundlagen und vermitteln so bedeutende Aufschlüsse über ihre Strukturen.¹

Nach einer Reihe von Allunionskonferenzen, die an der Leningrader Universität stattfanden und thematisch der Polis mit all ihren Aspekten galten, entstand ein Sammelband zum Wechselverhältnis von antiker Polis und orientalischen Stadtstaaten (I)². Die Wichtigkeit des Themas deutet E. D. Frolov in seinem einleitenden Aufsatz so an: "Könnte man folglich die Behauptung aufstellen, daß die Entwicklung (der Polis - B. F.), also auch ihr Endergebnis, nicht allein für den historischen Weg der Griechen und - möglicherweise - der Italiker charakteristisch war, sondern auch für alle übrigen Völker des Altertums?" (I, S. 6)

1 D'jakonov, I. M., Problemy sobstvennosti. O strukture obščestva Bližnego vostoka do seređiny II tys. do n. é., in: Vestnik drevnej istorii, Nr. 4/1967, S. 13 ff.; Blavatskij, V. D., Antičnyj mir i Drevnij vostok, Moskau 1970; Masson, V. M., Formirovanie ranneklassovogo obščestva i voprosy tipologii drevnich civilizacij, in: Drevnij vostok i antičnyj mir, Moskau 1980. - Diese Arbeiten gehen alle von einer solchen Grundposition aus. Auch Massons Aufsatz bringt Licht in die Frage. Der Stadt und ihrer engen Beziehung zum landwirtschaftlich genutzten Umfeld wird dabei als typologisch aussagekräftigstem Kriterium besondere Aufmerksamkeit geschenkt, vgl. S. 24 ff.

2 Alle nicht näher bezeichneten Seitenangaben im Text beziehen sich auf die hier besprochenen Bücher.

V. G. Boruchovič schreibt über einen quellenmäßig äußerst schwierigen Abschnitt der griechischen Geschichte: die sozialpolitischen Auseinandersetzungen auf Lesbos (7. - 6. Jahrhundert v. u. Z.), von denen wir aus den Alkaiosfragmenten wissen. I. S. Svencickaja schreibt zur Rolle der Heiligtümer in der hellenistischen Polis und gelangt zu dem Schluß, daß diese der Aufrechterhaltung der Polisorganisation dienten, die aber nicht mehr das Bürgerkollektiv traditioneller Prägung darstellte, sondern durch Einbeziehung nichtpolisgebundener Bevölkerungsteile entscheidende Erweiterungen erfuhr. J. B. Cirkin, seit langem durch Arbeiten über das antike Spanien bekannt, äußert sich zur Baskidenherrschaft in Spanien und trägt wesentlich zur Kenntnis über die Struktur und die Funktionalorgane Karthagos bei.

J. V. Andreevs Beitrag in dem Sammelband verdient unsere besondere Aufmerksamkeit. Der Autor wendet sich auf vielfältige Weise den Fragen der frühen, vor allem der homerischen Polis zu und hat erst vor wenigen Jahren seine Habilitationsschrift zu diesem Thema veröffentlicht.³ Andreev stellt sich in dem hier in Rede stehenden Aufsatz die Aufgabe, an dem Material der kretisch-mykenischen Staaten, der verschiedenen Stadtstaaten Vorderasiens und der frühgriechischen Polis Gemeinsamkeiten und Unterschiede des historischen Weges der beiden gesellschaftlichen Organismen herauszuarbeiten. Es ist dabei sein besonderes Anliegen, die grundsätzliche Verschiedenheit der antiken von den altorientalischen Verhältnissen zu konstatieren. Während die Entwicklung anfänglich in Vorderasien und im griechisch-ägäischen Raum unter gleichen sozialökonomischen Vorzeichen zu verlaufen schien, was uns dazu berechtigt, die kretisch-mykenische Welt als eine der von der altorientalischen Produktionsweise geprägten Regionen zu betrachten, kam es zu Beginn des 1. Jahrtausends v. u. Z. zu einer klaren Trennung in zwei verschiedene Entwicklungswege. Andreev macht das rapide Bevölkerungswachstum als Ergebnis der Wanderungsbewegungen am Ausgang des 2. Jahrtausends v. u. Z. für die neue Situation verantwortlich. Hinzu kam die völlige Vernichtung der mykenischen Kultur, so daß die frühen Griechen "in jenem Zustand einer lange währenden Isolation und Abgeschlossenheit von der gesamten übrigen Welt" verharrten, in dem eine fast unbeeinflusste Entwicklung möglich war. So waren Voraussetzungen dafür entstanden, daß die sich typologisch in manchen Punkten ähnelnden altorientalischen Stadtstaaten und die griechischen Poleis gravierende Unterschiede in ihren Wesensmerkmalen aufwiesen. Die Stadtstaaten Vorderasiens sind im Verlauf ihres Bestehens immer Tempelgemeinden geblieben, in denen sich die Produktion, ihre Kontrolle und die Verteilung der Güter in den Händen weniger konzentrierte, die als "Organisatoren der Produktion" bezeichnet werden könnten. Eine nicht zu unterschätzende Rolle spielten dabei die Überbauerscheinungen wie vor allem der entwickelte und in seiner Funktionstüchtigkeit ausgeklügelte theokratische Charakter dieser Gesellschaften mit allen daraus resultierenden Konsequenzen.

Die der Dorfgemeinde inhärente Tendenz zur Demokratie konnte sich unter diesen Bedingungen nie durchsetzen, vielmehr wurde sie durch verschiedene oligarchische und autokratische Regime - etwa die altorientalische Despotie, von Andreev als die unangenehmste aller Herrschaftsformen gekennzeichnet - ersetzt. Ein wesentliches Kriterium für dieses Urteil bildet die nur noch in Spuren nachweisbare Existenz der einzelnen Organe der dorfgemeinschaftlichen Selbstverwaltung wie Ältestenrat, Volksversammlung, Gerichtseinrichtungen usw. Die Dorfgemeinschaft wird zum passiven Anhängsel des fiskalisch strukturierten Apparates der Tempelbürokratie. Die altorientalische Gesellschaft bewahrte viele archaische Züge wie die geringe soziale Gliederung der Hauptmasse aller Freien, die Zähigkeit der Großfamilie und der Hausgemeinschaft, die kaum entwickelte Produktionssklaverei, an deren Stelle verschiedene Ab-

³ Andreev, J. V., *Rannegrečeskij polis (gomerovskij period)*, Leningrad 1976.

hängigkeitsformen traten. Nach Andreev blieb der altorientalische Stadtstaat eine aristokratische Republik, deren Gesellschaftsstruktur ständisch zu nennen wäre. Die entscheidende Ursache für diese im Vergleich mit der griechischen Polis stagnierende Entwicklung lag in der Vorherrschaft der Tempelwirtschaft.

Die Frage nach den Entwicklungsbedingungen des griechischen Stadtstaates beantwortet Andreev mit der Feststellung jener beiden Faktoren, die die Polis zum vollständigen Gegensatz der altorientalischen Stadtstaaten gestaltete: die Produktionsklaverei und das (antike) Privateigentum. Den Bruch mit der noch archaisch strukturierten homerischen Polis brachte die sogenannte große Kolonisation. Der Autor setzt sich in diesem Zusammenhang mit der Marxsschen Definition des kollektiven Privateigentums aller aktiven Staatsbürger auseinander und bezieht sie nicht auf die bedeutungsmäßig divergierenden Kategorien gesellschaftlichen Grundbesitzes als Ganzes (πολιτικὴ χωρὰ, ager publicus), sondern breiter als Kontrollrecht des Staates über die Wirtschaften einzelner Bürger (etwa Solons Seisachtheia oder Lykurgs Landaufteilung). Als ein Anliegen des Staates bezeichnet er die Glättung der Widersprüche zwischen den Freien und die Errichtung einer materiellen Grundlage für deren politisches und gesellschaftliches Engagement im Staat. Auf dieser Grundlage vermochten sich dann solche Formen der Polisdemokratie wie die Isegorie und die Isonomie herauszubilden, die im Vergleich zum Alten Orient einen großen Schritt voran bedeuteten. Andreev geht so weit, Polis und Demokratie als synonyme Begriffe zu fassen. Oligarchische, monarchische oder tyrannische Regime signalisierten in einem Stadtstaat entweder archaische oder krisenhafte Zustände. In diesem Sinne träfe auch die Abstempelung Spartas als Regime extremer Oligarchen nicht zu, sondern beruhe auf einem Mißverständnis der Autoren des 4. Jahrhunderts, die das lakedämonische Staatswesen in der Krise vorfanden.

In seiner Schlußbetrachtung stellt der Autor vor allem für den Alten Orient eine zunehmende Entfremdung von Gemeinde und Staat fest, die zum Fehlen der für die Polis so charakteristischen Funktionen zur Aufrechterhaltung eines inneren Friedens führte. Im Gegensatz zur Polis sieht Andreev im Alten Orient keine sozialen Reformen, und auch Urukaginas Maßnahmen hätten nur auf fiskalische Entlastungen abgezielt. Die griechisch-römische Welt vermochte wiederum nur in den wenigsten Fällen zur voll ausgebildeten Polis vorzudringen als der einzigen, wirklich leistungsfähigen, die Antike tragenden Staatsform.

Andreev hat einen wichtigen Beitrag zum Verständnis der Antithese Hellas - Vorderasien geleistet. Am konkreten historischen Quellenmaterial wollte er die übergreifenden Möglichkeiten der vergleichenden Methode im Sinne einer Probe auf die Vergleichbarkeit der sozialen Erscheinungen in beiden Gesellschaften beweisen. Das balkanische Griechenland und Vorderasien haben bei anfänglichen typologischen Gemeinsamkeiten letztlich verschiedene Wege eingeschlagen. Die Beobachtungen des Autors sind vor allen Dingen in theoretischer Hinsicht sehr aufschlußreich und wissenschaftlich sauber herausgearbeitet. Dennoch kann man sich schwerlich alle Positionen Andreevs zu eigen machen. So fällt es dem Historiker am Ende nicht leicht, der Definition des altorientalischen Despotismus vorbehaltlos zuzustimmen: "... bilden sich verschiedene Arten oligarchischer und autokratischer Regimes einschließlich ihrer verrufensten Form: der orientalischen Despotie heraus." (I, S. 12)

Die hellenozentrische Sicht dieser Prämisse ist offenkundig. Es sollte indessen unser Anliegen sein, historischen gesellschaftlichen Formen unbefangen gegenüberzutreten und Wertungen zu vermeiden, die den Betrachtungsgegenstand dem Bereich des durch historische Begriffe Eingrenzbaren entziehen. Der altorientalische Despotismus ist als Begriff einer ganz anderen Epoche entlehnt worden und kann daher dem Wesen der so bezeichneten Erscheinung nur bedingt gerecht werden: Wir verstehen unter altorientalischer Despotie nicht mehr und nicht weniger als eine bestimmte Form des Eigentums an den Produktionsmitteln, der Organisation ihrer Nutzung sowie der Verteilung der aus ihnen erzielten Güter, also eine für den Alten Orient charakteristische Produktionsweise.

Prädikate wie "verrufen" oder "anrühlich" erscheinen zumindest antiquiert und werden dem modernen Erkenntnisstand nicht in erforderlichem Maße gerecht.

Ähnlich verhält es sich mit der Feststellung, daß die altorientalischen Stadtstaaten als "aristokratische Republiken mit ausgeprägter Ständegliederung ihrer Gesellschaft" sich als unfähig erwiesen, die Ebene einer Polisstruktur zu erreichen, deren Hauptmerkmale die Gleichheit aller Bürger und die Legislative der Volksversammlung bildeten (I, S. 20). Damit fällt Andreev in das andere Extrem und stellt Erwartungen an die Entwicklung des Alten Orients, die seiner eigenen Argumentation zufolge jeglicher Realität entbehrten. Es kann aus der Sicht des Historikers nicht die Frage stehen, ob sich ein bestimmter sozialökonomischer Organismus zu einem ihm fremden, ganz anders gearteten "erheben" kann (der Autor verneint eingangs mit Recht Versuche von Orientalisten, eine Polis vor den Griechen im Orient anzunehmen); die Geschichte des Hellenismus lehrt uns eindeutig, daß beide Formen zwar nebeneinander bestehen konnten, aber eben grundlegende Veränderungen nicht stattfanden. Wir haben es hier mit zwei unterschiedlichen historischen Qualitäten zu tun, zu deren eigentlichem Wesen wir nur auf der Basis einer gesonderten und methodisch ihrer Spezifik entsprechenden Betrachtungsweise vordringen können. Die Entscheidung darüber, welche Form den historischen Fortschritt verkörpert, muß bei zwei nicht miteinander korrespondierenden Größen stets höchst subjektiv bleiben und hilft im Ernstfall nicht weiter. Andreev, der im Grunde die Entwicklung des balkanischen Griechenlands und der Ägäis im 2. und 1. Jahrtausend v. u. Z. in einem Zusammenhang betrachtet, übersieht jedoch den Umstand, daß er seiner Untersuchung zwei Prinzipien zugrunde legt: das regionale oder territoriale und das sozialökonomische Prinzip. In Wirklichkeit bestand zwischen den Prozessen des 2. Jahrtausends v. u. Z. und denen des 1. Jahrtausends v. u. Z. in diesem Raum eine tiefe, unüberbrückbare Kluft, die die gemeinsame Anwendung beider Prinzipien sehr kompliziert. Vergleichbares findet sich meines Erachtens nur in Einzelercheinungen, die in ihren Ursachen gewissen gemeinsamen Grundkonstellationen des Altertums als Ganzem verpflichtet sind (so etwa die frühen Rechte, die Rolle des Geldes als allgemeinen Äquivalents, die äußere Struktur der Stadtstaaten als städtischer Bezirk und ländliches Territorium, die gentile Struktur dieser Stadtstaaten-Gesellschaft), wobei in diesem Zusammenhang gewiß auch Fragen der Kontinuität historischer Formen im Rahmen beider Entwicklungslinien erörtert werden sollten.

Nicht in vollem Maße zu folgen ist dem Autor auch in seiner Interpretation der Reformen Urukaginas als einem "fiskalischen Problem". Es ging hier um mehr als lediglich um eine Regelung der Abgaben, weist doch der uns erhaltene Text dieses Programms durchaus sozioethische Gesichtspunkte auf und führt damit jenes hellasorientierte Argument ad absurdum, dem zufolge solche Beweggründe dem Alten Orient stets fremd geblieben seien. Grundsätze politischer und sozioethischer Provenienz, die einer tieferen Einsicht in die Zusammenhänge des Lebens entsprangen, lassen sich nicht nur im religiösen Schrifttum Vorderasiens nachweisen, auch die Königsinschriften bieten Varianten solcher Lehren, deren Wiedergabe scheinbar stereotyp erfolgte.⁴ Gewiß handelte es sich hierbei um eine andere, den gesellschaftlichen Gegebenheiten angepaßte Behandlung solcher Fragen. Wesentlich bleibt für uns, daß sie überhaupt gestellt wurden.

Andreevs abschließendes Urteil (I, S. 16 - 20) über die Besonderheiten der orientalischen Entwicklung besticht auf den ersten Blick durch die Klarheit der Stellungnahme. Man beendet die Lektüre der betreffenden Passagen fast mit dem beruhigenden Gefühl, nunmehr der Lösung auf die Spur gekommen zu sein und

⁴ Vgl. auch Genge, Heinz, Stelen neuassyrischer Könige. Eine Dokumentation und philologische Vorarbeit zur Würdigung einer archäologischen Denkmälergattung, Diss. Freiburg i. B. 1964.

die Charaktermerkmale der altorientalischen Produktionsweise und der auf ihr basierenden Gesellschaft endgültig definiert zu haben. Gerade dieser Eindruck aber mahnt zur Vorsicht. So reizvoll es auch immer sein mag, ein zusammenhängendes, scheinbar fest gefügtes gültiges Geschichtsbild einer ganzen Zivilisation zu entwerfen, steckt doch der sprichwörtliche Teufel im Detail, und jede Einzeluntersuchung wäre in der Lage, bestimmte Positionen des Autors zu Fall zu bringen. Es beginnt bereits damit, daß der Charakter unserer verfügbaren Überlieferung eine solche endgültige Schlüssigkeit der Untersuchungsergebnisse gar nicht zuläßt. Viel mehr als in der griechischen Antike trägt sie Züge der Augenblicklichkeit, der Widerspiegelung von Momentsituationen, gleicht Streiflichtern. Vorderasien - und dies kann nicht häufig genug betont werden - wies eine Vielzahl von Einzelentwicklungen auf, die Andreev zwar kennt, aber doch so pauschal behandelt, daß allein das zu gewissen Zweifeln Anlaß gibt. Auch hätte die herangezogene Sekundärliteratur für so weitgehende Überlegungen noch zielgerichteter und vor allem umfangreicher eingesetzt werden müssen, so daß auch von hier aus die Basis sicherer geworden wäre. Der archaische Charakter der altorientalischen Gesellschaftsstruktur hemmte - so meint der Autor - diese Staaten in einer weiterführenden Entwicklung, wie sie in dem progressiven Weg zur antiken griechischen Polis möglich wurde. Für ihn bedeutete der griechische Stadtstaat in seiner spezifischen Ausformung zur Polis die historisch zukunftsfruchtige und somit positive gesellschaftliche Entwicklung in aufsteigender Linie. Ohne auf die Fragwürdigkeit so absolut formulierter Postulate eingehen zu wollen, sehen wir uns bereits durch die Fragestellung zur Skepsis gezwungen: Auch der Alte Orient kannte stets nur relativ archaische Strukturen, denen wie allen anderen gesellschaftlichen Erscheinungen eine Tendenz zur Veränderung durchaus eignete. Die immer wieder diskutierte Frage der Entlehnungen und Übernahmen aus dem Orient durch die Griechen, also die Frage nach dem Anteil der Griechen bei der Schaffung vieler ihnen zugeschriebener kultureller Leistungen, die nur im Kontext der progressiven historischen Formen betrachtet werden kann, dürfte dem Problem einiges an kritischer Erkenntnis hinzufügen. Wir gingen in die Irre, wollten wir die Vielschichtigkeit der sich auf den Territorien mit altorientalischer Produktionsweise vollziehenden historischen Prozesse verkennen. Wenn Andreevs interessanter und anregender Aufsatz Anlaß für einige knappe prinzipielle Bemerkungen wurde, so nur deshalb, weil gerade diese Untersuchung - selbst eigenständig und originell - zur Polemik herausfordert.

Obwohl erst im Hellenismus jene Voraussetzungen in vollem Maße gegeben waren, unter denen eine unmittelbare Konfrontation der orientalischen und der antiken Komponente einfach zwangsläufig stattfand, bestanden Beziehungen und damit Möglichkeiten zur gegenseitigen Beeinflussung schon seit mehreren Jahrhunderten. Hesiod, der in seiner Theogonie an orientalische Vorbilder anknüpfte,⁵ Herodot, der durch seine weiten Reisen und eine rege Vortragstätigkeit den Griechen diese ferne Welt nahebrachte, oder Xenophon, der mit der "Kyropädie" ein literarisches Werk schuf, das bei seinen Landsleuten einiges an Informationen über den Orient voraussetzte,⁶ alle haben sie auf diese oder jene Weise den vorderasiatischen Raum in ihr Blickfeld gezogen.

Allein eine begriffsgeschichtliche Untersuchung zu βάρβαρος zeigt, wie weit die Vorstellung von Nichtgriechen, hier Orientalen, in vorhellenistischer Zeit Ver-

5 Steiner, G., Griechische und orientalische Mythen, in: Antike und Abendland, Nr. 6/1957, S. 171 - 187.

6 Knauth, Wolfgang/Nadjmabadi, Sejfodin, Das altiranische Fürstenideal von Xenophon bis Ferdousi, Wiesbaden 1975, S. 40 ff.; Frolov, E. D., in seiner russischen Übersetzung Xenophons "Kyropädie", Moskau 1976, S. 257 ff.

breitung gefunden hat.⁷ Dennoch ergibt die aufschlußreiche Zusammenstellung von S. S. Solov'eva, die sich in ihren Ergebnissen auf Untersuchungen von I. M. D'jakonov stützt, für die Assyrienrezeption der Griechen ein deutliches Übergewicht der hellenistischen und nachhellenistischen Geschichtsschreibung.⁸ Das Interesse an geographischen und historischen Fragen Vorderasiens ist offenkundig in hellenistischer und römischer Zeit infolge der praktischen Bedürfnisse der neuen Machthaber stark angewachsen und spiegelt damit die Situation wider, die wir eingangs thesenartig formulierten.

In der neueren sowjetischen Historiographie hat sich G. A. Košelenko mehrfach, zuletzt in einer größeren Monographie zur Polis als griechischer Lebensform im hellenistischen Osten geäußert (II). Die Untersuchung versetzt den Leser wie alle Arbeiten des Autors aufgrund seiner tiefen Sachkenntnis und der Scharfsichtigkeit seiner Schlüsse in die Lage, nicht nur gesicherte Ergebnisse, sondern auch vielerlei gedankliche Anregungen zu erhalten und zu verarbeiten. Košelenko legte sein Buch als Synthese zwischen der Summe seiner theoretischen Anschauungen und seiner praktischen Forschungsergebnisse an und erreichte so eine wohl dosierte Mischung beider Elemente der Geschichtsschreibung.

Grundsatzcharakter trägt sein Einleitungskapitel, in dem ihn die oft diskutierte und immer wieder umstrittene Frage nach dem Bild beschäftigt, das wir uns von der Polis machen müssen. Auf knapp 20 Seiten entwickelt er seine Sicht der Frage, von deren Lösung dann die weitere Untersuchung abhängt. Davon ausgehend, daß die landläufige Definition der Polis als Stadtstaat und der damit gekoppelte Rückgriff auf das geringe Territorium und das städtische Zentrum als Hauptmerkmale nicht befriedigen können, hält der Autor die Existenz einer Stadt keineswegs für die Voraussetzung der Polis, denn Hellas kannte viele politische Schöpfungen, die auch ohne städtisches Zentrum als Polis galten (II, S. 5). Für das Verständnis der Polis ist vor allem der Gedanke einer organisierten Gemeinschaft von Menschen, den bereits die alten Schriftsteller aussprachen, ausschlaggebend gewesen. Entscheidend sind dabei die Form und das Ziel der Gemeinschaft sowie die menschliche Qualität derjenigen, aus denen sie sich zusammensetzte. Mit der Prämisse, die Polis sei vor allem ein Kollektiv der Bürger gewesen, tritt Košelenko vielen modernen Theorien entgegen, die der Erscheinung nicht ohne Befangenheit begegneten und daher zu irrtümlichen Schlüssen gelangten. Ohne die Definition der Polis als Bürgergemeinde weiter verfolgen zu wollen, möchten wir dem Autor in seinen grundsätzlichen Auffassungen beipflichten. Ein Polisverständnis als reales Prinzip des Freisetzens und Bindens bestimmter gesellschaftlicher Kräfte wird der stark divergierenden politischen Wirklichkeit Griechenlands während aller Stadien seiner Entwicklung eher gerecht als die konkrete Festlegung auf einen "Idealtypus", den es ja nie gegeben hat. So läuft konsequent die Frage des Autors auf das annehmbare Wechselverhältnis von Polis und Stadt hinaus (II, S. 15 ff.). Es ist der Gegensatz von Stadt und Land, der in dieser Gedankenkette zum tragenden Element wird. Die Existenzfähigkeit eines solchen Gegensatzes basiert in erster Linie auf dem Privateigentum, dessen Ausbildung in der Stadt dann auch

7 Funck, Bernd, Studie zur Bezeichnung von βάρβαρος, in: Soziale Typenbegriffe. Untersuchungen ausgewählter altgriechischer sozialer Typenbegriffe und ihr Fortleben in Antike und Mittelalter, Bd. 4, Berlin 1981, S. 26 ff.

8 Solov'eva, S. S., Pamjat' ob Assirii v trudach antičnyh i rannesrednevekovykh avtorov, in: Drevnij vostok i antičnyj mir, Moskau 1980, S. 42 - 63. - Der Aufsatz bietet manches anregende Material, weist aber auch einige Schwächen auf, über die wir nicht schweigend hinweggehen können. Die Autorin übersieht z. B., daß der Begriff "Assyrer" nicht durchweg jenes Volk von Assur meinte, sondern nicht selten auf die aramäisch-syrische Bevölkerung Anwendung fand, die sich seinerzeit in Anlehnung an ihre neuen Herren so nannte. Das ergab sich vor allem im Zuge der Aramäisierung Vorderasiens (14. - 7. Jh. v. u. Z.).

zu einer Dynamik führte, die im Hinblick auf das Dorf einfach nicht nachgewiesen werden kann. Stadt und Polis bilden für Košelenko Gegensätze, wie sie kaum größer denkbar sind. In ihnen kommen zwei grundlegende Tendenzen zum Ausdruck: Die Stadt ist das Zentrum der handwerklichen Produktion, die Polis die Vereinigung der Ackerbauern und Grundbesitzer; die Stadt begünstigt die Ausbildung des Privateigentums, die Polis bedeutet die Dominanz der antiken Form des Eigentums, die sich in der dialektischen Einheit von privatem und gemeinschaftlichem Eigentum manifestiert; die Stadt bezeichnet die Dynamik der Gesellschaft, die Polis das Festhalten am Althergebrachten und das Wiedererstreben des Überkommenen (II, S. 17 ff.). Diese Spezifik der beiden gesellschaftlichen Kategorien lag den tieferen inneren Widersprüchen zugrunde, die die griechische Gesellschaft spalteten: Der Konflikt zwischen der Stadt als der Brutstätte der Produktion und der Ware-Geld-Beziehungen und der Polis als sozialem Organismus konnte nicht ausbleiben, da diese die Entwicklung jener zu hemmen begann, so daß man sich gezwungen sah, nach Auswegen zu suchen. Košelenko sieht also in der Stadt jenen Grundbaustein im Gebäude der Weltkultur, der allen historischen Formen gemein ist und nicht von den jeweiligen sozialökonomischen Verhältnissen abhängt. Die Polis als historisch gebundener Organismus erscheint somit als eine Etappe auf dem Wege der städtischen Entwicklung, die im Hellenismus in eine neue Phase tritt und in ihrer antiken Ausprägung nur einen Teilaspekt des gesamten Prozesses darstellt. Košelenkos originelle Sicht des Wechselverhältnisses von Stadt und Polis erschließt der Klärung des Fragenkatalogs "hellenistische Stadt" etliche bedenkenswerte Möglichkeiten. Deren erste und wichtigste betrifft gewiß die Umwandlung des Stadtstaates zum Territorialstaat, bei der die Polis ihre staatlichen Funktionen in zunehmendem Maße ablegt, ohne sie jedoch gänzlich zu verlieren. Spuren einstiger Autonomie bleiben auch im Hellenismus noch lange bestehen, müssen berücksichtigt werden, ohne sie jedoch überzubewerten. Die Stadt tritt nunmehr an diese Stelle: Sie ist in Anbetracht der veränderten Bevölkerungsverhältnisse nicht mehr agrarisches Zentrum schlechthin, sondern ihre Bewohner entwickeln eine Vielzahl von Tätigkeitsebenen und treten zueinander in ganz neue Beziehungen, die sich nicht mehr unter dem Begriff der traditionellen Polisbedingungen subsumieren lassen. Eine weitere Überlegung, die sich an Košelenkos These knüpfen läßt, zielt auf die Vertiefung der Gemeindeforschung ab und impliziert den Dualismus der städtischen Entwicklung im Hellenismus. Einerseits haben wir es durchaus noch mit dem Typ der vorhergehenden Zeit zu tun, andererseits aber entstanden so riesige Städte wie Alexandria, Antiocheia, Seleukeia, die sich nicht mehr in das geläufige System einordnen ließen und gänzlich neue Größen darstellten. Die breite Skala dazwischenliegender Siedlungen städtischen und halbstädtischen Charakters oder die großen Griechenstädte der kleinasiatischen Küste unterstreichen diesen Gedanken noch. Gerade die letztgenannten Städte durchbrechen im Hellenismus eindeutig Prinzipien, die sie noch im 5. Jahrhundert v. u. Z. selbst befolgten. Košelenkos methodischer Ansatzpunkt fordert dazu auf, aus der Sicht der Urbanisierung dieser Zeit eine vermittelnde Zwischenstellung einzuräumen, in der die Keime zur Weiterentwicklung lagen, ohne daß sich deren Schöpfungen bereits voll zu emanzipieren vermochten.

Es bedeutet keine Schmälerung des umfangreichen historiographischen Abschnittes, wenn wir ihn nicht eigens besprechen und uns sogleich dem folgenden Kapitel "Die Ausdehnung der griechisch-makedonischen Kolonisation" zuwenden. Auf 100 Seiten bietet der Verfasser hier, nach Landschaften geordnet, ein umfassendes Bild jenes historischen Raumes, auf dem sich die Streuung der Städte und Ansiedlungen städtischen Charakters vollzogen hatte, die dem griechischen Element in irgendeiner Form verbunden waren. Das Material, komprimiert dargelegt, ist angesichts seiner unübersehbaren Fülle und starken Verstreutheit auf eine vorbildlich zu nennende Weise zusammengetragen worden, so daß der Hellenismusforscher in Zukunft dankbar zu dieser Auflistung greifen kann, die neben Tscherikowers immer noch unersetzlichem Buch ihren festen Platz in unserer Wissenschaft gewinnen möge.

An erster Stelle beschäftigen den Autor die Landschaften Mesopotamien, Babylonien, Assyrien, (II, S. 81) auf die auch wir unser Augenmerk richten wollen. Er nennt 38 Städte, die entweder griechisch-makedonisch waren oder aber einen so beträchtlichen griechisch-makedonischen Anteil an der Bevölkerung aufwiesen, daß sich seine Präsenz spürbar auswirkte. Es geht uns nicht darum, Košelenkos Untersuchungen zu jeder einzelnen Stadt zu verfolgen, vielmehr interessiert uns seine Methode. In diesem Zusammenhang halten wir vor allem fest, daß es auch dem Verfasser nicht in allen Fällen gelingt, sein Anliegen voll zu artikulieren, da die Quellen dafür oft nicht ausreichen. Nicht durchgängig läßt sich der griechisch-makedonische Bevölkerungsanteil verifizieren, doch macht man die überraschende Erfahrung, daß bei den meisten Beispielen Košelenkos Analyse erfolgreich ist. Viel beachtenswerter scheint uns noch eine andere Seite; seine Methode: die bewußte Einbeziehung des gesamten Materials - ob nun zeitgenössisch (also hellenistisch) oder spät (also römisch) -, die aber auch nur bei einer Untersuchung vorliegender Art erschöpfende Auskunft zu geben vermag. Besonders beeindruckend wirkt sich dies auf die Darstellung der Verhältnisse in den altorientalischen Städten wie Babylon, Ninive, Uruk, Nippur, Atusia, Insel Kharg, Insel Failaka aus. Von der nicht ausdrücklich angemerkten, aber richtigen Voraussetzung ausgehend, daß Spätentwicklungen sehr viele Erscheinungen der eigenen Frühzeit bzw. des bis dahin beschrifteten historischen Weges konservieren und in erstarrter Form oft bis zur Lächerlichkeit präzise reflektieren oder kopieren, fixiert Košelenko in diesen Städten bemerkenswerte griechisch-makedonische Bevölkerungsanteile und auch Polisverhältnisse für eine Zeit, deren konkret-historische Situation diesem Umstand eigentlich nicht mehr entsprach. Sehr aussagekräftig ist das diesbezügliche Material aus Babylon, das die Existenz von Polisinstitutionen bis in späteste Zeiten bestätigt. Ob wir allerdings so weit gehen sollten, von der Polis Babylon zu sprechen, ist eher eine Frage des Gustos denn des exakten wissenschaftlichen Nachweises. Die Formulierung "griechischer Stadtbezirk" oder "Politeuma der Griechen" schiene uns zumindest vorsichtiger.

Einige Bemerkungen zu einzelnen Städten mögen nicht als Kritik, sondern als Ergänzung verstanden werden. Im Fall von Seleukeia am Tigris schiene es angebracht, auf seine wichtige Nachfolgeschaft von Babylon und die sich daraus ergebende Konsequenz zum Bürgerrecht für die Einwohner beider Städte hinzuweisen. Eine eventuelle Gleichschaltung des Bürgerrechtes, wie sie sich aus Plinius erschließen ließe, wäre für das Thema sehr bedenkenswert.

Für Seleukeia am Euphrat und Apameia am Euphrat (Nr. 8 und 9) kann man nunmehr auf die erschöpfende Arbeit von Jörg Wagner zurückgreifen, die dem Autor offensichtlich zur Zeit der Drucklegung noch nicht bekannt war.⁹ Hier ist das gesamte Material aufgearbeitet und in einen Zusammenhang gebracht, so daß auch den bisherigen topographischen Unsicherheiten ein Ende gemacht werden konnte. Wichtig für das Thema ist vor allem der Nachweis einer Gründung durch Seleukos Nikator und des ausgeprägt griechischen Charakters der beiden Brückenköpfe am berühmten Euphratübergang. Zu Karrhai müssen wir eine geringfügige Korrektur vornehmen: Cassius Dio 37,5 bezieht sich in Anmerkung 128 nicht auf den Crassus-Feldzug, sondern auf die Besetzung der Gordyene durch den Legaten des Pompeius L. Afranius im Jahre 65 v. u. Z. Die Niederlage des Crassus bei Karrhai wird von Plinius n.h. 5,85; Flor. 1,11,8; Ampelius 31,3; Val. Max. 1,11; Amm. Marc. 23,3,1; Lucan. Phars. 1,104 ff.; Sidon. Apoll. Carm. 9,251, nicht aber von Cassius Dio erwähnt.¹⁰ Hinsichtlich

9 Wagner, Jörg, Seleukeia am Euphrat, Zeugma, Wiesbaden 1976; siehe dazu die Rezension von Funck, Bernd, in: Klio, 1982 (im Druck).

10 Vgl. dazu Weißbach, Franz, Art. *Κάρραι*, in: Paulys Real-Encyclopädie der classischen Altertumswissenschaft. Neue Bearbeitung ..., Bd. 10, Stuttgart 1919, Sp. 2009 ff.; Bengtson, Hermann, Grundriß der römischen Geschichte mit Quellenkunde, Bd. 1, 2. Aufl. München 1970, S. 202 f.

der Ausführungen zu Ktesiphon möchten wir ergänzen, daß die Annahme einer vorgriechischen, orientalischen Siedlung bereits durch Winckler vorgenommen wurde und relativ geläufig in der einschlägigen Literatur ist.¹¹ Wesentlich erscheint uns der Umstand, daß es sich um einen rein griechischen Namen handelte, offensichtlich dem im 4. Jahrhundert v. u. Z. gebräuchlichen Personennamen nachgebildet. Empfehlenswert wäre hier die Heranziehung von Hommels Ethnologie gewesen, der mannigfaltige Vorschläge zur Deutung bietet.¹² Die zitierte Polybiosstelle 5,45,4 rechtfertigt unseres Erachtens eine Gleichsetzung von Ktesiphon und Standlager nicht, sondern deutet lediglich an, wo sich letzteres befand. Auch läßt sich daraus keine "Vermischung der Begriffe" ablesen, da das Wort $\kappa\omicron\lambda\iota\varsigma$ in diesem Zusammenhang gar nicht auftaucht. Koşelenkos Liste möchten wir noch um eine bisher unbekannte Stadt Antiocheia am Iştar-Kanal (/URU/ ^mAt-ti-'i-ki-'i-a šā ina muḫ-ḫi /^{ÍD}/ ^dIştar) erweitern, in der der Kontrakt NCBT 1942 aus dem Jahre 41 der Seleukidenära ausgefertigt wurde.¹³ Wie die Verwendung des keilschriftlichen Städtedeterminativs URU belegt, handelte es sich nicht um eine Siedlung, sondern eben um eine Stadt, die in der Nähe von Uruk gelegen haben muß. Der glückliche Umstand einer vorliegenden Datierung (271 v. u. Z.) ordnet die Stadt den auf Seleukos Nikator oder Antiochos Soter zurückgehenden Gründungen zu. Aufmerksamkeit erregt die spezifische Form der Namengebung im vorliegenden Fall, die sich völlig in die griechisch-makedonischen Gepflogenheiten einpaßt: Die Babylonier haben ihre Städte nie mit erklärenden Beinamen versehen, dies war vor allem ein hellenistischer Brauch, der sich aus der Notwendigkeit ergab, die vielen gleichnamigen Orte auseinanderzuhalten. Somit muß es sich bei Antiocheia am Iştar-Kanal um eine direkte Übersetzung aus dem Griechischen gehandelt haben, was natürlich kein Hinderungsgrund war, etablierte altorientalische Verhältnisse in dieser Stadt zu dulden. Dies verrät vor allem der Inhalt des Kontraktes, in dem die handelnden Personen keine Griechen waren und der ein typisch babylonisches Objekt betraf, einen Pfründenanteil aus dem Tempel, der ebenfalls genannt wird. Wir haben es also mit einer Nachgründung zu tun, die überdies eng mit Uruk verbunden war, da der Schreiber des Dokumentes noch in anderen Urkunden aus Uruk begegnet. Doch verleiht die Tatsache der offiziellen griechischen Namengebung der Stadt eine herausragende Stellung und reiht sie unter die Objekte der seleukidischen Städtepolitik.

In einem weiteren Kapitel teilt uns der Autor Ergebnisse aus seinem reichen Erfahrungsschatz zum Hellenismus in Mittelasien mit, der viele Jahre hindurch Gegenstand seines besonderen Interesses gewesen ist (II, S. 181 ff.). Am Beispiel des Aufstandes der Griechen in Baktrien und der Sogdiane im Jahre 323 v. u. Z., der von der Forschung bisher nur unzureichend gewürdigt wurde, versucht er, die Städtepolitik Alexanders aufzurollen. Breitesten Raum nimmt dabei eine Diskussion der Begriffe $\epsilon\upsilon\gamma\omicron\gamma\eta$ und $\delta\acute{\iota}\alpha\iota\tau\alpha$ im vorhellenistischen griechischen Denken ein, die die Aufständischen als Losung auf ihre Fahnen geschrieben hatten und durch die sie sich deutlich von den Barbaren unterschieden. Dieser Umstand und das Kolonisationsprogramm der Griechen, dessen geistige Väter Isokrates und Aristoteles waren und bei dessen Realisierung sich die Griechen in ihren Hoffnungen durch Alexander getrogen sahen, führte zu der allgemeinen Unzufriedenheit im Heer des Makedonenkönigs. Alexander verfolgte die Politik der absoluten Autokratie und regelte im Gegensatz zu den Seleukiden, die ihre Städte den Poleis nachbildeten und so im Interesse ihrer griechisch-makedonischen Untertanen handelten, die Beziehungen zu den Städten auf sehr autorita-

11 Winckler, Hugo, Altorientalische Forschungen. Zweite Reihe, Leipzig 1899, S. 509 ff.

12 Hommel, Fritz, Ethnologie und Geographie des Alten Orients, München 1926, S. 280, 346.

13 Doty, Lawrence T., Cuneiform Archives from Hellenistic Uruk, Diss. Yale University, New Haven 1977, S. 193 ff. (Ms.).

tive Weise. Auf dieser für seine These grundlegenden Erkenntnis baut Košelenko auf, wenn er sich im weiteren mit dem Verhältnis der hellenistischen Stadt zum Staat - hier am Reich der Seleukiden demonstriert - auseinandersetzt. Der Autor erweist sich als Verfechter der hellenistischen Polis als spezifischen Ergebnisses der griechisch-makedonischen Eroberung und Hauptstütze des daraus entstandenen Staates und verwendet den Begriff Polis daher ganz bewußt. Am Beispiel von Dura-Europos und Susa (Seleukeia am Eulaios) weist er die Polisstruktur der seleukidischen Städtegründungen nach, die sich aber infolge ganz bestimmter Bedingungen von ihrem klassischen Vorbild unterschied: Der König als wahrer Eigentümer des Landes stellte den Poleis nur bedingt den Boden zur Verfügung, wofür er von letzteren die Erfüllung verschiedener Verpflichtungen, vor allem des Kriegsdienstes forderte. Diese Komponente, in der bisherigen griechischen Staatspraxis unbekannt, bestimmte weitgehend den Charakter der Wechselbeziehungen zwischen Polis und Staat. Als Grundeigentümer trug nicht mehr der einzelne Bürger eine gesellschaftliche Verantwortung, sondern die Gemeinde als Ganzes, die Polis an sich trat als Partner des Königs auf. Aus diesem Grunde ist die hellenistische Polis auch ganz und gar eine Schöpfung des seleukidischen Erobererstaates gewesen und mußte, als neue politische und soziale Bedingungen diesem Reich ein Ende bereiteten, dessen Schicksal teilen. Košelenko überwindet auf diese Weise den Gegensatz von Kleruchen und Politen, Militärkolonien und Poleis und ist bestrebt, dem Seleukidenreich im Sinne der Einheitlichkeit und inneren Logik seiner Strukturen Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Man kann dem Autor angesichts einer Vielzahl einander widersprechender Theorien dieses Anliegen nicht verdenken, möchte ihn sogar in dieser positiven Tendenz bestärken, da sie einen Schritt voran auf einem Terrain bedeutet, das bisher, durch den Augenschein irregeleitet, nur selten in Betracht gezogen wurde. Auch die ethnischen Verhältnisse der seleukidischen Kernländer Syrien, Babylonien, Mesopotamien bildeten kaum den Gegenstand ausreichender Untersuchungen und zählen zu den Desideraten unserer Wissenschaft. Die tiefgreifende Aramäisierung dieser Regionen brachte zwar zahlreiche sprachwissenschaftliche Studien hervor, ist aber in ihren bevölkerungspolitischen Konsequenzen fast gar nicht ins Bewußtsein gedrungen. Die Folge waren dann solche nichtssagenden Metaphern wie "Konglomerat", "buntes Gemisch" usw. für den Seleukidenstaat. Die Tatsache, daß wir bei der Betrachtung der Kernländer mit einer homogenen Bevölkerung rechnen müssen, wirft auf den von Košelenko erarbeiteten Polischer Charakter der Städte in dieser Form einiges Licht und hilft ihn plausibel zu erklären. Die Schaffung einer politisch einheitlichen Struktur wird nicht nur auf der Grundlage eindeutiger bevölkerungspolitischer Verhältnisse erleichtert, sondern vor allem erst ermöglicht. Dieser Gesichtspunkt nimmt bei der Beurteilung ptolemäischer Zustände stets einen wichtigen Platz ein und wird als Argument in bezug auf die "ganz andere" Situation im Seleukidenreich ins Feld geführt. Damit kollidiert nun keineswegs Košelenkos interessante Auffassung vom Dualismus des Seleukidenreiches, den er am Beispiel der nichtgriechischen Bürger-Tempel-Gemeinden (er wählte die babylonischen) nachwies. Sie nahmen im Vergleich zu den Poleis eine privilegiertere Stellung ein, da ihre Eigentumsverhältnisse unangetastet blieben und ihnen kein Kriegsdienst abverlangt wurde. Somit waren sie nicht voll in das Reich integriert, standen eher etwas außerhalb, so daß von einer Identität beider Gemeinwesenstypen keineswegs die Rede sein kann.

Wir möchten nicht versäumen, dieser Sicht gewisse Zweifel entgegenzubringen, da sie die empfindlich spürbare Präsenz (Steuern !) der königlichen Zentralregierung als Faktum vernachlässigt und auch die Verflechtung der Führungsschichten der babylonischen Bürger-Tempel-Gemeinden mit den Eroberern unterschätzt. Es ist auch nicht ausgemacht, ob das Eigentum der babylonischen Untertanen wirklich in dem vom Autor angenommenen Maße vor dem Zugriff der Seleukiden geschützt war, da der Keilschriftbericht aus der Zeit des Antiochos Soter doch auch von anderen Zuständen weiß und das Dekret von 236 v. u. Z. eine Schenkung des Antiochos Theos an seine Gemahlin Laodike fixiert, die sich aus den Ländereien in der Umgebung von Babylon, Borsippa und Kuta zusam-

ansetzte.¹⁴ Die Annahme einer Befreiung vom Kriegsdienst für die Einheimischen scheint ebenfalls so nicht haltbar, da wir aus Polybios wissen, daß in den Armeen des Antiochos Megas nicht nur Griechen und Makedonen dienten. Diese Einwände wollen Košelenkos These lediglich in gewisser Hinsicht korrigieren und zu bedenken geben, daß uns die Details unserer Quellen manchen versteckten Hinweis liefern, dem nachzugehen sich lohnte.

Košelenko ist mit der Feststellung der Exklusivität der babylonischen Gemeinwesen einem Phänomen auf die Spur gekommen, das ihre relative Selbständigkeit und Unabhängigkeit im Staat der Seleukiden hinreichend erklären würde. An diesem Punkt könnten wir auch zu jenem weitgespannten Bogen ansetzen, der die Erkenntnisse von Andreev in die Betrachtung mit einbezieht. Wir müssen konstatieren, daß es selbst unter den günstigsten Bedingungen der Begegnung von Orient und Okzident im Hellenismus zu keiner wirklichen Verschmelzung oder Synthese kam. Besonders deutlich demonstriert der Autor dies noch einmal in seinem letzten Kapitel "Die griechische Polis und der parthische Staat": "Die enge Verbindung und die organische Wechselbeziehung zwischen dem hellenistischen Staat und seiner Polis wurden schließlich die Ursache für den Untergang der Polis im Osten. Der Befreiungskampf der einheimischen Bevölkerung, die Erneuerung der einheimischen Staatlichkeit entwickelten sich infolgedessen auch zum Kampf gegen die griechische Polis. Das Schicksal der griechischen Poleis im parthischen Staat ist das beste Beispiel für diesen Prozeß ... In der Sozialstruktur Parthiens gab es keinen Platz für die Polis. Der Kampf der Poleis um ihre Privilegien war ein Existenzkampf und nahm deshalb so erbitterte Formen an: Die hellenistische Polis des Ostens vermochte nur als privilegierter Organismus ihren Status als Polis zu bewahren." (II, S. 292)

Košelenko räumt der kulturellen Annäherung zwischen Griechen und Einheimischen erst dann einige Chancen ein, als die ersteren ihre sozialpolitische Sonderstellung verloren und Voraussetzungen für die Aufhebung ihrer elitären Abgeschlossenheit geschaffen wurden. Die Geschichte scheint ihm Recht zu geben, denn nur so läßt sich die Zählebigkeit griechischen Kultureinflusses plausibel erklären, den wir allerorten in Vorder- und Mittelasien vorfinden. Erinnern wir nur an die erst jüngst gemachten Funde von Dalverzin-Tepe im Süden Usbekistans am Ufer des Surchandarja, wo die Porträtplastik stark hellenistische Züge aufweist.¹⁵ Gewiß haben wir es mit Erscheinungen des Überbaus zu tun, doch zwingt uns gerade ihre unbestreitbare Existenz zu einer besonders sorgfältigen Prüfung der näheren Umstände. Die Übernahme des antiken Kulturgutes ist ohne ein bestimmtes entsprechendes Sozialverhalten nicht denkbar. Die Konsequenz des Historikers lautet bei dieser Situation: Die Geschichte der Nachfolgestaaten dieser Regionen verlief nicht ohne die griechische Komponente, obwohl wir orientalische Grundentwicklungen annehmen müssen. Es obliegt dem Fachmann zu entscheiden, wo und bei welchen Gelegenheiten sich diese Komponente bemerkbar machte. Eines aber können wir nicht: sie ignorieren. Es genügt auch nicht, die Tatsache an sich festzustellen. Die Aufgabe des Historikers muß es sein, die Besonderheiten aufzuspüren und in die Rekonstruktion des jeweiligen Modells einzugliedern. So erweist sich das Gegensatzpaar Hellas - Vorderasien letztlich doch als eine dialektische Einheit, deren kausal begründeter Widerspruch sich unter konkreten historischen Bedingungen in eine fruchtbare Wechselbeziehung auflöst.

14 Smith, Sidney, *Babylonian historical texts relating to the capture and downfall of Babylon*, London 1924, S. 150 ff.; Lehmann, Carl F., Noch einmal Kaššu, in: *Zeitschrift für Assyriologie*, 8. Jg. 1892, S. 130 - 132.

15 Les trésors de Dalverzine-Tépé, Leningrad 1978, Nr. 21, 23, 24, 32 u. a.

ANNOTATIONEN

Berlin. Zehn Kapitel seiner Geschichte hg. v. Richard Dietrich

Walter de Gruyter & Co., 2. Auflage Berlin (West)/New York 1981, 328 Seiten, 22 Bildtafeln, 16 Textabbildungen, Preis: 28,- DM

Dieses Buch ist aus einer 1959/60 veranstalteten Vortragsreihe der Historischen Gesellschaft zu Berlin-West hervorgegangen. Es ist keine Geschichte Berlins im eigentlichen Sinne; indem jedoch eine chronologische Reihenfolge der einzelnen Vorträge ("Kapitel") hergestellt wurde, beginnend mit den Kapiteln "Vor- und Frühgeschichte des Berliner Bodens" (Otto Friedrich Gandert) sowie "Entstehung der Mark Brandenburg und ihrer Städte" (Johannes Schultze), erhält der Leser doch einen zusammenhängenden Eindruck vom Werden der Stadt. In den folgenden Kapiteln "Berlins Gründung und erster Aufstieg. Sein Kampf mit der Territorialgewalt" (Berthold Schulze), "Reformation und Renaissance in Berlin" (Willy Hoppe), "Berlin und die Hohenzollern" (Richard Dietrich) und "Im Jahrhundert Goethes" (Alfred Zastra) wird die Entwicklung Berlins bis etwa zum Ende des 18. Jahrhunderts fortgesetzt, wobei wirtschaftliche, soziale, politische, verwaltungs- und geistesgeschichtliche Aspekte mit unterschiedlichem Gewicht behandelt werden. Das gilt, wenn auch eingeschränkt, ebenso für die letzten Kapitel, die das 19. und 20. Jahrhundert umfassen: "Berlins Weg zur Industrie- und Handelsstadt" (Richard Dietrich), "Die städtebauliche Entwicklung Berlins seit dem Ende des 18. Jahrhunderts" (Ernst Heinrich), "Berlin auf dem Wege zur Weltstadt" (Hans Herzfeld) und "Die Stadt der Vier Mächte auf der Trennungslinie zwischen Ost und West" (Jochen Winters).

Bis auf das letzte Kapitel ist das Buch identisch mit der ersten Auflage, die 1960 unter dem Titel "Berlin. Neun Kapitel seiner Geschichte" erschienen ist. Es ist eine populärwissenschaftliche Veröffentlichung. Auf Fußnoten und Literaturzusammenstellungen wurde verzichtet. Der Text wird durch zahlreiche Bilder und einige Statistiken, aber auch durch Personen-, Orts und Sachregister sowie durch eine Zeittafel ergänzt. Die Kapitel sind im einzelnen materialreich angelegt. Ein tieferes Ausloten der Themen erfolgt nicht und war dem Charakter und der Kürze der einzelnen Beiträge nach wohl auch nicht beabsichtigt. Der Wert des Buches liegt im Gesamteindruck, der mit diesem Gang durch die Geschichte Berlins vermittelt wird.

Die wirtschaftshistorische Seite der Entwicklung Berlins, die hier besonders interessiert, ist sachlich informativ dargestellt. Je näher die Beiträge jedoch der jüngeren Vergangenheit rücken, desto deutlicher zeigen sich Lücken. Ob dies nur eine Unzulänglichkeit der Auswahl ist oder in der Sache selbst liegt, bleibt zu fragen. Es liegt auf der Hand, daß die Entwicklung einer Millionenstadt, zu der Berlin schon um 1880 angewachsen war - 1910 waren es über zwei Millionen und 1920, nach der großen Eingemeindung der Randstädte und -gemeinden nahezu vier Millionen, 1929 schon 4,3 Millionen -, nicht mehr in wenigen Strichen bewältigt werden kann.

Berlin, Reichshauptstadt seit 1871, war schon vor dem ersten Weltkrieg "nach Duisburg zum zweitgrößten Binnenschiffahrtshafen Norddeutschlands, durch Ausbau und Vollendung des Eisenbahnnetzes zum größten deutschen Warenumschlagplatz zu Lande und zum wichtigsten Kreuzungspunkt des europäischen Personenverkehrs" geworden (S. 180); es stand als Industriezentrum gleich-

rangig neben dem Ruhrgebiet und Sachsen, es war mit seinen vielfältigen Gewerbebetrieben und Unternehmen 1929 "zur größten Produktionsstätte des Reiches geworden" (S. 193), es war Bankenzentrum und Pressezentrum. Es war aus allen diesen Gründen auch ein Zentrum vielseitiger Widersprüche, sozialen Elendes und Klassenkampfes; es befand sich in der Zwischenkriegszeit nicht nur auf dem Weg zur Weltstadt, sondern auf dem Höhepunkt seiner Entwicklung und vor seiner Zerstörung. Diese Entwicklung wird nicht deutlich. Während der Leser im ersten Teil des Buches durchaus ein Bild vom Leben, der Entwicklung und den Problemen der Stadt erhält, zerflattert die Geschichte in den Kapiteln sieben bis neun. Die Geschichte Berlins in der Zeit des Faschismus wird sogar bis auf wenige Äußerungen völlig ausgeklammert.

Im zehnten, neu hinzugekommenen Kapitel wird vor allem die politische Geschichte Berlins nach dem zweiten Weltkrieg abgehandelt (Viermächte-Abkommen, "Wiederaufbau in Ost-Berlin", die Protestbewegung der Studenten West-Berlins Mitte der sechziger bis siebziger Jahre und kommunalpolitische Probleme West-Berlins). Wenn hier auch die antisowjetischen und antikommunistischen Töne nicht fehlen, die seitens der bürgerlichen Historiographie offenbar obligatorisch zu diesem Thema in besonderen gehören, so vermittelt das Kapitel doch wieder einen Gesamteindruck von der Entwicklung und fügt sich so in den Charakter des Buches ein. Es ist das Bild einer gespaltenen Stadt, nicht vollständig, die Entwicklung Berlins als Hauptstadt des ersten sozialistischen Staates auf deutschem Boden fehlt natürlich und damit gerade der vorwärtsweisende Teil. So wirkt dieses Kapitel vor dem Hintergrund der Jahrhunderte alten Geschichte Berlins beklemmend. Nach den Ursachen dieser Entwicklung wird nicht gefragt, wie eben auch die Entwicklung unter dem Faschismus und zum Krieg ausgeklammert wird.

Die Geschichte Berlins, das vor etwa hundert Jahren zu einem Konzentrationspunkt der deutschen Entwicklung wurde, sollte eigentlich dazu anregen, auch über die deutsche Geschichte nachzudenken. Diese Chance wird im vorliegenden Buch nicht genutzt.

Lotte Zumpe

Benjamin Ward, Die Idealwelten der Ökonomen. Liberale, Radikale, Konservative

Campus Verlag, Frankfurt (Main)/New York 1981, 544 Seiten,
Preis: 68,- DM

Zu Beginn der siebziger Jahre hatte Benjamin Ward, Professor für Wirtschaftswissenschaften an der Universität von Kalifornien, Berkeley, seine Stellung zur bürgerlichen politischen Ökonomie noch mit einer Frage umschrieben, als er seinem damaligen Buch den Titel gab: "What's Wrong with Economics" (New York 1972; deutsche Ausgabe: Sind die Wirtschaftswissenschaften am Ende?, Stuttgart 1976); am Ausgang der siebziger Jahre (amerikanische Ausgabe des vorliegenden Buches: The Ideal Worlds of Economics, New York 1979) scheint er eine Antwort geben zu wollen: Die Theoretiker der bürgerlichen politischen Ökonomie leben sichtlich in ideologischen Idealwelten, sozusagen über den Wolken, die indes hier und dort Durchblicke auf irdische Realitäten gestatten. Allerdings liegt es im Ermessen des Lesers, die Darlegungen in diesem Sinne zu deuten; der Verfasser neigt wohl eher zu der Meinung, die Gesamtheit der aus den verschiedenen Wolkenkuckucksheimen gewährten Durchblicke ermögliche eine annähernd realistische Vorstellung von den gegenwärtigen Wirtschaftsvorgängen.

Unter dem Eindruck der in den USA vorherrschenden bürgerlich-ideologischen Strömungen ordnet Ward die ökonomischen Auffassungen in drei Rubriken: Er

stellt die liberale, radikale und konservative "ökonomische Weltansicht" vor. Dabei beschreibt er jeweils in einem ersten Teil die "optimale" ökonomische Weltansicht der entsprechenden Strömung, das heißt, er entwickelt eine konsistente Gesamtschau, und geht in einem zweiten Teil auf Varianten oder Abweichungen vom Grundmuster ein. Die Ansichten von Drucker, Galbraith und Keynes, von Baran, Bettelheim und Sweezy, von Friedman, Hayek und Mises sowie vielen anderen werden an passenden Stellen erörtert. Die Gruppierung folgt dem transatlantischen Verständnis: Als Liberale werden vorrangig auf staatsmonopolistische Regulierungen orientierte Denker bezeichnet; Radikalität wird jenen bescheinigt, die über die Markt- und Managementvorstellungen der beiden anderen Richtungen hinaus soziale Grundprobleme des Monopolkapitalismus in die Überlegungen einbeziehen, oft unter Benutzung einiger Argumentationen von Marx; als Konservative gelten die Law-and-order-Parteigänger eines "freien Unternehmertums". Ward hat sich ein doppeltes Ziel gestellt: Zum einen soll jede einzelne Idealwelt für sich als konsistent und mit bestimmten Fakten vereinbar erscheinen; zum anderen wird dem Leser nahegelegt, die drei vorgestellten "Weltansichten" als ein dem Wirtschaftsverständnis genügendes Alternativenangebot aufzufassen, das selbst keiner Alternative, etwa des Marxismus-Leninismus, bedarf.

Der Theoriehistoriker in engerem Sinne entnimmt dem populärwissenschaftlichen Buch kaum Neues. Der Ideologehistoriker dagegen liest das Werk mit einigem Interesse. Die ideologischen Welten der bürgerlichen US-Ökonomen erweisen sich bei genauerer Betrachtung als selektive Sichten auf einzelne Segmente der Erscheinungswelt, als Sichten, die eigentlich nur notdürftig mit wenigen idealtypisch gedachten Beziehungen jeweils zu einer Idealwelt ausgestattet werden. Ward versucht das Kunststück, den zweifachen Schein einer heilen Welt zu erzeugen, nach dem angeblich jede einzelne Idealwelt eine bündige Begründung für die Beibehaltung des Status quo bietet sowie die drei Welten als Ganzes, und zugleich die Vermutung zu nähren, daß nichts mehr heil ist, keine ideologische Systemklärung mehr überzeugt und auch alle Erklärungen zusammengekommen keine Vorausschau über die Zukunft des Kapitalismus oder nur über bevorstehende Veränderungen des Reformbedürftigen stützen. Die heraufdämmernde Einsicht, daß jede selektive Blickrichtung mit beträchtlichen Realitätsverlusten behaftet und, erstarrt zum Blickzwang, für die wirtschaftspolitisch Verantwortlichen nicht ungefährlich ist, soll dem Bekenntnis zum Pluralismus (innerhalb der bürgerlichen Ideologie) festen Boden geben; sie provoziert jedoch zum Spiel mit Weltbildern ohne Evidenzen. Günter Hesse sagt im Vorwort zur deutschen Ausgabe: "Ward spricht nicht über Denkstile in den Wirtschaftswissenschaften, sondern durch sie, er läßt sie agieren. Letztlich will er damit, wie er schreibt, zeigen, daß die ökonomische Theorie in ihrer Struktur, der Art, in der Fragen gestellt und beantwortet werden und Folgerungen für die Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik gezogen werden, von ideologischen Einflüssen tief durchdrungen ist. ... Wer wie Ward mit Weltbildern spielen kann, dem stehen diese für die Beantwortung der Frage, wie die Realität eigentlich und letztlich beschaffen sei, nicht mehr zur Verfügung." (S. XV, XVII) Hesse spricht eine Konsequenz aus, vor der Ward noch die Augen verschließt. Befangen in den ideologischen Konstellationen eines vergangenen Jahrzehnts, führt der Verfasser ein angesichts sich verschärfender Krisenprozesse vergleichsweise harmloses Spiel mit Weltbildern vor.

Hermann Lehmann

Campus Verlag, Frankfurt (Main)/New York 1981, 253 Seiten,
Preis: 38,- DM

Mit ökonomischen und soziologischen Analysen realer Prozesse sozialistischer Produktionsverhältnisse und sozialistischer Lebensweise liegen bereits Bausteine vor zur Entwicklung einer materialistischen Theorie freier Arbeit, das heißt frei von kapitalistischen Produktions- und Herrschaftsverhältnissen. Weitere theoretische Forschungen sind nicht nur für die Gestaltung des entwickelten Sozialismus und die Erörterung fundamentaler Probleme des Übergangs zur zweiten Phase der kommunistischen Gesellschaftsformation erforderlich. Auch in kapitalistischen Ländern stößt die Diskussion der Lebensperspektiven der werktätigen Menschen auf solche Fragestellungen, die ihrem Wesen nach Grundfragen der sozialistischen Revolution sind. Es ist daher nicht verwunderlich, daß dort seit einem Jahrzehnt Publikationen zu einer Thematik zunehmen, die für die ideologische Auseinandersetzung an Gewicht gewinnt.

Edgar Stoll, Westberliner Hochschulassistent und zum Lehrgebiet Personal und Organisation, leistet aus seiner Sicht zu dieser Auseinandersetzung einen Beitrag, mit dem er in erster Linie methodologisch interessierte Betriebswirtschaftler anspricht, sich aber auch an Philosophen, Soziologen und Psychologen wendet. Neben einigen Hauptwerken von Marx und Engels hat er vor allem in der BRD erschienene Literatur dieser Disziplinen verarbeitet; neuere marxistisch-leninistische Analysen der politischen Ökonomie und Soziologie läßt er weitgehend außer acht. Daraus erklärt sich die Eigenart des Buches: Der Verfasser bewegt sich auf zwei Argumentationsebenen. Betriebswirtschaftliche Erwägungen und sozialphilosophische Vorstellungen lösen einander ab. Durch solches Prisma gebrochen, werden einzelne Züge kapitalistischer und sozialistischer Realität sichtbar. Idealtypische Konstruktionen sollen zu utopischen Entwürfen führen. Dazu entwickelt der Verfasser eine "arbeitsorientierte Produktionstheorie ... , die methodologisch zunächst einmal auf der gedanklichen Konstruktion eines formalen, raum/zeitunabhängigen Systems basiert. Dabei wird von den realen Systemen bzw. Gesellschaften abstrahiert, um sämtliche möglichen Systeme vor sich auszubreiten und darin das 'Wirkliche' als ein (zukünftig) Mögliches aufzufinden." Er unternimmt es sodann, "diese Formalität ... durch 'gedachte Realität', durch 'historische Konkretion' zukünftiger Gesellschaftlichkeit aufzulösen". (S. 10 f)

Stolls "arbeitnehmerorientierte" Theorie geht nicht von sozialen Prozessen aus; sie setzt "eine wie auch immer geartete Handlungsautonomie der Individuen" (S. 48) voraus, die - unter gegebenen Bedingungen - Dimensionen der menschlichen Arbeit (als originäre Dimension die soziale und ökologische sowie als derivative die gegenständliche, technologisch-organisatorische, räumlich-zeitliche und produkturale Dimension) gestalten. Im Kapitalismus stehe der "Möglichkeit gesellschaftlicher Selbstbestimmung ... als materielle Möglichkeit, das dem Menschen Gemäße zu realisieren; gemäß im Sinne des Allgemeinen menschlicher Arbeit, der Einheit von Planung und Ausführung" (S. 149), der "Ur-Widerspruch des Privateigentums, die Trennung von Planung und Ausführung, von geistiger und körperlicher Arbeit" (S. 147), der die menschlichen Bedürfnisse unterdrücke und überforme, entgegen. Da das "Streben nach Widerspruchsfreiheit ... Kennzeichen menschlicher Natur" sei, suche der Mensch "die historische Möglichkeit, die Widersprüche des geschichtlichen Prozesses zu einen, denn gesellschaftliche Selbstbestimmung ist das einzige Produktionsverhältnis, das den Widerspruch zwischen Bestimmen und Bestimmt-Werden aufhebt." (S. 150) Aber diese historische "Gesellschaftsformation der Widerspruchsfreiheit" (S. 85) bleibt idealtypisch, weil nach Stolls Meinung die "Forderung nach bewußter direkter Teilhabe jedes einzelnen am Prozeß der Willensbildung arbeitsorientierter

Produktion ... sogleich in den komplexen Entscheidungsstrukturen moderner Produktionsbetriebe ihre Grenze" finde, denn "bestehende Komplexitäten sind nicht beliebig reduzierbar, 'Entfremdung' nicht total aufhebbar, denn das Rad der Geschichte kann und soll nicht zurückgedreht, es kann nur menschengemäß weitergedreht werden." (S. 153) "Gesellschaftliche Selbstbestimmung ist also anzusiedeln zwischen der idealtypischen Form der Entscheidung von allen und der im Sinne funktionsfähiger komplexer Sozialstrukturen notwendigen Delegation von Entscheidungsbefugnissen an Dritte." (S. 154) Der Leser erfährt nichts über die "basisdemokratische Willensbildung" (S. 181) dieser Gesellschaft, die Stoll sich offensichtlich ohne Partei der Arbeiterklasse und ohne Gewerkschaften vorstellt; er trifft nur wiederholt auf die Behauptung, daß der reale Sozialismus ein Negativ-Modell sei und sich nicht wesentlich vom Kapitalismus unterscheide. Stolls Anliegen muß wohl in diesem Versuch gesehen werden, mit anthropologisch-undialektischen Ausführungen sowie entsprechenden Deutungen zahlloser Zitate von Marx und Engels jene zu desorientieren, die im Marxismus und beim realen Sozialismus Antworten auf ihre Fragen suchen.

Hermann Lehmann

Bevölkerungstheorie und Bevölkerungspolitik, hg. v. Parviz Khalatbari = Beiträge zur Demographie, Nr. 5

Akademie-Verlag, Berlin 1981, 274 Seiten, Preis: 28,- M

Im "Handbuch Wirtschaftsgeschichte" wird die Demographie als Nachbardisziplin der Wirtschaftsgeschichte ausgewiesen (Handbuch Wirtschaftsgeschichte, Bd. 1, Berlin 1981, S. 155 ff.). Nachbarwissenschaften können einander sehr befruchten. Das setzt allerdings ein aufmerksames Verfolgen der wichtigsten Publikationen im angrenzenden Wissenschaftsgebiet voraus. Die vorliegende Publikation beweist, daß die dafür aufgewendete Zeit gut genutzt ist.

Der fünfte Band der "Beiträge zur Demographie" enthält acht vorwiegend theoretisch und fünf vorwiegend empirisch angelegte Beiträge. Letztere beziehen sich bis auf einen, der demographischen Untersuchungen in Ungarn gewidmet ist, auf die Bevölkerungspolitik der DDR in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre.

Nach den Worten des Herausgebers ist die theoretische Erklärung der Formen des Übergangs von einer demographischen Epoche zur anderen "ein wichtiger Bestandteil der marxistischen Bevölkerungstheorie" (S. 17).

Unter diesem Aspekt dürfte die Abhandlung des sowjetischen Demographen A. G. Višnevskij das besondere Interesse des wirtschaftshistorisch interessierten Lesers finden. Višnevskij beschäftigt sich mit der sogenannten "demographischen Revolution". Dieser Theorie liegt der Gedanke zugrunde, daß in jeder demographischen Epoche, die eine oder auch mehrere sozialökonomische Formationen umfassen kann, "Geburtlichkeit und Sterblichkeit ... in der Regel untereinander derart ausbalanciert sind, daß das Endergebnis ihrer Wechselwirkung mehr oder weniger dem Ziel des demographischen Systems entspricht" (S. 59). Den Übergang vom alten zum neuen demographischen Gleichgewicht, der von einer raschen Veränderung des Niveaus der - überwiegend sozial gesteuerten - Entwicklung der Geburten- und Sterbefälle begleitet wird, bezeichnet Višnevskij als demographische Revolution (S. 65). Die erste demographische Revolution habe aller Wahrscheinlichkeit nach im Neolithikum stattgefunden. Diese Hypothese sei jedoch "bisher fast nicht durch seriöses historisches Material gestützt" (S. 62). Um so größer sei die Fülle des Materials zur zweiten, der gegenwärtigen demographischen Revolution, die mit dem Kapitalismus begonnen habe und sich im Sozialismus fortsetzen und vollenden werde (S. 62).

Die sich in jeder demographischen Revolution vollziehende Destabilisierung des traditionellen demographischen Systems, welche "mit einer zeitweiligen Nicht-Steuerbarkeit demographischer Prozesse" (S. 65) verbunden ist, charakterisiere heute die demographische Situation in der Mehrzahl der Länder der Erde. In vielen entwickelten Industrieländern sei zur Zeit die Geburtenzahl im Ergebnis der Ende des vorigen Jahrhunderts einsetzenden Abwärtsbewegung unter das erforderliche Reproduktionsniveau gesunken. In den Entwicklungsländern habe sich dagegen nur die Sterblichkeit, noch nicht aber die Anzahl der Geburten den gegenwärtigen Erfordernissen angepaßt. "Das nie dagewesene Wachstum der Bevölkerungszahl in diesen Ländern (die demographische Explosion)", schreibt Višnevskij, "liegt nicht nur nicht im Interesse der Entwicklung in der gegenwärtigen Etappe, sondern schafft im Gegenteil wesentliche Störungen für diese Entwicklung" (S. 67).

Selbst eine solche grobe Skizzierung der "Theorie der demographischen Revolution" läßt erkennen, daß mit ihr viele bisher empirisch zu verschiedenen Zeiten in einzelnen Ländern untersuchte Prozesse synthetisiert werden können und sie dem Wirtschaftshistoriker, der sich mit demographischen Fragen bei der Darstellung der sozialen oder der Produktivitätsentwicklung einer Epoche bzw. eines Landes befaßt, wesentlich bei Einschätzungen hilft.

Von den vorwiegend empirischen Untersuchungen des Bandes sind vor allem die Beiträge von Wulfram Speigner und Helmut Schultze hervorzuheben. Beide weisen, wenn auch unterschiedlich akzentuiert, darauf hin, daß aufgrund der sozialpolitischen Maßnahmen der Regierung der DDR Mitte der siebziger Jahre das Nahziel - die Wiedererreicherung des Geburtenniveaus von Anfang der siebziger Jahre - erreicht wurde (S. 184), aber das mittelfristige Ziel - die 2 bis 3-Kinder-Familie im Interesse der Sicherung der einfachen Reproduktion der DDR-Bevölkerung wieder zur Regel zu machen - in den achtziger Jahren nicht ohne erneute sozialpolitische Maßnahmen und verstärkte ideologische Bemühungen zur Verbreitung der Grundsätze einer sozialpolitischen Bevölkerungs- und Familienpolitik realisiert werden könne (S. 196). Beide Beiträge enthalten somit wesentliche Informationen für die nunmehr vor den Wirtschaftshistorikern stehende Aufarbeitung der Wirtschaftsgeschichte der siebziger Jahre.

Jörg Roesler

Roderick Floud, Einführung in quantitative Methoden für Historiker, deutsche Bearbeitung aufgrund der Übersetzung v. Volker Henn und Ursula Irsigler hg. v. Franz Irsigler

Klett-Cotta, Stuttgart 1980, 244 Seiten, Preis: 26,- DM

Das Erscheinen der zweiten, stark überarbeiteten Auflage von Roderick Flouds "An Introduction to Quantitative Methods for Historians" (1. Auflage 1973, 2. Auflage 1979) in deutscher Sprache kann nur begrüßt werden, ist doch damit die zur Zeit in der Welt wohl tauglichste Arbeit zu diesem Thema auch dem nicht der englischen Sprache mächtigen Historiker zugänglich. Das übersichtlich gegliederte Buch zerfällt in neun Kapitel: 1. Die Klassifikation historischer Daten; 2. Die Aufbereitung historischer Daten; 3. Die wichtigsten mathematischen Grundlagen; 4. Häufigkeitsverteilungen und graphische Darstellungen; 5. Zusammenfassende Maßzahlen; 6. Die Analyse von Zeitreihen; 7. Beziehungen zwischen Variablen; 8. Das Problem unvollständiger Daten; 9. Rechenmaschinen, Computer und historisches Datenmaterial. Vorworte, Einführung, Literaturverzeichnis und Register vervollständigen das Buch. Es setzt beim Leser keine Kenntnisse in Statistik und höherer Mathematik voraus. Auf der Grundlage gut gewählter Beispiele, aussagekräftiger Tabellen und anschaulicher Graphiken wird der Leser von der Ordnung und Aufbereitung der Daten zur Methodik sta-

tistischer Datenanalyse geführt. Das Buch ist kein Lehrbuch der Statistik, sondern eine Einführung, und zwar im besten Sinne des Wortes, da der Leser auch über speziellere Probleme und weiterführende Literatur informiert wird. Das Buch ist daher auch als Anleitung zum Selbststudium geeignet.

Abschließend zwei kritische Bemerkungen: Erstens scheint mir das erste Kapitel mit seinen Abschnitten Nominal-, Ordinal-, Intervall- bzw. Verhältnisklassifizierung, Einzelprobleme, Neuklassifizierung und Gruppenbildung als erstes Kapitel zu schwierig; meines Erachtens wäre es günstiger gewesen, an dieser Stelle Zusammenhang und Differenz "traditioneller" und "quantitativer" Geschichtsschreibung beispielhaft zu erläutern. Zweitens haben sich in das 8. Kapitel einige Ungenauigkeiten eingeschlichen: So gibt t keine Wahrscheinlichkeit an (S. 188), sondern aus der t-Tafel kann der zu t (und n) gehörige Wahrscheinlichkeitswert abgelesen werden, und die Wahrscheinlichkeit eines Fehlers zweiter Art ist nicht einfach, wie die Vorgehensweise des Autors zumindest nahelegt (S. 189), die Inverse der Wahrscheinlichkeit eines Fehlers erster Art.

Thomas Kuczynski

Horst Claus Recktenwald, Wörterbuch der Wirtschaft. Mit 92 Graphiken und Tabellen sowie einer Zeittafel = Kröners Taschenausgabe, Bd. 114

Alfred Kröner Verlag, neunte, völlig neu gestaltete und beträchtlich erweiterte Auflage, Stuttgart 1981, 667 Seiten, Preis: 34,- DM

Das vorliegende Wörterbuch ist ein Nachschlagewerk für die gebräuchlichsten Begriffe des kapitalistischen Wirtschaftsalltags. Von dem von Friedrich Bülow und Heinz Langen besorgten Vorgänger blieb kaum ein Wort unverändert; vieles wurde gestrafft und gekürzt; weit über die Hälfte der Ausdrücke ist neu. Der Nutzen liegt eindeutig in der Aufnahme neuerer Begriffe. Wer Horst Claus Recktenwalds ökonomische Schriften kennt, findet seine Vermutungen bestätigt: In diesem Wörterbuch ist der gegenwärtige Kapitalismus noch eine heile Welt. Wenn sich verschiedene Erklärungen für bestimmte Sachverhalte anbieten, kann man sicher sein, daß immer der flachste Zusammenhang beschrieben ist, beispielsweise bei der Arbeitslosigkeit. Vorsicht ist stets am Platz, wenn es um theoretische Aussagen geht. Soweit historische Erklärungen erfordert werden, verblüfft mitunter die offenbarte völlige Unkenntnis, zum Beispiel beim Greshamschen Gesetz. Recktenwald versagt durchweg bei der Interpretation marxistischer Begriffe; so stimmt im Absatz über den dialektischen Materialismus kein einziger Satz.

Hermann Lehmann

Anthony Giddens, Die Klassenstruktur fortgeschrittener Gesellschaften, übersetzt von Cora Stephan

Suhrkamp Verlag, Frankfurt (Main) 1979, 398 Seiten, Preis: 48,- DM

Die Untersuchung des englischen Soziologen, in der Originalausgabe schon 1973 und auch in deutscher Übersetzung bereits vor einiger Zeit erschienen, rechnet mit bürgerlichen Auffassungen vor allem der sechziger Jahre ab, die letztlich darauf hinauslaufen, vom Standpunkt des technologischen Determinismus

die historische Rolle der Arbeiterklasse zu leugnen, und entwickelt aus dieser Kritik einen Ansatz, um die bürgerliche Soziologie mit der Klassenanalyse wieder auf ihr eigentliches, zentrales Problemfeld zu führen.

Das Buch ist sozusagen nach einem Stufenprogramm geschrieben. Einführend erörtert der Verfasser die Klassentheorien von Marx, Max Weber, Dahrendorf, Aron, Ossowski und anderen, sodann legt er seine Vorstellung dar, wendet sie auf die gegenwärtige kapitalistische und sozialistische Gesellschaft an und faßt am Ende die Schlußfolgerungen zusammen. Der Gang der Untersuchung verläuft also von der Literaturkritik über die Konstruktion einer eigenen Theorie zu deren "Anwendung" auf die Realität; die Gründlichkeit der Wirklichkeitsanalyse hängt somit von der Solidität der vorausgegangenen literarischen Auseinandersetzung (vornehmlich mit Marx und Weber) und den aus ihr gezogenen Schlüssen ab. Hier liegen denn auch die entscheidenden Schwächen des Buches. Die theoriegeschichtliche Interpretation blendet fundamentale Zusammenhänge aus. So läßt die Marx-Kritik, die im Buch eine Schlüsselstellung einnimmt, das für die marxistisch-leninistische Auffassung grundlegende Verhältnis zwischen den Produktivkräften und den Produktionsverhältnissen außer acht; zudem zerteilt der Autor Marx' Theorie in abstrakte und konkrete Vorstellungen, die er jeweils gesondert erörtert. Das Marx-Verständnis ist daher undialektisch und in seinem Wesen ahistorisch. So existiert Lenins Imperialismusanalyse für den Verfasser nicht, obwohl er bei der Betrachtung der von Weber behandelten monopolkapitalistischen Prozesse auf sie hätte stoßen müssen und ihre Kenntnisnahme zu einer profunderen Weber-Einschätzung hätte beitragen können. So berücksichtigt der Verfasser die marxistisch-leninistischen Untersuchungen über den gegenwärtigen Kapitalismus nicht. Diese Unterlassungen beeinträchtigen maßgeblich die Darlegung; dennoch hat die Kritik an jenen bürgerlichen soziologischen Auffassungen, für die der Kapitalismus ein überwundener Gesellschaftszustand ist, ihr Gewicht und gehört zur neuesten Geschichte der bürgerlichen Soziologie.

Über seine bezüglich landläufiger bürgerlicher soziologischer Auffassungen "ketzerischen Ansichten" schreibt Anthony Giddens: "In seiner Gleichsetzung der britischen kapitalistischen Wirtschaft im frühen 19. Jahrhundert mit dem Höhepunkt kapitalistischer Gesellschaft folgte Marx der orthodoxen politischen Ökonomie. Ich halte diese Gleichsetzung für bestenfalls irreführend und schlimmstensfalls falsch. Aber fast jeder hat sich dieser Auffassung angeschlossen, die ihrer Logik entsprechend impliziert, daß jede Bewegung in Richtung auf eine Staats-'Intervention' in das Wirtschaftsleben und, wie viele nicht-marxistische Autoren meinten, die Anerkennung der Legitimität allgemeiner Tarifverhandlungen in der Industrie und das Wahlrecht der Arbeiterklasse eine Art teilweiser Überwindung der kapitalistischen Gesellschaft darstellen. Das Gegenteil ist richtig: Die kapitalistische Gesellschaft ist erst vollständig entwickelt, wenn diese Prozesse einsetzen ..." Für den Verfasser kann auch der Sozialismus "nicht als eine Überwindung der kapitalistischen Gesellschaft angesehen werden". Die generelle Schlußfolgerung lautet: "Anstatt von der 'Existenz' oder 'Nichtexistenz' von Klassen zu reden, sollte man von Typen und Stufen der, wie ich es nenne, Klassenstrukturierung sprechen. Die Faktoren, die die Stufen der Klassenstrukturierung beeinflussen, können nicht allein oder auch nur hauptsächlich auf ökonomische oder technologische Komplexität zurückgeführt werden und können nicht aus der Bezeichnung 'Klassengesellschaft' direkt geschlossen werden. Der Kapitalismus ist ... seinem Wesen nach eine Klassengesellschaft ..." (S. 21 - 24) So bleibt nach Giddens' Meinung der Forschung die Aufgabe festzustellen, in welchem Maße und durch welche Faktoren sich die "Stufen der Klassenstrukturierung" in den einzelnen Ländern konkret ausprägen. Die Bedeutung des Buches liegt nicht in der analytischen Schärfe und nicht in der Konstruktion einer neuen Klassentheorie, beides vermißt der Leser, sondern in der Tatsache, daß in der bürgerlichen Soziologie wieder von kapitalistischer Klassenstruktur gesprochen wird.

Hermann Lehmann

Campus Verlag, Frankfurt (Main)/New York 1981, 285 Seiten,
Preis: 46,- DM

Claus-Dieter Krohns Untersuchung über die bürgerliche politische Ökonomie in Deutschland während der zwanziger Jahre "versteht sich nicht so sehr als dogmengeschichtlicher Abriß ökonomischen Denkens, sondern als Beitrag zur politischen und sozialen Geschichte der so kurzlebigen Weimarer Republik. Das heißt, sie bezieht ihre Leitfragen von den realhistorischen Abläufen und sozialen Verhältnissen jener Jahre, an denen die kognitiven Fähigkeiten der herrschenden theoretischen Anschauungen sowie ihre ideologischen Komponenten gemessen werden sollen. Gleichwohl kann sie womöglich auch dem dogmengeschichtlich interessierten Ökonomen einige Anregungen in einer Zeit bieten, wo die Theorie zusehends in mathematischer Wissenschaftssprache formalisiert und als 'Werkzeugkasten' scheinbar objektivierbarer Entscheidungsprozesse instrumentalisiert wurde, dabei aber die kritische Reflexion über ihren normativen und politischen Gehalt immer mehr auf der Strecke blieb." (S. 11)

Nach einer Charakteristik der bürgerlichen politischen Ökonomie in Deutschland nach 1918 untersucht der Autor "Ordnungstheorien gegen den sozialen Interventionsstaat" (Ludwig von Mises; Adolf Weber und seine Schule; sozialpolitische Literatur; Götz Briefs und Gerhard Albrecht; Eduard Heimann), "Ordnungstheorien und Monopolmacht" (Wandlungen des Kartellbegriffs; Schmalenbach-Kontroverse), "ablauftheoretische Reflexionen nach der Währungsstabilisierung" (Beginn der konjunkturtheoretischen Debatte: Joseph A. Schumpeter; Arthur Spiethoff, Emil Lederer; monetäre Konjunkturtheorie: Ludwig Albert Hahn, Mises, Friedrich A. Hayek, Walter Eucken, Wilhelm Röpke, Alfred Müller-Armack; Analysen der Kieler Gruppe: Gerhard Colms, Adolf Löwe; Rüstow-Kreis), "bürgerliche Nationalökonomie zwischen Krise und autoritärem Staat" (Fiasko der bürgerlichen politischen Ökonomie in der Weltwirtschaftskrise; Zweifel an liberalen Selbstheilungsdogmen: reformistische konjunkturpolitische Vorschläge und Auseinandersetzung um den Wagemann-Plan; liberale Optionen für den starken Staat; historische Schule, Ständeideologie und nationalsozialistische Anschauungen) sowie "Entwicklungstendenzen der liberalen Theorie nach 1933". Den theorie- und ideologiegeschichtlichen Analysen ist zum besseren Verständnis jeweils ein Abriß wirtschafts- und sozialgeschichtlicher Vorgänge vorangestellt.

Die Stärken des Buches ergeben sich daraus, daß Krohn den "akademischen" Charakter der deutschen bürgerlichen politischen Ökonomie ironisiert, ja geradezu bloßstellt. Allgemeine theoretische Aussagen nimmt er zunächst nur als Gesten, deren Sinn erst aus dem Kontext der sozialen Klassen- und Fraktionskämpfe deutlich wird. Eine breite Auswertung von Pressepublikationen aus der Feder von Wirtschaftstheoretikern, die Einbeziehung von Briefwechselln und Nachlässen, die Beleuchtung personeller Interessenverbindungen, die Überprüfung von in der ideologischen Auseinandersetzung günstig plazierte Zahlenmaterial auf Herkunft und Richtigkeit verleihen den akademischen Kontroversen, denen Lehrbücher der Geschichte der politischen Ökonomie fast ausschließlich Beachtung schenken, eine beträchtliche Tiefendimension: Krohn erhellt theoretische, ideologische und wirtschaftliche Frontstellungen und ihre Verbindungsgräben zu Klassen- und Gruppeninteressenpositionen in den oft nur notdürftig als theoretische Dispute verhüllten grundsätzlichen wirtschafts-ideologischen Auseinandersetzungen unter Akademikern, reformistischen Partei- und Gewerkschaftstheoretikern. Er leistet damit einen anregenden Beitrag zur Geschichte der politischen Ökonomie sowie zur Wirtschafts-, Sozial- und Ideologiegeschichte der Weimarer Republik. Am historischen Beispiel wird auch die generelle Rolle der "akademischen" ideologischen Auseinandersetzung in der

allgemeinen Krise des Kapitalismus sichtbar, die sich in der Gegenwart keineswegs mit dem Gebrauch neutraler Instrumente aus dem "Werkzeugkasten" begnügt.

Die Schwächen der Schrift hängen mit Krohns sozialreformistischen Sympathien zusammen. Der Autor schildert eine Tragödie, in der liberale, konservative und reformistische Wirtschaftstheoretiker nach dem ersten Weltkrieg so lange Kontroversen über die Gestaltung der sozialökonomischen Verhältnisse austragen, bis der von ihnen zum Teil herbeigerufene, zum Teil herbeigesehnte, auf jeden Fall nicht bekämpfte Faschismus die Bühne betritt. Diese vom Verfasser angebotene Konfliktdarstellung verliert bei genauerem Hinsehen an Überzeugungskraft. Die Vertreter der "akademischen Nationalökonomie in Deutschland" agieren im Rampenlicht vor Requisiten, die dem staatsmonopolistischen Kapitalismus angehören, gelenkt von industriellen Verbänden, die im Halbdunkel bleiben, unübersehbar - wenn auch von Krohn nicht pointiert -, getrieben von blinder Furcht vor dem Kommunismus. Es ist ein modernes Drama, in dem das Proletariat, die kommunistische Partei, der sozialistische Aufbau in der Sowjetunion, die marxistisch-leninistische politische Ökonomie nicht vorgeführt werden. Die sie verstellenden Kulissen beengen Krohns Darstellungsraum, in dem "Wirtschaftstheorien als politische Interessen" erscheinen, aber die Frage nach der Richtigkeit dieser Theorien unterdrückt wird. Die Konfrontation mit der marxistisch-leninistischen Theorie des monopolistischen Kapitalismus unterbleibt. Die "kognitiven Fähigkeiten der herrschenden theoretischen Anschauungen" hätten sonst noch niedriger eingeschätzt werden müssen.

Hermann Lehmann

Benjamin M. Anderson, Economics and the Public Welfare. A Financial and Economic History of the United States. 1914 - 1946

Liberty Press, Indianapolis 1979, 595 Seiten, zahlreiche Tabellen im Text, Preis: Paperback 4,50 Dollar

Dreißig Jahre nach seinem ersten Erscheinen erlebt dieses Buch eine Neuauflage, und es fällt nicht schwer zu erkennen, daß sein Inhalt in jene politische Richtung paßt, wie sie von den konservativsten Kräften des Monopolkapitals in den entwickelten kapitalistischen Ländern zur Zeit vertreten wird. Benjamin M. Andersons Auffassungen sind ein Beispiel für jene ökonomischen Doktrinen, die gegen eine hohe Besteuerung der Monopole und gegen hohe soziale Ausgaben auftreten und dabei vorgeben, gegen Bürokratie und staatliche Intervention in der Wirtschaft zu sein. Es kann sein, daß Anderson nicht explizite einer bestimmten Schule angehört, wie es im Vorwort von Arthur Kemp zu lesen steht, doch es wird dort auch ausgeführt, daß sich derselbe Anderson "ein bißchen" - unserer Meinung nach mehr als ein bißchen - an die österreichische Schule angelehnt habe (S. 11).

Hauptredo von Anderson ist eine Doktrin, die nach seiner Auffassung auf John Stuart Mill zurückgeht, aber auch schon von Jean-Baptiste Say vertreten wurde. Nach dieser sogenannten Gleichgewichtstheorie schafft das Angebot seine eigene Nachfrage. Anderson verbindet diese Doktrin mit Lehren, die vor allem von der österreichischen Schule entwickelt worden sind, bei denen Gleichgewicht zwischen den verschiedenen Arten der Produktion vorausgesetzt wird und Wettbewerb und freier Markt als die geeigneten Instrumente angesehen werden, dieses Gleichgewicht, die geeigneten Proportionen und Preisbeziehungen, herzustellen.

Da Wettbewerb und freier Markt ganz wesentlich von den Entscheidungen der Kapitalisten bestimmt werden, wie Anderson meint, spielen innerhalb dieser Auf-

fassungen psychologische Faktoren eine große, wenn nicht die entscheidende Rolle. Anderson umreißt dieses Problem so (S. 130): "Die, die die Geschichte nur von außen sehen, sind leicht überzeugt, daß unpersönliche Kräfte überwiegen und daß einzelne Personen bei strategischen Plänen nur geringe Unterschiede bedeuten. Doch das ist nicht wahr."

Anderson sah die Geschichte nicht "von außen", und er sah sie auch nicht als objektiven historischen Prozeß. Seine Stellung als Chefökonom in einer der großen Monopolbanken der USA, der Chase National Bank, ließ ihn in intimen Kontakt mit Bankiers, Maklern und Industriellen treten (S. 13). Seine Einschätzung des wirtschaftlichen und politischen Geschehens sah er jedoch nicht vorrangig im Kontext mit den objektiv vorhandenen Interessen dieser Kreise, sondern er verbarg sie geschickt hinter einem Kampf gegen alles, was ineffektiv ist (S. 15), ein Anliegen, das in dieser Abstraktheit jeder billigen kann.

Andersons Engagement für die Praxis der Monopole bestimmt auch seine theoretischen Ausführungen. Die von ihm vertretene Krisentheorie zum Beispiel gipfelt in folgenden Feststellungen (S. 327): "Wenn Geschäftsleute wachsende Profite sehen, nehmen ihre Aktivitäten zu. Sie legen mehr Kapital an. Sie beschäftigen mehr Arbeit. Wenn die Profite gekürzt werden und Verluste auftreten, schränken sie ihre Operation ein. Das ist das Grundlegende in der Theorie der Zyklen. Es ist eine gesunde Theorie. ... Die Idee, daß die Kaufkraft springender Punkt der Geschäftsaktivität ist, ist unglaublich naiv."

Klarer und deutlicher kann Monopolapologetik nicht betrieben werden. Nicht die Kaufkraft der Massen, nicht die Höhe der Löhne ist nach Anderson wichtig für die geschäftlichen Aktivitäten, sondern die Höhe der Profite. Soweit zur Regulierung der Produktion der Staat notwendig ist, hat er vor allem für hohe Profite zu sorgen, hat er dafür zu sorgen, daß die Profite nicht gekürzt werden, daß das Kapital angeregt wird, mehr zu investieren.

Von dieser Warte aus wird es verständlich, daß sich Anderson ausführlich mit den Keyneschen Auffassungen auseinandersetzt, wobei er mit der Ablehnung dieser Auffassungen zugleich die Rooseveltsche New-Deal-Politik auf das heftigste attackiert. In und hinter dieser Politik sieht er den Einfluß von Keynes und dessen Anhängern in der Roosevelt-Administration (S. 384). Keynes ist für ihn ein "gefährlich ungesunder Denker" (S. 384). Dessen Kaufkraftdoktrin, die darauf ausgerichtet war, das Trauma der kapitalistischen Wirtschaft nach dem ersten Weltkrieg, die chronische Massenarbeitslosigkeit, durch höhere Staatsausgaben und Kaufkraftserhöhung zu bekämpfen (S. 383), zerstört aus Andersons Sicht das Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt (S. 392). Er konstruiert eine Gedankenkette von Sismondi über Rodbertus, Karl Marx und Hobson bis zu Keynes (S. 382), offensichtlich in diesen Autoren die geistigen Urheber gerade jener staatlichen Eingriffe sehend, die er im New Deal für besonders "ungesund" hält: staatliche Investitionskontrollen, staatliche Investitionsprogramme und stärkere Besteuerung der großen Vermögen. Im Grunde zeigt sich hier jene Position eines konservativen Denkens, das alle Staatseingriffe in die Produktion und zur Begrenzung der Profite - gleichgültig ob sie von reformistischen, bürgerlich-liberalen oder bürgerlich-etatistischen Richtungen verlangt werden - ablehnt, sie als sozialistisch etikettiert und obendrein noch mit der Auffassung von Marx in eine Reihe bringt.

Als Fazit ergibt sich: Wer aufgrund des Untertitels eine zusammenhängende Darstellung der Wirtschaftsgeschichte der USA zwischen 1914 und 1946 erwartet, wird sich getäuscht sehen. Das Buch ist weit eher eine Geschichte der Finanz- und Geldoperationen in den wichtigsten Ländern der kapitalistischen Welt im genannten Zeitraum und geht dementsprechend über den Untertitel hinaus. Zugleich wird der wirtschaftshistorische Blickwinkel durch die Bevorzugung der Finanzgeschichte stark eingeengt. Selbst wirtschaftshistorische Betrachtungen, Feststellungen über Beschäftigung und Arbeitslosigkeit, über Produktionsaufschwung und Krise, über Profite und Verluste, erfolgen stets unter

dem Blickwinkel ihres Zusammenhangs mit der Geld- und Bankpolitik. Daß der Zusammenhang zwischen dem politischen, sozialen und ökonomischen Geschehen sehr oberflächlich behandelt wird, geht allerdings nicht nur auf diese Sicht zurück, sondern auch auf die platte, apologetische ökonomische Denkweise des Verfassers. Wenn das Buch trotzdem von gewissem Nutzen ist, so verdankt es das dem zeitgeschichtlichen Hintergrund, das heißt vor allem der Auswertung jener Wirtschaftsberichte, die der Autor im Auftrag großer Banken viele Jahre lang angefertigt hat, und den zahlreichen in den Text eingestreuten Tabellen. Vor allem aber ist es bemerkenswert, weil es eine sehr persönliche und mitunter auch recht offene Darlegung von Auffassungen wiedergibt, die gegenwärtig von neuem stark an Aktualität gewinnen. Es läßt wichtige Einblicke in die ökonomische Denkweise bestimmter Kreise des Monopolkapitals und ihrer Ideologen zu, und zwar in einfacher, direkter Sprache, ohne umständliche Tarnungen.

Horst Handke

Das Meldewesen der Stadt Chemnitz im Kapitalismus.
Einführung und Übersicht zum Bestand Polizeimeldebücher und
zu den Adreßbüchern im Stadtarchiv Karl-Marx-Stadt, bearbeitet
von Ernst Hofmann

Stadtarchiv Karl-Marx-Stadt, Karl-Marx-Stadt 1980,
98 Seiten, Preis: 2,50 M

Diese Publikation weist auf soziologisch-historisch relevante Massenquellen im Stadtarchiv Karl-Marx-Stadt, früher Chemnitz, hin. Die behandelten Quellen beziehen sich vor allem auf das 19. und beginnende 20. Jahrhundert, als Chemnitz schon ein bedeutender deutscher Industriestandort war. Es handelt sich um Materialien des polizeilichen Meldewesens sowie um die Adreßbücher der Stadt und, soweit vorhanden, auch um die der Vororte bzw. der später eingemeindeten Orte.

In der Publikation wird kurz die Geschichte des Chemnitzer Meldewesens behandelt. Hervorgehoben wird, daß für die Zeit von 1820 bis 1926 Millionen von Eintragungen in den Meldebüchern zur Verfügung stehen, die sich in ihrer Gesamtheit für soziologische Untersuchungen anbieten. Auf den Aufbau des Meldewesens der Stadt eingehend, stellt der Bearbeiter fest, daß damit Mitte des 18. Jahrhunderts begonnen wurde, denn die erste wirksame Meldeordnung für Fremde, die die Stadt Chemnitz besuchten, das heißt "nicht wesentlich in der Stadt wohnhaft" waren, datiert vom Jahr 1745. Für das Gesinde bestand bereits seit 1735 eine Meldepflicht. Überlieferte Meldeunterlagen gibt es jedoch erst ab 1835; von da an bis 1914 sind die Gesindejournale der Stadt erhalten. Es wird darauf hingewiesen, daß Pässe und Wanderbücher für Handwerksgesellen erst nach 1835 registriert wurden. Die Überwachung und Verfolgung politisch Verdächtiger wurde dadurch erleichtert. Im Ergebnis entstand so in Chemnitz eine komplizierte bürokratisch-schikanöse Verfahrensweise im Meldewesen, die allein schon ein Bild der sozialen Lage der Handwerksgesellen und Arbeiter in dieser Industriestadt vermittelt.

In der Publikation wird auf die administrative Gliederung des Chemnitzer Meldewesens verwiesen, nach der sich die Archivbestände aufbauen. 1876 gab es zum Beispiel im Meldewesen der Stadt sechs Abteilungen, die die soziale Struktur und allgemeine Entwicklung der Bevölkerung von Chemnitz erfaßten, darunter die Abteilung I über die ständigen Einwohner usw., die Abteilung III über unverheiratete Gewerbshilfen, männliche Fabrik- und Handarbeiter, die Abteilung VI über die in Chemnitz übernachtenden Fremden.

Interessante Hinweise über die Chemnitzer Adreßbücher finden sich in der Publikation. Sie erschienen zuerst alle drei, dann alle zwei Jahre und ab 1857 jährlich. Schon der "Adreß-Kalender der Fabrik- und Handelsstadt Chemnitz auf die Jahre 1838 und 1839" enthielt unter anderem eine Liste der Fabrikbesitzer, Händler, Handwerker usw., und im Adreßbuch von 1847 erschien in einem Anhang ein "Verzeichnis der Fabrikanten in der Umgegend von Chemnitz". Bis 1874 enthielten die Adreßbücher auch sogenannte "Geschäftsanzeiger", die Material zur wirtschaftlichen Entwicklung der Stadt bieten.

Die behandelten Bestände des Stadtarchivs Karl-Marx-Stadt werden vor allem als bedeutsam für Forschungen zur Herausbildung und zur sozialen Struktur der Arbeiterklasse angesehen. Für soziologisch-historische Analysen über die Entwicklung der Klassen und Schichten in Chemnitz geben sie eine gute Materialbasis. Für Studien zur Entwicklung und Struktur der Bourgeoisie, des Handwerks, der Angestellten und auch der Intelligenz steht hier aus einer bedeutenden deutschen Industriestadt Material zur Verfügung. Beide in der Publikation vorgestellten Quellen enthalten darüber hinaus Material zur Wirtschaftsgeschichte. Für die Geschichte der materiellen Produktivkräfte bieten die Berufsangaben der Selbständigen und Arbeiter in den Meldeunterlagen, die Aufstellungen in den Adreßbüchern mit Inseraten Chemnitzer Firmen über Produktionsprogramme und mit Abbildungen von Fabriken und ähnliches vielfältiges Material.

Heinzpeter Thümmler

Wieland Sachse, Bibliographie zur preußischen Gewerbestatistik 1750 - 1850 = Göttinger Beiträge zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Bd. 6

Verlag Otto Schwartz & Co., Göttingen 1981, 392 Seiten,
Preis: 39,- DM

Angesichts der bekanntlich schlechten Quellenlage zum Thema ist die bis 1980 reichende Bibliographie selbstverständlich nützlich, insbesondere da auch statistische Einzelangaben enthaltende Textdarstellungen berücksichtigt worden sind. Ihr Nutzen erhöht sich durch die beigegebenen Erläuterungen und Register (Beschäftigte, Produktionsmittel, -mengen und -werte, Löhne, geographische Namen sowie Sachtitel). Vollständigkeit kann bei einer 582 Nummern umfassenden Bibliographie nicht erwartet werden - wenn dem Rezensenten aber sofort zehn fehlende Titel aufgefallen sind, dann erscheint ihm das ein bißchen viel: L. Baar, Die Berliner Industrie in der industriellen Revolution, Berlin 1966 (Reprint 1975); H. Blumberg, Die deutsche Textilindustrie in der industriellen Revolution, Berlin 1965; A. Bormann, Zur Entstehung und Entwicklung der metallverarbeitenden Industrie im Mönchen-Gladbacher Industriebezirk, Mönchen-Gladbach 1925; R. Engelsing, Schlesische Leinenindustrie und Hanseatischer Überseehandel im 19. Jahrhundert, o. O. 1959; A. Hörschelmann, Erd-, Volks- und Staatenkunde von Deutschland, Berlin 1829; A. Jacobs/H. Richter, Die Großhandelspreise in Deutschland von 1792 bis 1934, Berlin 1935; H. Kisch, The Textile Industries in Silesia and the Rhineland, in: The Journal of Economic History, Nr. 4/1959; J. Kuczynski, Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Berlin 1960 ff. (sowie weitere Titel dieses Autors); E. v. Pastau, Die Entwicklung der Berliner Metallindustrie, Würzburg 1922; W. Treue, Wirtschaftszustände und Wirtschaftspolitik in Preußen 1815 - 1825, Stuttgart/Berlin 1937.

Thomas Kuczynski

Emile Durkheim, Über die Teilung der sozialen Arbeit, eingeleitet von Niklas Luhmann, übersetzt von Ludwig Schmidts = Theorie

Suhrkamp Verlag, Frankfurt (Main) 1977, 456 Seiten,
Preis: 36,- DM

Die Edition von Quellentexten zur Geschichte der Gesellschaftswissenschaften läßt bekanntlich viele berechtigte Wünsche offen. Schon aus diesem Grunde ist die vorliegende erstmalige deutsche Übersetzung der Doktordissertation Emile Durkheims, des ersten großen Werkes des bedeutenden bürgerlichen Soziologen aus dem Jahr 1893, unbedingt zu begrüßen; ist doch nun die für das Studium der Geschichte der Soziologie unerläßliche Arbeit einem breiteren Kreis erschlossen. Darüber hinaus sind Durkheims soziologische Überlegungen ein aufschlußreicher Bestandteil europäischer Ideologiegeschichte. Den Wirtschaftshistoriker interessieren sie vor allem als Reflex entscheidender sozialökonomischer Vorgänge. Durkheim spürte das Ende des Kapitalismus der freien Konkurrenz. Insbesondere seine Auseinandersetzungen mit Herbert Spencer machen die damaligen Wandlungen in den Entstehungs- und Wirkungsbedingungen bürgerlicher Gesellschaftsanalyse deutlich. Aber Durkheim, der so viel zur endgültigen Herausbildung der spezifisch soziologischen Denkweise beitrug, hatte nur sehr ungenügende Vorstellungen über die sozialökonomischen Grundlagen der sozialen Prozesse. Daher kommt es, daß der Leser über das eigentliche Thema, die Teilung der sozialen Arbeit, kaum präzise Ausführungen findet. Der Autor spricht mehr über sie als solche als von ihr konkret. Er setzt sie, eine Seite der Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte, mit vielen sozialen Erscheinungen in Verbindung, sagt aber nichts über die Produktivkräfte selbst und die Produktionsverhältnisse, geht auf soziale Klassen nur im vorletzten Kapitel des letzten Buches, auf ganzen 14 Seiten, ein und entwickelt dort recht nebelhafte Gedanken über die auf dem Wertaustausch basierenden sozialen Beziehungen. Nur in dem letzten, dem dritten Buch, das lediglich ein Zehntel des gesamten Seitenumfanges einnimmt, erörtert er unter dem Titel "Die anormalen Formen" soziale Beziehungen einer Gesellschaft, die sich im Übergang vom Kapitalismus der freien Konkurrenz zum monopolistischen Kapitalismus befindet und ihre künftigen Normen noch nicht ausgebildet hat. Von der entstehenden monopolistischen Struktur der kapitalistischen Gesellschaft weiß Durkheim noch nichts. Der Reiz des Buches liegt darin, daß der Lesende die Bemühungen nachvollziehen kann, die ein namhafter Soziologe, der unter dem seinerzeitigen Niveau der politischen Ökonomie stand und daher auf deren Hilfe verzichten mußte, anstellt, um den sozialen Wandlungen im Übergang zum monopolistischen Kapitalismus auf die Spur zu kommen. Beachtenswert ist auch der Umstand, daß sich die um ein Jahrhundert verzögerte Übersetzung wiederum an Leser einer kapitalistischen Gesellschaft wendet, deren soziale Beziehungen der überkommenen kapitalistischen Moral nicht mehr entsprechen können. Durkheim gibt keine Antworten, und sein mechanistisches Herangehen ist überholt; aber er orientiert auf soziale Veränderungen und deren soziologische Analyse.

Hermann Lehmann

Vil'gel'm Evgenevič Majer, Derevnja i gorod Germanii v
XIV - XVI vv. Razvitie proizvoditel'nych sil

Izdatel'stvo leningradskogo Universiteta, Leningrad 1979,
167 Seiten, Preis: 84 Kopeken

V. E. Majer, ein sowjetischer Wissenschaftler aus Iževsk, wurde in der DDR zunächst durch seinen in deutscher Sprache gekürzt veröffentlichten Beitrag aus

"Srednie veka", Band 34, Moskau 1971, Seite 145 bis 162, bekannt, der die sozialen und ökonomischen Wandlungen im Bereich von Waidproduktion und -handel im Spätmittelalter in Deutschland zum Gegenstand hat. Es sei in diesem Zusammenhang vor allem verwiesen auf: Magdeburger Beiträge zur Stadtgeschichte, Heft 1, Magdeburg 1977, Seite 43 bis 60. Majer läßt seinen zahlreichen Detailstudien über sozialökonomische Veränderungen in den deutschen Territorien im 14. bis 17. Jahrhundert aus den sechziger und siebziger Jahren, gewissermaßen als Zusammenfassung seiner Arbeitsergebnisse auf diesem Gebiet die hier besprochene monographische Darstellung folgen. Sie reiht sich in die in den letzten Jahren national wie international zunehmenden Erörterungen und Untersuchungen über Stadt-Land-Beziehungen des Spätmittelalters ein, durch die die Probleme des Übergangs vom Feudalismus zum Kapitalismus transparenter werden. Dabei gelingt es Majer, den gesamten Fragenkatalog vorrangig aus der Sicht des Dorfes zu behandeln; dagegen betrachten und bewerten nicht wenige zeitgenössische bürgerliche Darstellungen diesen Problemkreis viel zu sehr aus der Position der Stadt (vergleiche unter anderem: Stadt und Umland. Protokoll der X. Arbeitstagung des Arbeitskreises für südwestdeutsche Stadtgeschichtsforschung, Stuttgart 1974).

Majer untersucht die sozialökonomischen Prozesse in den deutschen Dörfern des Gebietes westlich der Elbe, die sich in Verbindung mit dem ökonomischen Wachstum der Städte, der zunehmenden Entwicklung der Ware-Geld-Beziehungen sowie dem sich verstärkenden Marktverkehr vollzogen. Er spürt dabei die progressiven Entwicklungstendenzen in der Landwirtschaft auf und sucht nach sich andeutenden Veränderungen in den Agrarverhältnissen. Ein ausführliches Kapitel widmet Majer den bisherigen Forschungen auf diesem Gebiet sowie den Quellen. Er würdigt die Verdienste der sowjetischen Mediävistik sowie die seit den fünfziger Jahren von Historikern der DDR eingebrachten Leistungen. Wenn ihm auch darin zugestimmt werden muß, daß die lokale und regionale Forschung für die Gebiete westlich der Elbe noch vieles aufzuarbeiten hat und auch die "Illustrierte Geschichte der deutschen frühbürgerlichen Revolution", herausgegeben von Adolf Laube, Max Steinmetz und Günter Vogler, Berlin 1975, eine gründliche Analyse der Entwicklung der Landwirtschaft noch vermissen läßt (S. 24), so liegen doch seit längerem profunde Studien über die Mühlhäuser Dörfer (1961 von Dieter Lösche), den Allstedter Raum (1975 von Manfred Straube) und Ostthüringen (1975 von Elisabeth Schwarze) vor. In einem zweiten Kapitel erörtert Majer sich im 14. bis 16. Jahrhundert abzeichnende Tendenzen im Bereich der Viehzucht und ihre Auswirkungen auf die Sozialstruktur des Dorfes. Er stellt dar, wie sich trotz fortbestehender Dominanz des feudalen Bodenmonopols, der feudalen Produktivkräfte und der feudalen Ausbeutungsmethoden unter dem Eindruck der sich verstärkt durchsetzenden Ware-Geld-Beziehungen Wandlungen nicht nur andeuteten, sondern auch zu vollziehen begannen. Majer enthüllt, daß sich ständig mehr feudale Grundeigentümer des bäuerlichen Gemeindelandes bemächtigten und demzufolge die Bauern gezwungenermaßen zur Stall- und Weidestallviehhaltung übergingen. Dabei waren die Bauern genötigt, neue Wege zu beschreiten, indem sie die Futterproduktion erweiterten, Äcker in Wiesen verwandelten bzw. das Stroh stärker zur Fütterung heranzogen. Der Verfasser verweist zu Recht auf die zunehmende Bedeutung der Schafhaltung, die sich aufgrund der dafür benötigten bedeutenden Kapitalmittel besonders unter feudalherrlicher Regie verbreitete, wobei Schafwirtschaften an Pächter übergeben wurden. Dennoch ist zu bezweifeln, ob so undifferenziert von einer Veränderung des sozialökonomischen Gesichtes der Dörfer infolge der Verbreitung großer Schafzuchtwirtschaften (S. 61) gesprochen werden kann, da größere regionale Unterschiede nicht zu übersehen sind. Majer betont weiterhin die stimulierende Wirkung der im Volumen erweiterten Viehzucht auf die Warenproduktion (Fleisch, Wolle, Milch, Fett, Käse usw.) und die Folgen dieser Erscheinung für die soziale Differenzierung in den Dörfern.

In einem dritten Kapitel behandelt Majer die seit dem 14. Jahrhundert zunehmende Spezialisierung kleiner Wirtschaften in Dorf und Stadt und deren Warenpro-

duktion für den Markt. Dabei betont er besonders die Erzeugung von Wein, Waid, Flachs, Gemüse oder Obst, die vor allem in den stadtnahen Gebieten einen recht hohen Spezialisierungsgrad aufwies. Besonders interessant und anregend sind Majers Ausführungen über die Waidproduktion im Erfurter Gebiet (S. 93 bis 106) und seine Meinung, wonach sich die Waidverarbeitung in der Stadt im Rahmen einer Art zentralisierter Manufaktur vollzogen habe. Es wäre günstig, wenn künftige Untersuchungen über die Produktion von Erzeugnissen wie Wein, Gemüse, Flachs oder Obst in unmittelbarer Stadtnähe stärker von der dominierenden Produzentenstruktur der betreffenden Städte ausgingen. Dadurch würde die Rolle von Ackerbürgern in diesem Zusammenhang deutlicher hervortreten. Überhaupt müßten die von Majer unterbreiteten Überlegungen zu den demographischen Auswirkungen der Spezialisierung in den kleineren Wirtschaften für Stadt und Land durch weitere konkrete Fallstudien erhärtet bzw. modifiziert werden. Dabei würden sicherlich auch regionale Unterschiede sowie Besonderheiten deutlich.

Das vierte Kapitel ist den Entwicklungstendenzen im Bereich der Getreideproduktion gewidmet. Majer registriert Fortschritte bei der Auswahl der Getreidekulturen und bei der Verteilung der Aussaatflächen auf einzelne Getreidearten. Er stellt fest, daß sich die Auswahl der Kulturen bereits nach der Marktlage zu richten begann. Zudem konstatiert er eine zunehmende Verwendung von Lohnarbeit in der Landwirtschaft. Er sieht einen Zusammenhang zwischen der stärkeren Enteignung bäuerlicher Parzellen und dem im 16. Jahrhundert in breiterem Maße einsetzenden Prozeß der ursprünglichen Akkumulation des Kapitals. In dieser Richtung hat die empirische Forschung noch ein umfangreiches Betätigungsfeld vor sich, wenn auch bereits grundlegende Studien vorliegen (unter anderem von Gerhard Heitz, Adolf Laube und Werner Mägdefrau).

Im letzten Kapitel behandelt Majer die Vermögenslage der bäuerlichen Bevölkerung westlich der Elbe im 14. bis 16. Jahrhundert. Er registriert zu Recht, daß vor allem der fortschreitende Prozeß der Ware-Geld-Wirtschaft, der Konkurrenzkampf zwischen den Warenproduzenten, die Verschärfung der feudalen Ausbeutung, der Angriff der Feudalherren auf die Gemeinderechte, die zunehmende Produktion von Spezialkulturen zu einem Anstieg der Vermögenspolarisierung in den Dörfern führten. Auf der einen Seite bildete sich eine wohlhabende bäuerliche Spitze heraus, die über den größten Teil der Parzellen der Dorffluren verfügte. Auf der anderen Seite wurde die Schicht der Landarmen und Landlosen, soweit sie nicht in die Städte oder auch in Bergbau- und Hüttenregionen abwanderten, zahlenmäßig immer größer. In Zukunft sollten die Auswirkungen des seit Ende des 15. Jahrhunderts in vielen Regionen auftretenden Bevölkerungswachstums für den Prozeß der Vermögensdifferenzierung auf dem Lande aufmerksamer verfolgt werden. Nach Majers Beobachtung war um die Mitte des 16. Jahrhunderts die Zahl der Menschen, die sich in den sächsischen Dörfern zumindest teilweise verdingen mußten, bereits größer als die der bäuerlichen Familien, die sich ausschließlich von ihrem Land bzw. ihrer Wirtschaft zu ernähren vermochten. Die Menge der Lohnarbeitskräfte im 15./16. Jahrhundert in den Dörfern - so meine ich - sollte jedoch nicht überschätzt werden. Zudem scheint mir die wirtschaftliche Bedeutung des Gesindes für den Bauern jener Zeit in dem hier annotierten Werk nicht die gebührende Aufmerksamkeit erfahren zu haben. Für die Gebiete Ostelbiens konstatiert Majer eine bedeutend langsamere soziale und wirtschaftliche Entwicklung in dem von ihm untersuchten Zeitabschnitt. In ihnen seien die für die Gebiete westlich der Elbe charakteristischen Prozesse der verstärkten Nutzung von Spezialkulturen im wesentlichen ausgeblieben. Majer sieht dies im Zusammenhang mit der Tatsache, daß die ostelbischen Gebiete nicht vom Bauernkrieg 1525/26 erfaßt wurden.

Majer resümiert, daß das zu Anfang des 16. Jahrhunderts in den westelbischen Gebieten erreichte sozialökonomische Entwicklungsniveau des Dorfes im Falle eines positiven Ausgangs der frühbürgerlichen Revolution in Deutschland Möglichkeiten zur Entfaltung progressiver Produktivkräfte und gesellschaftlicher Verhältnisse geboten habe (S. 166). Seine anregende Studie, der ausnahmslos

gedruckte Dokumente (vor allem Urkundenbücher und Weistümer) zugrunde liegen, veranschaulicht die Notwendigkeit weiterer empirischer Forschungen unter Einbeziehung des ungedruckten Quellenbestandes sowie des Vergleichs mit den Ergebnissen neuester Untersuchungen über andere Regionen und Länder.

Wieland Held

BETRIEBSGESCHICHTE

Bibliographie selbständiger Schriften zur Betriebsgeschichte
in der Deutschen Demokratischen Republik

(17. Fortsetzung)

von Renate Günther

I Zur Methodik der Betriebs- geschichtsarbeit

Berger, Horst: Erfahrungen bei der Erarbeitung der Betriebsgeschichte. Drei Jahrzehnte VEB Jenapharm. Hrsg.: Kreisleitung Jena-Stadt der SED; Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung. - Jena (1982). - IV, 36 S.: 8, 6 S. Anh.; 21 cm

Bibliographie selbständiger Publikationen zur Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung und Betriebsgeschichte. 1971 - 1979. Arbeitsmaterial. Hrsg.: Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Abteilung Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung und Betriebsgeschichte. Zusammengest. u. bearb. von Wolfgang Dick u. a. - Berlin 1980. - 214 S.; 21 cm¹

III. /Dritte/ Arbeitskonferenz zur Erforschung und Propagierung der Geschichte der Seeverkehrs- und Hafenwirtschaft. 18. September 1981. Referat, Diskussion und Schlußwort. Hrsg.: Kreisleitung

Seeverkehr und Hafenwirtschaft. - Rostock 1981. - 111 S.; 30 cm

Enders, Wolfgang: Die Betriebsgeschichtsforschung - fester Bestandteil der politisch-ideologischen Arbeit der Partei. Referat ... zum Stand der Forschung und Popularisierung der Betriebsgeschichte im Bezirk Karl-Marx-Stadt, gehalten auf dem bezirklichen Erfahrungsaustausch am 19. November 1980. - o. O. (1981). - 16 S.; 21 cm

Erfahrungen in der Betriebsgeschichtsforschung im Bezirk Rostock. Hrsg.: Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung bei der Bezirksleitung Rostock der SED. - Rostock 1981. - 48 S.: Ill.; 24 cm = Schriftenreihe zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Mecklenburg und im Bezirk Rostock, Nr. 1

Erfahrungen auf dem Gebiet der Geschichtspropaganda in Kombinat und Betrieben des Bezirkes Suhl. Hrsg.: Bezirksleitung Suhl der SED, Abt. Agitation/Propaganda. - Suhl 1981. - 44 S. 22 cm

1 In der von der Abteilung Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung und Betriebsgeschichte im Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED herausgegebenen Bibliographie werden neben vielen bereits in früheren Fortsetzungen im Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte genannten Titeln auch eine Reihe von Publikationen aufgeführt, die bisher weder hier verzeichnet waren, noch in der Deutschen Nationalbibliographie zu finden sind.

Mit freundlicher Zustimmung des IML, dem wir für dieses Entgegenkommen danken, sind diese Titel - auch wenn die bibliographischen Angaben nicht mehr vollständig zu ermitteln waren - in der hier vorliegenden Bibliographie aufgenommen und mit einem Kreuz + versehen worden. Abkürzungen wurden - soweit sie nicht allgemein gebräuchlich sind - nach Möglichkeit aufgelöst.

Erfahrungsaustausch. Die weitere Erhöhung der Wirksamkeit des Beschlusses des Sekretariats des ZK der SED vom 7. Juni 1977 "Richtlinien zur Erforschung und Propagierung der Betriebsgeschichte" im Kreis Zeitz. - o. O. 1978. - 31 S.; 21 cm

Materialien der 1. /ersten/ Geschichtskonferenz der Kreisleitung der SED Senftenberg vom 7. Juli 1979 in Vorbereitung des 30. Jahrestages der Gründung der DDR. Auszug aus dem Referat, den Diskussionsbeiträgen und dem Schlußwort. Hrsg.: SED Kreisleitung Senftenberg, Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung. - Senftenberg 1979. - 57 S.: Ill.; 21 cm

Materialien der 1. /ersten/ Kreisgeschichtskonferenz der Kreisleitung Halberstadt am 14. September 1978. Hrsg.: Kreisleitung Halberstadt der SED, Abt. Agitation und Propaganda, Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung. - Halberstadt 1978. - 32 S.: Ill.; 21 cm

Quellen zur Betriebs- und Wirtschaftsgeschichte Mecklenburgs 1945 - 1952 im Staatsarchiv Schwerin. Ein Bestandsführer. Erarbeitet von einem Jugendkollektiv unter wiss. Leitung von S. Schombs. - Schwerin 1981. - 159 S.: Ill.; 21 cm = Kleine Schriftenreihe des Staatsarchivs Schwerin, Heft 10

+ Theoretische Konferenz zum Thema: Die geschichtliche Rolle der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei in den Großbetrieben des Bezirkes Gera und die objektiv wachsenden Aufgaben bei der weiteren Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der DDR. Abgehalten am 14. Juli 1979 in der Bildungsstätte der Bezirksleitung Gera der SED. Hrsg.: Bezirksleitung Gera der SED, Abt. Agit./ Prop. - Gera 1979. - 222 S.

+ Traditionskabinette. Bedeutung - Aufgaben - Aufbau. Arbeitsmaterial für Parteiorganisationen. Hrsg.: Bezirkskommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung Neubrandenburg; Kulturhistorisches Museum. - Neubranden-

burg 1976. - 23 S.: Ill.

II Einzeldarstellungen

VEB Ausrüstungskombinat Geflügelanlagen Perleberg

VEB Ausrüstungskombinat Geflügelanlagen Perleberg. Hrsg.: Kombinatleitung, Betriebsparteiorganisation, Betriebsgewerkschaftsleitung des VEB Ausrüstungskombinat Geflügelanlagen Perleberg; Sitz Düpow. - o. O. 1976. - 18 gez. Bl.: Ill.; 30 cm

VEB Automobilwerk Eisenach

Wir schützen, was wir schaffen. Kampfgruppenbataillon (mot.) "Franz Stenzer", VEB Automobilwerk Eisenach. Erarb. v. einem Kollektiv im Auftrag der Leitung der Betriebsparteiorganisation. - Erfurt 1976. - 36 gez. Bl.: Ill.; 25 x 34 cm

Bahnbetriebswerk Gütten

siehe Deutsche Reichsbahn

VEB Bandstahlkombinat "Hermann Matern", Eisenhüttenkombinat Ost

Nguyen Van Troi - ein Name, der verpflichtet. Hrsg.: Bezirksleitung Frankfurt (Oder) der SED, Abt. Agit.-Prop. - Frankfurt (Oder) 1972. - 47 S.: Ill.; 19 cm

Unser Friedenswerk. Betriebsgeschichte des VEB Bandstahlkombinat "Hermann Matern", Eisenhüttenkombinat Ost. Teil 3: Der Riese an der Oder reckt sich. Hrsg.: Betriebsparteiorganisation des VEB Bandstahlkombinat "Hermann Matern", Eisenhüttenkombinat Ost. - Eisenhüttenstadt 1978. - 124 S.: Ill.; 20 cm

Unser Friedenswerk an der Oder. Wissenswertes über Geschichte und Produktion des VEB Bandstahlkombinat "Hermann Matern", Eisenhüttenkombinat Ost. (Hrsg.: Arbeitsgruppe "Patriotische und internationalistische Erziehung im Math.-Naturwiss.- und polytechnischen Unterricht" der Sozialistischen Arbeitsgemeinschaft Frankfurt (Oder). - Eisenhüttenstadt 1979. - 88 S.: Ill., graph. Darst., 1 Kt.-Skizze; 21 cm

Barth, Johann Ambrosius, (Verlag)

Leipzig

200 /Zweihundert/ Jahre Johann Ambrosius Barth. 1780 - 1980. - Leipzig 1980. - 186 S.: Ill.; 24 cm

Bau- und Montagekombinat Chemie
+ 20 /Zwanzig/ Jahre BMK Chemie.
1959 bis 1979. - Halle 1979. - 70 S.

Bau- und Montagekombinat Erfurt
+ Seht, was aus uns geworden ist!
Betriebsgeschichte des VEB Bau-
und Montagekombinat Erfurt/Kombi-
natsbetrieb Industriebau Erfurt,
1951 - 1976. - Erfurt 1976. - 90 S.:
Ill.

VEB Bau- und Montagekombinat
Kohle und Energie, Betrieb Dresden
+ 25 /Fünfundzwanzig/ Jahre BBS
Riesa des VEB BMK Kohle und Ener-
gie, Betrieb Dresden. - Dresden
1974. - 25 S.

LPG Beesenlaublingen
siehe LPG "Saaleaue"

Berliner Glühlampenwerk
siehe VEB NARVA "Rosa Luxemburg"

LPG Berlstedt
siehe LPG "Vorwärts"

VEB Betonleichtbaukombinat
2 /Zwei/ Jahrzehnte im Dienste des
Fortschritts. Institut für Stahlbeton,
Dresden, Forschungszentrum des
VEB Betonleichtbaukombinat. -
Dresden 1979. - 48 gez. S.: zahlr.
Ill., graph. Darst. (z.T. farb.),
1 Kt.-Skizze; 19 x 20 cm

VEB Binnenfischerei Kreba
+ Tschesche, Helmut: 20 /Zwan-
zig/ Jahre Binnenfischerei Kreba.
Hrsg.: GC der SED im VEB Binnen-
fischerei Kreba, Kreisleitung der
SED Niesky, Kommission zur Erfor-
schung der Geschichte der örtli-
chen Arbeiterbewegung. - Niesky
1973. - 47 S.

VEB Braunkohlenkombinat "Erich
Weinert" Deuben
30. /Dreißigster/ Jahrestag der
Befreiung. Hrsg.: Leitung der Be-
triebsparteiorganisation VEB BKK
"Erich Weinert", Deuben. - Deu-
ben 1975. - 46 S.: Ill.; 30 cm

Glückauf zum 25. /fünfundzwan-
zigsten/ Jahrestag der Kampfgrup-
pen! = Schrittmacher. Organ der
Betriebsparteiorganisation der SED
des VEB Braunkohlenkombinat
"Erich Weinert" Deuben. Sonderaus-

gabe zum 25. Jahrestag der Kampfgrup-
pen. - o. O. 1977. - 4 gez. Bl.: Ill.;
29 cm

Greulich, Erna: Der Parteauftrag. Chro-
nik eines bedeutsamen Investitionsvorha-
bens im VEB Braunkohlenkombinat "Erich
Weinert" Deuben. (Hrsg.: Leitung der
Betriebsparteiorganisation im VEB Braun-
kohlenkombinat "Erich Weinert" Deuben.
(Deuben 1974.) - 104 S.: Ill.; 24 cm

Leucht, Helmut/Zaumsegel, Gerhard:
Die Entwicklung des VEB BKK "Erich
Weinert" Deuben vom kapitalistischen
Konzern zum sozialistischen Großbetrieb
im 30. Jahr der Gründung der Deutschen
Demokratischen Republik. Hrsg.: Zentra-
les Lektorat des VEB BKK "Erich Wei-
nert" Deuben, Lektion 8/9. - 10 S.;
21 cm

VEB Braunkohlenkombinat "Glückauf"
Knappenrode

Meusel, Günter/Neuber, Dietrich/
Schwan, Gottfried: Merzdorf. Aus der
Geschichte eines kleinen Heidedorfes.
Hrsg.: VEB Braunkohlenkombinat
"Glückauf" Knappenrode; Rat des Krei-
ses Hoyerswerda. - o. O. 1979. - 96
(12) S.: Ill.; 21 cm

VEB Braunkohlenkombinat "Gustav So-
bottka" Röblingen

Unsere Bilanz zum X. /Zehnten/ Partei-
tag. VEB Braunkohlenkombinat "Gustav
Sobottka" Röblingen. Hrsg.: Betriebs-
parteiorganisation des VEB Braunkoh-
lenkombinat "Gustav Sobottka", Werk
Röblingen. - Röblingen 1980. - 40 S.:
Ill.; 21 x 30 cm

VEB Braunkohlenkombinat Senftenberg
Bachmann, Günter (unter Mitarb. v.
Fritz Bönisch): Die geschichtliche Ent-
wicklung der Gemeinde Sano. Hrsg.:
VEB Braunkohlenkombinat Senftenberg.-
Senftenberg 1980. - 100 S.: Ill.; Kt.;
21 cm

VEB Braunkohlenwerk Oberlausitz, Ta-
gebau Berzdorf

+ 30 /Dreißig/ Jahre Tagebau Berz-
dorf 1946 - 1976. Hrsg.: Grundorgani-
sation der SED im VEB BKW Oberlau-
sitz, Hagenwerder; Kreisleitung der
SED Görlitz, Kommission zur Erforschung
der Geschichte der örtlichen Arbeiterbe-
wegung. - Görlitz 1976. - 40 S.

Büromaschinenwerk Sömmerda
siehe VEB Robotron

LPG "Bundschuh" Westhausen
+ Beiträge zur Geschichte der LPG
Bundschuh Westhausen. Hrsg.:
Agrarhistorisches Museum Kloster
Veßra. - o. O. 1979. - 24 S.: Ill.

VEB Carl Zeiss Jena
siehe Kombinat VEB Carl Zeiss Jena

VEB Chemieanlagenbau Erfurt-
Rudisleben
siehe Kombinat Chemieanlagenbau
Erfurt-Rudisleben

VEB Chemie- und Tankanlagenbau
"Ottomar Geschke", Fürstenwalde/
Spree
Schiemann, Peter: Unser Betrieb.
VEB Chemie- und Tankanlagenbau
"Ottomar Geschke" Fürstenwalde/
Spree. Betriebsgeschichte. (Hrsg.:
Betriebsparteiorganisation des VEB
Chemie- und Tankanlagenbau "Otto-
mar Geschke", Stammbetrieb Für-
stenwalde. Teil 2: 1947 - 1962. -
Fürstenwalde/Spree 1979. - 96 S.:
Ill., graph. Darst.; 19 x 20 cm

VEB Chemiefaserkombinat Schwarza
"Wilhelm Pieck"
Drushba - Freundschaft - DDR 30.
Hrsg.: Kommission zur Erforschung
der Betriebsgeschichte bei der BPO
der SED des VEB Chemiefaserkombi-
nat Schwarza "Wilhelm Pieck" in Ru-
dolstadt/Thür. - Rudolstadt 1978. -
99 S.: Ill.; 21 cm = Beiträge zur
Betriebsgeschichte des VEB Chemie-
faserkombinat Schwarza "Wilhelm
Pieck" Stammbetrieb, Heft 4

Die politisch-ideologische Arbeit der
Parteiorganisation des VEB Chemie-
faserwerk Schwarza "Wilhelm Pieck"
bei der Entfaltung der Masseninitia-
tive im Produktionsaufgebot im Zeit-
raum von 1961 bis 1965. Kollektiv-
arbeit der Kommission zur Erfor-
schung und Propagierung der Be-
triebsgeschichte bei der Betriebs-
parteiorganisation des VEB Chemie-
faserkombinat Schwarza "Wilhelm Pieck"
zur Realisierung eines Forschungs-
auftrages der Bezirksleitung Gera
der SED. Hrsg.: Kommission zur Er-
forschung und Propagierung der Be-

triebsgeschichte im Auftrag der BPO
der SED des CFK Schwarza "Wilhelm
Pieck". - Rudolstadt 1979. - 64 S.: Ill.;
21 cm = Beiträge zur Betriebsgeschich-
te des VEB Chemiefaserkombinat Schwar-
za "Wilhelm Pieck" Stammbetrieb, Heft 5

Chemiefaserwerk "Friedrich Engels",
Premnitz
Chronik der FDJ-Grundorganisation
"Philipp Müller" des Chemiefaserwer-
kes "Friedrich Engels" Premnitz. Hrsg.:
FDJ-Leitung der Grundorganisation
"Philipp Müller" des VEB Chemiefaser-
werk "Friedrich Engels" Premnitz. Er-
arb.: Arbeitsgruppe "FDJ-Chronik". -
Premnitz (1980). - 148 S.; 21 cm

VEB Chemiekombinat Bitterfeld
Czogalla, Werner: Kampf und Schöpfer-
tum der Arbeiter im Chemiekombinat
Bitterfeld zur Verwirklichung der Ge-
nerallinie des IX. Parteitages der SED -
Erfüllung der revolutionären Traditionen
der Bitterfelder Arbeiter in unse-
rer Zeit. Hrsg.: Kreisleitung der SED
VEB CKB, Abt. Agit.-Prop., Betriebs-
geschichtskommission. - (Bitterfeld
1979.) - 20 S.; 21 cm

Klamt, Erwin/Meißner, Werner: Chemie-
werker von Bitterfeld und Ufa auf dem
Weg der sozialistischen Integration.
Kurzer Abriss der Geschichte der Zu-
sammenarbeit von 1969 bis 1980. Hrsg.:
Abt. Agitation/Propaganda und die Ge-
schichtskommission der Kreisleitung der
SED im VEB Chemiekombinat Bitterfeld. -
o. O. 1981. - 64 S.: Ill.; 22 cm = ...
aus der Geschichte des VEB Chemie-
kombinat Bitterfeld, Heft 4
Umschlagt.: Die Chemiarbeiter von
Bitterfeld und Ufa auf dem Weg der so-
zialistischen ökonomischen Integration

Zum Kampf und Schöpfer-
tum der Bitter-
felder Chemiarbeiter bei der erfolgrei-
chen Verwirklichung des Parteiprogramms
zwischen dem IX. und X. Parteitag der
SED. Hrsg.: Kreisleitung der SED, Abt.
Agitation und Propaganda. - o. O. 1980. -
67 S.; 22 cm = ... aus der Geschichte
des VEB Chemiekombinat Bitterfeld,
Heft 2

VEB Chemische Werke Buna
siehe Kombinat VEB Chemische Werke
Buna

press 1980. - 255 S.: Ill.

VEB Cottbusverkehr
75 /Fünfundsiebzig/ Jahre Cottbuser
Straßenbahn. Hrsg.: VEB Cottbus-
verkehr. - Cottbus (1978). - 32 S.:
Ill., graph. Darst.; 19 x 20 cm &
Erg.-Bl. (2 S.)

Die Eisenbahn in der sozialistischen
ökonomischen Integration. Hrsg.: Po-
litische Verwaltung der Deutschen
Reichsbahn. - Berlin 1972. - 62 S.:
graph. Darst.; 21 cm = Schriftenreihe
der Politischen Verwaltung der Deut-
schen Reichsbahn, Heft 42

VEB Datenverarbeitungszentrum Gera
Beiträge zur Geschichte des VEB Da-
tenverarbeitungszentrum Gera. Im
Auftrag der Betriebsparteiorganisa-
tion der SED des VEB Datenverarbei-
tungszentrum Gera hrsg. v. d. Kom-
mission für Betriebsgeschichte. -
o. O. 1980. - 70 S.: Ill.; 21 cm
Umschlagt.: EDV im Dienste der Ra-
tionalisierung

Erfahrungen der Parteiarbeit bei der
Realisierung wichtiger Investitionsvor-
haben der Deutschen Reichsbahn. Hrsg.:
Politische Verwaltung der Deutschen
Reichsbahn. - Berlin 1976. - 48 S.:
Ill.; 20 cm = Schriftenreihe der Poli-
tischen Verwaltung der Deutschen
Reichsbahn, Heft 51

VEB D/aten-/ V/erarbeitungs-/
Z/entrum/ Rostock
+ Den Weg wies uns die Partei. Aus
der Betriebsgeschichte des VEB DVZ
Rostock. Hrsg.: BPO des DVZ Ro-
stock, Betriebsgeschichtskommission. -
Rostock 1979. - 43 S.: Ill.

15 /Fünfzehn/ Jahre Messe der Meister
von Morgen im Verkehrswesen. Hrsg.:
Politische Verwaltung der Deutschen
Reichsbahn. - Berlin 1973. - 42 S.:
Ill.; 21 cm = Schriftenreihe der Poli-
tischen Verwaltung der Deutschen Reichs-
bahn, Heft 44

VEB Dauermilchwerke Stendal und
Genthin

+ 25 /Fünfundzwanzig/ Jahre Dau-
ermilchwerke Stendal und Genthin.
Hrsg.: VEB Dauermilchwerke Sten-
dal. - Stendal 1974

Von Parteitag zu Parteitag. Dokumenta-
tion über Leistungen und Ergebnisse
des Eisenbahnwesens bei der erfolgrei-
chen Verwirklichung der Beschlüsse
des IX. Parteitages der Sozialistischen
Einheitspartei Deutschlands. (Von ein-
nem Kollektiv unter Leitung von Horst
Spieckermann. Hrsg.: Politische Ver-
waltung der Deutschen Reichsbahn.) -
Berlin 1981. - 36 S.: Ill.; 21 cm =
Schriftenreihe der Politischen Verwal-
tung der Deutschen Reichsbahn, Heft
62

VEB Deutfracht/Seereederei Rostock
siehe VEB Kombinat Seeverkehr und
Hafenwirtschaft Rostock

Deutsche Post

Hofmann, Friedrich H.: Postge-
schichte der Stadt Schwarzenberg
(Erzgeb.). Von den Anfängen bis
zum Jahre 1945. Hrsg.: Philatelisten-
verb. im Kulturbund der DDR, Kreis-
vorstand Schwarzenberg. - Schwar-
zenberg 1979. - 91 S.: Ill.

Weisbrod, Manfred/Petznic, Wolfgang
(unter Mitarbeit von Helmut Griehl und
Horst J. Obermayer): Dampfloch-Archiv.
Bd. 4: Baureihen 97, 98 und 99. -
Berlin: Transpress 1981. - 251 S.: Ill.,
Tab.; 28 cm

Deutsche Post, Post- und Fernmel-
deamt Dessau

35 /Fünfunddreißig/ Jahre geschicht-
liche Entwicklung des Post- und Fern-
meldewesens in der Stadt Dessau
1945 - 1980. Hrsg.: Deutsche Post.
Post- und Fernmeldeamt Dessau. -
(Dessau 1981). - 54 S.: Ill. 20 x 21 cm

Deutsche Reichsbahn. Bahnbetriebs-
werk Güsten

+ 100 /Hundert/ Jahre Bahnbetriebs-
werk Güsten. Hrsg.: Bahnbetriebswerk
Güsten. - o. O. 1978. - 44 S.: Ill.

Deutsche Reichsbahn

Berger, Manfred: Bahnhofsbauten
Sachsens, Preußens, Mecklenburgs
und Thüringens. - Berlin: Trans-

Deutsche Reichsbahn. Gleisbaubetrieb
Naumburg

Betriebschronik des DR-Gleisbaubetrie-
bes Naumburg. Baueisenbahner schrei-
ben die Geschichte ihres Betriebes.

Hrsg.: BPO der SED des DR-Gleisbaubetriebes Naumburg, Kommission Betriebschronik. - Halle 1979. - 35 S.: Ill. 19 x 20 cm

Deutsche Reichsbahn. Reichsbahnausbesserungswerk Delitzsch
+ Das Reichsbahnausbesserungswerk Delitzsch 1945 - 1949. Die Entwicklung der Arbeiterklasse und aller Werktätigen von der Zerschlagung des Faschismus bis zur Gründung der DDR. Hrsg.: Leitung der BPO des RAW Delitzsch. - o.O. o.J. - 32 S.: Ill.

Deutsche Reichsbahn. Reichsbahnausbesserungswerk "Ernst Thälmann" Halle
Ökonomische Agitation und Propaganda. Erfahrungen im RAW "Ernst Thälmann" Halle bei der Führung und Organisation des sozialistischen Wettbewerbes. Hrsg.: Stadtleitung Halle der SED; Stadtbezirksleitung Halle-Ost der SED; Betriebsparteiorganisation der SED des RAW "Ernst Thälmann" Halle. - Halle 1980. - 32 S.; 21 cm = Bibliothek der Schrittmacher, Nr. 15

Deutsche Reichsbahn. Reichsbahnausbesserungswerk Potsdam
+ Unser Werk. Wachsen und Wirken des Reichsbahnausbesserungswerkes Potsdam unter den Bedingungen von 25 Jahren Arbeiter- und Bauern-Macht in der DDR. Hrsg.: BPO der SED des RAW Potsdam. - Potsdam 1974. - 48 S.

Deutsche Reichsbahn. Reichsbahnausbesserungswerk Wittenberge
Freiwillige Feuerwehr der Hauptwerkstatt Wittenberge, gegründet 1906, veröffentlicht im Rahmen der Arbeit der Kommission Betriebsgeschichte der Betriebsparteiorganisation des Reichsbahnausbesserungswerkes Wittenberge. - Wittenberge 1981. - 67 S.: Ill.; 18 x 25 cm
Umschlagt.: 75 /Fünfundsiebzig/
Jahre freiwillige Feuerwehr 1906 - 1981

Unsere erfolgreiche Bilanz zwischen dem IX. /neunten/ und X. Parteitag der SED. Hrsg.: BPO Reichsbahnausbesserungswerk Wittenberge. - o.O. 1980. - 12 S.; 20 x 30 cm

Deutsche Reichsbahn. Reichsbahndirektions-Bezirk Erfurt
Auf sicherem Kurs mit guten Leistungen. Reichsbahndirektionsbezirk Erfurt. Hrsg.: Politische Abteilung, Rbd Erfurt. - Erfurt 1979. - 51 S.: zahlr. Ill.; 30 cm

Der Reichsbahndirektions-Bezirk Erfurt zwischen dem IX. und X. Parteitag der SED. (Von Parteitag zu Parteitag.) - Erfurt 1981. - 47 S.: Ill.; 30 cm

Deutsche Reichsbahn. Reichsbahndirektions-Bezirk Greifswald
Die Entwicklung der Kampfgruppen der Arbeiterklasse im Reichsbahndirektionsbezirk Greifswald. Informationsmaterial. Hrsg.: Arbeitsgruppe der Politischen Abteilung der Reichsbahndirektion Greifswald. - Greifswald 1978. - 39 S.: Ill.; 21 cm

Deutsche Reichsbahn. Reichsbahndirektions-Bezirk Halle
Reichsbahndirektions-Bezirk Halle. (Hrsg.: Polit. Abt. der Rbd Halle, Sektor Agitation und Propaganda. - Halle 1981. - 40 S.: Ill.; 30 cm
Umschlagt.: Der Rbd-Bezirk Halle zwischen zwei Parteitagen

Deutsche Reichsbahn. Strecken
Denkmalgeschützte Kleinbahnen im Ostseebezirk. Ihre Geschichte und Perspektive. Hrsg.: Deutscher Modelleisenbahn-Verband der DDR, Bezirksvorstand Schwerin. Kommission Freunde der Eisenbahn. - 2., vollständig überarb. u. verb. Aufl. - Rostock 1980. - 64 S.: Ill. (z.T. farb.), 2 Kt.; 21 cm

Preuß, Reiner/Preuß, Erich: Schmalspurbahnen der Oberlausitz. - Berlin 1980. - 152 S.: Ill. = Transpress-Verkehrsgeschichte

Röper, Hans/Zieglgänsberger, Gerhard: Die Selketalbahn. - Berlin 1980. - 144 S.: Ill., Kt. = Transpress-Verkehrsgeschichte

Schultz, Lothar: 130 /Hundertdreißig/
Jahre Rostocker Eisenbahn. Eine Dokumentation. (Unter Verwendung von Beiträgen von H. Horstmann und B. Westphal.) Hrsg.: Deutscher Modelleisenbahnverband der DDR, Arbeitsgemeinschaft 8/9, Freunde der Eisenbahn. -

Rostock 1979. - 48 S.: zahlr. Ill.
(z. T. farb.); 21 cm

Deutsche Seereederei DSR
siehe VEB Kombinat Seeverkehr und
Hafenwirtschaft Rostock

VEB D/deutsches/ H/ydrier-/W/erk/
Rodleben

25 /Fünfundzwanzig/ Jahre Kampf-
gruppen der Arbeiterklasse im VEB
DHW Rodleben. Rückblick auf 25
Jahre der Meisterung des Waffen-
handwerks durch Kämpfer der Kampf-
gruppen-Hundertschaft "Rudolf Wöhl".
Hrsg.: Leitung der BPO des VEB
Deutsches Hydrierwerk Rodleben. -
o.O. 1978. - 35 S.: Ill.; 19 x 20 cm

VEB Dienstleistungskombinat Heili-
genstadt

+ 20 /Zwanzig/ Jahre VEB Dienstlei-
stungskombinat Heiligenstadt. Beiträ-
ge zur Betriebsgeschichte. Hrsg.:
Betriebsgeschichtskommission des
VEB DLK Heiligenstadt. - Heiligen-
stadt 1979. - 48 S.: Ill.

VEB Draht- und Seilwerk Rothenburg
(Saalkreis)

(Clemens, Herbert/Kühne, Iris): Be-
triebsgeschichte des VEB Draht- und
Seilwerk Rothenburg (Saalkreis).

Teil 1: Die Geschichte des Ortes Ro-
thenburg seit 961 unter besonderer
Beachtung seiner Industriebetriebe
auf dem Gelände des heutigen VEB
Draht- und Seilwerk Rothenburg bis
zum Jahre 1949. Hrsg.: Betriebspar-
teiorganisation der SED des VEB
Draht- und Seilwerk Rothenburg. -
o.O. (1981). 60 S.: Ill.; 30 cm

VEB Drehmaschinenwerk Leipzig

Ruby, Jürgen: Von der Drehmaschi-
ne zum Drehautomaten. Ein Beitrag
zur Geschichte der Automatisierung
von den Anfängen bis zum Ende des
I. Weltkrieges. - Diss. A, Technische
Hochschule Dresden, 1980. - 194 Bl.:
19 Ill.; 29 cm

VEB Druckerei "Gottfried Wilhelm
Leibnitz" Gräfenhainichen

+ 100 /Hundert/ Jahre Buchdruck
Gräfenhainichen. Hrsg.: VEB Druk-
kerei "Gottfried Wilhelm Leibnitz". -
Gräfenhainichen 1974.

Druckhaus Freiheit, Halle

Lenke, Fritz: Zeittafel zur Betriebsge-
schichte des Druckhaus Freiheit Halle.
1945 - 1975. Erarb. im Auftrag der
Parteilitung durch die Kommission für
die Geschichte des Druckhaus Freiheit
Halle. - (Halle 1979.) - 20 S.: Ill.;
30 cm

Die Sorge um den Nachwuchs, ein Klas-
senauftrag. Erarb. im Auftrag der Par-
teilitung durch die Kommission für die
Betriebsgeschichte vom Druckhaus Frei-
heit Halle. - Halle 1980. - 36 S.: Ill.;
30 cm = Beiträge zur Betriebsgeschichte
vom Druckhaus Freiheit Halle, Nr. 2

VEB Dübel- und Holzwerk Loitz

VEB Dübel- und Holzwerk Loitz. 30
/Dreißig/ Jahre. 1948 - 1978. - o.O.
(1979). - 97 S.: Ill.; 21 cm

Düngemittelkombinat VEB Stickstoff-
werk Piesteritz

Lau, Kurt: Kalkstickstoff für den Krieg!
Zur Entstehung des Stickstoffwerkes
Piesteritz. Hrsg.: Kommission Betriebs-
geschichte des Düngemittelkombinates
VEB Stickstoffwerk Piesteritz. - Pieste-
ritz 1978. - 40 S.: Ill.; 21 cm
Umschlagt.: Betriebsgeschichte des
VEB Stickstoffwerk Piesteritz. Grün-
dung 1915

+ Proletarischer Internationalismus
in Aktion. Dargestellt am Beispiel Groß-
baustelle Düngemittelkombinat VEB
Stickstoffwerk Wittenberg-Piesteritz
über sozialistische Integration im Zeit-
raum 1970 bis 1974. Hrsg.: Bezirkslei-
tung Halle der SED, Abt. Agit./Prop. -
Halle 1973. - 24 S.: Ill.

DVZ

siehe Datenverarbeitungszentrum

Kooperation Ebersbach

+ Wallas, Peter: Kooperation Ebers-
bach. Hrsg.: Kreisleitung der SED
Großenhain, Kommission zur Erfor-
schung der Geschichte der örtlichen
Arbeiterbewegung. - Großenhain 1979.
- 36 S.

Eisenwerk "1. Mai" Tangerhütte

siehe VEB M/agdeburger A/rmaturen-/
W/erke/

VEB Eisen- und Hüttenwerke Thale Beck, Manfred: Die Entstehung und Entwicklung der Eisen- und Hüttenwerke Thale bis zum Zusammenbruch des faschistischen Deutschlands.

Hrsg.: Betriebsparteiorganisation des VEB Eisen- und Hüttenwerke Thale. Teil 1: Von den Anfängen bis zum ersten Weltkrieg, 1686 - 1917. - o.O. 1979. - 100 S.: Ill.; 21 cm (= Band 1)

Teil 2: Von der Novemberrevolution bis zum Zusammenbruch des faschistischen Deutschlands. 1917 - 1945. - o.O. 1980. - 104 S.: Ill.; 21 cm (= Band 2)

Könnemann, Erwin: Die Eisen- und Hüttenwerke Thale in der Periode des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus. Hrsg.: Betriebsparteiorganisation des VEB Eisen- und Hüttenwerke Thale. Teil 1: Die antifaschistisch-demokratische Umwälzung. 1945 - 1949. - o.O. o.J. - 96 S.: Ill.; 21 cm (= Band 3)
Teil 2: Der Aufbau der Grundlagen des Sozialismus. 1949 - 1961. - o.O. o.J. - 96 S.: Ill.; 21 cm (= Band 4)

Könnemann, Erwin: Der VEB Eisen- und Hüttenwerke Thale in der Etappe des umfassenden Aufbaus des Sozialismus. 1961 - 1965. Hrsg.: Zentrale Parteileitung der SED im VEB Eisen- und Hüttenwerke Thale. - o.O. o.J. - 88 S.: Ill.; 21 cm (= Band 5)

VEB Elektromat Dresden

+ Schmidt, Ruth: Getreu dem Gelöbnis. 25 /Fünfundzwanzig/ Jahre Kampfgruppen der Arbeiterklasse. Hrsg.: BPO der SED im VEB Elektromat Dresden; Stadtbezirksleitung Dresden-Nord der SED, Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung. - Dresden 1978. - 67 S.: Ill.

VEB Elektromotorenwerk Dessau
+ 25 /Fünfundzwanzig/ Jahre VEB Elektromotorenwerk Dessau. Entwicklung des Betriebes 1949 - 1974. Technik und Ökonomie. Unser Werk. - Dessau 1975. - 27 S.: Ill.

+ Streiflichter aus einem sozialistischen Betrieb im Jubiläumsjahr

der DDR. Hrsg.: VEB Elektromotorenwerk Dessau. Betrieb des Kombinats Elektromaschinenbau Dresden. - Dessau 1979. - 32 S.: Ill.

VEB Elektro-Physikalisches Werk Neuruppin. Betrieb im Kombinat Elektronische Bauelemente

Unser Werk gewachsen mit unserer Republik. Bilanz unserer Belegschaft zwischen zwei Parteitagen. VEB Elektro-Physikalisches Werk Neuruppin, Betrieb im Kombinat Elektronische Bauelemente. 1971 - 1976. Hrsg.: Leitung der BPO der SED und Betriebsleitung des VEB Elektro-Physikalisches Werk Neuruppin. - Neuruppin 1976. - 31 S.: Ill.; 30 cm

Umschlagt.: 1951 - 1976. 25 Jahre VEB Elektro-Physikalisches Werk Neuruppin. Betrieb im Kombinat VEB Elektronische Bauelemente

VEB Energiekombinat Ost

150 /Hundertfünfzig/ Jahre Gasversorgung in Dresden. 1828 - 1978. Hrsg.: VEB Energiekombinat Ost, Kombinatdirektor. - Dresden 1978. - 24 gez. S.: zahlr. Ill.; 10 x 22 cm

VEB Entwicklungs- und Musterbau, Baumechanisierung

+ 10 /Zehn/ Jahre VEB Entwicklungs- und Musterbau, Baumechanisierung. 1962 bis 1972. - Berlin 1972. - 48 S.

VEB Erdöl/Erdgas, Stendal

+ Unsere Bilanz zwischen zwei Parteitagen. Hrsg.: Parteileitung der BPO Erdöl/Erdgas Stendal. - Stendal 1976

LPG "Ernst Thälmann" Griesheim

+ Das sind wir! Die LPG "Ernst Thälmann" Griesheim im 30. Jahr der DDR. Hrsg.: Betriebsgeschichtskommission der Grundorganisation der SED der LPG "Ernst Thälmann" Griesheim. o.O. o.J.

VEB Fernmeldewerk Nordhausen

+ Mit unserer Republik gewachsen. Betriebsgeschichte des VEB Fernmeldewerk Nordhausen. Hrsg.: Betriebsgeschichtskommission des VEB Fernmeldewerk Nordhausen. - Nordhausen 1974. - 79 S.

VEB Filmfabrik Wolfen - Fotochemisches Kombinat

Die Betriebsakademie - eine Akademie der Werktätigen. Sozialistische Bildungspolitik im VEB Filmfabrik - Fotochemisches Kombinat. Bearb. v. Emil Schwarz. Hrsg.: Kommission für Betriebsgeschichte der Zentralen Parteileitung; Betriebsarchiv des VEB Filmfabrik Wolfen - Fotochemisches Kombinat. - Wolfen 1980. - 72 S.: Ill.; 24 cm = Aus der Geschichte der Filmfabrik Wolfen, Nr. 46

Die Entwicklung der Neuererbewegung im VEB Filmfabrik Wolfen von ihren Anfängen bis zur Gegenwart. Hrsg.: Kommission für Betriebsgeschichte der Zentralen Parteileitung; Betriebsarchiv des VEB Filmfabrik Wolfen - Stammbetrieb des VEB Fotochemisches Kombinat Wolfen. - Wolfen 1981. - 63 S.: Ill.; 24 cm = Aus der Geschichte der Filmfabrik Wolfen, Nr. 47

Schmelzer, Janis: Pro und kontra Monopole. Eine Auseinandersetzung mit der imperialistischen Konzernideologie. Hrsg.: Kommission für Betriebsgeschichte der Zentralen Parteileitung; Betriebsarchiv VEB Filmfabrik Wolfen - Fotochemisches Kombinat. - Wolfen 1979. - 33 S.: Ill.; 24 cm = Aus der Geschichte der Filmfabrik Wolfen, Nr. 44

VEB Fischfang Rostock

Bildende Kunst im VEB Fischfang Rostock zum 30jährigen Bestehen des Betriebes und zu den 18. Arbeiterfestspielen der DDR 1980 im Bezirk Rostock. Hrsg.: VEB Fischfang Rostock. - Rostock (1980). - 80 S.: Ill.; 20 cm

VEB Fischfang Saßnitz

VEB Fischfang Saßnitz. Betriebsgeschichte. 2: 1974 - 1979. Erarbeitet im Auftrag der Parteileitung des VEB Fischfang Saßnitz durch die Betriebsgeschichtskommission. - Saßnitz (1979). - 47 S.: Ill.; 21 cm

VE Fleischkombinat Schwerin.

Fleischwarenbetrieb Ludwigslust Betriebschronik. Teil 1. VE Fleischkombinat Schwerin, Fleischwarenbetrieb Ludwigslust. Hrsg.: BPO VE

Fleischkombinat Schwerin, Fleischwarenbetrieb Ludwigslust. - Ludwigslust 1979. - 31 S.: Ill.; 21 cm

VEB Förderungs-ausrüstungen Aschersleben

+ 30 /Dreißig/ Jahre DDR - 30 Jahre VEB Förderungs-ausrüstungen Aschersleben. Die Beschlüsse des IX. Parteitages der SED - Richtschnur unseres Handelns. Hrsg.: VEB Förderungs-ausrüstungen Aschersleben. - o.O. 1979

VEB Fotopapierwerk Dresden

Oehme, Karl-Heinz: Aus der Chronik. Hrsg.: BPO der SED im VEB Fotopapierwerk Dresden; Stadtbezirksleitung Dresden-Ost der SED, Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung. - Dresden 1979. - 84 S.: Ill.; 22 cm

Frauenklinik Stendal

100 /Hundert/ Jahre Frauenklinik Stendal. Hrsg.: SED-Betriebsparteiorganisation der Frauenklinik Stendal. - Stendal 1980. - 22 S.: Ill.; 21 cm

Frauenklinik der Universität Rostock

Klausch, Bernd/Schwarz, Reinhold: Die Geschichte der Frauenklinik der Universität Rostock von den Anfängen bis zur Gegenwart. Frauenklinik des Bereichs Medizin der Wilhelm-Pieck-Universität Rostock. - Rostock 1980. - 31 S.: Ill.; 19 x 21 cm

VEB Funktechnische Werke Geyer

+ Betriebschronik. Geschichte und Gegenwart des VEB Funktechnische Werke Geyer, Betrieb des VEB Kombinat Rundfunk und Fernsehen. Zur Entwicklung der Industrie im Kreis Annaberg. Hrsg.: Kreisleitung Annaberg der SED und BPO des VEB Funktechnische Werke Geyer. - Annaberg 1979. - 32 S.: Ill.

VEB Funkwerk Berlin-Köpenick

+ 30 /Dreißig/ Jahre VEB Funkwerk Berlin-Köpenick. Gewidmet dem 35. Jahrestag der Befreiung unseres Volkes vom Hitlerfaschismus durch die ruhmreiche Sowjetarmee. Hrsg.: Betriebsparteiorganisation der SED im VEB Funkwerk Berlin-Köpenick, Betrieb des VEB Kombinat Nachrichtenelektronik. - Berlin 1979. - 48 S.

VEB Gasgerätewerk Dessau
+ Bilanz zwischen zwei Parteita-
gen. VEB Gasgerätewerk Dessau.
Hrsg.: VEB Gasgerätewerk Dessau. -
Dessau 1976. - 59 S.: Ill.

VEB Gaskombinat Schwarze Pumpe.
Stammbetrieb
Unsere Liebe - unsere Kunst der Deut-
schen Demokratischen Republik, un-
serem sozialistischen Vaterland.
Hrsg.: Kreisvorstand IG Bergbau/
Energie; VEB Gaskombinat Schwarze
Pumpe - Stammbetrieb. - o.O. 1980. -
20 gez. Bl.: Ill.; 22 x 24 cm
umschlagt.: Freizeit - Volkskunst -
Lebensfreude

VEB Getreidewirtschaft Pasewalk
Chronik des VEB Getreidewirtschaft
Pasewalk, mit den Betriebsteilen
Mischfutterwerk Pasewalk, Prenzlau,
Ueckermünde. 1949 - 1979. Hrsg.
von der Kommission zur Erforschung
der Betriebsgeschichte der Grund-
organisation des VEB Getreidewirt-
schaft Pasewalk. - Pasewalk 1980. -
66 S.: Ill.; 30 cm

Gleisbaubetrieb Naumburg
siehe Deutsche Reichsbahn

VEB Görlitzer Maschinenbau
+ Stasiak, Rudi: Aufbruch der Ma-
schinenbauer in die neue Zeit. Aus
der Geschichte des VEB Görlitzer
Maschinenbau 1945 - 1955. Hrsg.:
GO der SED im VEB Görlitzer Maschi-
nenbau. Kreisleitung Görlitz der SED,
Kommission zur Erforschung der Ge-
schichte der örtlichen Arbeiterbewe-
gung. - Görlitz 1978. - 95 S.: Ill.

Graphischer Großbetrieb Interdruck
Leipzig
+ Revolutionäre Traditionen der Ar-
beiter des graphischen Gewerbes in
der Buchstadt Leipzig. - Leipzig
1979. - 40 S.: Ill. = Beiträge zur
Betriebsgeschichte des Graphischen
Großbetriebes Interdruck Leipzig.
Hrsg.: Betriebsparteiorganisation
der SED des Graphischen Großbetrie-
bes Interdruck Leipzig, Nr. 1

Walter Streng - Initiator der Hen-
necke-Bewegung in der graphischen
Industrie. - Leipzig 1978. - 15 S.:
Ill.; 21 cm = Beiträge zur Betriebs-
geschichte des Graphischen Großbe-

triebes Interdruck Leipzig. Hrsg.:
Geschichtskommission des Graphischen
Großbetriebes Interdruck Leipzig, Nr. 3

+ 10 /Zehn/ Jahre Betriebsteil Licht-
satz, Georgiring 3a. - Leipzig 1979. -
12 S.: Ill., Zeittafel = Beiträge zur Be-
triebsgeschichte des Graphischen Groß-
betriebes Interdruck Leipzig. Hrsg.:
BPO der SED des Graphischen Großbe-
etriebes Interdruck Leipzig. Betriebs-
geschichtskommission, Heft 5

Zeittafel zur Betriebsgeschichte des
Graphischen Großbetriebes Interdruck
Leipzig 1945 - 1979. Erarbeitet im Auf-
trag der Geschichtskommission von Hel-
mut Meyer und Heinz Zietzschmann. -
Leipzig 1979. - 25 S. (als Ms. gedr.);
24 cm

LPG Griesheim
siehe LPG "Ernst Thälmann" Griesheim

VEB Gummikombinat Thüringen, Wal-
tershausen
+ 12. /Zwölfte/ K/amp/-/ G/ruppen-/
H/unterschafft/ (mot.) "Erich Weinert".
Wir haben die Lehren aus der Geschich-
te gezogen. 1953 - 1978. 25 Jahre Kampf-
gruppe der Arbeiterklasse. Hrsg.: VEB
Gummikombinat Thüringen, Waltershausen.
- o.O. 1978. - 42 S.: Ill.

VE Handelsorganisation (HO) Lebens-
mittel/Industriewaren Weimar
Zeittafel zur Betriebsgeschichte der VE
Handelsorganisation (HO) Lebensmittel/
Industriewaren Weimar zu Ehren des
X. Parteitages der SED v. e. Autoren-
kollektiv. Hrsg.: Betriebsparteiorgani-
sation der SED HO Lebensmittel/Indu-
striewaren - Kommission Betriebsge-
schichte mit Unterstützung der Kommis-
sion zur Erforschung der Geschichte
der örtlichen Arbeiterbewegung bei der
Kreisleitung Weimar der SED. - Weimar
1981. - 51 S.: Ill.; 21 cm

H/andels-/ O rganisation Parchim/Lübz
Betriebschronik. Aus der Geschichte
unserer Handelsorganisation. HO Parchim/Lübz.
1949 - 1970. Teil 1. Hrsg.:
BPO und BGL der volkseigenen Han-
delsorganisation (HO) Parchim/Lübz. -
o.O. 1980. - 31 S.: Ill.; 21 cm

VEB Hydrogeologie Nordhausen im
Kombinat Geologische Forschung
und Erkundung, Halle
+ 110 /Hundertzehn/ Jahre Gips
aus Ellrich. Beiträge zur Geschichte
der Ellricher Gipsindustrie. Hrsg.:
BPO der SED und Betriebsleitung
des VEB Hydrogeologie Nordhausen
im VEB Kombinat Geologische For-
schung und Erkundung. - Halle
1979. - 35 S.: Ill.

VEB IFA-Automobilwerke Ludwigs-
felde
Bilanz auf bewehrtem Weg zum X. Par-
teitag der SED: Bild-Text-Chronik
aus dem VEB IFA-Automobilwerke
Ludwigsfelde, Stammbetrieb des IFA-
Kombinates Nutzkraftwagen. Hrsg.:
Betriebsparteileitung im VEB IFA-
Automobilwerke Ludwigsfelde,
Stammbetrieb im IFA-Kombinat Nutz-
kraftwagen. - Ludwigsfelde 1980. -
29 gez. Bl.: überwiegend Ill.; 30 cm

Industriebau Erfurt
siehe VEB Bau- und Montagekombi-
nat Erfurt

VEB Industrieprojektierung Karl-
Marx-Stadt
+ 25 /Fünfundzwanzig/ Jahre In-
dustrieprojektierung Karl-Marx-
Stadt. 1949 - 1974. - Karl-Marx-
Stadt 1974.

Institut für Milchwirtschaft beim Mi-
nisterium für Land-, Forst- und
Nahrungsgüterwirtschaft, Oranien-
burg
30 /Dreißig/ Jahre Deutsche Demo-
kratische Republik, 20 /Zwanzig/
Jahre milchwirtschaftliche Forschung
in Oranienburg. Hrsg.: Institut für
Milchwirtschaft beim Ministerium für
Land-, Forst- und Nahrungsgüter-
wirtschaft, Oranienburg. - Oranien-
burg 1979. - 120 S.: Ill., graph.
Darst.; 21 cm

Institut für Stahlbeton
siehe VEB Betonleichtbaukombinat

Interdruck
siehe VEB Graphischer Großbetrieb
Interdruck Leipzig

VEB Jenapharm
siehe Zur Methodik der Betriebsge-
schichtsschreibung

VEB Kalibetrieb Südharz, Werk Glück-
auf
+ Grundriß der Geschichte des Kali-
werkes Glückauf. Hrsg.: Lektorat des
VEB Kalibetrieb Südharz, Werk Glück-
auf. - Sondershausen 1977. - 38 S.: Ill.

VEB Kali- und Steinsalzbetrieb "Saale"
Staßfurt
+ Plan hoher Ziele. Bilanz stolzer Er-
folge. VEB Kali- und Steinsalzbetrie-
be "Saale" Staßfurt. Hrsg.: VEB Kali-
und Steinsalzbetriebe "Saale" Staßfurt.
- o.O. 1974.

siehe auch VEB Steinsalzwerk Bernburg

VEB Kaliwerk "Thomas Müntzer" Bi-
schofferode
+ Wir und unsere Republik. Wegberei-
ter aus dem Kaliwerk "Thomas Müntzer"
Bischofferode über ihr Leben. Hrsg.:
BPO der SED des VEB Kaliwerk "Tho-
mas Müntzer" in Zusammenarbeit mit
der Kreisleitung Worbis der SED. - Wor-
bis o.J. - 60 S.: Ill.

VEB Kalkreuth
+ Gampe, Wolfgang/Urban, Erich:
VEB Kalkreuth. Hrsg.: Kreisleitung
Großenhain der SED, Kommission zur
Erforschung der Geschichte der örtli-
chen Arbeiterbewegung; VEB Kalkreuth,
Betriebsleitung. - Großenhain 1977. -
28 S.: Ill.

VEB Karl-Liebknecht-Werk Oelsnitz
siehe VEB Robotron

VEB Karl-Marx-Werk Pöbneck
30 /Dreißig/ Jahre DDR - Unser Be-
trieb - Unsere Taten. Zeittafel zur
Betriebsgeschichte des Karl-Marx-Wer-
kes = Sonderausgabe: "Das Echo", Or-
gan der Betriebsparteiorganisation des
Karl-Marx-Werkes Pöbneck, Nr. 8/1978,
8 gez. S.: Ill.; 35 cm

Wichtige Daten - 30 Jahre DDR. = Son-
derausgabe: "Das Echo". Organ der
Betriebsparteiorganisation des Karl-
Marx-Werkes Pöbneck, Nr. 4/1978.
8 gez. S.: Ill.; 35 cm

VEB Ketten- und Nagelwerk Weißenfels
+ Das Werden und Wachsen des VEB
Ketten- und Nagelwerkes Weißenfels.
Hrsg.: BPO der SED. - Weißenfels 1979.
- 87 S.: Ill.

VEB Ketten- und Nagelwerke Roßbach

Die Freundschaft zur Sowjetunion und die zielgerichtete Anwendung sowjetischer Neuerermethoden im VEB Ketten- und Nagelwerke Roßbach eine Herzenssache. Hrsg.: Kommission für Betriebsgeschichte der Parteileitung des VEB Ketten- und Nagelwerke Roßbach und Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung bei der Kreisleitung Merseburg der SED. - Merseburg 1978. - 16 S.: Ill.; 21 cm

VEB Kinderfahrzeuge Zekiwa Zeitz
Entwicklung der Zeitzer Kinderwagenindustrie. ZEKIWA. Broschüre wurde erarbeitet: Kommission Betriebsgeschichte des VEB Kinderfahrzeuge Zekiwa Zeitz. Hrsg.: Betriebsparteiorganisation des VEB Zekiwa. - Zeitz 1977. - 71 S.: Ill.; 21 cm

+ 25 /Fünfundzwanzig/ Jahre Kampfgruppen der Arbeiterklasse. Hrsg.: Betriebsparteiorganisation des VEB Zekiwa. Hrsg.: Betriebsgeschichtskommission des VEB Zekiwa. - Zeitz 1977. - 70 S.: Ill.

VEB Klement-Gottwald-Werke Schwerin

25 /Fünfundzwanzig/ Jahre VEB Klement-Gottwald-Werk Schwerin. Hrsg.: VEB Klement-Gottwald-Werk Schwerin. - o.O. 1973. - 31 S.: Ill.; 29 cm

Kombinat VEB Carl Zeiss Jena

(Esche, Paul Gerhard/Fiedler, Horst/Hiegewald, Wolfgang): 30 /Dreißig/ Jahre Deutsche Demokratische Republik - Neues Leben der Carl-Zeiss-Stiftung Jena. Hrsg.: Carl-Zeiss-Stiftung Jena. - o.O. 1979. - 93 S.: Ill.; 23 cm

Fiedler, Horst: Gleichberechtigt. Die Entwicklung der Frauen und Mädchen im VEB Carl Zeiss Jena. Hrsg.: Frauenkommission der Industriekreisleitung der SED des VEB Carl Zeiss Jena. - o.O. 1975. - 24 S.: Ill.; 21 cm

+ Wie ein kleines Kollektiv wirksam wurde. Kulturpolitische Beiträge und literarische Arbeiten des Zirkels

"Schreibender Arbeiter" Eisfeld.

Hrsg.: VEB Carl Zeiss Jena - Betrieb Eisfeld und Kreisleitung der SED, Kommission zur Erforschung der örtlichen Arbeiterbewegung Hildburghausen. - o.O. 1979. - 56 S.

VEB Kombinat Chemieanlagenbau Erfurt-Rudisleben

Der Kampf der Parteiorganisation um die Entwicklung sozialistischer Produktionsverhältnisse im VEB Chemieanlagenbau Erfurt-Rudisleben zwischen dem IV. und V. Parteitag der SED. - Arnstadt 1979. - 12 S.: 13 S. Anh.; 20 cm = Aus der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung. Hrsg.: SED-Kreisleitung Arnstadt, Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung, Nr. 1/79

Zur Rolle der SAG-Betriebe im Kreis Arnstadt bei der Bewußtseinsbildung der Arbeiter, dargestellt am Beispiel des heutigen Kombines Chemieanlagenbau Erfurt-Rudisleben. - Arnstadt 1978. - 21 S., 20 cm = Aus der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung. Hrsg.: SED-Kreisleitung Arnstadt, Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung, Nr. 3/78

Kombinat VEB Chemische Werke Buna

Alles zum Wohle des Volkes! Ergebnisse der Verwirklichung der Hauptaufgabe im Kombinat VEB Chemische Werke Buna zwischen dem IX. und X. Parteitag der SED. Hrsg.: Kreisleitung Buna der SED. - o.O. 1980. - 24 gez. Bl.: Ill.; 14 x 21 cm

Auf dem Wege zur Vereinigung. Das Ringen um die Gründung der SED im Buna-Werk (1945 - 1946). - o.O. o.J. - 25 S.; Anh.; 21 cm = Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung des Kombines VEB Chemische Werke Buna, Nr. 1

Du und dein Werk. Hrsg.: FDJ-Kreisleitung VEB Chemische Werke Buna. - o.O. 1959. - 40 S.; 21 cm

Episoden aus dem Leben revolutionärer Kämpfer. Zur Geschichte der Arbeiterbewegung des Kombines VEB Chemische Werke Buna. - o.O. 1978. - 40 S.: Ill.; 21 cm

+ Gemeinsam voran. Zur Geschichte der Arbeiterbewegung des Kombinats VEB Chemische Werke Buna. Hrsg.: Kreisleitung Buna der SED, Geschichtskommission. - Halle 1979. - 48 S.

Im Dienste imperialistischer Kriegsvorbereitung. Die Gründung des Buna-Werkes 1936. - o.O. o.J. - 35 S.; 21 cm = Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung des Kombinates VEB Chemische Werke Buna, Nr. 2

Profitstreben kontra Arbeiterinteressen. Die politische und ökonomische Knechtung der Buna-Arbeiter in der Zeit des Faschismus. - o.O. o.J. - 102 S.; 21 cm = Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung des Kombinates VEB Chemische Werke Buna, Nr. 3

(Stellmacher, Ruth): Geschichte der Arbeiterbewegung des Kombinates VEB Chemische Werke Buna. Hrsg.: Kreisleitung Buna der SED, Kommission zur Erforschung der Geschichte der Arbeiterbewegung. - o.O. - Bd. 1: 1945 - 1949. - 1977. - 120 S.: Ill. Bd. 2: 1949 - 1961. - 1980. - 192 S.: Ill. Umschlagt.: Über Buna wehen rote Fahnen. Geschichte der Arbeiterbewegung im Kombinat VEB Chemische Werke Buna.

+ Unter dem Banner der Arbeitermacht. Kampf für Frieden, Demokratie und Sozialismus. Hrsg.: Kombinat VEB Chemische Werke Buna. - o.O. 1974. - 38 S.

+ Wir im 30. /Dreißigsten/. Vom Werden und Wirken sozialistischer Persönlichkeiten im Kombinat VEB Chemische Werke Buna. Hrsg.: Industriekreisleitung Buna der SED, Geschichtskommission. - Halle 1979. - 45 S.

Kombinat VEB Elektrogerätewerk Suhl

(Schütt, Siegfried): Wachstum, Wohlstand. Stabilität. Aus der Geschichte des Kombinats VEB Elektrogerätewerk Suhl. Hrsg.: Betriebsparteiorganisation der SED. - Berlin: Verlag Tribüne 1980. -

232 S.: Ill. 25 cm

Kombinat Elektromaschinenbau Dresden
siehe VEB Elektromotorenwerk Dessau

Kombinat Elektronische Bauelemente
siehe VEB Elektro-Physikalisches Werk Neuruppin

VEB Kombinat Fortschritt Landmaschinen
+ Mit unserer Republik gewachsen.
VEB Kombinat Fortschritt Landmaschinen, Betrieb Landmaschinen Torgau. Hrsg.: GO der SED im Betrieb Landmaschinenbau Torgau. - Torgau 1979. - 130 S.: Ill.; Zeittafel

Sauer, Johannes: Geschichte in Geschichten. Vom Werden eines Kombinates. Hrsg.: Zirkel schreibender Arbeiter im VEB Kombinat Fortschritt Landmaschinen. - Neustadt in Sachsen 1979. - 184 S.; 21 cm

VEB Kombinat Geologische Forschung und Erkundung Halle
siehe VEB Hydrogeologie Nordhausen

VEB Kombinat Impulsa
siehe VEB Kyffhäuserhütte Artern

Kombinat VEB Leuna-Werke "Walter Ulbricht"
siehe Leuna-Werke "Walter Ulbricht"

VEB Kombinat Nachrichtenelektronik
siehe VEB Funkwerk Berlin-Köpenick

Kombinat VEB NARVA "Rosa Luxemburg"
siehe VEB NARVA "Rosa Luxemburg"

VEB Kombinat Rundfunk und Fernsehen
siehe VEB Funktechnische Werke Geyer

Kombinat Schuhe
siehe VEB Vereinigte Hausschuhwerke Hartha

VEB Kombinat Schwarze Pumpe
25. /Fünfundzwanzigster/ Jahrestag des 1. Spatenstiches zum Aufbau des Kombinates Schwarze Pumpe. = Sozialistische Zukunft. Organ der Industriekreisleitung Schwarze Pumpe der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. 25. Jg. 1980, Nr. 4 v. 26. 8. 1980. - 8 S.: Ill.; 45 cm

VEB Kombinat Seeverkehr und Hafengewirtschaft
Frauen auf See. Hrsg.: SED-Kreisleitung

Useverkehr und Hafengewirtschaft
Rostock - Geschichtskommission. -
Wismar 1981. - 23 S.: Ill.; 19 x 20
cm = Beiträge zur Geschichte der
Seeverkehrswirtschaft. Nr. 14

25 /Fünfundzwanzig/ Jahre Handels-
flotte der Deutschen Demokratischen
Republik. Bilanz in Fakten und Zah-
len. DSR. VEB Deutfracht/Seereere-
derei Rostock. Hrsg.: Kreisleitung
der SED Seeverkehr und Hafengewir-
tschaft, Abt. Agitation/Propaganda
in Zusammenarbeit mit der Ge-
schichtskommission. - Wismar 1977. -
72 S.: Ill.; 19 x 20 cm = Beiträge
zur Geschichte der Seeverkehrswir-
tschaft der DDR, Nr. 7

Gehrke, Karin u. a.: Dampfer
"Vorwärts" 30 Jahre alt. Ein Name
wurde zum Programm. Hrsg.: Ge-
schichtskommission der SED-Kreis-
leitung Seeverkehr und Hafengewir-
tschaft Rostock. - Wismar 1980. -
40 S.: Ill.; 19 x 20 cm = Beiträge
zur Geschichte der Seeverkehrswir-
tschaft der DDR, Nr. 13

Gerlach, Hiltrud: Kleine Zeittafel.
Teil 1: 1949 - 1960. Hrsg.: SED-
Kreisleitung Seeverkehr und Ha-
fenwirtschaft Rostock, Geschichts-
kommission; Traditionskabinett
der Handelsflotte der DDR. -
Wismar 1977. - 7 Bl.; 18 x 20 cm
= Für Dich und Dein Kollektiv,
Nr. 2

Verbunden mit dem Lande Lenins.
Aus dem Tagebuch der Deutsch-
Sowjetischen Freundschaft. Hrsg.:
Kreisleitung Seeverkehr und Ha-
fenwirtschaft der SED. Geschichts-
kommission. - Wismar 1979. - 68 S.:
Ill.; 19 x 20 cm = Beiträge zur Ge-
schichte der Seeverkehrswirtschaft
der DDR, Nr. 12

siehe auch Zur Methodik der Be-
triebsgeschichtsschreibung

Kombinat VEB Solidor

siehe VEB Nadelwerk Ichtershau-
sen. VEB Solidor Heiligenstadt

Kombinat VEB Spinnereimaschinen-
bau - Stammbetrieb Karl-Marx-Stadt
Ludwig, Kurt: Von der Maschinen-
bauwerkstatt zur Maschinenfabrik.

Eine Studie zum Problem des Übergangs
von der manuellen zur maschinellen Fer-
tigung von Maschinen, dargestellt am Bei-
spiel der Entwicklung der Firma Richard
Hartmann in Chemnitz. - Diss. A, Berg-
akademie Freiberg, 1980. - 2 Bde, 459 S.:
Ill.; Ms. vervielf.; 29 cm

Kombinat Textima

siehe VEB Nähmaschinenwerk Wittenberge

Konsumgenossenschaft Kreis Altenburg
+ Betriebschronik der Konsumgenossen-
schaft Kreis Altenburg 1945 - 1979. Hrsg.:
Betriebsgeschichtskommission. - Meusel-
witz 1979. - 65 S.: Ill.

Konsumgenossenschaft Dresden Stadt

+ Glaß, Lore: Geschichte der Konsum-
genossenschaft der Stadt Dresden. Hrsg.:
GO der SED in der Konsumgenossenschaft
Dresden Stadt, Stadtbezirksleitung Dres-
den-West der SED, Geschichtskommission.
- Dresden o.J. - 117 S.

VEB Kontaktbauelemente und Spezialma- schinenbau Gornsdorf

+ Martin, Fritz: Unser Betrieb und sein
Weg. Kurzer Abriß 20jähriger Betriebs-
geschichte. Hrsg.: Leitung der BPO der
SED und Betriebsleitung des VEB Kontakt-
bauelemente und Spezialmaschinenbau
Gornsdorf. - o.O. 1976. - 69 S.: Ill.

VEB Kraftwerk Boxberg

Zeittafel der wichtigsten Ereignisse bei
der Vorbereitung, dem Aufbau, der
Inbetriebsetzung und der Betreibung
des Kraftwerkes Boxberg. Hrsg.: Be-
triebsparteiorganisation VEB Kraftwerk
Boxberg, Betriebsgeschichtskommission.
- o.O. 1979. - 26 S.: Ill. 20 cm

VEB Kraftwerk Vetschau

Ein Baustein für den Sozialismus. Hrsg.:
VEB KW Vetschau. 1959 - 1967. - Vet-
schau 1967. - 88 S.: Ill.; 30 cm

VEB Kraftwerk Vockerode

Domnowski, Bruno/Klisa, Walter: Zur
Geschichte des Kraftwerkes Vockerode
und zur Entwicklung der revolutionären
Arbeiterbewegung von 1936 bis 1980.
Herausgegeben zu Ehren des X. Partei-
tages der Sozialistischen Einheitspartei
Deutschlands. Hrsg.: Betriebsparteior-
ganisation der SED des Kraftwerkes
Vockerode. - o.O. 1980. - 69 S.: Ill.;
21 cm

VEB Kranbau Eberswalde
+ 25 /Fünfundzwanzig/ Jahre
Volkseigener Betrieb Kranbau
Eberswalde. Hrsg.: VEB Kranbau
Eberswalde. - Eberswalde 1973. -
24 S.: Ill.

Krankenhaus Wittenberge
Hodenberg, Gerda v./Thomas,
Rudolf: 100 /Hundert/ Jahre Kran-
kenhaus Wittenberge. 1880 - 1980.
Erarbeitet unter Führung und An-
leitung der BPO. - Wittenberge
1980. - 31 S.: Ill.; 29 cm

VEB Kyffhäuserhütte Artern
+ 30 /Dreißig/ Jahre DDR - 30
Jahre sozialistische Entwicklung.
Kyffhäuserhütte Artern. Hrsg.:
BPO der SED des VEB Kyffhäuser-
hütte Artern, Geschichtskommis-
sion der Parteileitung. - o.O. 1979

VEB Landmaschinenbau Torgau
siehe Kombinat Fortschritt Land-
maschinen

VEB Landtechnisches Instandset-
zungswerk Neuenhagen
Chronik des VEB LIW Neuenhagen.
1. Teil. Autorenkollektiv. - o. O.
(1977). - (24) S.: Ill.; 30 cm

VEB Landtechnisches Instandset-
zungswerk Güstrow
25 /Fünfundzwanzig/ Jahre Deut-
sche Demokratische Republik. Land-
technisches Instandsetzungswerk
Güstrow mit Betriebsteil Rostock.
Hrsg.: Betriebsparteiorganisation
der SED des VEB LIW Güstrow. -
o.O. 1974. - 16 gez. Bl.: Ill.;
19 x 20 cm

VEB Leichtmetallwerk Nachterstedt
+ 30 /Dreißig/ Jahre DDR - 30
Jahre RGW. Der Aufbau und die
Inbetriebnahme der Breitbandgieß-
anlagen im VEB LMW Nachterstedt.
Hrsg.: BPO des VEB Leichtmetall-
werk Nachterstedt. - o. O. 1979.

VEB Leuna-Werke "Walter Ulbricht"
Bilanz der Leuna-Jugend zum Na-
tionalen Jugendfestival der DDR
1979. Hrsg.: Freie Deutsche Ju-
gend, Kreisleitung VEB Leuna-
Werke "Walter Ulbricht". - Leuna
1979. - 8 gez. Bl.: Ill.; 24 cm

Büttner, Claus/Pelz, Wilhelm/Plate, Fried-
rich: Die Märzkämpfe 1921 in Leuna und
ihre Gedenkstätten. Hrsg.: Kreisleitung
der SED VEB Leuna-Werke "Walter Ul-
bricht". - Leuna (1980). - 23 S.: Ill.;
19 x 21 cm

Chronologie der Leuna-Werke von 1916
bis 1945. Hrsg.: Kreisleitung der SED
des VEB Leuna-Werke "Walter Ulbricht".
Kommission Betriebsgeschichte. - o.O.
(1981). - 40 S.; 21 cm = Zahlen und Fak-
ten zur Betriebsgeschichte, Nr. 13

+ Dokumente. 60. Jahrestag der Novem-
berrevolution und der Gründung der
KPD. Hrsg.: VEB Leuna-Werke "Walter
Ulbricht". - Leuna 1978. - 17 Dokumente

Dreißig gute Bilanzen zum XXX /Drei-
ßigsten/. Hrsg.: VEB Leuna-Werke "Wal-
ter Ulbricht", Pressestelle. - o.O. 1979.
- 32 S.: Ill.; 19 x 20 cm

Erfahrungen bei der Durchsetzung der
Nowopolozker Methode im VEB Leuna-
Werke "Walter Ulbricht". = Wie machen es
die Besten? Leunaer Garantien für den
Wettbewerb, Nr. 4/1979. - 32 S.: Ill.;
21 cm

Erfahrungen, Ergebnisse, Probleme bei
der Durchsetzung einer hohen Qualität
der Produkte, Erzeugnisse und Leistun-
gen. = Wie machen es die Besten? Leu-
naer Garantien für den Wettbewerb, Nr.
3/1977. - 37 S.: Ill.; 21 cm

Erfahrungen, Ergebnisse, Probleme bei
der Durchsetzung der Wettbewerbsme-
thode Schichtsgarantie. = Wie machen es
die Besten? Leunaer Garantien für den
Wettbewerb, Heft 2/1976. - 29 S.: Ill.;
21 cm

Etappen der Freundschaft. Hrsg.: Kreis-
leitung der Sozialistischen Einheitspartei
und Kreisvorstand der Gesellschaft für
Deutsch-Sowjetische Freundschaft des
VEB Leuna-Werke "Walter Ulbricht". -
(Leuna 1980). - 27 S.: Ill.; 19 x 20 cm

+ 25 /Fünfundzwanzig/ Jahre DDR -
erfolgreiche Verwirklichung der führen-
den Rolle der Arbeiterklasse und ihrer
marxistisch-leninistischen Partei. Hrsg.:
Kreisleitung der SED des VEB Leuna-
Werke, Kommission zur Erforschung der
Geschichte der örtlichen Arbeiterbewe-

gung. o. O. 1974. - 68 S.

+ 25 /Fünfundzwanzig/ Jahre SED. Materialien einer theoretischen Konferenz zur Kreisleitung der SED der Leunawerke "Walter Ulbricht" am 29. 4. 1971 in Leuna. Hrsg.: Kreisleitung der SED des VEB Leuna-Werke "Walter Ulbricht". - Leuna 1971. - 80 S.

Grunau, Edgar: Arbeiterforscher von Leuna. Reportage aus unseren Tagen. Hrsg.: FDGB Bezirksvorstand Halle, Abt. Propaganda und Agitation. - Halle (Saale) 1961. - 67 S.; 21 cm

Hermann Apelt. Das Lebensbild eines hervorragenden Arbeiters und Kommunisten. Hrsg.: Kommission zur Erforschung der Betriebsgeschichte bei der Kreisleitung der SED des VEB Leuna-Werke "Walter Ulbricht". - (Leuna) 1981. - 7 gez. Bl.; 21 cm

Umschlagt.: Biographien. Erinnerungen. Hermann Apelt

Karl Datz. Das Lebensbild eines aufrechten Kommunisten. Hrsg.: Kommission zur Erforschung der Betriebsgeschichte bei der Kreisleitung der SED des VEB Leuna-Werke "Walter Ulbricht". - o. O. 1981. - 7 gez. Bl.; Ill.; 21 cm
Umschlagt.: Biographien. Erinnerungen. Karl Datz

Kein Tag wie alle anderen. Hrsg.: Kreisleitung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands VEB Leuna-Werke "Walter Ulbricht" Abt. Agitation und Propaganda. - o. O. 1979. - 12 S.; Ill.; 21 cm

Leuna Bilanz zum 30. Jahr der DDR. Wir erfüllen die Beschlüsse des IX. Parteitages. Hrsg.: Kreisleitung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands Kombinat VEB Leuna-Werke "Walter Ulbricht". - o. O. 1978. - 34 S.; Ill.; 19 x 20 cm

Die Märzkämpfe in Leuna 1921. Tradition und Verpflichtung. Protokoll einer wissenschaftlichen Konferenz aus Anlaß des 60. Jahrestages der Märzkämpfe von 1921 in Leuna am

18. März 1981. Zusammengestellt von Heinz Streller. Hrsg.: Kreisleitung der SED VEB Leuna-Werke "Walter Ulbricht". Kommission Betriebsgeschichte. - o. O. 1981. - 142 S.; 21 cm

Retorte und Gewehr. Kampfgruppen der Arbeiterklasse im VEB Leuna-Werke "Walter Ulbricht". Hrsg.: Kreisleitung der SED VEB Leuna-Werke "Walter Ulbricht" Kommission Betriebsgeschichte. - o. O. (1980). - 44 S.; Ill.; 19 x 20 cm

(Tschirner, Marga): Das Einfache, das schwer zu machen ist. Zur Chronik der Jugendbrigade "German Titow" in Leuna. Hrsg.: Kreisleitung Leuna der Freien Deutschen Jugend. - Leuna (1981). - 56 S.; 16 S. Ill.; 21 cm

Unsere Bilanz zum X /Zehnten/. Parteitag. Hrsg.: Kreisleitung der SED VEB Leuna-Werke "Walter Ulbricht". Erarb. Abt. Arbeitsökonomie, Gruppe Produktionspropaganda. - o. O. (1980). - 23 S.; Ill.; 19 x 20 cm

Zahlen und Fakten zur Geschichte der FDJ im Leuna-Werk. Hrsg.: Kreisleitung der FDJ VEB Leuna-Werke "Walter Ulbricht". - o. O. (1981). - 22 S.; 21 cm

Zu Ehren des IX /Neunten/. Parteitages. Wir lernen von den Besten. Hrsg.: Kreisleitung der SED Leuna-Werke, Abt. Agitation/Propaganda. - o. O. 1976. - 31 S.; Ill.; 21 cm

VEB LIW

siehe VEB Landtechnisches Instandsetzungswerk

VEB Lufttechnik

+ Aus der Geschichte des Betriebes anlässlich des 75jährigen Bestehens. 1898 - 1973. Hrsg.: BPO der SED VEB Lufttechnik. - Gotha 1973, 88 S.; Ill.

VEB M/agdeburger/ A/rmaturen-/ W/erke/

+ 25 /Fünfundzwanzig/ Jahre Kampfgruppen der Arbeiterklasse im VEB MAW, Eisenwerk "1. Mai", Tangerhütte. 1953 - 1978. Hrsg.: BPO VEB MAW, Eisenwerk "1. Mai" Tangerhütte. - Tangerhütte 1978. - 40 S.

Harnauer, Herbert: Geschichte der Stahlgießerei "Wilhelm Pieck". Chronik 1975 -

1978. Hrsg.: Kommission für Betriebsgeschichte der SED-Betriebsparteiorganisation VEB MAW, Stahlgießerei "Wilhelm Pieck". Textbeiträge: U. Bartelmann. - Magdeburg 1979. - Mappe 29 S.; 48 Bildbeilagen Umschlagt. der Broschüre: Unsere Stahlgießerei - ein Kind des VIII. Parteitages der SED Umschlagt. der Mappe: VEB MAW, Stahlgießerei "Wilhelm Pieck" Magdeburg Rothensee. Chronik 1975 - 1978

+ Niebuhr, Erich/Kersten, Heinz: 130 /Hundertdreißig/ Jahre Eisenwerk Tangerhütte. Hrsg.: VEB MAW, Eisenwerk "1. Mai" Tangerhütte. - Tangerhütte 1972. - 64 S.: Ill.

VEB Mansfeld Kombinat "Wilhelm Pieck" Eisleben
Borchardt, Werner: Aktivisten unserer Zeit. VEB Mansfeld Kombinat "Wilhelm Pieck" Eisleben. Porträts, Bilder und Kurzbiographien. Hrsg.: Kreisleitung der SED VEB Mansfeld Kombinat "Wilhelm Pieck". - Eisleben 1977. 156 S.

Schieweck, M. u.a.: Mansfeld gestern, heute und morgen. Hrsg.: VEB Mansfeld Kombinat "Wilhelm Pieck". - Eisleben o.J. - 63 S.: Ill.; 21 x 24 cm

+ Theoretische Konferenz. 25 /Fünfundzwanzig/ Jahre DDR - erfolgreiche Verwirklichung der führenden Rolle der Arbeiterklasse mit ihrer marxistisch-leninistischen Partei. Kreisparteiorganisation der SED VEB Mansfeld Kombinat "Wilhelm Pieck". Hrsg.: Kombinateleitung und Leitung der Betriebsparteiorganisation der SED VEB Mansfeld Kombinat "Wilhelm Pieck", Abt. Agit./Prop. - Aschersleben 1974. - 64 S.

Unsere Freundschaft - Naša Družba. Hrsg.: Kreisleitung der SED VEB Mansfeld Kombinat "Wilhelm Pieck", Abt. Agit./Prop. - Eisleben 1977. - 48 S.: Ill.; 23 x 24 cm

siehe auch: Walzwerk Hettstedt

VEB Mathias-Thesen-Werft Wismar
+ Bernhard Härtel. Hrsg.: BS der Mathias-Thesen-Werft Wismar; Kreisleitung Wismar der SED, Abt. Agit./Prop. - Wismar 1978. - 44 S.

VEB Metallwaren Naumburg/Saale
VEB Metallwaren Naumburg-Saale. 30 /Dreißig/ Jahre erfolgreiche Entwicklung im Sozialismus. Betriebschronik, hrsg. zum X. Parteitag der SED. Hrsg.: Leitung der BPO der SED, Kommission für Betriebsgeschichte. - (Halle 1980). - 61 S.: Ill.; 21 cm

VEB Milchhof Erfurt
+ DDR XXX /Dreißig/ - 10 /Zehn/ Jahre Milchhof Erfurt. Hrsg.: VEB Milchhof Erfurt. - o.O. o.J. - 34 S.: Ill.

Mischfutterwerk Pasewalk, Prenzlau, Ueckermünde
siehe VEB Getreidewirtschaft Pasewalk

VEB MLW Injecta Steinach
Medizinische Spritzen. Metallbeläge. Aus Anlaß des 30. Jahrestages der Produktionsaufnahme des Betriebes (Umschlagt.: ... des Bestehens des volkseigenen Betriebes). 1950 - 1980. Beitrag über 30 bewegende und erfolgreiche Jahre DDR-Bilanz in der Betriebsgeschichte. Hrsg.: VEB MLW Injecta Steinach. Betrieb des Kombinats MLW Leipzig. - o.O. (1980). - 28 S.: Ill.; 30 cm

VEB Möbelkombinat Dresden-Hellerau
Arnold, Klaus-Peter: Die Geschichte der Deutschen Werkstätten Hellerau von 1898 bis 1930 und ihr Beitrag zur deutschen Kunstgewerbebewegung. - Diss. A, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, 1980. - 2 Bde, 305 Bl. - Ms. vervielf.; 29 cm

VEB Möbelwerke "Wilhelm Pieck" Anklam
100 /Hundert/jährige Traditionen der Arbeiterbewegung in den Anklamer Möbelwerken. Hrsg.: Betriebsgeschichtskommission der Grundorganisation der SED des VEB Möbelwerke "Wilhelm Pieck" in Zusammenarbeit mit der Kommission zur Erforschung der örtlichen Arbeiterbewegung bei der Kreisleitung Anklam der SED. - Anklam 1981. - 36 S.: Ill.; 21 cm

VEB Motorradwerk Zschopau
Glade, Heinz: Männer um die MZ. Begegnungen im VEB Motorradwerk Zschopau. -

Kongreßverlag Berlin 1962. - 98 S.:
Ill.; 20 cm

VEB Nadelwerk Ichttershausen im
VEB Kombinat Solidor Heiligenstadt
30 /Dreißig/ Jahre Entwicklung un-
seres Betriebes - Spiegelbild der
Entwicklung unserer Republik.
VEB Nadelwerk Ichttershausen im
VEB Kombinat Solidor Heiligenstadt.
Hrsg.: Betriebsparteiorganisation
VEB Nadelwerk Ichttershausen,
Kommission Betriebsgeschichte. -
o.O. (1979). - 60 S.: Ill.; 30 cm
Umschlagt.: 30 Jahre sozialistische
Entwicklung VEB Nadelwerk Ichtters-
hausen im VEB Kombinat Solidor
Heiligenstadt

VEB Nähmaschinenwerk Wittenber-
ge, Kombinat Textima
Meine Freunde, deine Freunde, un-
sere Freunde. Hrsg.: Grundein-
heit der Gesellschaft für Deutsch-
Sowjetische Freundschaft des VEB
Nähmaschinenwerk Wittenberge,
Kombinat Textima. - Wittenberge
1979. - 62 S.: Ill.; 20 x 21 cm

VEB Nahverkehr Karl-Marx-Stadt
(Lehmann, P./Matthes, H.):
Straßenbahn Karl-Marx-Stadt. Be-
triebschronik. Hrsg.: Betriebs-
parteiorganisation des VEB Nah-
verkehr Karl-Marx-Stadt (1979). -
56 S.; zahlr. Ill., graph. Darst.,
Kt. - Beil. (1 Bl.); 21 x 30 cm

VEB NARWA "Rosa Luxemburg",
Berliner Glühlampenwerk
Keil, Hans/Roth, Hermann: Arbei-
ter machen Geschichte. Geschichte
des VEB Narva "Rosa Luxemburg",
Berliner Glühlampenwerk. Hrsg.:
Betriebsparteiorganisation der
SED im VEB Narva "Rosa Luxem-
burg", Berliner Glühlampenwerk. -
1. Aufl. - Berlin: Verlag Tribüne,
1980. - 248 S.: Ill. (z.T. farb.),
graph. Darst.; 30 cm

VEB Nickelhütte St. Egidien
Grunau, Edgar: Nickel aus St.
Egidien. Ein Lied vom Sozialismus.
Hrsg. im Auftrag des FDGB-Bun-
desvorstandes. - Berlin 1961. -
112 S.; 20 cm

VEB Ölheizgerätewerk Neubrandenburg
+ Chronik. VEB Ölheizgerätewerk Neu-
brandenburg. - o.O. 1974. - 234 S.: Ill.

VEB Orbitaplast, Hauptbetrieb Gölzau
Betriebsgeschichte des VEB Orbitaplast,
Hauptbetrieb Gölzau. Hrsg.: Betriebs-
parteiorganisation des VEB Orbitaplast,
Hauptbetrieb Gölzau, im Auftrag der
Kreisleitung Köthen der SED. Erarbeitet
von der Kommission zur Erforschung der
Betriebsgeschichte. - o.O. 1981. - 146 S.:
Ill.; 21 cm

VEB "Otto Grotewohl" Böhlen. Kombi-
natsbetrieb des VEB Petrolchemisches
Kombinat Schwedt
Produktion, Profil Perspektive. Hrsg.:
VEB "Otto Grotewohl" Böhlen, Kombi-
natsbetrieb des VEB Petrolchemisches
Kombinat Schwedt. - o.O. 1980. - 56 S.:
Ill.; 27 cm

VEB Petrolchemisches Kombinat Schwedt
Schwedter Rationalisierungsstrategie und
Wettbewerbsinitiative "Weniger produzie-
ren mehr". (Dokumentation einer Initia-
tive im Oderbezirk für die Steigerung
der Arbeitsproduktivität in neuen Dimen-
sionen.) Autorenkollektiv Hrsg.: Be-
zirksleitung Frankfurt (Oder) der SED. -
o.O. 1981. - 78 S. = Wirtschaftspolitik
der SED

Zum 30. /Dreißigsten/ Jahrestag der Be-
freiung vom Hitlerfaschismus am 31. Jan-
uar 1975. Geschichtskonferenz der Be-
triebsparteiorganisation des VEB Petrol-
chemisches Kombinat, Stammbetrieb
Schwedt. Hrsg.: Betriebsparteiorganisa-
tion des VEB Petrolchemisches Kombinat,
Stammbetrieb Schwedt. - Frankfurt
(Oder) 1975. - 62 S.: Ill.; 29 cm

LPG Pflanzenproduktion "Saaleaue"
Beesenlaublingen
siehe LPG "Saaleaue"

VEB Plasteverarbeitungswerk Schwerin
Der Auftrag. Hrsg.: Parteileitung der
SED-Grundorganisation des VEB Plaste-
verarbeitungswerk Schwerin. - (Schwe-
rin 1980). - 60 S.: Ill.; 19 x 20 cm =
Beiträge zur Geschichte. Heft 1

VEB Polypack Dresden, Leitbetrieb des
VEB Kombinat Verpackung Leipzig
Betriebsgeschichte des VEB Polypack
Dresden. Leitbetrieb des VEB Kombinat

Verpackung Leipzig. 1. Teil:
1945 - 1949. Chaos - Befreiung -
Neubeginn. Hrsg.: Betriebspartei-
organisation der SED des VEB Po-
lypack Dresden. Text: Kommission
zur Erforschung der Betriebsge-
schichte des VEB Polypack Dres-
den. - Dresden (1979). - 32 S.:
Ill.; 17 x 24 cm

Post- und Fernmeldeamt Dessau
siehe Deutsche Post

Rathenower Optische Werke
siehe VEB ROW Rathenow

Reichsbahnausbesserungswerke
und Reichsbahndirektionsbezirke
siehe Deutsche Reichsbahn

VEB Reifenwerk Neubrandenburg
+ Betriebschronik VEB Reifen-
werk Neubrandenburg. Hrsg.:
VEB Reifenwerk Neubrandenburg.
- o.O. 1979. - 147 S.: Ill.

VEB Relastechnik Großbreitenbach
Beiträge zur Betriebsgeschichte
(1953 - 1978). VEB Relastechnik
Großbreitenbach. - Großbreitenbach
1978. - 40 S.: Ill., graph. Darst.;
24 x 27 cm

VEB Renakwerke
+ Durch vereinter Hände verein-
te Kraft bauten wir des Volkes Macht.
Entwicklung der Renakwerke zum
modernen sozialistischen Produk-
tionsbetrieb. Hrsg.: VEB Renak-
werke, Werk IV Hartha. - Hartha
1974. - 56 S.: Ill.

VEB Rindermast Ferdinandshof
Aland, Kurt: Erste Erfahrungen
und Ergebnisse bei der industrie-
mäßigen Organisation und Leitung
des VEB Rindermast Ferdinands-
hof. - Diss. A Rostock A 1973. -
134, 88 S.: Ill.; 21 cm und 9 Bl.
Thesen (30 cm)

VEB Robotron Buchungsma-
schinenwerk Karl-Marx-Stadt. Karl-Lieb-
knecht-Werk Oelsnitz
Wolf, Johannes: 10 /Zehn/ Jahre
Karl-Liebnecht-Werk Oelsnitz
(Erzgeb.). Hrsg.: Kommission
zur Erforschung der Betriebsge-
schichte bei der Parteiorganisa-

tion der SED, VEB Robotron-Buchungs-
maschinenwerk Karl-Marx-Stadt, Werk 5 -
Karl-Liebnecht-Werk Oelsnitz (Erzgeb.).
- Oelsnitz (Erzgeb.) 1980. - 29 S.: Ill.;
30 cm

VEB Robotron - Büromaschinenwerk Söm-
merda
30 /Dreißig/ Jahre DDR. VEB Büromaschi-
nenwerk Sömmerda. Dokumentation erar-
beitet von der ehrenamtlichen Geschichts-
kommission der Parteileitung der SED des
VEB Robotron - Büromaschinenwerk Söm-
merda. - o.O. (1979). - 34 Bl.; Bildkas-
sette

+ Wir, ein Vierteljahrhundert danach.
1949 - 1974. Impressionen aus einem so-
zialistischen Großbetrieb und dem sinner-
füllten Leben seiner Menschen. Hrsg.:
VEB Büromaschinenwerk Sömmerda. -
Weimar o.J. - 112 S.: Bildband

VEB Robotron-Elektronik Riesa
(Scholz Rudolf und ein Kollektiv): Unsere
ersten zehn Jahre. Ein Beitrag zur Ge-
schichte des VEB Robotron-Elektronik
Riesa. Hrsg.: Kommission für Betriebs-
geschichte im Auftrag der Betriebspar-
teioorganisation der SED des VEB Robo-
tron-Elektronik Riesa. - Riesa 1979. -
68 S.: Ill.; 21 cm

VEB Roßweiner Achsen-, Federn- und
Schmiedewerke "Hermann Matern" Roß-
wein

+ Kurzer historischer Abriss zur Be-
triebsgeschichte des VEB Roßweiner
Achsen-, Federn- und Schmiedewerke
"Hermann Matern" Roßwein, Berichts-
zeitraum 1970 - 1974. Hrsg.: Betriebs-
parteiorganisation des VEB Roßweiner
Achsen-, Federn- und Schmiedewerke
"Hermann Matern". - Roßwein 1974. -
78 S.: Ill., Tab.

LPG "Roter Stern" Rückersdorf
20 /Zwanzig/ Jahre LPG "Roter Stern"
Rückersdorf. Hrsg.: Parteileitung und
Vorstand der LPG "Roter Stern" Rückers-
dorf. - o.O. (1974). - 34 S.: Ill.; 21 cm

VEB ROW Rathenow

Henrich, Lutz: Zur Entwicklung der op-
tischen Industrie in Deutschland im 19.
Jahrhundert unter besonderer Berück-
sichtigung der Rathenower optischen In-
dustrie. - Diss. A, Pädagogische Hoch-
schule "Karl Liebknecht" Potsdam, 1980. -

LPG Rückersdorf
siehe LPG "Roter Stern"

LPG Pflanzenproduktion "Saaleaue"
Beesenlaublingen
Die LPG Pflanzenproduktion "Saaleaue" Beesenlaublingen - Ergebnis der schöpferischen Anwendung des Leninschen Genossenschaftsplanes. Hrsg.: Kreisleitung Bernburg der SED; Hochschule für Landwirtschaft und Nahrungsgüterwirtschaft; Vorstand der LPG Pflanzenproduktion "Saaleaue" Beesenlaublingen. - o.O. (1979). 51 S.: Ill.; 21 cm

VEB Sachsenring Automobilwerk Zwickau
Braun, Thomas: Automobilbauer halten Wort. Bilanz der Ergebnisse der Zwickauer Automobilwerker bei der Verwirklichung der Beschlüsse des IX. Parteitages und in Vorbereitung des 30. Jahrestages der Deutschen Demokratischen Republik. Hrsg.: Betriebsparteiorganisation der SED des VEB Sachsenring Automobilwerke Zwickau. Arbeitsgruppe zur Vorbereitung des 30. Jahrestages der DDR. - Zwickau 1979. - 36 S.: Ill.; 20 x 28 cm

VEB Schiffselektronik Rostock
(Spiller, Ingelinde): 30 /Dreißig/ Jahre Betriebsschule. 1950 - 1980. VEB Schiffselektronik Rostock. Ein Kapitel 30jähriger sozialistischer Bildungspolitik der DDR. Hrsg.: Betriebsschule "Conrad Blenkle" VEB Schiffselektronik Rostock. - Rostock 1980. - 47 S.: Ill.; 20 x 21 cm

VEB Schiffswerft "Neptun" Rostock
+ 25 /Fünfundzwanzig/ Jahre Betriebssportgemeinschaft Motor Rostock. VEB Schiffswerft "Neptun". Hrsg.: BSG Motor Rostock. - Rostock 1973. - 64 S.: Ill.

Stahl, Jochen: Vom Werden und Wachsen der Neptunwerft. Eine Chronik der 130jährigen Entwicklung. Mitarbeit: Fritz Katzenmaier. Hrsg.: Leitung der Grundorganisa-

tion der SED, Kommission für Betriebsgeschichte VEB Schiffswerft "Neptun" Rostock. - Rostock 1979. - 96 S.: Ill.; 21 x 30 cm
Umschlagt.: Chronik. VEB Schiffswerft "NEPTUN" Rostock

VEB Schrauben- und Normteilewerk Hildburghausen
+ Das war (die) Klasse! Beiträge zur Geschichte des VEB Schrauben- und Normteilewerk Hildburghausen. Hrsg.: BPO der SED. o.O. 1979. - 44 S.: Ill.

VEB Schreibmaschinenwerk Dresden
+ Löscher, Walter/Stasiak, Rudi/Rehshuh, Günter R.: Mit Elan in das dritte Jahrzehnt. Hrsg.: BPO der SED im VEB Schreibmaschinenwerk Dresden; Stadtbezirksleitung Dresden-West der SED, Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung. - Dresden 1971. - 96 S.

VEB Schweinefleischproduktion Neumark
Zeittafel des volkseigenen Gutes Neumark 1945 - 1979. Ein Beitrag zur Betriebsgeschichte im 30. Jahr der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik. Hrsg.: Parteiorganisation der SED im VEG Neumark, Kommission zur Erforschung und Propagierung der Betriebsgeschichte mit Unterstützung der Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung der Kreisleitung Weimar der SED. - Weimar o.J. - 12 S.; 21 cm

VEB Schwermaschinenbau "Heinrich Rau" Wildau
+ Wir schützen unsere sozialistische Heimat. Zur Geschichte der Kampfgruppen der Arbeiterklasse im VEB Schwermaschinenbau "Heinrich Rau" Wildau, Betrieb der ausgezeichneten Qualität. Sonderdruck der Betriebszeitung "Schwungrad" im Auftrag der Leitung der BPO des VEB Schwermaschinenbau Wildau. - o.O. 1978

VEB Schwermaschinenbaukombinat "Karl Liebknecht" Magdeburg
+ Die Entwicklung der internationalen Beziehungen des VEB Schwermaschinenbaukombinates "Karl Liebknecht", Stammwerk Magdeburg. Fakten und Argumente im Zeichen der Vorbereitung des 25. Jahrestages der Gründung der DDR. Hrsg.: Stadtleitung Magdeburg der SED, Abt. Agit./Prop. - Magdeburg 1974. - 11 gez. Bl.

Selkelbahn
siehe Deutsche Reichsbahn

VEB Spinnmaschinenfabrik Gröbzig
+ Betriebsgeschichte. VEB Spinnmaschinenfabrik Gröbzig. Hrsg.: BPO des VEB Spinnmaschinenfabrik Gröbzig im Auftrag der Kreisleitung Köthen der SED. Erarbeitet von der Betriebsgeschichtskommission. - Köthen 1979. - 130 S.: Ill.

VEB Spinnereimaschinenbau -
Stammbetrieb Karl-Marx-Stadt
siehe Kombinat VEB Spinnereimaschinenbau

VEB Solidor Heiligenstadt
25 /Fünfundzwanzig/ Jahre DDR - 25 Jahre VEB Solidor. Beiträge zur Betriebsgeschichte. Hrsg.: Betriebsgeschichtskommission des VEB Solidor Heiligenstadt. - Heiligenstadt 1974. - 25 S., Ill.; 19 x 21 cm

VEB Stahlgießerei "Wilhelm Pieck"
siehe Magdeburger Armaturenwerke

VEB Stahl- und Walzwerk "Wilhelm Florin" Hennigsdorf
1929 - 1959. Vorwärts, der Sozialismus siegt. /Bildmappe: Zur Geschichte des Hennigsdorfer Stahl- und Walzwerkes./ - (Hennigsdorf 1959). - 22 S. Ill.

VEB Steinsalzwerk Bernburg
10 /Zehn/ Jahre VEB KSBS Steinsalzwerk Bernburg. Hrsg.: Betriebsparteiorganisation des VEB Steinsalzwerk Bernburg. - o.O. 1978. - 22 gez. S.: Ill.; 21 x 30 cm

VEB Stickstoffwerk Piesteritz
siehe Düngemittelkombinat
VEB Stickstoffwerk Piesteritz

VEB Technische Gebäudeausrüstung Dresden
+ 30 /Dreißig/ Jahre VEB Technische Gebäudeausrüstung Dresden. Hrsg.: Grundorganisation der SED im VEB Technische Gebäudeausrüstung Dresden; Stadtbezirksleitung Dresden Süd der SED, Kommission zur Erforschung

der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung. - Dresden 1979. - 45 S.

VEB Textilwerke "Einheit" Glauchau
Die Entwicklung der Textilwerke "Einheit" Glauchau. Hrsg.: Pädagogisches Kreiskabinett Glauchau. - Glauchau 1959. - 24 S.: Ill.; 22 cm = Die Quelle, Nr. 4/1959

VE Tiefbaukombinat Cottbus
20 /Zwanzig/ Jahre VE Tiefbaukombinat Cottbus. Hrsg.: VE Tiefbaukombinat Cottbus, Betriebsgeschichtskommission. - Cottbus 1979. - 64 S.: zahlr. Ill. (z. T. farb.); 20 x 22 cm

VEB Traktorenwerk Schönebeck/Elbe
+ Ein Betrieb und seine Stadt. 25 /Fünfundzwanzig/ Jahre DDR. 25 Jahre VEB Traktorenwerk Schönebeck. 25 Jahre sozialistische Entwicklung der Stadt Schönebeck. Hrsg.: VEB Traktorenwerk Schönebeck/Elbe. - o.O. 1974

VEB Uckermärkischer Milchhof Prenzlau
+ 25 /Fünfundzwanzig/ Jahre Milchwirtschaft in Prenzlau. Hrsg.: Uckermärkischer Milchhof Prenzlau. - o.O. 1974. - 16 S.: Ill.

VEB Uhren- und Maschinenfabrik Ruhla,
Zweigbetrieb Eisenach
10 /Zehn/ Jahre DDR, 10 Jahre Uhren- und Maschinenfabrik Ruhla. - Gotha 1959. - 24 S.; 21 x 29 cm

Verband der Konsumgenossenschaften der DDR
siehe Konsumgenossenschaft Kreis Altenburg
Konsumgenossenschaft Dresden Stadt

VEB Vereinigte Bauelementewerke Stralsund, Werk Löcknitz
+ Betriebschronik 1945 - 1978. VEB Vereinigte Bauelementewerke Stralsund, Werk Löcknitz. - o.O. 1979. - 72 S.: Ill.

VEB Vereinigte Baumwollspinnereien und -zwirnereien Flöha
Zschau, Ursula: Erfahrungen der Betriebsparteiorganisation der SED des VEB Vereinigte Baumwollspinnereien und -zwirnereien Flöha bei der Erhöhung der Leistungskraft des Betriebskollektivs. Hrsg.: Zentralinstitut für sozialistische Wirtschaftsführung beim ZK der SED. -

Berlin-Rahnsdorf 1979. - 40 S.;
21 cm

Zschau, Ursula: Erfahrungen der Führungstätigkeit der Betriebsparteiorganisation des VEB Vereinigte Baumwollspinnereien und -zwirnereien Flöha beim Kampf um einen hohen ökonomischen Leistungsanstieg. Hrsg.: Parteihochschule "Karl Marx" beim ZK der SED. - Berlin 1980. - 30 S.; graph. Darst.; 21 cm

VEB Vereinigte Hausschuhwerke Hartha, Werk Großharthau. Betrieb des Kombinat Schuhe
Mehlhorn, Heinz: Chronik 1945 - 1978. VEB Vereinigte Hausschuhwerke Hartha, Werk Großharthau. Betrieb des Kombinat Schuhe. - Großharthau 1979. - 87 S.: Ill.; 22 x 24 cm

LPG Pflanzenproduktion "Vereinigte Kraft" Vippachedelhausen
Herr, Eberhard: "Vereinte Kraft". Zur Geschichte der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft Vippachedelhausen. Weimar 1980. - 104 S.: Ill.; 21 cm = Weimar. Tradition und Gegenwart. Hrsg.: Ständige Kommission für Kultur der Stadtverordnetenversammlung Weimar und des Kreistages Weimar-Land. Nr. 36

VEB Verkehrsbetriebe der Stadt Dresden
Kreschnack, Werner: Geschichte der Dresdner Straßenbahn. Geschichte des VEB Verkehrsbetriebe der Stadt Dresden. (1872 - 1975). Hrsg.: Betriebsparteiorganisation der SED. - Berlin: Verlag Tribüne 1980. - 268 S.: Ill.

VEB Verkehrs- und Tiefbaukombinat Schwerin
20 /Zwanzig/ Jahre Tiefbau. Unser Kombinat. Unsere Werktätigen. Unsere Leistungen. - o.O. 1980. - 80 S.: Ill.; 30 cm

VEB Volkswerft Stralsund
+ 30 /Dreißig/ Jahre DDR - 30 Jahre BBS Volkswerft Stralsund. - Stralsund 1979. - Ill.

Theoretische Konferenz der Be-

zirksleitung Rostock der SED, der Kreisleitung Stralsund der SED, der Betriebsparteiorganisation des VEB Volkswerft Stralsund. Am 20. September 1969 im VEB Volkswerft Stralsund. Die Entwicklung und Perspektive des VEB Volkswerft Stralsund unter den Bedingungen der Arbeiter-und-Bauern-Macht. - Stralsund 1969. - 27 Bl.: Ill. 30 cm

LPG "Vorwärts" Berlstedt
Zeittafel der Entwicklung der LPG "Vorwärts" Berlstedt, Kreis Weimar. Ein Beitrag zur Betriebsgeschichte aus Anlaß des 30. Jahrestages der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik. Erarbeitet von Fritz Zimmermann und Eberhard Herr. Hrsg.: mit Unterstützung der Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung bei der Kreisleitung Weimar der SED von der Betriebsparteiorganisation der SED, Kommission zur Erforschung und Propagierung der Betriebsgeschichte. - o.O. 1979. - 20 S.

VEB Waggonbau Ammendorf
Fabian, Wolfgang: Kämpfer an unserer Seite. Ammendorfer Porträts. Hrsg.: Betriebsparteiorganisation der SED des VEB Waggonbau Ammendorf. - Halle 1981. - 21 cm. T. 1: 68 S.; T. 2: 28 S.

VEB Waggonbau Görlitz
+ Aus der Nacht zum Licht. Abriß und Episoden unseres gemeinsamen Weges seit 1945. Hrsg.: GO der SED im VEB Waggonbau Görlitz; Kreisleitung Görlitz der SED, Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung. - Görlitz 1979. - 80 S.

VEB Walzwerk Finow
+ Theoretische Konferenz der SED-Betriebsparteiorganisation des VEB Walzwerk Finow am 2. 12. 1972. - Eberswalde-Finow 1972. - (Mappe enthält: Zur Geschichte des VEB Walzwerk Finow. - 19 Bl.: Ill.; Zeittafel zur Geschichte des VEB Walzwerk Finow. - 10 Bl.) 30 cm

Walzwerk Hettstedt im VEB Mansfeld Kombinat "Wilhelm Pieck"
+ Für den Schutz des Sozialismus. Hrsg.: BPO Walzwerk Hettstedt im VEB Mansfeld Kombinat "Wilhelm Pieck", Betriebsgeschichtskommission. - Hettstedt 1978. - 68 S.: Ill.

+ Unser Weg ist erfolgreich.
Bilddokumentation zum 30. Jahrestag der DDR. Hrsg.: BPO der SED Walzwerk Hettstedt im VEB Mansfeld Kombinat "Wilhelm Pieck", Betriebsgeschichtskommission. - Hettstedt 1979. - 48 Bl.

VEB Waschgerätekombinat Schwarzenberg

Der VEB Waschgerätekombinat Schwarzenberg im Ringen um die weitere Errichtung der sozialistischen Gesellschaft in der DDR. 1966 - 1978. Hrsg.: Kommission Betriebsgeschichte unter Leitung des Sekretärs der Betriebsparteiorganisation der SED. - Schwarzenberg 1980. - 76 S.: Ill. (z.T. farb.); 30 cm

VEB Weimar-Werk, Weimar

VEB Weimar-Werk. Weimar. Zeitafel 1945 - 1952. Ein Beitrag zur Betriebsgeschichte in Vorbereitung des X. Parteitag der SED. Hrsg.: Leitung der Betriebsparteiorganisation der SED. VEB Weimar-Werk. - Weimar 1980. - 40 S.: Ill.: 21 cm = Beiträge zur Betriebsgeschichte, Heft 1

VEB Wema Union Gera

Neue Gedanken, neue Wege, gemeinsam schneller zum Ziel. Hrsg.: Betriebsparteiorganisation des VEB Wema Union Gera. - Gera 1963. 30 S.; 21 cm

VEB Werk für Signal- und Sicherungstechnik

Signal auf grün. Geschichte des VEB Werk für Signal- und Sicherungstechnik Berlin. Hrsg.: Betriebsparteiorganisation der SED. Erarbeitet von der Betriebsgeschichtskommission und einem Autorenkollektiv. - Berlin: Verlag Tribüne 1981. - 157 S.: Ill. (z.T. farb.), Anh.; 30 cm

LPG Westhausen

siehe LPG Bundschuh Westhausen

VEB Wohnungsbaukombinat Berlin

+ 25 /Fünfundzwanzig/ Jahre Wohnungsbaukombinat Berlin. 1949 - 1974. Hrsg.: VEB Woh-

nungsbaukombinat Berlin. - Berlin 1974. 45 S.

VEB Wohnungsbaukombinat Cottbus

+ VEB Wohnungsbaukombinat Cottbus 1954 bis 1975. Das Wohnungsbauprogramm bis 1990 und wir. - Cottbus 1975. - 96 S.

VEB Zeiss, Carl

siehe Kombinat VEB Carl Zeiss Jena

VEB Zekiwa

siehe VEB Kinderfahrzeuge Zekiwa

VEB Zellstoff- und Zellwollewerke Wittenberge

40 /Vierzig/ Jahre Zellstoff- und Zellwollewerke Wittenberge - ein Beispiel für die großen Kämpfe unserer Epoche. - Wittenberge 1980. - 34 S.: Ill.; 30 cm Umschlagt.: Betriebsgeschichte VEB Zellstoff- und Zellwollewerke Wittenberge

VEB Zemag Zeitz

+ Die Anwendung der Erfahrungen der KPdSU auf ideologischem Gebiet bei der Verwirklichung der Wirtschaftspolitik der SED durch die Betriebsparteiorganisation der SED des VEB Zemag Zeitz 1971 - 1976. - Zeitz 1978. - 31 S.: Ill.

VEB Zementanlagenbau Dessau

+ VEB Zementanlagenbau Dessau. 30 Jahre Entwicklung unseres Betriebes. Hrsg.: VEB Zementanlagenbau Dessau. - Dessau 1979. - Ill.

VEB Zentralwerkstatt Gräfenhainichen

+ Festchronik. 30 /Dreißig/ Jahre VEB Zentralwerkstatt Gräfenhainichen. 1948 - 1978. Hrsg.: BPO der SED des VEB Zentralwerkstatt Gräfenhainichen und Kreisleitung der SED, Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung. - Gräfenhainichen 1978. 53 S.: Ill.

VEG Zingst-Darß

VEG Zingst-Darß. Beweis der erfolgreichen Agrarpolitik der SED in der Entwicklung industriemäßiger Produktionsmethoden. Hrsg.: Parteileitung und Betriebsleitung des VEG Zingst-Darß, Kreis Ribnitz-Damgarten. - Rostock 1976. - 55 S.; Ill.; 21 x 30 cm

+ 10 /Zehn/ Jahre erfolgreiche Agrarpolitik der SED in der Entwicklung industriemäßiger Produktionsmethoden. VEB

Zingst-Darß-Fischland. - Rostock
1973.

VEB Zuckerfabrik "Fortschritt"

Zeitz

+ 30 /Dreißig/ Jahre VEB

Zuckerfabrik "Fortschritt" Zeitz.

Hrsg.: BPO VEB Zuckerkombi-
nat "Fortschritt". - Zeitz 1976. -
78 S.: Ill.

TAGUNGEN UND KONFERENZEN

Arbeiterwanderungen, Ausländerbeschäftigung und Ausländerpolitik in kapitalistischen Ländern Europas im 20. Jahrhundert

(21. bis 22. April 1981 in Rostock)

Zum fünften Kolloquium der Forschungsgruppe "Fremdarbeiterpolitik" in der Sektion Geschichte der Wilhelm-Pieck-Universität Rostock waren Historiker, Ökonomen und Politökonomen aus verschiedenen wissenschaftlichen Einrichtungen der DDR, des sozialistischen Auslands, der BRD und Westberlin nach Rostock gekommen. Das Thema zielte auf die Verbreiterung und Vertiefung der Forschung zu einem Gegenstand von politischer Relevanz, der zunehmend auch internationale Beachtung findet.

Lothar Elsner (Rostock) machte in seinen einleitenden Bemerkungen "Zu den Triebkräften und Wirkungen von Arbeiterwanderungen in kapitalistischen Ländern Europas und zur Ausländerpolitik im 20. Jahrhundert" mit der weiteren Forschungsarbeit bekannt. Fußend auf den Klassikeraussagen zur Arbeiterwanderung im Kapitalismus, setzte er sich mit Tendenzen in der bürgerlichen Literatur auseinander und wies darauf hin, wie dringlich es sei, die mit der Arbeiterwanderung verbundenen Probleme in den gesamtgesellschaftlichen Kontext einzuordnen. Dabei machte er auf den prinzipiellen Unterschied zwischen den Arbeitskräftewanderungen im Kapitalismus und dem Austausch von Arbeitskräften innerhalb der sozialistischen Länder aufmerksam. Bezogen auf Westeuropa, ging er erstens auf die Änderungen in den geographischen Richtungen der Arbeiterbewegungen, zweitens die Unterschiede bei der Verweildauer im Laufe der Entwicklung und drittens die Modifikationen in der Wanderungspolitik der herrschenden Klasse in den einzelnen Ländern ein. Zur weiteren begrifflichen Klärung beschäftigte er sich mit der Definierung des gebräuchlichen Terminus "Fremdarbeiterpolitik". Abschließend betrachtete er unter verschiedenen Aspekten die Folgen und Wirkungen internationaler Arbeiterwanderungen und äußerte den Wunsch, mit seinen Ausführungen einen Denkstoß für weiterführende Forschungen gegeben zu haben.

Die nach dem chronologischen Prinzip angeordneten Beiträge zu einzelnen Sachfragen wurden von István Rácz (Debrecen) mit Ausführungen über "Die Auswanderung der Bauern aus Ungarn bis zum ersten Weltkrieg" begonnen. Eingehend auf die Bevölkerungszunahmen im 18. und 19. Jahrhundert, machte er auf die gesellschaftlichen Ursachen für die Wanderung aufmerksam und betonte ungarische Spezifika und zeitliche Phasenverschiebungen, bezogen auf Westeuropa. Breiten Raum nahmen Aussagen zur sozialen Lage der von ihm so bezeichneten "Agrarproletarier" ein.

Klaus J. Bade (Erlangen) sprach in seinem Beitrag "Arbeitsmarkt, Ausländerbeschäftigung und Interessenkonflikt: Der Kampf um die Kontrolle über Auslandsrekrutierungen und Inlandsvermittlung ausländischer Arbeitskräfte in Preußen vor dem ersten Weltkrieg" zu den aus ganz unterschiedlichen Interessenlagen im wilhelminischen deutschen Kaiserreich resultierenden Formen der Arbeitskräftevermittlung. Er unterschied vier sich überschneidende Formen der Vermittlung und differenzierte deren Träger sowie ihr soziales Hinterland. Besondere Beachtung schenkte er den Bemühungen zur Schaffung einer überregionalen Rekrutierungs- und Vermittlungsinstitution und den dieser Absicht entgegenwirkenden Kräften. Bade ordnete die Untersuchungen, wie die zu sozialen und politischen Aspekten der Beschäftigung ausländischer

Arbeitskräfte, in seine bereits in anderem Zusammenhang geäußerte Auffassung des vom industrialisierten Agrarstaat zum Industriestaat mit starker agrarischer Basis transformierten Kaiserreiches ein.

J e r z y K o z ł o w s k i (Poznań) folgte mit Aussagen zur "Entwicklung der polnischen Vereine unter den Auswanderern in Deutschland bis 1914". Kriterien für die Einordnung und Gruppierung dieser Vereine voranstellend, gab er einen detaillierten Überblick über Vereinstypen, deren jeweilige Anzahl und die Mitgliederzahl. Nach Hinweisen zu einzelnen Vereinigungen nahm Kozłowski eine Wertung des Vereinswesens für das Leben der polnischen Arbeitskräfte in Deutschland vor.

Den zeitlichen Bogen zum ersten Weltkrieg schlug **C l a u d i u s H. R i e g l e r** (Lund) mit seinem Beitrag "Arbeitskräfteerkrutierung für die deutsche Kriegswirtschaft in neutralen Ländern unter besonderer Berücksichtigung Schwedens, 1915 bis 1919". Vornehmlich auf der Grundlage von Quellen machte er mit einem bislang kaum beachteten Gegenstand bekannt. Zu Anwerbung und Rekrutierung, dem Einstellungsverfahren sowie Widerstandsverhalten und politischen Aktivitäten wurde in unterschiedlichem Umfang und verschiedener Relevanz Stellung genommen.

Der interessante Überblick von **M l a d e n F r i g a n o v i c** (Zagreb) "Emigration from Yugoslavia in the period 1901 - 1945" informierte über ein Land mit hoher Erwerbsemigration auch in jüngster Vergangenheit. Belegt mit reichhaltiger Statistik, wurden die Gründe für die Emigration, deren Periodisierung sowie regionale Unterschiede und die vielschichtigen Ursachen hierfür vorgeführt.

W o l f r a m H e n n i e s (Perleberg) machte "Bemerkungen zur Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte im Deutschen Reich während der Weimarer Republik". Sein Anliegen, angesichts der fehlenden umfassenden Darstellung der Ausländerbeschäftigung von 1918 bis 1933 einen Überblick zu geben, realisierte er durch umfangreiche Angaben auf der Grundlage der offiziellen deutschen Statistik.

Problemen der Binnenwanderung wandte sich **H a n n a H a a c k** (Rostock) mit dem Thema "Wanderungsbewegungen im Deutschen Reich während der Zeit der Weimarer Republik" zu. Sie sprach sich für eine differenziertere Betrachtung der Richtungen von Wanderungsbewegungen aus und lieferte dafür statistische Belege. Darüber hinaus erhob sie die berechtigte Forderung nach stärkerer Beachtung des Zusammenhangs der Wanderungsbewegungen mit der Entwicklung der Produktionsverhältnisse.

Einem Desiderat in der Erforschung der Fremdarbeiterpolitik des deutschen Imperialismus schenkte **J o a c h i m L e h m a n n** (Rostock) für den Zeitraum von 1933 bis 1939 unter der Fragestellung "Ausländerbeschäftigung - Ja oder nein?" Beachtung. Die differenzierten Positionen im faschistischen Deutschland hinsichtlich der Fremdarbeiterfrage sah er in den hierzu existierenden ideologischen Divergenzen ebenso wie in der Tatsache, daß unter den Bedingungen der faschistischen Diktatur des Monopolkapitals die Ausländerbeschäftigung im Zusammenhang mit der Durchsetzung einer profitablen Ausländerausbeutung sowohl im agrarischen wie im industriellen Bereich erfolgte.

Der zweite Tagungstag wurde mit dem Vortrag von **V e r o n i k a A r n d t** (Magdeburg) über "Faschistische Pläne zur Behandlung der Tschechen und zur Gewinnung von Arbeitskräften und ökonomischen Positionen im okkupierten Grenzland der Tschechoslowakei während des zweiten Weltkrieges" eröffnet. Sie erläuterte vor allem die Funktion und Realisierung faschistischer Rassenpolitik.

S t e f a n L i m a n (Poznań) äußerte sich "Zur Anzahl und zur Verteilung der Polen (u. a. der DP) in den drei westlichen Besatzungszonen Deutschlands, dargestellt aufgrund verschiedener Quellen, besonders der Ergebnisse der Volkszählung vom 19. Oktober 1946", und leitete damit in die Zeit nach dem

zweiten Weltkrieg über. Er machte auf den Neuigkeitswert exakter Angaben zum Problem der "displaced persons" (DP) polnischer Nationalität aufmerksam und schloß nach einem historischen Überblick mit präzisen Bemerkungen den Fragenkomplex.

Mit seinen Thesen "Die internationale kommunistische Bewegung und Probleme der Arbeitsmigration" spannte R. Ch. Vildanov (Moskau) den Bogen, anknüpfend an die Traditionen der I. Internationale und der revolutionären Sozialdemokratie, zur jüngsten Vergangenheit, zur Konferenz von Helsinki. Basierend auf den grundsätzlichen internationalistischen Positionen der marxistisch-leninistischen Arbeiterbewegung, wurden die wesentlichen Seiten des Problems berührt und unter Einbeziehung aller Kontinente in Empfehlungen für die weitere Diskussion gefaßt.

Lothar Winter (Berlin) konnte mit dem Hinweis auf "Fördernde und hemmende Momente bei der Organisation ausländischer Arbeitskräfte in kapitalistischen Industriestaaten" an die vorstehenden Thesen anknüpfen. Von den Faktoren, die im Rahmen der Ausländerbeschäftigung zu ausgesprochen national- und gruppenspezifischen Interessen führen, hob er insbesondere die Unterschiede in der sozialen Reproduktion und die Politik der politischen und sozialen Diskriminierung gegenüber ausländischen Arbeitskräften hervor und konstatierte einen insgesamt sehr widersprüchlichen Einfluß der Internationalisierung des Arbeitskräftemarktes in den kapitalistischen Industrieländern auf die Arbeiterbewegung der betreffenden Staaten.

Rainer Mühle (Rostock) folgte mit Untersuchungen "Zur Zusammenarbeit von Staat und Monopolen bei der Ausländerbeschäftigung in der Schweiz von 1945 bis zum Anfang der sechziger Jahre", in denen er für die Schweiz im Vergleich zu anderen imperialistischen Staaten einen langsameren Vollzug der staatsmonopolistischen Entwicklung auch in der Fremdarbeiterpolitik herausarbeitete.

Maritta Bernien (Berlin) beschäftigte sich mit "Arbeitskräfteengpässen in den EG-Ländern und der Funktion der ausländischen Arbeitskräfte als Bestandteil der industriellen Reservearmee". Ausgehend von den Marxschen Grundaussagen, plädierte sie aufgrund vielfältigen Tatsachenmaterials für eine Betrachtung der Internationalisierung des Arbeitskräftemarktes als objektiven und zugleich regulierten Prozeß der Anpassung des Arbeitsmarktes an die Reproduktionserfordernisse des Kapitals.

Knut Dohse (Westberlin) nahm ausführlich "Zur Lage der Ausländerbevölkerung und zur Ausländerpolitik in den 70er Jahren in der Bundesrepublik Deutschland und in Westberlin" Stellung. Fragen wie Abbau der Ausländerbeschäftigung, Strukturverschiebung innerhalb der Ausländerbevölkerung, Problembrennpunkt Ausländerjugend und Veränderungsprozesse in der Ausländerpolitik verdeutlichen die Komplexität seines Herangehens. Summierend wurde eine eher pessimistische Bilanz für denkbare Verbesserungen der Lage für die Ausländer gezogen.

Die Hinweise von Elke Brosow (Berlin) "Zu einigen Entwicklungstendenzen in der Qualifikationsentwicklung der ausländischen Lohnarbeiter in der BRD nach der Krise 1974/75" rundeten in einer Einzelfrage die von Dohse getroffenen Feststellungen dadurch ab, daß sie die Benachteiligung der Ausländer überzeugend bewiesen. Sie leiteten zugleich zum folgenden Beitrag über.

In ihm skizzierte Dieter Zahn (Berlin) "Vorstellungen der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände über die Fortsetzung der Ausländerbeschäftigung der BRD am Beginn der 80er Jahre" unter dem Aspekt staatsmonopolistischer Verflechtungen und der Abschwächung systemgefährdender Auswirkungen der bisherigen Politik.

Das Kolloquium war durch eine rege Diskussion gekennzeichnet. Der engagierte Meinungsstreit bezog sich vor allem auf die Bewertung der Ursachen und Trieb-

kräfte sowie der gesellschaftlichen Folgen und Auswirkungen der Migration für die Einwanderungs- wie die Herkunftsländer. Ähnliches gilt für die Frage, ob sich Arbeiterwanderungen für die organisierte Arbeiterbewegung primär hemmend oder fördernd auswirken. Grundlegend wurde um die Alternativen zur gegenwärtigen imperialistischen Fremdarbeiterpolitik diskutiert.

Der breite Meinungs austausch führte dazu, daß vorbereitete Ausarbeitungen von Aleksander Miklaszewski (Poznań), Gisela Wendt (Berlin), Tamara Tschernowa und Conchita Hübner (beide Rostock) nicht vorgetragen werden konnten. Sie haben jedoch in die Veröffentlichung der Tagungsergebnisse Eingang gefunden, die als Hefte 10, 11 und 12 der Schriftenreihe "Fremdarbeiterpolitik des Imperialismus" nunmehr vorliegen.

Die Rostocker Forschungsgruppe wird dem aus der Tagung heraus entstandenen Wunsch nach weiterführender wissenschaftlicher Diskussion des Themenkreises in der Weise entsprechen, daß sie im Frühjahr 1984 wiederum ein Kolloquium mit internationaler Beteiligung organisiert, das sich mit Folgen der Arbeiterwanderung und Ausländerbeschäftigung für die Arbeiterbewegung und mit deren Haltung zum Migrationsproblem befassen soll.

Joachim Lehmann

Abhängigkeitsformen in den nichtpoliaden Gebieten Griechenlands und den außeritalischen Provinzen des römischen Reiches

(30. September bis 1. Oktober 1981 in Jena)

Das Zentralinstitut für Alte Geschichte und Archäologie der AdW der DDR und die Sektion Altertumswissenschaften der Friedrich-Schiller-Universität Jena waren gemeinsamer Gastgeber für das 12. Kolloquium der Groupe international des recherches sur l'esclavage antique (GIREA). Die seit 1970 abgehaltenen Colloques sur l'esclavages der GIREA waren Stätten produktiver Diskussionen und der Begegnung interessierter Wissenschaftler verschiedener Grundpositionen. Ursprünglich fast ausschließlich von französischen und italienischen Althistorikern getragen, wurden die Tagungen zu einem wahrhaft internationalen wissenschaftlichen Podium. Im Verlauf der bisherigen Kolloquien waren neben der Sklaverei zunehmend auch die verschiedenen Formen nichtsklavischer Abhängigkeit diskutiert worden. Dem trug die diesjährige Veranstaltung in vollem Maße Rechnung. Dabei erwies sich der Umstand, daß die DDR auf diesem Gebiet auf erfolgreiche und anregende Forschungsergebnisse verweisen konnte, als Gewinn.

Überhaupt bot die Tagung den Fachleuten aus der DDR die Gelegenheit, sich einerseits mit der bisher geleisteten Arbeit der GIREA vertraut zu machen und andererseits auch Anstöße für die nächsten Colloques sur l'esclavages zu geben. Es wäre deshalb vorteilhaft gewesen, wenn mehr Sachkenner aus anderen sozialistischen Ländern diese Möglichkeit des schöpferischen Austausches genutzt hätten. Die Teilnehmer der diesjährigen Tagung kamen aus der CSSR, der DDR, Frankreich, Italien, Polen und Ungarn.

Heinz Kreißig (Berlin) zog in seinem einführenden Diskussionsbeitrag ("Das metaxy-Problem im Altertum") ein kurzes Resümee über die bisherige Arbeit der GIREA. Auf den Tagungen der Gruppe wurden neben der Sklaverei zunehmend nichtsklavische Abhängigkeitsformen behandelt. Letztere haben eine große Bedeutung bei der Diskussion der vorkapitalistischen Gesellschaftsformationen.

Auf dem Gebiet der metaxy-Forschung gingen auch von den DDR-Wissenschaftlern maßgebliche Anstöße aus, wobei nur an die Namen Welskopf und Lotze erinnert werden soll.

Lotze hatte die Abhängigen, deren Status metaxy dulōn kai eleutherōn lag, als Kollektivsklaven bezeichnet, was natürlich einen sehr weitgefaßten Sklavenbegriff zur Grundlage hatte. Im Verlauf der Colloques sur l'esclavages ist aber stets der Unterschied zwischen Sklaven und diesen Abhängigen betont worden. Dabei scheinen methodologisch unterschiedliche Weisen des Herangehens an die Problematik auch zu unterschiedlichen Bewertungen zu führen. Eine Betrachtung unter primär juristischem Aspekt rückt die Abhängigen in die Nähe der Sklaven, während sie bei überwiegend ökonomischer Sicht eher den Freien zugerechnet werden müßten. Zu ähnlichen Verschiebungen führt die einseitige Bevorzugung der literarischen oder der epigraphischen Quellen. Zudem gilt es im Auge zu behalten, daß es keine klaren Grenzen zwischen dem metaxy-Status und dem des Freien oder des Sklaven gibt. Man muß also mit Übergangsformen rechnen und die Untersuchung genau genommen auf die "reinen" metaxy-Gruppen beschränken, was allerdings - besonders in der Spätantike - große Schwierigkeiten bei der Abgrenzung bringen könnte.

In diesem Zusammenhang wies Kreibitz nochmals auf die Grundproblematik hin, nämlich ob die metaxy-Gruppen einem - oder gar mehreren - eigenständigen Abhängigkeits- und Produktionsverhältnis angehören oder den Freien respektive den Sklaven zuzuordnen sind.

Ein Schlüssel dazu dürfte darin liegen, genau zu untersuchen, auf welche Art und Weise man zum Angehörigen einer metaxy-Gruppe werden konnte; ob durch Eroberung oder durch Verschuldung im eigenen Volk. Hinzu kommt noch der Laoi-Typus im Orient, der dort aber bereits in vorhellenistischer Zeit existierte. Für diese abhängigen Bauern änderten sich somit lediglich die Empfänger des Mehrproduktes. Ebenso wäre wichtig zu untersuchen, ob die individuelle Sklaverei älter als die anderen Abhängigkeitsformen ist.

Ziel all dieser Bemühungen sollte sein, dem Komplex der metaxy-Gruppen eine zutreffende Definition zu geben, die für die weiteren Forschungen von Nutzen ist.

D e t l e f L o t z e (Jena) widmete sich in seinem Referat ("Neue Vermutungen über abhängige Landleute im alten Sikyon"), anknüpfend an neuere britische Arbeiten, dem Hintergrund des Berichtes von Xenophon, der Tyrann Euphrōn habe Sklaven freigelassen und zu Bürgern gemacht. Es wird sich dabei wohl nicht nur um Kaufsklaven gehandelt haben. Es erhebt sich vielmehr die Frage, ob die sikyonischen korynēphoroi nicht auch von den Maßnahmen betroffen wurden. Doch hierbei wird deutlich, daß wir von letzteren sehr wenig wissen. Der Begriff korynēphoroi (Keulenträger) ist etwas irreführend. Hingegen deutet die eigentliche Bezeichnung katōnakophoroi (Träger einer bestimmten Schaffellkleidung) eventuell auf einen sklavischen Status hin. Dies werde auch belegt durch die bei Athenaios überlieferte Meinung Theopomps, die katōnakophoroi, die er als duloi bezeichnete, glichen den spartanischen epeunaktōi (Heloten), die zu Bürgern gemacht worden waren. Nun handelt es sich im letzteren Fall aber um ein eingeschränktes Bürgerrecht. Im übrigen ist dieser Vergleich wohl erst - fälschlich - von Athenaios eingeführt worden und deshalb ohne Wert. Andere Quellen besagen, teils daß die katōnakē eine diskriminierende Bekleidung für die Landleute war, die diese daran hindern sollte, die Stadt zu betreten, teils daß es sich lediglich um ein wetterfestes Kleidungsstück für alle Landleute, gleich welchen Status, handelte. Mit Sicherheit ist also der Status der katōnakophoroi nicht zu klären. Halbwegs sicher erscheint lediglich, daß sie bis zur zweiten Hälfte des 4. Jahrhunderts eine minderberechtigte Stellung innehatten. Xenophons Bezeichnung duloi paßt auf sie kaum.

Letztlich muß man in den katōnakophoroi Freie im weitesten Sinne sehen, von denen aber nicht ganz klar ist, ob sie nicht von der Polis abhängig waren.

P i e r r e L é v e q u e (Besançon) ("Les contradictions sociales dans la société trifonctionnelle à la Dumézil") arbeitete, sich den Auffassungen G. Dumézils anschließend, heraus, wie sich die mit der Auflösung der Urgesellschaft entstehenden sozialen Widersprüche und Abhängigkeiten in religiösen Vorstellungen und Kultformen widerspiegeln. Dabei vollziehen sich zum Beispiel in der Götterwelt signifikante Veränderungen; sie wird zunehmend hierarchisch gegliedert und in ihr treten bezeichnenderweise auch strafende Götter an die Stelle der helfenden Naturgottheiten des Neolithikums. Es handelt sich hierbei zweifellos um eine Anpassung an die veränderten sozialen Beziehungen in der Realität.

Auf der Grundlage derartiger Beobachtungen unternahm der Referent den Versuch, die sozialen Widersprüche der frühen Klassengesellschaften umfassend und modellhaft zu erfassen.

G a b r i e l e B o c k i s c h (Berlin) verwies in ihren Ausführungen ("Abhängigkeitsverhältnisse in den 'Lycurgica'") zu Anfang darauf, daß nicht alle Abhängigkeitsverhältnisse klar als solche in den Quellen bezeichnet werden. Sie versuchte deshalb, derartige Beziehungen in Sparta und den frühen griechischen Poleis aus den überlieferten Formen des Grabkultes zu erschließen.

So könnte die zwangsweise Teilnahme der Messenier an den Totenfeiern für vornehme Spartaner durchaus als Hinweis auf Abhängigkeitsverhältnisse und soziale Staffelungen gewertet werden. Immerhin mußten die Messenier beim Begräbnis manuelle Leistungen erbringen, während die kostbaren Preise bei den Erinnerungsfestlichkeiten für längst verstorbene Adlige im Prinzip unter den Spartiaten ausgekämpft wurden.

Ähnliche Verhältnisse sind auch in anderen Städten anzunehmen oder aus den Quellen zu erschließen. Die Referentin kam zu dem Resultat, die erzwungene Einbeziehung unterer Bevölkerungsschichten in den Grabkult der Herrschenden im 7. und 6. Jahrhundert v. u. Z. sei als Abhängigkeitsverhältnis anzusehen.

Gert Audring (Berlin) beschäftigte sich mit der Sklaverei der Hirten ("Zur sozialen Stellung der Hirten in archaischer Zeit"). Wie er betonte, war dieses Ausbeutungsverhältnis keineswegs primitiv, sondern enthielt im Rahmen der damaligen ökonomischen Bedingungen wenigstens im Kern bereits alle Probleme späterer Sklaverei. Die Hirtensklaverei der Frühzeit kann als erste Form ökonomisch bedeutsamer Sklaverei in Griechenland gewertet werden. Bevor die spezialisierte gewerbliche Produktion für den Markt aufkam, scheint vor allem die Viehzucht adligen Herren Möglichkeiten geboten zu haben, Sklaven einzusetzen. So entsprechen der Viehwirtschaft dauerhafte Arbeitsverhältnisse, nicht aber Saisonarbeit. Angesichts der Knappheit des zur Verfügung stehenden Fruchtlandes wurde Viehzucht überwiegend in den Randzonen der Polisgebiete betrieben. In solchen Bereichen ließen sich Freie nur schwer einsetzen. Das isolierte Leben in diesen Zonen mit ihrer geringen sozialen Wertschätzung war auf die Dauer nur Sklaven (oder "Hörigen") zumutbar. Für die ökonomischen Verhältnisse ist charakteristisch, daß die Hirtensklaven ihr Vieh - soweit die Quellen dazu Aussagen erlauben - nicht dem Markt, sondern dem Sitz des Herrn zuführten. Die wirtschaftlichen Außenbeziehungen der *oikoi* wirkten viel weniger als in späterer Zeit auf das Sklavereiverhältnis ein. Das am höchsten verdinglichte, abstrakte Moment der Sklaverei archaischer Zeit scheint im Akt des Kaufes der Person des Sklaven gelegen zu haben; danach nimmt das Ausbeutungsverhältnis unter den Bedingungen des ungebundenen Lebens draußen bei den Herden spezifische Züge an.

Reimar Müller (Berlin) ging, basierend vor allem auf Aristoteles, der Frage nach, wie gesellschafts- und staatstheoretische Reflexionen über poliade und nichtpoliade Gebiete dortige Abhängigkeitsverhältnisse widerspiegeln ("Polis und Ethnos in der griechischen Gesellschaftstheorie"). Als Gegensatz zu den Poleis, in denen nach Auffassung des Aristoteles der Staat sein *telos* erreicht hat, figurieren die *ethnē*, die für ihn Staatsgebilde zweiter Ordnung waren. Der Begriff *ethnos* bezeichnet sowohl griechische und barbarische Stammesstaaten als auch durchaus entwickelte, aber nichtpoliade Staatsformen, wie zum Beispiel die großen Staaten des Orients. Dadurch entstand eine gewisse Begriffskonfusion. Gemeinsam ist diesen verschiedenen Arten des *ethnos* aber, daß sie - aus der Sicht des Aristoteles - ihr *telos* nicht erreicht hatten. Dafür werden ihre Unterentwicklung, ihre Größe oder ihre mangelnde soziale Strukturierung verantwortlich gemacht, was wiederum hauptsächlich geographisch-klimatische Gründe habe.

Die Abhängigen in den Poleis und *ethnē* stellen immer eine Bedrohung und Gefahr für ihre Beherrscher dar, besonders wenn es sich um Griechen handelt, wie bei den Thessaliern (Penesten) und den Spartanern (Heloten). Deshalb schlug Aristoteles für die Polis ein anderes Modell vor, das alternativ zu den Sklaven *barbaroi perioikoi* empfahl, wobei ihm wohl das Beispiel von Herakleia am Pontos vorschwebte, das die einheimischen Mariandyner in Abhängigkeit gebracht hatte. Allgemein betrachtet berühren sich nichtpoliade politische Strukturen und *metaxy*-Formen der Abhängigkeit in der theoretischen Analyse der Antike nur selten. Beide unterlagen meist getrennten Untersuchungen in der Gesellschaftstheorie. Gemeinsam ist ihnen, daß sie, verglichen mit der klassischen Polis und der Sklaverei, nicht den Hauptstrang der historischen Entwick-

lung ausmachen und deshalb nur in begrenztem Umfang zum Gegenstand theoretischer Analysen wurden.

I s t v á n H a h n (Budapest) stellte in seinem Beitrag ("duloi als Sklaven und Abhängige im hellenistischen Osten /an Hand einer neuentdeckten Inschrift/") die Neuinterpretation einer 1973 publizierten Inschrift aus der Stadt Kōranza in Karien vor. In der auf das Ende des 4. oder den Anfang des 3. Jahrhunderts v. u. Z. zu datierenden Schenkungsurkunde überläßt ein offenbar kinderloser Erblasser dem Apollonheiligtum der Stadt ein Grundstück. Zugleich wird Sorge für das eheliche Grabmal getragen. Der die Grabpflege ausführenden Person soll Steuernachlaß gewährt werden. Diese - zum Teil ergänzte - Schlußbestimmung ist aber unterschiedlich auslegbar. Entweder besagt sie, daß die betreffende Person von den Sklavensteuern, außer der königlichen, befreit werden soll oder daß derjenige von den duloi, der sich um das Grab bemüht, von allen Steuern, außer den königlichen, befreit wird. Erstere Auslegung ist zweifelhaft, weil es eine reguläre Sklavensteuer nicht gab, somit eine Befreiung davon unnötig erscheint. Hahn schlägt die zweite Interpretation vor.

Demzufolge werden in der Inschrift besteuerte Sklaven erwähnt, die vermutlich dem Erblasser gehörten. Eine bereits vorher namentlich aufgezählte Gruppe von Menschen, die mit der Vollstreckung des Testaments beauftragt worden waren, erinnert an die oiketai in der Mnesimachosinschrift, da sie mit zum Teil einheimischen Namen und Patronyma bezeichnet werden und offensichtlich keine Bürger sind. Es dürfte sich somit um dieselben Personen gehandelt haben, die wenig später im gleichen Dokument duloi genannt werden. Diese duloi wären dann also Sklaven eines Grundeigentümers, die eine relativ eigenständige wirtschaftliche und gesellschaftliche Stellung und die Pflicht zur Steuerzahlung gehabt hätten. Bekanntermaßen genossen gewisse Sklaven eine große Eigenständigkeit und verfügten auch über finanzielle Mittel, das heißt, sie wären wirtschaftlich auch in der Lage gewesen, Steuern zu zahlen.

Anschließend griff Hahn einen bereits in der Diskussion von ihm geäußerten Gedanken nochmals auf: Die Lage der unfreien Produzenten der metaxy-Gruppen ist ebenso verschieden wie die Vielzahl der sie bezeichnenden Termini. Es gibt also keine eindeutig eingrenzenden Unterschiede zwischen diesen Gruppen, sondern allenfalls eine Differenzierung innerhalb eines Koordinatensystems, dessen "Achsen" das Maß der wirtschaftlichen und das der juristischen Abhängigkeit sind. Trotzdem sind die genannten duloi ebenso wie die oiketai der Mnesimachosinschrift oder die andrapoda aus Teos gleich darin, wirtschaftlich so selbständig zu sein, daß sie Steuern zahlen müssen. Es kann sich also nicht um Chattel slaves, sondern nur um Abhängige gehandelt haben.

An diesen Beitrag schloß sich eine lebhaftige Diskussion an, in der insbesondere die große inhaltliche Breite des Begriffes dulos betont wurde. Die Interpretation Hahns wurde als sehr anregend begrüßt, doch wurden Zweifel laut, ob der Text vom Herausgeber (M. Ç. Şahin) richtig ergänzt worden ist. Ganz sicher wird die Diskussion zu diesem Thema weitergehen.

J ó z e f W o l s k i (Kraków) richtete die Aufmerksamkeit auf eine von der Forschung bisher kaum behandelte Problematik ("Die abhängigen Bevölkerungsschichten im Iran der Partherzeit"). Die gezielte Neubewertung der bekannten Quellen ergibt jedoch neue Gesichtspunkte. Es ist hinlänglich bekannt, daß die griechischen und römischen Termini oft nicht klar interpretierbar sind. Folglich wurden oft Bezeichnungen kurzerhand der Sklaverei zugeordnet, die bei genauer Betrachtung des Kontextes eher auf Formen der Abhängigkeit hindeuten.

So galt seit Mommsen der Iran der Arsakiden als Land der entwickelten Sklaverei. Nun erscheinen in den literarischen Quellen durchaus Begriffe wie servus, dulos, oiketēs und pelatēs, doch existiert in der epigraphischen Überlieferung nur ein Beleg für die Sklaverei, der aber nicht aus der Partherzeit stammt. Es ist also zumindest fraglich, ob die genannten Termini durchweg Sklaven bezeich-

nen, zumal die antiken Autoren die Zustände in wenig hellenisierten Iran bestenfalls näherungsweise wiedergeben konnten.

Dieses ist aber nicht eingetreten. Ein Vergleich der Berichte Plutarchs und Justins zeigt, daß beide die wahren Verhältnisse im Partherreich nicht verstanden haben. Die erwähnten Begriffe wie dulos, servus usw. spiegeln verschiedene Schichten der Bevölkerung wider. Es handelte sich dabei um Gefolgsleute der parthischen Stammesaristokratie, die als ehemals freie Bauern nun abhängig und zum Kriegsdienst verpflichtet waren, abhängige Bauern des laoi-Typus und auch um echte ehemalige Sklaven. Hier spiegeln sich genau gesehen alte orientalische Traditionen wider. Die noch stark gentilizisch organisierten Parther hatten eine breite, bereits früher abhängige Bevölkerung überlagert und sich zudem noch selbst stark differenziert. Da der Hellenismus im Iran keinen nachhaltigen Einfluß ausgeübt hatte und die Arsakiden sich den griechischen Städten gegenüber feindselig verhielten, dominierten allmählich die von Anfang an bestehenden Verhältnisse altorientalischen Typs. Man muß also das Arsakidenreich als iranisches Reich ansehen und auch die daraus notwendigen Folgerungen für die Bewertung der Abhängigkeitsformen ziehen.

Alain Daubigny (Besançon) untersuchte den Charakter der vorrömischen Abhängigkeitsformen in Gallien und Germanien ("Statut des formes de la dépendance préromaine dans l'aire gallo-germanique"). Er verwies dabei auf die methodischen Schwierigkeiten, die die in den literarischen Quellen enthaltene interpretatio romana bereitet. Wenn die Abhängigkeitsverhältnisse im gallo-germanischen Raum lange Zeit als sklavisch angesehen wurden, so liegt das auch an einer durch die antiken Autoren vermittelten romanozentristischen Sicht. Doch konnten diese selbst die für sie fremden Verhältnisse nur näherungsweise und im Vergleich zur Sklaverei wiedergeben. Es ist deshalb notwendig, unter Hinzuziehung weiterer Quellengattungen die tatsächlichen Zustände zu erschließen.

Daubigny schloß daran eine detaillierte Darstellung der vorrömischen Beziehungen in beiden Gebieten an und kam zu dem Schluß, daß der Prozeß der sozialen Differenzierung nicht gleichzeitig und gleich stark verlief, aber eine große Ähnlichkeit zeigt. Die Abhängigkeit entstand aus den inneren Widersprüchen der Gesellschaften und der Entwicklung ihrer Produktionsweisen. In Gallien scheinen die tributären Verhältnisse sehr stark gewesen zu sein; eventuell entarteten sie dann in die Form der "Dépendance para-esclavagiste". Es handelt sich dabei um die ambactitudo, die eine massive Form der Abhängigkeit darstellt. In Germanien verlief der Prozeß der Unterwerfung unter die Abhängigkeit nicht so stark. Es sind also zwei verschiedene Stufen eines Verhältnisses, das durch seinen tributären Charakter bestimmt wird.

Klaus - Peter Johne (Berlin) betonte am Anfang seiner Ausführungen ("Die Kolonenwirtschaft der römischen Republik und des Prinzipats als Abhängigkeitsverhältnis") den Unterschied zwischen dem Kolonat des 4. bis 6. Jahrhunderts als der typischen Ausbeutungsform der Spätantike und dem im Prinzip kündbaren Pachtverhältnis der vorangegangenen Jahrhunderte, der Kolonenwirtschaft. Hierbei blieb der colonus, unbeschadet der ökonomischen Abhängigkeit vom Bodeneigentümer, ein rechtlich gleichgestellter Partner des Verpächters. Dieses Pachtverhältnis ist allerdings nur in Italien und Sizilien belegt.

Natürlich hatte die Kolonenwirtschaft auch Raum für außerökonomische Abhängigkeitsformen. Johne nannte vier Möglichkeiten: 1. Pächter in klientelartiger Bindung. Es handelt sich hierbei um freie Bürger, die sich aber in starker Abhängigkeit vom Patron befanden. Diese spezifisch italische Abhängigkeitsform dürfte auf frühromische Verhältnisse zurückgehen. 2. Freigelassene als Kolonen, die einen Sonderfall der ersten Form darstellen. Sie waren natürlich stärker vom Patron abhängig als freie Pächter. 3. Sklaven in pachtähnlichen Verhältnissen standen noch tiefer. Da sie reguläre Pachtverhältnisse nicht eingehen konnten, wurden sie als Quasikolonen bezeichnet. 4. Die Kolonen auf den afri-

kanaischen Latifundien der Kaiserzeit standen, obwohl in einem regulären Pachtverhältnis befindlich, in stärkerer Abhängigkeit als die italischen Pächter. Sie gehörten - offenbar durch Gewohnheitsrecht - zur villa wie Boden und Inventar, zu einer Zeit, in der von einer Bodenbindung im römischen Reich noch keine Rede sein konnte. Zudem wurden sie von den Großpächtern hart bedrückt. Im Unterschied zu Italien, wo sich das Pachtverhältnis durch einen individuellen Vertrag regelte, der eventuell einige kleine Dienste beinhalten konnte, wurde es in Afrika nach einem allgemeinen Vertragsverhältnis geregelt, das Arbeitsleistungen als selbstverständlich ansah. Streitpunkt war nur das Maß dieser Dienste.

Offensichtlich bestand ein direkter Zusammenhang zwischen der Lage der Pächter und der Entwicklung der Sklaverei, was dazu führte, daß die afrikanischen Pächter in einem Abhängigkeitsverhältnis standen, das dem des spätantiken Kolonats recht nahe war. Vermutlich zeigt sich hier eine gewisse Kontinuität vorrömischer Erscheinungen. Trotz alledem waren die Kolonen noch Pächter und nicht vorrangig Abhängige des Landeigentümers. In der Realität des spätantiken Kolonats hingegen verkehrte sich diese Relation.

R i g o b e r t G ü n t h e r (Leipzig) legte in seinem Beitrag ("Abhängigkeitsverhältnisse in Gallien im 5. Jahrhundert unter besonderer Berücksichtigung von Apollinaris Sidonius") dar, daß die Krise der Sklaverei neue Abhängigkeitsformen entstehen ließ, die zum Feudalismus tendierten. Ebenso wie der Großgrundbesitzer-Adel den Munzipaladel aus der dominierenden Stellung verdrängt hatte, setzten sich zunehmend auch neue Formen der Abhängigkeit durch die ein - wenn auch eingeschränktes - selbständiges Wirtschaften der Produzenten ermöglichten. Demgegenüber verlor die Sklaverei an Bedeutung für die Produktion und behielt nur in der Hauswirtschaft eine gewisse Bedeutung. Parallel dazu näherte sich die wirtschaftliche Lage der unteren Bevölkerungsklassen einschließlich der Sklaven immer mehr an, obwohl die personenrechtlichen Unterschiede bestehen blieben. Es zeigt sich hier ein deutlicher Bruch zwischen Rechtstheorie und Rechtswirklichkeit. Die überkommenen Bezeichnungen wie servus, colonus, clens werden zwar traditionell weiter verwendet, nehmen aber immer mehr präfeudale Bedeutungsinhalte an. Zwischen den spätantiken servi und den an den Boden gebundenen coloni bestand praktisch kein Unterschied, weil die rechtstheoretische Freiheit letzterer seit langem zur Fiktion geworden war. Demgegenüber waren die Klienten juristisch deutlich besser gestellt, da sie zwar persönlich abhängig von einem Patron, aber Eigentümer ihres Landes waren. Doch ihre tatsächliche Lage, sei es als abhängige Bauern, sei es als Knechte oder Tagelöhner, war kaum besser als die der Sklaven und Kolonen.

Gleichzeitig entstand in den Gebieten der foederati ein freies Landeigentum, das große Impulse für die Feudalisierung gab und die Durchsetzung präfeudaler Abhängigkeitsverhältnisse beschleunigte.

Verlesen wurden die Beiträge von P i e r r e L e r i c h e (Paris) ("Structures politiques et sociales dans l'Asie Centrale hellénistique") und M a r i o M a z z a (Pisa) ("Sul lavoro servile nella Sicilia romana. Ideologia ed antropologia in un passo di Diodoro").

Leriche verglich die vorhellenistischen Strukturen Baktriens und der Sogdiana mit denen der hellenistischen Zeit. Dabei kam er besonders auf der Grundlage archäologischer Quellen zu dem Schluß, daß beide Gebiete bereits vor der makedonischen Eroberung einen beachtlichen kulturellen Entwicklungsstand erreicht hatten. Ausgedehnte Bewässerungsanlagen, befestigte Städte und große Nekropolen belegen dies. Baktrien hatte gegenüber der Sogdiana einen gewissen Entwicklungsvorsprung erreicht. Deshalb konnten sich die griechischen Eroberer besonders dort auf gut entwickelte wirtschaftliche und gesellschaftliche Beziehungen altorientalischen Typs stützen.

Die Schaffung einer gräkokaktrischen Oberschicht, der die einheimische Aristokratie und der Klerus angehörten, führte zusammen mit der Urbanisierung zur

Entstehung einer prägriechischen Zivilisation, von der die Stämme ausgeschlossen blieben und die auf der Ausbeutung der bäuerlichen Bevölkerung basierte. Der Autor bezeichnete dieses Ausbeutungsverhältnis als "agropastoral".

Mazza widmete sich anhand von Diodor dem ideologischen Wertsystem der antiken Quellen, die sich mit der Sklaverei beschäftigen. Dieses Wertsystem muß dekodiert werden, um ein besseres Verständnis der jeweiligen Quelle zu erreichen. Die analysierte Diodorstelle (34/35, 2, 28 - 30) hat, genauer betrachtet, zwei Verständnisebenen. Auf der ersten, der historischen, wird versucht, die Gründe für den Ausbruch des 1. Sizilischen Sklavenkrieges darzulegen. Dabei verdeckt die moralisierende Schilderung jedoch die tatsächlichen Probleme. Dies stellt die Verbindung zur zweiten, weniger unmittelbaren Verständnisebene her die Funktion des Textes in seiner Zeit. Die in der historischen Schilderung angeführten Ursachen reduzieren sich auf den anthropologischen Widerspruch zwischen Menschen, die sich im Stadium der Zivilisation befinden und solchen, die gewaltsam in das von Barbaren herabgedrückt worden sind. Letzteres stellt ebenso wie die Exzesse der Sklaveneigentümer eine Abweichung von den nomoi dar, was letztlich zum Aufstand führte.

Im Resultat dient der Diodortext der Rechtfertigung der Sklaverei und der Stabilisierung der bestehenden Verhältnisse. Er erfüllt diese Doppelfunktion, indem er einerseits die tatsächlichen Ursachen des Aufstandes verwischt und andererseits nichtreale Lösungsmöglichkeiten anbietet.

Das Klima konzentrierter Arbeit während des Kolloquiums zeigte sich auch in einer lebhaften und sachkundigen Diskussion. In ihr wurde auch auf die Schwächen der bisherigen Forschung hingewiesen. Es hatte sich nämlich überraschenderweise ergeben, daß solche scheinbar klaren Begriffe wie "Freier", "Unfreier" und "Sklave" nicht eindeutig definiert sind. Gerade dies ist aber für die Klärung der sozialen und wirtschaftlichen Lage der metaxy-Gruppen unerlässlich. In diesem Zusammenhang schoben sich terminologische Aspekte immer mehr in den Mittelpunkt. Die zeitgenössischen, oft pejorativen Bezeichnungen in der Gemeinsprache deckten sich kaum mit der offiziellen juristischen Terminologie für Sklaven und Unfreie. Letztere ist zudem oft, wie eben der metaxy-Begriff bei Pollux, das Resultat späterer Reflexionen. Die weitere Forschung sieht sich vor die dringende Aufgabe gestellt, das Verständnis der Termini für Freie, Sklaven und Abhängige im synchronen gesellschaftlichen Bewußtsein zu klären. Die oft sehr große Breite der möglichen Bedeutungsinhalte, auf die am Beispiel dulos verwiesen wurde, wird diese Anstrengungen keineswegs erleichtern.

Als ein weiterer wichtiger Gesichtspunkt dieser terminologischen Probleme erschien die Schilderung orientalischer Verhältnisse in griechischen und lateinischen Quellen. Hierbei ist zwangsläufig mit Verzerrungen zu rechnen, da sich die geschilderten Verhältnisse nur näherungsweise in die Vorstellungswelt des Publikums im griechisch-römischen Raum transportieren ließen. Bei der Auswertung solcher Quellen wäre freilich eine effektive interdisziplinäre Zusammenarbeit das erste Gebot. Dies könnte nicht zuletzt zum Abbau schematischer Vorstellungen über Eigentums- und Abhängigkeitsverhältnisse im jeweils anderen Forschungsgebiet führen.

Der zweite große Schwerpunkt der Diskussion war die Stellung der metaxy-Gruppen in ihrem Verhältnis zu den Freien und den Sklaven. Im Verlauf der Aussprache wurde mehrfach gefordert, von der vorherrschenden linearen Betrachtungsweise abzugehen, die die metaxy-Gruppen als monolithischen Block zwischen Freie und Sklaven stellt. Dagegen soll jede einzelne Gruppe für sich auf das jeweilige Maß ihrer ökonomischen und juristischen Abhängigkeit untersucht werden, was zu unerwarteten Ergebnissen führen könnte.

Im Verlauf der Diskussion wurde mehrmals darauf hingewiesen, daß die Rolle des Kultes und der Ideologie bei der Begründung und Erklärung der Abhängigkeitsverhältnisse bisher nur wenig behandelt worden ist. Diesem Rechnung tragend, soll sich das nächste Colloque sur l'esclavage, das 1983 im italieni-

sehen Lecce stattfinden soll, besonders mit ideologischen Problemen beschäftigen. Die Beiträge zur diesjährigen Tagung werden in der Reihe "Schriften zur Kultur und Geschichte der Antike", herausgegeben vom Zentralinstitut für Alte Geschichte und Archäologie der AdW der DDR, veröffentlicht.

Christian Mileta

BIBLIOGRAPHIE

Bibliographie wirtschaftsgeschichtlicher Literatur der DDR,
21. Lieferung

Theorie und Methodik

3079.

Aktuelle Probleme der staatsmonopolistischen Regulierung : Veränderte Reproduktionsbedingungen u. Krise d. staatsmonopolist. Regulierung ; Widerspruch zwischen Internationalisierung d. Kapitals u. nat. begrenzter Wirtsch.pol. ; Sozialpolitisch brisante Regulierung d. Klassenbeziehungen. - In: IPW Ber., Berlin, 10 (1981) 10, S. 1 - 10.

3080.

Dalchow, Irmtraud: Zur Arbeit mit den Betriebsgeschichtskommissionen. - In: Erfahrungen und Aufgaben der betriebsgeschichtlichen Arbeit : Ausgewählte Beitr. d. 7. Konferenz d. Fachkommission Betriebsgesch. d. Historiker-Gesellsch. d. DDR (Erfurt, 18. - 20. Nov. 1980). - Oberlungwitz : Kongreß- u. Werbebd., 1981. S. 55 - 59. - (Wissenschaftliche Mitteilungen : Historiker-Gesellsch. d. DDR ; 1981, 1).

3081.

Danek, Paul: Zur Rolle des historischen Materialismus in der marxistischen Geldtheorie im gegenwärtigen Meinungsstreit. - In: Wiss. Z. Martin-Luther-Univ. Halle-Wittenberg, Gesch.wiss. R., Halle/S., 30 (1981) 2, S. 3 - 16.

3082.

Dick, Wolfgang: Zur Darstellung wesentlicher historischer Zäsuren in der Betriebsgeschichte. - In: Erfahrungen und Aufgaben der betriebsgeschichtlichen Arbeit : Ausgewählte Beitr. d. 7. Konferenz d. Fachkommission Betriebsgesch. d. Historiker-Gesellsch. d. DDR (Erfurt, 18. - 20. Nov. 1980). - Oberlungwitz : Kongreß- u. Werbebd., 1981. S. 42 - 47. - (Wissenschaft-

liche Mitteilungen : Historiker-Gesellsch. d. DDR ; 1981, 1).

3083.

Finzelberg, Sigtraut; Trümpler, Eckhard: Zur Ausarbeitung der wirtschaftspolitischen Konzeption der SED in Vorbereitung des 8. Parteitages. - In: Beitr. Gesch. Arb.bew., Berlin, 23 (1981) 3, S. 323 - 338.

3084.

Heppener, Sieglinde; Schirmer, Ursula; Wieland, Edgar-André: Die sozialistische Produktionsweise : Eine philosophiehistor. Analyse. - Berlin : Dietz Verl., 1981. - 229 S. - (Grundfragen der marxistisch-leninistischen Philosophie).

3085.

Hoffmann, Tamás: Was sind Bauern? Eine Untersuchung über d. Widersprüche von Produktion u. Konsumtion im vorkapitalist. Europa. - In: Jb. Museums Völkerkd. Leipzig, Berlin, 33 (1981), S. 12 - 35.

3086.

Knoblich, Werner; Mennel, Ruth: Die weitere Vervollkommnung des sozialistischen Charakters der Arbeit bei der Verwirklichung der ökonomischen Strategie der SED. - In: Gesch.unterr. u. Staatsbürgerkd., Berlin, 23 (1981) 9, S. 814 - 820 : Tab.

3087.

Könnemann, Erwin: Erfahrungen beim Schreiben von Betriebsgeschichten. - In: Erfahrungen und Aufgaben der betriebsgeschichtlichen Arbeit : Ausgewählte Beitr. d. 7. Konferenz d. Fachkommission Betriebsgesch. d. Historiker-Gesellsch. d. DDR (Erfurt, 18. - 20. Nov. 1980). - Oberlungwitz : Kongreß- u. Werbebd., 1981. S. 68 - 76. - (Wissenschaftliche Mitteilungen : Historiker-Gesellsch. d. DDR ; 1981, 1).

3088.
Kuczynski, Jürgen: Wissenschaft und Industrielle Revolution. - In: NTM. Schriftenr. Gesch. Naturwiss., Technik u. Med., Leipzig, 15 (1978) 2, S. 18 - 29.
3089.
Moritz, Heinz: Erfahrungen und Aufgaben der betriebsgeschichtlichen Arbeit : Ausgewählte Beitr. d. 7. Konferenz d. Fachkommission Betriebsgesch. d. Historiker-Gesellsch. d. DDR (Erfurt, 18. - 20. Nov. 1980) - Oberlungwitz : Kongreß- u. Werbe-dr., 1981. S. 12 - 41. - (Wissenschaftliche Mitteilungen : Historiker-Gesellsch. d. DDR ; 1981, 1).
3090.
Müller, Klaus: Irrwege der Verteilungstheorie : Kritik bürgerl. Theorien d. Einkommensverteilung. - Berlin : Verl. d. Wirtsch. 1980. - 215 S. - (Beiträge zur Kritik d. bürgerl. Ideologie u. d. Revisionismus).
3091.
Petrak, Heinz: Einige Aspekte der Kapitalismusanalyse durch Engels und der antimonopolistische Kampf. - In: Friedrich Engels und Probleme der sozialistischen Revolution : Materialien d. wiss. Konferenz d. Akad. für Gesellsch.wiss. beim ZK d. SED am 26.11.1980 anlässlich d. 160. Geburtstages von Friedrich Engels. - Berlin : Akad. für Gesellsch.wiss. beim ZK d. SED, 1981. S. 47 - 54. - (Thematische Information und Dokumentation : R. B ; 30).
3092.
Reichert, Günter: Aus den Erfahrungen der Arbeitsgruppe Betriebsgeschichte bei der SED-Stadtleitung Dresden. - In: Erfahrungen und Aufgaben der betriebsgeschichtlichen Arbeit : Ausgewählte Beitr. d. 7. Konferenz d. Fachkommission Betriebsgesch. d. Historiker-Gesellsch. d. DDR (Erfurt, 18. - 20. Nov. 1980). - Oberlungwitz : Kongreß- u. Werbe-dr., 1981. S. 60 - 67. - (Wissenschaftliche Mitteilungen : Historiker-Gesellsch. d. DDR ; 1981, 1).
3093.
Rudolph, Günther: Konservatismus, Faschismus und Neofaschismus in der bürgerlichen Vulgärökonomie : Othmar Spann's Universalismus u. seine gegenwärtigen Anhänger. - In: Wirtschaftswissenschaft, Berlin, 29 (1981) 9, S. 1110 - 1121.
3094.
Sachse, Hilmar: Die Notwendigkeit der Erforschung der Geschichte der politischen Ökonomie des Kapitalismus in der Periode des weltweiten Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus - Aufgaben und Probleme. - In: Wirtschaftswissenschaft, Berlin, 29 (1981) 7, S. 842 - 850.
3095.
Szekerés, József: Stand und Aufgaben der ungarischen Betriebsgeschichtsschreibung. - In: Erfahrungen und Aufgaben der betriebsgeschichtlichen Arbeit : Ausgewählte Beitr. d. 7. Konferenz d. Fachkommission Betriebsgesch. d. Historiker-Gesellsch. d. DDR (Erfurt, 18. - 20. Nov. 1980). - Oberlungwitz : Kongreß- u. Werbe-dr., 1981. S. 91 - 96. - (Wissenschaftliche Mitteilungen : Historiker-Gesellschaft der DDR ; 1981, 1).
3096.
Wagenbreth, Otfried; Wächtler, Eberhard: Zur Wechselwirkung regionalgeschichtlicher und gesellschaftlicher Faktoren in der Geschichte der geologischen Wissenschaften. - In: Studien zur Geschichte der Braunkohlenbrikettierung und Geologie. - Leipzig : Dt. Verl. für Grundstoffindustrie, 1981. - (Beiträge zur Geschichte der Produktivkräfte ; 16) (Freiberger Forschungshefte : D ; 132). - S. 77 - 104 : Ill., Kt.
3097.
Wick, Peter: Gedanken zur Normierung der Kategorie "Bauer" vom Standpunkt der Informatik (Informations- und Dokumentationswissenschaft). - In: Der Bauer als historische Kategorie : IV. Konferenz d. Fachkommission Agrargesch. d. Historiker-Gesellsch. d. DDR, Weimar 1979. - Hälfte 2. - Rostock : Wilhelm-Pieck-Univ., 1980. - (Probleme der Agrargeschichte des Feudalismus und des Kapitalismus ; 13). - S. 27 - 35.

3098.

Wittenburg, Gertraud: Zur Geschichte politökonomischer Auffassungen über die Kriegswirtschaft der UdSSR im Großen Vaterländischen Krieg. - In: Wirtschaftswissenschaft, Berlin, 29 (1981) 5, S. 568 - 581.

3099.

Zschiedrich, Harald: Theoretische Fragen der Intensivierung der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit der Mitgliedsländer des RGW. - In: Wirtschaftswissenschaft, Berlin, 29 (1981) 7, S. 786 - 800 : Tab.

Bibliographien

3100.

Bibliographie Geschichte der Technik / Hrsg. von d. Sächs. Landesbibliothek Dresden - Dresden. Jg. 19. Berichtsjahr 1979 : Nachträge 1971 ff / Bearb. von Michael Letocha unter Mitarb. von Peter Hesse ... - 1980. - XLII, 349 S.

3101.

DDR-Publikationen zur Imperialismusforschung : Auswahlbibliographie. - Berlin : Inst. für Internat. Pol. u. Wirtsch. d. DDR Jg. 10. 1980. - 1981. - 186 S.

Festschriften, Biographien, Kongresse, Quellennachweise

3102.

Archivalische Quellennachweise zur Geschichte der chemischen Industrie. - Wolfen : VEB Filmfabrik Wolfen Nr. 12. Quellen und Dokumente aus dem Bestand I. G. Farbenindustrie AG, Sekretariat Dr. Kleine im Betriebsarchiv Wolfen - Fotochemisches Kombinat / Bearb. von Manfred Gille. T. 1. - 1980. - X, 74 S.
Nr. 13. Quellen und Dokumente aus dem Bestand I. G. Farbenindustrie AG, Sekretariat Dr. Kleine im Betriebsarchiv Wolfen - Fotochemisches Kombinat / Bearb. von Manfred Gille. T. 2. - 1980. 75 - 121.

3103.

Der Bauer als historische Kategorie : IV. Konferenz d. Fachkommission Agrargesch. d. Historiker-Gesellsch. d. DDR, Weimar 1979. - Rostock : Wilhelm-Pieck-Univ., Sekr. Gesch. - (Probleme der Agrargeschichte des Feudalismus und des Kapitalismus ; ...)
Hälfte 1.- 1980. - 75 S. - (... ; 12)
Hälfte 2.- 1980. - 66 S. : Tab. - (... ; 13).

3104.

Dalchow, Irmtraud: Erfahrungsaustausch in der Fachkommission Betriebsgeschichte. - In: Z. Gesch.wiss., Berlin, 29 (1981) 9, S. 827 - 828.

3105.

Dalchow, Irmtraud: Zum antifaschistischen Kampf in den Betrieben. - In: Z. Gesch.wiss., Berlin, 29 (1981) 10, S. 941 - 942.

3106.

Gallinge, Irene: Internationale Monopole und Klassenkampf. - In: IPW Ber., Berlin, 10 (1981) 7, S. 35 - 38.

3107.

Maur, Hans: Konferenz zur Betriebsgeschichte in Berlin. - In: Beitr. Gesch. Arb.bew., Berlin, 23 (1981) 3, S. 447 - 448.

3108.

Radandt, Hans: Zu Veranstaltungen der Fachkommission Betriebsgeschichte der Historiker-Gesellschaft der DDR : Bilanz und Erfahrungen. - In: Erfahrungen und Aufgaben der betriebsgeschichtlichen Arbeit : Ausgewählte Beitr. d. 7. Konferenz d. Fachkommission Betriebsgesch. d. Historiker-Gesellsch. d. DDR (Erfurt, 18. - 20. Nov. 1980) - Oberlungwitz : Kongreß- u. Werbedr., 1981. S. 77 - 83. - (Wissenschaftliche Mittelungen : Historiker-Gesellschaft d. DDR ; 1981, 1).

3109.

Schwärzel, Renate: Zusammenfassender Bericht über die 7. Konferenz der Fachkommission Betriebsgeschichte. - In: Erfahrungen und Aufgaben der betriebsgeschichtlichen Arbeit : Ausgewählte Beitr. d. 7. Konferenz d. Fachkommis-

sion Betriebsgesch. d. Historiker-Gesellsch. d. DDR (Erfurt, 18. - 20. Nov. 1980). - Oberlungwitz : Kongreß- u. Werbedr., 1981. S. 84 - 90. - (Wissenschaftliche Mitteilungen : Historiker-Gesellschaft der DDR ; 1981, 1).

3110.

Suhr, Helmut; Zeising, Gerhard: Konferenz der Fachkommission Betriebsgeschichte. - In: Beitr. Gesch. Arb.bew., Berlin, 23 (1981) 3, S. 445 - 447.

3111.

Wagner, Christine: Zur Herausgabe des "Kapitals" in der MEGA. - In: Beitr. Gesch. Arb.bew., Berlin 23 (1981) 2, S. 292 - 294.

3112.

Weinhold, Rudolf: Kultur und Lebensweise des Industrie- und Agrarproletariats. - In: Z. Gesch.wiss., Berlin, 29 (1981) 9, S. 828 - 830.

3113.

Woick, Norbert: Wissenschaftliches Kolloquium zur Geschichte der sozialistischen Industrie. - In: Beitr. Gesch. Arb.bew., Berlin, 23 (1981) 5, S. 764 - 765.

Mehrere Zeitabschnitte umfassend

3114.

Denkmalgeschützte Kleinbahnen im Ostseebezirk : Ihre Gesch. u. Perspektive / Hrsg.: Dt. Modelleisenbahn-Verb. d. DDR, Bezirksvorstand Schwerin, Komm. Freunde d. Eisenbahn. - 2., vollst. überarb. u. verb. Aufl. - Rostock, 1980. - 64 S. : Ill., 2 Kt.

3115.

Handbuch Wirtschaftsgeschichte / Hrsg. vom Institut für Wirtschaftsgesch. d. Akad. d. Wiss. d. DDR ; Hrsg.kollegium: Hans Radandt (Vors.) ... - Berlin : Dt. Verl. d. Wiss., 1981
1. - 600 S.
2. - S. 605 - 1115 : Tab.

3116.

Welsch, Friedrich: Geschichte der chemischen Industrie : Abriß d. Entw. aus- gew. Zweige d. chem. Industrie von 1800 bis zur Gegenwart / Unter Mitarb. von D. Goetz ... - Berlin : Dt. Verl. d. Wiss., 1981. - 261 S. : Ill. - (Chemie für Lehrer ; 13) (Studienbücher).

- 500

3117.

Thebanische Kaufverträge des 3. und 2. Jahrhunderts v. u. Z. / Bearb. von Stefan Grunert. - Berlin : Akad.-Verl., 1981. - 78 S. in getr. Zählung, 52 Bl. : Faks. - (Demokratische Papyri aus den Staatlichen Museen zu Berlin ; 2).

500 - 1789

3118.

Buchholz, Wolfgang; Rumler, Manfred: Zur Geschichte der Münzstätte Barby-Mühlingen. - Magdeburg : Museen, Gedenkstätten u. Sammlungen d. Stadt Magdeburg, 1979. - 63 S. : Ill.

3119.

Czacharowski, Antoni: Die wirtschaftlichen, politischen und sozialen Probleme der Führungsschicht in den Städten des Deutsch-Ordenslandes am Anfang des 15. Jahrhunderts. - In: Wiss. Z. Ernst-Moritz-Arndt-Univ. Greifswald, Gesch.wiss. R., Greifswald, 30 (1981) 1/2 S. 29 - 32.

3120.

Dahlbäck, Lars-Göran: Die geistliche Institution als wirtschaftsstimulierender Faktor : Ein Beitr. zur Wirtschaftsgesch. d. mittelalterl. Stadt ; mit Beispielen aus der Bischofsstadt Uppsala in Schweden um 1500. - In: Wiss. Z. Ernst-Moritz-Arndt-Univ. Greifswald, Gesch.wiss. R., Greifswald, 30 (1981) 1/2, S. 33 - 39 : Tab.

3121.

Findeisen, Jörg-Peter: Kammerrat von

Reichenbachs Ideen einer staatlich gelenkten Manufakturentwicklung in Schwedisch-Pommern. - In: *Wiss. Z. Ernst-Moritz-Arndt-Univ. Greifswald, Gesellsch.wiss. R., Greifswald*, 30 (1981) 1/2, S. 57 - 60.

3122.

Fried, Wolfgang: Zur Münzprägung des letzten Hevellerfürsten Pribislaw-Heinrich (1127 - 1150). - In: *Beiträge zur Regionalgeschichte des Brandenburger Havellandes / Hrsg. von Günter Mangelsdorf im Auftr. d. Museums Brandenburg. - Brandenburg/H. : Museum Brandenburg, 1979. - (Brandenburger Blätter ; 2).* - S. 77 - 90 : Ill.

3123.

Fritze, Konrad: Hansisches Bürgertum und Feudaladel vom 13. bis zum 15. Jahrhundert. - In: *Wiss. Z. Ernst-Moritz-Arndt-Univ. Greifswald, Gesellsch.wiss. R., Greifswald*, 30 (1981) 1/2, S. 17 - 19.

3124.

Gelius, Rolf: Zur Geschichte des europäischen Waidindigos. - In: *NTM. Schriftenr. Gesch. Naturwiss., Technik u. Med., Leipzig*, 17 (1980) 2, S. 65 - 83 : Ill.

3125.

Harnisch, Hartmut: Gemeindeeigentum und Gemeindefinanzen im Spätfeudalismus : Problemstellungen u. Untersuchungen zur Stellung d. Landgemeinde. - In: *Jb. Regionalgesch., Weimar*, 8 (1981), S. 126 - 174 : Tab.

3126.

Held, Wieland: Das Volumen des Land- und Grundrentenbesitzes einiger bedeutender geistlicher Stiftungen und Klöster Erfurts bis 1400. - In: *Jb. Regionalgesch., Weimar*, 8 (1981), S. 175 - 193 : Tab.

3127.

Huth, Joachim: Versuch einer siedlungs- und landesgeschichtlichen Deutung possessivisch gebildeter

Ortsnamen in den Stammesgebieten der Milzener, Daleminzer, Lusizer und Nisane : Eine Skizze. - In: *Lëtopis, R. B., Bautzen*, 27 (1980) 2, S. 149 - 176 : Kt.

3128.

Manikowski, Adam: Forschungen zur Wirtschaftsgeschichte Polens des 16. bis 18. Jahrhunderts. - In: *Jb. Gesch., Berlin*, 23 (1981), S. 517 - 529.

3129.

Mechelk, Harald W.: Zur Frühgeschichte der Stadt Dresden und zur Herausbildung einer spätmittelalterlichen Keramikproduktion im sächsischen Elbgebiet aufgrund archäologischer Befunde. - *Berlin : Dt. Verl. d. Wiss., 1981. - 225 S. : Ill. - (Forschungen zur ältesten Entwicklung Dresdens ; 5).*

3130.

Münch, Ernst: Bauernschaft und bäuerliche Schichten im vollentfalteten Feudalismus. - In: *Der Bauer als historische Kategorie : IV. Konferenz d. Fachkommission Agrargesch. d. Historiker-Gesellsch. d. DDR, Weimar 1979. - Hälfte 1. - Rostock : Wilhelm-Pieck-Univ., 1980. - (Probleme der Agrargeschichte des Feudalismus und des Kapitalismus ; 12).* - S. 7 - 21.

3131.

Schilling, Renate: Der Begriff des Bauern in Gebieten extremer Gutsherrschaft. - In: *Der Bauer als historische Kategorie : IV. Konferenz d. Fachkommission Agrargesch. d. Historiker-Gesellsch. d. DDR, Weimar 1979. - Hälfte 1. - Rostock : Wilhelm-Pieck-Univ., 1980. - (Probleme der Agrargeschichte des Feudalismus und des Kapitalismus ; 12).* - S. 41 - 50 : Tab.

3132.

Schultz, Helga: Zur Rolle der Volksmassen in den deutschen Territorien im Spätfeudalismus. - In: *Z. Gesch.wiss., Berlin*, 29 (1981) 5, S. 411 - 426.

3133.

Siemon, Christel: Zur Widerspiegelung frühkapitalistischer Formen in der Stadt-rechtsentwicklung in deutschen absolutistischen Feudalstaaten. - In: *Staat u.*

3134.

Stark, Walter: Zum Handel Danzigs in der ersten Hälfte des 15. Jahrhunderts. - In: Wiss. Z. Ernst-Moritz-Arndt-Univ. Greifswald, Gesellsch. wiss. R., Greifswald, 30 (1981) 1/2, S. 41 - 44.

3135.

Thiemer-Sachse, U.: Kenntnis und Verwendung von Metall in Zentralmexiko bis zur spanischen Eroberung und während der frühen Kolonialzeit : Untersuchung auf d. Basis von Nahua-Texten u. bildschriftl. Quellen. /Mit span. Rés./ - In: Lateinamerika, Rostock, Herbstsem. 1979, S. 51 - 84.

3136.

Wernicke, Horst: Auseinandersetzungsformen der Städtehanse und der hansischen Städtemitglieder mit der feudaladligen Umwelt : Stufen einer Klassenaussetzung. - In: Wiss. Z. Ernst-Moritz-Arndt-Univ. Greifswald, Gesellsch. wiss. R., Greifswald, 30 (1981) 1/2, S. 21 - 28.

1789 - 1917

3137.

Ballwanz, Ilona: Bauernschaft und soziale Schichten des Dorfes im Kapitalismus. - In: Der Bauer als historische Kategorie : IV. Konferenz d. Fachkommission Agrargesch. d. Historiker-Gesellsch. d. DDR, Weimar 1979. - Hälfte 2. - Rostock : Wilhelm-Pieck-Univ., 1980. - (Probleme der Agrargeschichte des Feudalismus und des Kapitalismus ; 13). - S. 5 - 26.

3138.

Barduleck, Max: Die letzten Jahre der Münze in Dresden : Werksverzeichnis 1865 bis 1911 / Hrsg. von Paul Arnold. - Berlin : Transpress, 1981. - 184 S. : Ill.

3139.

Barta, Janos; Orosz, Istvan: Die Umwandlung des Begriffes Bauer in Ungarn während des Übergangs vom Feudalismus zum Kapitalismus. - In: Der Bauer als historische Kategorie : IV. Konferenz d. Fachkommission Agrargesch. d. Historiker-Gesellsch. d. DDR, Weimar 1979. - Hälfte 1. - Rostock : Wilhelm-Pieck-Univ., 1980. - (Probleme der Agrargeschichte des Feudalismus und des Kapitalismus ; 12). - S. 31 - 34.

3140.

Barth, Ernst: Zum Prozeß der Herausbildung von Angestellten in Chemnitzer Betrieben am Ende des 18. und im ersten Drittel des 19. Jh. : Insbesondere auf d. Grundlage d. Nahrungsstandtabellen im Stadtarchiv Karl-Marx-Stadt. - In: Beitr. Heimatgesch. Karl-Marx-Stadt, Karl-Marx-Stadt, 23 (1979), S. 31 - 39.

3141.

Bentzien, Ulrich: Das Bauernbild im Feudalismus in volkskundlicher Sicht. - In: Der Bauer als historische Kategorie : IV. Konferenz d. Fachkommission Agrargesch. d. Historiker-Gesellsch. d. DDR, Weimar 1979. - Hälfte 1. - Rostock : Wilhelm-Pieck-Univ., 1980. - (Probleme der Agrargeschichte des Feudalismus und des Kapitalismus ; 12). - S. 35 - 40.

3142.

Berger, Manfred: Bahnhofsbauten Sachsens, Preußens, Mecklenburgs und Thüringens. - Berlin : Transpress, 1980. - 255 S. : Ill.

3143.

Berthold, Rudolf: Die bäuerlichen Schichten in statistischer Sicht während der preußischen Agrarreformen. - In: Der Bauer als historische Kategorie : IV. Konferenz d. Fachkommission Agrargesch. d. Historiker-Gesellsch. d. DDR, Weimar 1979. - Hälfte 1. - Rostock : Wilhelm-Pieck-Univ., 1980. - (Probleme der Agrargeschichte des Feudalismus und des Kapitalismus ; 12). - S. 59 - 66.

3144.

Conrad, Joachim: In welchen Etappen entstand das Manuskript des Hauptwer-

kes von Karl Marx (dargestellt insbesondere an Hand des Briefwechsels von Marx und Engels 1861 - 1867)? - In: Beitr. Marx-Engels-Forsch., Berlin, 6 (1980), S. 165 - 176.

3145.

Falk, Waltraud; Schilfert, Bernd-Joachim; Zboralski, Dietrich: Zum Erbe bürgerlicher Wirtschaftswissenschaften. - In: Z. Gesch.wiss., Berlin, 29 (1981) 5, S. 405 - 410.

3146.

Haack, Hanna: Schichten und Gruppen der Bauern in Gutsdörfern und im Domanium Mecklenburgs in der Übergangsperiode vom Feudalismus zum Kapitalismus. - In: Der Bauer als historische Kategorie : IV. Konferenz d. Fachkommission Agrargesch. d. Historiker-Gesellsch. d. DDR, Weimar 1979. - Hälfte 1. - Rostock : Wilhelm-Pieck-Univ., 1980. - (Probleme der Agrargeschichte des Feudalismus und des Kapitalismus ; 12). - S. 67 - 75.

3147.

Hallesche Pioniere der Braunkohlenbrikettierung in deren ersten Jahrzehnten / Erich Rammler ... - In: Studien zur Geschichte der Braunkohlenbrikettierung und Geologie. - Leipzig : Dt. Verl. für Grundstoffind., 1981. - (Beiträge zur Geschichte der Produktivkräfte ; 16) (Freiberger Forschungshefte : D ; 132). - S. 7 - 76 : Ill.

3148.

Harnisch, Hartmut: Von der homogenen Feudalbauernschaft zur kapitalistisch differenzierten Bauernschaft? - In: Der Bauer als historische Kategorie : IV. Konferenz d. Fachkommission Agrargesch. d. Historiker-Gesellsch. d. DDR, Weimar 1979. - Hälfte 1. - Rostock : Wilhelm-Pieck-Univ., 1980. - (Probleme der Agrargeschichte des Feudalismus und des Kapitalismus ; 12). - S. 51 - 57.

3149.

Jones, Leonard; Müller, Wolfgang:

Marx und der "Economist". - In: Beitr. Marx-Engels-Forsch., Berlin, 6 (1980), S. 139 - 147.

3150.

Klapperstück, Edgar: Existiert noch das Manuskript zum "Kapital"? : (Nachforschungen zu Marx' Ms. d. 1. Bd. d. "Kapital"). - In: Beitr. Marx-Engels-Forsch., Berlin, 6 (1980), S. 177 - 183.

3151.

Liman, Stefan: Polnische Wanderarbeiter in Dänemark um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert. - In: Zur Beschäftigung ausländischer Arbeiter in Deutschland und Dänemark (1890 - 1939) / Wilhelm-Pieck-Univ. Rostock, Sekt. Gesch. Hrsg. von d. Wilhelm-Pieck-Univ. Rostock, 1980. S. 43 - 79. - (Fremdarbeiterpolitik des Imperialismus ; 7).

3152.

Lohmann, H.-D.: Die Entwicklung des Maschinenbaues in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts im Spiegel der Deutschen Industrie-Zeitung. - In: NTM. Schriftenr. Gesch. Naturwiss., Technik u. Med., Leipzig, 15 (1978) 2, S. 82 - 93.

3153.

Poniatowska, Anna: Polnische Saisonarbeiter in Pommern bis 1914. - In: Zur Beschäftigung ausländischer Arbeiter in Deutschland und Dänemark (1890 - 1939) / Wilhelm-Pieck-Univ. Rostock, Sekt. Gesch. Hrsg. von d. Wilhelm-Pieck-Univ. Rostock. - Rostock, 1980, S. 35 - 41. - (Fremdarbeiterpolitik des Imperialismus ; 7).

3154.

Pontow, Karin: Bourgeoise Kommunalpolitik und Eingemeindungsfrage in Leipzig im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts. - In: Jb. Regionalgesch., Weimar, 8 (1981), S. 84 - 106 : Tab.

3155.

Rehbein, Elfriede: Konstrukteure und Unternehmer des Lokomotivbaus: Richard Hartmann (1809 - 1878) und Carl Anton Henschel (1780 - 1861). - In: Eisenbahn-Jb., Berlin, 1981 (1981), S. 147 - 151 : Ill.

3156.

Richter-Meinhold, Hanns; Henry Bessemer, Sidney Gilchrist Thomas. - Leipzig : Teubner, 1981. - 98 S. : Ill. - (Biographien hervorragender Naturwissenschaftler, Techniker und Mediziner ; 51).

3157.

Schreier, Wolfgang: Physik und Industrielle Revolution. - In: NTM, Schriftenr. Gesch. Naturwiss., Technik u. Med., Leipzig, 15 (1978) 2, S. 57 - 64.

3158.

Schulz, Gerhard: Schwerindustrie und Arbeiterbewegung am Vorabend des Sozialistengesetzes : Zur Rolle d. Großkapitals bei d. Durchsetzung d. Politik d. Ausnahmegesetzgebung. - In: Jb. Gesch., Berlin, 22 (1981), S. 51 - 110 : Tab.

3159.

Sommer, Karl-Heinz: Zur Baugeschichte der Windmühle von Dittrichshütte. - In: Rudolstädter Heimath., Rudolstadt, 26 (1980) 11/12, S. 223 - 232 : Ill.

3160.

Sorms, Bernhard: Clemens Winkler - sein Wirken für eine wissenschaftlich-chemische Technologie gegen Ende der Industriellen Revolution in Deutschland. - In: NTM. Schriftenr. Gesch. Naturwiss., Technik u. Med., Leipzig, 15 (1978) 2, S. 48 - 56.

3161.

Strube, Irene: Industrielle Revolution und Chemie - ihre Wechselbeziehungen zwischen 1785 und 1860. - In: NTM. Schriftenr. Gesch. Naturwiss., Technik u. Med., Leipzig, 15 (1978) 2, S. 39 - 47.

3162.

Tarvell, Ernst: Die soziale Differenzierung der Bauernschaft in Estland in der Feudalzeit. - In: Der Bauer als historische Kategorie : IV. Konferenz d. Fachkom-

mission Agrargesch. d. Historiker-Gesellsch. d. DDR, Weimar 1979. - Hälfte 1. - Rostock : Wilhelm-Pieck-Univ., 1980. - (Probleme der Agrargeschichte des Feudalismus und des Kapitalismus ; 12). - S. 23 - 29.

3163.

Werner, Bernd: Bemerkungen zum Einsatz ausländischer Arbeiter in der deutschen Industrie von 1890 bis 1914. - In: Zur Beschäftigung ausländischer Arbeiter in Deutschland und Dänemark (1890 - 1939) / Wilhelm-Pieck-Univ. Rostock, Sekt. Gesch. Hrsg. von d. Wilhelm-Pieck-Univ. Rostock. - Rostock, 1980, S. 5 - 16. - (Fremdarbeiterpolitik des Imperialismus ; 7).

3164.

Zühlke, Dietrich: Aspekte der Entwicklung sächsischer Städte im 19. Jahrhundert aus historisch-geographischer Sicht. - In: Jb. Regionalgesch., Weimar, 8 (1981), S. 107 - 125 : Tab., Kt.

1917 - Gegenwart, sozialistische Länder

3165.

Bechmann, Rudolf: Zu Problemen der Wechselbeziehungen zwischen den sozialistischen Produktionsverhältnissen und anderen gesellschaftlichen Verhältnissen aus territorialer Sicht. - Berlin : Akad.-Verl., 1981. - 125 S. - (Forschungsberichte / Zentralinstitut für Wirtschaftswissenschaften der Akademie der Wissenschaften der DDR ; 36).

3166.

Beetz, Rüdiger: Die führende Rolle der Bezirksparteiorganisation der SED bei der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft im Bezirk Potsdam in der Zeit von der 8. Tagung des ZK (April 1960) bis zum VI. Parteitag der SED (Januar 1963). - In: Wiss. Z. Päd. Hochsch. "Karl Liebknecht" Potsdam, Potsdam, 25 (1981) 2, S. 207 - 218.

3167.

Borgmeier, Anton; Schmidt, Werner; Rudloff, Angela: Inhalt und Formen zur rationalen Gestaltung der Reproduktions-

3168. Beziehungen zwischen Kombinat / Betrieben und Territorium - Untersuchungen im VEB Kombinat Pumpen und Verdichter. - In: Wiss. Z. Martin-Luther-Univ. Halle-Wittenberg, Gesellsch.wiss. R., Halle/S., 30 (1981) 2, S. 57 - 62.

3168.

Eismann, Ingrid: Die sozialistische Produktionsweise der Landwirtschaft in der entwickelten sozialistischen Gesellschaft, die Entwicklung der Klassen der Genossenschaftsbauern und ihre Wohnbedingungen und Wohnbedürfnisse. - In: Soziale Annäherung der Klassen und Schichten in der entwickelten sozialistischen Gesellschaft und ihr Ausdruck in den Wohnbedingungen und Wohnbedürfnissen / Hochsch. für Architektur u. Bauwesen, Weimar. - Weimar, 1979. S. 106 - 130. - (Schriften der Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar ; 27).

3169.

Freiberg, Paul; Nitz, Jürgen: Zur ökonomischen Zusammenarbeit zwischen der DDR und befreiten Ländern. - In: Dt. Außenpol., Berlin, 26 (1981) 8, S. 45 - 61.

3170.

Harzt, Dietmar: Die Entwicklung des Sprengwesens in der DDR in den beiden letzten Jahrzehnten. - In: Neue Bergbautechnik, Leipzig, 11 (1981) 4, S. 218 - 221.

3171.

Haupt, Hans-Georg; Schickram, Kurt; Swoboda, Heinrich: Kritik der Angriffe bürgerlicher Ideologen auf die sozialistische ökonomische Integration. - In: Wirtschaftswissenschaft, Berlin, 29 (1981) 7, S. 801 - 815 : Tab.

3172.

Haupt, Hans-Georg; Scholze, Bernd: Die erste Dekade des Komplexprogramms des RGW. In: Dt. Außenpol., Berlin, 26 (1981) 5, S. 40 - 58 : Tab.

3173.

Leuchter, W.: Zu wichtigen Entwicklungstendenzen bei der Schaffung der materiell-technischen Basis des Sozialismus in Kuba. /Mit span. Rés./ - In: Lateinamerika, Rostock, Frühjahrssem. 1980, S. 5 - 22.

3174.

Lexikon RGW. - Leipzig : Bibliograph. Inst., 1981. - 282 S.

3175.

Möller, Uwe; Schilling, Gerhard: Die höhere Rationalität der sozialistischen Planwirtschaft - entscheidende Grundlage der historischen Überlegenheit des Sozialismus. - In: Wirtschaftswissenschaft, Berlin, 29 (1981) 7, S. 769 - 785 : Tab.

3176.

Neubert, Eberhard: Darstellung der Arbeit und des Arbeiters in der bildenden Kunst der DDR : Bemerkungen zur Wechselwirkung zwischen Entw. u. Produktivkräfte u. Entw. d. bildenden Kunst. - Leipzig : Dt. Verl. für Grundstoffindustrie, 1981. - 75, 41 S. : Ill. - (Freiberger Forschungshefte : D ; 134).

3177.

Saupe, Gabriele; Thürmer, Robert: Zur wechselseitigen Bedingtheit von Urbanisierung und Bevölkerungsprozessen in den Agrargebieten des Bezirkes Potsdam. /Mit dt., russ. u. engl. Rés./ - In: Wiss. Z. Päd. Hochsch. "Karl Liebknecht" Potsdam, Potsdam, 25 (1981) 3, S. 357 - 367 : Kt.

3178.

Schweinberger, Willy: Wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit DDR-ČSSR. - In: Dt. Außenpol., Berlin, 26 (1981) 10, S. 24 - 37.

3179.

Uhlemann, Manfred: Die Führungsrolle der SED-Bezirksparteiorganisation bei der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft im Bezirk Potsdam (1952-1955). - In: Beitr. Gesch. Arb.bew., Berlin, 23 (1981) 3, S. 428 - 438.

- 3180.
- Weisbrod, Manfred; Petznick, Wolfgang: Dampflok-Archiv. Bd. 4. Bau-
reihen 97, 98 und 99 / Unter Mitar-
beit von Helmut Griehl u. Horst J.
Obermayer ... - Berlin : Trans-
press 1981. - 251 S. : Ill., Tab.
- 3181.
- Weise, Werner: Sozialistische inter-
nationale Produktionskooperation
und Intensivierung : Zum 30. Jah-
restag d. Gründung d. RGW. - Je-
na : Friedrich-Schiller-Univ., 1979.
- 95 S. : Tab. - (Wissenschaftliche
Beiträge der Friedrich-Schiller-Uni-
versität Jena).
- 1917 - Gegenwart, kapitalistische
Länder
- 3182.
- Arendt, Hans-Jürgen: Zur Lage
der Arbeiterinnen und zur Frauen-
arbeit der Betriebszelle der KPD
in der Agfa-Filfabrik Wolfen (1928
bis 1933). - In: Jb. Regionalgesch.,
Weimar, 8 (1981), S. 53 - 62 : Tab.
- 3183.
- Beilicke, Werner; Erdmann, Yvonne:
Zur Herausbildung eines medizinisch-
industriellen Komplexes in der BRD.
- In: Wiss. Z. Humboldt-Univ. Ber-
lin, Gesellsch.wiss. R., Berlin,
30 (1981) 3, S. 353 - 360.
- 3184.
- Bernt, Helmut: Veränderungen in
den Expansionsbedingungen der
BRD-Industrie. In: IPW Ber., Ber-
lin, 10 (1981) 7, S. 1 - 7 : Tab.
- 3185.
- Binus, Gretchen: Monopole in der
staatsmonopolistischen Regulierung :
Wechselverhältnis zwischen Monopo-
len u. Staat im Regulierungsprozeß;
Neue Merkmale d. gegenwärtigen
Monopolisierungsstufe ; Regulierung
d. Interessen d. Kapitalverwertung
unterworfen. - In: IPW Ber., Ber-
lin, 10 (1981) 9, S. 11 - 17, 53.
- Brendel, Gerhard; Huschke, Thomas:
Entwicklungstendenzen der Weltmarkt-
preise in den siebziger und beginnenden
achtziger Jahren. - In: Dt. Außenpol.,
Berlin, 26 (1981) 11, S. 88 - 100 : Tab.
- 3187.
- Brode, Günter: Internationale Konzerne
und kapitalistische Weltmarktpreise. -
In: IPW Ber., Berlin, 10 (1981) 7, S.
14 - 20 : Tab.
- 3188.
- Brosow, Elke: Internationale Momente in
der Qualifikationsentwicklung der Lohn-
arbeiter im staatsmonopolistischen Kapi-
talismus. - In: Wiss. Z. Humboldt-Univ.
Berlin, Gesellsch.wiss. R., Berlin, 30
(1981) 3, S. 335 - 343 : Tab.
- 3189.
- Burger, Armin: Neue Entwicklungsten-
denzen in der BRD-Elektroindustrie. -
In: IPW Ber., Berlin, 10 (1981) 10, S.
58 - 62 : Tab.
- 3190.
- Fiedler, Horst; Lehmann, Klaus: Quali-
tative Rüstung und Rüstungskapital. -
In: Wirtschaftswissenschaft, Berlin, 29
(1981) 9, S. 1041 - 1062.
- 3191.
- Fritsch, Wolfgang: Das Wiederaufleben
der "nordischen Orientierung" in Finn-
land nach der entscheidenden Wende im
Weltkrieg und seine Widerspiegelung in
der Agrarunion. - In: Wiss. Z. Ernst-
Moritz-Arndt-Univ. Greifswald, Gesell-
sch.wiss. R., Greifswald, 30 (1981) 1/2,
S. 75 - 78.
- 3192.
- Fritz, Martin: Deutsch-schwedische Wirt-
schaftsbeziehungen nach der Wende im
Kriegsverlauf. - In: Wiss. Z. Ernst-
Moritz-Arndt-Univ. Greifswald, Gesellsch.
wiss. R., Greifswald, 30 (1981) 1/2, S.
87 - 88 : Tab.
- 3193.
- Glasneck, Hedwig: Der Kampf der KPD
im Reichstag für die Lebensinteressen
der Erwerbslosen in der Weltwirtschafts-

krise 1929 - 1933. - In: Arb.bew. u. Parlamentarismus, Halle/S., 9 (1981), S. 25 - 43.

3194.

Godehardt, Helmut: Die Lage der Wanderbauarbeiter des Eichsfeldes während der Weltwirtschaftskrise von 1929 bis 1933. - In: Eichsfelder Heimath., Heiligenstadt, 21 (1981) 1, S. 15 - 26; 2, S. 104 - 114.

3195.

Hartwig, Christa: Zu einigen Aspekten der neokolonialistischen Strategie britischer internationaler Konzerne Ende der 60er/ Anfang der 70er Jahre. - In: Wiss. Z. Martin-Luther-Univ. Halle-Wittenberg, Gesellsch.wiss. R., Halle/S., 30 (1981) 2, S. 83 - 94.

3196.

Die 100 /hundert/ größten westeuropäischen Industriekonzerne 1970 bis 1979 / Zsgest. von Irene Gallinge. - In: IPW Ber., Berlin, 10 (1981) 7, S. 63 - 65 : Tab.

3197.

Jatzlauk, Manfred: Überlegungen zu Umfang und Grenzen der Bauernschaft im Imperialismus. - In: Der Bauer als historische Kategorie : IV. Konferenz d. Fachkommission Agrargesch. d. Historiker-Gesellsch. d. DDR, Weimar 1979. - Hälfte 2. - Rostock : Wilhelm-Pieck-Univ., 1980. - (Probleme der Agrargeschichte des Feudalismus und des Kapitalismus ; 13). - S. 37 - 43.

3198.

John, Jürgen: Die Industrie in Thüringen Mitte der zwanziger Jahre und 1933 bis 1939. - In: Jb. Regionalgesch., Weimar, 8 (1981), S. 18 - 52 : Tab.

3199.

Kleinsorge, Johann; Siebert, Amandus: Ländliche Entwick-

lungshilfe - Bestandteil des Neokolonialismus. - In: IPW Ber., Berlin, 10 (1981) 7, S. 28 - 34 : Tab.

3200.

Kolloch, Eveline; Thümmler, Werner: Aktuelle Probleme des Weltgeldes im gegenwärtigen Kapitalismus : Verschärfte Krise d. kapitalist. Währungssystems ; Weitere Einschränkung d. Währungsfunktionen d. Goldes ; Neue Formen internat. Kreditgeldes ; Nationale Währungen als Weltgeld. - In: IPW Ber., Berlin, 10 (1981) 9, S. 18 - 23, 30.

3201.

Kranich, Steffen: Das Ringen um die Einbeziehung der ausländischen Zwangsarbeiter und Kriegsgefangenen in den antifaschistischen Widerstandskampf - dargestellt am Beispiel von Chemnitzer Betrieben. - In: Regionalgesch. Beitr. Bezirk Karl-Marx-Stadt, Karl-Marx-Stadt, 2 (1980), S. 21 - 28.

3202.

Kühne, Harald-Dietrich; Kühne-Klingenberg, Elfriede: Die Verflechtung der Währungs- und Energiekrise mit der Rohstoff- und Energiekrise auf dem kapitalistischen Weltmarkt. - In: Wiss. Z. Martin-Luther-Univ. Halle-Wittenberg, Gesellsch.wiss. R., Halle/S., 30 (1981) 2, S. 31 - 38.

3203.

Lehmann, Joachim: Bemerkungen zur Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte in Deutschland während der ersten Jahre der faschistischen Diktatur. - In: Zur Beschäftigung ausländischer Arbeiter in Deutschland und Dänemark (1890-1939) / Wilhelm-Pieck-Univ. Rostock, Sekt. Gesch. Hrsg. von d. Wilhelm-Pieck-Univ. Rostock. - Rostock, 1980. S. 81 - 111 ; Tab. - (Fremdarbeiterpolitik des Imperialismus ; 7).

3204.

Lehmann, Joachim: Faschistische Agrarpolitik im zweiten Weltkrieg : Zur Konzeption von Herbert Backe. - In: Z. Gesch.wiss., Berlin, 28 (1980) 10, S. 948 - 956.

3205.

Manig, Dieter: Die Stellung der SPD in

den Verhandlungen zum Betriebsrätegesetz (1919/20). - In: Arb. bew. u. Parlamentarismus, Halle/S., 9 (1981), S. 63 - 77.

3206.

Müller, Christina: Zur Struktur der Arbeiterklasse im staatsmonopolistischen Kapitalismus : Untersuchungsgegenstand: Westberlin. - In: Wiss. Z. Humboldt-Univ. Berlin, Gesellsch.wiss. R., Berlin, 30 (1981) 3, S. 327 - 334 : Tab.

3207.

Oertel, Manfred: Zur Beteiligung der Deutschen Reichsbank an der faschistischen Aggression gegen die Sowjetunion. - In: Militärgeschichte, Berlin, 20 (1981) 5, S. 579 - 586 : Ill., Tab., Kt.

3208.

Politt, Günther: Die sozialreformistische Variante der "Arbeitermerfunds" in der schwedischen Arbeiterbewegung. - In: Nordeuropa, Greifswald, 13 (1980), S. 37 - 48.

3209.

Reinhold, Josef: Zur Analyse der Sozialstruktur auf dem Lande unter dem Aspekt der Bündnispolitik durch die KPD in der Zeit der Weimarer Republik. - In: Der Bauer als historische Kategorie : IV. Konferenz d. Fachkommission Agrargesch. d. Historiker-Gesellsch. d. DDR, Weimar 1979. - Hälfte 2. - Rostock : Wilhelm-Pieck-Univ., 1980. - (Probleme der Agrargeschichte des Feudalismus und des Kapitalismus ; 13). - S. 45 - 66.

3210.

Stebner, Peter: Die außenwirtschaftliche Expansion Japans seit der Krise von 1974/75. - In: IPW Ber., Berlin, 10 (1981) 5, S. 25 - 31 : Tab.

3211.

Uter, Almut: Staatliche Förderung von Forschung und Entwicklung in der BRD : Reaktion auf d. Unfähigkeit d. monopolkapitalist.

"Marktwirtschaft." ; Rüstungsforschung genießt Priorität ; Konzentration d. Mittel auf wenige Monopole ; Soziale Belange in untergeordneter Position. - In: IPW Ber., Berlin, 10 (1981) 10, S. 31 - 38 : Tab.

3212.

Würzburg, Frank: Das Ernährungsproblem und die Strategie des Imperialismus. - In: IPW Ber., Berlin 10 (1981) 9, S. 38 - 40.

3213.

Zahn, Dieter: Die Vorstellungen und Aktivitäten der Unternehmerverbände der BRD auf dem Gebiet der Ausländerbeschäftigung. - In: Wiss. Z. Humboldt-Univ. Berlin, Gesellsch.wiss. R., Berlin, 30 (1981) 3, S. 345 - 352 : Tab.

1917 - Gegenwart, Entwicklungsländer

3214.

Abarzúa, Gustavo: Zu einigen juristischen Aspekten der Nationalisierung der Kupferindustrie während der Regierungszeit der Unidad Popular in Chile. - In: Asien, Afrika, Lateinamerika, Berlin, 9 (1981) 3, S. 535 - 544.

3215.

Barthel, Günter: Zur Evolution kapitalistischer Produktionsverhältnisse in ausgewählten arabischen Ländern der Golfregion. - In: Asien, Afrika, Lateinamerika, Berlin, 9 (1981) 3, S. 493 - 503 : Tab.

3216.

Berg, Wilfried: Zur ökonomischen Entwicklung der Volksrepublik Angola. - In: Asien, Afrika, Lateinamerika, Berlin, 9 (1981) 3, S. 504 - 514.

3217.

Frohnhöfel, Rudi: Die neuen Dimensionen des Kampfes der Entwicklungsländer um nationale Verfügungsgewalt über die Naturreichtümer auf dem mineralischen Rohstoffsektor in den siebziger Jahren. - In: Asien, Afrika, Lateinamerika, Berlin, 9 (1981) 3, S. 414 - 424.

3218.

Leuchter, W.: Zu wichtigen sozial-ökonomischen Voraussetzungen und ersten Ergebnissen der Revolution in Nikaragua auf wirtschaftlichem Gebiet. /Mit span. Rés./. - In: Lateinamerika, Rostock, Herbstsem. 1979, S. 5 - 16.

3219.

Liebernickel, Wolfgang: Die Bedeutung von Produzentenvereinigungen für die Entwicklungsländer : Die Kupferorganisation CIPEC. - In: Dt. Außenpol., Berlin, 26 (1981) 9, S. 50 - 64 : Tab.

3220.

Neumann, Marlis: Aspekte der Evolution der neokolonialistischen Industrialisierungskonzeption. - In: Asien, Afrika, Lateinamerika, Berlin, 9 (1981) 2, S. 221 - 230.

3221.

Robbe, Martin: Umstrittene "Grundbedürfnisse". - In: Asien, Afrika, Lateinamerika, Berlin, 9 (1981) 3, S. 401 - 413.

3222.

Schilling, Horst: Das Ernährungsproblem in den Entwicklungsländern : Wachsende Zahl d. Hungernden ; Kapitalistische Wirtschaftskrise, Neokolonialismus u. imperialist. Hochrüstung verschärfen d. Problem ; Grunderfordernisse seiner Lösung. - In: IPW Ber., Berlin, 10 (1981) 9, S. 24 - 30.

3223.

Walter, Hans-Ulrich: Einige Probleme der Herausbildung nationaler Volkswirtschaften in Afrika. - In: Asien, Afrika, Lateinamerika, Berlin, 9 (1981) 2, S. 213 - 220.

Autorenverzeichnis

- Bleiber, Helmut**, Prof. Dr. sc. phil., Zentralinstitut für Geschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- Braun, Manfred**, Dr. oec., wissenschaftlicher Mitarbeiter, Zentralinstitut für Wirtschaftswissenschaften, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- Etzold, Heike**, Dr. sc. phil., wissenschaftlicher Mitarbeiter, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- Funck, Bernd**, Dr. phil., wissenschaftlicher Mitarbeiter, Zentralinstitut für Alte Geschichte und Archäologie, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- Günther, Renate**, Dr. rer. oec., wissenschaftlicher Mitarbeiter, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- Handke, Horst**, Dr. rer. oec. habil., Bereichsleiter, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- Held, Wieland**, Dr. sc. phil., Dozent, Sektion Geschichte, Karl-Marx-Universität Leipzig.
- Jähne, Armin**, Dr. sc. phil., Dozent, Bereich Alte Geschichte, Sektion Geschichte, Humboldt-Universität zu Berlin.
- Kuczynski, Jürgen**, Ordentliches Mitglied der Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- Kühnert (geb. Zuchold), Barbara**, Dr. phil., wissenschaftlicher Oberassistent, Sektion Altertumswissenschaften, Friedrich-Schiller-Universität Jena.
- Lehmann, Joachim**, Dr. phil., Sektion Geschichte, Wilhelm-Pieck-Universität Rostock.
- Mileta, Christian**, wissenschaftlicher Mitarbeiter, Zentralinstitut für Alte Geschichte und Archäologie, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- Peters, Jan**, Prof. Dr. sc. phil., wissenschaftlicher Mitarbeiter, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- Roesler, Jörg**, Dr. sc. rer. oec., Bereichsleiter, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- Scholz, Traute**, Dr. rer. oec., wissenschaftlicher Mitarbeiter, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- Thümmler, Werner**, Dr. rer. oec., wissenschaftlicher Oberassistent, Sektion Wirtschaftswissenschaften, Humboldt-Universität zu Berlin.
- Velkov, Velizar**, Prof. Dr. phil., Archäologisches Institut der Bulgarischen Akademie der Wissenschaften, Sofia.
- Wählin, Vagn**, Professor, mag. art., Erster Lektor, Historisk Institut, Aarhus Universitet, Dänemark.

СОДЕРЖАНИЕ

- Йорг Рёслер, Надзор и контроль на народных промышленных предприятиях ГДР с 1945 года до начала шестидесятых годов
- Трауте Шольц, Социальное происхождение и социальная среда. Связи между рабочими фарфоровой мануфактуры Мейсена посредством происхождения и крещения в 1872 году
- Вагн Волин, О развитии общественной структуры Дании в период перехода от феодализма к монополистическому капитализму с учетом отношений между классами и соотношения между городом и деревней
- Ян Петерс, Воскресные преступники в шведской Померании. Об обремененности крестьян отработочной рентой
- Виланд Хельд, Социальное происхождение и положение мансфельдских горняков в первой половине 16-ого столетия
- Велизар Велков, О социально-экономическом и политическом развитии Северной Болгарии в период Римской империи
- Манфред Браун/Вернер Тюммлер, О кризисе буржуазной теории и практики международных валютных отношений
- Хорст Хандке, Буржуазная экономическая история Европы в 20-ом столетии
- Хайке Этцольд, Наука и общество. Основные черты и проблемы истории технического университета
- Хельмут Бляйбер, Промышленная революция и новые классовые проявления в Австрии в 1848 году
- Юрген Кучинский, Большая хвала усердному труду и здоровому человеческому разуму
- Барбара Цухольд, Проблемы интерпретации при анализе римской аграрной литературы
- Армин Йене, Рабы, "необходимая, но тягостная собственность". Экономическое мышление в Древней Греции
- Бернд Функ, Новые результаты советских исследований по вопросу развития полисов на территории Передней Азии и Эгея
- Библиография самостоятельных трудов по истории предприятия в Германской Демократической Республике (17-ый выпуск) (Рenate Гюнтер)
- Йозхим Леманн, Миграция рабочих, занятость иностранцев и политика, проводимая по отношению к ним в капиталистических странах Европы в 20-ом столетии (с 21 по 22 апреля 1981 года в Ростокe)
- Кристиян Милета, Формы зависимости в греческих районах за исключением полисов и во внеитальянских провинциях Римской империи (с 30 сентября по 1 октября 1981 г. в Йене)
- Библиография литературы ГДР по экономической истории, 21-ый выпуск

CONTENTS

- Jörg Roesler, Supervision and control in the nationally owned manufacturing establishments of the GDR - 1945 to the early sixties
- Traute Scholz, Social background and social environment. Background and sponsorship relations of the workers employed in the Porcelain Manufactory of Meissen in 1872
- Vagn Wøhlin, On the development of societal structure in Denmark from feudalism to monopoly capitalism with special regard to interclass relations and the relationship between town and country
- Jan Peters, "Sunday offenders" in Swedish-Pomerania. On the burden borne by peasants as a result of labour rent

- Wieland Held, Social background and situation of the Mansfeld miners in the first half of the 16th century
- Velizar Velkov, On the socio-economic and political development of northern Bulgaria in the period of the Roman emperors
- Manfred Braun/Werner Thümmeler, On the crisis of bourgeois theory and practice of international currency relations
- Horst Handke, A bourgeois economic history of Europe of the 20th century
- Heike Etzold, Science and Society. Fundamentals and problems of the history of a Technological University
- Helmut Bleiber, Industrial Revolution and new class manifestations in Austria in 1848
- Jürgen Kuczynski, Great praise to industriousness and common sense
- Barbara Zuchold, Interpretation problems in the analysis of Roman literature on agriculture
- Armin Jähne, Slaves - "an indispensable but arduous property". Economic thought in ancient Greece
- Bernd Funck, New results of Soviet research into the development of the city-states in Asia Minor and around the Aegean Sea
- Bibliography of separate publications on the history of GDR enterprises (17th Serial) (Renate Günther)
- Joachim Lehmann, Migration of workers, employment of foreigners and alien regulations and policy in the European capitalist countries in the 20th century (Rostock, 21 - 22 April 1981)
- Christian Mileta, Dependency relations in the non-city-state areas of ancient Greece and the non-italic provinces of the Roman Empire (Jena, 30 September - 1 October 1981)
- Bibliography of GDR publications on economic history. 21st Serial

CONTENU

- Jörg Roesler, Surveillance et contrôle dans les entreprises industrielles socialistes de la R.D.A. de 1945 jusqu'au début des années 60
- Traute Scholz, Origine sociale et milieu social. Relations originaires et de par-rainage des ouvriers travaillant en 1872 dans la manufacture de porcelaine de Meißen
- Vagn Wählin, Sur le développement de la structure sociale danoise sur la voie du féodalisme au capitalisme monopoliste. En considérant les rapports entre les classes et de la relation entre ville et campagne
- Jan Peters, Les criminels du dimanche en Poméranie suédoise. Sur les charges paysannes par la rente de travail
- Wieland Held, Origine sociale et situation des mineurs de la région de Mansfeld dans la première moitié du 16^e siècle
- Velizar Velkov, Sur le développement socio-économique et politique de la Bulgarie du Nord dans l'époque de l'Empire romain
- Manfred Braun/Werner Thümmeler, Sur la crise de la théorie et de la pratique des relations monétaires internationales
- Horst Handke, Une histoire d'économie bourgeoise sur l'Europe au 20^e siècle
- Heike Etzold, Science et société. Traits fondamentaux et problèmes d'une histoire de l'université technique
- Helmut Bleiber, Révolution industrielle et nouvelles manifestations de classe en 1848 en Autriche
- Jürgen Kuczynski, Un grand compliment au travail appliqué et au bon sens
- Barbara Zuchold, Problèmes d'interprétation dans l'analyse de la littérature agraire romaine
- Armin Jähne, Des esclaves, "une propriété nécessaire mais difficile". La pensée économique dans l'antiquité grecque
- Bernd Funck, Des récents résultats de recherche soviétiques sur le développement des Etats-Villes dans la région de l'Asie Mineure et de l'Égée

- Bibliographie de publications indépendantes sur l'histoire d'entreprise en République Démocratique Allemande (17^e suite) (Renate Günther)
- Joachim Lehmann, Migrations ouvrières, emploi d'étrangers et politique vis-à-vis des étrangers dans les pays capitalistes d'Europe au 20^e siècle (du 21 au 22 avril 1981 à Rostock)
- Christian Mileta, Formes de dépendance dans les régions non-poliades de la Grèce et dans les provinces extra-italiques de l'Empire romain (du 30 septembre au 1^{er} octobre 1981 à Jena)
- Bibliographie de la littérature sur l'histoire économique de la R.D.A., 21^e fascicule

SUMARIO

- Jörg Roesler, Inspección y control en las empresas industriales nacionalizadas de la R.D.A. desde 1945 hasta los principios de los años sesenta
- Traute Scholz, Origen social y ambiente social. Relaciones de origen y patrocinio de los obreros ocupados en la manufactura de porcelana de Misnia en el año de 1872
- Vagn Wählin, Acerca del desarrollo de la estructura social dinamarquesa en la vía desde el feudalismo al capitalismo monopolio. Considerando especialmente las relaciones entre las clases así como entre la ciudad y el campo
- Jan Peters, Criminales de domingo en la Pomerania Sueca. Acerca de la condición de carga campestre mediante de la renta de trabajo
- Wieland Held, Origen social y la situación de los mineros de la región de Mansfeld durante la primera mitad del siglo XVI
- Velizar Velkov, Acerca del desarrollo socioeconómico y político de Bulgaria de Norte durante la época imperial romana
- Manfred Braun/Werner Thümmel, Acerca de la crisis de la teoría burguesa y la práctica de las relaciones monetarias internacionales
- Horst Handke, Una historia económica burguesa sobre Europa en el siglo XX
- Heike Etzold, Ciencia y sociedad. Rasgos esenciales y problemas de una historia de la universidad técnica
- Helmut Bleiber, Revolución industrial y nuevas manifestaciones de clase en Austria en 1848
- Jürgen Kuczynski, Un gran elogio al trabajo diligente y al sentido común
- Barbare Zuchold, Problemas de interpretación al análisis de literatura agraria romana
- Armin Jähne, Esclavos, "una propiedad necesaria pero onerosa." Pensamiento económico en la antigüedad griega
- Bernd Funck, Resultados nuevos de la investigación soviética acerca del desarrollo de las ciudades-estados en la región del Oriente Cercano y egea
- Anuncios
- Bibliografía de tratados independientes acerca de la historia de fábricas en la República Democrática Alemana (continuación decimoséptima)
- Joachim Lehmann, Migraciones de obreros, empleo de extranjeros y política frente de extranjeros en países capitalistas de Europa en el siglo XX (desde el 21 hasta el 22 de abril de 1981 en Rostock)
- Christian Mileta, Formas de dependencia en los territorios de Grecia no pertenecientes a la Polis y en las provincias extraitalianas del Imperio Romano (desde el 30 de septiembre hasta el primero de octubre de 1981 en Iena)
- Bibliografía
- Literatura sobre historia económica de la R.D.A. (suministro vigésimo primero)

In Vorbereitung für die nächsten Bände des Jahrbuchs:

Jürgen Kuczynski
Marx und Shakespeare

Walter Telle
Praktische Erfahrungen bei der Anwendung der Kennziffer Nettoproduktion
auf dem Gebiet der Leistungsbewertung der Betriebe und Kombinate

Karlheinz Schädlich
Staatsapparat und Kriegswirtschaft in Großbritannien (1914 bis 1918)

Lutz Werner
Die Entwicklung des Thünenschen Mustergutes Tellow (Mecklenburg)
in den Jahren 1810 bis 1850. Ein herausragendes Beispiel der kapitalisti-
schen Intensivierung der deutschen Landwirtschaft in der ersten Hälfte des
19. Jahrhunderts

Jochen Richter
Spätf feudale Bauerngilden in Mecklenburg

Josef Žemlička
Das 13. Jahrhundert in der tschechischen Geschichte

Jörg Roesler
Perspektivpläne und Investitionsrhythmus in der Volkswirtschaft der DDR
1949 bis 1980. Inhaltliche und methodologische Probleme

Wolfgang Mühlfriedel/Klaus Wießner
Drei Bemerkungen zu den fünfzehn Thesen von Jörg Roesler zum Thema
"Perspektivpläne und Investitionsrhythmus in der Volkswirtschaft der DDR
1949 bis 1980. Inhaltliche und methodologische Probleme"

Horst Handke
Ein sozialreformistisches Gesellschaftskonzept zur staatsmonopolistischen
Regulierung des Sozialbereichs (Heinz Lampert, Sozialpolitik)

Horst Handke
Zwischen kapitalistischer Produktion und feudaler Lebensweise (Erwein H.
Eltz, Die Modernisierung einer Standesherrschaft)

Jürgen Kuczynski
Feudale Spezialitäten (Precious Metals in the Age of Expansion)

Hermann Lehmann
Abstraktionen der Wirtschafts- und Bewußtseinsprozesse als Gegenstand
historischer Betrachtung (Rudolf Wolfgang Müller, Geld und Geist)

Dorle Zilch
Eine neue regionalgeschichtliche Schriftenreihe (Regionalgeschichtliche
Beiträge aus dem Bezirk Karl-Marx-Stadt)

Gerda Opitz
Die Darstellung der Entwicklung der Bildung in der Betriebsgeschichte

Hans Otto Gericke
Die Darstellung der Produktivkraftentwicklung in der Betriebsgeschichte.
9. Konferenz der Fachkommission Betriebsgeschichte (27. bis 29. April
1982 in Leipzig)